

Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie

Martin Endreß

Stephan Moebius *Hrsg.*

Zyklus 7

Jahrbuch für Theorie und
Geschichte der Soziologie



Springer VS

Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie

Reihe herausgegeben von

Martin Endreß, Trier, Deutschland

Stephan Moebius, Graz, Österreich

Die Soziologie ist eine Wissenschaft, die es mit einem sich historisch wandelnden Gegenstand zu tun hat, eine Wissenschaft also, die sich stets von Neuem selbst reflektieren muss. Dieses Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie trägt diesem Umstand Rechnung und widmet sich der engen Verbindung von soziologischer Theorie- und Disziplingeschichte sowie allgemein der Reflexionsgeschichte der Gesellschaft und ihren verschiedenen Selbstbeschreibungen. Neben Aufsätzen zur Theorie und Geschichte der Soziologie enthalten die einzelnen Bände dieses Jahrbuches auch Nachrichten aus der soziologiegeschichtlichen Forschung, Inedita aus den verschiedenen einschlägigen Archiven, Interviews mit Zeitzeugen sowie Besprechungen einschlägiger Buchpublikationen zu diesem Thema.

Martin Endreß · Stephan Moebius
(Hrsg.)

Zyklus 7

Jahrbuch für Theorie und
Geschichte der Soziologie

 Springer VS

Hrsg.

Martin Endreß
Universität Trier
Trier, Deutschland

Stephan Moebius
Karl-Franzens-Universität Graz
Graz, Österreich

ISSN 2945-8595

ISSN 2945-8609 (electronic)

Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie

ISBN 978-3-658-40857-2

ISBN 978-3-658-40858-9 (eBook)

<https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Cori Antonia Mackrodt

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Martin Endreß und Stephan Moebius	
Themenschwerpunkt: Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie	
Hg. von Jochen Dreher und Stephan Moebius	
Einführung zum Themenschwerpunkt „Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“	5
Jochen Dreher und Stephan Moebius	
Soziologie als »administrative Hilfswissenschaft«? Arnold Gehlens Flucht in die Empirie im Gleichklang mit dem Neuanfang der Soziologie im westlichen Nachkriegsdeutschland	9
Karl-Siegbert Rehberg	
Lars Clausens Katastrophensoziologie – Zum Einfluss der Leipziger Schule auf die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie	35
Andreas Höntsch	
Charlotte Lütkens – eine vergessene Reemigrantin der Soziologie	79
Oliver Neun	
Zum analytischen Profil der Soziologie von M. Rainer Lepsius und ihrer Bedeutung für eine sozio-historische Strukturanalyse der Gesellschaft Deutschlands	111
Martin Endreß	

Ambivalenzen einer soziologischen Beziehung: Ralf Dahrendorf und Helmut Schelsky	149
Gerhard Schäfer	
»Abwehr der Kulturrevolution« – 1968 und die Hegemonialkämpfe in der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie.	183
Nikolai Wehrs	
Niklas Luhmann: »Kalter Krieg« und funktionale Differenzierung.	203
Pascal Berger	
Eine Entwicklungslinie der Kritischen Theorie in Hannover: Oskar Negt.	233
Lutz Hieber	
Feeling at Home in Small Lifeworlds. Benita Luckmann in der »Konstanzer Schule«.	261
Michaela Pfadenhauer	
Aufsätze	
Sozialpolitik, Führerdemokratie und Führernation – Max und Alfred Weber zwischen Kooperation und Konflikt	277
Eberhard Demm	
Situation, Ereignis und Kontext bei Randall Collins: zum methodologischen Situationismus als Paradigma der soziologischen Theorie.	361
Michael Nguyen	
»Krisen der Wirklichkeit« und das Problem der Verständigung.	415
Gertraude Mikl-Horke	
Nachrichten aus der soziologiegeschichtlichen Forschung	
Zur Schulbildung um Ferdinand Tönnies: Annäherungen an einen Personenzusammenhang	449
Sebastian Klauke und Alexander Wierzock	
Warum »Status und contractus« kein Text von Tönnies ist	475
Sebastian Klauke	

Rezensionen**Westlicher Marxismus? – ein Besprechungssay 483**

Lothar Peter

Autorinnen und Autoren 509**Hinweis für die Einreichung von Manuskripten 517**

Autorenverzeichnis

Dr. Pascal Berger Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn, Bonn, Deutschland

Prof. em. Dr. Eberhard Demm CERAAC / ILCEA 4, Université Grenoble Alpes, Grenoble, Frankreich

Dr. Jochen Dreher Sozialwissenschaftliches Archiv, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland

Prof. Dr. Martin Endreß Fachbereich IV, Soziologie, Universität Trier, Trier, Deutschland

Prof. Dr. Lutz Hieber Leibnitz Universität, Hannover, Deutschland

Dr. Andreas Höntsch Institut für Soziologie, Technische Universität Dresden, Dresden, Deutschland

Sebastian Klauke Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft e. V., Kiel, Deutschland

Prof.in em. Dr. Gertraude Mikl-Horke Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien, Wien, Österreich

Prof. Dr. Stephan Moebius Institut für Soziologie, Karl-Franzens-Universität Graz, Graz, Deutschland

Dr. Oliver Neun Universität Kassel, Kassel, Deutschland

Dr. Michael Nguyen Hamburg, Deutschland

Prof. Dr. Lothar Peter Bremen, Deutschland

Prof.in Dr. Michaela Pfadenhauer Institut für Soziologie, Universität Wien,
Wien, Deutschland

Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg Institut für Soziologie, TU Dresden, Dresden,
Germany

Gerhard Schäfer Bremen, Deutschland

Nikolai Wehrs Fachbereich Geschichte & Soziologie, Universität Konstanz,
Konstanz, Deutschland

Alexander Wierzock M. A. Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Essen,
Deutschland



Editorial

Martin Endreß und Stephan Moebius

Das Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie möchte mit Blick auf die gegenwärtige Lage der Soziologie intervenieren, die Relevanz einer theoretisch orientierten Geschichte der Soziologie aufzeigen, alte und neue Perspektiven ihrer Reflexion ausloten, kanonisierte Lesarten erneut zur Diskussion stellen sowie Wege, Ziele und Potentiale einer theorieorientierten Geschichte der Soziologie erörtern.

Der vorliegende siebte Band von „ZYKLOS. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie“ bietet in dieser Absicht neben einem Themenschwerpunkt erneut diverse Analysen und Materialien: von soziologehistorischen Abhandlungen über editionsspezifische Nachrichten bis zu einem Besprechungssatz soziologiegeschichtlich einschlägiger Publikationen.

Der aktuelle Band von „ZYKLOS“ versammelt in einem Schwerpunkt Beiträge der ersten Tagung der 2019 neu gegründeten Sektion Soziologiegeschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zum Thema „Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“, die im Mai 2021 in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Archiv in Konstanz stattfand. Eine Orientierung über diesen Themenschwerpunkt bietet die Einführung der beiden Organisatoren der Tagung, Jochen Dreher und Stephan Moebius. Die unter diesem Titel

M. Endreß (✉)

Fachbereich IV, Soziologie, Universität Trier, Trier, Deutschland

E-Mail: endreß@uni-trier.de

S. Moebius

Institut für Soziologie, Karl-Franzens-Universität Graz, Graz, Deutschland

E-Mail: stephan.moebius@uni-graz.at

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_1

rubrizierten Beiträge werfen Schlaglichter auf zentrale Akteure und die Jahre der Konsolidierung und Professionalisierung im Zuge der weiteren Ausbauphase der Soziologie in der Bundesrepublik insbesondere seit den 1960er Jahren.

In der Reihe der „Aufsätze“ werden im aktuellen siebten Jahrgang Beiträge von Eberhard Demm, Michael Nguyen und Gertraude Mikl-Horke veröffentlicht. Während der Beitrag von Eberhard Demm eine vergleichende Erörterung der im weitesten Sinne politischen Stellungnahmen der Brüder Alfred und Max Weber darstellt, diskutiert Michael Nguyen das sozialtheoretische Konzept des Situationismus im Werk von Randall Collins und Gertraude Mikl-Horke behandelt Aspekte des jüngeren Realismus-Diskurses angesichts insbesondere post-moderner und postkolonialer Herausforderungen.

In der Rubrik „Nachrichten aus der soziologiegeschichtlichen Forschung“ präsentiert der siebte Jahrgang von ZYKLOS zwei Beiträge zum Werk von Ferdinand Tönnies. Sebastian Klauke und Alexander Wierzock berichten über Prozesse „Zur Schulbildung um Ferdinand Tönnies“ und stellen eine Liste der Schülerschaft von Tönnies vor. Sebastian Klauke erläutert in einem weiteren Beitrag, „Warum ‚Status und contractus‘ kein Text von Ferdinand Tönnies ist“. Abgeschlossen wird auch dieser siebte Band von ZYKLOS mit einem Rezensionessay von Lothar Peter zum „Westlichen Marxismus“.

Die Herausgeber danken Frau Sabine List für ihre Hilfe bei der Formatierung und Korrektur der Manuskripte dieses siebten Jahrgangs.

Schließlich laden wir abschließend alle Kolleginnen und Kollegen herzlich zur Einreichung von eigenen Beiträgen und damit zur weiteren Diskussion einer Theorie-orientierten Forschung zur Geschichte der Soziologie ein. Diese Einladung bezieht sich auch auf Diskussionsbeiträge zu den in ZYKLOS bereits veröffentlichten; sie sind ausdrücklich erwünscht und können im jeweils folgenden Jahrgang zur Veröffentlichung kommen.

Martin Endreß und Stephan Moebius

Themenschwerpunkt: Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie

Hg. von Jochen Dreher und Stephan Moebius



Einführung zum Themenschwerpunkt „Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“

Jochen Dreher und Stephan Moebius

Der Themenschwerpunkt „Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“ wurde für die 1. Sektionstagung der 2019 gegründeten Sektion *Soziologiegeschichte* der *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* (DGS) ausgewählt, die von Jochen Dreher und Stephan Moebius organisiert und vom 6.–8. Mai 2021 durchgeführt wurde.

Die „zweite Generation“ der bundesrepublikanischen Soziologie, oft aus den Schulzusammenhängen der ersten Generation nach dem Neubeginn in Köln (König), Frankfurt (Horkheimer/Adorno), Münster (Schelsky), Göttingen (Plessner), Marburg (Abendroth) oder Berlin (Stammer) hervorgegangen, trug maßgeblich zur Konsolidierung, Institutionalisierung und Professionalisierung der Soziologie in West-Deutschland bei. Zu dieser Generation können u. a. Erwin K. Scheuch, Peter Atteslander, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Ludwig von Friedeburg, Niklas Luhmann, Heinrich Popitz, Hans Paul Bahrtdt, Renate Mayntz, Eva Lips, Helge Pross, Benita und Thomas Luckmann, Ralf Dahrendorf, Friedrich Tenbruck, Dieter Claessens, Karl Hermann Tjaden, Karl Martin Bolte, Kurt Lenk, M. Rainer Lepsius u. a. gezählt werden. Nicht zu allen der genannten wurden Vorträge auf der Tagung eingereicht und gehalten, die aufgrund der Corona-Pandemie erst eineinhalb Jahre nach der Sektionsgründung erfolgen konnte.

J. Dreher (✉)

Sozialwissenschaftliches Archiv, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland

E-Mail: Jochen.Dreher@uni-konstanz.de

S. Moebius

Institut für Soziologie, Karl-Franzens-Universität Graz, Graz, Deutschland

E-Mail: stephan.moebius@uni-graz.at

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_2

Aber es muss und kann auch gar nicht um eine „absolute“ Vollständigkeit gehen, vielmehr um eine kritische Würdigung der von Heinz Bude und Friedhelm Neidhardt bezeichneten „Kohorte der Disziplinmacher“ (Bude/Neidhardt 1998, S. 405). Es waren Soziologen und Soziologinnen dieser Generation mit ihren Erfahrungen von Diktatur, Krieg, Nachkriegszeit und Wiederaufbau sowie ihr an ein Orientierungsbedürfnis ausgerichtetes Programm einer „angewandten Aufklärung“, die die „Institutionalisierung des Faches [...], seine Einführung und Ausbreitung im Kanon anerkannter Hochschuldisziplinen, dann auch die Operationalisierung seines Erkenntnisprogramms und die Kanonisierung seiner Lehrinhalte“ vorantrieben (Bude/Neidhardt 1998, S. 406, 410), schließlich auch zunehmend prägten und bestimmten. Grund genug, sich diese Zeit und diese Personen, wenn auch exemplarisch, etwas genauer anzuschauen.

Die im Folgenden dargestellten Beiträge sind Resultate dieser Veranstaltung. Der erste Beitrag von Karl-Siegbert Rehberg „Soziologie als ‚administrative Hilfswissenschaft‘?“ setzt sich mit „Arnold Gehlens Flucht in die Empirie im Gleichklang mit dem Neuanfang der Soziologie im westlichen Nachkriegsdeutschland“ auseinander und nähert sich dem Schwerpunktthema an. Im Folgenden konzentriert sich Andreas Höntsch auf „Lars Clausens Katastrophensozioogie“ und den „Einfluss der Leipziger Schule auf die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“. Oliver Neun befasst sich in seinem Text mit Charlotte Lütken als „vergessener Reemigrantin der Soziologie“ und erstes weibliches Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Im Beitrag von Martin Endreß wird das „analytische Profil der Soziologie von M. Rainer Lepsius“ und deren „Bedeutung für eine sozio-historische Strukturanalyse der Gesellschaft Deutschlands“ dargestellt. Gerhard Schäfer erörtert in seinem Aufsatz die besondere Verbindung der beiden Intellektuellen Ralf Dahrendorf und Helmut Schelsky und befasst sich mit den Ambivalenzen dieser besonderen soziologischen Beziehung. Mit der „Abwehr der Kulturrevolution“ der 1960er Jahre und den Hegemonialkämpfen in der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie setzt sich Nikolai Wehrs auseinander, der das Thema am Beispiel der Soziologen Friedrich H. Tenbruck, Erwin K. Scheuch und Walter Rüegg und deren Konfrontation mit der Studentenbewegung sowie der Frankfurter Schule untersucht. Pascal Berger erörtert in seinem Beitrag, wie Niklas Luhmann die Situation des „Kalten Krieges“ in seine Theorie der funktional differenzierten Weltgesellschaft integrieren konnte. Der Text von Lutz Hieber zeichnet „eine Entwicklungslinie der Kritischen Theorie in Hannover“ am Beispiel von Oskar Negt nach. Michaela Pfadenhauer beschäftigt sich in „Feeling at

Home in Small Lifeworlds“ mit der Soziologin Benita Luckmann als Vertreterin der „Konstanzer Schule“, deren Werk sie theoretisch im Rahmen der von Max Weber und Alfred Schütz aufgebrachten Sinnfrage verortet.

Literatur

Bude, Heinz/Neidhardt, Friedhelm. 1998. „Nachwort. Die Professionalisierung der deutschen Nachkriegssoziologie“. In: Karl Martin Bolte/Friedhelm Neidhardt (Hg.) *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration. Soziale Welt Sonderband 11*. Baden-Baden: Nomos, S. 405–418.



Soziologie als »administrative Hilfswissenschaft«? Arnold Gehlens Flucht in die Empirie im Gleichklang mit dem Neuanfang der Soziologie im westlichen Nachkriegsdeutschland

Karl-Siegbert Rehberg

»Alles scheint aufs Vergessen angelegt«
Max Horkheimer (1946)

Sehr herzlich danke ich Bettina Haßkamp-Böhmer für Ihre Mitarbeit an der erweiterten Druckfassung meines Textes, den ich im Mai 2001 im Rahmen der in der Universität Konstanz organisierten 1. Tagung der neu gegründeten Sektion Soziologiegeschichte der DGS vorgetragen habe, sowie Stephan Moebius und Jochen Dreher für die – trotz aller Verspätung – noch ermöglichte Aufnahme dieses Beitrages in den der Nachkriegssoziologie gewidmeten Band der Zeitschrift „Zyklus“ und nicht zuletzt Sabine List für ihre hilfreiche Kontrolle meines Manuskripts. – Einzelne Aussagen zur Bedeutung der Industriosozologie sind Interviews entnommen, die im Rahmen des von der Fritz Thyssen Stiftung finanzierten, von Karl-Siegbert Rehberg geleiteten und mit Joachim Fischer und Stephan Moebius durchgeführten Interviewprojektes »Audio-visueller Quellenfundus zur deutschen Soziologie seit 1945« durchgeführt worden sind. Diese Materialien sind bisher nicht publiziert, werden jedoch im Sozialwissenschaftlichen Archiv Konstanz (SAK) aufbewahrt und sind dort für die Forschung zugänglich. – »MN« bedeutet »Marbacher Nachlass« und verweist auf Gehlens wissenschaftliche Hinterlassenschaften im Deutschen Literaturarchiv in Marbach. – Zum Motto: Brief Max Horkheimers an Heinz Maus 28.06.1946, zit. in: van de Moetter (1995, S. 268 f.).

K.-S. Rehberg (✉)
Institut für Soziologie, TU Dresden, Dresden, Germany
E-Mail: karl-siegbert.rehberg@tu-dresden.de

1 Erzwungener Neuanfang

»Nach dem Kriege« (wie man oftmals gerne sagt, um schon sprachlich das durch die Nazis selbsterzeugte Fatum vergessen zu machen) entlasteten sich auch die Soziologen durch die Fiktion einer »Stunde Null«, obwohl sie es besser hätten wissen können durch die Einsicht in lange gesellschaftliche Prozesse. Dafür, dass die Soziologie nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes als erste Wissenschaftsgesellschaft wiederbegründet werden konnte, mögen Zufälle im Spiel gewesen sein, etwa dass einer der amerikanischen Universitätsoffiziere Howard P. Becker war, der die Arbeiten Leopold von Wieses ins Amerikanische übersetzt hatte, sodann, dass mit dem Yale-Soziologen Edward Y. Hartshorne, der bei dem von Wiese-Freund Pitirim Sorokin in Harvard studiert hatte, ein weiterer maßgeblicher Förderer der Soziologie in der amerikanischen Zone wirkte. Entscheidend waren die Erwartungen an die Soziologie in einem – noch unausgearbeiteten – Re-Education-Programm. So konnte der erste Nachkriegs-Soziologentag bereits 1946 stattfinden. Es war dies ein intellektuell wenig rühmliches Ereignis, wie es der DGS-Mitbegründer Heinz Maus in einem Brief vom 26. Dezember 1946 an Max Horkheimer treffend beschrieben hat: »Die Diskussion [...] war überaus zahm. Kritische Einwände sind kaum gemacht worden.«¹ Die Eröffnungsrede des neugewählten DGS-Präsidenten Leopold von Wiese (1948, S. 35 ff.) symbolisiert in erschreckendem Maße die intellektuelle Situation der Verbands-Soziologie, ein Sich-dumm-Stellen der »Wissenden« durch große, aber hohle Worte bei gleichzeitiger Verdrängung jeder Analyse und Selbstbesinnung. Beschworen wurde ein »irdisches Gesamtlos der weißen Rasse«, welches seit Beginn des Ersten Weltkrieges zu einer »allgemeinen Sklaverei« geführt habe und unaufhaltsam weiterschreite. Nicht spielte der Redner auf die Diktatur an, sondern auf »Symbole des abstrakten Zwanges [...] das Formular, die Kontrollkarte, der Fragebogen« etc., mit alledem hätten »menschliche Hyänen [...] das größte Unheil angerichtet«. Das Wort »Fragebogen« hätte den Redner damals innehalten lassen müssen, denn es war dies in einer Zeit, in der viele Deutsche sich durch die Befragung der Alliierten gedemütigt fühlten und zugleich war es der Buchtitel einer Selbstrechtfertigungsschrift Ernst von Salomons, der als ein Vertreter der Konservativen Revolution in vielen Freikorps und in der rechtsextremistischen Organisation *Consul* an

¹Der Brief von Heinz Maus an Max Horkheimer ist zitiert nach Greven und van de Moetter (1981, S. 16).

zahlreichen Morden beteiligt gewesen war, so auch an der Vorbereitung des Attentats auf den Reichsaußenminister Walther Rathenau (vgl. Sabrow 2022). Die Soziologie, so verkündete von Wiese, sei »kein Richter, eher ein Advokat«, so auch in der Bearbeitung des Nationalsozialismus, bei der man »Hitlers Wahnsinn« nicht isolieren dürfe, weil es – was durchaus stimmt – solche »Krankheit« auch in Italien und Russland gegeben habe und mannigfache Symptome auch in Frankreich, Spanien und auf dem Balkan. Das Ganze mündete in einer beschämenden Selbst-Exkulpation von Wieses (1948, S. 20–41, bes. S. 27 ff., S. 35 ff.): »Obwohl die Menschen in diesem Jahrhundert nicht schlechter seien als je« und »durchschnittlich keineswegs untergangsreif«, sei doch »die Pest über die Menschen [gekommen], von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag!« Übrigens hörte man bei diesem ersten Nachkriegskongress der DGS nicht gerne, dass Hanna Meuter darauf hinwies, dass »von den ehemals 150 Mitgliedern der Gesellschaft über die Hälfte, nicht unbeeinflusst durch die Vernichtungsverfahren der Zeit, heute nicht mehr unter uns sind« (Wobbe 1996).

Für lange Zeit konnte es so scheinen, wie die italienische Zeitung *La Repubblica* ihren Lesern die Nachkriegssituation der westdeutschen Soziologie noch im Jahre 1987 zu erläutern suchte: das Fach sei 1945 »vollständig den Amerikanern in die Hände gefallen, weil die großen deutschen Soziologen emigriert oder in den Lagern ermordet worden waren« (Vannuccini 1987).

Obwohl die Soziologie tatsächlich zu den Disziplinen gehört, die durch Vertreibung und Unterdrückung so viele ihrer besten Vertreter nach 1933 einen Substanzverlust ohnegleichen erlitten hat, ist das doch eine schiefe Halbwahrheit. Derlei Deutungen kursierten seit 1945 nicht nur unter den »Daheimgebliebenen« (wie sie gemütlich verharmlosend gerne genannt wurden), sondern auch unter den »Emigrierten« (wie es nicht minder irreführend heißt, so als wären sie freiwillig ausgewandert), besser gesagt also: jenen, die aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt waren (vgl. Rehberg 2014, S. 538; Pinn und Nebelung 1990).

2 Die Neukonstitution der Soziologie nach 1945

Wenn man auf die bundesrepublikanische Soziologie zurückblickt, so sind auch hier historische Epochen- und Phaseneinteilungen nur Hilfsmittel der Orientierung. M. Rainer Lepsius etwa unterschied für die westdeutsche Soziologie eine »Wiederbelebungsphase« von 1945 bis 1949 von der Periode ihrer wirklichen Neubegründung, welche sich erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre vollzogen habe und in welcher die »Nachkriegsgeneration«

akademisch zum Zuge kam (Lepsius 1971, bes. S. 31–44; vgl. auch das Interview mit Lepsius am 26. April 2010 *-Anmerkung zum Thyssen-Projekt Beginn des Aufsatzes). Das traf etwa auf Hans Paul Bahrdt, Ralf Dahrendorf, Heinrich Popitz und für Lepsius selbst zu, während in den 1960er Jahren eine Zeit des Wachstums dieser Disziplin folgte. Gegen Teile dieser Deutung wandte sich mit Entschiedenheit Helmut Schelsky (1981b, bes. S. 37), indem er gegen Lepsius' Darstellung behauptete, dass eine derartig in die Jahre 1949/50 verlegte Zäsur nicht den internen Entwicklungen des Faches folge, vielmehr habe es sich nach dem NS-Regime nur durch die Unterstützung des »Besatzungsregimes« als Fach so schnell wieder etablieren können. Ganz einig waren Schelsky und Lepsius sich allerdings darin, dass erst in den 1950er Jahren die bundesdeutsche Soziologie sich als etwas wirklich Neues konstituiert habe und dabei eine empirische Neugierde bestimmend geworden sei.

Das wird deutlich vor allem an einem zentralen Thema, das in der damaligen Situation zugleich zu einer Quelle der Finanzierung umfangreicher Forschungsprojekte wurde: die Industriesoziologie. Man könnte das zwar als eine Flucht aus den Realitäten des Nazi-Regimes verstehen, aber auch als desinteressierte Abwendung von dieser nahen Vergangenheit durch Themen, welche die neue, demokratische, Gesellschaft zentral berührten. Ralf Dahrendorf (1988) hat das beim Zürcher Drei-Länder-Soziologentag in seinem Referat »Soziologie und Nationalsozialismus« sowie in der sich anschließenden kontroversen, nicht publizierten Diskussion so erklärt, dass dieses Herrschaftssystem für die Soziologen seiner Generation nicht im Mittelpunkt des Forschungsinteresses gestanden hätte, weil man die Gegenwart analysieren musste und sich darüber hinaus mit der Entscheidung für dieses Fach bereits deutlich gegen die NS-Vergangenheit gestellt habe.

Derlei Deutungen hörte man auch von jenen, die aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt waren. So beteiligte sich beispielsweise auch René König (1958, S. 14, 1987, S. 388) an der Stabilisierung der Vorstellung, dass der Nationalsozialismus die Soziologie brutal zum »völligen Stillstand« gebracht habe, denn eine Soziologie im »Dritten Reich« sei allenfalls eine Nivellierung dessen gewesen, was das Fach eigentlich ausmache. Max Horkheimer (1952) hatte von »complete silence« gesprochen, Max Graf zu Solms von dem zwölfjährigen »Interregnum« und Theodor W. Adorno (1959, S. 257) von einem »Vakuum«. So mochte es scheinen, dass der in der Weimarer Republik erreichte Höhepunkt der Soziologie durch die NS-Herrschaft zerstört worden sei. Dagegen wehrte sich Schelsky (1959, S. 37) mit der polemisch zugespitzten These, dass dies schon früher geschehen sei, dass also

»die Thematik unserer Soziologie [zuvor schon] am Ende war: die Melodien waren durchgespielt, die Fronten im Erstarren und die Wissenschaft hatte kaum noch neue Entwicklungskräfte in sich selbst; in dieser Lage entsprach sie übrigens eben der deutschen sozialen und politischen Situation, die den Nationalsozialismus zum Zuge kommen ließ«.

Ungewollt legten die zitierten Wendungen der von Schelsky so scharf kritisierten Autoren, welche den Tiefstand soziologischer Forschung und Lehre allein den Nationalsozialisten zuschrieben, durchaus auch eine bequeme und selbstschmeichlerische Interpretation nahe: Es schien ausgemacht, dass Sozialwissenschaftler sich an der Durchsetzung der Demokratie in Deutschland schon dadurch beteiligt fühlen durften, dass sie als Soziologen oder Politologen ein demokratisches, ein *per definitionem* aufklärerisches und kritisches Fach vertraten. Soziologie sollte den Bruch mit der Vergangenheit durch ihre bloße Existenz symbolisieren. Das könnte auch meinen, dass sie nicht notwendig die Pflicht habe, den Gründen für die »Epoche der Extreme« und darin besonders des Nationalsozialismus nachzuspüren.

Längst schon ist derlei Selbstmythisierung durch die Fachgeschichtsschreibung nachhaltig entzaubert worden (vgl. Christ & Suderland 2014 sowie van Dyk & Schauer 2014). Ausgelöst auch durch die bereits erwähnte historische Skizze der Soziologieentwicklung seit 1945 von M. Rainer Lepsius (1971) und die aufgebrachte Entgegnung Helmut Schelskys (1981b), wurden nun auch zuvor wenig beleuchtete Aspekte der deutschen Soziologie unter der NS-Herrschaft vermehrt diskutiert. Vor allem Carsten Klingemann (1987, 1996, 2009) sei hier hervorgehoben, aber auch andere wichtige Beiträge erwähnt, z. B. von Bialas & Rabbinbach (2007), Waltraut Bergmann (1981), Karl Corino (1980), Wolfgang Fritz Haug (1989), Urs Jaeggi (1983), Ilse Korotin (1994), Sven Papcke (1986) und Otthein Rammstedt (1986). Damit sind sicher nicht alle weiterführenden Arbeiten über Existenz und Rolle der Soziologie in der NS-Diktatur und den daraus folgenden personellen und denkerischen Kontinuitäten nach 1945 genannt.

Ich erinnere mich gut noch der gleichermaßen empörten Reaktionen auf diese Bemühungen, die Verbindungen zwischen dem NS-System und der Soziologie aufzuklären – und dies aus biographisch wie politisch gänzlich unterschiedlichen Positionen heraus. René König – und nicht minder Helmut Schelsky – empörten sich über Klingemanns Behauptung, dass es eine »wirkliche« Soziologie im »Dritten Reich« durchaus gegeben habe. Soweit es beispielsweise um das beschämende Mittun von Soziologen an SS-Planungen für die Einstufung der Völker im (»eroberten«) Osten gehandelt habe, sei dies, so König (1987, S. 418), allenfalls bloße »Afterwissenschaft« oder »verbrecherische Soziotechnik« gewesen. Wie immer die Bezeichnungen von Professuren, Qualifikationsarbeiten

oder verliehenen akademischen Titeln damals gelautet haben mögen (wie König mir in einem unserer kontroversen Gespräche über den ihm verhassten Philosophen und später eben auch Soziologen Arnold Gehlen sagte), nichts von alledem hätte irgendetwas mit Soziologie als wissenschaftlichem Fach zu tun gehabt.

Nicht weniger heftig lehnte Helmut Schelsky demgegenüber die Zumutung ab, seine eigene Position als jemand, dessen Habilitation ihm 1941 in Königsberg die *venia legendi* für Philosophie und Soziologie und vier Jahre später den (nicht mehr realisierbaren) Ruf auf einen Soziologie-Lehrstuhl an die »Reichsuniversität Straßburg« eingebracht hatte, mit dem verbrecherischen NS-System in Verbindung zu bringen, während er darin im Gegenteil gerade Freiheitsgrade in der damaligen politischen Situation belegt sehen wollte.

Der Nachweis, dass es durchaus auch soziologische Beteiligungen an verbrecherischen Planungen gegeben hat, brachte Schelsky (1981a, S. 5–12, Vorwort 1980) – durchaus widersprüchlich – dazu, die eigene, von Arnold Gehlen betreute Habilitationsschrift und die damit verbundene *venia legendi* als einen Sonderfall von der offiziellen Wissenschaftspolitik abzugrenzen, indem er betonte, dass man (schon seit 1931!) Soziologie als »wissenschaftliche Disziplin« gar nicht mehr habe studieren können, das Fach also in »faktischer Auflösung« gewesen sei.

Die Nachkriegssoziologie in Westdeutschland war von Anfang an auch durch den Gegensatz zwischen einer bevorzugten empirischen Forschung in Abgrenzung zu einer skeptisch betrachteten soziologischen Theorie geprägt. Programmatisch hat das René König als ‚Haupt‘ der »Kölner Schule« formuliert, indem er postulierte, dass Soziologie künftig »nichts als Soziologie« sein solle (König 1958, S. 8). Alle »philosophisch ausgerichteten Betrachtungsweisen«, besonders jede Geschichts- und Sozialphilosophie, sollten »ausgemerzt« (König 1958, S. 278) werden – es war dies auch ein Postulat der essentiellen Unverträglichkeit des Nationalsozialismus mit der Soziologie.

Nicht war man in der Konstitutionsphase der bundesrepublikanischen Soziologie der Forderung des Tübinger Theologen und Universitätsrektors Herman Diem gefolgt, der im Wintersemester 1964/65 gefordert hatte, die Soziologie müsse, »um mit der mittleren Erfahrung des Nationalsozialismus fertig zu werden«, diesen »in einem doppelten Sinne« analysieren, nämlich »wissenschaftshistorisch, aber auch »wissenschaftlich«, das sollte heißen, nicht nur die Vergangenheit zu erforschen, sondern den NS auch »als historische Möglichkeit« zum Thema zu machen (zit. in Dahrendorf 1988, S. 669). Statt dies aufzugreifen, wies Dahrendorf mit einigem Stolz darauf hin, dass die jungen Soziologen wie Heinrich Popitz, Ernst August Jüres, Hanno Kesting, Theo Pirker, Ludwig von Friedeburg, Burkart Lutz und er selbst sich im Frankfurter »Industriesoziologenkreis« getroffen hätten (Dahrendorf 1988, S. 670).

Somit wurde vor allem die wirtschaftliche Entwicklung thematisiert, ausgehend von der Großindustrie, die nach der Selbstzerstörung des Deutschen Reiches ein besonderes Interesse auf sich zog, wie das auch in Interviews zur Entwicklung der Soziologie in den deutschsprachigen Ländern vielfältig bestätigt wurde (z. B. Interview mit Christian von Ferber am 21. April 2012, vgl. *-Anm. zu Beginn des Beitrags).

Friedrich Weltz (Interview am 23. April 2014, vgl. *-Anm.), ein früher Pionier dieser Forschungsrichtung, erinnert sich an die Dominanz der Erforschung industrieller Arbeitsprozesse, die er zuerst im Rahmen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (dessen Forschungsergebnisse ihm, obwohl Empirie der Theorie durchaus bedürfe, rückblickend als die »unergiebigsten« erschienen), später dann im Münchner Institut für sozialwissenschaftliche Forschung mitentwickelt hat. Ein Ausgangspunkt der professionellen Verankerung dieser Fragestellungen war das »Industriesoziologen-Kränzchen«, an dem schon die Teams und Verfasser der berühmten Studie *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters* (Popitz et al. 1957) beteiligt waren. Aber diese Gruppe war auch für Theo Pirker, Burkart Lutz, Siegfried Braun, Ludwig von Friedeburg, Eckart Teschner und Friedrich Weltz selbst sowie im Hintergrund Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas als Vertreter der »jüngeren Garde« ein Kreis von Gleichaltrigen und Gleichgesinnten« (wie Werner Mangold sich in dem Interview am 27. Juli 2010 erinnerte, vgl. *-Anm.). Es war diese Gruppe, von der viele Mitglieder auch bald auf Lehrstühle berufen wurden. Eigentlich waren die Themen für alle Neuland und die Untersuchungen eine frühe »Vermischung« von quantitativer und qualitativer Forschung. Damals habe man versucht, aus dem »Durchdringen der konkreten Verhältnisse im Betrieb und im industriellen Arbeitsvollzug den Stoff zu bekommen für ein nicht-ideologisches Verständnis der Gesellschaft« (vgl. zu alledem: Weltz-Interview am 23. April 2014 sowie das Interview mit Ilona Ostner am 24.07.2014, vgl. *-Anm.). Horst Kern (Interview am 27. Juli 2014, vgl. *-Anm.) bestand darauf, dass die damaligen Untersuchungen in industriellen Großbetrieben keineswegs als »Bindestrich-Soziologie« einzuordnen seien, vielmehr hätten sie tatsächlich zu einer »Soziologie der industriellen Gesellschaft« beigetragen. Das war die Voraussetzung dafür, dass aus dieser Gruppe die erste Sektion der nach 1946 neubelebten *Deutschen Gesellschaft für Soziologie* hervorging. Ein informelles Zusammentreffen, das Helmut Schelsky 1955 in Hamburg organisiert hatte, war dafür ebenfalls wichtig gewesen. Industriesoziologie wurde zu einer empirischen Kerndisziplin der sich neu konstituierenden Soziologie, welche auch die Fragen der nach-totalitären Wirtschaftsgesellschaft behandelte (allerdings ohne die verbrecherische Politisierung durch die NS-Herrschaft und den ihr folgenden Ruin zu einem dominanten Thema zu machen).

Das Interesse an der Industriekultur jenseits der unterschiedlichen wissenschaftlichen Herkunft, der politischen Überzeugungen und Lebensschicksale zeigte durchaus Parallelen zu anderen Gründerfiguren der Nachkriegssoziologie, besonders denjenigen, die in den 1950er Jahren ihre erste Professur erhielten (vgl. Rehberg 1992).

Helmut Schelsky wurde für die Empirisierung der Soziologie übrigens bedeutsam, weil er mit seiner Berufung an die Universität Münster zugleich Leiter der 1947 von Otto Neuloh gegründeten Sozialforschungsstelle in Dortmund wurde, dem damals größten Institut für Empirische Soziologie in Europa. Später hat er als Gründungsrektor der Universität Bielefeld dieser Einrichtung einen neuen Rahmen gegeben. Zeitweilig gab es in der Dortmunder Einrichtung allerdings auch das Problem, dass einstmals in der NS-Sozialforschung tätige Soziologen aus Leipzig dort wirkten, von denen manche – wie Wilhelm Brepohl oder Gunther Ipsen – an den alten Ideologemen festhielten, während andere sich – so auch Schelsky selbst – an die neuen Problemkonstellationen in Deutschland und Europa angepasst hatten. Jedenfalls entstand ein privilegiert ausgestattetes Zentrum für soziologische Gegenwartsanalyse (vgl. Neuloh 1983, S. 41 ff.; Dammann & Ghonghadze 2018; Weyer 1984, S. 207 ff.; Schelsky 1981b, S. 48–59).

Verstehbar ist die Konzentration auf das, was optimistisch »Wiederaufbau« zum Schlüsselbegriff in West- und Ostdeutschland machte (Schildt & Sywottek 1993). Das drückte sich auch in Schelskys »Realitätsdrall« aus, weshalb er seiner umfassenden Aufsatzsammlung den Titel *Auf der Suche nach Wirklichkeit* (1965b) gab. Schelskys Wirksamkeit beruhte vor allem auf seinen, die soziale Situation im Nachkriegsdeutschland treffend benennenden, populären Buchtiteln, etwa *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart* (1953) oder *Die skeptische Generation* (1957).

Einer gleichfalls analytischen Suche für ein Verstehen der Gegenwartsgesellschaft war übrigens auch Arnold Gehlens 1957 erschienener »Bestseller« *Die Seele im technischen Zeitalter* (2004b) gewidmet. Gehlen sah übrigens – sozusagen »werturteilsfrei« – in der engen Verbindung von Politik und Wirtschaft einen sich gegenseitig bedingenden »Kreisprozess« (Gehlen 1978e, S. 117).

3 Der Philosoph Gehlen als erster in den westlichen Besatzungszonen neuberufener Soziologe

Nachdem Arnold Gehlen – wie alle dortigen reichsdeutschen Professoren – seines Amtes als Ordinarius in Wien enthoben war, wandte er sich in der tiefsten Krise seiner bis dahin staunenswerten Karriere von der Schulphilosophie

jedweder Couleur ab und mit Entschiedenheit der Soziologie zu. Gehlen war nach Entnazifizierungsverfahren sowohl in der amerikanischen als auch in der französischen Zone bereits am 2. Juni 1947 zum ordentlichen Professor für Philosophie, Psychologie und Soziologie an der von der französischen Militärregierung in Speyer gegründeten *Staatlichen Akademie für Verwaltungswissenschaften* (welche der Pariser *École Supérieure d'Administration* nachgebildet war und heute »Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften« heißt) ernannt worden. Dabei blieb ihm freigestellt, sein Ordinariat auf eines dieser Berufungsgebiete auszurichten, wobei Gehlen sich eindeutig für die Soziologie entschied, wie nochmals 1962 bei seiner Berufung an die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, wo er ebenfalls die Wahl zwischen einem zu gründenden Lehrstuhl für Philosophie oder Soziologie hatte.

Damit folgte er, wie er erläuternd einmal formulierte, einer Denkgeschichte in »Richtung des Comte'schen Gesetzes« (Brief Gehlens an Marc De Mey v. 23.03.1964 [MN]). Soziologie war ihm – als er 1934 dreißigjährig in Leipzig auf den Philosophie-Lehrstuhl von Hans Driesch berufen worden war – durch Hans Freyer und dessen sehr heterogenen Umkreis nicht unvertraut (vgl. Üner 1992, S. 11–16; Rehberg 1999, 2021). Freyer hatte 1925 den ersten Lehrstuhl erhalten, der *nur* der Soziologie gewidmet war und nach der Machtübergabe an Hitler diese Denomination seines Lehrstuhls flink durch eine für »Politische Wissenschaft« ersetzt. Unabhängig von seinen Paralleltätigkeiten in Budapest (1935 bis 1944 als Leiter des dortigen „Deutschen Kulturinstituts“ und von 1941 bis zu dessen Auflösung als Präsident des „Deutschen Wissenschaftlichen Instituts“ sowie seit 1938 als Gastprofessor für deutsche Kulturgeschichte an der dortigen Universität) bildete sich um ihn in Leipzig ein von der Jugendbewegung inspirierter Kreis mit höchst heterogenen Arbeiten, der später zur »Leipziger Schule« verklärt wurde. Von den dort durchaus auch soziologischen Fragestellungen und Studien dürfte Arnold Gehlen während der kurzen Zeit als Assistent Freyers und später höchstwahrscheinlich durch Gunther Ipsen (der ihn übrigens von Leipzig aus 1938 nach Königsberg und 1940 nach Wien mitzog) sowie durch seinen Assistenten Helmut Schelsky unterrichtet gewesen sein.

Kaum dürfte Gehlen allerdings dem Versuch Karl Heinz Pfeffers gefolgt sein, eine »deutsche«, vor allem von der Romantik inspirierte Soziologie zu betreiben. Hans Freyer war zuvor als Autor von Publikationen hervorgetreten, in denen antikisierende Metaphern in einem expressionistisch gesteigerten Stil faszinierten (Freyer 1918, 1923, 1935; vgl. auch Rehberg 2001) – so auch viele Mitglieder der Jugendbewegung. Das hatte Auswirkungen auch noch auf seine in der Weimarer Republik entworfene Konzeption einer Soziologie, die als »Krisenwissenschaft« von der Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts nun durch eine

völkische Wissenschaft des gemeinschaftlichen, jedenfalls nach-gesellschaftlichen Zusammenlebens (vgl. Freyer 1964, bes. S. 285–295, S. 303–307; sowie Üner 1992) bestimmt sein sollte – auch demgegenüber verhielt Gehlen sich wohl distanziert.

Übrigens erwies Hans Freyer sich nicht nur nach dem Aufstieg Hitlers als flexibel, sondern ebenso, als die ersehnte völkische Gemeinschaftsbildung keine Zukunftsvision mehr sein konnte. Die Phantasmen von großer Politik wurden 1945 sofort abgelöst durch eine Verkündung der nun dominanten Herrschaft »sekundärer Systeme« (Freyer 1955, S. 79–93).

Gleichwohl waren es die zuvor in Leipzig diskutierten soziologischen Überlegungen, auf die Gehlen später zurückgreifen konnte. Anfangs lehnte er – wie schon Wilhelm Dilthey (1979, S. 90–112) – die französische und amerikanische Soziologie ab, bezog dies aber auch auf die deutsche Ausprägung dieses Faches, wenn man etwa an seine höhnischen Worte im Sommersemester 1933 denkt, als er den Lehrstuhl des ins Exil gezwungenen Paul Tillich an der Frankfurter Universität »vertrat«:

„Noch immer habe man dort nicht begriffen und könne sich von [Tillichs] geliebten soziologischen Kategorien nicht trennen: »Am ersten Tage war das Staunen groß, als ich sagte, die Zeiten des fröhlichen Ausverkaufs seien nun vorüber, jetzt gälte es eine bestimmte Sache zu erarbeiten und die albernem soziologischen Begriffe seien in den verdienten Ruhestand entlassen.«“ (vgl. den undatierten [whs. 1933] Brief Gehlens an Alexander Szalai [MN])

Nach dem als Katastrophe erlebten Ende des Deutschen Reiches wandten Gehlen wie auch Helmut Schelsky sich den Veränderungen der modernen Gesellschaft zu, dabei vor allem den Einfluss technischer Prozesse heraushebend. Schelsky (1965a) prognostizierte u. a. eine zunehmende Ablösung traditioneller Formen der Politik durch einen »technischen Staat«, in dem substantielle politisch-ideologische Handlungsoptionen verdrängt würden durch die Dominanz der Sachzwänge. Gehlen (2004b, S. 10–12) entwickelte daraus die Beschreibung ganz neuer Erfahrungs- wie auch Handlungsräume im Rahmen einer neuartigen »Superstruktur«: »Heute ist der Zustand erreicht, in dem man die Naturwissenschaften, die Technik und das Industriesystem funktionell im Zusammenhang sehen muß.« (Gehlen 2004a, S. 12) Dabei ging er aus von der Fähigkeit des Menschen schon frühester Kulturen, Techniken zu entwickeln, wie er das 1957 zur Grundlegung seiner Institutionentheorie in seinem Buch *Urmensch und Spätkultur* (Gehlen 2004m) durch Rückgriff vor allem auf die angloamerikanische Ethnologie ausgeführt hat. Für die Moderne machte er zunehmend die vor allem auch sozialpsychologischen Veränderungen der Menschen zum Thema.

So beschrieb er einen neuen Subjektivismus und dessen Verbindung mit einer spezifischen Sensibilisierung in verschiedensten realen und fiktionalen Formen der Existenz. Soziologie wurde für Gehlen dadurch zu derjenigen Wissenschaft, welche – in Kombination mit Sozialpsychologie – die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse und den von ihm erwarteten stationären Zustand am besten verstehbar machen sollte. So konnte dieser konservative Autor in seiner kunstsoziologischen Studie *Zeit-Bilder* (2016) auf der Grundlage seiner schrittweise erworbenen Bewunderung der großen Meister der Klassischen Moderne plausibel machen, wie die von ihm emphatisch bejahten künstlerischen Neuerer in ihren Ateliers ähnlich experimentiert hätten, wie das etwa in den Laboren der Chemieindustrie geschieht. Hier wie dort führen serielle Formen des Durchprobierens von möglichen Effekten des zu bearbeitenden Materials zu jeweils neuen Gegebenheiten. Etwa im frühen Kubismus Picassos oder in den Werken Piet Mondrians oder Wassily Kandinskys, besonders aber in der reflektierten Bilderschaffung des für Gehlen geradezu als »*pictor doctus*« erscheinenden Paul Klee, zeige sich das experimentelle Moment in so eindrücklicher Weise, dass man geradezu von einer »Kunst der Industriegesellschaft« sprechen müsse (Gehlen 2016, S. 267–286; Rehberg 2016a, S. 590–594).

Sofort nach 1945 eignete sich Gehlen, gemeinsam mit seinem akademischen Schüler und inzwischen Freund Helmut Schelsky und mithilfe des Buchbestandes der amerikanischen Bibliothek in Karlsruhe, in kurzer Zeit zielsicher und mit großer theoretischer Adaptionkraft englische und vor allem US-amerikanische Literatur an. Dabei tauschten sie ihre Lektüre angloamerikanischer Standardwerke aus und brachten sich dadurch in Deutschland in eine innovative Sonderlage: Das wird gut illustriert durch die Charakterisierung, mit der Gehlen am 7. Februar 1949 an den Dekan der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaften der Universität Hamburg ein handschriftliches Gutachten (»Betrifft Schelsky«) zur Besetzung einer dortigen soziologischen Professur verfasst hat:

»Der entscheidende Gesichtspunkt bei der Besetzung einer soziologischen Professur scheint mir der zu sein, daß es z. T. eine moderne Soziologie in Deutschland nur als Postulat gibt [...]. Bei dem staunenswerten Stand und der ungeheuren Verbreitung der soziologischen Forschung in den Vereinigten Staaten, in England und Frankreich, aber auch in Osteuropa, kann die Zielsetzung für einen zu berufenden Forscher auf theoretischem Gebiet zuerst nur darin bestehen, den ausländischen Forschungsstand nachzuarbeiten, die Resultate, Theorien und Methoden sich anzueignen, sie zunächst einmal überhaupt nur zu wissen und zu kennen [...]. Herr Schelsky hat das erkannt und [...] mit erheblicher Energie und Umsicht sich einen beträchtlichen Teil des Materials beschafft und durchgearbeitet. Ich bin sehr ernsthaft der Überzeugung, dass er damit einen Vorsprung vor jedem anderen Soziologen hat, den ich kenne, mich selbst nicht ausgenommen.«

Beide durch NSDAP-Mitgliedschaft »belasteten« Akademiker (Schelsky war noch am 1. Juli 1943 zum außerordentlichen Universitätsprofessor der Soziologie und Staatsphilosophie an der Universität Straßburg ernannt worden, trat diese Stelle aber nicht mehr an) lasen und exzerpierten nun wichtige Werke aus den Bereichen der Kultur- und Sozialanthropologie, Psychologie und der amerikanischen Soziologie.

Diese neuen Realitäten sollten zuerst einmal phänomenal erfasst werden, weshalb Gehlen alle Formen empirischer Datenerzeugung und -interpretation empfahl (man darf die seit dem Ende des 20. Jahrhunderts wieder aktuell werdenden demographischen Befunde ebenfalls hinzufügen). Allerdings bedürfe es für diese Erkundungen auch einer Intuition, wie Gehlen sie an David Riesmans (1964) und dessen von Schelsky in Deutschland bekanntgemachter Studie »Die einsame Masse« bewunderte. Es handelte sich um eine Methode des Hinsehenkönnens – wie sie unter den Bedingungen einer pluralen Welt besonders von den Wissenschaften verlangt werde. Auch hat Gehlen vorweggenommen, was in heute modischen Ansätzen geradezu als Paradoxiegebot erscheint, dass nämlich die »unerhörte Komplexheit und Farbigkeit der modernen Gesellschaft« bedinge, dass sie »nur mit dialektischen [!] Begriffen und Gegensatzpaaren« noch beschreibbar sei (Gehlen 2004i, S. 226).

Deshalb auch wehrte Gehlen den im alten Kontinent weit verbreiteten Vorwurf ab, die amerikanische Soziologie habe nur zusammenhanglose, »theoretisch sozusagen ungetaufte Einzelstudien über alles Mögliche als bloße Faktenwissenschaft« hervorgebracht – und wenn das wahr wäre, würde er es sogar als eine Tugend bezeichnet haben: »Gerade in der Emanzipation von theoretischen Ambitionen sehe ich einen Zug zur Modernität« (Gehlen 2004g, S. 607). Attraktiv sei das Fach, weil inzwischen alle Wissenschaften eine »Neigung zur Soziologisierung ihrer eigenen Probleme« zeigten (Gehlen 2004g, S. 612). Realisiert wurde das in umfassenderem Maße allerdings erst während der von Gehlen perhorreszierten Studentenrevolte in den 1960er Jahren. Man kann daraus lernen, dass interdisziplinäre Leitwissenschaften nicht selten von kurzer Dauer sind, weil dann andere Disziplinen mit anderen Fragen und Antworten in den Vordergrund rücken.

Folgenreich für Gehlens Werk war darüber hinaus seine Entdeckung des (posthum von Charles W. Morris zusammengestellten) »sehr bedeutenden« Hauptwerkes von George Herbert Mead (1934), den Gehlen (1993, S. 194, S. 214 f., S. 242 f., S. 306 ff., S. 375) als erster deutscher Philosoph und lange vor Jürgen Habermas und Hans Joas (1980 sowie Joas & Huebner 2016, darin auch Rehberg 2016b) positiv rezipiert hat, weil er sofort die Parallelen zu seiner eigenen elementaren Anthropologie sah und an Mead bestimmte Präzisierungen, vor

allem der Analyse der Dingkommunikation, schätzte. Im Mittelpunkt all dieser Ansätze standen für Gehlen deshalb »Person« und »Identität«. Daraus ergaben sich weitere Parallelen zu den amerikanischen Pragmatisten, diffizil ausgearbeitet im Hinblick auf die Konstitution der Dinge und die damit eng zusammenhängende Relationsproblematik von Sachwiderstand und Bewusstseinsbildung sowie Analysen der Wahrnehmungsstrukturen und der Zeitlichkeit, schließlich der »Sozialität« als anthropologischer Zentralkategorie.

Auch Gehlen (1978c, S. 181) hatte zuvor zu jenen gehört, die (wie in deutschen philosophischen Kreisen lange üblich) den amerikanischen Pragmatismus mit dessen »banalem Handlungsbegriff« scharf abgelehnt und diesen in seiner Habilitationsschrift sogar mit dem Verlust »jeder Fähigkeit zur reinen Gegenwart und jedes höheren Objekts« mit der »Unmenschlichkeit, ja Bestialität«, mit »Technik [!], Kapitalismus, Weltkrieg [?]<« in Zusammenhang gebracht. Vielleicht war sein neuer und positiver Zugang zum Pragmatismus vorbereitet worden durch Eduard Baumgarten (1938), seinen Amtsnachfolger in Königsberg, der diese Denkrichtung in die Nähe eines Aktivismus gebracht hatte, wie er auch für den Faschismus grundlegend war. Dabei zeigte Gehlen die Unterschiedlichkeit der Leitgedanken von Benjamin Franklin, Ralph Waldo Emerson (dessen hauptsächliche Begriffe »Macht« oder »Kraft«, »Gewalt« und »gewalttätige Neigung« seien), William James, George Herbert Mead und John Dewey auf. Bei Letzterem war die Idee von Demokratie und Freiheit leitend, wengleich Baumgarten (1938, S. 27–54, S. 212–332, bes. S. 313, S. 328) sich noch auf die »französischen« Brüderlichkeitsideale bezogen hat, darin allerdings einen »ältesten germanischen Genossenschaftswillen [von] Gesellung, Assoziation, Kontinuität« sehen wollend.

Nach seinem erklärten Abschied vom traditionellen philosophischen Denken konnte Gehlen den Pragmatismus schließlich sogar umstandslos verteidigen:

»Für die deutsche Philosophie ist Sokrates von Plato verschlungen worden, haben Hobbes und Hume, W. James und Dewey vergebens gelebt.« (Gehlen 1983, S. 408)

Exkurs: Wechsel der philosophischen Standpunkte – Arnold Gehlens Weg zu einer empirischen Philosophie

Arnold Gehlen hat – wie er gerne betonte – mehrere Wechsel seines philosophisch-theoretischen Standortes eingenommen. Gleichwohl erwies sich sein Philosophieren durchgängig als (existentieller) Versuch einer personalen Bewältigung einerseits der prinzipiellen Riskiertheit des Menschen als Gattungswesen und andererseits als historische »Epochenkrise« gedeuteten und empfundenen Zeit (vgl. Rehberg 1994). Schon der 21-Jährige schrieb in einer

Festschrift des Leipziger Thomaner-Bundes über Hugo von Hofmannsthal, dass es um den »aktivistischen Ursinn« der »Wahl der Existenz« gehe: erst so würden die Menschen wirklichkeits- und geschichtsmächtig (Gehlen 1978a, S. 3).

Zuerst könnte man bei Gehlen von einem phänomenologischen Existentialismus sprechen, für den seine Habilitationsschrift *Wirklicher und unwirklicher Geist* (Gehlen 1978c) ein sehr origineller Beleg ist. In dieser Schrift vermutete Gehlen jedoch mit Friedrich Nietzsche, dass im bloß Empirischen durchaus ein Rückzug »aller Seinskraft aus den höheren Sphären« (Gehlen 1978c, S. 180 f.) zu erkennen sei. Von der existentialistischen Attitüde wollte er sich bald schon distanzieren, weil diese Perspektive allzu leichtfalle. Ich meine hingegen, dass dies ein *basso continuo* in allen seinen zentralen Arbeiten blieb (vgl. Rehberg 1994).

Der nächste Schritt Gehlens (1980b, 1980c, 1980d in: 1980a) war eine Aneignung des Hegel'schen Welt Denkens. Dem folgte schon in seiner Habilitationsschrift die Wendung zum Empirischen:

»Was übrigbleibt ist eine Philosophie, die sich im Empirischen und jederzeit Gegebenen hält, ohne im geringsten in irgendeiner Hypothese dasselbe zu verlassen.« (Gehlen 1978c, S. 124)

In dieser Linie der Erschließung empirischer Tatsachen als Ausgangspunkt des Denkens lag dann zugleich die zunehmende Distanz zu dem von Gehlen meisterhaft beherrschten Hegel'schen Denken. Diesem begann er, auch wegen eines unwiderlegbaren »Erfüllungsglücks«, bald zu misstrauen, da durch die Beherrschung jeder Systemphilosophie sich ein selbstgenügsamer Perfektionismus' zeige, der doch zu einfach – nämlich durch bloßen Scharfsinn – zu haben sei (wengleich Motive dieser Hegel'schen Welterfassung für die Begründung der Gehlen'schen Institutionentheorie durchaus wichtig blieben). Gotthard Günther, sein einstmaliger Assistent in Leipzig, nannte Gehlen (in einem am 14.05.1983 in Hamburg durchgeführten Interview mit dem Verfasser) »den besten Hegelianer seiner Generation«, während er dessen Wendung zur Empirie samt seiner philosophisch-anthropologischen Schriften als Verfallsmomente ablehnte.

4 Gehlen als Zeitkritiker

Arnold Gehlen (2004d, S. 343) fand, nachdem er als Soziologe einen Neuanfang gemacht hatte, schließlich resignativ, dass »die politischen Ideen ausdefiniert sind, nachdem manches fortgefallen ist, wie etwa der Faschismus [!]

oder die Faszination der Monarchien«. Sogar der Konservatismus hatte für ihn keine politische Bedeutung mehr, sondern zeigte sich allenfalls im persönlichen Habitus (vgl. Rehberg 2013). Und doch blieb in Gehlens späteren Arbeiten zur Soziologie die Nachkriegskonstellation immer spürbar. Zwar verstand er die Soziologie durchaus auch als historische Wissenschaft (Gehlen 2004e), wobei in der Moderne für ihn vor allem Erstmaligkeiten – und zwar nicht nur im Bereich der Technik – interessant wurden. Dabei befand er sich mit Sicherheit nicht auf der Höhe jener großen Geschichtsschreiber, von denen er sagte, sie hätten – wie Thukydides, Polybios oder noch Tacitus – »oben stehen [müssen], um etwas zu sehen« (Gehlen 2004d, S. 338). Eine Kompensation lag in seinem Vergnügen, Vorträge vor einflussreichen Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung zu halten. Zudem war für ihn Soziologie keine »Rahmenwissenschaft« für zeitgeschichtliche Analysen (Gehlen 2004a, S. 600 f.), denn es habe sich als »überaus störend« erwiesen, »dass ganz wesentliche Grundkategorien dieses Faches bereits während der letzten Stadien der vorindustriellen Feudalgesellschaft ausgeformt worden« seien, wie etwa der Begriff des »Bürgers«. Zudem handelte es sich um eine Wissenschaft mit unterschiedlichen historischen und sogar nationalen Färbungen, deren Stildifferenzen der Politik verschiedener Völker vergleichbar seien.

Insbesondere bei den US-amerikanischen Soziologen leite sich die wissenschaftliche Gesellschaftsbeobachtung aus deren ausgeprägter Kommunikativität und Soziabilität ab. Überall aber spiegele Soziologie das rational-wissenschaftliche Weltverständnis »nicht nur der bürgerlichen, auch der nachbürgerlichen Gesellschaft« wider (Gehlen 2004g, S. 605). Zwar wusste Gehlen (2004f, S. 599) sich mit Auguste Comte (1883, S. 31) einig darin, dass die Soziologie der »Zusammengesetztheit«, also der unübersehbar vielen Kausalitäten wegen, an die Spitze der Wissenschaften gehöre, zumal auch noch anthropologische Fragen mit ihr verbunden seien.

So standen für ihn die Entwicklungszusammenhänge einer erstmaligen Modernität, die neuen Daten der Gegenwartsgesellschaft, vor allem der Umbau von der Agrar- zur Industriegesellschaft als einer »absoluten Kulturschwelle« im Mittelpunkt. Dazu gehörten die funktionalen Betriebshierarchien, die Ausdifferenzierung von Verbandsformen (als spezifische Variante einer Institutionalisierung), für die es zusätzlicher Spezieller Soziologien bedürfe. »Unsere industrielle Welt ist erstmalig«, also ohne historische Analogien (Gehlen 2004g, S. 611) und gekennzeichnet durch eine »Emanzipation der Teilaspekte« (Gehlen 2004c, S. 289). So entstehe eine neue »Umwelt, [...], die an Gewaltsamkeit und zugleich Künstlichkeit alle Vergleichbarkeiten hinter sich lässt« (Gehlen 2004h, S. 298). Vielmehr wollte er der großen und von ihm beherrschten Systemspekulation entgehen.

Unter diesen Bedingungen habe die Soziologie in erster Linie die Aufgabe einer Gesellschafts- und Politikberatung oder – wie er schärfer formulierte – müsse sie sich als »administrative« bzw. »gouvernementale Hilfswissenschaft« bewähren (Gehlen 2004e, 2004f). In dieser Zielsetzung drückte sich durchaus auch eine wichtige Tendenz des Zeitgeistes aus, eine Orientierung an Formen der Ernüchterung nach der großspurigen deutschen Politik in den Zeiten des Wilhelminismus und des Nationalsozialismus. Ähnliche Motive fanden sich etwa in Schelskys (1957) Beschreibung der »skeptischen Generation«, die in der Nachkriegszeit durchaus auch als ein Interesse an der neuen, demokratisch sich entwickelnden Gesellschaft angesehen werden könnte. Mit dem Lob eines bloßen Empirismus wird aber häufig übersehen, dass eine rigorose Einschränkung der Soziologie auf wissenschaftliche Sachstandsberichte in Diktaturen und autoritären Staaten zuweilen gerade noch geduldet wird, während die Herrschenden jede theoretische Arbeit unterbinden – so in der NS-Diktatur oder auch in der Kulturrevolution Mao Zedongs, ansatzweise ebenso in der DDR während der Ulbricht-Ära und in anderen autoritären Regimes bis heute.

Gehelns Position könnte man so zusammenfassen, dass für ihn die Philosophie an ein Ende gekommen war und die Realität sich in den Spezialwissenschaften selbst reflektieren müsse. Das klingt nüchtern, jedoch war der Hintergrund dramatisch. Die Selbstzerstörung des kurzlebigen Deutschen Reiches hinterließ für ihn ein Land, das er als »aus der Geschichte gefallen« ansah, erniedrigt wie einstmals Athen im Jahre 440 v. Chr. und eingefügt in die *Pax Americana* wie jener antike Stadtstaat in das mazedonische Großreich. Auch dieses sei von Intellektuellen, nämlich Philosophen, geführt worden.

Während viele andere Zeitgenossen die Katastrophik beschworen, ging Gehlen sozusagen zur Tagesordnung der Mikrobeobachtung einer Gesellschaft über, die aufzeigen sollte, welchen neuen entscheidenden Mächten man nun ausgeliefert sei. So wurde für ihn die Soziologie zu einer adäquaten Wissenschaft für die Beobachtung nach-politischer Zustände.

Und das Gegenbild wird *en passant* geliefert:

»Die Maßstäbe von Ruhm und Größe der Völker sind zwar bei uns kompromittiert und vergessen, aber sie gelten ja nun bei den zwei einzigen Großmächten, deren Zukunftskraft wohl niemand bezweifelt: Rußland und China.« (Gehlen 2004j, S. 550)

Dann ist man für das Abendland schnell in der bereits erwähnten *posthistoire*, sieht eine »Fossilisierung im Modus der Beweglichkeit« (Gehlen 2004k, S. 325) aufsteigen und dies auf »stationärer Basis« (vgl. dazu das gesamte Kapitel

»Kulturelle Kristallisation und *Post-histoire*« mit unterschiedlichen Aufsätzen in: Gehlen 2004a, S. 285–361).

Das war verbunden mit einer tiefgreifenden habituellen Schematisierung. Gehlens Vorstellung, dass der »ethische Schwung« des Fortschritts sich auf diese Weise mittlerweile »auf einen Sachprozeß« reduziert habe, findet sich ganz ähnlich auch bei Helmut Schelsky, während Gehlen (2004a, S. 285–361) die gesellschaftliche Lage skeptisch als Epoche einer »*post-histoire*« deutete.

Lange vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem weltweit erfolgreichen Export der These vom »Ende der Geschichte« durch Francis Fukuyama (1992) – jedoch Antoine-Augustin Cournot, Paul de Man, Roderick Seidenberg u. a. ins Spiel bringend – hat Gehlen schon seit Anfang der 1960er Jahre die Prognose einer »kulturellen Kristallisation« entwickelt, die eintritt, wenn auf »irgendeinem kulturellen Gebiet [...] die darin angelegten Möglichkeiten in ihren grundsätzlichen Beständen alle entwickelt sind« (Gehlen 2004h, S. 307). Dann seien neue Weltentwürfe nicht mehr wahrscheinlich und das Ende der »großen Schlüsselattitüde« gekommen, weshalb alle umfassenden Weltdeutungen ausgeschöpft seien (Gehlen 2004h, S. 307; vgl. zur Kritik an dieser Denkfigur: Niethammer 1989). Für Gehlen liefen in der als »*posthistoire*« gekennzeichneten Epoche die Konsequenzen der Aufklärung weiter, während deren Prämissen tot seien (vgl. Rehberg 2018).

5 Ähnlichkeit und Kontrast zur Nachkriegssoziologie

Was die mit der Machtabriegelung verbundene Theorieaskese betrifft, könnte man in den ersten, von einer vielschichtigen Beobachtungsschärfe geleiteten Büchern des von Helmut Schelsky in allen Karriereschritten geförderten Niklas Luhmann eine Ähnlichkeit bemerken, die 1984 mit *Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie* seine theoretischen Großleistungen begründet hat. Entnahm dieser den Grundgedanken einer in allen Gesellschaften notwendigen »Reduktion von Komplexität«, so bezog er das anfangs noch ausdrücklich auf diesen anthropologischen Basisbegriff Gehlens (Luhmann 1970, S. 131), hat das als systemtheoretischer Erfolgsautor später jedoch gerne verschwiegen. Luhmanns Entscheidung für eine Theorieproduktion von elaborierter Künstlichkeit stand in geradezu schroffem Gegensatz zu Gehlens unmittelbar seit 1945 gezeigter Enthaltensamkeit großen Theorien gegenüber.

Es ist nun meine These, dass Gehlens vorläufiger Verzicht auf elaborierte Theorien und jedes kritisch-moralische Raisonement sich deckt mit dem

Selbstverständnis vieler Nachkriegssoziologinnen (man denke etwa an Renate Mayntz oder Rosemarie Nave-Herz) und -soziologen. Während Gehlen eine zeitlang auf die Selbstevidenz des Empirischen setzte, hatte auch Helmut Schelsky (1959, S. 125 f.) die Aufgabe der Soziologie heruntergeschraubt durch die Behauptung, dieses Fach behandle »was sowieso geschieht und gar nicht zu ändern ist«. Auf solche Selbstbeschränkungen reagierte der jüngere Luhmann aus derselben historischen Ausgangslage heraus mit seinem Konstruktivismus und einer theoretisierenden Sublimierung.

Es waren diese Bestrebungen und dann auch weitere zentrale Themen der Soziologie seit den 1950er Jahren, welche sich ganz ähnlich auch in Arnold Gehlens entschiedener Hinwendung zur empirischen Analyse einzelner gesellschaftlicher Bereiche zeigten. Was nun kurzzeitig als ein fast a-theoretisches Programm erschien, führte zu umfassenden Forschungen über die Industrie- und Wohlstandsgesellschaft und die Situation des neu entstandenen bundesrepublikanischen Staates samt seiner Bürokratisierung. Das wurde von ihm ausbuchstabiert bis hin zu Fragen des Berufsbeamtentums oder der Gemeindeverwaltung. Auch entwickelten sich bei ihm daraus Gedanken zum Widerstreit von Interessengruppen und eine Sozialpsychologie der in Betrieben arbeitenden Menschen.

Seit den 1960er Jahren kam Gehlen jedoch – wenn auch immer noch von einem empirischen Interesse geleitet – zu einer scharfen Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung, besonders an den (Links-)Intellektuellen (Gehlen 1978e, S. 239–347). Durch deren Einfluss sah er auch Zukunftsschwierigkeiten für die Soziologie (Gehlen 2004g, S. 613 f.). Das hatte eine Quelle in Helmut Schelskys (1981a), von ihm betreuter Habilitationsschrift über Thomas Hobbes, der die Gefährlichkeit der Gedankenspezialisten bereits angeprangert hatte:

»Staatsgefährlich [...] sind alle Gebildeten, die aus ihrer Bildung unmittelbar einen Herrschaftsanspruch herleiten«. Auch meinte er: »Sie [die Gebildeten] halten den Staat für schlecht regiert, der nicht nach ihrem Wunsch regiert wird, und sind infolgedessen mehr als andere zum Umsturz geneigt« (Hobbes 1959, S. 39; Schelsky 1981a, S. 429).

Davon ausgehend veröffentlichte Schelsky drei Jahrzehnte später seinen aggressiven Bestseller *Die Arbeit tun die anderen* (Schelsky 1975). Gehlen zeigte sich übrigens verärgert, weil er in dieser weit verbreiteten Schrift ein Plagiat seiner Aufsätze zu eben diesem Thema sah. Beide waren sich aber einig darin, dass durch die »Priesterherrschaft« meinungsbildender Akteure die Soziologie zum Medium einer Weltverbesserungsrhetorik gemacht werde.

Auch folgte eine sich verschärfende weitere Kritik an den ambivalenten »Zeitsignaturen«, wie sie bis zu seiner letzten Monographie *Moral und Hypermoral* (Gehlen 2004) einen wichtigen Teil seines Werkes ausmachen und seine Rolle als »öffentlichem Intellektuellen« begründen sollte. So hat seine anfänglich radikale Zuwendung zur Empirie nicht verhindert, dass er seine Faszination des ganz Konkreten später in umfangreichen, theoretisch fundierten Arbeiten vertieft hat. Auch blieb seine Neugierde ein Vademekum gegen sein deutlich zunehmendes Ressentiment den gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber (als man ihn einmal fragte, wie es ihm gehe, soll er geantwortet haben: »Ich bereite mich auf den Untergang vor«).

So blieben Gehlens durchaus deutliche theoretische Ambitionen verbunden mit scharfsinnigen Beobachtungen empirisch beschreibbarer Wirklichkeitsdimensionen. Etwa hat er sein auf ethnologische Quellen gestütztes Buch *Urmensch und Spätkultur* im Untertitel »Philosophische Ergebnisse und Aussagen« genannt und zur Grundlage einer systematischen Institutionentheorie gemacht (vgl. Rehberg 1990, GA 5).

Besonders seine wirklich weiterführenden und (ihm zufolge) nicht selten unterschätzten Monographien zeigen ihn als jemanden, der ganz eingetaucht ist in bislang fremde Welten und davon mit Enthusiasmus und Witz zu berichten wusste. So schrieb er an seinen Bewunderer, den DDR-Philosophen Wolfgang Harich:

»Ich habe aber doch die Energie aufgebracht, kiloweise alte Notizen aufzuarbeiten und stecke mitten in einem Buch, eine Art Urkulturgeschichte. Es wimmelt von Magie, gefährlichen Tieren, ersten Spuren des Selbstbewußtseins, Sprechgesten, Schamanen. Es ist [...] ausserordentlich produktiv, toll was man alles herauskriegt. Der liebe Gott stellt sich zur Zeit noch als Wisent oder Mammut vor, jedoch verrät die Ratio bereits ihre üble Zweideutigkeit. Mir macht das viel Spaß, ich kriege selber Lust auf allen Vieren zu laufen, man kann sich äsopisch ausdrücken, »von Zeit zu Zeit wird gezaubert«, wie Nietzsche in seinem Wahnsinnsbrief schrieb.« (Brief Gehlens an Wolfgang Harich v. 03.08.1954 [MN])

Ähnlich ging ihm das mit seinen Erkundungen in der *terra incognita* der modernen Künste. 1956 schrieb er dazu an einen englischen Freund:

»Ich versuche mich etwas in abstrakte Malerei und Dichtung einzuleben, aber zunächst mal kam ich nicht sehr weit. Es ist doch massenhaft minderwertiges Zeug da, ich finde in dem Durcheinander von Schwindel, Bluff, Experiment, Genialität usw. nicht durch, vielleicht muss man von irgendeiner anderen Seite aus herangehen.« (Brief Gehlens an Marcel Hornik v. 16.02.1957 – Schelsky-Nachlass ULB Münster, Handschriftenabteilung 30,028)

Obwohl Gehlen sich stets dagegen verwahrte, als Kulturkritiker interpretiert zu werden, weil er doch die Tatsachen der modernen Industriegesellschaft exakt beschreibe, war er doch ein Autor, der die gesellschaftliche Entwicklung zunehmend als Verlust- und Bedrohungsgeschichte empfand. Das verband ihn durchaus mit Theodor W. Adorno, der dafür nur andere Formeln fand, darunter die etwas vage eines gesellschaftsprägenden »Tauschprinzips« oder der »verwalteten Welt«. Wie überhaupt in allen kulturkritischen Impulsen des 20. Jahrhunderts, wurde das Denken auch dieser beiden Autoren geprägt durch die Vermutung eines unaufhaltsamen Geltungsverlustes der (bürgerlichen) Personalität. Von derlei Pessimismus hielt beispielsweise Niklas Luhmann sich fern, indem er nicht bei einer Bestimmung des Menschen oder einer Analyse von Handlungen ansetzte, sondern eben bei Sinnsystemen und zwischenmenschlicher Kommunikation. Die auch bei ihm zu bemerkende Skepsis vielen gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber, verpackte er in eine wie nebenbei geäußerte Ironie anstelle der Verzweiflung anderer Autoren (vgl. Rehberg 2005).

Demgegenüber war für Gehlen das Changieren zwischen einer – sogar noch angesichts der Verzweiflung sich zeigen wollenden – antiken »Heiterkeit und Freiheit« und ressentimentalen Zügen kennzeichnend, wenn er etwa die historische Lage in einem Brief vom 11. Mai 1972 an Hans Ryffel, den Nachfolger auf seinem Speyerer Lehrstuhl und im dortigen Rektorenamt, auf folgende Weise kommentierte: »Alternativen zu Verzweiflung und Zynismus« seien beispielsweise »Stoizismus, Humor, Resignation, und Sichfügen in das Unabänderliche«.

Literatur

- Adorno, T. W. (1959). Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, XI (1959), 257–259.
- Baumgarten, E. (1938). *Die geistigen Grundlagen des amerikanischen Gemeinwesens. Bd. 2: Der Pragmatismus. R. W. Emerson, W. James, J. Dewey.* Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Bergmann, W. et al. (1981). *Soziologie im Faschismus 1933–1955.* Köln: Pahl-Rugenstein.
- Bialas, W./Rabbinbach, A. (2007). *Nazi-Germany and the Humanities.* Oxford: Oneworld.
- Christ, M./Suderland, M. (Hrsg.) (2014). *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven.* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Comte, A. (1883). Encyklopädische Formel. In: Ders., *Die Positive Philosophie, im Auszuge von Jules Rig*, Bd. 1. (S.). Leipzig: Dürr, S. 31.
- Corino, K. (Hrsg.) (1980). *Intellektuelle im Bann des Nationalsozialismus.* Hamburg: Hoffmann und Campe.

- Dahrendorf, R. (1988). Soziologie und Nationalsozialismus. In: *Kultur und Gesellschaft. Gemeinsamer Kongress des 24. Deutschen Soziologentages, 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie. Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 669–675). Zürich: Seismo.
- Dammann, K./Ghonghadze, D. (2018). Sozialforschungsstelle und die Soziologie »an« und »in« der Universität Münster 1945 bis 1969. *Zyklus 4. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*, 437–523.
- Dilthey, W. (⁸1979). *Einleitung in die Geisteswissenschaften. Versuch einer Grundlegung für das Studium der Gesellschaft und der Geschichte* [zuerst 1883], Bd. 1, hrsg. v. B. Groethuysen. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- van Dyk/A. Schauer (²2014). »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. *Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*. Wiesbaden: Springer.
- Freyer, H. (1918). *Antäus. Grundlegung einer Ethik des bewussten Lebens*. Jena: Diederichs.
- Freyer, H. (1923). *Prometheus. Ideen zur Philosophie der Kultur*. Jena: Diederichs.
- Freyer, H. (1935). *Pallas Athene. Ethik des politischen Volkes*. Jena: Diederichs.
- Freyer, H. (1955). *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Freyer, H. (1964). *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie* [zuerst 1930]. Darmstadt: WBG.
- Fukuyama, F. (1992). *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* München: Kindler.
- Gehlen, A. (1978a). *Arnold Gehlen Gesamtausgabe. Bd. 1: Philosophische Schriften I (1925–1933)*, hrsg. v. L. Samson. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1978b). *Rede über Hofmannsthal* [zuerst 1925]. In: Gehlen 1978a (S. 1–17).
- Gehlen, A. (1978c). *Wirklicher und unwirklicher Geist. Eine philosophische Untersuchung in der Methode absoluter Phänomenologie* [zuerst 1931]. In: Gehlen 1978a (S. 113–381).
- Gehlen, A. (1978d). *Gesamtausgabe Bd. 7: Einblicke*, hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1978e). *Industrielle Gesellschaft und Staat* [zuerst 1956]. In: Gehlen 1978d (S. 110–124).
- Gehlen, A. (1980a). *Gesamtausgabe Bd. 2: Philosophische Schriften II (1933–1938)*, hrsg. v. L. Samson. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1980b). *Theorie der Willensfreiheit*. In: Gehlen 1980a (S. 1–179).
- Gehlen, A. (1980c). *Der Idealismus und die Lehre vom menschlichen Handeln* [zuerst 1935]. In: Gehlen 1980a (S. 311–345).
- Gehlen, A. (1980d). *Der Idealismus und die Gegenwart* [zuerst 1935]. In: Gehlen 1980a (S. 347–361).
- Gehlen, A. (1983). *Gesamtausgabe Bd. 4: Philosophische Anthropologie und Handlungslehre*, hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1993). *Der Mensch. Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. In: *Arnold Gehlen Gesamtausgabe. Bd. 3*, hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (2004a). *Gehlen Gesamtausgabe. Bd. 6*, hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.

- Gehlen, A. (2004b). Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft [zuerst 1957/1972]. In: Gehlen 2004a (S. 1–137).
- Gehlen, A. (2004c). Über die gegenwärtigen Kulturverhältnisse [zuerst 1956]. In: Gehlen 2004a (S. 285–297).
- Gehlen, A. (2004d). Ende der Geschichte? [zuerst 1975]. In: Gehlen 2004a (S. 336–351).
- Gehlen, A. (2004e). Zur Lage der Soziologie [zuerst 1976]. In: Gehlen 2004a (S. 620–632).
- Gehlen, A. (2004f). Einige Methodenprobleme der Soziologie [zuerst 1961]. In: Gehlen 2004a (S. 598–604).
- Gehlen, A. (2004g). Genese der Modernität – Soziologie [zuerst 1965]. In: Gehlen 2004a (S. 605–619).
- Gehlen, A. (2004h). Über kulturelle Kristallisation [zuerst 1961]. In: Gehlen 2004a (S. 298–314).
- Gehlen, A. (2004i). Mensch trotz Masse. Der Einzelne in der Umwälzung der Gesellschaft [zuerst 1952]. In: Gehlen 2004a (S. 217–228).
- Gehlen, A. (2004j). Matriarchat. In: Gehlen 2004a (S. 543–551).
- Gehlen, A. (2004k). Über kulturelle Evolutionen [zuerst 1964]. In: Gehlen 2004a (S. 315–329).
- Gehlen, A. (2004l). *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik* [zuerst 1969], 6. Aufl., hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (2004m). *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen* [zuerst 1956], 6. Aufl., hrsg. v. K.-S. Rehberg. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (2016). *Arnold Gehlen Gesamtausgabe Bd. 9: Zeit-Bilder und weitere kunstsoziologische Schriften*, hrsg. v. K.-S. Rehberg, M. Blank und H. Schilling. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Greven, M./Moetter, G. van de (1981). Vita Constructa, Ein Versuch, die Wahrnehmung von Heinz Maus mit seinem Werk in Einklang zu bringen. In: H. Maus, *Die Traumhöhle des Justemilieu. Erinnerung an die Aufgaben der Kritischen Theorie*, hrsg. v. M. Greven und G. van de Moetter (S. 7–41). Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Haug, W. F. (Hrsg.) (1989). *Deutsche Philosophen 1933*. Hamburg: Argument.
- Hobbes, T. (1959). *Vom Menschen* [lat. zuerst 1658], hrsg. v. G. Cawlick. Hamburg: Meiner.
- Horkheimer, M. (1952). *Survey of the Social Sciences in Western Germany*. Washington XIII.
- Jaeggi, U. et al. (1983). (Hrsg.). *Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus*. Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag.
- Joas, H. (1980). *Praktische Intersubjektivität. Die Entwicklung des Werkes von G.H. Mead*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Joas, H./Huebner, D. R. (Hrsg.) (2016). *The Timelessness of George Herbert Mead*. Chicago u. London: The University of Chicago Press.
- Klingemann, C. (1987). *Rassenmythos und Sozialwissenschaften in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klingemann, C. (1996). *Soziologie im Dritten Reich*. Baden-Baden: Nomos.
- Klingemann, C. (2009). *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*. Wiesbaden: VS.
- König, R. (1958). *Fischer Lexikon Bd. 10: Soziologie*, hrsg. v. R. König. Frankfurt a. M.: Fischer.

- König, R. (1987) Kontinuität oder Unterbrechung – ein neuer Blick auf ein altes Problem. In: Ders., *Soziologie in Deutschland. Begründer/Verächter/Verfechter* (S. 388–440). München u. Wien: Hanser.
- Korotin, I. (Hrsg.) (1994). »Die besten Geister der Nation«. *Philosophie und Nationalsozialismus*. Wien: Picus.
- Lepsius, M. R. (1971). Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1947. In G. Lüschen (Hrsg.), *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug. Sonderheft 21 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (S. 25–70). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970). Soziologie als Theorie sozialer Systeme [zuerst 1967]. In: Ders., *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 113–136). Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Moetter, G. van de (1995). Heinz Maus. Kommentierte Materialien aus dem Nachlaß. In: C. Klingemann et al (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1993* (S. 257–321). Opladen: Leske + Budrich.
- Mead, G. H. (1934). *Mind, Self and Society from the Standpoint of a social Behaviorist*, edited and with an introduction by C. W. Morris. Chicago: The University of Chicago Press.
- Neuloh, O. (1983). Entstehungs- und Leistungsgeschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund. In: Ders. et al., *Sozialforschung aus gesellschaftlicher Verantwortung* (S. 13–102). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Niethammer, L. (1989). *Posthistoire. Ist die Geschichte zu Ende?* Hamburg: Rowohlt.
- Papcke, S. (1986). *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*. Darmstadt: Wiss. Buchgesellschaft.
- Pinn, I./Nebelung, M. (1990). Kontinuität durch Verdrängung. Die »anthropologisch-soziologischen Konferenzen« 1949–1954. In: C. Klingemann et al. (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologie-Geschichte 1990* (S. 121–176). Opladen: Leske + Budrich.
- Popitz, H./Bahrtdt, H. P./Jüres, E. A./Kesting, H. (1957). *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie*. Tübingen: Mohr (Paul Siebeck).
- Rammstedt, O. (1986). *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rehberg, K.-S. (1990). Eine Grundlagentheorie der Institutionen: Arnold Gehlen. Mit systematischen Schlußfolgerungen für eine kritische Institutionentheorie. In: G. Göhler/K. Lenk/R. Schmalz-Bruns (Hrsg.), *Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven* (S. 115–144). Wiesbaden: Nomos.
- Rehberg, K.-S. (1992). Auch keine Stunde Null – Westdeutsche Soziologie nach 1945. In: W. H. Pehle/P. Sillem (Hrsg.), *Wissenschaft im geteilten Deutschland. Restauration oder Neubeginn nach 1945?* (S. 26–44 u. S. 224–228). Frankfurt a. M.: Fischer.
- Rehberg, K.-S. (1994). Existentielle Motive im Werk Arnold Gehlens. »Persönlichkeit« als Schlüsselkategorie der Gehlenschen Anthropologie und Sozialtheorie. In: H. Klages/H. Quaritsch (Hrsg.), *Zur geisteswissenschaftlichen Bedeutung Arnold Gehlens. Vorträge und Diskussionsbeiträge des Sonderseminars 1989 der Hochschule für Verwaltswissenschaften Speyer* (S. 491–530 [Aussprache, S. 531–542]). Berlin: Duncker & Humblot.

- Rehberg, K.-S. (1999). Hans Freyer (1887–1960), Arnold Gehlen (1904–1976), Helmuth Schelsky (1912–1984). In: D. Kaesler (Hrsg.), *Klassiker der Soziologie. Bd. 2: Von Talcott Parsons bis Pierre Bourdieu* (S. 72–104). München: Beck.
- Rehberg, K.-S. (2001). Aktion und Ordnung. Soziologie als Handlungslehre: Leipziger Klassiker-Lektüren. In: C. Bohn/H. Willems (Hrsg.), *Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierung in soziologisch-historischer Perspektive. Festschrift für Alois Hahn zum 60. Geburtstag* (S. 301–337). Konstanz: Universitäts-Verlag.
- Rehberg, K.-S. (2005). Konservativismus in postmodernen Zeiten: Niklas Luhmann. In: G. Burkart/G. Runkel (Hrsg.), *Funktionssysteme der Gesellschaft. Beiträge zur Systemtheorie von Niklas Luhmann* (S. 285–309). Wiesbaden: Springer VS.
- Rehberg, K.-S. (2013). Arnold Gehlen als Briefschreiber. *Zeitschrift für Ideengeschichte* VII/3, 93–108.
- Rehberg, K.-S. (2014). Neuanfang und Geschichtsflucht. Ambivalenzen der Soziologie als einer »Gründungswissenschaft« der Bundesrepublik Deutschland. In: M. Christ/M. Suderland (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven* (S. 528–554). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rehberg, K.-S. (2016a). Nachwort zu Gehlen 2016a. In: Gehlen, A., *Arnold Gehlen Gesamtausgabe Bd. 9: Zeit-Bilder und weitere kunstsoziologische Schriften*, hrsg. v. K.-S. Rehberg, M. Blank und H. Schilling. (S. 557–626). Frankfurt a. M.: Klostermann
- Rehberg, K.-S. (2016b). The Theory of Intersubjectivity as a Theory of the Human Being. George Herbert Mead and the German Tradition of Philosophical Anthropology. In: H. Joas/D. R. Huebner (Hrsg.), *The Timelessness of George Herbert Mead*. (S. 92–114). Chicago u. London: The University of Chicago Press
- Rehberg, K.-S. (2018). Entlastung statt Entfremdung: Arnold Gehlen. In: D. Fulda/H. Rosa/H. Thoma (Hrsg.), *Freiheit und Zwang. Studien zu ihrer Interdependenz von der Aufklärung bis zur Gegenwart* (S. 113–130). München: Fink.
- Rehberg, K.-S. (2021). »Krisenwissenschaft«, völkische Emphase und systemtheoretische Abkühlung: Die »Leipziger Schule« der Soziologie – Ein Mythos der Wissenschaftsgeschichtsschreibung? In: K. Acham/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*, Bd. 1 (S. 383–411). Wiesbaden: Springer VS.
- Riesman, D. (1964). *Die einsame Masse*, hrsg. v. H. Schelsky. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Sabrow, M. (2022). *Der Rathenaumord und die deutsche Gegenrevolution*. Göttingen: Wallstein.
- Schelsky, H. (1953). *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme*. Dortmund: Ardey.
- Schelsky, H. (1957). *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. Frankfurt a. M. u. a.: Ullstein.
- Schelsky, H. (1959). *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*. Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1965a). Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation [zuerst 1961]. In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze* (S. 439–480). Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1965b). *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. Düsseldorf u. Köln: Diederichs.

- Schelsky, H. (1975). *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schelsky, H. (1981a). *Thomas Hobbes. Eine politische Lehre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schelsky, H. (1981b). *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schildt, A./Sywottek, A. (1993). *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn: Dietz Nachf.
- Üner, E. (1992). *Soziologie als »geistige Bewegung«. Hans Freyers System der Soziologie und die »Leipziger Schule«*. Weinheim: VCH Acta humaniora.
- Vannuccini, V. (1987). Lo strano tennis del professor Elias. *La Repubblica* 23.07.1987.
- Weyer, J. (1984). *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Wiese, L. von (1948). Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet. In: *Verhandlungen des 8. Deutschen Soziologentages* (S. 20–41). Berlin: Aufermann.
- Wobbe, Th. (1996). Dr. Hanna Meuter (1889–1964). Soziologin, Publizistin und Zeitgenossin. In: Landrat des Kreises Viersen (Hrsg.), *Heimatbuch des Kreises Viersen* (S. 13–17). Ort: Verlag.



Lars Clausens Katastrophensoziologie – Zum Einfluss der Leipziger Schule auf die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie

Andreas Höntsch

1 Einleitung

»Jedenfalls war die Leipziger Schule die einzige wirklich blühende Schule der Soziologie und von unglaublichem Einfluss« (Clausen 2015, S. 111, vgl. auch S. 109–112, S. 139 f., S. 173, S. 180 f.) – so beurteilt Lars Clausen in seiner im Sommer 2000 gehaltenen Abschiedsvorlesung (vgl. dazu auch Klingemann 2020) die Lage in den 1950er und 60er Jahren zur Zeit seines Studiums und der Promotion bei Helmut Schelsky in Münster. Clausen denkt bei der Leipziger Schule neben Hans Freyer sowie Arnold Gehlen und Helmut Schelsky auch an einen »Mann, der überhaupt nicht Soziologe geworden ist, aber die Logik der Sozialwissenschaften unglaublich bereichert hat. Bis heute wenig gelesen, obwohl wir alles von ihm haben: Gotthard Günther.« (Clausen 2015, S. 111) Clausens Einschätzung des überragenden Einflusses der Leipziger Schule auf die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie überrascht, haben sich doch neuere soziologiegeschichtliche Darstellungen weitgehend dem Diktum Schelskys angeschlossen, dass es sich bei der Leipziger Schule um ein »fiktive[s] wissenschaftsgeschichtliche[s] Syndrom« (Schelsky 1981, S. 23) handle. Schon Hans Linde, auf den der Terminus »Leipziger Schule« nach eigener Auskunft zurückgeht, hat deren Existenz nachträglich bestritten, nachdem diese Kennzeichnung in seinen Augen das Missfallen Freyers erregt hatte (vgl. Linde 1981, S. 117 f.,

A. Höntsch (✉)

Institut für Soziologie, Technische Universität Dresden, Dresden, Deutschland

E-Mail: andreas.hoentsch@tu-dresden.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_4

1959, S. 239 f.). Karl-Siegbert Rehberg zufolge weist die Bezeichnung »Leipziger Schule« deshalb auch Züge eines wissenschaftsgeschichtlichen Mythos auf, der seine handlungsaktivierende Kraft als Gründungslegende gerade daraus zieht, dass er die Existenz einer Leipziger Schule von Anfang an *verwirft* (vgl. Rehberg 2021). Wie Rehberg berichtet, wurde dieser ironische Mythos von Schelsky auf der von Rehberg 1982 in Aachen ausgerichteten Tagung zum Thema »Gab es eine ›Leipziger Schule‹ der Soziologie und Sozialphilosophie?« nachhaltig in Umlauf gesetzt. An dieser Tagung nahm auch Lars Clausen teil (vgl. Rehberg 1982, 2021).

Aktuell lassen sich drei soziologiegeschichtliche Auffassungen zur Leipziger Schule unterscheiden:

1. Joachim Fischer zufolge ist der wissenschaftsgeschichtlichen Behauptung einer Leipziger Schule die Konturierung einer Philosophischen Anthropologie um deren Hauptautoren Scheler, Plessner und Gehlen herum vorzuziehen, weil mit dem Versuch, die Leipziger Schule aus den 1930er Jahren in die Bundesrepublik zu überführen, eine ganze Reihe wichtiger westdeutscher Soziologen soziologiegeschichtlich isoliert würden, »z. B. Hans Paul Bahrdt, Heinrich Popitz, Dieter Claessens, Friedrich Tenbruck, Günter Dux, die alle aus einem philosophisch-anthropologischen Hintergrund argumentierten« (vgl. Fischer 2019, S. 183, vgl. auch 2006, 2009). Dies wirft allerdings das Problem auf, dass dann Hans Freyer seinerseits ins Abseits der Soziologiegeschichte gerät.¹ Denn bekanntlich blieb Freyer gegenüber der philosophischen Anthropologie als Leitwissenschaft stets reserviert, sie war für ihn vielmehr eine untergeordnete Betrachtungsweise innerhalb einer zu konzipierenden politischen Handlungslehre (vgl. Freyer 1986 [1938], S. 169, 1948, S. 169, vgl. auch 1955, S. 243; vgl. Höntsch 2018, S. 257 ff.).
2. Patrick Wöhrle schlägt, ebenfalls in Abgrenzung zum Begriff der Leipziger Schule, die Rekonstruktion einer um Schelsky zentrierten Münsteraner Soziologie vor, die nicht im engeren Verständnis als akademische »Schule«, sondern in einem offeneren Sinn als eine »Denkschule« aufgefasst werden könnte, die über einen gemeinsamen Problembezug definiert ist (vgl. Wöhrle 2019, S. 273 f.; vgl. Fischer und Moebius 2019, S. 3–11 zum Begriff der

¹Damit würde Freyer theoriegeschichtlich bereits zum zweiten Mal zum Außenseiter erklärt. Bekanntlich wurde Freyer schon von Armin Mohler die Position eines prominenten »Einzelgängers« (Mohler und Weißmann 2005, S. 472 f.) zugewiesen. Folgt man Stefan Breuer, hat es allerdings auch die von Mohler in die Taufe gehobene »Konservative Revolution« nie gegeben (vgl. Breuer 1995).

Denkschule). Das gemeinsame Interesse der Münsteraner Soziologie habe demnach in einer »Wirklichkeitskontrolle« bestanden, die weder »Sozialplanung« noch »Gesinnungskontrolle« sein wollte (vgl. Wöhrle 2019, S. 273). Auch hier bleibt die Frage der Einordnung Freyers offen, den Wöhrle trotz dessen Lehrtätigkeit in Münster wohl eher nicht zur Münsteraner Soziologie rechnet (vgl. aber Schelsky 1981, S. 134 ff., bes. S. 154 zum Lehrer-Schüler-Verhältnis zwischen Schelsky und Freyer; vgl. dazu differenzierend Rehberg 2021).

3. Karl-Siegbert Rehberg bestreitet die Existenz einer Leipziger Schule nicht grundsätzlich, gibt aber zu bedenken, dass der Begriff der »Schule« auf die Soziologie in Leipzig nicht zutrifft, wenn strenge Kriterien der Schulbildung – ein geschlossenes Paradigma, eine darauf bezogene Fachzeitschrift und Lehrbücher – angelegt werden. Er zieht es deshalb vor, mit Simmel von heterogenen Kreisen von Wissenschaftlern zu sprechen, die eher lose miteinander in Verbindung stehen (vgl. Rehberg 1999, S. 72 f., 2021). Rehberg geht jedoch davon aus, dass zwischen den Werken von Freyer, Gehlen und Schelsky systematische Beziehungen bestehen, die auf das Problem der Handlung konzentriert sind und bis auf Luhmanns Systemtheorie hin ausstrahlen (vgl. Rehberg 1999, 2021; vgl. auch Baier 1994; Wöhrle und Rehberg 2012; Höntsch 2018; vgl. Göbel 2003; Halfmann 2003; Wöhrle 2010, S. 299 ff. speziell zur Beziehung Gehlen-Luhmann).

Gleichwohl ist zu konstatieren, dass sich die Rede von der »Leipziger Schule« soziologiegeschichtlich wohl gerade in ihrer Umstrittenheit etabliert hat,² und es scheint, dass die damit verbundene Problematik, die soeben skizziert wurde, bisweilen reflexiv in die Bezeichnung eingegangen ist.³ Nimmt man den weiten, über einen gemeinsamen Problembezug bestimmten Begriff der »Denkschule« auf, dann lassen sich sicherlich auch gute Gründe anführen, an der »Leipziger Schule« festzuhalten. Denn zwar verfügte die Leipziger Soziologie

²Zum Beispiel folgt Ditmar Brock zwar Rehberg in der Gruppierung von Freyer, Gehlen und Schelsky, rubriziert deren Theorien jedoch unter der Kapitelüberschrift »Konservative Gesellschaftskritik« zusammen mit der Frankfurter Schule als zwei Seiten der Medaille der »Gesellschaftskritischen Ansätze«, während er den Begriff »der ›Leipziger Schule‹«, der »noch missverständlicher als der der Frankfurter Schule« sei, »nicht verwendet« (Brock 2009, S. 182)!

³M.E. enthalten genau in diesem problemsensiblen Sinn die beiden Handbuchartikel Wöhrle und Rehberg (2012) und Heinz und Wöhrle (i. E.), aber auch der Beitrag von Rehberg (2021) die Bezeichnung »Leipziger Schule« im Titel.

und Sozialphilosophie nicht über eine unmittelbare Institutszeitschrift wie etwa die Frankfurter Schule mit der »Zeitschrift für Sozialforschung«, dafür bildeten aber, woran Elfriede Üner erinnert, die »Blätter für Deutsche Philosophie« seit den 1920er Jahren »das wichtigste Publikationsorgan für Schüler und Mitarbeiter des Instituts für Soziologie« (Üner 1992, S. 15). Daneben liegt mit Hans Freyers *Einleitung in die Soziologie* (Freyer 1931,⁴ vgl. grundlegend 1930) immerhin eine Einführung in die Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft, wie sie in Leipzig gelehrt wurde, vor. Von einem geschlossenen Forschungsparadigma lässt sich in der Tat nicht sprechen, dafür sind die internen Differenzen, besonders zwischen Freyer und Gehlen, zu groß.⁵ Doch lässt sich eine gemeinsame thematische und methodologische Ausrichtung aufzeigen, die sich aus dem deutschen Idealismus und dessen handlungstheoretischer Neuinterpretation in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts speist (vgl. Üner 1992, S. 16).

Der vorliegende Beitrag schlägt daher vor, das Spezifikum der Leipziger (Denk-)Schule in einem ergebnisoffen bleibenden und nicht abschließend lösbaren Problembezug zu sehen. Dieser das »Leipziger« Denken kennzeichnende gemeinsame Problembezug besteht, so die hier vertretene These, in der *Frage nach dem Verhältnis von Reflexion und Handeln*. Von dieser Frage ist sowohl Freyers Konzept einer Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft und seine politische Handlungslehre, Gehlens und Schelskys anthropologische Handlungs- und Institutionenlehre als auch Günthers Reflexionslogik angeleitet (vgl. Höntsch 2018, S. 146–311).⁶

⁴Hiervon kursierte eine »Abschrift nur für den internen wiss. Gebrauch der Mitarbeiter der Sozialforschungsstelle Dortmund«, wie die Kataloge deutscher Universitätsbibliotheken informieren.

⁵Weitgehend Einigkeit herrscht auch darüber, dass Freyer keinen Wert auf hierarchische Lehrer-Schüler-Verhältnisse legte (vgl. Schelsky 1981, S. 134 ff.; Linde 1981, S. 117; Rehberg 2021) – doch scheint er gerade durch den ihm zugeschriebenen solitären Individualismus mitunter den Eindruck einer »Monumentalgestalt« (Rehberg 2021) hervorgerufen zu haben.

⁶Dieser doppelseitige Problembezug findet sich bereits in Freyers Antrittsvorlesung (Freyer 1926), in seiner wissenschaftstheoretischen Abgrenzung der Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft von der Geisteswissenschaft (Freyer 1927), in seinem Konzept der Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft, welche den Charakter der Gesellschaft als eines historisch gewordenen Gebildes aus Menschen, die je gegenwärtig konkurrierende Entwürfe gesellschaftlicher Zukunft durchzusetzen bestrebt sind (Freyer 1930) und in seinen Schriften zur politischen Handlungslehre (Freyer 1986, 1987), die einen Begriff des Denkens als »Vorbereitung aufs Handeln« (Freyer 1986 [1944], S. 16) herausarbeiten (vgl. hierzu sowie zum Folgenden Höntsch 2018, S. 146–311). Dasselbe Motiv zieht sich durch die Schriften Gehlens, besonders deutlich schon in »Wirklicher und unwirklicher Geist« und der »Theorie der Willensfreiheit« (Gehlen 1978 [1931], 1980 [1933]), die einen

Während Clausen im Rahmen der oben referierten Positionen sowohl der philosophischen Anthropologie als auch der Münsteraner Soziologie zugerechnet wird (vgl. Fischer 2019, S. 222, Anm. 127; Wöhrle 2019, S. 264), soll im Folgenden gezeigt werden, dass insbesondere Clausens »eigene Soziologie« (Clausen 2015, S. 250), die Katastrophensoziologie, an dieser Problemstellung orientiert ist. Die Katastrophensoziologie bildet, angeregt durch seine Mitgliedschaft in der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern, neben Wirtschaftssoziologie und Tönnies-Forschung ein Zentrum von Clausens Schaffen. Die These ist, dass Clausens Katastrophensoziologie zentral sowohl – vermittelt über Dieter Claessens – von Gehlens Handlungs- und Institutionenlehre als auch von Günthers Reflexionslogik geprägt ist. Clausens Rückgriff auf Norbert Elias' Begriff des Sozialen als Figuration hält ihren Charakter als soziologische Wirklichkeitswissenschaft fest. Um ihre Stellung in der bundesdeutschen Soziologie zu konturieren, werde ich Clausens Auffassung mit Positionen von Niklas

Schritt heraus aus der Reflexion ins Handeln bzw. eine Abstoßung der Reflexion durch den Willen anstreben, sodann in den Übergangsschriften zwischen Idealismus und Anthropologie in programmatischen Aufsätzen wie »Der Idealismus und die Lehre vom menschlichen Handeln« (1980 [1935]) und »Vom Wesen der Erfahrung« (1983 [1936]), in der Handlungslehre in »Der Mensch«, in der die Reflexion dem Handeln untergeordnet wird (Gehlen 1993 [1940]) bis hin zur Institutionenlehre in *Urmensch und Spätkultur* mit ihrem umstrittenen Diktum, man könne »nicht gleichzeitig handeln und reflektieren« (Gehlen 2004 [1956], S. 28). Auch Helmut Schelskys Denken ist vom Problem des Verhältnisses von Reflexion und Handeln bestimmt. Dies zeigt beispielsweise seine gemeinsam mit Gotthard Günther vorgelegte Studie über Schellings positive Philosophie, die an Günthers Hegel-Interpretation anknüpft und das Verhältnis von Reflexion und Wille zu klären beansprucht (Günther 1978 [1933]; Günther und Schelsky 1937; vgl. dazu Gehlen 1938) und zunächst in eine protosoziologische Theorie der Planung mündet (Schelsky 1937). Aber auch seine wesentlich später vorgestellten Überlegungen zur Institutionalisierbarkeit der Dauerreflexion (Schelsky 1965 [1957]), zur Möglichkeit einer transzendentalen Theorie der Gesellschaft (Schelsky 1959, S. 59 ff.) zum Verhältnis von Wissenschaft, Staat und Technik (Schelsky 1965 [1961]) stellen im Kern eine Auseinandersetzung mit dem Problem der Reflexion vom Standpunkt des Handelns dar. Ganz besonders deutlich ist diese Problemstellung freilich im Werk von Gotthard Günther. Dies zeigt bereits seine kritische Besprechung von Gehlens *Theorie der Willensfreiheit* (Günther 1934), die gegen Gehlen für ein Festhalten am Begriff der Reflexion plädiert, seine reflexionslogische Deutung des Problems des Du als Wille (vgl. Günther 1976 [1935], 1959), seine Interpretation von Schellings Theorie des Willens als Reflexionstheorie (Günther 1937; vgl. dazu Höntsch und Werner 2012), seine Theorie der Technik (Günther 1963 [1957]) sowie seine Arbeiten zu einer »operationsfähigen Dialektik« (Günther 1976, 1979, 1980a).

Luhmann und Wolfgang Lipp⁷ konfrontieren, deren Karrieren bekanntlich ebenfalls bei Schelsky begannen und deren Denken Impulse auch von Freyer und Gehlen (im Falle Luhmanns auch von Günther) erhielt. An dieser Gegenüberstellung lässt sich zeigen, an welcher Theoriestelle die von Clausen am Phänomen der Katastrophe gewonnenen Einsichten auch für eine allgemeine soziologische Theorie von Bedeutung sind.

2 Institutionelle Hintergründe

Lars Clausen ist 1973 – aufgrund einer Empfehlung Luhmanns (vgl. Clausen 2015, S. 247 f.) – in die Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern berufen worden. Diese war 1951 auf Anregung von Werner Heisenberg als wissenschaftliche Kommission der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft zur Beratung in Fragen des Schutzes der Zivilbevölkerung gegründet worden. Die Frage war, so Clausen rückblickend, »was geschehen könne, falls – vor allem – der lange noch einzubeziehende mögliche Dritte Weltkrieg dann unabsehbare Verheerungen mit sich brächte« (Clausen 2008, S. 838, vgl. 2015, S. 247 f.). Thema der Kommission, die Clausen zwischen 2003 und 2009 leitete, war die Abwehr von Schäden durch atomare, biologische und chemische Angriffe und Unfälle.⁸ Daneben nennt Clausen als typische Katastrophenfälle Kriege und Bürgerkriege, Pandemien, Hungersnöte und Naturkatastrophen (vgl. Clausen 1983, S. 56), wobei letztere freilich allemal »Kulturkatastrophen« (Clausen 2007, S. 94) sind. Die Kommission stand damit einerseits im Kontext von Überlegungen zu den Folgen eines möglichen Atomkrieges, andererseits im Zusammenhang mit ebenfalls 1951 einsetzenden und wiederum maßgeblich von Heisenberg vorangetriebenen Bestrebungen um den deutschen Wiedereinstieg in die Entwicklung von Kerntechnik (vgl. Radkau und Hahn 2013, S. 29 ff.).

⁷Lipp sieht in dem weberschen Titel der Wirklichkeitswissenschaft ein systematisches Kriterium für eine eigenständige soziologiegeschichtliche Gruppierung, die Weber, Freyer, Gehlen, Parsons und Luhmann umfasst (vgl. Lipp 1976, S. 361, Anm. 1). Interessant hierzu ist insbesondere Lipps Hinweis auf Parsons' *methodologische* Freyer-Rezeption in *The Structure of Social Action* (vgl. Parsons 1949, S. 762, S. 774).

⁸Typische Katastrophengefahren werden von Clausen als ABCDEF-Gefahren klassifiziert: atomare, biologische, chemische, datennetzbezogene, elektromagnetische Gefahren sowie Gefahren der Freisetzung mechanischer und thermischer Energie (vgl. Clausen 2003, S. 53 ff., 2007, S. 93).

Die Schutzkommission, Kind des Kalten Krieges, ist im Jahr 2015 aufgelöst worden. Die von Clausen 1987 an der Universität Kiel gegründete Katastrophenforschungsstelle bestand bis 2011. Nachdem sie 2012 von Martin Voss an der FU Berlin neu eingerichtet wurde, wird dort nach wie vor geforscht.

3 Entwicklung der Theorie

Eingebettet in diese institutionellen Zusammenhänge, die letztlich als Teil des »Zivilschutzes [...] Teil der Zivilverteidigung, und also auf der Nordhalbkugel [...] Teil der NATO-Gesamtverteidigung« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 304) waren bzw. sind, sah sich Clausen nach eigener Auskunft mangels geeigneter Theorien gezwungen, seine »eigene Soziologie« (Clausen 2015, S. 247–250), eben die Katastrophensoziologie, zu entwickeln. Ausgangspunkt ist die Annahme, dass das Problem »radikalster Katastrophenrisiken bis hin zum Scheitern einer Gesellschaft« (Clausen 1983, S. 53) – einschließlich der Möglichkeit eines gesellschaftlichen Suizids (vgl. Clausen 1983, S. 68) – zu den realen Möglichkeiten sozialer Prozesse gehört und deshalb von der soziologischen Theorie zu berücksichtigen sei.

Clausen entwirft die Katastrophensoziologie 1978 zunächst im Rahmen der Tauschtheorie und legt 1983 eine erste ausgearbeitete Fassung vor (vgl. Clausen 1978, 1983; wieder abgedruckt in Clausen 1994a, S. 13–50). Ein Jahr darauf veröffentlicht er gemeinsam mit Wolf Dombrowsky eine Theorie der Katastrophewarnung (Clausen und Dombrowsky 1984), deren allgemeine methodologische Implikationen er später anhand der Unterscheidung von Prognose und Epignose weiterentwickelt (vgl. Clausen 1987, wieder abgedruckt in Clausen 1994b, S. 169–180).

Clausen knüpft mit seiner Katastrophentheorie an Wieland Jägers Studie *Katastrophe und Gesellschaft* (Jäger 1977) an. Zum Theoriehintergrund seiner Katastrophensoziologie merkt Clausen selbst an, dass deren theoretisches Gerüst die Figurationstheorie von Norbert Elias (vgl. Elias 1993) mit seinem »eigenen Entwurf einer Tauschtheorie« (Clausen 1983, S. 41, Anm.) verbindet. Daneben weist er als Vorläufer seiner Überlegungen die Revolutionstheorien von Eugen Rosenstock-Huussy und Ralf Dahrendorf aus (vgl. Clausen 1978, S. 119, 1983, S. 41, Anm., 2008, S. 838). Wie gleich noch näher erläutert wird, unterscheidet Clausen eine soziologische von einer biosoziologischen Betrachtungsweise. Für letztere stützt er sich auf Dieter Claessens (vgl. Clausen 1983, S. 41, Anm., 2008, S. 839), den er als »Biosoziologen« bezeichnet und als »Nachkriegsgrößten« (Clausen 2008, S. 839, vgl. 2015, S. 111) der deutschen Soziologie würdigt.

Diese von Clausen selbst angegebene Genealogie lässt sich ohne weiteres an Clausens Zitation belegen, während sich der hier behauptete Einfluss der Leipziger Schule auf der Ebene der Zitate weniger leicht nachweisen lässt. Am deutlichsten lässt sich Clausen von Gotthard Günther anregen, insbesondere in seiner Warnlogik (dazu unten). Hans Freyer wird hingegen, soweit ich sehe, gar nicht zitiert, allerdings saß Clausen bei ihm »im Oberseminar in Münster. Er hat ein schönes Buch geschrieben, *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft* – das ist genau das, was wir immer wollten« (Clausen 2015, S. 109). Auch Arnold Gehlen wird nur selten erwähnt. Über den Einfluss Gehlens auf sein eigenes Denken sagt Clausen rückblickend jedoch: »Gehlen hatte größten Einfluss, auch auf seine Gegner, auch auf den bedeutendsten Soziologen, den ich in Deutschland kennengelernt hab, auf Dieter Claessens (das war jetzt nur mein Urteil). Gehlen wurde von Schelsky im Unterricht hier und da gebracht, man nahm es osmotisch auf.« (Clausen 2015, S. 111; vgl. Wöhrle 2010, S. 336–360 zu Claessens Gehlen-Rezeption) Der Einfluss von Freyer und Gehlen auf Clausen ist also eher unterschwelliger bzw. indirekter, vor allem über das Werk von Dieter Claessens vermittelter Art.

4 Clausens Katastrophensoziologie

4.1 Katastrophensoziologie als Tauschtheorie

Clausen entwickelte seine Katastrophensoziologie ausgehend von seiner Soziologie des Tausches. Anschließend an das Kapitel »Tausch« enthält das achte Kapitel seiner Sammlung tauschtheoretischer Aufsätze *Tausch. Entwürfe zu einer soziologischen Theorie* unter der Überschrift »Tausch, anderer Teil – Anlangend die Katastrophe« (Clausen 1978, S. 101–117, S. 118–145) einen ersten Entwurf zu einer Soziologie der Katastrophen. Tauschtheoretisch sind hierfür zwei Unterscheidungen zentral: zum einen die Unterscheidung zwischen antagonistischem und synagonistischem Tausch, zum andern die Unterscheidung von individuellem und kollektivem Tausch. Wie unten noch genauer gezeigt wird, verdankt sich die hierbei angewendete Denkfigur, Unterscheidungen mithilfe dritter Begriffe zu reflektieren, der güntherschen Reflexionslogik.

Tauschtheoretisch zeigt sich Gesellschaft als ein »Prozeß des antagonistischen Austausch sozialer Sanktionen, in dem einzelne (wie auch Gruppen) einander begegnen« (Clausen 1978, S. 101). Die kleinste Analyseeinheit der individualistischen Tauschtheorie ist ein Nullsummen-Spiel zwischen zwei Individuen, aus der sich mit steigender Zahl der Teilnehmer komplexe Formen

aufbauen. Antagonistisch heißt hier, dass jeder seinen eigenen Aufwand zu verringern, die seines Tauschgegners jedoch zu erhöhen versucht, wobei jeder Gewinn des einen ein Verlust für den anderen bedeutet (vgl. Clausen 1978, S. 101, 1983, S. 44 ff., 1988, S. 45 ff.). Die antagonistische Form des Tausches unterscheidet Clausen vom synagonistischen Tausch, bei dem beide Partner etwas gewinnen (vgl. Clausen 1978, S. 116, 1988, S. 51). Der synagonistische Tausch »ist immer ein Ich-Du-Verhältnis, zwischen Ich und Ander-Ich also, und direkt auf Lebenschancen bezogen« (Clausen 1978, S. 117). Clausen nennt drei Typen solcher geschichtsbildenden Ich-Du-Verhältnisse: Mann und Frau, Mutter und Kind sowie Retter und Geretteter (vgl. Clausen 1978, S. 117, S. 121 f.). Bei einem synagonistischen Tausch »kommt so etwas wie *eine gemeinsame* und sehr viel besser handlungsfähige *Person*, ein *sozialer Akteur*, heraus. Eben das ist das ›n‹ dieses *n-Summenspiels*« (Clausen 1988, S. 51), weshalb Clausen den antagonistischen Tausch als soziologisch, den synagonistischen aber als anthropologisch bzw. biosoziologisch bezeichnet.

Als Vorbild für diesen Gedanken beruft sich Clausen auf Claessens, der gegen ein solipsistisches Verständnis des Menschen in der Philosophischen Anthropologie das Argument ins Feld führt, dass »der Mensch [...] *ohne ihn* [d. h. ohne einen anderen Menschen; Verf.] *nicht zu denken ist* [...]»; damit wird Philosophische Anthropologie »sozial« (Claessens 1970, S. 152). Claessens bezeichnet sein Programm daher als »soziologische Anthropologie« (Claessens 1970). Zugleich setzt er »Sozialität und Soziabilität« unmittelbar mit dem »Begriff der Reflexion in Beziehung« (Claessens 1970, S. 153; vgl. dazu Wöhrle 2010, S. 336 ff.). So bleibt der Reflexion einschließende Begriff der exzentrischen Positionalität von Plessner leer und abstrakt, wenn man nicht bedenkt, dass sich »der Mensch [...] erst zu etwas machen [kann], wenn er bereits [...] *zu etwas gemacht worden ist*« (Claessens 1970, S. 153). Das soll heißen, dass der Mensch sich erst dann reflexiv-exzentrisch zu sich in Distanz setzen kann, wenn er bereits etwas ist, zu dem er sich aber – als Säugling – gerade nicht *selbst* »machen« kann. Claessens richtet seinen Vorwurf auch gegen Gehlen, bei dem »trotz beiläufiger Erwähnung des Sozios in der Gestalt von Familie, Gruppe, Stamm, Horde der Mensch [...] doch in solipsistischer Vereinzelung auftritt« (Claessens 1970, S. 152). Er lässt dabei aber nicht unerwähnt (vgl. Claessens 1970, S. 34, Anm. 37), dass es sich bei Gehlen nicht ganz so einfach verhält, da der Mensch in *Wirklicher und unwirklicher Geist* explizit, aber implizit auch in *Der Mensch* als Anderer eines Anderen, d. h. stets als Du bestimmt wird (vgl. zur letzteren These Höntsch 2018, S. 201–256).

Ausgangspunkt von Clausens katastrophensoziologischen Überlegungen ist das »falsche Dilemma« der zeitgenössischen Tauschtheorie. In deren

Rahmen unterscheidet Clausen mit Peter Ekeh zwischen individualistischen und kollektivistischen Tauschtheorien (vgl. Clausen 1978, S. 123). Die kollektivistische Tauschtheorie geht vom Vorrang eines Kollektivs aus, dessen soziale Struktur, wie insbesondere Marcel Mauss und Claude Lévi-Strauss gezeigt haben, unterschiedliche Formen des gemeinschaftlichen Tausches ermöglicht. Die für die westliche Moderne scheinbar elementare Form des Tausches zwischen zwei einzelnen Individuen ist aus der Sicht der strukturalen Anthropologie

»bei Ekeh eine ausgefallene Entartung, ja, die fernste Nische einer anderen Grundfigur: eben der des ›kollektiven Tauschs‹. [...] Es ist ihm im Grund nur unter höchst ausgefallenen sozialen Verhältnissen (etwa bei vollkommener anonymer Vermarktung aller gesellschaftlichen Akte) als üblich denkbar, und für ihn gehört (und damit sind wir mitten im Altbekannten) schon ein letztendlich kalvinistischer Strang von Gesellschaftsgeschichte und Soziologietreiben dazu, ein derart atomistisches, rationalistisches und nominalistisches Modell voller Vereinzelter zum Ausgangspunkt der Analysen zu machen.« (Clausen 1978, S. 123 f.)

So fruchtbar jedoch diese Umkehrung der Schwerpunktsetzung auch sein mag, Clausen fragt zweifelnd:

»Haben wir jetzt womöglich eine – zumindest in zweiwertiger Logik nicht auflösbare – richtige Kontradiktion vor uns, deren beiden Aussagen wir brauchen? Hie atomistischer Antagonismus, hie strukturaler Kollektivismus? Sollen wir uns einfach zwischen beiden entscheiden? Kraft wessen?« (Clausen 1978, S. 128)

Um diese *tauschtheoretischen* Fragen zu beantworten und um die Triftigkeit der Unterscheidung von individuellem und kollektivem Tausch als solcher zu prüfen, untersucht Clausen nun einen »*Extremfall sozialen Verhaltens, [...] die Katastrophe*« (Clausen 1978, S. 128). Die Katastrophe steht für die »Normalität des Restes« (Clausen 1978, S. 128), der in klassischen Unterscheidungen nicht aufgeht. Über den Rest in logischer Hinsicht schreibt Gotthard Günther, das klassische Denken sei davon ausgegangen, »daß sich unsere gegebene Wirklichkeit ohne Restbestand (ausgeschlossenes Drittes) in Objekt und Subjekt, also in Gedachtes und Denken, dichotomisch aufspalten läßt« (Günther 1963 [1957], S. 30).⁹ Günther entwickelt aus dieser Denkfigur eine heuristische

⁹Nach dem deutschen Idealismus sei es nach Günther namentlich die kybernetische Forschung gewesen, die sichtbar gemacht habe, »daß die traditionelle Unterscheidung von einfacher Subjektivität und antithetischer Objektivität zu grob und zu primitiv sei.

Methode, indem er ein Dreieck aus Subjekt, Objekt und Reflexionsprozess konstruiert, in dem die Seiten dieses Dreiecks mit »Ich« (Selbstbewusstsein als Reflexionsidentität von Subjekt und Reflexionsprozess), »Du« (Handlung als Transzendentalidentität von Subjekt und Objekt) und »Es« (Technik als Seinsidentität von Reflexionsprozess und Objekt) drei unterschiedliche Formen der Identität bezeichnen, wobei stets jeweils ein Drittes als Rest übrig bleibt, der von der jeweiligen Form der Identität nicht bewältigt werden kann (vgl. Günther 1963 [1957], S. 19 ff., bes. S. 42).

Clausen bedient sich dieses Gedankens zur Systematisierung und Neuordnung der in Frage stehenden tauschtheoretischen Unterscheidungen. Zugleich greift er auf Claessens soziologische Anthropologie zurück, der zufolge »die Soziologie weder der Phylo- noch der Ontogenese des Menschen entraten darf«, so dass »die Tauschformen nicht zwischen individuellen und kollektiven«, sondern »zwischen soziologisch ›antagonistischen‹ und biosoziologisch ›synagonistischen‹« (Clausen 2008, S. 839) zu unterscheiden sind. Demnach ist nicht der individuelle dem kollektiven Tausch gegenüberzustellen, sondern der antagonistische dem synagonistischen. Der kollektive Tausch hingegen steht als dritter Begriff *quer* zu dieser Unterscheidung und bildet deren Vermittlung (vgl. Clausen 1978, S. 140 f.).

Kollektive ermöglichen »vorhersagbar erfolgreiche Vermittlungsversuche« des Menschen »als einzelbewußtes Gattungswesen zwischen ant- und synagonistischem Tauschen« (Clausen 1978, S. 141). Kollektive sind »Knäuelbildungen«, die sich »im sozialen Netzwerk« verdichtet und stabilisiert haben. Sie bilden »Tauschzentralen«, die die Durchführung des antagonistischen Prinzips in reiner Form behindern bzw. dämpfen, weil sie andere Motive als die Gewinnmaximierung bereitstellen: das Kollektiv »ist der ›Ort‹, wo soziale Sanktionen billiger kommen als anderwärts, da die strukturierten Prozesse

Die bisherige Annahme der klassischen Metaphysik, daß sich das Wesen der Wirklichkeit und speziell der menschlichen Existenz aus zwei, und nur zwei, metaphysischen Realitätskomponenten, nämlich Materialität und Spiritualität, erklären lasse, beruhe auf einem Irrtum. Denn, ganz gleichgültig wie man jenen urphänomenalen Gegensatz auch interpretiere – etwa als Subjekt und Objekt, als Sein und Denken, als Tod und Leben, usw. – stets bliebe ein, heute exakt definierbarer, Bereich von Phänomenen übrig, der sich weder auf der physisch-materiellen noch auf der subjektiv-spirituellen Seite unterbringen lasse.« (Günther 1963 [1957], S. 21) Günther (1963 [1957], S. 89 ff.) verbindet mit der Kybernetik auch die Möglichkeit, den politischen Gegensatz des Kalten Krieges als Gegensatz von Idealismus und Materialismus zu überwinden.

zunehmend erwartbare Verhältnisse bedeuten und da somit die sozialen Preise der Sanktionen um eine Risikoprämie sinken« (Clausen 1978, S. 120, vgl. 1983, S. 45).

Mit Bezug auf den mittleren sozialen Bereich zwischen antagonistischem und synagonistischem Tausch verwendet Clausen die Begriffe Kollektiv, Gruppe (vgl. Clausen 1978, S. 120 f.) und Gesellschaft (vgl. Clausen 1983, S. 45) nicht eindeutig. Er meint jedoch in jedem Fall »[s]tabilierte soziale Prozesse«, die er später mit einem Begriff von Norbert Elias »Figurationen« (Clausen 1983, S. 46) nennt. Auch dieser Einfluss könnte auf Claessens zurückgehen.¹⁰ Nach Elias gibt es kein Kollektiv, keine Gesellschaft als von den handelnden Individuen isolierbares Objekt:

»Wenn vier Menschen um den Tisch herumsitzen und miteinander Karten spielen, bilden sie eine Figuration. Ihre Handlungen sind interdependent. Zwar macht es auch in diesem Fall der herkömmliche substantivische Gebrauch möglich, von dem ›Spiel‹ zu reden, als ob es eine Existenz für sich besitze. Man kann sagen: ›Das Spiel läuft aber langsam‹. Aber trotz aller objektivierenden Ausdrücke ist es in diesem Falle ganz klar, daß der Spielverlauf aus der Verflechtung der Handlungen einer Gruppe interdependenter Individuen hervorgeht. Er hat [...] bei relativ gleichmäßiger Spielstärke eine relative Autonomie im Verhältnis zu jedem einzelnen Spieler. Aber er hat nicht, wie es die Bildung des Wortes ›Spiel‹ nahelegen

¹⁰Claessens selbst bemerkt im Vorwort zur zweiten, stark umgearbeiteten Auflage von *Instinkt, Psyche, Geltung*, Elias' »Denken begleitet die ganze Arbeit« (Claessens 1970, S. 10) und widmet ihm die zweite Auflage. Elias widmet Claessens seine 1970 erschienene Schrift *Was ist Soziologie?* (Elias 1993). Hartmann Tyrell berichtet, dass die Gastprofessur 1965/66 an der Universität Münster der Initiative von Claessens zu verdanken ist (vgl. Tyrell 2015, S. 378, Anm. 75). Obwohl Elias' Soziologie durch Claessens einer breiteren soziologischen Öffentlichkeit bekannt wurde (vgl. Fischer 2019, S. 225), beginnt die Rezeption des Mannheim-Schülers in der bundesrepublikanischen Soziologie streng genommen nicht mit Claessens, sondern mit Freyer, der bis 1963 als Emeritus in Münster lehrte und Elias' Zivilisationstheorie bereits 1955 in seiner *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters* an zentraler Stelle aufnahm (vgl. Freyer 1955, S. 46–62, bes. S. 54–62). Dieser Rezeption geht in Freyers *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft* an systematisch ebenso zentraler Stelle eine intensive Auseinandersetzung mit Karl Mannheim um das Verhältnis von Soziologie und Politik voran (vgl. Freyer 1930, S. 298 ff., vgl. auch S. 110 ff., S. 262, S. 275). Während es Mannheim (1953, S. 95 ff.) um eine *Verwissenschaftlichung der Politik* zu tun ist, will Freyer (1930, S. 295 ff.) die *Trennung von Politik und Wissenschaft* durch den Einbau einer *Reflexion auf das Problem des Politischen* in die Soziologie gerade *aufrechterhalten* (vgl. Höntsch 2018, S. 303 ff.; anders Kruse 1998, S. 97, 1999, S. 213, S. 157). Vgl. auch Mannheim (1953, S. 190, S. 192, S. 198) zur Rezeption von Freyers Utopiebegriff.

könnte, eine Substanz, eine Existenz, ein Wesen, die unabhängig von den Spielern sind. [...] Wenn der Begriff ›konkret‹ überhaupt einen Sinn hat, kann man sagen, daß die Figuration, die die Spieler miteinander bilden, ebenso konkret ist, wie es die Spieler sind. Was man dabei unter Figuration versteht, ist das sich wandelnde Muster, das die Spieler als Ganzes miteinander bilden, also nicht nur mit ihrem Intellekt, sondern mit ihrer ganzen Person, in ihrem ganzen Tun und Lassen in ihrer Beziehung zueinander. Wie man sieht, bildet diese Figuration ein Spannungsgefüge. Die Interdependenz der Spieler, die Voraussetzung dafür, daß sie eine spezifische Figuration miteinander bilden, ist nicht nur ihre Interdependenz als Verbündete, sondern auch als Gegner.« (Elias 1993, S. 141 f.)¹¹

Clausen betont, dass Figuration »ein dynamisierter Begriff« ist, der »ein prozessuales Handlungsgeflecht analysieren helfen« (Clausen 1983, S. 46) soll. Damit ergibt sich folgende theoretische Konstellation: Kollektive als stabilisierte soziale Verflechtungszusammenhänge ermöglichen alltäglich erwartbare Formen von Sozialität, die zwischen der zugespitzten Form des antagonistischen, d. h. individualistischen Tausches auf der einen Seite und den biosozialen Formen des synagonistischen Tauschs vermitteln.¹² Dabei kann nach Clausen der synagonistische Tausch innerhalb der Soziologie lediglich reflexiv als *Problem* auftreten, als welches er soziologisch jedoch »nur noch formuliert, nicht aber mehr gelöst werden« (Clausen 1978, S. 142, vgl. S. 121 f.) kann.¹³ Auf der anderen

¹¹ Freyer formuliert 1930 in seiner *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft* den ganz ähnlichen Gedanken, »daß jede gesellschaftliche Struktur aus zeitlich vorangehenden herkommt und in zeitlich nachfolgende hintendiert; daß geschichtliche Bewegung durch sie hindurchgeht; daß sie nicht bündige Form ist, sondern Konstellation realer Kräfte; nicht selbstgenügsame Gestalt, sondern Wirklichkeitsteil« (Freyer 1930, S. 72). Auch Freyer gebraucht zur Illustration das Bild eines Spiels: »Wir finden ein Gefüge, dessen Glieder wir sind; ein Geschehen, das durch uns hindurchgeschieht; eine Spannung, die sich aus unserem Sein und Tun aufwölbt. Gesellschaftliche Formen sind nie absolute, vom Menschen losgelöste Formen. Sie sind immer werdende Formen. [...] Nie sind sie, unabhängig vom Leben, für das sie gelten, aufgeführt wie ein vollendetes Bauwerk. Sie werden aufgeführt wie eine Musik oder wie ein Drama. Nur daß sie nicht in ihrer eigenen, ästhetischen Sphäre spielen, sondern im Raum und in der Zeit des Lebens selbst. Sie werden nicht gespielt, sondern sie geschehen wirklich« (Freyer 1930, S. 82; vgl. dazu Höntsch 2018, S. 285 ff.).

¹² Man könnte hier – obwohl der Name nirgends fällt – an Tönnies denken: das Kollektiv im Sinne Clausens vermittelt zwischen Gesellschaft (Kalkulation des Nullsummenspiels durch je individuellen *Kürwillen*) und Gemeinschaft (Einheit ursprünglicher Dyaden im *Wesenwillen*).

¹³ Für letztere Behauptung kann sich Clausen jedoch nicht auf Claessens berufen, der ausdrücklich, wie es im Untertitel von *Instinkt, Psyche, Geltung* heißt, eine »soziologische Anthropologie« anstrebt.

Seite bleiben alle Formen des antagonistischen Tauschs stets eingebettet in größere kollektive, relativ stabil strukturierte Verflechtungszusammenhänge. Innerhalb der letzteren situiert nun Clausen das Problem der Katastrophe.

Die Kerngedanken von Clausens Katastrophensoziologie treten bereits in der frühen Fassung klar und deutlich hervor. Clausen weist die Vorstellung zurück, dass, weil man von »Naturkatastrophen, von *technischen* Katastrophen« spricht, diese dann auch »das uns Fremde« (Clausen 1978, S. 129) bedeuten müssten. Dem hält Clausen entgegen:

»Es gibt gar keine Naturkatastrophen, und auch keine technischen Katastrophen – es gibt nur Kulturkatastrophen. Das heißt: Die Überwältigung Einzelner oder bestimmter Kollektive ist in einer Kultur angelegt; erst, was eine Gesellschaft für Einzelne, Gruppen oder Alle nicht bewältigbar läßt oder gar erst unbewältigbar macht – das macht Katastrophen.« (Clausen 1978, S. 130)

Das heißt für die hier interessierende Konstruktion der Theorie, dass der Begriff der Katastrophe die Begriffe des Individuums und des Kollektivs umfasst. Zugleich ist die Spezifik der Katastrophe ein »Rest« (Clausen 1978, S. 128), der innerhalb der Unterscheidung von Individuum und Kollektiv nicht aufgeht.

4.2 Revolution und Katastrophe

Zur soziologischen Bestimmung der Spezifik von Katastrophen greift Clausen auf Dahrendorfs Theorie der Revolution zurück. Nach Dahrendorf sind Revolutionen Fälle extremen sozialen Wandels, die durch höchste *Rapidität* und *Radikalität* gekennzeichnet sind.¹⁴ Auch diese Unterscheidung ergänzt Clausen um »eine *dritte* Dimension« (Clausen 2008, S. 839). Dies ist die Einsatzstelle für Gehlens Begriffe des Rituals und der Magie, die damit das Zentrum von Clausens Katastrophentheorie bilden. So bemerkt er rückblickend, dass er – in Abgrenzung zur Revolution (als einer besonders säkularen und vernünftigen Form krassen sozialen Wandels) und zur Erschließung der Spezifik der Katastrophe als eine, »mit Elke Geenens Wort ›dämonisch‹ aufgefasste Form äußerst radikalen und rapiden Wandels«, die mit magischen Ursachenzuschreibungen einhergeht –, sich

¹⁴ »Allgemeinste Frage der soziologischen Theorie der Revolution ist also: Unter welchen Bedingungen treten jene extrem rapiden und radikalen Wandlungen ein, die wir Revolution nennen?« (Dahrendorf 1961, S. 156).

daran erinnerte, »dass Arnold Gehlen von ›magischen Techniken‹ zu sprechen liebte«, weshalb Clausen katastrophensoziologisch »die gesuchte Dimension von ›äußerst säkular begründet‹ bis ›äußerst magisch begründet‹ laufen [ließ]« (Clausen 2008, S. 839).

Sowohl säkulare und als auch magische Begründungen arbeiten mit Kausalzuschreibungen: »Eine wissenschaftliche (säkularisierte) Kausalanalyse unterscheidet sich von einer magischen weder durch das Kausalmodell noch durch die Antinomieproblematik beim Aufsuchen der Ersten Ursache.« (Clausen 1983, S. 51) Der Unterschied zwischen beiden liegt Clausen zufolge in der Art der zugeschriebenen Ursachen: werden sie säkular immanent zugerechnet oder magisch als von außen in die Welt hereinbrechende dunkle Instanzen im Hintergrund (entfesselte Dämonen, göttliche Strafen, das Zurückschlagen Gaias, satanische Verschwörungen u. ä.). Die derzeitige Konjunktur von so genannten »Verschwörungserzählungen«, aber auch die aktuell beobachtbaren Konflikte zwischen wissenschaftlichen Experten und Laien sind nach Clausen ein deutliches Alarmsignal für eine bevorstehende bzw. bereits eingetretene Katastrophe (vgl. z. B. Clausen 2008 zum Problem der Verschwörungen) (dazu genauer unten). Der Begriff des Rituals bezieht sich bei Clausen auf die Operation der Ursachenzuschreibung.¹⁵ Es handelt sich in diesem Verständnis um »Bräuche« (Clausen 1983, S. 51). Das Ritual ist in Clausens Begrifflichkeit der »Auffang-Mechanismus« (Clausen 1978, S. 140) für Widersprüche, es ist als »das Eingerrichtete, das immer Recht hat, außer eben *in extremis*« (Clausen 1978, S. 141) – eine Institution. In diesem Sinn ist es Brauch geworden, in der französischen Revolution das Walten der Vernunft zu sehen, während dem drohenden Gewitter durch die Stammesgesellschaft gewöhnlich ein böser Zauber als Ursache zugeschrieben wird.

Auch nach Gehlen ist die Magie bereits in ihren Anfängen eine Form der Rationalität, genauer: die Magie ist die ursprüngliche Form der Rationalität: »der unverhüllte Vernunftkern in der Magie«, so Gehlen, »ist die Ratio des Experimentes!« (Gehlen 2004 [1956], S. 270) Die strukturelle Verbindung zwischen naturwissenschaftlichem Experiment und Magie besteht nach Gehlen darin, dass beide einen Handlungsverlauf aus seinem Kontext lösen und gleichsam in

¹⁵Wie Clausen – dabei wie die etwa zur selben Zeit stattfindenden Laborstudien argumentierend (vgl. Latour und Woolgar 1979) – erläutert, sind die »Riten säkularisierter Erklärung [...] die Bräuche, mittels derer man einander von der Solidität seiner Experimente und Beobachtungen und Befragungen überzeugt (womit wir Wissenschaftler gute professionelle Erfahrungen gemacht haben« (Clausen 1983, S. 51).

Reinform darstellen. Sowohl in der reinen Darstellung eines Ereignisverlaufs etwa in einer chemischen Experimentalanordnung als auch in der magischen Darstellung etwa einer bevorstehenden Jagd wird davon ausgegangen, »durch freie Darstellung eines Ereignisverlaufs ihn mit Notwendigkeit zu provozieren« (Gehlen 2004 [1956], S. 233) – und zwar in beiden Fällen *kausal*. Zwischen magischem und vernünftigem Handeln besteht somit nach Gehlen lediglich ein gradueller Übergang.

Der grundsätzliche Unterschied liegt nach Gehlen deshalb nicht zwischen magischem und vernünftigem Handeln, sondern beide sind als Formen kausal orientierten Handelns von einer ursprünglichen Form des Handelns zu unterscheiden, das Gehlen als rituell-darstellendes Verhalten bezeichnet und das er ausdrücklich als »prämagisch-rituelle[s] Verhalten« (Gehlen 2004 [1956], S. 181 u. ö.) ausweist. Das rituell-darstellende Verhalten liegt der Entstehung von Institutionen zugrunde, es bildet deren *dynamischen, selbstbezüglichen und daher instabilen Kern* (vgl. Gehlen 2004 [1956], S. 166 ff.). Institutionen sind immer auf existentielle Gefahren bezogen, die entweder plötzlich und unerwartet auftreten können, oder chronisch bleibend sind. Gehlens Überlegung ist, dass von einem überraschenden und zugleich gefährlichen Ereignis, dem man nicht ausweichen kann, weil es zugleich die Chance des eigenen Überlebens betrifft, angesichts der instinktiven Unbestimmtheit des Menschen ein ebenso unbestimmter »Handlungsimpuls« (Gehlen 2004 [1956], S. 157) ausgeht. Solche Situationen bezeichnet Gehlen als Brennpunkte des Daseins. Sie bilden das Bezugsproblem für die Entstehung von Institutionen: »Ursprüngliche Brennpunkte affektstarken, kultisch-darstellenden Verhaltens können nur lebensnotwendige und zugleich gefährliche Situationen von durchschlagender Drastik des Auslösergehaltes gewesen sein.« (Gehlen 2004 [1956], S. 174) Die gefährliche Situation wird als eine Aufforderung empfunden, als ein Imperativ, der einen »Antwortdruck« (Gehlen 2004 [1956], S. 157) hervorruft, dass man *irgendetwas* (noch unbestimmtes) tun *soll*. Das heißt von der anderen Seite her gesehen, »daß vom Appellatum her das zwingende Gefühl einer »unbestimmten Verpflichtung« erlebt wird« (Gehlen 2004 [1956], S. 157). Wird diese unbestimmte Verpflichtung als Prämisse des eigenen, seinerseits noch unbestimmten (weil nicht instinktleiteten) Handelns übernommen, kann die Gefahr in einem rituellen Gruppenverhalten imitiert, dargestellt und so in eine selbstbezügliche »Entscheidung zum Dasein« (Gehlen 2004 [1956], S. 93, S. 177, S. 180) transformiert werden. Das rituell-darstellende Verhalten ist dabei nach Gehlen die Form des Selbstbezugs des Handelns. In ihm »tritt die Handlung *zu sich selbst* in ein Verhältnis und drückt dieses Verhältnis in sich selbst aus« (Gehlen 2004 [1956], S. 167). Diese

Selbstbezüglichkeit des Handelns, die jeglichem reflektierenden Bewusstsein vorangeht und dem Zugriff durch dieses völlig entzogen ist, kann damit Form für beliebige Inhalte sein. Dies bildet den Ausgangspunkt für die Etablierung von Institutionen:

»Daß die großen, gefährlichen Jagdtiere zu den ausgezeichneten ›Appellaten‹ gehörten, kann nicht zweifelhaft sein: ihre gewaltige Vitalität, ihre ungeheuerliche ›Prägnanz‹ und dramatische Sinnlichkeit, die extreme Breite entbundener Affekte von der Gier bis zur Angst sorgten dafür. Das Verpflichtungsbedürfnis hat sich von vornherein in mehrere Bahnen stilisieren können. Mimische Riten, in denen das Erscheinen des Wildes und seine Tötung dargestellt wurde, müssen seit unbestimmten Zeiten aufgeführt worden sein.« (Gehlen 2004 [1956], S. 171)

Neben diesen unwahrscheinlichen, plötzlich, unerwartet und überraschend auftretenden Gefahren gibt es auch »chronische ›Risikostellen‹«, die sich als ebenso radikale Existenzrisiken »um die Ernährung, die Sexualität, den Tod, die Krankheit gruppieren: hier schafft das prämagische Verhalten die Stabilisationskerne, indem es an diese Phänomene Sollverpflichtungen knüpft« (Gehlen 2004 [1956], S. 182). Hier liegt nach Gehlen die Wurzel der Religion. Obwohl die mit Ernährung, Sexualität, Krankheit und Tod verbundenen Gefahren an der Wurzel des Lebens chronisch sind, unterscheidet Gehlen die auf diese Gefahren bezogenen Sollverpflichtungen vom »Umkreis der gesicherten Lebensroutine der Gewohnheit mit ihrer Tendenz zum Geistloswerden und Halbschlaf«; vielmehr ist es so, dass »die Religion den Risikozentren des objektiven Daseins gegenüber den Menschen auf die Extremgrade der Wachheit zieht und ihn genau dort mit Sollensvorschriften *festhält*, ihn also am Rande des Abgrundes stabilisiert«; die ursprüngliche Funktion der Religion ist also nicht Betäubung, sondern »den Sinn für die Unsicherheit und Gefahr zu *erzeugen*« (Gehlen 2004 [1956], S. 182 f.).

Auf diese chronischen Gefahrenstellen des Daseins ist ein Weltbild bzw. eine Metaphysik der *sympathetischen Zusammenhänge* bezogen. Sympathetische Zusammenhänge sind jeweils ursprüngliche Synthesen zwischen Mensch und Ding oder zwischen Mensch und Mensch:

»Der ›sympathetische Zusammenhang‹ ist natürlich Erfahrung, gegeben nämlich in den Brennpunkten des Daseins gleichzeitig von innen und außen, in der Beziehung von Mann und Weib, Weib und Kind, Hunger und Nahrung, Durst und Quelle, Auge und Licht, Wort und Antwort. Dies ist das, was Kant nicht zugeben wollte, die Synthesis a priori im Anschaulichen, Empirischen.« (Gehlen 2004 [1956], S. 190 f., vgl. S. 304)

Das rituell-darstellende Verhalten stellt die Bedingung der Möglichkeit der institutionellen Bewältigung nicht nur der plötzlich auftretenden Appellaten, sondern auch der chronischen Daseinsrisiken dar. Dies geschieht, und damit schließen wir den Schnelldurchlauf durch Gehlens Institutionenlehre ab, in der rückwirkenden Stabilisierung des instabilen rituellen Kerns durch sekundäre Zweckmäßigkeiten, die sich als unplanbarer Nebenerfolg aus dem Ritus ergeben und ohne diesen nicht möglich gewesen wären. Sekundäre Zweckmäßigkeiten, die sich auf die soeben angesprochenen chronischen Daseinsrisiken richten (so auch Claessens 1980, S. 292), beantworten die Frage, wie »denn dieser Quellpunkt aller Stabilisierung selbst stabilisiert wurde« (Gehlen 2004 [1956], S. 215). Dazu gehören Institutionen wie die Tierhege (Gehlen 2004 [1956], S. 213 ff.), Blutsverbandsordnungen (Gehlen 2004 [1956], S. 224 ff.), der Totemismus (Gehlen 2004 [1956], S. 231 ff.) und die Arbeitsteilung (Gehlen 2004 [1956], S. 35 ff.). Diese Institutionen ermöglichen schließlich die Ausbildung von Gewohnheiten, die sich verselbständigen und anstelle der ursprünglichen Problembezüge die Möglichkeit subjektiver Zwecksetzungen treten lassen. Die Elemente von Institutionen sind jedoch allemal *Handlungen*, »die sich als Beziehungsnetze solcher Gewohnheiten ebenfalls verselbständigen« (Gehlen 2004 [1956], S. 30, vgl. auch S. 41, S. 229).

Die Vorstellung, dass Sozialität als *Vernetzung von Handlungen* zu beschreiben ist, findet sich also bereits bei Gehlen. Dies gilt auch für andere zentrale Begriffe von Clausens Katastrophensoziologie. Das ursprüngliche Bezugsproblem von Institutionen ist eine plötzlich und überraschend eintretende existentielle Bedrohungslage, die in *irgendeiner* Form *handelnd* bewältigt werden muss. Anders als Gehlen verwendet Clausen jedoch den Begriff des Rituals im Zusammenhang seiner Katastrophentheorie im Sinne des gehlenschen Begriffs der Gewohnheit (vgl. aber Clausen 1988, S. 27 ff. zur Ritualisierung der Arbeit). Gehlens Begriff des sympathetischen Zusammenhangs ist ersichtlich – vermittelt über Claessens – das Vorbild für Clausens Begriff des synagonistischen Tauschs. Gehlens Institutionenlehre böte sich also als konzeptuelle Folie für eine Katastrophensoziologie geradezu an. Zugleich wäre damit deren scheinbaren Archaismen eine Funktion innerhalb einer Theorie der modernen Gesellschaft zugewiesen. Mit Gehlen ließen sich die plötzlich und unerwartet auftretenden gefährlichen Situationen als Katastrophengefahren beschreiben, von denen eine unbestimmte Verpflichtung ausgeht, die den Alltag des institutionell eingewöhnten und vernetzten Handelns auf dessen Ursprung in einer Entscheidung zum Dasein zurückwerfen, für welche – bei Drohung des gesellschaftlichen Untergangs – entweder Handlungskapazität bereitsteht oder nicht.

4.3 Die Katastrophe als Struktur

Clausen konstruiert nun – mit den gegenüber Gehlen skizzierten begrifflichen Umstellungen – ein dreidimensionales Modell sozialen Wandels, einen Würfel, dessen Seiten durch die Dimensionen *Rapidität* (Beschleunigung/Verlangsamung), *Radikalität* (Vernetzung/Entnetzung) und *Ritualität* (Säkularisierung/Magisierung) bestimmt sind (vgl. Clausen 1978, S. 141; 1983, S. 79).¹⁶ Neben der bereits erläuterten Ritualität steht Radikalität soziologisch für gesellschaftliche *Entdifferenzierung* und *dichte Vernetzung* (Clausen 1983, S. 52). Das bedeutet, dass mit zunehmender Vernetzung die wechselseitige Beeinflussung der Handlungen zunimmt, so dass im Extremfall kein Handeln ohne Einfluss auf jedes andere Handeln bleibt. Die höchste Form der Vernetzung ist der individuelle und gesellschaftliche Tod: »Genau die Katastrophe konfrontiert uns damit: mit unbarmherzigen körperlich-seelischem Schmerz und – sehr denkbar – mit dem unausweichlichen Sterbenmüssen. Man kann auch in der Katastrophe *scheitern*« (Clausen 1983, S. 53). Rapidität bedeutet im Kern die Überforderung von eingewöhnten Routinen durch eine zu schnelle Ereignisfolge (vgl. Clausen 1983, S. 51 f.).

Damit verknüpft der Würfel drei begriffliche Dreierkonstellationen miteinander. Die »Ecken des Würfels bilden jeweils extreme Formen sozialen Wandels bzw. in einem Fall eine Form extremer Statik ab. Das, wenn man im Bild bleiben will, »Innere« des Würfels bildet den gegenüber den extremen Eckpunkten mittleren, d. h. alltäglich *erwartbaren* sozialen Bereich der »rituell« eingerichteten Bräuche (vgl. Clausen 1978, S. 141, 1983, S. 51). Für diesen Bereich erwartbarer Strukturen verwendet Clausen den Begriff der ritualisierbaren und in remanenten Strukturen aufhebbaren Widersprüche (d. h. im Kern: den in stabilisierten Kollektiven aufhebbaren Widerspruch von antagonistischem und synagonistischem Tausch).

Die heuristische Fruchtbarkeit des Modells sei beispielhaft an den von Clausen angeführten prägnanten Fällen sozialen Wandels demonstriert (vgl. Clausen 1978, S. 140 f.): Die »neolithische Revolution« ist demnach eine Form krassen sozialen Wandels, der zutiefst radikal und unter hoher Magisierung der Ursachenzuschreibung, aber zugleich sehr langsam abläuft. Die »industrielle Revolution« strukturiert ebenfalls sehr langsam die sozialen Verflechtungen an der Wurzel um, verfährt aber in der Ursachenzuschreibung nicht magisch,

¹⁶Ich habe die Bezeichnungen von 1983 wiedergegeben.

sondern höchst säkular. Die »proletarische Revolution« hingegen ist schnell, säkular und radikal, während »die üblichen Putsche« (Clausen 1978, S. 140) ebenfalls schnell und säkular, doch nicht radikal sind. Die vorhin angedeutete extreme soziale Statik bezeichnet Clausen mit dem Kennwort »Suppe mit dem Löffel«, d. h. als Gewohnheitsbildungen, deren Änderung sich nicht leicht ausmalen lässt. Nahe daran befindet sich eine zukunftssträchtige Form der Herrschaft, die Clausen mit dem Titel eines der von Gotthard Günther herausgegebenen Weltraumbücher bezeichnet: *Wing 4* steht für eine »unentrinnbar wohlwollendvernünftige Roboterherrschaft« (Clausen 1978, S. 140; vgl. Williamson 1952), eine sehr stationäre, die Individuen aufs äußerste vereinzelnde und rein säkulare Form gesellschaftlicher Herrschaft. Der »barmherzige Samariter« schließlich führt magisch und rapide einen entnetzten sozialen Wandel herbei. Damit kommen wir zur achten Ecke des Würfels, zur Katastrophe.

4.4 Das Prozessmodell der Katastrophe (FAKKEL)

Echte Katastrophen treten zwar selten ein und bilden in diesem Sinne eine Ausnahme. Clausen will jedoch nicht die gesellschaftliche Normalität dualistisch der Ausnahme gegenüberstellen. Vielmehr ist die reale Möglichkeit der Katastrophe der Gesellschaft zu jeder Zeit eingelagert: »Die Katastrophe ist als ein Extremfall der möglichen sozialen Verflechtungen analysierbar, insoweit: immer etwas Normales.« (Clausen 1983, S. 43, vgl. 2015, S. 249 f.) Als solche sind Katastrophen Vorgänge in der sozialen Wirklichkeit, denen »jede soziologische Theorie gewachsen zu sein hat« (Clausen 1983, S. 44, vgl. 2015, S. 249). Clausen schlägt deshalb vor, Katastrophen als Fälle extremen sozialen Wandels zu beschreiben, in denen es um die »Überlebenschancen ganzer Gesellschaften« (Clausen 2003, S. 51) geht: »Eine Katastrophe wird von uns dadurch definiert, daß sie jedenfalls eine über alle Grenzen der Erfahrung extrem »das Ganze« treffende Problematisierung bietet, also eine Lösungsanstrengung von äußerster Radikalität verlangt.« (Clausen 1983, S. 52).

Ausgehend von dem oben beschriebenen Würfel-Modell konzipiert Clausen die Katastrophe als einen typisierbaren Prozess, dessen Verlauf in einer Abfolge von sechs der acht Eckpunkte des Würfels besteht:¹⁷ »Die später sogenannte

¹⁷1) säkular, rapide, radikal: »Proletarische Revolution« ≙ »Friedensstiftung«; 2) magisch, langsam, entnetzt: »Suppe mit Löffel« ≙ »Alltagsbildung«; 3) magisch, langsam, radikal: »neolithische Revolution« ≙ »Klassenformation«; 4) magisch, rapide, radikal:

Katastrophe selbst ist ein Ablauf als Folge und als Vorgänger von Abläufen, eher ein typischer Figurations-Abschnitt als eine selbständig zu analysierende Größe.« (Clausen 1983, S. 48) In der Katastrophe wandelt sich eine Gesellschaft plötzlich und radikal. Das unvorhergesehene Eintreten blockiert rationale Beobachtungsmöglichkeiten, führt zur Dämonisierung der Ursachenzuschreibung und zu Versuchen magischer Ursachenbekämpfung. Das sechsstufige FAKKEL-Modell umfasst vorkatastrophische, katastrophische und nachkatastrophische Vorgänge in sechs Stadien: 1) Friedensstiftung durch Rettung vor zentralen Risiken (F), 2) Alltagsbildung für Facheliten und Laien (A), 3) Klassenformation der Facheliten gegenüber den Laien mit allgemeinem Geheimwerden von Risiken (K), 4) Katastropheneintritt durch geheimgewordene Risiken (K), 5) Ende kollektiver Abwehrstrategien (E) und 6) Liquidation der Werte mit möglichem Ende der Gesellschaft (E) (vgl. Clausen 1983, S. 55, 2003).

Ad (1): Der von Clausen als Friedensstiftung bezeichnete Anfang ist kein absoluter Anfang, sondern Moment des unabschließbaren gesellschaftlichen Figurationsprozesses. Die Friedensstiftung in Clausens Theorie ist das Resultat der erfolgreichen Bewältigung einer Notlage durch ein darauf gerichtetes Handeln:¹⁸ Clausens »Ansatzpunkt [...] soll nämlich das *soziale Handeln* selber sein. Wir wollen Katastrophen *praktisch* verhindern« (Clausen 1983, S. 50). In der bewältigten Notlage war das Antagonistische des individuellen Tauschs als Nullsummenspiel in reiner Form verwirklicht:

»Dies wäre eine Notlage, die derart in jedermanns Leben einschneidet, daß alle verborgenen Antagonismen einer Gesellschaft, selbst in Primärgruppen (z. B. Familien), als allgemeiner Egoismus ausgebrochen sind, »jeder gegen jeden« steht, weil keiner mehr auf Hilfe des anderen trauen kann. Überleben des einen gilt als Nichtüberleben des anderen.« (Clausen 1983, S. 56)

Die Musterbeispiele sind: »Krieg mit Bürgerkriegen: Pandemie (à la Schwarzer Tod); Hungersnot; allseits wirkende Naturgewalten (wie Sturm-

»Katastrophe« ≙ »Katastrophe«; 5) magisch, rapide, entnetzt: »barmherziger Samariter« ≙ »Ende kollektiver Abwehrstrategien«; 6) säkular, rapide, entnetzt: »Liquidation aller Werte« ≙ »Routineputsch« (vgl. Clausen 1978, S. 141, 1983, S. 79).

¹⁸Den Begriff der Friedensstiftung führt Clausen auf Kants Schrift *Zum ewigen Frieden* zurück (vgl. Clausen 1983, S. 41, Anm.). Kant unterscheidet dort den »Naturzustand« als »Zustand des Krieges« vom »Friedenzustand«; der Naturzustand des Krieges ist durch die ständige Bedrohung und den Ausbruch von »Feindseligkeiten« gekennzeichnet; der Frieden »muß also *gestiftet* werden« (Kant 1998, S. 203).

flut oder Heuschrecken)« (Clausen 1983, S. 56). Solche Notlagen können durch »innovative Formen von Führen und Folgen« (Clausen 1983, S. 56) mit Mitteln, die durch möglichst alle übernommen werden, bewältigt werden.

Dies ähnelt stark dem Vorschlag von Wolfgang Lipp, die Gründungssituation von Institutionen in der Bewältigung eines existenzbedrohenden »Ernstfalles« zu sehen (vgl. Lipp 1976, 1989).¹⁹ Ausgehend von diesem Gedanken hat Lipp auch einen Vorschlag für die oben bereits angedeutete Überwindung der Beschränkung der gehlenschen Institutionenlehre auf archaische Verhältnisse gemacht. Lipp, der sich selbst in der Linie von Freyer und Gehlen verortet, schlägt vor, die unbestimmte Verpflichtung, die von der gefährlichen Situation ausgeht, nicht auf ein rituell-darstellendes *mimetisches* Handeln zu beziehen, sondern, diesem noch vorgeordnet, auf das *dramatische* »reine Handeln«, das »sich ›tragisch‹ dem ›Schicksal‹ stellt« (Lipp 1976, S. 369, S. 372). Das »Risiko der exponierten Tat« sei es, welches nach Lipp »eine ›unbestimmte Verpflichtung‹ – oder, der Ausdruck bietet sich an, den ›Ausnahmestand‹ – bewältigt« (Lipp 1976, S. 373). »Reines« Handeln ist demnach ein Handeln, das eine unbestimmte Verpflichtung »zur Bestimmung« (Lipp 1976, S. 372) bringt. Dieses Handeln, das ein existentielles Problem erfolgreich gelöst hat, bildet nach Lipp den Kern für den Aufbau und die Legitimität gesellschaftlicher Institutionen. Für diesen prinzipiellen Sachverhalt ist es unerheblich, ob man das hierfür erforderliche Führungshandeln wie Lipp auch soziologisch heroisiert²⁰ oder solche Dramatisierung wie Clausen in eine ebenso »populäre wie offizielle Phantasie« (Clausen 1983, S. 57) verweist.

¹⁹ »Auch Kultur hat ihren Ernstfall, auch sie hat ihre Grenzbedingungen; sie ist, wie die Institutionenlehre im Kern festhält, auf das Leben des Menschen, auf sein Überleben bezogen, und eben dies macht ihre Grundfunktionen – Entlastung und Stabilisierung – erst wahrhaft verständlich.« (Lipp 1989, S. 100).

²⁰ »Der Heros [...] übt eben dadurch und auch dann, wenn das Schicksal – das Risiko der exponierten Tat – ihn am Ende überwältigt, in sich selbst legitime Gewalt: also führenden Einfluß auf die Gruppe aus, für die er die Verpflichtungen – und mit ihnen die Ordnung des Daseins – stellvertretend neu definiert. Im Ausnahmestand, in dem die Orientierungen sonst zusammenbrechen, entschlossen gehandelt, die Lage für die Gruppe, die zurückgewichen war, entschärft, also ›Stand‹ gehalten und wieder Halt gegeben zu haben: der Ursprung von Herrschaft scheint eben hierin zu liegen, und man wird nicht fehlgehen, gerade auch stabile, institutionell verankerte Herrschaftsformen – Rangordnungen, auf Dauer gestellt Kompetenzen etc. – auf die Bewältigung einmaliger Spannungen durch Führungshandeln, nicht aber auf Mimesis: die Reproduktion appellierender Außendaten zurückzuführen.« (Lipp 1976, S. 373) Lipp leitet seine Dramatologie des »Heros, der eine Institution begründet« (Lipp 1976, S. 372), aus Webers Begriff des charismatischen Führers her (vgl. Lipp 1976, S. 374 ff.).

Ad (2): Mit der beginnenden Veralltäglicung wird aus der Erfahrung der Problemlösung »Tradition« (Clausen 1983, S. 58), die anfangs auch noch durch Zeitzeugen dokumentiert ist. Es etabliert sich die Unterscheidung von Experten und Laien. Die Experten bilden ein Standesbewusstsein aus und tradieren Fachwissen, das sich aus der Beteiligung an der Krisenbewältigung speist: »Eine auf Pflicht und Dienst aufbauende Fachelitenmoral und ein bewährtes Selbstbewußtsein heben diese Gruppe von ihrer Klientel, den zu Schützenden, ab.« (Clausen 1983, S. 58) Innerhalb der Laienschaft bilden sich bereits in diesem Stadium »erste *Randgruppen* in der Bevölkerung, die an Folgeproblemen manifest leiden« (Clausen 1983, S. 60) – Clausen nennt Impfschäden als Beispiel –, und die deshalb, zunächst noch unbeachtet, Zweifel an den Fachleuten kultivieren. Dies ist Teil der Entnetzung der Handlungsverflechtung infolge der Differenzierung von Lebensbereichen. Zugleich beginnt mit dem Verlust von Primärerfahrung und der Traditionsbildung die Magisierung zu steigen (vgl. Clausen 1983, S. 60). Sowohl aufseiten der Experten als auch aufseiten der Laien ist noch ein starkes Problembewusstsein des katastrophalen Hintergrundes der gesellschaftlichen Strukturen vorhanden, das jedoch nach und nach verblasst.

Ad (3): Mit der zunehmenden Veralltäglicung geht das zweite in das dritte Stadium über, indem sich die Trennung von Experten und Laien zu Klassen verfestigt (Clausen 1983, S. 60 ff.). In diesem Stadium verortet Clausen die zunehmend rücksichtslose Ausbeutung der Natur, wodurch sich langsam ein neues Destruktionspotential aufbaut. Zugleich verliert die erfolgreiche Gesellschaft ihren Vorbildcharakter für andere Gesellschaften (vgl. Clausen 1983, S. 61). Am Beispiel der Verfügung über »Heilmittel und Heilofferten« macht Clausen deutlich, dass Experten ihr Fachwissen zunehmend nicht mehr auf existentielle Probleme ausrichten, sondern zur finanziellen »Ausbeutung« (Clausen 1983, S. 61) der Laienschaft benutzen. Umgekehrt sinkt die Abnahmebereitschaft der Laien für die Befehle der Experten, die daraufhin ihre Gangart verschärfen: »Kritik von Laien [...] wird zu deren [...] *Schutzwaffe* gegen Fachleute [...]. Typisch wird dies begleitet von zunehmender – am Ende unverhohlener – Verachtung der Fachleute für die Laien.« (Clausen 1983, S. 62) Auch hier zeigt Clausen wieder eine Möglichkeit der Umkehr, nämlich auf dem Weg der *Reform*, durch die »aus dem Stadium III ins Stadium II« (Clausen 1983, S. 62) zurückgekehrt werden kann – durch Rückbesinnung auf den ursprünglichen Erfahrungsbezug. Der andere Weg zurück besteht im Auftreten vermeintlicher Retter in Gestalt »von Diktatoren, die das Stadium III zur Ausrufung der Katastrophe – des Stadiums IV – benutzen und im Staatsstreich die [...] *antagonistische Lösung* des Problems versuchen« (Clausen 1983, S. 67). Setzt der Diktator sich durch, führt dies direkt ins Stadium V. Geschieht beides nicht,

beginnt sowohl die Einheit der Expertenschaft – z. B. durch sinkende Ausbildungsniveaus – wie auch die der Laien konflikthaft zu zerfallen (Clausen 1983, S. 64). Radikalität und Magisierung steigen, doch noch ist das Tempo gering.

Ad (4): Dies ändert sich im vierten Stadium, dem Katastropheneintritt. Die gedankenlos eingegangenen Risiken »werden schlagend: vernachlässigte alte Probleme, Nebenfolgen alter Lösungen, Folgeprobleme haben sich akkumuliert« (Clausen 1983, S. 65). Auf Expertenseite könnte eine »fachliche Revolution« (Clausen 1983, S. 66) in Stadium II zurückführen. Erfolgt dies nicht, wälzen die Experten die Schuld ab: »zunächst auf die wunderbare Übergröße der Gefahr; dann auch die Dummheit der Laien; dann auf bereits vorher präformierte Sündenböcke« (Clausen 1983, S. 66). Auf der Seite der Laien setzt sich »eine diffuse Katastrophenangst durch, die überall – auf der schon lange erreichten Höhe der Magisierung – zu ad-hoc-Erklärungen und »abergläubischen« Reaktionen« (Clausen 1983, S. 66) sowie zur Beschuldigung der alten Fachelite führt. Ein anderer Weg besteht darin, die erfolglose Elite durch »neue Stäbe, eingesetzt aus der politischen Machtsphäre« (Clausen 1983, S. 69), abzulösen. Dies eröffnet zwei Möglichkeiten: im Erfolgsfall wird durch deren Maßnahmen zwar kein neuer Frieden gestiftet, es kann aber zu einer neuen Form des Alltags zurückgekehrt werden. Oder die neue Elite wird von der alten absorbiert und man kehrt ins Stadium III zurück.

Ad (5): Wenn sich aber das »auf ›Normalität‹ stilisierte Tempo des sozialen Wandels *beschleunigt* [...] *aufs äußerste*« (Clausen 1983, S. 69), dann kann der Weg auch zum »Scheitern« (Clausen 1983, S. 70) führen. Das ist das fünfte Stadium, in dem die kollektiven Abwehrstrategien versagen:

»Im Stadium V hat sich das hereingebrochene Unglück dergestalt als überwältigend erwiesen, daß nunmehr ein Prozeß durchlaufen wird, der die Betroffenen füreinander sozial völlig unverlässlich macht: Sie können einander kaum bis gar nicht mehr nützen und müssen den Schock verarbeiten, daß auch kaum jemand bis niemand mehr »gebraucht wird«. Vom Angriffspunkt der Katastrophe her bricht auch das übrige organisatorische Wechselspiel auseinander; so die Institutionen der Güterproduktion und -verteilung, des übergreifenden Rechtsschutzes und, vor allem, *die Abstützung der Gesellschafts-Grenzen nach Außen*: also die politisch-militärische Bündelung und Organisation sozialer Sanktionen (auch: Sanktionen der Gewaltanwendung), die diese betroffene Gesellschaft als »Ganzes« (als »System«, als Prozeß) bislang effektiv gegen andere Gesellschaften (d. h. z. B. gegen andere Staaten) *abgegrenzt* (stabilisiert) hat. [...] Nach der Katastrophe kann also die gesamte Gesellschaft gerade das nicht mehr leisten: Sie kann nach außen weder mehr konkret liefern noch sich konkret wehren. *Deren* Ansprüche an die betroffene Gesellschaft = *deren Druck von außen* ist aber *nicht vermindert*: Er wird durchschlagen. Es kommt zu mehr oder minder wohlwollenden, immer jedoch machtförmigen Interventionen aus den anderen Gesellschaften. [...] Die Invasionen aus

den Nachbarstaaten – auf der ganzen Skala zwischen der humanitären Errichtung von kleinen Rotkreuz-Diktaturen als Rettungsinseln im Chaos über Hilfe mit politischen Auflagen bis hin zu Annektionen. Beschönigend heißt es dann: Ein politisches Vakuum wird von außen aufgefüllt. [...] Diese Außen-Interventionen verschärfen die innergesellschaftliche Krise bis zur kollektiven Handlungsunfähigkeit und machen alles zur desto leichteren Beute auswärtiger Ausplünderungen. Diese nun wieder zerstören das letzte Zutrauen in eigene organisatorisch-politische Strukturen. Da läuft nichts mehr, und das ist mit dem ›Ende kollektiver Abwehrstrategien‹ gemeint. Rette sich wer kann.« (Clausen 1983, S. 70 f.)

Die Konsequenz ist, dass sich die Differenz zwischen Experten und Laien *auf* löst. Dann gibt es keine verbindlichen Kriterien mehr dafür, ob Experten, Kritiker, Laien, Sekten und ihre Messiasse, der bisher verborgene organisatorische Kern von Militär und Polizei oder bereits »von außen eindringende und sich festsetzende Gruppen aus anderen Gesellschaften« (Clausen 1983, S. 71) die Oberhand gewonnen haben. Diese Gruppen bekämpfen einander, während die »Betroffenen« zum »Opfer« (Clausen 1983, S. 71) dieser Vorgänge werden. Dieser Zustand führt zur »Isolation von anderen Betroffenen« (Clausen 1983, S. 71), die die Selbstachtung des Einzelnen in Mitleidenschaft zieht, Identitätskrisen begünstigt, »handlungsunfähig« (Clausen 1983, S. 71) und am Ende lethargisch macht.

Die größte überlebensfähige soziale Einheit *nach* einer Katastrophe ist die vorgeschichtliche Horde (vgl. Clausen 1983, S. 72), die durch Clausens Katastrophensoziologie auch in der (Post-)Moderne eine Funktion zugewiesen bekommt. Clausen greift hier wieder auf Überlegungen von Dieter Claessens zurück, der die Horde oder Gruppe zu den »Überlebenshilfen in der Evolution« zählt und sie deshalb als »sozio-biologische Institutionen« (Claessens 1980, S. 35) bezeichnet. Die Horde gehört Claessens zufolge in den Bereich des *Übergangs* zum Menschen (Claessens 1980, S. 32). Das heißt aber katastrophensoziologisch, dass der Mensch *nach* der Katastrophe in diesen Übergangsbereich zum Tier *zurückgeworfen* wird. Gehlen spricht von »fürchterlicher Natürlichkeit«, die »den Abgrund in sich selbst« (Gehlen 2004 [1956], S. 100, vgl. S. 155) des Menschen aufreißt, wenn der institutionelle Halt wegbricht. »Sippen (↳Verwandtschaft↳), Dörfer, Schamementum, Häuptlingswürden« (Clausen 1983, S. 72) sind gegenüber der Horde bereits voraussetzungsreichere Formen sozialer Institutionen:

»Der Mensch ist des Menschen Wolf, sagen Sozialphilosophen wie Thomas Hobbes, die so etwas empirisch mitgemacht haben: Sie haben gesehen, wie engste Familienangehörige einander beim ersten Krankheitssymptom verließen, sie kennen die Plünderungen, den gedankenlosen Mord auch bei geringstem Anlaß, selbst den Kannibalismus.« (Clausen 1983, S. 71)

Die Horde führt den Menschen auf seine – mit Gehlen: sympathetischen, mit Clausen: – synagonistischen Zusammenhänge zurück, für deren Aufrechterhaltung die genannten komplexeren Formen von Sozialität bereits zu abstrakt wären:

»Wohl nur in solchen konkret lebensnahen Gruppen, die den gesamten Lebenshorizont (zentriert um Witterungsschutz und Nahrungssuche) miteinander teilen, ist der Mensch einer ›natürlichen‹ Gemeinnützigkeit unvermittelt fähig. [...] Für unser Thema – das notwendig überall an die äußersten Grenzen sozialen Handelns rühren muß – liegt in dieser Hordengröße die minimale nach Katastrophen handlungsfähige (biosoziale) Verflechtungs-Einheit und zugleich die letzte, bei der überhaupt noch Personal der vormaligen Gesellschaft trotz Katastrophe überleben und sich fortpflanzen kann.« (Clausen 1983, S. 73)

Ad (6): Clausen unterscheidet nun von diesem fünften Stadium noch ein sechstes, das er als Liquidation der Werte bezeichnet (vgl. Clausen 1983, S. 74 ff.). Dieses Stadium ist durch rapide Entradikalisierung, d. h. Zerstreuung der Einzelnen und Entmagisierung (Säkularisierung) gekennzeichnet. Das nachkatastrophale Leben führt zu einem brutalen Realismus, der dem gesellschaftlichen Umfeld die Macht über die Reste der gescheiterten Gesellschaft gibt. Handelt es sich bei diesem Umfeld um andere, noch intakte Gesellschaften, können diese sich die Reste umso leichter aneignen, denn die »Haltungen und Gewohnheiten« (Clausen 1983, S. 74) des verbliebenen Personals bieten keinen Widerstand mehr. Der nackte Realismus legt es vielmehr nahe, sich sofort auf die Werte der anderen Gesellschaft umzustellen. Dies bedeutet nicht zwangsläufig eine dauernde Besetzung, auch kann »ein alsbaldiger Abzug der Interventen bei deren kultureller Fortherrschaft« dazu führen, dass »sich die Nachbargesellschaft [...] ein Glacis kulturell abhängiger und imitierender ›gezähmter Barbaren« (Clausen 1983, S. 74) gewinnt.

4.5 Gesellschaftstheoretische Implikationen: Zeittheorie

Dieses Modell, darauf weist Clausen gleich am Anfang hin, »umfaßt recht lange Zeitabschnitte, nicht selten mehr als ein Jahrhundert« (Clausen 1983, S. 50). Der im engeren Sinn gesellschaftstheoretische Gehalt von Clausens Katastrophentheorie liegt meines Erachtens darin, dass sie eine spezifische gesellschaftliche Zeitstruktur sichtbar macht. Denn der Begriff der Katastrophe geht weder in einem linearen Begriff der Zeit etwa im Sinne des Fortschritts, der Evolution

oder der Sukzession punktueller Ereignisgegenwarten noch in einem zyklischen Begriff der Zeit etwa des historisch wiederkehrenden Aufbaus und Zerfalls gesellschaftlicher Strukturen auf (vgl. Clausen 1983, S. 54). Clausen betont, dass der Weg zur Katastrophe weder zwangsläufig und irreversibel verläuft, noch den Abschnitt eines ewigen Kreislaufs abbilden soll. Vielmehr kombiniert die Stadientheorie in spezifischer Weise Elemente der Linearität und der Zyklik der Zeit, sie geht aber in beiden Zeitvorstellungen gerade nicht auf.

Insbesondere das in dieser Hinsicht entscheidende zweite und dritte Stadium der Katastrophenentwicklung sind so zu verstehen, dass Gesellschaften *zu jedem Zeitpunkt ihrer Entwicklung* in der realen Möglichkeit der Katastrophe stehen. Mit der beginnenden Veralltäglichen der institutionellen Strukturen, so Clausens Gedanke, ist noch ein starkes Problembewusstsein des katastrophalen Hintergrundes der gesellschaftlichen Strukturen vorhanden, das jedoch mit der Klassenformation nach und nach verblasst. Das bedeutet, die Stadien bilden auch *einen zunehmenden Verlust der Reflexion auf den gesellschaftlichen Anfang* ab, so dass die Katastrophe dann umso überraschender eintritt. Genau deshalb ist jedoch dieser Verlust eines gesellschaftlichen Problembewusstseins *reversibel*, so dass der Weg zur Katastrophe an mehreren Stellen des Modells *durch eine Reflexion auf die reale Möglichkeit des Katastropheneintritts und entsprechend darauf gerichtetes Handeln umkehrbar* ist.²¹ Dies stellt meines Erachtens den Kerngedanken von Clausens Katastrophensoziologie dar, der sie letztlich auch von der Vorstellung eines unilinearen Zivilisationsprozesses trennt: »*Katastrophen treten also nicht unausweichlich ein*. Schon gar nicht soll ein Ewiger Kreislauf suggeriert werden. Jedoch soll das Modell eines vor Augen führen: *Katastrophen können sich grundsätzlich innergesellschaftlich entwickeln*« (Clausen 1983, S. 54).

Diese Kombination von Zyklik und Linearität weist Anklänge an Gotthard Günthers Analyse der Unterscheidung von Emanation und Evolution auf. Während nach Günther in einem Prozess der Emanation alle Entwicklungsmöglichkeiten

²¹ Genau dieser Gedanke liegt auch einer Äußerung von Bruno Latour zugrunde, der angesichts der SARS-Cov-2-Pandemie im März 2020 auf einem ersten Höhepunkt der Seuche schreibt, dass die Krise unabhängig von ihrem Ausgang zumindest dies gezeigt habe, »dass es möglich ist, innerhalb weniger Wochen ein Wirtschaftssystem (überall auf der Welt und zur gleichen Zeit) auszusetzen, von dem uns bisher gesagt wurde, es sei unmöglich, es zu verlangsamen oder gar umzugestalten« (Latour 2020, S. 1). Unabhängig davon, ob Latour mit seiner Einschätzung in diesem Fall richtig liegt, zeigt sie, dass er den Weg zur Katastrophe prinzipiell für umkehrbar hält.

bereits in seinem Anfang, etwa der göttlichen Schöpfung, beschlossen liegen, so dass für einen Begriff des Neuen gar kein Platz bleibt, bringt Evolution durch Differenzierung und Integration ständig unvorhersehbar Neues hervor (vgl. Günther 1980b, S. 115 ff.; Esposito 1997, S. 157 ff.). In einem emanativen Weltbild sind das »Unerwartete und das Überraschende [...] nur [...] unbekannte Variationen von etwas schon Bekanntem. [...] Der Lauf der Zeit ist im Grunde reversibel« (Esposito 1997, S. 158 f.). Evolution hingegen bedeutet: »Die Zeit ist irreversibel, und nicht einmal Gott kann im voraus wissen, was sich in der Welt verwirklichen wird« (Esposito 1997, S. 159).

Umso mehr verwundert Wolfgang Lipp's Kritik. Lipp würdigt zwar, dass Clausens Katastrophensoziologie »mit aller Deutlichkeit zeigt, daß die Zusammenbrüche, auf die das Dasein künftig gefaßt sein müsse, nicht schlicht ›von außen‹ kommen, sondern innengeneriert und von den Gesellschaften selbst erzeugt sind [...]« (Lipp 1989, S. 105). Doch Lipp kritisiert Clausens allgemeinen Theorierahmen, die Theorie sozialen Wandels:

»Social change« hieß das vermeintliche Schlüsselwort, und es wäre reizvoll, das Konzept – das ›amerikanisch‹ instrumentiert ist und u. a. signalisiert, daß Amerika die Führung, wie die Interpretation der Weltgeschichte (einer Geschichte, die man jetzt selber machte) Europa aus der Hand genommen hat –, auf immanente ideologische Gehalte hin einmal selbst zu befragen. Ideologiekritisch gesehen hat ›sozialer Wandel‹ in der Tat die Funktion zu verschleiern, daß nicht mehr Europa, als ehemals hegemoniale Macht, den Gang der Geschichte bestimmt, sondern die neue Welt.« (Lipp 1989, S. 89)

Wie der oben wiedergegebene Hinweis auf die Einbettung des Zivilschutzes in die NATO-Gesamtverteidigung zeigt, war sich Clausen der politischen Konnotationen des Begriffs des sozialen Wandels wohl bewusst. Lipp setzt dagegen weniger auf Einbindung in transatlantische Netzwerke als auf europäische Autonomie (vgl. Lipp 1999). Er entwirft im Anschluss an Freyer und Gehlen statt einer Katastrophentheorie eine Soziologie des sozialen Verfalls als Theorie der Entinstitutionalisierung (vgl. Lipp 1989). Dabei denkt Lipp vor allem an die Bundesrepublik »als Wohlfahrts- und Genußanstalt und großer moralischer Verbesserungsbetrieb« (Lipp 1989, S. 102) mit schrumpfenden Leistungsanforderung und steigenden psychischen Deformationen der Bewohner. Nach Lipp tendieren gerade hochentwickelte liberale und pluralistische Wohlstandsgesellschaften zur Entinstitutionalisierung, in deren Verlauf sich Institutionen im Extremfall zu »Ekstitutionen« (Lipp 1968, S. 19, S. 109, 1989, S. 95 ff.) verwandeln können. Ekstitutionen formen das menschliche Leben nicht, sondern drücken es gleichsam aus sich heraus und stellen es einer »Biokratie« (Lipp 1968,

S. 172 ff.) zur Verfügung. Lipp beobachtet – in Anlehnung an eine Formulierung Freyers und Foucaults Konzept der Biomacht vorwegnehmend – ein »Dominantwerden biologischer Kategorien«, das den Menschen auf »bloßes Leben« reduziert und zu einer »Dialektik letztlich von Leben und Tod, von Anspruch auf Lebensgenuß auf der einen Seite, Bedrohung durch Extirpation auf der anderen« (Lipp 1994, S. 419, vgl. 1989, S. 103) führt.

An Clausens Katastrophentheorie moniert Lipp, dass sie »unter Umständen den Einzelfall, die Trägergruppe, die genaue handlungspraktische Konstellation [...]« übersieht, weil »ihr Hauptakzent doch auf Ereignissen – Katastrophen eben –« (Lipp 1989, S. 105) liegt. Richtig ist, dass Clausen einen großen Teil seiner Theoriearbeit darauf verwendet, anhand der Unterscheidung von Experten und Laien die Trägergruppen des Katastropheneintritts zu erfassen. Außerdem kann innerhalb von Clausens Prozessmodell zwischen der langen Dauer des Verlaufs und einzelnen Ereignissen deutlich unterschieden werden. Nimmt man Rapidität als Kriterium, so haben die Friedensstiftung, die Katastrophe selbst, das Ende kollektiver Abwehrstrategien sowie die Liquidation der Werte Ereignischarakter. Von langer Dauer hingegen sind Alltagsbildung und Klassenformation, also genau jene Stadien, in denen die Katastrophe noch verhindert werden kann.

Das gesellschaftstheoretisch Innovative an dieser Verbindung von Zeit als langer Gegenwart und als je gegenwärtiges Ereignis zeigt sich an einem Vergleich mit Luhmann Systemtheorie, die wohl derzeit über die elaborierteste soziologische Zeittheorie verfügt. Luhmann geht historisch von »einem Schrumpfen der Gegenwart auf einen Zeitpunkt« (Luhmann 1981, S. 143 f.) aus. So war im Mittelalter die ewige Gegenwart Gottes in allen vergänglichen irdischen Ereignissen zugleich präsent. In der modernen Gesellschaft hingegen schrumpfte die Gegenwart auf den zeitlosen Umschlagpunkt zwischen Vergangenheit und Zukunft zusammen (vgl. Luhmann 1997, S. 997–1016). Die Gegenwart wird reduziert auf die punktuelle Ereignisgegenwart irreversibler Kommunikationsereignisse mit den inaktuellen Horizonten der Vergangenheit und Zukunft, die es als solche gar nicht gibt, sondern auf die immer nur je gegenwärtig Bezug genommen werden kann. Mit ironischem Unterton verkündet daher Luhmann die bloß noch irdische Gegenwart zur ewigen Vergänglichkeit: »Die Gegenwart [...] ist einerseits die einzige und immer gegebene Zeitbasis der Operationen und insofern »ewig«; aber sie hat diese Eigenschaft nur, weil sie ständig vergeht und autopoietisch erneuert werden muß.« (Luhmann 1997, S. 1009) Damit, so Luhmann mit Blick auf seine soziologische Systemtheorie, »[scheint] der mehrhundertjährige Umbau der Temporalstrukturen in Richtung auf das Differenzschema Vergangenheit/Zukunft [...] auf eine Vorwegnahme eines operativen Begriffs der Systembildung hinauszulaufen« (Luhmann 1997, S. 1016). In der allgemeinen

Theorie sozialer Systeme betont Luhmann jedoch im Gegensatz zu seiner gesellschaftstheoretischen Diagnose, »daß immer zwei Gegenwarten gleichzeitig gegeben sind [...]. Die eine Gegenwart fällt punktualisiert an [...]. Die andere Gegenwart dauert und symbolisiert damit die in allen Sinnsystemen realisierbare Reversibilität.« (Luhmann 1984, S. 117) Das heißt aber nichts anderes, als dass Luhmanns gesellschaftstheoretische Beschreibung unvollständig bleibt, wenn sie sich, wie angedeutet, auf die punktualisierte Gegenwart beschränkt.

Insbesondere in der Frage nach dem Risiko von Katastrophen zeigt sich diese Blindstelle der luhmannschen Gesellschaftstheorie. Elena Esposito hat im Anschluss an Günther und Luhmann (vgl. Clausen 2015, S. 264) festgestellt, dass die Radikalisierung des Risikoproblems zu Katastrophenrisiken eigentlich eine Erweiterung des von Luhmann analysierten modernen Zeitbegriffs erfordern würde: »Was nötig wäre, ist eine Form von ›Ausdehnung der Gegenwart‹, die ihr erlauben würde, sich in die Zukunft auszuweiten und trotzdem im Heute zu bleiben. Das widerspricht jedoch der Vorstellung einer punktuellen Gegenwart.« (Esposito 1997, S. 166) Die Berücksichtigung einer *doppelten* Gegenwart als Verbindung der »punktualisierte[n] Gegenwart« der Kommunikationsereignisse mit der »dauernde[n] Gegenwart« (Esposito 1997, S. 166) der Gesellschaft *fehlt* in Luhmanns Gesellschaftstheorie, obwohl sie in seiner allgemeinen Theorie sozialer Systeme ausdrücklich vorgesehen ist! Sie liegt aber, wie hier deutlich werden soll, mit Clausens Katastrophentheorie vor.

Denn die *Zeit* schreitet in Clausens Phasenmodell *in punktualisierten Gegenwarten irreversibel fort* und bleibt *zugleich in einer ausgedehnten Gegenwart umkehrbar* – und zwar *beides* auf der Ebene des konkreten sozialen Geschehens. Einerseits laufen die vernetzten Handlungsereignisse zukunfts offen und irreversibel ab. Andererseits jedoch und zugleich ermöglicht die Reflexion auf immer schon gegenwärtige gesamtgesellschaftliche Katastrophenrisiko eine *Überdetermination* (vgl. zu diesem Begriff Gehlen 1993 [1940], S. 391; Claessens 1970, S. 99, S. 133; zu Claessens Rezeption des gehlenschen Begriffs Wöhrle 2010, S. 348 ff.) des Sinns der einzelnen irreversiblen Handlungen, so dass die faktische gesamtgesellschaftliche Entwicklung bis zum Katastropheneintritt an jeder Stelle reversibel bleibt. Clausen setzt also in seiner Gesellschaftstheorie, so meine These, die Realität einer langen Gegenwart der Gesellschaft selbst voraus (vgl. Clausen 2007, S. 94). Denn in der Reflexion auf die Möglichkeit der Katastrophe werden der geschichtliche Anfang und das mögliche Ende der Gesellschaft zusammengebunden und als ausgedehnte Gegenwart der Gesellschaft selbst thematisiert. Dieser erweiterte Zeitbegriff einer ausgedehnten Gegenwart gilt jedoch, so meine Vermutung, allein mit Bezug auf die reale Möglichkeit des Katastropheneintritts. Denn auch die Katastrophe ist ein

normales gesellschaftliches Ereignis, jedoch ein solches mit gesamtgesellschaftlicher Transformationskapazität. Clausens Konzept ist deshalb so zu verstehen, dass die Gesellschaft die Katastrophe *jederzeit* zu gewärtigen hat. Ebendeshalb bleibt die gesamtgesellschaftliche Entwicklung bis zum Katastropheneintritt an jeder Stelle reversibel.

Bedenkt man, dass Gesellschaften gleichsam ständig mit einem Bein in der Katastrophe stehen bzw. formeller ausgedrückt, dass die reale Möglichkeit gesellschaftlicher Katastrophen *ständig gegenwärtig* ist, muss der Gedanke einer Sukzession punktueller Ereignisse, wie er etwa Luhmanns Kommunikationstheorie bestimmt, mit der Vorstellung einer langen Dauer der Gesellschaft verbunden werden, wie sie sich bei Luhmann nicht findet. Meines Erachtens liegt hier zugleich der Grund, warum nach Luhmann Katastrophenrisiken für das gegenwärtige Handeln ohne Konsequenzen und auch gesellschaftsstrukturell folgenlos bleiben müssen (vgl. für das systemtheoretische Verständnis von Katastrophenrisiken Japp 2003). Denn Luhmann kennt nur zwei Bestimmungen des Begriffs der Katastrophe (vgl. Höntsch 2018, S. 75): zum einen hält er es für »wahrscheinlich, daß die Menschen [...] ihre Gattung durch selbst-erzeugte Katastrophen dezimieren oder auslöschen« (Luhmann 1992, S. 149, vgl. S. 1100 ff.). Trotz ihrer Wahrscheinlichkeit hat diese Vorstellung aber aufgrund ihrer Unbestimmtheit nach Luhmann keine konkreten Auswirkungen auf die Gesellschaft oder die soziologische Theorie. Zum anderen nennt Luhmann das »Auswechseln der Form der Stabilität eines Systems auch Katastrophe. [...] Das Entstehen von Gesellschaften mit einem Primat von Zentrum/Peripherie-Differenzierung und/oder von Stratifikation ist eine solche Katastrophe [...]« (Luhmann 1997, S. 616, S. 655). Diese Hinsicht ist bei Luhmann nur von historischer Relevanz. Seine Gesellschaftstheorie bewegt sich innerhalb des Rahmens, der durch den Begriff der funktionalen Differenzierung vorgegeben wird.

Das Problem des *Warnens* vor Katastrophen setzt Luhmann denn auch mit namentlicher Nennung von Ulrich Beck mit Gesellschaftskritik gleich:

»Angesichts des Komplexes von ökologischen Bedrohungen und technologischen Risiken hat sie sich um so mehr aufs Warnen verlegt. Die Dringlichkeit der Probleme, und wer wollte sie bestreiten, entschuldigt den Verzicht auf Reflexion ihrer Warntätigkeit und entschuldigt auch die bewußte Überspitzung rhetorischer Stilmittel. Diese Soziologie kritisiert die Gesellschaft, wie gewohnt.« (Luhmann 1992, S. 152)

In einer zweiten zu diesem Zitat gehörigen Anmerkung bezeichnet Luhmann Clausen als »seltene Ausnahme« (Luhmann 1992, S. 152, Anm. 3) einer

expliziten Reflexion der Paradoxien des Warnens. Die unreflektierten Warner hingegen können Luhmann zufolge

»die Einheit ihrer Unterscheidungen nicht sehen, also weder die Einheit von Destruktion und Überleben noch die Einheit von guten und bösen Beteiligten. Sie können auch nicht sehen, daß Warnen eine komplexe Aktivität ist, deren Darstellung und Kalkulation eine mehrwertige Logik erfordert (die es nicht oder allenfalls in der Form von ›Wahrheitstafeln‹ gibt). Die Einheit nicht sehen können heißt: die entsprechende Unterscheidung nicht ablehnen und durch andere ersetzen können. Die Beobachter können nicht, um es in der Sprache von Gotthard Günther zu formulieren, auf die Ebene ›transjunktonaler‹ (im Unterschied zu konjunktonalen und disjunktonalen) Operationen übergehen.« (Luhmann 1992, S. 161)

Auch an dieser Stelle zitiert Luhmann wieder Clausens Warnlogik, auf die wir gleich abschließend eingehen werden. Zuvor sei noch Clausens eigener augenzwinkernder Blick auf die soziologische Szenerie im Herbst der alten Bundesrepublik kurz vor der Liquidation der Werte in der DDR wiedergegeben:

»Soll man nun gezielten Richtungsstreit anfangen? Auch so eine Strategie, um nicht abzustumpfen [...]. Nur, wenn es allenfalls zum Kampf um Claims langt, wo gar nicht mehr geschürft, wo nur noch das Grundbuch gefüllt wird? Ulrich Beck hat das zu seinem – ich denke wohl – Vergnügen beobachten dürfen, sobald sein Großessai über die ›Risikogesellschaft‹ binnen- wie außerfachlich als Erfolg einschlug, wie ihn ehemals nur Helmut Schelsky gehabt hat. Wie da die Ballett-Truppen des methodischen Individualismus, der kritischen Theorie und der autopoietischen Kommunikation das Bühnenfechten um den hinter ihrem Rücken populär gewordenen ›Risiko‹-Begriff übten – mich hat nur der Gusto der Beteiligten verdutzt. Gerade weil ich mich in den Bruchzonen selber schon länger umtat.« (Clausen 1994a, S. 7)

4.6 Das Problem der Katastrophenwarnung

Das Problem des Warnens vor Katastrophen steht in engem Zusammenhang mit den soeben diskutierten zeitlichen Komplikationen der Katastrophensoziologie, ihr Kern betrifft aber die Sozialdimension des Handelns. Die Warnung, und dies ist eines der Schlüsselargumente Clausens, ist *keine kognitive Operation*. Sie ist *kein* Versuch der Katastrophen*prognose* in dem Sinne, dass ein aus seinem Objektbereich ausgeschlossenes Subjekt eine Voraussage treffen will (vgl. Clausen 1994b). Sie geht darum in einem Zeitproblem nicht auf. Vielmehr ist wieder eine Trias von Begriffen zu unterscheiden: die Prognose, die Epignose und die Warnung. Clausen beginnt zur Erläuterung mit der Paradoxie

nomothetischer Wissenschaften: diesen dienen Prognosen zur Prüfung von empirischen Theorien, indem ein hypothetischer Gesetzeszusammenhang der Möglichkeit der Falsifikation, idealerweise in einem Experiment, ausgesetzt wird. Die bestätigte Voraussage gilt als vorläufige Wahrheit; tritt der vorausgesagte Zusammenhang nicht ein, hat man gleichwohl seine Frage spezifiziert. Auf diese Weise bringt die wissenschaftliche »Prognose Ordnung in die Zukunft. Sie läßt über das kommende Wirkliche Objektives sagen, mit ›wahr‹ und ›falsch‹« (Clausen 1994b, S. 170). Die Epignose hingegen, das empirische Wissen der Historiker, hat mit den Dokumenten der geschichtlichen Vergangenheit einen faktisch abgeschlossenen Zusammenhang vor sich, aus dem es rückblickend die wesentlich erscheinenden Linien des Geschehens nachzeichnet. Gleichwohl: »Ab der zweiten Quelle sind alle vergangenen Ereignisse nur mehr ›wahrscheinlich‹. [...] Die Epignose verzichtet also auf naturwissenschaftliche Verlässlichkeit und auf Zukunftstheorie.« (Clausen 1994b, S. 171) Clausens Analyse macht die Paradoxie sichtbar, »daß die Prognose zugleich streng und über das Offene redet«, während »die Epignose über ohnehin Abgeschlossenes nur Vermutungen wagt« (Clausen 1994b, S. 171).

Clausen vertritt dazu die These, dass die kontingenten Aussagen der Historiker nicht auf eine gegenüber den Naturwissenschaften defizitäre Wissenschaftlichkeit hindeuten, sondern dass es sich bei dem geschlossenen Gegenstandsbereich »Geschichte« für den Historiker prinzipiell um eine modaltheoretische Situation handelt. Nach Clausen kann man die Situation des Epignostikers mit der von »Memory«-Spielern vergleichen:

»Vor ihnen n verdeckte Karten. Wer zur allerersten aufgedeckten Karte das Pendant finden will, kennt noch keine andere und hat doch die Chance 1: (n-1). Später wächst diese Chance je nach Gedächtnisstärke und Spieldauer. Reiner als im ersten Zuge wird aber die rein wahrscheinlichkeitstheoretische, die modallogische Situation nie wieder: Mit einer gewissen, wiederhole: gewissen Wahrscheinlichkeit ist ein Fund vorherzusagen.« (Clausen 1994b, S. 175)

Abgesehen vom ersten Zug werden also im Hinblick auf einen geschlossenen Objektbereich – soundsoviele Memorykarten, eine wenn auch sehr große, so doch notwendigerweise endliche Anzahl historischer Begebenheiten und Quellen – hypothesengeleitete *Prognosen* möglich; in diesem Sinn fasst Clausen Epignosen »im streng naturwissenschaftlichen, im durchaus klassischen nomothetischen Sinne« als »rückwärts gewandte ›Prognosen‹ herkömmlichen Wortgebrauchs« (Clausen 1994b, S. 175). Diese Überlegungen machen sichtbar, dass *weder die Prognose noch die Wahrscheinlichkeitsrechnung das Problem des Warnens zu*

erfassen vermögen. Denn wäre der »Warnamtsleiter« nichts als ein exakter Prognostiker,

»so dürfte er seine Bevölkerung (und damit auch den präsumtiven Gegner) gar nicht warnen wollen; sondern er müßte, sobald seine eigenen Zweifel [...] ganz geschwunden sind, seine Prognose festhalten und, das Prognoszierte ungestört ablaufen zu lassen, sein Bestes tun. Da er aber kein Naturwissenschaftler, sondern im Dienst ist, wird er warnen.« (Clausen 1994b, S. 171 f.)

Denn der Warnamtsleiter steht vor der Aufgabe, das Ereignis, vor dem er warnt, *nicht* eintreten zu lassen. Andererseits bildet auch die Modaltheorie seine Situation nicht angemessen ab: die zukunftsbezogenen Aussagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung beruhen auf der unzulässigen Idealisierung, dass

»1 Würfel 6 Seiten hat und mit absoluter Sicherheit (ein sozial immer bedenkliches ›ceteris paribus‹) *auch geworfen wird* [...]. Wenn der Würfler die Prognose hört und innehält; wenn der Kapitän sich vorsieht; wenn Objekte Ohren haben – dann schafft die zukunftsgerichtete Aussage, die ›Prognose‹, noch ein anderes als ein modallogisches Problem.« (Clausen 1994b, S. 176)²²

Denn während Prognose und Epignose *kognitive* Operationen sind, stellt *die Warnung eine Handlung mit Bezug auf andere Handlungen* dar. Der Warnamtsleiter will »handelnd das Vorhergesagte, die Gefahr, *nicht* eintreten« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 298) lassen. *Die Reflexion des Warnamtsleiters auf die mögliche Katastrophe ist bereits Handlung im Ansatz.* Sein Handeln soll andere Handelnde zum Handeln beeinflussen. Der analysierende Soziologe

²²Clausens kritischer Hinweis bezieht sich auf die mehrwertige Logik von Łukasiewicz, die eine Unendlichkeit von Werten zwischen 0 und 1 annimmt und irrtümlich davon ausgeht, hierdurch einen Zukunftsbezug herstellen zu können. Nach Clausen ist aber die modallogische Mehrwertigkeit *epignostisch*. Sie rechnet nicht mit einer Mehrheit aktueller Reflexionspositionen. Die von Günther konzipierte Mehrwertigkeit hingegen macht den Wertbereich – die Unterscheidung von 0 und 1 oder von Sein und Nichts, Position und Negation selbst zum Thema. Günther nennt solche durch ein Tertium non datur vollständig geschlossenen Wertebereiche Kontexturen. Sein Interesse richtet sich nicht auf den Wertbereich *innerhalb* einer logischen Kontextur, sondern auf die Vermittlung zwischen *verschiedenen*, jeweils in sich zweiwertigen Kontexturen. Daher führt Günther die transklassischen Werte der Akzeption (einer Kontextur), der Rejektion (einer Kontextur) sowie die Operation der Transjunktion, d. h. den Wechsel zwischen zwei Kontexturen, ein. Damit hat man es prinzipiell mit einer endlichen Anzahl von Verknüpfungsmöglichkeiten mehrerer Kontexturen zu tun.

gehört dieser Struktur ebenfalls an, die »verantwortungsbelasteten Ratschläge der Katastrophensoziologie für die Warnpraxis« (Clausen 1994b, S. 178) entsprechen dem Standpunkt des Warnamtsleiters.

Die Pointe von Clausens Warnsoziologie wird wieder in einem Vergleich mit Luhmanns Risikosoziologie besonders deutlich. Luhmanns Risikosoziologie unterscheidet bekanntlich Entscheider, die Risiken eingehen, und Betroffene, die Gefahren ausgesetzt sind (Luhmann 1991). Während die Entscheider nach Luhmann in Organisationen zu verorten sind, sind die »Betroffenen [...] eine amorphe Masse, die sich nicht in Form bringen läßt« (Luhmann 1991, S. 120). Im Gegensatz dazu nimmt Clausen eine institutionenbezogene Perspektive ein (vgl. Clausen 2007, S. 92), in der ein bestellter »Warnamtsleiter« nicht eine amorphe Masse, sondern eine *konkrete Bevölkerung* (vgl. Clausen und Dombrowsky 1984, S. 302 ff.) als potentielle »Katastrophen-Nehmer« (Clausen 2007, S. 95, 2003, S. 55) warnt. Während in Luhmanns Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien der Konstellation, dass Alter durch sein Handeln Ego zu einem bestimmten Handeln bewegt, dem Medium der Macht entspricht, ist eine erfolgreiche Warnung vor Katastrophen von der *spontanen Kooperation* der Gewarnten abhängig. Nur dann kann die Warnung erfolgreich sein, d. h. die Katastrophe verhindern oder ihre Wirkungen lindern. Die Katastrophe ist nach Clausen sogar der Prototyp von Situationen, die zu spontaner Kooperation führen: »Die Modellkatastrophe ist langfristig in der Lage, aus sich heraus spontan Organisationsformen zu gebären, die an Ort und Stelle erst suchen und retten und später helfen und bauen.« (Clausen 2007, S. 96).

Zu den Gewarnten gehört aber nicht nur die Bevölkerung, sondern etwa auch ein potentieller Attentäter, denn auch er ist von der Warnung »betroffen« (vgl. Clausen 1994b, S. 172). Das reflexionstheoretische Problem zeigt sich in folgender Situation:

»Die Warnung erreicht auch den Attentäter, und er tritt vom Versuch zurück. In einem solchen Fall vernichtet die Prognose, da sie zugleich Warnung ist, das Prognostizierte – und damit den Beweis ihrer Fundiertheit. Man hat gewarnt, und in der Praxis spielt sich nichts ab. In der Praxis kann dies bedeuten, daß der professionell korrekte Warner nicht vom Falschen Propheten unterschieden werden kann!« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 302, vgl. Clausen 1994b, S. 172)

Eine weitere problematische Konstellation, an der Günthers Idee einer mehrwertigen Logik soziologisch interessant wird, schildert Clausen als Verhältnis von Warner und Gewarntem als Subjekt und Objekt der Warnung. Grundsätzlich gilt nach Clausen: Wenn der Gewarnte den Warner nicht hört, bleibt er im Zustand eines bloßen Objekts der möglichen Katastrophe. Hört der Gewarnte den Warner,

»ist die nunmehr gewarnte Objektwelt einerseits weder mehr reines Objekt, weil sie vom Subjekt mehr als nur betrachtet, nämlich nach seinem Willen kausal beeinflusst worden ist. Noch aber auch ist sie andererseits, wie immer sie den Alarm des warnenden Subjekts verarbeitet haben mag, mit diesem identisch geworden. Dies eben zwingt uns, aus der klassischen 2-wertigen Logik auszubrechen.« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 302)

Wer die Warnung gehört hat, kann nun entweder entsprechend der Warnung handeln, oder dies unterlassen (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 302). Mit Luhmann formuliert: er kann die Warnkommunikation entweder annehmen oder ablehnen. Auf das Problem der Annahme und Ablehnung einer Kommunikation sind in Luhmanns Theorie die symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien wie Macht, Geld oder Wahrheit bezogen, welche den kommunikativen Anschluss auf Annahme hin konditionieren (vgl. Luhmann 1984, S. 221 f.). In Luhmanns Medientheorie entspricht die von Clausen beschriebene Konstellation, dass Warnhandeln ein anderes Handeln beeinflussen will, dem Medium der Macht. Obwohl Clausen mit dem Begriff des Warnamtsleiters die Warnung einer staatlichen Stelle zuordnet, kommt für die Beschreibung der Katastrophewarnung das Medium Macht aber gerade nicht in Frage, *wenn man eine Warnung von einer Drohung unterscheiden will*. Deshalb sollte »die Verwaltung« die vorhin angesprochenen spontanen Organisationsformen in einer Katastrophe gerade »nicht [...] als Feind ansehen« (Clausen 2007, S. 98), wenn sie im Katastrophenfall erfolgreich handeln will.

Clausen kennt daher neben dem positiven und dem negativen Anschluss an die Warnung einen dritten Wert, den er Verweigerung oder Verwehrung nennt. *Dieser dritte Wert ist nicht mit der Ablehnung der Kommunikation zu verwechseln* (vgl. Höntsch 2018, S. 141 ff.). Während die Ablehnung einer Kommunikation nach Luhmann zur Bildung von Konfliktsystemen führen kann (vgl. Luhmann 1984, S. 488 ff.), geht es Clausen darum, dass der Gewarnte auch in der Lage ist, »weder Ja noch Nein zu sagen« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 304). D. h. mit Bezug auf Kommunikation: er kann die Unterscheidung von Annahme und Ablehnung auch *als solche* reflektieren und *in einer unbestimmten Schwebe* halten. Der Gewarnte kann sich seine Position vorbehalten und seine Antwort hinauszögern – etwa deswegen, weil er, wie Clausen Mitte der 1980er Jahre schreibt, »dem gesamten Warnwesen als [...] einem Teil der NATO-Gesamtverteidigung fundamental kritisch gegenüber steht und sich mit der Antwort zurückhält« (Clausen und Dombrowsky 1984, S. 304).

Das bedeutet aber mit Blick auf Luhmann, dass der Verweigerer, anders als im Fall der konflikträchtigen Ablehnung, *gar nicht als Adresse einer Kommunikation sichtbar wird*. Die Warnkommunikation bleibt in diesem

Fall ohne Anschluss, d. h. sie bleibt *als* Kommunikation *selbst unbestimmt*, weil ihr Anschlussereignis inadressabel wird. Es handelt sich hierbei um eine kommunikativ unbestimmbare Situation, die in Luhmanns Kommunikationstheorie nicht untergebracht werden kann. Die Verweigerung ist vielmehr eine *Reflexion mit politischem Handlungswert*. Clausens lakonischer Hinweis auf die »NATO-Gesamtverteidigung« lässt eine politisch-institutionelle Dimension der Gesellschaft sichtbar werden, die von Luhmanns Gesellschaftstheorie nicht erfasst, aber stillschweigend in Anspruch genommen werden muss (vgl. Höntsch 2018). Die in Clausens Katastrophensoziologie enthaltene Zeittheorie und seine Warnlogik bieten Ansätze zu ihrer Thematisierung.

5 Fazit

Der Beitrag versuchte zu zeigen, dass die Fragestellungen von Clausens Katastrophensoziologie aus dem Spannungsfeld von Reflexion und Handeln erwachsen. Dabei sichert der Handlungsbegriff die Rückbindung an die konkreten Institutionen des Katastrophenschutzes, während die Theorie der Reflexion die zeitliche Struktur des Katastropheneintritts und die soziale Komplexität der Warnprobleme erschließt. Ganz deutlich lässt sich der Einfluss von Gotthard Günthers Reflexionstheorie auf Clausens Theoriebildung nachweisen. Günther ist nicht nur der offenkundige Gewährsmann für Clausens Warnlogik, sondern auch für die triadische Begriffsbildung seiner später als Stadientheorie ausformulierten Tauschtheorie der Katastrophe. Der Einfluss der Handlungs- und Institutionenlehre Gehlens, der an der Textoberfläche marginal bleibt, konnte über Clausens Rezeption von Dieter Claessens soziologischer Anthropologie sowie an Clausen Theorie der Magie herausgearbeitet werden. Spekulativ bleiben unsere Überlegungen zu den konzeptuellen Parallelen zu Hans Freyers Konzept der Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Gleichwohl kann als Fazit gesagt werden, dass das Denken der Leipziger Schule zumindest indirekt Pate für Clausens Katastrophensoziologie gestanden hat.

Eingangs wurde bereits erwähnt, dass die Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern im Jahr 2015 aufgelöst wurde. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe teilt auf ihrer Internetseite zur »Historie der Schutzkommission« mit, dass deren Auflösung nicht damit begründet wird, dass die Katastrophengefahren verschwunden wären, sondern sich in einer Weise vervielfacht hätten, dass sie von einem festen Gremium nicht mehr angemessen bearbeitet werden könnten und flexiblere Beratungsformen erforderten. Auch das während des kalten Krieges aufgebaute

Warnwesen der Bundesrepublik ist 1994 aufgelöst worden. Clausen hat das immer wieder kritisiert: »Ein flächendeckendes robustes (nicht auf elektrischen Strom angewiesenes) und elastisches Warnnetz fehlt und wird schnell vermisst werden.« (Clausen 2010, S. 105) Der am 10. September 2020 erstmals seit 30 Jahren durchgeführte bundesweite »Warntag« zum Test der Warntechnik und zur Erhöhung der Akzeptanz in der Bevölkerung scheiterte an technischen Problemen. Er wird vom Bundesinnenministerium als »Fehlschlag« bewertet und erntete den Spott der Massenmedien. Ungeachtet dieser bundesrepublikanischen Befindlichkeiten deutet vieles darauf hin, dass in Zeiten geopolitischer Verschiebungen und vermehrt zu erwartender globaler Seuchen die gegenwartsdiagnostische Relevanz von Clausens Katastrophensoziologie wohl eher zunehmen dürfte. In diesem Sinne *warn*t Lars Clausen auch die Soziologie:

»Schleichende entsetzliche soziale Prozesse sind nun in jeder Gesellschaft normal, gelegentlich auch schlagende. Wo sie aber unmöglich scheinen, muss das die Soziologenschaft beunruhigen: Denn diese Blindheit wäre eine Voraussetzung für ›Katastrophen‹ – Katastrophen für Einzelne, für ›kollektive Akteure‹, für eine ganze so genannte ›Gesellschaft‹, für eine konkrete Gesamtheit unter Einschluss auch noch der Menge derer, die ›nicht zu ihr gehören‹.« (Clausen 2008, S. 842)

Literatur

- Baier, H. (1994). Die Geburt der Systeme aus dem Geist der Institutionen. Arnold Gehlen und Niklas Luhmann in der Genealogie der Leipziger Schule. In: H. Klages/H. Quaritsch (Hrsg.), *Zur geisteswissenschaftlichen Bedeutung Arnold Gehlens, Vorträge und Diskussionsbeiträge des Sonderseminars 1989 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer* (S. 69–74). Berlin: Duncker & Humblot.
- Breuer, S. (1995). *Anatomie der konservativen Revolution*, 2. durchges. und korrigierte Aufl. Darmstadt: WBG.
- Brock, D. (2009). Gesellschaftskritische Ansätze. In: D. Brock/M. Junge/H. Diefenbach/D. Villányi (Hrsg.), *Soziologische Paradigmen nach Talcott Parsons. Eine Einführung* (S. 127–214). Wiesbaden: VS.
- Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (o. J.). *Historie der Schutzkommission*. https://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Forschung/Schutzkommission/Historie_SK/Historie_Schutzkommission_node.html.
- Claessens, D. (1970). *Instinkt, Psyche, Geltung. Zur Legitimation menschlichen Verhaltens. Eine soziologische Anthropologie*, 2. überarb. Aufl. Köln u. Opladen: Westdt. Verl.
- Claessens, D. (1980). *Das Konkrete und das Abstrakte. Soziologische Skizzen zur Anthropologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Clausen, L. (1978). *Tausch. Entwürfe zu einer soziologischen Theorie*. München: Kösel.

- Clausen, L. (1983). Übergang zum Untergang. In: L. Clausen/W. R. Dombrowsky (Hrsg.), *Einführung in die Soziologie der Katastrophen*, Schriftenreihe Zivilschutzforschung der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, Bd. 14 (S. 41–79). Bonn: Osang.
- Clausen, L. (1987). Zur Asymmetrie von Prognose und Epignose in den Sozialwissenschaften. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 12(4), 21–30.
- Clausen, L. (1988). *Produktive Arbeit, destruktive Arbeit. Soziologische Grundlagen*. Berlin u. New York: De Gruyter.
- Clausen, L. (1994a). *Krasser sozialer Wandel*. Opladen: Leske + Budrich
- Clausen, L. (1994b). Zur Asymmetrie von Prognose und Epignose in den Sozialwissenschaften. In: Ders., *Krasser sozialer Wandel* (S. 169–180). Opladen: Leske + Budrich.
- Clausen, L. (2003). Reale Gefahren und katastrophensoziologische Theorie. Soziologischer Rat bei FAKKEL-Licht. In: Ders. (Hrsg.), *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen* (S. 51–76). Münster: Lit.
- Clausen, L. (2007). Kommunikationsnetzwerke der Krisenbewältigung. Deutsche Sicht der Internationalen Dekade der Katastrophenprävention. In: H.-V. Hoffmann (Hrsg.), *Netzwerk Kommunikation in Zeiten der Krise*, Schriften der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation 27 (S. 91–110). Baden Baden: Nomos.
- Clausen, L. (2008). Entsetzliche soziale Prozesse: eine neue soziologische Herausforderung? In: K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Teilbd. 2 (S. 835–843). Frankfurt a. M.: Campus.
- Clausen, L. (2010). Wohin mit den Klimakatastrophen? In: H. Welzer (Hrsg.), *KlimaKulturen: Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel* (S. 97–110). Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Clausen, L. (2015). *Meine Einführung in die Soziologie. 15 Vorlesungen in freier Rede*, hrsg. von J. F. Bandel, K. R. Schroeter unter Mitwirkung von B. Clausen. Frankfurt a. M. u. Basel: Stroemfeld.
- Clausen, L./Dombrowsky, W. R. (1984). Warnpraxis und Warnlogik. *Zeitschrift für Soziologie* 13(4), 293–307.
- Dahrendorf, R. (1961). Über einige Probleme der soziologischen Theorie der Revolution. *Europäisches Archiv für Soziologie* 2(1), 153–162.
- Elias, N. (1993). *Was ist Soziologie?* Weinheim/Basel: Juventa.
- Eposito, E. (1997). Die Risiken der Evolution und die mehrwertige Formalisierung der Zeit. In: L. Clausen/E. Kotzmann/R. Strangmeier (Hrsg.), *Transklassische Logik und neue disziplinäre wie interdisziplinäre Ansätze* (S. 153–172). München u. Wien: Profil.
- Fischer, J. (2006). Philosophische Anthropologie – Ein wirkungsvoller Denkansatz in der deutschen Soziologie nach 1945. *Zeitschrift für Soziologie* 35(5), 322–347.
- Fischer, J. (2009). *Philosophische Anthropologie. Eine Denkrichtung des 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl. Freiburg/München: Alber.
- Fischer, J. (2019). Philosophische Anthropologie. Ein Theorie- und Forschungsprogramm in der deutschen Soziologie nach 1945 bis in die Gegenwart. In: Ders./S. Moebius (Hrsg.), *Soziologische Denkschulen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 181–248). Wiesbaden: VS.
- Fischer, J./Moebius, S. (2019). Soziologische Denkschulen. Zur Archäologie der bundesrepublikanischen Soziologie. In: Dies. (Hrsg.), *Soziologische Denkschulen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 1–14). Wiesbaden: VS.

- Freyer, H. (1926). Soziologie als Geisteswissenschaft (Antrittsvorlesung an der Universität Leipzig). *Archiv für Kulturgeschichte* 16, 115–126.
- Freyer, H. (1927). Diltheys System der Geisteswissenschaften und das Problem Geschichte und Soziologie. In: *Kultur und Universalgeschichte. Walter Goetz zu seinem 60. Geburtstag dargebracht von Fachgenossen, Freunden und Schülern* (S. 485–500). Leipzig u. Berlin: Teubner.
- Freyer, H. (1930). *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft. Logische Grundlegung des Systems der Soziologie*. Leipzig: Teubner.
- Freyer, H. (1931). *Einleitung in die Soziologie*. Leipzig: Quelle und Meyer.
- Freyer, H. (1948). *Weltgeschichte Europas*, 2 Bde. Wiesbaden: Dieterich.
- Freyer, H. (1955). *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Freyer, H. (1986). *Preußentum und Aufklärung und andere Studien zu Ethik und Politik*, hrsg. u. komment. v. E. Üner. Weinheim: Acta Humaniora.
- Freyer, H. (1986 [1938]). Machiavelli und die Lehre vom Handeln. In: Ders., *Preußentum und Aufklärung und andere Studien zu Ethik und Politik*, hrsg. u. komment. v. E. Üner (S. 151–179). Weinheim: Acta Humaniora.
- Freyer, H. (1986 [1944]). Preußentum und Aufklärung. Eine Studie über Friedrichs des Großen Antimachiavel. In: Ders., *Preußentum und Aufklärung und andere Studien zu Ethik und Politik*, hrsg. u. komment. v. E. Üner (S. 1–70). Weinheim: Acta Humaniora.
- Freyer, H. (1987). *Herrschaft, Planung und Technik. Aufsätze zur politischen Soziologie*, hrsg. u. komment. v. E. Üner. Weinheim: Acta Humaniora.
- Gehlen, A. (1938). Rezension von Gotthard Günther und Helmut Schelsky, Christliche Metaphysik und das Schicksal des modernen Bewußtseins. *Deutsche Literaturzeitung* 15 (10. April), 512–515.
- Gehlen, A. (1978 [1931]). Wirklicher und unwirklicher Geist. Eine philosophische Untersuchung in der Methode absoluter Phänomenologie. In: Ders., *Gesamtausgabe*. Bd. 1: *Philosophische Schriften I (1925–1933)*, hrsg. v. L. Samson (S. 113–381) Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1980 [1933]). Theorie der Willensfreiheit. In: Ders., *Gesamtausgabe*. Bd. 2: *Philosophische Schriften II (1933–1938)*, hrsg. v. L. Samson (S. 1–179). Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1980 [1935]). Der Idealismus und die Lehre vom menschlichen Handeln. In: Ders., *Gesamtausgabe*. Bd. 2: *Philosophische Schriften II (1933–1938)*, hrsg. v. L. Samson. (S. 311–345). Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1983 [1936]). Vom Wesen der Erfahrung. In: Ders., *Gesamtausgabe*. Bd. 4: *Philosophische Anthropologie und Handlungslehre*, hrsg. v. K.-S. Rehberg. (S. 3–24) Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (1993 [1940]). *Der Mensch. Seine Natur und Stellung in der Welt*. Textkritische Edition unter Einbeziehung des gesamten Textes der 1. Aufl. v. 1940. In: Ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 3.1, hrsg. v. K.-S. Rehberg (S. 1–480). Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Gehlen, A. (2004 [1956]). *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, 6. Aufl. Frankfurt a. M.: Klostermann.
- Göbel, A. (2003). Institution und System. In: H. Joas/J. Fischer (Hrsg.), *Kunst, Macht und Institution: Studien zur philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kultursoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg* (S. 185–197). Frankfurt a. M.: Campus.

- Günther, G. (1934). Rez. Arnold Gehlen, Theorie der Willensfreiheit. *Blätter für Deutsche Philosophie* 8, 137–138.
- Günther, G. (1937). Religion, Metaphysik und transzendentaler Idealismus. In: Ders./H. Schelsky, *Christliche Metaphysik und das Schicksal des modernen Bewußtseins* (S. 9–46). Leipzig: Hirzel.
- Günther, G. (1959). *Idee und Grundriß einer nicht-Aristotelischen Logik*. Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1963 [1957]). *Das Bewußtsein der Maschinen. Eine Metaphysik der Kybernetik*, 2. Aufl. Baden Baden u. Krefeld: Agis.
- Günther, G. (1976). *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*, Bd. 1. Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1976 [1935]). Metaphysik, Logik und die Theorie der Reflexion. In: Ders., *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*, Bd. 1 (S. 31–74). Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1978 [1933]). *Grundzüge einer neuen Theorie des Denkens in Hegels Logik*, 2. Aufl. Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1979). Cognition and Volition. A Contribution to a Cybernetic Theory of Subjectivity. In: Ders., *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*, Bd. 2 (S. 203–240). Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1980a). *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*, Bd. 3. Hamburg: Meiner.
- Günther, G. (1980b). Logik, Zeit, Emanation und Evolution. In: Ders., *Beiträge zur Grundlegung einer operationsfähigen Dialektik*, Bd. 3 (S. 95–135). Hamburg: Meiner.
- Günther, G./Schelsky, H. (1937). *Christliche Metaphysik und das Schicksal des modernen Bewußtseins*. Leipzig: Hirzel.
- Halfmann, J. (2003). Technik als Medium. Von der anthropologischen zur soziologischen Grundlegung. In: J. Fischer/H. Joas (Hrsg.), *Kunst, Macht und Institution. Studien zur philosophischen Anthropologie, soziologischen Theorie und Kultursoziologie der Moderne. Festschrift für Karl-Siegbert Rehberg* (S. 133–144). Frankfurt a. M.: Campus.
- Heinz, L./Wöhrle, P. (i. E.). Leipziger Schule. In: J. Hacke/M. Schweda (Hrsg.), *Handbuch Joachim-Ritter-Schule* (zit. n. Ms.). Stuttgart: Metzler.
- Höntsche, A. (2018). *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme. Niklas Luhmanns Systemtheorie und die Soziologie der »Leipziger Schule«*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Höntsche, A./Werner, T. (2012). Reflexion und Wille. Zur Rezeption des späten Schelling bei Gotthard Günther. In: R. Hiltcher/S. Klingner (Hrsg.), *Friedrich Wilhelm Joseph Schelling. Reihe Neue Wege der Forschung* (S. 139–156). Darmstadt: WBG.
- Jäger, W. (1977). *Katastrophe und Gesellschaft. Grundlegungen und Kritik von Modellen der Katastrophensoziologie*. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.
- Japp, K. P. (2003). Zur Soziologie der Katastrophe. In: L. Clausen (Hrsg.), *Entsetzliche soziale Prozesse. Theorie und Empirie der Katastrophen* (S. 77–90). Münster: Lit.
- Kant, I. (1998). Zum ewigen Frieden. In: Ders., *Werke in sechs Bänden*. Bd. VI: *Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Pädagogik*, hrsg. v. W. Weischedel, 5. Nachdruck (S. 193–251). Darmstadt: WBG.
- Klingemann, C. (2020). Lars Clausens Blick auf die Karriere von Soziologen im Nationalsozialismus und in der Bundesrepublik. Clausens Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus an der Macht und deren spätere Reflexion. In: Ders., *Soziologie im*

- Deutschland der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit. Der schwierige Umgang mit einer politisch-ideologisch belasteten Entwicklungsphase* (S. 141–156). Wiesbaden: Springer.
- Kruse, V. (1998). Historische Soziologie als »Geschichts- und Sozialphilosophie«. In: K. Acham (Hrsg.), *Erkenntnisgewinne, Erkenntnisverluste. Kontinuitäten und Diskontinuitäten in den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zwischen den 20er und 50er Jahren* (S. 70–106). Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Kruse, V. (1999). »Geschichts- und Sozialphilosophie« oder »Wirklichkeitswissenschaft«? *Die deutsche historische Soziologie und die logischen Kategorien René Königs und Max Webers*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Latour, B. (2020). *Welche Schutzmaßnahmen können wir uns vorstellen, damit wir nicht zum Produktionsmodell der Zeit vor der Krise zurückkehren?* http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/downloads/P-202-AOC-ROSEN-ALLEMAND_0.pdf. Zugegriffen: 31.03.2022.
- Latour, B./Woolgar, S. (1979). *Laboratory Life: The Construction of Scientific Facts*. Beverly Hills: Sage.
- Linde, H. (1959). Gunter Ipsen. In: W. Bernsdorf (Hrsg.), *Internationales Soziologenglossikon* (S. 239–240). Stuttgart: Enke.
- Linde, H. (1981). Soziologie in Leipzig 1925–1945. In: M. R. Lepsius (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte*. KZfSS Sonderheft 23 (S. 102–130). Opladen: Westdeutscher.
- Lipp, W. (1968). *Institution und Veranstaltung. Zur Anthropologie der sozialen Dynamik*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Lipp, W. (1976). Institutionen – Mimesis oder Drama? Gesichtspunkte zur Neufassung einer Theorie. *Zeitschrift für Soziologie* 5(4), 360–381.
- Lipp, W. (1989). Entinstitutionalisierung. Wie erfaßt man sozialen Verfall? In: J. C. Papalekas (Hrsg.), *Kulturelle Integration und Kulturkonflikt in der technischen Zivilisation* (S. 86–113). Frankfurt a. M. u. New York: Campus Verlag.
- Lipp, W. (1994). Institutionen heute: biologische Kategorien im Vormarsch? In: Ders., *Drama Kultur. Teil 1: Abhandlungen zur Kulturtheorie. Teil 2: Urkulturen – Institutionen heute – Kulturpolitik* (S. 404–431). Berlin: Duncker & Humblot.
- Lipp, W. (1999). *Heimat – Nation – Europa. Wohin trägt uns der Stier? Standorte in Bewegung*. Würzburg: Ergon.
- Luhmann, N. (1981). Temporalstrukturen des Handlungssystems: Zum Zusammenhang von Handlungs- und Systemtheorie. In: Ders., *Soziologische Aufklärung*. Bd. 3: *Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 126–150). Opladen: Westdt.
- Luhmann, N. (1984). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1991). *Soziologie des Risikos*. Berlin u. New York: De Gruyter.
- Luhmann, N. (1992). *Beobachtungen der Moderne*. Opladen: Westdeutscher.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mannheim, K. (1953). *Ideologie und Utopie*, 3. Aufl. Frankfurt a. M.: Schulte-Bulmke.
- Mohler, A./Weißmann, K. (2005). *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 6. völlig überarb. u. erw. Auflage. Graz: Ares.
- Parsons, T. (1949 [1937]). *The Structure of Social Action. A Study in Social Theory with Special Reference to a Group of Recent European Writers*, 2. Aufl. Glencoe (Illinois): The Free Press.

- Radkau, J./Hahn, L. (2013). *Aufstieg und Fall der deutschen Atomwirtschaft*. München: Oekom.
- Rehberg, K.-S. (1982). *Protokoll der Arbeitstagung der Fritz-Thyssen-Stiftung »Gab es eine ‚Leipziger Schule‘ der Soziologie und Sozialpsychologie?« am 28./30. April 1982, mit einer Nachbemerkung von Helmut Schelsky*. Ms. Aachen.
- Rehberg, K.-S. (1999). Hans Freyer – Arnold Gehlen – Helmut Schelsky. In: D. Kaesler (Hrsg.), *Klassiker der Soziologie*, Bd. 2 (S. 72–104). München: Beck.
- Rehberg, K.-S. (2021). »Krisenwissenschaft«, völkische Emphase und systemtheoretische Abkühlung: Die »Leipziger Schule« der Soziologie – Ein Mythos der Wissenschaftsgeschichtsschreibung? In: K. Acham/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*, Bd. 1. Wiesbaden: VS (im Erscheinen).
- Schelsky, H. (1937). Schellings Philosophie des Willens und der Existenz. In: G. Günther/H. Schelsky, *Christliche Metaphysik und das Schicksal des modernen Bewußtseins* (S. 47–108). Leipzig: S. Hirzel.
- Schelsky, H. (1959). *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*. Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1965 [1957]). Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie. In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze* (S. 250–275). Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1965 [1961]). Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation. In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze*. (S. 439–480). Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1981). *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«*. Opladen: Westdeutscher.
- Tyrell, H. (2015). Interaktion, Organisation, Gesellschaft. Niklas Luhmann und die Soziologie der Nachkriegszeit. *Soziale Systeme* 20(2), 337–386.
- Üner, E. (1992). *Soziologie als »geistige Bewegung«: Hans Freyers System der Soziologie und die »Leipziger Schule«*. Weinheim: Acta Humaniora.
- Williamson, J. (1952). *Wing 4. Rauchs Weltraumbücher*, Bd. 1., hrsg. v. G. Günther. Düsseldorf u. Bad Salzig: Karl Rauch.
- Wöhrle, P. (2019). Wirklichkeitskontrolle. Konturen der Münsteraner Soziologie in den 1960er Jahren. In: J. Fischer/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologische Denkschulen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 249–276). Wiesbaden: VS.
- Wöhrle, P. (2010). *Metamorphosen des Mängelwesens. Zu Werk und Wirkung Arnold Gehlens*. Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Wöhrle, P./Rehberg, K.-S. (2012). Die »Leipziger Schule«. In: O. Jahraus et al. (Hrsg.), *Luhmann-Handbuch*, (S. 321–326). Stuttgart: Metzler.



Charlotte Lütkens – eine vergessene Reemigrantin der Soziologie

Oliver Neun

1 Einleitung¹

Die Soziologin Charlotte Lütkens stellt in mehrfacher Hinsicht eine Ausnahme dar: sie kann als eine der wenigen Frauen nach 1933 im Exil ihre akademische Arbeit weiterführen, sie ist nach 1945 eine von nur drei Frauen unter den 100 sozialwissenschaftlichen ReemigrantInnen und sie wird 1953 als erstes weibliches Mitglied überhaupt in den Vorstand der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« (DGS) gewählt (Fleck 2007, S. 470 f.; Moebius 2022, S. 69).²

Daneben ist sie sowohl in ihrer Zeit in Deutschland als auch in der Emigration politisch engagiert und zudem als Journalistin tätig, weshalb Daniel Friedrich Eisermann (1996, S. 127) sie eine bekannte »Soziologin und Publizistin« nennt,³

¹Der Artikel wurde im Rahmen des von der DFG geförderten Projektes »Karl Mannheim in Großbritannien«, Projektnummer 1199/5-1, verfasst.

²Schon 1926 wurden Hannah Reuter, Rosa Mayreder, Charlotte von Reichenau und Käthe Bauer-Mengelberg als Mitglieder in die DGS aufgenommen, aber noch nicht in deren Vorstand gewählt (Wobbe 1997b, S. 197, S. 206).

³Sie unterscheidet auch selbst nicht strikt zwischen den Rollen der Soziologin und Publizistin. Lütkens (1929a, S. 630) lobt gerade das Buch *Your money's worth* von Chase und Schlink als »Annäherung von Wissenschaft und Journalistik«. Das Werk ist daher

O. Neun (✉)
Universität Kassel, Kassel, Deutschland
E-Mail: oliver.neun@uni-kassel.de

wobei es eine enge Verknüpfung dieser politischen mit ihrer soziologischen Arbeit gibt. Sie wird zudem noch 1980 in das internationale Soziologielexikon aufgenommen und 1986 ihre ursprünglich 1925 veröffentlichte Arbeit *Die deutsche Jugendbewegung* neu aufgelegt (Johannesson 1980; Lütkens 1925, 1986).

In der Soziologiegeschichte wird sie bisher aber nur am Rande behandelt, etwa bei der Beschreibung des Heidelberger Milieus, das für sie prägend ist (Demm 1999; Blomert 1999).⁴ Theresa Wobbe (1997a, S. 445) kommt daher schon 1997 zu dem Ergebnis: »Bis in die jüngste Zeit gab es für die Soziologie wiederum keine Koordinaten, um Soziologinnen wie Viola Klein und Charlotte Luetkens unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrages zur kognitiven Gestalt als erinnerungswürdig in das akademische Gedächtnis aufzunehmen.« Gerhard Schäfer (2013, 2015, S. 19) macht ebenfalls auf sie aufmerksam und hält das Schicksal von Lütkens für paradigmatisch für die Benachteiligung der Exilierten beim Wiederaufbau der Soziologie nach 1945.

Es soll daher hier erstmals ein Überblick über ihr Leben und Arbeit gegeben werden, in dem Lütkens neben der Geschlechterforschung Themen wie die Kapitalismusanalyse, die Intelligenzsoziologie, die Jugend- und Bildungssoziologie und die Generationentheorie behandelt, die häufig bei ihr miteinander verknüpft sind und sich teilweise durch ihr gesamtes Werk ziehen. Im ersten Schritt sollen dazu ihre Arbeiten vor ihrer Emigration 1937 vorgestellt werden, im Folgenden ihre politische und wissenschaftliche Arbeit im englischen Exil, und im letzten Schritt ihr Wirken in Deutschland nach ihrer Rückkehr 1949 in den Blick genommen werden.

ein Vorbild für sie und »soziologisch interessant, als es – im Gegensatz zu europäischen, besonders deutschen Intellektuellen-Arbeiten – die natürliche, von keinem Traditionsressentiment behinderte Demokratie dieser Schreibenden anzeigt, die ›volkstümlich‹ zu schreiben wagen, auch wenn sie exaktes statistisches Material bringen, statt sich herablassend oder aber wissenschaftlich-dunkel zu gebärden, wo sie oft nur der eigenen Hilflosigkeit und Sorge vor einer Wandlungen ihrer speziellen sozialen Stellung innerhalb der eigenen Gesellschaft erliegen« (Lütkens 1929a, S. 630).

⁴Lütkens wird auch noch nicht, anders als die Mannheim-Schülerin Viola Klein (1946), in Überblicken zur Geschlechtersoziologie genannt (Gildemeister und Hericks 2012).

2 Charlotte Lütkens Werk in der Weimarer Zeit

2.1 Studium und Promotion in Heidelberg: Wirtschaftssoziologie und Kapitalismusanalyse

Ihre akademische Prägung erfährt Charlotte Lütkens bzw. Charlotte Mendelsohn, wie sie in der Zeit noch heißt, im Heidelberger Milieu der Sozialwissenschaften. Sie beginnt zwar ihr Studium der Sozialwissenschaft, Nationalökonomie, Geschichte und Staatslehre in Berlin bei Franz Oppenheimer, wechselt dann aber nach Heidelberg und nennt in ihrem Lebenslauf als besonders prägend die Seminare von Emil Lederer und Alfred Weber.⁵ Sie promoviert auch 1920 bei Weber zu dem wirtschaftssoziologischen Thema »Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft« und die Arbeit erscheint 1921 als Ergänzungsheft der Zeitschrift »Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik« (Lütkens 1921).⁶

Lütkens deutet diesen wirtschaftssoziologischen Ansatz in der Dissertation gleich in der Einleitung an und kündigt an, die englische Kriegswirtschaft einzuordnen »in die Gesamtentwicklung des englischen Staats- und Gesellschaftslebens« (Mendelsohn 1921, S. V). Sie beginnt daher zunächst mit der Beschreibung des englischen »Wesens«, das sie so charakterisiert: »[...] eine in sich selbst, nicht in einem Außen ihren Ruhepunkt suchende und wissende, gleichmäßig die Sphären umfassende Gerichtetheit aller Lebens- und Willenskräfte, die auch in den extremsten Geistern niemals den Zusammenhang mit den Erscheinungen und Notwendigkeiten des praktischen Lebens verliert« (Mendelsohn 1921, S. 2). Dieses Merkmal ist für sie spürbar in der gesellschaftlichen Struktur, etwa im Staatsaufbau, und in der ökonomischen Struktur: »In solcher Bezogenheit zu den typischen Lebensgestaltungen des englischen Volkes im Einzel- und Gesamtleben erscheint der Charakter der englischen

⁵Es gibt verschiedene Angaben zu ihren Studienfächern, Röder und Strauss (1980, S. 464) nennen Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Geschichte als Disziplinen. In ihrem eigenen Lebenslauf spricht sie nur allgemein von dem Studium der »political and social science« (Lebenslauf, 401304_WNT99611011152, Bl. 48, London School of Economics and Political Science Archive, London).

⁶Im »Archiv« erscheinen viele Beiträge zum Thema »Krieg und Wirtschaft«, von ihrem späteren Mann Gerhard Lütkens (1922) z. B. 1922 »Das Kriegsproblem und die Marxistische Theorie« (Lenger 2018, S. 126).

Kriegswirtschaft mehr als eine Zufallserscheinung ökonomischer Verhältnisse.« (Mendelsohn 1921, S. 4).⁷

Im Folgenden geht sie genauer der Entstehung dieser Kriegswirtschaft nach und verfolgt damit einen historischen Zugang (Mendelsohn 1921, S. 4). Zunächst beschreibt sie die Struktur der Wirtschaft vor dem Krieg, in der es noch Hindernisse gegenüber den Monopolisierungstendenzen gab, und dann die der Kriegswirtschaft, in der der Staat eine zentrale Stellung einnimmt und eine stärkere Rationalisierung sowie Konzentration der Wirtschaft zu erkennen ist (Mendelsohn 1921, S. 19, S. 34, S. 59, S. 76). Die Entwicklung bedeutet für sie aber keine Abkehr vom kapitalistischen System, da so nur ein »neue[r] und stabilisierte[r] Zustand« geschaffen wurde und damit eine »neue Phase des Kapitalismus« begonnen hat (Mendelsohn 1921, S. 117).

Die politische Dimension des Themas und Lütkens' sozialdemokratische Orientierung werden deutlich, wenn sie weiter ausführt, dass die Konsequenz daraus ist, dass auch nach dem Krieg von Seiten der Arbeiter die stärkere Rolle des Staates nicht mehr in Frage gestellt und von sozialistischer Seite auf die »undemokratische Diktatur« des Proletariats verzichtet wird. Dagegen zeigt sich als neues Leitprinzip in der Kriegswirtschaft – und damit als Vorbild für die Zeit danach – »das Prinzip der *Demokratisierung*« (Mendelsohn 1921, S. 124).

Nach dem Abschluss des Studiums nimmt Lütkens zudem eine Stellung als »Internationale Sekretärin beim Parteivorstand der SPD« an (Johannesson 1959, S. 333; Röder und Strauss 1980, S. 464). Sie arbeitet in der Zeit an dem Thema weiter, weil sie 1920 von dem Reichswirtschaftsministerium, angeregt durch die »Reichs-Sozialisierungskommission«, in der u. a. Lederer Mitglied ist, einen Forschungsauftrag zur Untersuchung der englischen Sozialisierungspläne des Kohlenbergbaus erhält. In dem Vorwort für die Studie, die als *Ausbau und Abbau der Kohlenplanwirtschaft in England* erscheint, wird die politische Relevanz der Fragestellung ausdrücklich angesprochen, da die Entwicklung in Großbritannien als Vorbild und als Anregung für entsprechende Pläne in Deutschland dienen soll (Lütkens 1921; Schippel 1921).⁸ 1922 heiratet Lütkens dann Gerhard Lütkens,

⁷ Daneben sind für die Wirtschaft für sie aber auch die materiellen Gegebenheiten, insbesondere die Insellage von Bedeutung (Mendelsohn 1921, S. 4). In der konkreten Lebenswelt zeigt sich das Charakteristikum in dem Ideal des »Gentleman«, das für »alle Schichten des englischen Volkes« als Vorbild für die »Ausbildung eines wohltemperierten Gleichmaßes« gilt (Mendelsohn 1921, S. 6).

⁸ Max Schippel (1921, S. III) bezeichnet das Werk im Vorwort als wichtig, weil die Form der Kriegswirtschaft im Ausland »viel zu wenig in Deutschland bekannt ist und weil sowohl die übereinstimmenden wie die abweichenden Züge des englischen Vorgehens viel

der seit 1913 ebenfalls Sozialdemokrat und seit 1920 im ausländischen Dienst tätig ist, weshalb sie in der Folge häufig im Ausland den Wohnort wechseln (Röder und Strauss 1980, S. 464).⁹

2.2 Soziologie der deutschen Jugendbewegung

In diesem Zeitraum, in dem Lütkens zunächst von 1923 bis 1927 als Journalistin und Auslandskorrespondentin der »Frankfurter Zeitung« (FZ) arbeitet, erscheint 1925 ihr nächstes Werk *Die deutsche Jugendbewegung*.¹⁰ Der Untertitel, »Ein soziologischer Versuch«, deutet trotz ihrer publizistischen Tätigkeit weiter ihren theoretischen Anspruch an und das Werk stellt für Peter Ulrich Hein (1986, S. 196) den ersten zusammenhängenden Versuch einer soziologischen Gesamtdarstellung dieser Bewegung dar.¹¹

Sie geht in dem Buch vergleichend vor und insbesondere der Frage nach, wieso es die Jugendbewegung in der Form nur in Deutschland gab. Ein Grund dafür ist für sie der preußische Staat, der als beengend begriffen wurde und die Schule formte (Lütkens 1925, S. 25, S. 27). Zur soziologischen Beschreibung der Bewegung führt sie Konzepte wie den Generationenbegriff ein, da die »Generation von 1880–1890« für sie prägend war (Lütkens 1925, S. 11, S. 46 f.).

zum Verständnis und zur allgemeinen Beurteilung der zeitweisen staatlichen Produktionsübernahme und Produktionsregelung beizutragen vermögen«.

⁹In ihrem Lebenslauf nennt Lütkens als Länder, in denen sie bis zu ihrer Emigration nach England 1937 leben, Bulgarien, die USA, Lettland, Italien und Rumänien (Lebenslauf, 401304_WNT99611011152, Bl. 48, London School of Economics and Political Science Archive, London).

¹⁰Das Werk wird auch in dem Verlag der »Frankfurter Zeitung«, der »Sozietäts-Druckerei«, herausgegeben.

¹¹Sie verarbeitet darin eigene biographische Erfahrungen, da sie selbst Mitglied der »Deutschen Akademischen Freischwar« war (Hein 1986, S. 192). Sie spricht auch von »wir«, wenn sie die Jugendbewegung beschreibt (Lütkens 1925, S. 7). Laut Röder und Strauss (1980, S. 464) war ihr Mann ebenfalls dort Mitglied. Die grundsätzliche Bedeutung der Jugendbewegung liegt für Lütkens (1925, S. 22, S. 138) in deren Bestimmung der Jugend als »Altersschicht eigenen Schwergewichts« zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenalter und der »Anerkennung des Eigenwertes der Jugend«. Das Thema scheint zwar ein Bruch mit ihrer Dissertation zu sein, der »historische Augenblick« dieser Bewegung ist für sie aber weiter die Zeit des Kapitalismus (Lütkens 1925, S. 15 f.).

Ein anderes neues soziologisches Motiv ist bei ihr, dass sie die Gruppe der »Intelligenz« erwähnt, weil sie die in dieser Strömung führende bürgerliche Jugend zur »städtische[n] Intellektuellenschicht« zählt (Lützens 1925, S. 21). Die von Lützens (1925, S. 45, S. 54, S. 131) genannten Eigenschaften der Jugendbewegung, wie ihre Bildungslosigkeit und »Heimatlosigkeit« sowie das Fehlen einer klaren Klassenverortung sind auch die, die generell den Intellektuellen zugeschrieben werden, und sie weist selbst auf diese Parallele in der sozialen Lage hin.

Darüber hinaus geht Lützens (1925, S. 60 f.) in dem Werk erstmals auf die Geschlechterdifferenz und die »Mädchenfremdheit« der Bewegung Ende des 19. Jahrhunderts ein, weist aber auf die spätere starke Rolle der Frauen in ihr hin. Bei der Erklärung für die folgende Krise dieser Strömung spielt die Geschlechterebene ebenfalls eine Rolle, da für sie deren Probleme durch eine Verbreitung ihrer Ideen durch die »zeitlich ungefähr parallel laufende Frauenbewegung« befördert wurde, durch die bestimmte Forderungen schon erfüllt wurden (Lützens 1925, S. 146). Die Krise der Jugendbewegung seit ca. 1917/18 führte zudem zu einer Veränderung ihrer Position, d. h. zu einer »Bereitschaft zur Politik« bzw. »zum Mannwerden« (Lützens 1925, S. 168). Die Tendenz wurde noch durch die proletarische Jugendbewegung verstärkt und es kam dadurch zu einer »Vorherrschaft des männlichen Elements«, z. B. erfolgte in den Wandervogelbünden nun eine Trennung zwischen Frauen und Männern (Lützens 1925, S. 170, S. 173). Als weiteren Grund für dieses »Zurücktreten der Mädchen« nennt sie das Fehlen weiblicher Vorbilder in der Politik (Lützens 1925, S. 174). Die von ihr hier verwendeten Kategorien der »Männlichkeit« bzw. »Weiblichkeit« werden von ihr aber noch nicht problematisiert.¹²

2.3 Amerikastudien

Nach dieser Arbeit liegt Lützens' inhaltlicher Fokus durch ihren längeren Aufenthalt in USA auf den »Amerikastudien« und sie veröffentlicht dazu, nach dem Ausscheiden bei der FZ, wieder mehrere Artikel in der Zeitschrift »Archiv der Sozialwissenschaften und Sozialpolitik«, aber auch in den »Sozialistischen

¹²Hein (1986, S. 192 f.) weist zudem zu Recht auf die Brüche in dem Buch hin, da der völkische Gedanke Lützens selbst nicht fremd zu sein scheint. Sie identifiziert z. B. auch bei der völkischen Jugend Ideen der sozialen Gerechtigkeit und ein »Bekenntnis gegen den Kapitalismus« (Lützens 1925, S. 187).

Monatsheften« und in der sozialdemokratischen Zeitschrift »Die Gesellschaft«, was die politische Dimension gleichfalls dieses Themas andeutet (Lütkens 1929a, 1932a).¹³ Die Arbeiten fasst sie in ihrem Buch *Staat und Gesellschaft in Amerika* zusammen, wobei durch den Untertitel »Zur Soziologie des amerikanischen Kapitalismus« erneut der soziologische Anspruch und die Anknüpfung an frühere Themen wie ihre Kapitalismusanalyse deutlich werden (Lütkens 1929b).¹⁴

Zur Abgrenzung gegenüber anderen Büchern zu dem Komplex stellt Lütkens (1929b, S. VIII) in dem Werk nicht die ökonomischen Leistungen, sondern »die staatliche Konstruktion und de[n] soziale[n] Aufbau« der USA ins Zentrum. Sie wendet sich dabei gegen die These, dass das Land, weil es den höchsten Produktionsertrag und die entwickeltste Technik besitze, das kapitalistisch fortgeschrittenste und damit als Vorbild für eine liberale Wirtschaftspolitik zu betrachten sei. Sie spricht dagegen von einer »liberale[n] Legende«, die aus politischen Interessen vertreten werde, und bezeichnet die Gesellschaftsform der USA selbst als »Pseudo-Spätkapitalismus« (Lütkens 1929b, S. 1).

Die Begründung dafür ist, dass die Hochentwicklung der Ökonomie ist, wie die soziologische Analyse für sie zeigt, nicht auf eine überlegene Organisation oder Rationalisierung der Wirtschaft zurückzuführen ist, sondern u. a. auf die besseren Rohstoffvorräte sowie die Fruchtbarkeit des Landes und die bessere Nutzung der Technik (Lütkens 1929b, S. 2).¹⁵ Auch fehlen für sie die typischen spätkapitalistischen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit (Lütkens 1929b, S. 7). Erneut nennt sie die Gruppe der Intellektuellen als weiteren Beleg für ihre These: »Der Intellektuellenstand fehlt und mit ihm eine für den modernen Gesellschaftsaufbau und den Kapitalismus typische Schicht.« (Lütkens 1929b, S. 4) Später macht sie längere Ausführungen zu der Intelligenz und verortet sie wie die Bürokraten im Mittelstand, die Intellektuellen sind für sie deshalb nur ein besonderer Fall des »geistigen Mittelstandes« (Lütkens 1929b, S. 131).

¹³Lütkens ist in der Zeit in den USA auch weiter journalistisch tätig und in New York Mitarbeiterin des sozialdemokratischen »Vorwärts« (Hein 1986, S. 196).

¹⁴Auch dieses Thema ist keine Seltenheit im Heidelberger Milieu, da sich z. B. Carl Brinkmann (1927) in seinem Werk *Demokratie und Erziehung in Amerika* ebenfalls mit dem Land beschäftigt (Blomert 1999).

¹⁵Sie fasst ihre zentrale These selbst so zusammen: »Es liegt also der zunächst paradox erscheinende Fall vor, daß die Gesellschaft, welche die heute im kapitalistischen Sinne erfolgreichste ist, soziologisch gesehen weniger weit entwickelt ist als andere, die technisch Geringeres leisten.« (Lütkens 1929b, S. 1)

Darüber hinaus geht sie erneut auf das Geschlechterverhältnis ein, wobei weiter wissenssoziologische Überlegungen zu dem Thema fehlen und sie die Geschlechter-Kategorien unkritisch übernimmt. In den USA besteht für sie etwa die »leisure class« hauptsächlich aus Frauen, was für sie negative Konsequenzen für die Kultur hat, weil deshalb Spannungen fehlen: »Soweit wir sehen können, sind alle Epochen großer Kulturleistungen auch immer Zeiten reicher gesellschaftlichen Aktivität, von Männern und Frauen getragen gewesen.« (Lützens 1929b, S. 196) Wenn Männer nicht beteiligt sind, finde daher eine »Verarmung« der Kultur statt (Lützens 1929b, S. 196).¹⁶

Dieses Buch wird nach seinem Erscheinen 1929 als erstes von Lützens breit rezipiert, wozu beiträgt, dass es anders als ihre Arbeit über die Jugendbewegung wieder in dem renommierten Wissenschaftsverlag Mohr/Siebeck erscheint. Es wird in den wichtigen wissenschaftlichen Zeitschriften rezensiert und gerade von Autoren gelobt, die sich ebenfalls mit dem Thema beschäftigt haben wie Andreas Walther (1930), Rudolf Heberle (1929, 1930) und Erich Voegelin (1930).¹⁷ Alle heben in ihren Besprechungen positiv hervor, dass Lützens darin mit einer These arbeitet, Walther (1930, S. 164) meint zudem weiter: »Die Schrift von Charlotte Lützens entwirft ein Gesamtbild des Aufbaus und des Entwicklungsstranges der amerikanischen Gesellschaft, vorzüglich in Hinblick auf die Fragen der wirtschaftlichen und staatlichen Organisation.« Er nennt das Buch darüber hinaus aus »reicher Materialkenntnis« geschrieben (Walther 1930, S. 164). Heberle (1930, S. 23) erwähnt in seiner Rezension ebenfalls Lützens These und kommt trotz Einwänden zu dem Ergebnis: »Die Verfasserin hat aber jedenfalls einen fruchtbaren Gesichtspunkt für eine verstehend-soziologische Betrachtung der amerikanischen Gesellschaft gefunden und einen feinsinnigen Beitrag zur europäischen Amerika-Literatur geliefert.«¹⁸ Erich Voegelin (1930, S. 649)

¹⁶ Sie setzt aber hinzu: »Dasselbe gilt übrigens letztlich für jeden prinzipiellen Ausschluß des einen oder anderen Gesellschaftselements, etwa bestimmter sozialer Schichten: ein wichtiges Argument für die Demokratie der Zulassung zu den Kulturgütern.« (Lützens 1929b, S. 196)

¹⁷ Sie wird auch in der amerikanischen Soziologie wahrgenommen und von Louis Wirth (1930/1931) in den »Kölner Vierteljahresheften« rezensiert. Dieser lobt in seiner Besprechung: »Mit ihrer Analyse des amerikanischen Lebens erweist sich Dr. Lützens nicht nur als strenge Beobachterin und kühle Kritikerin ihrer Informationsquellen, sondern auch gesunde Interpretin von Wesen und Bedeutung der vorliegenden Tatsachen.«

¹⁸ Die Eigenständigkeit ihres Zugangs wird durch einen Vergleich mit Heberles (1929, S. 88 f.) eigenem Amerika-Buch *Über die Mobilität der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten* deutlich, in dem Heberle die Mobilität von zwei Gruppen, der Landbevölkerung und der Industriearbeiterschicht behandelt, nicht aber die der Intellektuellen oder die des

wiederum bezeichnet das Buch in seiner Kritik für das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« als »soziologische[n] Versuch von Rang«, obwohl er gewisse Einwände erhebt.

Nach der Veröffentlichung beschäftigt sich Lütkens (1932b) in weiteren Rezensionen und Aufsätzen, die u. a. im »Archiv der Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« publiziert werden, mit dem Thema. Sie verfasst aber, wie gesehen, ebenfalls für die »Sozialistischen Monatshefte« Arbeiten dazu wie den Artikel »Die Amerikalegende«,¹⁹ in denen sie pointierter und journalistischer schreibt, während sie in ihrem Buch *Staat und Gesellschaft in Amerika* noch die »besondere Verpflichtung zur Objektivität des Darstellens und Urteilens« betont hatte, was ihre stilistische Variabilität abhängig von dem anvisierten Publikum zeigt (Lütkens 1929b, S. VIII, 1932a). Unter dem Namen »Amerika« oder »Amerikanismus« wird für sie hier eine »Legende« gebaut, die zwei Gruppen dient, Intellektuellen und Unternehmern. Stärker als in dem Buch hat sie eine kritische Sicht auf die Intellektuellen und sieht deren negative Sichtweise durch ihre eigene soziale Lage beeinflusst. Für sie entsteht etwa eine Verzerrung des Amerikabildes dadurch, dass »die europäischen Intellektuellen als bedrohter Stand die eignen Nöte riesengroß auf die amerikanischen Erfahrungen projizieren« (Lütkens 1932a, S. 46). Die Legende wird Unternehmern deshalb ebenfalls von Intellektuellen wie Journalisten und Professoren, z. B. der Soziologie geliefert. Die These, dass es keine Krise in den USA gebe, ist für sie darüber hinaus durch die derzeitige Wirtschaftskrise widerlegt worden (Lütkens 1932a, S. 50).

Die weitere Einbindung Lütkens' in den Heidelberger Kreis noch in dieser Zeit, trotz ihres zu dem Zeitpunkt bereits längeren Auslandsaufenthaltes, zeigt sich darin, dass ein Sonderdruck dieses Artikels ihr Beitrag für die Festschrift zu Lederers 50. Geburtstag ist (Eßlinger 1997, S. 143).²⁰ In einem Sammelband zu

(neuen) Mittelstandes. Er schränkt zudem selbst ein, dass er die sozialpsychologischen Folgen und die im engeren Sinne ökonomischen Probleme wenig untersucht (Heberle 1929, S. 12).

¹⁹In der Zeitschrift »Gesellschaft« erscheint 1932 u. a. der Artikel »Budgetkontrolle in den Vereinigten Staaten«.

²⁰Vleugels verweist in seiner Rezension der Festschrift auf diese Arbeit von Lütkens (1929b), geht aber nicht genauer auf sie ein, weil inzwischen ihr Buch *Staat und Gesellschaft in Amerika* erschienen war. Er nennt es jedoch eine Abhandlung »dieser klugen Frau, die in der soziologischen Literatur schon mit einigen sauberen Analysen hervorgetreten ist« (Vleugels 1932, S. 221).

Ehren von Alfred Weber sind 1930 ebenfalls sowohl von ihrem Mann als auch von ihr Aufsätze enthalten (G. Lützens 1930; Lützens 1930).

Für Lützens (1933) stellt aber dennoch die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933, obwohl sie zu dem Zeitpunkt nicht mehr in Deutschland, sondern in Rumänien lebt, einen Einschnitt dar. Ihr letzter Aufsatz zur Amerikaforschung, »Amerika in der Krise«, kann zwar in der finalen Ausgabe des »Archivs für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik« erscheinen (Lützens 1933). Es sind jedoch noch weitere Rezensionen von ihr geplant, wie aus einem Brief von Alexander von Schelting an Lützens vom 14.09.1933 hervorgeht, der die »Abwicklung der Redaktionsgeschäfte« der Zeitschrift übernommen hatte. Er teilt ihr darin mit, dass »mit der Herausgabe des 6. [Schluss-] Heftes des laufenden 69. Bandes, das bereits redaktionell abgeschossen ist, mit dem Erscheinen weiterer Hefte dieser Zeitschrift betrüblicherweise nicht zu rechnen sein wird. [...] Unter diesen Umständen ist es leider unmöglich, Ihnen eine Publikationsmöglichkeit für die von Ihnen freundlich übernommenen Besprechungen zu bieten, und ich muss Sie bitten, die geplante Arbeit nicht in Angriff zu nehmen.«²¹

Ein weiterer Plan, der aufgrund des Machtwechsels scheitert, ist eine an die genannten Amerikastudien anschließende Publikation eines Buches von ihr zur »Amerikanischen Intelligenz«, das in der von Alfred von Martin, Sigmund Neumann und Albert Salomon herausgegebenen Reihe »Soziologische Gegenwartsfragen« erscheinen sollte, die aber in diesem Jahr ebenfalls eingestellt wird.²²

3 Charlotte Lützens im englischen Exil

3.1 Politische Aktivitäten in Großbritannien

Nach der Entlassung ihres Mannes aus dem ausländischen Dienst kehren sie aus Rumänien auch nicht nach Deutschland zurück, sondern wandern im September

²¹ Schelting an Lützens vom 14.09.1933, A 0472,6, Bl. 316, Verlagsarchiv Mohr-Siebeck, Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin.

²² Die Arbeit von Lützens wird von Sigmund Neumann noch am 03.02.1933 in einem Brief an Albert von Martin erwähnt: »Frau Lützens ist angeblich mit ihrer Materialaufbereitung fertig. Ich habe aber keine Ahnung, wie lange die Arbeit noch dauern wird, ich habe lange nichts gehört.« (Sigmund Neumann an Alfred von Martin vom 03.02.1933, Sigmund Neumann Nachlass, Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt).

1937 nach England aus. Beide sind dort weiter politisch in sozialistischen Kreisen aktiv und Lütkens arbeitet nach Kriegsbeginn im September 1939 in verschiedenen Kommissionen mit.²³ Von 1939–1940 ist sie z. B. Mitglied im »Central European Joint Committee«, einer gemeinsamen Plattform der Emigration, die zu einer »Propaganda- und Nachrichtenzentrale« umgestaltet werden soll. Sie bekommen u. a. Mittel zur Bildung eines Zeitschriftenarchivs und zur Herausgabe einer deutschsprachigen Zeitschrift, die Sozialdemokraten in dem Gremium sehen sich aber einer bürgerlichen Mehrheit gegenüber und seit Frühjahr 1940 kommt die Arbeit des Komitees immer mehr zum Erliegen (Röder 1968, S. 179 f.).

Zudem leitet Lütkens in der Zeit von 1939 bis 1940 den »Gilles Ausschuss«, einen Beirat der »Labour Party« für britische Deutschlandpropaganda (Röder und Strauss 1980, S. 464). Hier entstehen jedoch ebenfalls interne Konflikte, da Gilles neben Lütkens Karl Frank von der sozialistischen Gruppe »Neu Beginnen« dazu einlädt, weshalb sich die Sozialdemokraten aus dem Komitee zurückziehen. U. a. wegen dieser internen Streitigkeiten und der Internierungen vieler EmigrantInnen 1940 nach dem deutschen Angriff auf Frankreich stellt der Ausschuss Ende Mai gleichfalls seine Aktivitäten ein (Röder 1968, S. 181 f.).²⁴

²³Ein möglicher Grund für die Wahl dieses Exil-Landes ist gerade, dass sich dort mehrere sozialistische Exil-Organisationen befinden.

²⁴Lütkens und ihr Mann tragen danach aber zur Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Gruppen bei, da sie persönliche Treffen von Angehörigen dieser Zirkel organisieren. Im März 1941 schließen sich dann die SPD, »Neu Beginnen«, »Sozialistische Arbeiterpartei«, »Internationaler Sozialistischer Kampfbund« und die Gewerkschaftsgruppe in der »Sozialistischen Union« zusammen (Röder 1968, S. 93 f.). Seit 1943 ist Lütkens zudem Mitglied des in diesem Jahr gegründeten »German Educational Reconstruction« (GER), in dessen Vorstand Karl Mannheim ist (Röder und Strauss 1980, S. 464). Lütkens scheint aber in der Zeit in England noch keine zentrale Funktion zu haben, da sie in den Protokollen der Vorstandssitzungen der Organisation nicht genannt wird (Protokolle der Vorstandssitzungen, DC/GER/1/3/1-4, Institute of Education Library and Archives, University College London, London). Ludyga (2016, S. 61) erwähnt zudem einen Exilkreis mit deutschen und österreichischen Intellektuellen, in dem Lütkens in der Zeit Mitglied ist, nennt aber keine Einzelheiten dazu.

3.2 Wissenschaftliche Tätigkeit als Assistentin von Karl Mannheim

Neben dieser politischen Arbeit ist Lütkens weiter wissenschaftlich tätig und sie greift dabei den Inhalt ihres geplanten Buches zur »Amerikanischen Intelligenz« auf. Bereits kurz nach ihrer Ankunft in England hält sie am 26.01.1938 im »Institute of Sociology« einen Vortrag zu diesem Thema (Le Play House 1939, S. 6) und versucht ihn durch die Vermittlung von Edward Shils und Ernst Manheim, dem früheren Assistenten von Karl Mannheim, in dem »American Journal of Sociology« (AJS) zu veröffentlichen, scheitert damit aber.²⁵ In einem Brief vom 06.01.1939 schreibt Lütkens Manheim daher ernüchtert, dass die Behandlung des Artikels sie scheuen lässt, wie Manheim ebenfalls in die USA auszuwandern.²⁶

Letztlich erfolgt keine Publikation der Arbeit, auch nicht in der englischen Fachzeitschrift »Sociological Review«, stattdessen erscheint dort 1939 ihr Artikel »Enrollments at German Universities since 1933«, in dem sie die Veränderung der deutschen Studierendenzahlen seit der Machtübernahme 1933 behandelt, wobei sie grundsätzlich einen Rückgang beobachtet (Lütkens 1939, S. 194). Hier spricht sie ebenfalls Geschlechterfragen kurz an, da die Gründe für das Sinken der Zahlen u. a. psychologischer und soziologischer Natur sind: »In accordance with the social and ideological framework set up and propagated by National Socialism, a decisive shift of social prestige has occurred within German society. The place of women has redefined, causing a decrease of the interest in, and opportunities of, an academic education for them.« (Lütkens 1939, S. 208) Die Zahl der weiblichen Studenten fällt daher stärker als die der männlichen (Lütkens 1939, S. 208 f.).

In einem Schreiben an Manheim aus dieser Zeit berichtet sie weiter, dass sie ansonsten mit »kleinen kulturhistorischen Arbeiten« beschäftigt ist, sie aber gerne die wissenschaftliche Laufbahn nicht ganz abbrechen würde.²⁷ Kurz darauf

²⁵Lütkens an Manheim vom 28.05.1938, Lütkens an Manheim vom 06.09.1938, Lütkens an Manheim vom 06.01.1939, Ernst Manheim Nachlass, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz.

²⁶Lütkens an Manheim vom 06.01.1939, Ernst Manheim Nachlass, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz.

²⁷Lütkens an Manheim vom 22.06.1939, Ernst Manheim Nachlass, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz. Ihr Mann Gerhard Lütkens arbeitet in dieser Zeit als Dozent für internationale Politik im Erwachsenenbildungsprogramm der Universität London und in der Forschungsstelle des Internationalen Genossenschaftsbundes (Röder und Strauss 1980, S. 464).

kann sie, wie gehofft, 1940 eine akademische Tätigkeit als Forschungsassistentin von Karl Mannheim für das Projekt »Types of Social Planning« an der »London School of Economics« (LSE) aufnehmen.²⁸ Zu den Gründen für diese Anstellung schreibt Mannheim in einem Brief vom 13.06.1940 an den Direktor der LSE, Alexander Carr-Saunders: »Meantime I have been making further enquiries and have discovered that Dr. Charlotte Luetkens, whom I have known for many years, is free and would be able to take on the work.«²⁹ Dafür benötigt sie als deutsche Emigrantin eine spezielle Genehmigung, die Begründung dafür geht ebenfalls auf einen Vorschlag von Mannheim zurück, der in einem weiteren Schreiben an Carr-Saunders vom 30.06.1940 zu ihrer Qualifikation genauer ausführt: »I think one could say with good conscience that her work could hardly be undertaken by anyone else when most of the English trained research workers are engaged elsewhere, and her special training for this work and her knowledge of languages makes her help indispensable.«³⁰ Sie bekommt die Erlaubnis dann schließlich und arbeitet vom 02.08.1940 bis 31.07.1943 als »research assistant« bei dem Projekt »Types of Social Planning« und bei Mannheims (1943, S. XI) Buch *Diagnosis of Our Time* mit.³¹

²⁸ Mannheim hatte erst durch die 1940 neu geschaffene »Research Division« der LSE die finanzielle Möglichkeit, eine Assistentenstelle für sich zu beantragen, vorher hatte Ende der 1930er Jahre Jean Floud die Aufgabe unbezahlt übernommen.

²⁹ Mannheim an Carr-Saunders vom 13.06.1940, Central Filing Reg 207, A, Box No. 273, London School of Economics and Political Science Archive, London. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Mannheim und Lütkens bereits in Heidelberg persönlich kennen gelernt hatten, da Mannheim erst 1921 nach Heidelberg gekommen war, Lütkens ihr Studium jedoch bereits 1920 beendet hatte. Mannheim erwähnt aber bereits vor Lütkens' Emigration nach England 1937 in einem Brief an Edward Shils vom 11.05.1936 einen Besuch Lütkens' bei ihm in London (Mannheim an Shils vom 11.05.1936, Series III, Box 1, Edward Shils Papers, Special Collections Research Center, University of Chicago Library). Möglicherweise vermittelt er ihr daher schon den Vortrag im »Institute of Sociology«, dem Mannheim seit 1936 angehörte (Le Play House 1939, S. 2). Es gibt zudem, wie Lütkens in einem Brief an Mannheim selbst andeutet, thematische Verbindungen aufgrund ihrer Arbeit über die amerikanische Intelligenz zu Mannheims Buch *Ideologie und Utopie* (1936) (Lütkens an Ernst Mannheim vom 28.5.1938, Ernst Mannheim Nachlass, Archiv für Soziologie der Geschichte, Graz).

³⁰ Mannheim an Carr-Saunders vom 30.06.1940, 401304_WNT99611011152, London School of Economics and Political Science Archive, London.

³¹ Ihr Buch *Die deutsche Jugendbewegung* wird von Mannheim (1943, S. 32, S. 167) auch in dem dritten Kapitel des Buches *The Problem of Youth in Modern Society* zitiert (Lütkens 1925). Nach Beendigung der Tätigkeit bei Mannheim fragt sie in einem Brief bei dem Direktor der LSE Carr-Saunders vom 06.07.1943 an, ob sie eine andere

Noch nach der Beendigung ihrer Anstellung ist sie zudem an der von Mannheim gegründeten Reihe »International Library for Sociology and Social Reconstruction« beteiligt und gibt zwei Bücher dafür heraus (Lasswell 1947; Ogburn und Nimikoff 1947).³² Ihre Aufgabe bei der Edition von Harold Lasswells (1947) Band *The Analysis of Political Behaviour* ist es, die Redundanzen und Wiederholungen in den Artikeln zu entfernen, die hier gesammelt herausgegeben werden (Lützens 1947, S. VIII).³³ Lützens verfasst darüber hinaus eine Einleitung für das Buch, in der sie eine für sie typische Position hinsichtlich der Aufgaben der Soziologie einnimmt. Für sie ist keiner der Artikel von Lasswell nur von tagesaktuellem Interesse, aber auch nicht allein akademischer Natur, sondern Beiträge zu einer »Sociology in Action«, presenting sociology both as a science of analysis and as a tool to shape the world which it interprets« (Lützens 1947, S. VIII).³⁴

3.3 Charlotte Lützens' Hauptwerk: *Women and a New Society*

Lützens eigenes Hauptwerk *Women and a New Society*, das 1946 in der Reihe »New Democracy« des britischen Informationsministeriums herausgegeben wird, das populäre Bücher zu verschiedenen Themen herausgibt (Neurath 1973, S. 74),³⁵

Stellung an der LSE haben könne (Lützens an Carr-Saunders vom 06.07.1943, 401304_WNT99611011152, London School of Economics and Political Science Archive, London). Sie erhält aber eine abschlägige Antwort und arbeitet daher von 1943 bis 1949 als »lecturer« für Soziologie an der »University of London«.

³²Die Beteiligung an der Edition des Handbuches von Ogburn und Nimkoff (1947) wird von Johannesson (1959, S. 333) genannt, der sich noch auf persönliche Auskünfte berufen kann, in dem Buch selbst finden sich darauf keine Hinweise. Möglicherweise springt sie jedoch nach Mannheims Tod Anfang 1947 als Herausgeberin kurzfristig ein.

³³Die Verbindung zu anderen Frauen aus dem Mannheim-Kreis zeigt sich darin, dass Mannheim zuerst Viola Klein fragt, ob sie diese Aufgabe übernehmen wolle (Mannheim an Klein vom 09.08.1944, MS 1215_5_4, Papers of Viola Klein, Special Collections Services, University of Reading, Reading).

³⁴Lützens übersetzt in der Zeit zudem eine Zusammenfassung von Lord William H. Beveridges Werk *Full Employment in a Free Society* (1946) ins Deutsche.

³⁵In der Beschreibung der Serie »New Democracy« wird als deren Ziel hervorgehoben: »It is written and edited by experts who believe it to be their responsibility as citizens, to put their special knowledge before the widest possible public, using all the modern techniques of presentation to give vividness to their subjects.« (Lützens 1946, S. 2).

kann ebenfalls zu so einer »sociology in action« gezählt werden.³⁶ Auch wenn das Buch von Lütkens so nicht in Mannheims Serie publiziert wird, ist Mannheim weiter daran beteiligt, da er über Otto Neurath Bilder und Graphiken für das Werk vermittelt.³⁷

In dieser Studie *Women and a New Society* behandelt Lütkens verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche hinsichtlich ihrer Bedeutung für Frauen. Sie beginnt ihre Arbeit mit einem historischen Aufriss und geht zunächst auf die gesellschaftlichen Veränderungen seit Ende des 18. Jahrhunderts ein, die die klassische Rolle als Hausfrau in der viktorianischen Zeit verändert hatte, wie etwa die Entstehung neuer sozialer Klassen z. B. der industriellen Mittelklasse (Lütkens 1946, S. 18 f.). Für die Frauen stellte die Zeit zwischen der »Industriellen Revolution« bis zum Ersten Weltkrieg daher grundsätzlich eine der graduellen Befreiung und einer größeren Bewusstheit der eigenen Lage dar.

Im Arbeitsleben wurde die Produktion zunehmend aus dem Haus heraus verlagert, wodurch Frauen mehr Zeit zur freien Verfügung hatten und Berufe außerhalb der Familie annehmen konnten: »The possibility of living an adequate and honourable existence outside the narrowly prescribed range of household duties and family subordination is one of the decisive opportunities brought to women by the industrial system.« (Lütkens 1946, S. 30) Auch die wissenssoziologische Ebene des Problems wird nun, wahrscheinlich durch den Einfluss von Mannheim, deutlich, da die gesellschaftliche Einstellung zur Familie und zu den Frauen für sie jedoch hinter dieser sozialen Entwicklung zunächst zurückgeblieben war (Lütkens 1946, S. 38).

³⁶In dieser Serie wurde zudem ein Jahr zuvor das Werk der Ökonomin Gertrude Williams (1945) *Women and Work* herausgegeben, das sich ebenfalls mit der Geschlechterforschung beschäftigt und das von Lütkens (1946, S. 10) in ihrer Einleitung als »essentially complementary volume« bezeichnet wird.

³⁷Mannheim an Neurath vom 24.04.1944, Mappe Briefwechsel mit Otto Neurath, Mannheim Sammlung, SAK. Mannheim schreibt auch in einem Brief vom 09.09.1946 an die Witwe von Otto Neurath, dass er eine Kopie von »Woman and a New Society« gesehen und »it looks very attractive indeed« (Mannheim an Neurath vom 09.09.1946, Mappe Briefwechsel mit Otto Neurath, Mannheim Sammlung, SAK). Lütkens (1946, S. 10) weist zudem auf die Bedeutung der visuellen Mittel ausdrücklich hin: »The Isotype charts are not meant to be understood at a glance. They are visual statements of an argument and have to be ‚read‘ carefully.« Das Buch ist mit den Abbildungen daher auch aus »kulturhistorischen Gesichtspunkten« von Interesse (Wobbe 1997a, S. 440). Briefwechsel mit Otto Neurath, Mannheim Sammlung.

Im Bereich der Politik beschreibt Lütkens den Kampf um das weibliche Wahlrecht und vergleicht die Frauenbewegung erneut mit anderen Bewegungen, grenzt sie jedoch von ihnen ab, da die Frauen für sie die letzte Gruppe sind, die die vollen politischen Rechte erhalten hatten. Diese reichten zudem nicht aus und es seien ökonomische Grundlagen für eine Angleichung notwendig, die vom (Wohlfahrts)-Staat garantiert werden müssten: »The State was to become the social service state and citizens, men and women, were made to realise that a formal equality had to be implemented by concrete opportunity.« (Lütkens 1946, S. 55) Bildung ist für sie ein weiterer »great emancipator« und die Forderung nach besserer Ausbildung deshalb ein Merkmal emanzipatorischer Bewegungen generell, so gleichfalls der Frauenbewegung (Lütkens 1946, S. 57, 63). Im Erziehungswesen sieht sie jedoch weiter viele gravierende Ungleichheiten, die etwa der höheren Bildung für Frauen im Wege ständen (Lütkens 1946, S. 71).

Im fünften Kapitel, in dem sie den »changing type of Women« behandelt, wird von ihr erneut die wissenssoziologische Dimension angesprochen, da neben den genannten materiellen Veränderungen für einen neuen Typus veränderte soziale Idealvorstellungen wichtig seien. Das »feminine ideal« folgte den geschilderten gesellschaftlichen Entwicklungen im Feld der Politik, der Bildung und im Haushalt jedoch nur langsam und der Bruch wurde erst im Ersten Weltkrieg deutlich.³⁸ Auch nach dem Wandel des »Ideals« von Weiblichkeit in den 1920er Jahren war dieses aber weiter an dem männlichen Vorbild orientiert (Lütkens 1946, S. 79, S. 90).³⁹

Das aktive Element ihrer soziologischen Arbeit wird dadurch deutlich, dass Lütkens (1946, S. 113) im letzten Kapitel konkrete Vorschläge für die Zukunft, z. B. sollte Hausarbeit bezahlt werden. Ihre generelle Forderung lautet zudem, dass die gesellschaftliche Funktion für den sozialen Status ausschlaggebend sein sollte, nicht das Geschlecht: »Equality will be measured by social function, not by sex.« (Lütkens 1946, S. 108) Darüber hinaus müssten neue Typen von Frau bzw. von Weiblichkeit entwickelt werden, wozu ein »Ideal« zählet, an dem sich

³⁸ Sie beschreibt den befreienden Einfluss des Ersten Weltkrieges für Frauen so: »Women in England as in other countries had been called upon to shoulder the responsibilities of men.« (Lütkens 1946, S. 87) Ihr eigenes Werk verfasst sie unter dem Eindruck solcher emanzipatorischen Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges (Lütkens 1946, S. 9). Hier zeigt sich, dass die Generationenerfahrung durch den Ersten Weltkrieg für Männer und Frauen in der Weimarer Zeit sehr unterschiedlich waren (Wobbe 1997b, S. 146).

³⁹ Ende der 1920er Jahre fand zudem durch die wirtschaftliche Depression ein Rückschritt statt und die 1930er Jahre bezeichnet sie generell als »a decade of profound disillusion« (Lütkens 1946, S. 87, S. 103).

emanzipierte Frauen orientieren könnten, da sie bisher nur eines, das männliche, hatten. Lütkens (1946, S. 125 f.) hofft aber, dass sie in Zukunft selbst eine Vielzahl von solchen Modellen ausbilden werden.⁴⁰

4 Charlotte Lütkens' Rückkehr nach Deutschland

4.1 Scheitern von Plänen

Nach diesem Buch veröffentlicht Lütkens (1948) noch ihren Beitrag für die Festschrift zum 80. Geburtstag für Alfred Weber auf Englisch,⁴¹ Bewerbungen auf Professuren in Deutschland nach Kriegsende 1945 scheitern zudem. 1948 ist sie neben Helmut Schelsky für die Professur für Soziologie an der neu gegründeten »Akademie für Gemeinwirtschaft« in Hamburg im Gespräch, trotz ihrer Qualifikation aber ohne Erfolg (Borries-Pusback 2002, S. 201). Wie es Schäfer (2015, S. 18) treffend zusammenfasst, hatte sie als »Exilierte, Frau und Jüdin keine Chance« gegen Schelsky. Sie bewirbt sich darüber hinaus auf die Professur für Soziologie an der Universität in Hamburg und in den Berufungsakten finden sich Empfehlungen von Eduard Rosenbaum von der LSE und von Alfred Weber, auch dies bleibt jedoch ergebnislos (Kersting 1994, S. 759 f.). Nachteilig wirkt sich damit der frühe Tod Mannheims im Januar 1947 aus, der sie in der Nachkriegszeit nicht mehr unterstützen und kein Referenzschreiben verfassen kann.

⁴⁰Lütkens hat damit wie Klein (1946) in ihrem Werk *The Feminine Character* die Veränderbarkeit der Vorstellungen von Weiblichkeit im Blick. Klein (1946) und Lütkens (1946) zitieren sich zwar in ihren jeweiligen Büchern zur Geschlechterforschung nicht gegenseitig, wohl aber, weil sie fast zeitgleich erscheinen. Lütkens (1946, S. 127) hält zudem nicht nur einen Neuentwurf der Frauenrollen, sondern eine »re-orientation of men« für notwendig. Sie reduziert damit nicht, wie viele soziologische Klassiker, die Geschlechter- auf die »Frauenfrage« (Gildemeister und Hericks 2012, S. 104).

⁴¹Die Arbeit wird erst 1956 als »Die kleine Gruppe – Legende und Wirklichkeit« in der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« auf Deutsch veröffentlicht. Sie macht darin weiter wissenssoziologische Bemerkungen zu den Erkenntnissen der Soziologie. Man sollte für sie die »eigene Situation zunächst einmal wissenssoziologisch kontrollieren und uns zum Beispiel selbstprüfend fragen: Warum sehen wir heute den *psychologischen* Faktor, die Rolle des Zwischenmenschlichen in der rationalisierten Sekundärgruppe so viel deutlicher als vor dem Ersten Weltkriege?« (Lütkens 1956, S. 446).

Lütkens kehrt 1949 aber dennoch nach Deutschland zurück, weil ihr Mann, der bereits seit Dezember 1947 als außenpolitischer Referent des SPD-Parteivorstands in der englischen Besatzungszone in Deutschland lebte, im August 1949 zum Mitglied des Bundestages gewählt wird (Röder und Strauss 1980, S. 464). In einem Brief an Adolph Lowe vom 25.10.1949 schreibt sie zu der Begründung für die Übersiedelung, dass sie nicht länger von ihm getrennt leben wolle. Ökonomische Gründe sprächen gleichfalls dafür: »After all, we both found it increasingly difficult to make a living overhere, though we have always managed to remain independent.«⁴²

Der Briefkopf dieses Briefes an Lowe, »Archiv für Sozialwissenschaft«, »Mit der Herausgabe beauftragt: Dr. Charlotte Lütkens«, deutet als weiteren Plan in dieser Zeit die Wiederbelebung dieser Zeitschrift an. Sie äußert in dem Schreiben an Lowe die Hoffnung, dass er ebenfalls Beiträge dafür schicken werde und führt zu dem geplanten Inhalt der Zeitschrift genauer aus: »It is one of my plans to publish contributions about those of the former collaborators of the Archive, or of other outstanding social scientists who have died in the years since 1933 (when the Archiv voluntarily closed down).« Konkret regt sie die Veröffentlichung eines Nachrufes auf Mannheim von Lowe an: »It would be an appropriate idea, I think, if you could make up your mind to write a Würdigung of Karl Mannheim, whose work you must know better than anybody else. Would you consider to take that on, once we can mention a definite date of publication?«⁴³ In seiner Antwort vom 01.11.1949 versichert Lowe ihr, dass er das Unternehmen zwar unterstütze, jedoch nur »moralisch«, da er zu beschäftigt sei. Er schlägt aber Hans Gerth als Autor dafür vor: »He has done an excellent job in the editing of the first volume and may even cherish the idea of writing an appreciation of Mannheim in German.«⁴⁴

Lütkens versucht auch noch finanzielle Unterstützung durch die »Rockefeller-« und die »Carnegie«-Stiftung für das Projekt zu bekommen, wie sie in einem späteren Brief an Löwe vom 19.02.1950 berichtet, scheitert damit jedoch.⁴⁵ Ihr Versuch der Neubelebung der Zeitschrift führt daher zu keinem

⁴²Lütkens an Lowe vom 25.10.1949, Adolph Lowe Nachlass, SAK.

⁴³Lütkens an Lowe vom 25.10.1949, Adolph Lowe Nachlass, SAK.

⁴⁴Lowe and Lütkens vom 19.02.1950, Adolph Lowe Nachlass, SAK. Die Arbeit, die Lowe erwähnt, ist die posthume englische Edition der Schriften von Mannheim, die er in New York leitet.

⁴⁵Lütkens an Lowe vom 19.02.1950, Adolph Lowe Nachlass, SAK.

positiven Ergebnis, wodurch ein wichtiges Organ der Heidelberger und Frankfurter Sozialwissenschaften der Weimarer Zeit, das zur Wiederaufnahme soziologischer Ideen aus dieser Zeit u. a. von Mannheim hätte beitragen können, nach 1945 nicht wieder begründet wird.

4.2 Verbandspolitische und politische Aktivitäten nach ihrer Rückkehr

Lütkens wird aber schon in ihrer Zeit in England am 29.09.1949 zunächst als korrespondierendes Mitglied der DGS aufgenommen und erscheint seit 1950 nach ihrer Übersiedelung auf den regulären Mitgliederlisten des Verbandes.⁴⁶ Zudem wird sie 1953 als erste Frau in den Vorstand der DGS gewählt und ist dort bis 1961 Mitglied.⁴⁷ Eine besondere Aufgabe, die möglicherweise schon für diese Entscheidung ausschlagend war, ist ihr Kontakt zu den politischen Kreisen in Bonn, wie sich in dem Konflikt um den geplanten Nürnberger Kongress des »Institut International de Sociologie« (IIS) 1958/59 zeigt.⁴⁸

Lütkens ist auch vielfältig anderweitig engagiert. Sie ist in der Politikwissenschaft Mitglied im »Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft« und veröffentlicht in deren 1960 gegründeter Zeitschrift »Politische

⁴⁶Protokoll der DGS-Mitgliederversammlung am 29.9.1949, DE-SAK-B1-1400, Digitales Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, SAK, Konstanz; Mitgliederliste vom 31.05.1950, DE-SAK-B1-1404, Digitales Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, SAK.

⁴⁷Die alten Heidelberg- und England-Verbindungen spielen dabei eine Rolle, da sie für die Position von Herbert Sultan vorgeschlagen wird, einem früheren Privatdozenten aus Heidelberg, der wie sie im Exil in Großbritannien gewesen und bereits 1946 wieder nach Heidelberg zurückgekehrt war (Protokoll der DGS-Vorstandssitzung, Digitales Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, SAK). Sultan arbeitet in England auch in derselben Zeit wie Lütkens an einem Forschungsprojekt an der LSE, wenn auch im wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich.

⁴⁸Plessner schlägt René König (2000, S. 243) vor, dass Lütkens aufgrund ihrer politischen Verbindungen den Bundespräsidenten Heuss von der Notwendigkeit der Distanzierung von dem Kongress überzeugen solle. König (2000, S. 250) berichtet Plessner dann, dass Lütkens zwar Heuss nicht kenne, aber Hübinger aus dem Bundesinnenministerium besucht habe, »wie es scheint, mit gutem Erfolg«. Später ist Plessner zusammen mit Lütkens bei Hübinger (König 2000, S. 263).

Vierteljahreshefte« sowie der »Zeitschrift für Politik«. ⁴⁹ Darüber hinaus ist sie Vorstandsmitglied im »Europäischen Austauschdienst«, ab 1958 Vizepräsidentin des »Deutschen Rats der Europäischen Bewegung«, im Direktorium des »Bildungswerks Europäische Politik« und Präsidiumsmitglied der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« (Röder und Strauss 1980, S. 464). ⁵⁰

Lützens knüpft zudem an ihre englischen Aktivitäten an und gründet 1950 ein deutsches Büro der GER in Bonn mit (Anderson 1978, S. 262). Ihre Aufgabe ist es dort u. a., Konferenzen und Austauschbesuche mit Großbritannien zu organisieren, die Filiale wird aber Ende der 1950er Jahre wieder geschlossen. ⁵¹ Schließlich ist sie selbst politisch tätig und von 1956–1961 sowie von 1963–1967 erneut SPD-Stadtverordnete in Bonn (Röder und Strauss 1980, S. 464).

4.3 Soziologische Schwerpunkte nach ihrer Rückkehr

4.3.1 Schul- und Bildungssoziologie

Neben dieser vielfältigen (verbands-)politischen Arbeit publiziert sie nach ihrer Rückkehr weiter soziologische Arbeiten. Es findet jedoch eine Verlagerung ihres Schwerpunktes statt und es fehlen nun Kapitalismusanalysen sowie längere Arbeiten zur Frauenforschung. Dagegen sind, wie sich schon teilweise in den englischen Studien angekündigt hatte, neue Schwerpunkte die Jugend-, Schul- und Bildungssoziologie, wobei ein Einfluss der Werke von Mannheim zu erkennen ist. ⁵²

⁴⁹Nach Johannesson (1959, S. 333) ist sie Mitherausgeberin dieser »Zeitschrift für Politik«, sie wird aber im Impressum der Zeitschrift nicht als solche aufgeführt.

⁵⁰Bei der Gründung der »Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik« spielt ihr Mann eine wichtige Rolle und Lützens übernimmt nach dessen frühen Tod 1955 teilweise seine Funktion (Eisermann 1996, S. 127). Auch hier gibt es englische Einflüsse, da ein Vorbild für die Gesellschaft das »Chatham House« in London ist. Die enge Verknüpfung dieser verschiedenen genannten Organisationen, in denen sie tätig ist, zeigt sich aber daran, dass zwischen dem »Europäischen Austauschdienst« und der »Deutsch-Englischen Austauschstelle« seit 1958 eine Bürogemeinschaft besteht (Eisermann 1996, S. 127).

⁵¹Vgl. den Briefwechsel von Lützens mit dem Leiter der Londoner Zentrale Erich Hirsch, DC/GER/8/2/21, 20861–20971, Institute of Education Library and Archives, University College London, London.

⁵²Im Bereich der Schul- und Bildungssoziologie ist dieser Einfluss von Mannheims Ideen weniger deutlich zu sehen, da Mannheim die Arbeiten zu diesem Thema vor seinem frühen Tod 1947 nicht mehr veröffentlichen kann. Seine Vorlesungen erscheinen daher erst posthum 1962

Es zeigt sich aber wie früher eine enge Verbindung mit ihren politischen Aktivitäten. Den Band *Das Bild vom Ausland. Fremdsprachliche Lektüre an höheren Schulen in Deutschland, England und Frankreich* veröffentlicht sie z. B. im Rahmen ihrer Arbeit für den »Forschungsausschuss der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik«. Eine Quelle dafür sind zudem von der »Deutsch-Englischen Austauschstelle G.E.R. Bonn« veranstaltete Tagungen in Bonn und in London (Lütkens 1959b, S. 144; Lütkens und Karbe 1959, S. 170). Lütkens (1959a, S. 13) verortet darüber hinaus ihren Beitrag zu diesem Buch selbst in dem Gebiet der »politischen Soziologie«.

In dieser Arbeit »Über Wesen und Funktion des Auslandbildes« geht Lütkens anhand der Darstellung in Schulbüchern der Frage nach, welche Funktion diese Vorstellungen anderer Länder haben, da sie für Lütkens politische Bedeutung besitzen. Sie bezeichnet diese Erwartungen an ein anderes Volk als »Stereotype«, behandelt sie aber wertneutral, weil sie deren Entstehung als einen »notwendigen Weg zur Bewältigung der Vielgestalt unserer Welt« ansieht und sie positive oder negative Funktion haben können (Lütkens 1959a, S. 13, S. 15, S. 17, S. 22). Die Bilder könnten sich zudem wandeln und die Aufgabe der Schule sei es, sie zum Guten zu wenden. Die Funktion der Belletristik ist es für sie in diesem Zusammenhang, dass sie den Schülern besonders gut das »Gemeinsame des europäischen Erbes« demonstrieren kann (Lütkens 1959a, S. 29).

In ihrem zweiten Beitrag »Das Deutschlandbild englischer Oberschüler auf Grund der Schullektüre« sichtet sie selbst die deutsche Literatur unter dem Gesichtspunkt der »politische[n] und soziologischen Interpretation«, d. h. welches Deutschlandbild bei den Schülern durch ihre Lektüre entsteht, und zum Schluss des Bandes machen sie konkrete Vorschläge für die zu diesem Zweck geeignete Werke (Lütkens 1959b, S. 147; Lütkens und Karbe 1959, S. 170).

Zur Schul- und Bildungssoziologie erscheint von Lütkens (1959d, 1956) weiter in dem Sonderheft der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« (KZfSS) »Soziologie der Schule« der Artikel »Die Schule als Mittelklasseinstitution«, ihre wohl zusammen mit ihrer Studie über die Kleingruppe einflussreichste Arbeit der deutschen Nachkriegszeit.⁵³ Darin zeigt sich

auf Englisch und 1973 auf Deutsch (Mannheim und Stewart 1962, 1973). Lütkens (1959a) bezieht sich jedoch auch auf die Idee der »Fundamentaldemokratisierung« von Mannheim (1935) aus dessen Werk *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*.

⁵³Der Band erscheint bis 1971 in neun Auflagen. Der politische Bezug zeigt sich weiter darin, dass es einen konkreten politischen Anlass für die Überlegungen gibt, den »Rahmenplan« des »Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen« (Lütkens 1959d, S. 36).

erneut die starke historische Dimension ihrer Arbeit, weil sie die Schule in dem »Beginn der modernen bürgerlichen und demokratischen Gesellschaft« verwurzelt sieht und sie daher wieder kurz auf ihre geschichtliche Entwicklung eingeht (Lützens 1959d, S. 23).⁵⁴

In der Folge geht es ihr grundsätzlich um den Versuch einer »soziologischen Ortsbestimmung der Schule in unserer Gesellschaft« der Gegenwart (Lützens 1959d, S. 24). Sie identifiziert dabei zwei gesellschaftliche Funktionen dieser Institution, eine »eher konservierende[...] der Kulturübermittlung« und eine »mehr dynamische[...] des eigentlichen Erziehens und Lehrens von Verhaltensweisen und Wertungen« (Lützens 1959d, S. 26). Lützens (1959d, S. 27) glaubt jedoch, dass die Schule diese zweite Funktion nicht ausreichend erfülle und der Zugang zu ihr zudem nicht egalitär sei. Darüber hinaus vermittele sie hauptsächlich Mittelschichtwerte, weil sie sich an dem »aus der aristokratischen Distanz mitbestimmten Bildungsideal« orientiere, das dem Status der Beamten diene, aber ungenügend für eine pluralistische Gesellschaft sei (Lützens 1959d, S. 36).⁵⁵ Auch erkennt sie »Untertöne der Distinktion« in der deutschen Unterscheidung zwischen »Bildung« und »Erziehung«, die im Englischen fehlten (Lützens 1959d, S. 30).⁵⁶

Konkret fordert sie daher den »Klassencharakter der Schule abzubauen«, ihre eigenen Auslandserfahrungen werden deutlich, wenn sie als positives Gegen-

⁵⁴Lützens macht auch prinzipielle Anmerkungen zu diesem methodischen Zugang. Zwar wandelt sich für sie die historische Situation: »Dennoch bleibt für eine soziologische Analyse unseres Erziehungswesens die soziale Konstellation, in der diese Schule entstand, wichtig. Erst wenn deutlich gemacht ist, in welcher gesamtgesellschaftlichen Situation eine Institution entstand, welche Interessen und Gruppen sie fördern, welche auf der anderen Seite sie eher restriktiv bewahren sollte, welchen Verschiebungen im sozialen Gefüge sie Vorschub, welchen sie Widerstand leisten sollte, erst dann kann die Funktion und Absicht ihrer Strukturelemente begriffen werden.« (Lützens 1959d, S. 23) Geschichtliche Überlegungen sollten daher zwar nicht überbewertet werden, sie können für sie aber »soziographische Feststellungen vor Fehlinterpretationen bewahren« (Lützens 1959d, S. 24).

⁵⁵Lützens (1959d, S. 27) geht auch genauer auf das leitende Bildungsideal von Wilhelm von Humboldt ein und hält es in der industrialisierten Großgesellschaft für einen Anachronismus, auch wird in dem Modell für sie nicht beachtet, dass die Gesellschaft aus Gruppen bestehe. Ihr Aufsatz wird von Willy Strezelewicz (1966, S. 15) daher, neben Arbeiten u. a. von Mannheim, als Beispiel für eine kritische Auseinandersetzung mit dem deutschen Bildungsidealismus genannt.

⁵⁶Dies ist schon begrifflich eine Vorausdeutung auf bildungssoziologische Ideen Pierre Bourdieus. Auch Lützens (1959d, S. 24 f.) bezieht sich zudem wie Bourdieu auf Arbeiten von Max Weber zur gesellschaftlichen Bedeutung der Bildung.

beispiel die »comprehensive schools« in Großbritannien nennt, in der sich im Gegensatz zu Deutschland alle Schulrichtungen in einer Institution befinden (Lütkens 1959d, S. 36).

4.3.2 Generationentheorie

Der Einfluss Mannheims wird in einer längeren Rezension von Helmut Schelskys Werk *Die skeptische Generation* (1957) deutlicher, in der sie die Generationentheorie behandelt (Lütkens 1961).⁵⁷ Sie zeigt sich darin grundsätzlich skeptisch, ob sich die »skeptische Generation« wirklich so stark von anderen Generationen unterscheidet, wie von Schelsky angenommen. Sie kritisiert auch seine Methode, da er zwar in dem Buch drei Arten von Sozialfaktoren als Einflüsse auf die Jugend nennt, 1) die sozialen Grundgebilde, 2) die Sozialstruktur und 3) die »zeitgeschichtlich-politische Situation«, sich jedoch auf die zweite, konkret die »Industriegesellschaft«, konzentriert. Dadurch klammert er für Lütkens (1961, S. 131 f.) die Wirkungen der anderen Faktoren, insbesondere der dritten Ebene aus, d. h. die Ereignisse in der Zeit von 1945–1955 wie den Zusammenbruch der nationalsozialistischen Ideologie.

Für Lütkens ist zudem zwar bis zu einem gewissen Grad Schelskys These der »nivellierten Gesellschaft« plausibel, sie greift erneut die Idee der »Fundamentaldemokratisierung« der Gesellschaft von Mannheim (1935) auf, die zu einer Verwischung der Grenzen zwischen den Altersgruppen beiträgt. Lütkens (1961, S. 132, S. 134) erinnert jedoch an Mannheims (1928) Generationen-Modell aus seinem Aufsatz »Das Problem der Generationen«, das von Schelsky nicht berücksichtigt wurde, in dem Mannheim die generationsprägende Kraft von einschneidenden Erlebnissen beschrieben hatte.⁵⁸

Grundsätzlich äußert sich Lütkens (1961, S. 139) jedoch positiv zu der starken öffentlichen Wirkung des Werkes von Schelsky, was weiter ihr Interesse

⁵⁷Der Artikel erscheint 1961 erst verspätet in der KZfSS, Schelsky berichtet König (2000, S. 169) aber bereits am 27.01.1958, dass Lütkens bei ihm angefragt habe, ob sie sein Jugendbuch besprechen könne, wogegen er keine Einwände habe.

⁵⁸Lütkens (1961, S. 134) fasst Mannheims (1928) Generationstheorie so zusammen: »Danach wirkt eine besondere dringende oder als krisenhaft empfundene Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung gewissermaßen als Katalysator für die Entwicklung des Eigenbewußtseins der nachkommenden Altersschicht.« Diese Arbeit Mannheims (1964) war zu der Zeit noch nicht wieder auf Deutsch erschienen und wird erst zusammen mit anderen Schriften Mannheims von Kurt Wolff 1964 auf Deutsch wiederveröffentlicht, Lütkens (1961, S. 137) verweist zudem auf Mannheims (1964) Vortrag 1928 zur »Konkurrenz«, der ebenfalls erst in diesem Buch erneut publiziert wird.

an der Verbreitung soziologischen Wissens zeigt: »Daß er trotz einer etwas schwerfälligen und abstrakten Schreibweise soziologische Fragestellungen und Methoden weiten Kreisen nahegebracht hat, muß ihm die Soziologie als eine Wissenschaft danken, die den Auftrag zur Interpretation und Gestaltung der Gegenwart bewußt auf sich genommen hat.«⁵⁹

4.3.3 Empirische Geschlechterforschung

Nach ihrer Rückkehr aus England beschäftigt sich Lützens (1959c) aber nur noch wenig mit der Geschlechterforschung und es erscheint allein der kurze Beitrag »Die Familienverhältnisse der weiblichen Bundestagsabgeordneten« dazu. Diese Arbeit ist eine rein quantitative empirische Untersuchung zum privaten Leben der weiblichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages aus dem Jahre 1955, mit der sich gegen »stereotype[] Vorstellungen« von Politikerinnen wenden will (Lützens 1959c). Noch immer dominiert für sie die Vorstellung, dass es weiblichen Abgeordneten am Mütterlichen mangle. Gegen dieses Bild, dass sie kein erfülltes Privatleben hätten, führt sie an, dass fast zwei Drittel der befragten Frauen verheiratet seien und fast alle verheirateten Abgeordneten Kinder hätten (Lützens 1959c, S. 60). Es fehlen jedoch frühere wissenschaftliche Überlegungen zu dem Thema, das in dieser Zeit dominierende Frauenbild, dass das Mütterliche in den Vordergrund stellt, wird von ihr z. B. nicht problematisiert.⁶⁰ Ihre Arbeit »*Women and the New Society*« erscheint zudem nach ihrer Re-Emigration nicht in deutscher Übersetzung (Lützens 1946).⁶¹

⁵⁹ Sie folgt damit der allgemeinen Tendenz in der Soziologie in der Zeit, in der die Idee einer »öffentlichen Soziologie« noch die dominante Vorstellung ist (Neun 2018). Lützens (1961, S. 140) verweist auch auf Helmuth Plessners (1985, S. 248 f.) Vortrag »Wissenschaft und moderne Gesellschaft«, der darin zu der gesellschaftlichen Bedeutung der Sozialwissenschaften ausführt: »In den Geisteswissenschaften, in den Wissenschaften vom Menschen steckt das kritische Potential der modernen Gesellschaft. Das scheint allerdings nur für die zeitnahen, gegenwartszugewandten Disziplinen richtig zu sein, die wir seit 1945 pflegen: Zeitgeschichte, Politische Wissenschaft, Soziologie.«

⁶⁰ Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei Klein (1946) beobachten, die nach 1945 ebenfalls eher empirische Arbeiten zur Frauenforschung veröffentlicht und bevorzugt die Rolle der Frau als Mutter behandelt (Sayers 1989).

⁶¹ Dies ist auch ein Grund für die nach Wobbe (1997a, S. 445) fehlende Traditionslinie in der Geschlechterforschung: »Die in der Emigration weiterentwickelten soziologischen Perspektiven, in diesem Fall diejenigen über das Geschlechterverhältnis, sind nicht wieder zurücktransferiert worden.«

Neben den genannten Arbeiten verfasst Lütkens noch verschiedene kurze Rezensionen nach ihrer Rückkehr u. a. zu Gerhard Stallings Buch *Die Frau in unserer Zeit* für die »Zeitschrift für Politik«, in der sie ebenfalls kurz auf das Geschlechterthema eingeht. Auch hier fragt sie nach der anvisierten (breiten) Zielgruppe des Werkes: »Ein ernsthaftes Buch für einen großen Leserkreis über ein populäres Thema ist wahrscheinlich ebenso schwierig wie eine Arbeit, die an einen begrenzten und bekannten Leserkreis denkt oder gar sich nur die happy few erwartet.« (Lütkens 1955, S. 381)⁶²

Grundsätzlich hat Lütkens aber eine marginale Stellung in der deutschen Nachkriegssoziologie. Sie ist keine Professorin und in den zeitgenössischen Überblickswerken wie Alfred Webers Lehrbuch *Einführung in die Soziologie* (1955), die seit 1955 erscheinen und die die ersten Zeichen einer Schulbildung sind, nicht mit eigenen Beiträgen vertreten (Gehlen und Schelsky 1955). Grundsätzlich verlieren darüber hinaus die Heidelberger Sozialwissenschaften nach 1945 generell an Einfluss, u. a. da sich keine Schule mehr um Alfred Weber ausbilden kann (Blomert 1999, S. 7 f.). In der Nationalökonomie wird die Tradition der Wirtschaftssoziologie zunächst noch durch Alexander Rüstow fortgesetzt, nach Webers Tod 1958 und der Emeritierung von Rüstow findet jedoch diese »Reprise der ›Heidelberger Soziologie‹ ihr Ende« (Lepsius 1979, S. 30). Das Scheitern der Neugründung des »Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik« durch Lütkens ist für diese Tendenz symptomatisch.

Ihre Randstellung zeigt sich nach Lütkens' Tod im März 1967. René König fragt am 19.02.1968 zwar bei Helmuth Plessner an, ob er einen Nachruf auf sie schreiben wolle, Plessner lehnt aber mit der Begründung ab: »Ich kannte Frau Lütkens zu wenig, um über sie zu schreiben. Und an ihr Buch über die Jugendbewegung erinnere ich mich nur bloss. Sie war ein lieber, zu früh vereinsamter Mensch, mit der Deutschen Gesellschaft für Soziologie lange verbunden.« (König 2000, S. 292) Letztlich erscheint daher keine Würdigung in der KZfSS und auch nicht in der anderen soziologischen Fachzeitschrift »Sozialen Welt« oder den politikwissenschaftlichen Magazinen »Zeitschrift für Politik« und »Politische Vierteljahresschrift«.

⁶²Das Interesse an einer breiten Vermittlung von wissenschaftlichen Erkenntnissen zeigt ebenfalls ihre Rezension des Bandes »1863–1963. Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie – Bilder und Dokumente«. Hier sieht sie gleichfalls als »Doppelaufgabe, einen breiten Leserkreis anzusprechen, doch die historische Objektivität nicht der berechtigten Befriedigung über Erreichtes zu opfern« (Lütkens 1965, S. 101). Sie macht auch grundsätzliche Überlegungen zur visuellen Soziologie und stellt sich die Frage, wie man eine soziale Bewegung »sichtbar« machen kann (Lütkens 1965, S. 102).

5 Fazit

Lütkens ist jedoch die einzige deutsche Soziologin, die die Weimarer Zeit mit der Nachkriegszeit verbinden und in den 1950er Jahren noch soziologisch wirken kann.⁶³ Sie führt damit die Tradition der Heidelberger Sozialwissenschaften fort und trägt mit ihren Arbeiten zu der frühen Rezeption u. a. von Mannheims Generationsmodell bei. In der Geschlechterforschung wird Lütkens zudem schon als wichtige Vorläuferin genannt, da sie eine von Mannheim inspirierte wissenssoziologische Sicht auf das Geschlechterverhältnis vertritt, die erst wieder in den 1970er und 1980er Jahren aufgegriffen wird (Wobbe 1997a).

Von Interesse ist das Werk von Lütkens zudem, weil sie ein Beispiel für eine »öffentliche Soziologin« darstellt, da sie insbesondere durch ihre Arbeit als Journalistin Interesse an der weiten Verbreitung soziologischen Wissens hat und Überlegungen zum Einsatz von Bildern zu diesem Zweck anstellt. Sie benutzt selbst auch solche visuelle Mittel in ihrem Buch *Women and the New Society* (Lütkens 1946).

Darüber hinaus verfolgt sie generell einen interdisziplinären Ansatz und folgt damit nicht dem Trend der Differenzierung und Spezialisierung in der Nachkriegszeit. Sie zählt z. B. ihre eigene Arbeit selbst zur »politischen Soziologie« und ist in den Standesorganisationen beider Disziplinen, sowohl der Soziologie als auch der Politikwissenschaft, tätig.⁶⁴ Zudem verfasst sie Arbeiten zur Wirtschaftssoziologie, während nach 1945 generell eine Auseinanderentwicklung von Soziologie und Nationalökonomie zu erkennen ist (Lepsius 1979. S. 31), und beachtet in ihren Arbeiten die historische Dimension, weshalb man sie zur historischen Soziologie zählen kann. Dies alles sind Gründe, das Werk von Lütkens in das Gedächtnis der Disziplin aufzunehmen.

Archivmaterial

Adolph Lowe Nachlass, Sozialwissenschaftliches Archiv Konstanz.

Digitales Archiv der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Sozialwissenschaftliches Archiv Konstanz.

Edward Shils Papers, Special Collections Research Center, University of Chicago Library.

⁶³Hannah Meuter ist zwar bei der Gründung der DGS 1946 involviert, aber auf den Tagungen der DGS später nicht mehr präsent (Wobbe 1997b).

⁶⁴Lütkens (1963, S. 200, S. 202) kritisiert in ihrer Besprechung von Ernst Fraenkels Buch *Das amerikanische Regierungssystem* gerade die Versuche der Separierung der beiden Fächer voneinander: »Überhaupt will uns *Fraenkels* Bemühungen, Politische Wissenschaft und Soziologie gegeneinander abzugrenzen, ja gelegentlich gegeneinander auszuspielen, manchmal etwas forciert erscheinen.«

Ernst Manheim Nachlass, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz.

Karl Mannheim Sammlung, Sozialwissenschaftliches Archiv Konstanz.

London School of Economics and Political Science Archive, London.

Papers of Viola Klein, Special Collections Services, University of Reading.

Records of German Educational Reconstruction, Institute of Education Library and Archives, University College London.

Sigmund Neumann Nachlass, Deutsches Exilarchiv 1933–1945, Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt.

Verlagsarchiv Mohr-Siebeck, Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek zu Berlin, Berlin.

Literatur

- Anderson, J. (1978). 'GER': A Voluntary Anglo-German Contribution. In: A. Hearnden (Hrsg.), *The British in Germany. Educational Reconstruction after 1945* (S. 253–267). London: Hamilton.
- Beveridge, Lord W. H. (1946). *Vollbeschäftigung in einer freien Gesellschaft. Eine Zusammenfassung*. Hamburg: Verlag für Wirtschaft und Sozialpolitik.
- Blomert, R. (1999). *Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit*. München: Hanser.
- Borries-Pusback, B. v. (2002). *Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945–1955*. Opladen: Leske + Budrich.
- Brinkmann, C. (1927). *Demokratie und Erziehung in Amerika*. Berlin: Fischer.
- Demm, E. (1999). *Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers 1920–1958*. Düsseldorf: Droste.
- Eisermann, D. F. (1996). *Zwischen Außenpolitik und Wissenschaft. Entstehung und Geschichte der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik (1945/55 bis 1972)*. Diss. Bonn.
- Eßlinger, H. U. (1997). Interdisziplinarität. Zu Emil Lederers Wissenschaftsverständnis am InSoSta. In: R. Blomert/H. U. Eßlinger/N. Giovannini (Hrsg.), *Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958* (S. 117–158). Marburg: Metropolis.
- Fleck, C. (2007). *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gehlen, A./Schelsky, H. (Hrsg.) (1955). *Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde*. Düsseldorf: Eugen Diederichs.
- Gildemeister, R./Hericks, K. (2012). *Geschlechtersoziologie. Theoretische Zugänge zu einer vertrackten Kategorie*. München: Oldenbourg.
- Heberle, R. (1929). *Über die Mobilität der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten*. Jena: Fischer.
- Heberle, R. (1930). Neuere Amerika-Literatur. *Weltwirtschaftliches Archiv* 32, 11–23.

- Hein, P. U. (1986). Nachwort. In: C. Lütkens, *Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch* (S. 191–197). Münster: Lit.
- Johannesson, J. (1959). Lütkens, Charlotte. In: W. Bernsdorf/H. Knospe (Hrsg.), *Internationales Soziologenlexikon* (S. 333). Stuttgart: Enke.
- Johannesson, J. (1980). Lütkens, Charlotte. In: W. Bernsdorf/H. Knospe (Hrsg.), *Internationales Soziologenlexikon. Band 1: Beiträge über bis Ende 1969 verstorbenen Soziologen*, 2., überarb. Aufl. (S. 258–259). Stuttgart: Enke.
- Kersting, C. (1994). Erziehungswissenschaft in Hamburg nach 1945. Zum Umgang der Disziplin mit Emigranten. *Zeitschrift für Pädagogik* 40, 745–763.
- Klein, V. (1946). *The Feminine Character: History of an Ideology*. London: Paul Trench & Co.
- König, R. (2000). *Briefwechsel*, Bd. 1, hrsg. v. M. und O. König. Opladen: Leske & Budrich.
- Lasswell, H. D. (1947). *The Analysis of Political Behaviour. An Empirical Approach*. London: Kegan Paul, Trench, Trubner.
- Lenger, F. (2018). *Globalen Kapitalismus denken. Historiographie-, theorie- und wissenschaftsgeschichtliche Studien*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Le Play House (1939). *The Annual Report of the Institute of Sociology for the Years 1937*. London: Le Play House.
- Lepsius, M. R. (1979). Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967. In: G. Lüschen (Hrsg.), *Deutsche Soziologie seit 1945* (S. 25–70). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ludyga, H. (2016). *Otto Kahn-Freund (1900–1979). Ein Arbeitsrechtler in der Weimarer Zeit*. Berlin: De Gruyter.
- Lütkens, C. (1925). *Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch*. Frankfurt a. M.: Frankfurter Societäts-Druckerei.
- Lütkens, C. (1929a). Europäer und Amerikaner über Amerika. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 62, 111–128.
- Lütkens, C. (1929b). *Staat und Gesellschaft in Amerika. Zur Soziologie des amerikanischen Kapitalismus*. Tübingen: Mohr.
- Lütkens, C. (1930). Demokratie und öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten. In: *Soziologische Studien. Zur Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart. Alfred Weber gewidmet* (S. 190–206). Potsdam: Alfred Protte.
- Lütkens, C. (1932a). Die Amerikalegende. *Sozialistische Monatshefte* 38(1), 45–50.
- Lütkens, C. (1932b). Über Kapital und Arbeit in den Vereinigten Staaten während der Krise. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 67, 350–371.
- Lütkens, C. (1933). Amerika in der Krise. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 69, 735–744.
- Lütkens, C. (1939). Enrollments at German Universities since 1933. *Sociological Review* 31, 194–209.
- Lütkens, C. (1946). *Women and a New Society. With 14 pictorial charts in colour designed by the Isotype Institute and 70 photographs*. London: Nicholson & Watson.
- Luetkens, C. (1947). Editorial Note. In: H. D. Lasswell, *The Analysis of Political Behaviour. An Empirical Approach* (International Library of Sociology and Social Reconstruction) (S. VII–VIII). London: Keagan Paul, Trench, Trubner.

- Lütkens, C. (1948). The Myth of the Small Group. In: E. Salin (Hrsg.), *Festgabe für Alfred Weber* (S. 251–279). Heidelberg: Schneider.
- Lütkens, C. (1955). Rezension von Gerhard Stalling »Die Frau in unserer Zeit«. *Zeitschrift für Politik. Neue Folge* 2(4), 381–382.
- Lütkens, C. (1956). Die kleine Gruppe – Legende und Wirklichkeit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 8, 426–449.
- Lütkens, C. (1959a). Über Wesen und Funktion des Auslandsbildes. In: Dies./W. Karbe (Hrsg.), *Das Bild vom Ausland. Fremdsprachliche Lektüre an höheren Schulen in Deutschland, England und Frankreich* (S. 11–30). München: Oldenbourg.
- Lütkens, C. (1959b). Das Deutschlandbild englischer Oberschüler auf Grund der Schullektüre. In: Dies./W. Karbe (Hrsg.), *Das Bild vom Ausland. Fremdsprachliche Lektüre an höheren Schulen in Deutschland, England und Frankreich* (S. 144–156). München: Oldenbourg.
- Lütkens, C. (1959c). Die Familienverhältnisse der weiblichen Bundestagsabgeordneten. *Zeitschrift für Politik. Neue Folge* 6(1), 58–61.
- Lütkens, C. (1959d). Die Schule als Mittelklasseinstitution. Non scholae set vitae. In: P. Heintz (Hrsg.), *Soziologie der Schule* (Sonderheft 4 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) (S. 22–39). Köln: Westdeutscher Verlag.
- Lütkens, C./Karbe, W. (1959). Englische Lesestoffe in der höheren Schule. In: Dies. (Hrsg.), *Das Bild vom Ausland. Fremdsprachliche Lektüre an höheren Schulen in Deutschland, England und Frankreich* (S. 170–176). München: Oldenbourg.
- Lütkens, C. (1961). Bemerkungen zu Helmut Schelsky »Die skeptische Generation«. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 13, 126–140.
- Lütkens, C. (1963). Rezension von Ernst Fraenkel »Das amerikanische Regierungssystem«. *Politische Vierteljahresschrift* 4(2), 200–202.
- Lütkens, C. (1965). Visuelle Parteigeschichte. *Politische Vierteljahresschrift* 6(1), 101–103.
- Lütkens, C. (1986). *Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch*. Münster: Lit.
- Lütkens, G. (1922). Das Kriegsproblem und die Marxistische Theorie. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 49, 467–517.
- Lütkens, G. (1930). Staat und Außenpolitik. In: *Soziologische Studien. Zur Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart. Alfred Weber gewidmet* (S. 207–216). Potsdam: Alfred Protte.
- Mannheim, K. (1928). Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte* 7, 156–185, 309–330.
- Mannheim, K. (1935). *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*. Leiden: Sijthoff.
- Mannheim, K. (1936). *Ideology and Utopia. An Introduction to the Sociology of Knowledge*, with a Preface by L. Wirth. London: Kegan Paul, Trench, Trubner.
- Mannheim, K. (1943). *Diagnosis of Our Time. Wartime Essays of a Sociologist*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Mannheim, K. (1964). *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*. Neuwied: Luchterhand.
- Mannheim, K./Stewart, W.A.C. (1962). *An Introduction to the Sociology of Education*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Mannheim, K./Stewart, W.A.C. (1973). *Einführung in die Soziologie der Erziehung*. Düsseldorf: Schwann.
- Mendelsohn, C. (1921). *Wandlungen des liberalen England durch die Kriegswirtschaft*. Tübingen: Mohr.

- Moebius, S. (2022). Soziologie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland. In: K. Acham/ Ders. (Hrsg.), *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Ihre Hauptströmungen und zentralen Themen im deutschen Sprachraum*, Bd. 1 (S. 31–176). Wiesbaden: Springer VS.
- Neun, O. (2018). *Zum Verschwinden der deutschen öffentlichen Soziologie. Die Geschichte des Verhältnisses von Soziologie und Öffentlichkeit nach 1945 bis zur Gegenwart*. Baden-Baden: Nomos.
- Neurath, O. (1973). *Empiricism and Sociology*, hrsg. v. M. Neurath und R. S. Cohen. Dordrecht: Reidel Publishing Company.
- Ogburn, W. F./Nimikoff, M. F. (1947). *A Handbook of Sociology*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Plessner, H. (1985). Wissenschaft und moderne Gesellschaft (1961). In: *Gesammelte Schriften X. Schriften zur Soziologie und Sozialphilosophie* (S. 241–249). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Röder, W. (1968). *Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Grossbritannien. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus*. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen.
- Röder, W./Strauss, H. A. (Hrsg.) (1980). *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben*. Saur: München.
- Sayers, J. (1989). New Introduction. In: V. Klein, *The Feminine Character. History of an Ideology*, 3. Aufl., with a New Introduction by J. Sayers (S. IX–XXXIV). London: Routledge.
- Schäfer, G. (2013). Helmut Schelsky und die Soziologie am Ende der 50er Jahre – eine »Ortsbestimmung«. In: A. Gallus (Hrsg.), *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption* (S. 184–205). Göttingen: Wallstein Verlag.
- Schäfer, G. (2015). *Soziologie ohne Marx. Helmut Schelsky als »Starsoziologe« und Intellektueller im Hamburg der 1950er Jahre* (Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2015). Hamburg: VSA Verlag.
- Schelsky, H. (1957). *Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend*. Düsseldorf u. Köln: Eugen Diderichs.
- Schippel, M. (1921). Vorwort. Sozialisierung und Abbau, Arbeiterbewegung und Bergarbeiterstreik in England. In: C. Lütkens, *Ausbau und Abbau der Kohlenplanwirtschaft in England*, mit einem Vorwort von M. Schippel (S. III–VII). Dresden: Jahn & Jaensch.
- Strzelewicz, W. (1966). Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. In: Ders./H.-D. Raapke/W. Schulenberg, *Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein. Eine mehrstufige soziologische Untersuchung in Westdeutschland* (S. 1–38). Stuttgart: Enke.
- Vleugels, W. (1932). Sozialwissenschaftliche Abhandlungen zu Ehren Alfred Webers. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 67, 215–225.
- Voegelin, E. (1930). Rezension von Charlotte Lütkens »Staat und Gesellschaft in Amerika«. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 63, 648–653.
- Walther, A. (1930). Rezension von Erich Voegelin »Über die Form des amerikanischen Geistes« und Charlotte Lütkens »Staat und Gesellschaft in Amerika«. *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft* 89, 162–166.
- Weber, A. (Hrsg.) (1955). *Einführung in die Soziologie*. München: Piper.
- Williams, G. (1945). *Women and Work. With 13 pictorial charts in colour designed by the Istock Institute and 45 photographs*. London: Nicholsen & Watson.

- Wirth, L. (1930/1931). Rezension von Charlotte Lütkens »Staat und Gesellschaft in Amerika«. *Kölner Vierteljahreshefte* 9, 207–210.
- Wobbe, T. (1997a). Akademisches Gedächtnis und Wissenstransfer. Heidelberg, Prag, London. In: R. Blomert/H. U. Eßlinger/N. Giovannini (Hrsg.), *Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958* (S. 429–450). Marburg: Metropolis.
- Wobbe, T. (1997b). *Wahlverwandtschaften. Die Soziologie und die Frauen auf dem Weg zur Wissenschaft*. Frankfurt a. M.: Campus.



Zum analytischen Profil der Soziologie von M. Rainer Lepsius und ihrer Bedeutung für eine sozio-historische Strukturanalyse der Gesellschaft Deutschlands

Martin Endreß

1 Auftakt: Werk und Wirkung

Mario Rainer Lepsius (8. Mai 1928 bis 2. Oktober 2014) als Klassiker der zweiten Generation der bundesdeutschen Soziologie zu betrachten, diese Zuordnung ist in einem doppelten Sinne ein Ehrentitel. Denn neben der Klassizität seines Werkes hat kaum einer seiner Generationsgenossen – Oevermann bezeichnet sie als die »Nie-wieder«-Generation« der 1918 bis 1931 Geborenen (Oevermann 2015, S. 7) – derart intensiv die (Institutionen-) Geschichte der Soziologie in Deutschland mitgeschrieben und mitgestaltet, wie dies für Mario Rainer Lepsius gilt.¹ Im engeren Sinne gehört Lepsius innerhalb dieser Generation sogar zum Kreis der sog. »Flakhelfer-Generation«, also der Geburtsjahrgänge von 1926 bis 1928, die ab 1942 (die 1928 Geborenen ab August 1944)

¹Vgl. zur Würdigung von Lepsius die Beiträge von Bach (2008), Borchert (2017 [2014]), Kocka (2015), Langewiesche (2016), Oevermann (2015), Schluchter (1998, 2015) und Sterbling (2008). Darüber hinaus einige Beiträge in der Lepsius zum 80. Geburtstag gewidmeten Festschrift unter dem Titel *Soziale Konstellationen und historische Perspektive* (Sigmund et al. 2008).

M. Endreß (✉)
Universität Trier, Trier, Deutschland
E-Mail: endreß@uni-trier.de

in der Wehrmacht, bei der Luftwaffe und in der Kriegsmarine für die Abwehr von Luftangriffen der Alliierten eingesetzt wurden (vgl. dazu Bude 1987).²

Die eminente Bedeutung von Mario Rainer Lepsius für die Entwicklung des Profils der Soziologie in Deutschland lässt sich kurz an vier besonderen Etappen seines Lebensweges verdeutlichen:

Den Auftakt bildet dafür wohl seine im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft erstellte *Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft* im Jahr 1961 (vgl. Lepsius 1961, auszugsweise in 2017, S. 137–169), in der er den Stand beider Disziplinen reflektiert und konkrete Vorschläge für ihren universitären Ausbau entfaltet (vgl. für weitere Arbeiten zu Lage und Aufgabe der Soziologie: Lepsius 2017). Sodann fungiert Lepsius – *zweitens* – in den Jahren von 1971 bis 1974 als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und zeichnet in dieser Funktion verantwortlich nicht nur für die Gründung des Professionsorgans »Soziologie« (vgl. Lepsius 1972), sondern auch für den »17. Deutschen Soziologentag« in Kassel 1974. Es ist die Zusammenkunft der Zunft, auf der lange sechs Jahre nach dem Vorgängerkongress im Jahr 1968 mit einem »Theorievergleich« eine »Zwischenbilanz der Soziologie« im Gefolge der bewegten und auch das Fach selbst bewegenden Jahre versucht wird (vgl. Lepsius 1976a).³ *Drittens* sind hier die von Lepsius veröffentlichten Reflexionen zur disziplinären Geschichte der Soziologie in den Jahren 1933–1945 (vgl. dazu Lepsius 1981a) sowie nach 1945 (Lepsius 1979; vgl. ebenso Lepsius 2017, S. 3–136) zu erwähnen sowie schließlich *viertens* das Engagement für den Aufbau der Soziologie-Institute nach 1989 in den damaligen neuen Bundesländern und die kontinuierliche Begleitung dieses Prozesses in einschlägigen Reflexionen (vgl. dazu Lepsius 2017, S. 275–367 sowie 497–507).

Biographische Erfahrung und überlieferte Werkgestalt formieren sich im Falle von Mario Rainer Lepsius aber auch noch in einer anderen Hinsicht: Mit Karl Mannheims Trias für eine soziologische Generationenanalytik (also der Auf-

²Dieser Hinweis erfolgt ungeachtet der von Lepsius' formulierten Skepsis gegenüber dem Generationenbegriff (vgl. Lepsius 1981b, 2005). Hinweise, denen andererseits Bezüge auf eine »Generationsgemeinschaft« in systematischer Absicht durchaus gegenüberstehen (vgl. bspw. Lepsius 1976a, S. 9). Über die generationellen Formationsbedingungen wäre gesondert nachzudenken, was im vorliegenden Zusammenhang nicht möglich ist (vgl. dazu auch Henrich 2006 [1996]).

³Dazu Lepsius' dortige Eröffnungsansprache sowie seine skeptische Beurteilung der »forschungspolitischen Situation der Soziologie« (1976a, 1976b, jeweils wiederabgedruckt in: Lepsius 2017, S. 209–236).

stufung von Generationslagerung, Generationszusammenhang und Generationseinheit)⁴ lässt sich für Lepsius und seine Generationsgefährten festhalten, dass die biographische Nähe der Jahrgänge, die gemeinsame Erfahrung eines Zivilisationsbruches (NS-Regime und Zweiten Weltkrieg) und die reflexive Verarbeitung dieses Zivilisationsbruches in Distanzierung zur Vorgängergeneration als Dauerreflexion des Erfahrenen die Werkgestalt formierte.⁵

Beides, »habituelle Distanzierung« und wissenschaftliche Dauerreflexion formten Lepsius' dominierendes Lebensthema: Demokratie und die Institutionalisierungsbedingungen für gelingende Demokratisierungsprozesse. Ich formuliere dies so, weil – *erstens* – Lepsius auch die frühen Themen, denen sich er selbst (und seine Generationsangehörigen mit ihm) widmete,⁶ als »die Kontrastthemen zum Nationalsozialismus« begriff (Lepsius 2008, S. 35) und damit als Teil der Aufklärungsmission der Soziologie, die »nach der nominalen Entnazifizierung, nach der Identifizierung der Verbrechen [dann] die kognitive Grundstruktur zu verändern« hatte (Lepsius 2008, S. 35). Darüber hinaus sehe ich im Zusammenhang von Demokratie und deren Institutionalisierungsbedingungen das zentrale Lebensthema von Lepsius auch deshalb, weil – *zweitens* – m. E. drei zentrale institutionelle Arrangements, denen Lepsius im Rahmen seines Werkes wesentliche Beiträge gewidmet hat, unter diesem Label sinnvoll rubriziert werden können:

⁴Mannheim begreift diese Stufung als Konstitutionszusammenhang hin zu einer »Generationseinheit«: Während sich eine *Generationslagerung* danach durch die Elemente der chronologischen Gleichzeitigkeit und Zugehörigkeit zum selben historisch-sozialen Raum – in derselben historischen Lebensgemeinschaft – zur selben Zeit konstituiert, also lediglich das Potential für die Ausbildung einer Generationseinheit darstellt, formiert sich ein *Generationszusammenhang* erst dann, wenn zusätzlich dazu die Partizipation an den gemeinsamen Schicksalen dieser historisch-sozialen Einheit erfahrbar wird. Eine *Generationseinheit* schließlich stellt demgegenüber für Mannheim eine noch viel konkretere Verbundenheit einer Gruppe innerhalb eines Generationszusammenhangs aufgrund einer gemeinsamen Verarbeitung dieser Schicksale dar.

⁵So Lepsius (2008, S. 46 f.): »Soziologie steht in einem dauernden Spannungsverhältnis zur eigenen Alltagswahrnehmung und zu verinnerlichten Wertüberzeugungen. Man muss sich sozusagen persönlich revidieren.« D. h. (Lepsius 2008: 46): »Soziologie [...] ist pure Anstrengung des Begriffes.« Und weiter (Lepsius 2008, S. 48): »Der Zwang, eine soziologische Perspektive zu konstruieren [...] das ist harte Arbeit: die Überführung eines Erfahrungszusammenhangs in einen soziologischen Erkenntnisgegenstand.«

⁶Dafür stehen die Stichworte »Klassen, Mobilität, Industrie, industrielle[r] Konflikt« (vgl. Lepsius 2008, S. 35).

Es sind dies – erneut in letztlich chronologischer Reihenfolge – zum einen die historisch grundierten Studien zum Problem der »Demokratie in Deutschland« (vgl. dazu Lepsius 1990, S. 63–84, 117–152, 232–246, 1993, S. 11–245), zum zweiten seine Analysen zur institutionellen Verarbeitung der Vereinigung Deutschlands nach 1989 (vgl. dazu Lepsius 2013, S. 67–181) und zum dritten die Beiträge zur Justierung des sich entwickelnden komplexen Institutionengefüges der EU (vgl. dazu Lepsius 1990, S. 256–269, 1993, S. 249–285, 2013, S. 185–252).

Die Reflexionen zu diesen drei Phänomenbereichen, denen sich Lepsius ebenso regelmäßig wie kontinuierlich im Rahmen seiner Publikationen zuwandte, werden jeweils gerahmt und orientiert durch seine historisch-informierten Analysen gelingender Institutionalisierungsbedingungen für Demokratien. Diese Orientierung und Lepsius' an Max Weber geschulte soziologische Perspektive bilden den Hintergrund des nachfolgenden Versuchs, die analytische Grundstruktur seines Werkes und ihre Ausdrucksgestalt im Hinblick auf das Thema der Demokratie in den Blick zu nehmen.

Das Werk von Mario Rainer Lepsius begegnet in spezifischer Gestalt: Lepsius hat – wenn man einmal von seiner Habilitationsschrift aus dem Jahr 1963 über die *Soziale Schichtung in der industriellen Gesellschaft* absieht – keine monographischen Ausarbeitungen hinterlassen. Sein Werk liegt vor allem in zahlreichen Aufsätzen vor, die inzwischen in fünf Anthologien in wesentlichen Teilen gesammelt vorliegen (vgl. Lepsius 1990, 1993, 2013, 2016, 2017). Ergänzt wird diese Reihe durch die biographisch-werkgeschichtlichen Gespräche, welche Adalbert Hepp und Martina Löw mit Lepsius im Jahr 2006 führten, und die sie auszugsweise als Interview im Jahr 2008 unter dem bezeichnenden Titel *Soziologie als Profession* publizierten (vgl. Lepsius 2008). Die Wahl der Titel- bzw. Untertitel der angesprochenen Bände sprechen dabei noch einmal für sich und sind eine gesonderte Beachtung wert.

Das gilt zunächst für den kleinen Band *Max Weber und seine Kreise* (Lepsius 2016), in dem Lepsius die klassische Grundlage seines Werkes verhandelt; es gilt für *Interessen, Ideen und Institutionen* (Lepsius 1990), in dem die sich dem Werk Max Webers verdankende grundlegende Analytik entfaltet wird; es gilt drittens für die beiden Aufsatzsammlungen *Demokratie in Deutschland* (Lepsius 1993) und *Institutionalisierung politischen Handelns* (Lepsius 2013a), in denen jeweils Arbeiten zum auch biographisch bedingten Lebensthema im Blick auf Deutschland (gerade nach 1989) und auf die EU versammelt sind;⁷ und es gilt schließlich

⁷Zur Analyse von Institutionalisierungsprozessen generell (vgl. Lepsius 1990, S. 44–62, 2013, S. 11–64); die Analyse von Institutionalisierungsprozessen wird auch zurückgeführt auf Weber (vgl. Lepsius 2016b [2003], S. 14 f., sowie 2016a [1995], S. 20 ff.).

für die »Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland«, so der noch vor seinem Tod von Lepsius bestimmte Untertitel der Sammlung seiner Beiträge unter dem Titel *Soziologie und Soziologen* (Lepsius 2017), in dem Lepsius' reflexive Vergegenwärtigungen des historischen und gegenwärtigen Profils seiner Disziplin in institutioneller und personeller Hinsicht versammelt sind. Fünf Anthologien, die das in Aufsätzen vorliegende Werk weitgehend abdecken und die mit den für sie gewählten Titeln zudem den thematischen Horizont des Werkes von Lepsius m. E. sehr adäquat abbilden.

2 Lepsius' Analytik

Von Anfang an ging es Lepsius nicht um die Entwicklung einer soziologischen Großtheorie – etwa in Konkurrenz zum Unternehmen von Talcott Parsons –, sondern eine Orientierung an der von Robert King Merton (1968) kontrastiv zu Parsons' entworfenen Konzeption von »theories of the middle range« war für ihn maßgeblich (vgl. u. a. Lepsius 2008, S. 52 f., 88, 95). Dabei ist m. E. die doppelte Bedeutung dieser – wenn man so will – konzeptionellen Selbstversicherung wichtig.

Zum einen ermöglicht sie eine systematische Rekonstruktion des analytischen Profils von Lepsius' historisch-soziologischen Untersuchungen sowohl für weitere Forschungen in diesem Geiste als auch für die Untersuchung der Soziologiegeschichte: »Ohne eine präzise Bestimmung, was als Soziologie gelten soll, kann [...] keine Geschichte der Soziologie geschrieben werden.« (Lepsius 2008, S. 37) *Zum anderen* erscheint eine solche systematisierende Rekonstruktion für ein Verständnis der deutschen Gegenwart ertragreich. Entsprechend hatte Lepsius eine fachpolitische Mahnung zum Abschluss seiner Überlegungen zu »Eigenart und Potential des Weber-Paradigmas« formuliert: »So unerlässlich die beständige ›Vermessung‹ des sozialen Lebens in immer neuen empirischen Untersuchungen ist, dies sollte nicht zu einer Fragmentierung des ›Erkenntniswertes der einzelnen Tatsachen‹ führen. Schließlich haben wir inzwischen die Erfahrung des national-sozialistischen ›Gefolgsmannes‹, des kommunistischen ›Parteigängers‹ und des fundamentalistischen ›Terroristen‹ machen müssen.« (Lepsius 2016b [2003], S. 18) In diesem Sinne geht es Lepsius um einen s. E. wohl abgewogenen Mittelweg zwischen großtheoretischen Phantasien und erbsenzählender »Variablensoziologie« (Lepsius 2008, S. 54).

Stellt man nun die Frage nach der das Werk von Mario Rainer Lepsius prägenden Analytik, so fällt zumeist und vor allem der Blick zunächst auf die

Trias von *Interessen, Ideen, Institutionen*. Diese Trias, seiner lebenslangen Auseinandersetzung mit dem Werk Max Webers abgerungen und titelgebend für den ersten Band ausgewählter Aufsätze aus dem Jahr 1990, stand sicherlich immer wieder im »Zentrum seines soziologischen Denkens«, so Ulrich Oevermann in seinem Nachruf (Oevermann 2015, S. 14). Diese Trias von Interessen – Ideen – Institutionen bildet das Reflexionsdreieck, das Lepsius explizit nutzt, wenn er in seinen Arbeiten Formationsbedingungen und wechselseitige Verflechtungen sozio-struktureller [Interessen], sozio-kultureller [Ideen] und sozio-politischer [Institutionen] Perspektiven auf historische Konstellationen zum Gegenstand seiner Untersuchungen machte (vgl. dazu unten unter Kap. 3 – erste Analyse-dimension und unter Kap. 4).

Gleichwohl – so die hier leitende Überzeugung – bildet diese Trias nicht das Gesamt des Profils von Lepsius' Denken ab. Dieses Gesamt lässt sich m. E. adäquater unter dem Titel einer »Konstellationsanalyse« fassen. Die Wahl dieses Titels verdankt sich nicht nur seiner Erwähnung bei Lepsius im Untertitel des Bandes *Demokratie in Deutschland* aus dem Jahr 1993 (»Soziologisch-historische Konstellationsanalysen«) und Lepsius' Resümee in einer seiner Studien zum Werk Max Webers (»Webers Interesse gilt den Konstellationen und [...] den Varianzen von Konstellationen« (Lepsius 2016b [2003], S. 8, vgl. auch 2008, S. 51, 55, 58). Sondern auch jenseits dieser eindeutigen Hinweise im Werk selbst ist die Wahl dieses Titels zur Charakterisierung der soziologischen Analytik und Perspektive von Lepsius in spezifischer Weise zugleich dem geschuldet, was man den ‚Heidelberger Geist‘ nennen kann. Und dieser ‚Geist‘ ist nicht nur der Max Webers, sondern ebenso – und in begrifflicher Hinsicht insbesondere – derjenige des Philosophen Dieter Henrich, der vornehmlich seine umfassenden Studien zur Entstehungsgeschichte des Deutschen Idealismus unter den Titel der »Konstellationsforschung« gestellt hat (s. bes. Henrich 1991, 2005; vgl. dazu Mulsow und Stamm 2005).⁸

Die – wenn man so will – analytische Grammatik des Werkes von Lepsius kommt in seinen Beiträgen stets nur eher implizit zum Ausdruck. Sie scheint in einzelnen Formulierungen und Erwähnungen auf und wird solchermaßen jeweils nur partiell deutlich. Eine auch nur annähernd zusammenfassende

⁸Wobei, das sei hier angefügt, um keine Spekulationen über das Verhältnis von Henrich und Lepsius aufkommen zu lassen, sich die Wirkungskreise beider zu keiner Zeit in Heidelberg überschritten haben: Während Dieter Henrich 1981 Heidelberg gen München verließ, wechselte Lepsius – aus Mannheim kommend – erst im selben Jahr an die Universität Heidelberg. Und ebenso zitiert Lepsius Henrich selten (vgl. bspw. Lepsius 2016, S. 243).

Darstellung liegt aus Lepsius' Feder nicht vor. Entsprechend formen sich die mit seinem Werk verbundenen Topoi sozio-historischer Konstellationsanalysen (die »Institutionenanalyse«, die »intermediären Gruppen«, die »sozio-moralischen Milieus«, die Trias »Interessen-Ideen-Institutionen«, das Stichwort der »Rationalitätskriterien«) nicht unmittelbar zu einer durchkomponierten Analytik oder gar »Theorie«. Das hat Lepsius seinerseits selbst stets bedauert.⁹ Die folgenden Überlegungen verstehen sich deshalb als ein Versuch der Explikation dieser Analytik – oder zumindest zentraler Teile dieser.

Lepsius' Analysen fragen generell nach der soziologischen »Strukturbedeutung« (Lepsius 1993g [1983], S. 141 f.) sozio-historischer Konstellationen. Und diese zeichnen sich, darauf liegt in den nachfolgenden Darlegungen das schwerpunktmäßige Interesse, in den zahlreichen Beiträgen von Mario Rainer Lepsius zur – wie er formuliert – »Strukturanalyse der deutschen Gesellschaft« (Lepsius 1993g [1983], S. 139) ab.

Lepsius' Hinweis auf die »Strukturbedeutung« gilt es deshalb meines Erachtens – auch unter Zugrundelegung der heuristischen Unterscheidung von Ideen, Interessen und Institutionen –, für eine historisch-soziologische Aufklärung über *Demokratie als Lebens-, Sozial- und Herrschaftsform* zu untersuchen. So formuliert er im Vorwort zum 1993 erschienenen Band über die *Demokratie in Deutschland*: »Demokratie [als *Idee*] ist eine politische Ordnung, die durch intermediäre Strukturen *Interessenpluralität* und öffentliche Konflikt austragung ermöglicht [wird] und individuelle Freiheitsräume *institutionell* sichert« (Lepsius 1993, S. 7, Hervorhebungen ME).¹⁰ Demokratie in dieser dreifachen Perspektivierung – als Idee [Lebensform], Interesse [Sozialform] und Institution [Herrschaftsform] – ist, das soll hier nachfolgend gezeigt werden, das Thema von Mario Rainer Lepsius, das ihm stets vorschwebte.

Lepsius' programmatischer Beitrag dazu ist zunächst der Aufsatz »Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem« (1969), die Verschriftlichung seines Vortrages in den Konstellationen einer Bruchstelle der deutschen Geschichte: dem Jahr 1968, konkret auf dem 1968er Soziologentag. Das Thema

⁹Einer der langjährigen Mitarbeiter von Lepsius berichtete, dass dieser stets sogar ein wenig darunter gelitten habe, dass er eine Gesamtdarstellung seiner soziologischen Perspektive nicht zu Papier zu bringen vermochte.

¹⁰Dabei scheint eine nähere Bestimmung des Verhältnisses dieser Trias zu den jeweiligen analytischen Ebenen noch erforderlich. Vgl. für die Ursprünge der Trias bei Weber: Schluchter (2008) – wobei dort der Bezug auf Lepsius' Arbeiten allerdings eher schmal bleibt.

kontinuieren dann insbesondere zwei weitere Aufsätze: zum einen derjenige »Zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1972–1977« von 1979 (publiziert also während der Hochphase der ersten Generation der RAF), zum anderen der Beitrag: »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches‹« aus dem Jahr 1989, also im Jahr des sog. »Falls« der Berliner Mauer.

Mit zwei eindringlichen methodisch-methodologischen Mahnungen rahmt Lepsius diese historisch-soziologischen Konstellationsanalysen zur Demokratie in Deutschland: einmal mit dem Hinweis auf die erforderliche historische Tiefenschärfe entsprechender Analysen (Lepsius 1993b [1969], S. 13), zum anderen mit dem Hinweis auf das notwendige Überschreiten einer nationalen Containerperspektive (Lepsius 1993b [1969], S. 23 f.; 1993g [1983] S. 140). Der damit gebotenen doppelten Hinwendung zu einer historisch informierten wie international vergleichenden Perspektive kann im vorliegenden Rahmen – aus pragmatischen und systematischen Gründen – allerdings nur eingeschränkt entsprochen werden. Der Werkgestalt von Lepsius folgend beschränken sich die entsprechenden Bemerkungen historisch auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und komparativ auf die Gesellschaft der DDR.

In einem ersten Schritt sollen nun – wesentlich als Ertrag einer erneuten Lektüre des bereits angesprochenen programmatischen Beitrages von Lepsius aus dem Jahr 1969 über die »Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem« – zunächst *fünf* »Analysedimensionen«¹¹ in dem von dort entfalteten Zugriff für die historisch-soziologische Konstellationsanalyse als Beobachtungsinstrumentarium wie Heuristik differenziert werden. Im Überblick lassen sich diese folgendermaßen zunächst kurz vorstellen:

Erste Dimension: In dieser geht es um das jeweils historisch-empirisch festzustellende Verhältnis von sozio-strukturellen Rahmenbedingungen, politisch-rechtlichen Institutionalisierungen und kulturellen Ordnungsideen bzw. Orientierungsmustern im Rahmen einer sozio-historischen Konstellation.

Zweite Dimension: Sie umfasst die typologische Unterscheidung von zwei Verhältnisbestimmungen der drei in der ersten Dimension verzeichneten Perspektiven: einer Interdependenzannahme zwischen ihnen auf der einen und einer Indifferenzannahme zwischen ihnen auf der anderen Seite.

Dritte Dimension: Diese entfaltet die typologische Unterscheidung von manifesten und latenten Aspekten sozio-historischer Konstellationen.

¹¹Der Terminus »Analysedimensionen« wird ebenso von Lepsius selbst verwendet (vgl. Lepsius 2008, S. 56).

Vierte Dimension: In einem weiteren Schritt geht es um die spezifische Ausprägung dieser Konstellationen, die jeweils der Ausgestaltung der konkreten Konfiguration und Struktur der »Vermittlungsprozesse« (Lepsius 1993b [1969], S. 17) in einer Gesellschaft geschuldet ist, die Lepsius unter dem Titel »intermediäre Gruppen« bzw. »intermediäre Organisationen« oder »intermediäre Strukturen« verhandelt.

Fünfte Dimension: Ein abschließender Schritt analysiert die Form der »Institutionalisierungen von Konflikten« in den solchermaßen identifizierten sozio-historischen Konstellationen.

Für den methodologischen Zuschnitt der sozio-historischen Konstellationsanalysen formuliert Lepsius dabei den Imperativ: »Der Aufweis von über die Zeit konstanten [...] Topoi impliziert [...] noch nicht ihre konstante Funktion. Die Funktionsbedeutung einer Analysedimension ist also weitgehend von der Konstellation anderer Elemente des Gesellschaftssystems abhängig und daher über die Zeit variabel.« (Lepsius 1993g [1983], S. 142) Es ist somit die konstellationsspezifische Verschränkung dieser fünf Analysedimensionen, die allererst über den Zuschnitt einer sozio-historischen Signatur potentiell aufzuklären vermag.

3 Die fünf Analysedimensionen im Einzelnen

Im Folgenden sollen die fünf rekonstruktiv unterschiedenen Dimensionen von Lepsius' Analytik *en detail* thematisiert werden:

Leitend für Lepsius' soziologische Reflexionen ist – diese Unterscheidung ist in einer *ersten Analysedimension* angesiedelt – das jeweils historisch-empirisch zu erhebende Verhältnis von drei Aspekten:

- sozio-strukturellen Rahmenbedingungen,
 - politisch-rechtlichen Institutionalisierungen und
 - kulturellen Ordnungsideen bzw. Orientierungsmustern
- (vgl. bspw. Lepsius 1993b [1969], S. 12, 16, 24, 1993e [1979], S. 175, 1993g [1983], S. 135, 139, 142).¹²

¹²Letztlich scheint mit dieser Trias eine Aufnahme und dann eben auch Soziologisierung der Überlegungen klassischer vertragstheoretischer Argumentationen über den Zusammenhang von gesellschaftlichen Verhältnissen, politischer Ordnung und sog. »natürlicher Menschlichkeit« bspw. bei Jean-Jacques Rousseau und Adam Smith zum Ausdruck zu kommen.

Diese Bestimmung von drei Aspekten jeder gesellschaftlichen Ordnung bei Lepsius verweist offenkundig auf die Dreiheit der Reflexionsperspektiven einer vollständigen soziologischen Analyse, die Max Weber mit seiner Unterscheidung von sozio-ökonomischer, sozio-politischer und sozio-kultureller Ebene vor-schwebte (vgl. u. a. Weber 1988 [1904]). Diese Trias nimmt bei Weber in der von Lepsius rekonstruierten Form folgende Gestalt an:

- in *sozio-struktureller Hinsicht* thematisiert Lepsius vor allem wachsende soziale Ungleichheiten: fortschreitende Gleichheits- oder Gleichwertigkeitserwartungen werden durch objektive Umverteilungsprozesse massiv unterlaufen und damit als biographische Perspektiven entwertet – ein Phänomen konstitutiver Ungleichzeitigkeit. Lepsius spricht regelmäßig von der »sozialen Struktur« oder von »sozialen Strukturbedingungen« (Lepsius 1993b [1969], S. 14, S. 22, S. 24), die für ihn dann nicht zuletzt u. a. ökonomischer Natur sind;
- in *sozio-politischer (und rechtlicher) Hinsicht* steht das wachsende Misstrauen gegenüber politischen Parteien und Institutionen im Fokus. Leitend ist die Annahme, dass die steigende Wahrnehmung gesellschaftlicher wie politischer Komplexität erhebliche Erwartungen an die Gestaltungspotentiale politischer Entscheidungsträger mit sich bringt, die zugleich fortgesetzt durch den Verweis auf ebendiese Komplexität enttäuscht werden – ein Phänomen konstitutiver Ungleichzeitigkeit;
- in *sozio-kultureller Hinsicht* schließlich geht es im Kern um die legitimatorische Überforderung durch fortschreitende Wertgeneralisierung und deren alltagspraktische Umsetzungserfordernisse. Danach lässt überhaupt erst die fortschreitende Heterogenisierung der Welt den alltäglichen Anforderungsdruck universalistischer Basisnormen erleben, also als eminente Herausforderung gewahr werden – erneut ein Phänomen konstitutiver Ungleichzeitigkeit: Denn deren Explikation im schützenden Kontext national-staatlich etablierter politischer Systeme kontrastiert die gleichzeitige forcierte Einforderung jener Normen unter Wegfall dieses Mantels.

Es ist m. E. unschwer zu erkennen, dass dieser ersten Dimension für Lepsius analytische Priorität zukommt. Denn sie entfaltet den triadischen Rahmen von Interessen (in sozio-struktureller Hinsicht), Ideen (in sozio-kultureller Hinsicht) und Institutionen (in sozio-politischer Hinsicht), in den sich die folgenden vier Analysedimensionen einbinden und diese auf konkrete Problembezüge zuspitzen.

Die Frage nach den sozio-historisch je konkret zu bestimmenden Ausprägungen des Verhältnisses von sozialen Strukturen, politischer Ordnung und kulturellen Orientierungsideen erweitert Lepsius sodann in einer *zweiten Analyse-dimension* durch die typologische Unterscheidung von zwei möglichen Verhältnisbestimmungen dieser drei Perspektiven: einer *Interdependenzannahme* auf der einen Seite und einer *Indifferenzannahme* auf der anderen Seite.

Während sich erstere, also die Interdependenzannahme, typischerweise von selbst als eine soziologische Reflexionsperspektive versteht, ist letztere, also die Indifferenzannahme, zunächst erläuterungsbedürftig. Sie formuliert – in Aufnahme einer Überlegung von Erwin K. Scheuch (1988 [1965]; vgl. Lepsius 1993b [1969], S. 16–18; 1993g [1983], S. 139) – die »Vermutung [...], daß möglicherweise für ein bestimmtes Problem, etwa politisches Verhalten, bestimmte Elemente einer Gesellschaft, z. B. die Familienstruktur, indifferent sind« (Lepsius 1993b [1969], S. 16).

Historisches Beispiel für diese Annahme sind Lepsius zufolge in der Weimarer Republik *zum einen* »die katholischen Zentrumswähler [...], die unerschütterlich stets das gleiche politische Verhalten an den Tag legten, ob nun mit Bismarck Kirchenkampf herrschte, der Sozialismus die Arbeiter zu organisieren begann, das Kaiserreich zusammenbrach oder die republikanisch-demokratische Verfassung von Weimar zu beschließen war, ob das Zentrum mit den Sozialdemokraten oder den Deutschnationalen eine Regierungskoalition bildete, ob schließlich Hitler vor den Türen stand«; *zum anderen* das Wahlverhalten der schleswigschen Bauern, die »im Kaiserreich liberal, nach dem Ersten Weltkrieg nationalkonservativ, ab 1930 nationalsozialistisch, nach dem Zweiten Weltkrieg mehrheitlich »dänisch«, nämlich den südschleswigschen Wählerverband, und seit 1949 dann CDU« wählten; ein Verhalten, welches deshalb als »Indifferenzphänomen« zu begreifen sei, weil – so Lepsius –

»sich [die gleiche Grundorientierung] in keiner dieser Wahlentscheidungen mit den politischen Programmen der entsprechenden Parteien identifizieren ließe, wenn sie stets das gleiche im Sinn gehabt hätten, nämlich die Konformität zu einem homogenen und dichten regionalen Milieu und die Erhaltung seiner relativen regionalen, kulturellen und sozialen Autonomie, unabhängig von den nationalen Folgen der jeweiligen Wahlentscheidung« (Lepsius 1993b [1969], S. 17).

Mit diesen ersten beiden Analysedimensionen wird von Lepsius somit eine klar relationale Reflexionsperspektive für den von ihm favorisierten Typus sozio-historischer Konstellationsanalysen eingenommen bzw. entfaltet. Ein Hinweis, der an dieser Stelle deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil Lepsius damit

im Rahmen seiner Analytik der vielfach vertretenen Annahme eine Absage erteilt, dass aus Korrelationen sogleich Kausalitäten abzuleiten seien.

In einem weiteren Schritt werden die angeführten ersten beiden Dimensionen um eine *dritte Analysedimension* ergänzt, die die ursprünglich von Robert K. Merton (1995 [1949/68]) entwickelte typologische Unterscheidung von manifesten und latenten Funktionen aufnimmt und entsprechend manifeste und latente Aspekte sozio-historischer Konstellationen unterscheidet (Lepsius 1993b [1969], S. 19, vgl. 1993a [1966], S. 78 f.; vgl. auch nachfolgend unter Abschn. 4.3).

Diese Dimension eröffnet Lepsius den analytischen Freiraum, um latente gesellschaftliche Konflikte, die sich etwa auf der Erfahrungsebene von »Gefühle[n] der Frustration«, des erfahrenen mangelnden Respekts etc. bewegen, nicht nur zu unterscheiden, sondern gerade als potentiell indifferent gegenüber der jeweiligen manifesten Form sozialer Konflikte (etwa in Form von Arbeitskämpfen) zu denken, wie sie sich typischerweise auf der Ebene »politisch wirksame[r] Form[en]« artikulieren (Lepsius 1993b [1969], S. 19).

Diese typologische Unterscheidung von manifesten und latenten Aspekten lässt sich bei Lepsius plastisch anhand seiner Unterscheidung von latenter und manifester charismatischer Situation veranschaulichen (Lepsius 1993h [1986], S. 100 ff.). Danach besteht eine »latente charismatische Situation« dann, wenn bezogen auf einen sozialen Kreis eine Bereitschaft identifizierbar ist, »sich im Glauben an ein Charisma einer direkten persönlichen Herrschaft zu unterwerfen« (Lepsius 1993h [1986], S. 100). Soziale Voraussetzung für eine solche Situation ist die verbreitete »Wahrnehmung einer Krise«, d. h. einer Vertrauenskrise der alten institutionellen Ordnung (Lepsius 1993h [1986], S. 101). Manifest wird eine solche latente charismatische Situation erst dann, »wenn ein charismatischer Anspruch erhoben wird« (Lepsius 1993h [1986], S. 101), also eine Person adressierbar ist, die eine Überwindung der wahrgenommenen Krise »glaubwürdig« zu versprechen vermag, der also in hinreichendem Maße Vertrauenswürdigkeit entgegengebracht wird. Ein Vorgang, der Lepsius zufolge zur dreifachen Voraussetzung hat, dass erstens die mit charismatischem Anspruch auftretende Person die Deutungshoheit über die Definition der Krise gewinnen kann, ihr zweitens eine »Dramatisierung der Krisenwahrnehmung« gelingt und sie sich drittens überzeugend als diejenige Person zu inszenieren vermag, die einzig und allein diese Krise zu lösen vermag (Lepsius 1993h [1986], S. 102 f.).

Die spezifische Ausgestaltung des Verhältnisses von latenten und manifesten Konstellationen ist – dies die *vierte Analysedimension* – Lepsius zufolge dann der jeweils konkreten sozio-historischen Konfiguration und Struktur gesellschaftlicher »Vermittlungsprozesse« (Lepsius 1993b [1969], S. 17) geschuldet. Diese Typik gesellschaftlicher Vermittlungsprozesse behandelt er prominent unter dem

Titel »intermediäre Gruppen« bzw. »intermediäre Organisationen« oder »intermediäre Strukturen« (Lepsius 1993b [1969], S. 21 f.).

Als »intermediäre Instanzen« lassen sich mit Lepsius alle politischen und gesellschaftlichen Akteure begreifen, die als Bindeglied Bürgerinnen und Bürger unter- und miteinander in Vereinen und Verbänden verflechten (also in verschiedene soziale Kreise einbinden, wozu bspw. auch Religionsgemeinschaften gehören) und die Bürger und Bürgerinnen solchermaßen dann mittelbar mit dem politischen »System« verbinden. Zu diesen Intermediären zählen dann unter anderem: Parteien, Medien, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und sonstige Interessenverbände. Die Einbindung von Menschen in ein plurales Geflecht intermediärer Instanzen trägt damit zur gesellschaftlichen, und d. h. auch politischen Integration bei; und zwar durch Information (z. B. über Medien), durch Partizipation (z. B. über Parteien) und durch gesellschaftliches Engagement (z. B. in Kirchen oder beim Sport). Als Bezugspunkt ihrer Institutionalisierung fungieren ganz wesentlich auch »sozio-moralische Milieus«. Diese Strukturen fungieren Lepsius zufolge sowohl als Stabilisatoren (vgl. auch Lepsius 1993e [1979], S. 182) wie auch als Institutionalisierungen zur Sicherung der »Elastizität« demokratischer politischer Ordnungen.¹³

Intermediären Strukturen kommt damit eine *Doppelfunktion* zur Freisetzung und Kanalisierung von »Interessen« zu: *einerseits* dienen sie der punktuellen wie temporären Schließung bzw. Stabilisierung offener Aushandlungs- und Konfliktkonstellationen wie sie *andererseits* der systematischen wie dauerhaften Dynamisierung der Interessenartikulation und deren Mobilisierung gerade zur (institutionell kanalisierten) Konfliktgenerierung dienen. Denn die institutionelle Bündelung von Interessen erzeugt soziale Kontrastierungen und generiert so strukturnotwendig Dynamiken, die – unter den Voraussetzungen einer pluralen Konstellation intermediärer Organisationen – dynamische Stabilität durch strukturierte Veränderung sichert.

Dieser Zusammenhang steht m. E. auch im Hintergrund von Lepsius' Hinweis auf die »Interpretationsbedürftigkeit der Legitimationswerte« und damit auf den »Spielraum für die Vermittlungsprozesse« zwischen der institutionalisierten Demokratie und den als demokratisch erachteten Wertvorstellungen (Ideen): Lepsius zufolge zwingt »die prinzipielle Vieldeutigkeit von obersten Wertvorstellungen [...] zu einem institutionellen Pragmatismus, der stets nur unvoll-

¹³Für den Begriff der »Elastizität« verwendet Lepsius bisweilen auch den Begriff der »Liberalität« (vgl. Lepsius 1993b [1969], S. 337 Anm. 9).

kommen die Wertvorstellungen repräsentiert« (Lepsius 1993b [1969], S. 14).¹⁴ Es ergeben sich hier notwendig Spielräume für institutionelle Umsetzungen – sozusagen »nach oben« wie »nach unten«. Auch dieses Argument verweist also auf die konstitutive strukturelle Instabilität von Demokratien, eine Instabilität, die aber gerade als Generierungsprinzip ihrer potentiellen Stabilität begriffen werden muss.¹⁵ Einer Instabilität, die stets wieder institutionell eingefangen werden können muss. Ein Prozess, der angesichts einer forcierten Etablierung von Echo-kammern aktuell allerdings wohl unter besonderem Erosionsdruck steht (vgl. Endreß 2020, 2022a).

Betrachtet man diese ersten vier Analysedimensionen im Zusammenhang, dann lässt sich der Gesamtzuschnitt von Lepsius' Analytik bis hierher m. E. folgendermaßen fassen: Intermediäre Vermittlungsprozesse der Artikulation und der Kanalisierung (vierte Analysedimension), die solchermaßen die Umformung von latenten zu manifesten sozialen Konflikten tragen (dritte Analysedimension), sortieren das Verhältnis der drei strukturellen Komponenten sozio-struktureller, politisch-rechtlicher und ideell-kultureller Perspektiven (erste Analysedimension) im Hinblick auf die beiden objektiv möglichen Relationierungstypen der Interdependenz oder der Indifferenz zur Erarbeitung sozio-historischer Konstellationsanalysen (zweite Analysedimension). Die hier vorgeschlagene Rekonstruktion des werkimmanent identifizierbaren konzeptionellen Zuschnitts von Lepsius' Studien verdeutlicht m. E. das Potential des Wechselwirkungszusammenhangs dieser Analysedimensionen als Instrument historisch-komparativer Gesellschaftsanalytik.

Auf einer nunmehr *fünften Analysedimension* treten unter dem Aspekt der Legitimitätsbeschaffung bzw. Legitimitätsherstellung Formen der »Institutionalisierung von Konflikten« (Lepsius 1993c [1974], S. 146, 1993f [1981], S. 222) bzw. der »Institutionalisierung der Konfliktaustragung« (Lepsius 1993e [1979], S. 183, 1993f [1981], S. 207, 210) hinzu,¹⁶ – und zwar sowohl

¹⁴Vgl. dazu auch den Typus rekonstruktiver Analyse im Sinne von Habermas. Es sei mit Oevermann (2015, S. 17) daran erinnert, dass Lepsius »Habermas sehr schätzte« – und »umgekehrt galt dasselbe«.

¹⁵De facto ergibt sich an dieser Stelle womöglich eine Öffnung der Analyse hin zu einer nicht-hierarchischen Analyse von Mehrebenendynamiken (vgl. in diesem Sinne die analytische Figur der »panarchy« im Rahmen der sozio-ökologischen Forschung).

¹⁶Lepsius spricht auch von der »Institutionalisierung von Konfliktlösungen« (Lepsius 1993h [1986], S. 114) bzw. »Einrichtungen der Konfliktinstitutionalisierung« (Lepsius 1993i [1989], S. 234).

als Schutzmechanismen gegen eine »Personalisierung der Führung« (Lepsius 1993h [1986], S. 108) wie auch – und insbes. – als Generatoren »einer hohen Legitimation der Konfliktlösungen« (Lepsius 1993f [1981], S. 207 f.).

Aus dem Argument der grundsätzlichen »Plastizität« der sozio-historisch je spezifischen Konstellationen der vier erstgenannten Dimensionen seiner Analytik folgt somit für Lepsius, dass die – wie er formuliert – »Fokalisierung des Konflikttaspektes, [die] Form der Organisation des Konflikttägers und [die] Art der [Konflikt-] Adressaten [...] die Strategie, die mögliche Koalitionsbildung und die Akkumulation von Macht in höchst unterschiedlichem Maße« bestimmen (Lepsius 1993b [1969], S. 20).

Diese erneute Trias von Konflikttaspekt, Konflikttäger und Konflikttadressen lässt sich bzgl. ihres analytischen Erschließungspotentials mittels Lepsius' Analyse der Situation der beiden deutschen Staaten in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu Beginn der 1980er Jahre gut veranschaulichen: Konflikttaspekt in dieser Konstellation ist die Teilung Deutschlands, als deren Konflikttäger fungieren die beiden machtpolitischen Blöcke (die NATO einerseits, der Warschauer Pakt andererseits) und als deren Konflikttadressen (jenseits der Blöcke selbst) können die beiden deutschen Teilstaaten betrachtet werden. Insofern in dieser »Grundkonstellation« (Lepsius 1993f [1981], S. 197) die »Sicherung der Entspannung in Mitteleuropa« letztlich das gemeinsame Interesse beider deutscher Teilstaaten war, da ein erneuter Krieg beide in ihrem Bestand unmittelbar bedroht hätte, war es gerade dieses gemeinsame Interesse, so Lepsius (1993f [1981], S. 227 f.), welches – letztlich paradoxerweise – »die Elastizität für den Ausbau der innerdeutschen Beziehungen« verminderte.

Auch hier zeigt die Institutionalisierung dieser Konfliktlösung also eine ambivalente Signatur: die Lösung für die Konfrontation der machtpolitischen Blöcke reflektierte sich in der Stagnation in den deutsch-deutschen-Beziehungen. Mit der analytischen Trias von Interessen, Ideen und Institutionen gesprochen: Die Interessen der Machtblöcke wurden zwar durch Institutionalisierungen eingeholt, aber der Mangel an einer Idee für die »Reorganisation Mitteleuropas« stabilisierte mit seiner Lösung zugleich diesen Konflikt.

Damit scheinen mir die fünf zentralen Dimensionen von Lepsius' Analytik umrissen, die es ihm unter Zugrundelegung der heuristischen Unterscheidung von Ideen, Interessen und Institutionen ermöglichen, Demokratie als Lebensform, Sozialform und Herrschaftsform zu untersuchen: »Demokratie [als *Idee*] ist eine politische Ordnung, die durch intermediäre Strukturen *Interessenpluralität* und öffentliche Konfliktaustragung ermöglicht und individuelle Freiheitsräume *institutionell* sichert« (Lepsius 1993, S. 7; Hervorhebungen ME).

Im nächsten Schritt soll nun auf Basis dieser Rekonstruktion von Lepsius' Analytik eine Hinwendung zu zentralen Aspekten der aktuellen sozio-historischen Konstellation erfolgen, um Lepsius' Ansatz für eine »soziologisch-historische Konstellationsanalyse« der Gegenwart zu nutzen. Gerade weil Lepsius sich dem Genre der Zeitdiagnostik nicht verschrieb, eröffnet der von ihm entwickelte analytische Zuschnitt mit seiner Fokussierung auf konkrete aktuelle Problemstellungen dieses Potential. Dabei scheint es mir erforderlich, die Frage nach der gegenwartsanalytischen Relevanz seiner Arbeiten – wie auch der jeden anderen Autors – stets reflexiv zu wenden; so wie Lepsius selbst dies auch im Blick auf Weber und die Frage von dessen Aktualität getan hat. D. h. jede Absage an eine Relevanz muss die damit proklamierte Irrelevanz erst einmal im Durchgang durch das Werk selbst aufzeigen. Die schlichten Hinweise darauf, dass entweder bestimmte Dinge nicht thematisiert worden seien oder aber die Zeit weitergeschritten wäre, reichen aus meiner Sicht hier jedenfalls in keiner Hinsicht aus.

4 Zur Gesellschaft Deutschlands nach 1945 und 1989

Für sozio-historischen Analysen ist m. E. die Frage der Verhältnisbestimmung von *Kontinuität und Diskontinuität* zentral, um die sozio-historische Prozessanalyse – ganz im Sinne von Lepsius – »einer prinzipiell unbestimmten Zahl von Zustandsanalysen [zu] öffnen« (Lepsius 1993b [1969], S. 13).¹⁷ Anders formuliert: Eine soziologische Reflexion im Sinne Max Webers benötigt ein analytisches Instrumentarium, welches sie in die Lage versetzt, so die eindrücklichen Formulierungen von Lepsius, die »Plastizität der möglichen Entwicklungen sozialer Konfigurationen« aufzudecken und auszuweisen (Lepsius 1993b [1969], S. 15), um damit zugleich deren »Anpassungselastizität« (Lepsius 1993e [1979], S. 176, 187, 190, 2008, S. 43) rekonstruieren und bestimmen zu können.

Dieser Ausgriff zielt auf eine retrospektive wie prospektive Analyse objektiver Möglichkeiten, die in sozio-historische Prozesse sozusagen eingelagert sind. Lepsius argumentiert damit zugleich gegen Linearitätsannahmen klassischer Theorien sozialen Wandels (vgl. Lepsius 1993b [1969], S. 18, S. 24). Damit ver-

¹⁷Vgl. auch Gurvitch (1957) und Braudel (1953), sowie dazu Maillard (2011); zudem Mayntz (1988), Lepsius (1993g [1983]) und Endreß (2022b).

bindet sich ebenso eine Absage an retrospektive Teleologisierungen, d. h. an nachträgliche Konstruktionen vermeintlicher historischer Zwangsläufigkeiten. Denn ein entsprechender, also teleologischer, d. h. vom Ziel her denkender Typus des Argumentierens ignoriert vollkommen, dass jede sozio-historische Konstellation stets kein auf nur eine einzige Entwicklungsmöglichkeit zugeschnittener Augenblick ist, sondern dass es sozio-historisch immer um einen – wenn auch jeweils möglicherweise begrenzten – Horizont »objektiver« Veränderungsmöglichkeiten geht. Diese Veränderungsmöglichkeiten und Bahnungseffekte sind zwar je konkret typischerweise nie alle gleichermaßen und zugleich möglich, sondern hier sind stets graduelle Unterschiede möglicher Entwicklungswahrscheinlichkeiten zu berücksichtigen, aber aufgrund eingetretener nachfolgender Entwicklungen diese als historisch zwangsläufig und somit aus dem Vorhergehenden als herleitbar zu begreifen, dass eben ignoriert – gerade auch für Lepsius – die grundsätzliche Offenheit von Geschichte.

In diesem Sinne nimmt Lepsius' Analyse in seinem Text aus dem Jahr 1969 über die *Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem* von einer These ihren Ausgang, deren Aktualität frappierend erscheint. Er schreibt: »Die angenommene Koinzidenz von demokratischen Wertvorstellungen und den bestehenden demokratischen Institutionen versteht sich nicht von selbst« (Lepsius 1993b [1969], S. 11). Diese, in Lepsius' Augen für die Nachkriegssoziologie bis Ende der 1960er Jahre leitende Annahme, erachtet er 1969 für obsolet, denn seine nüchterne Diagnose lautet nun: »Die Vorstellungen von einer inhärenten Symmetrie zwischen dem Wandel der Sozialstruktur, der politischen Verfassung und den kulturellen Wertvorstellungen ist zerfallen« (Lepsius 1993b [1969], S. 12).

Nun war die Annahme parallel laufender »Entwicklungen« von Industrialisierung und Demokratisierung wohl schon stets eine Chimäre, da die kulturellen Leitideen einer demokratischen politischen Kultur und Institutionenordnung gerade historisch vor dem Auftritt der industriegesellschaftlichen Moderne entwickelt wurden. Aber die Wirkmächtigkeit dieser »großen Erzählung« war eminent, wenn sie es – ungeachtet der verbreiteten Absage an modernisierungstheoretische Annahmen – nicht auch weiterhin ist. Insgesamt, darauf kommt es mir im vorliegenden Zusammenhang an, mahnt diese methodologische Leitidee von Lepsius – also die Aufmerksamkeit auf die »Plastizität« und damit zugleich die »Anpassungselastizität« sozialer Konstellationen – m. E. dazu, das Augenmerk vor allem auf die potentielle Ambivalenz sozio-historischer Konstellationen und Prozesse zu lenken.¹⁸

¹⁸Vgl. für den Fall der DDR hier die Beschreibung von Mau (2019) – mit den Polen Sozialstruktur und Mentalität.

Diese, Lepsius' Arbeiten immer wieder durchziehenden Hinweise auf »Offenheiten« und »Ambivalenzen« sollen hier unter Rückgriff auf die oben rekonstruierten fünf Dimensionen der Analytik von Lepsius mit dem Ziel aufgenommen werden, einige Aspekte zum Verständnis der gegenwärtigen Situation in Deutschland anzusprechen. Ich strukturiere diese gegenwartsbezogene Analyse unter Bezug auf die von Lepsius explizierten »Strukturen langer Dauer« im Ausgang von der ersten der zuvor unterschiedenen Dimensionen. Diese Fokussierung vernachlässigt keineswegs die vorstehend rekonstruktiv dargelegte, das Werk von Lepsius immanent strukturierende, enge methodologische Verzahnung aller fünf Analysedimensionen. Sondern die erste Analysedimension fungiert nachfolgend gewissermaßen als Leitidee, in deren Darlegung dann die anderen Dimensionen seiner Analytik eingeflochten werden. Dazu erinnere ich zusammenfassend nochmals an die innere Architektur dieser ersten Analysedimension: Es ging in dieser um die jeweils historisch-empirisch zu eruiierende Konstellation von sozio-strukturellen Rahmenbedingungen, sozio-politischen und rechtlichen Institutionalisierungen und sozio-kulturellen Ordnungsideen bzw. Orientierungsmustern für eine »Strukturanalyse der deutschen Gesellschaft« (so Lepsius 1993g [1983], S. 139; vgl. zu dieser Trias auch Lepsius 1993e [1979], S. 175; 1993g [1983], S. 143). Diese Architektur möchte ich nunmehr (in Anlehnung an Endreß 2020a, S. 38 ff.) auf der Basis von Strukturen langer Dauer für einen gegenwartsanalytischen Blick auf die Gesellschaft Deutschlands im Sinne von Lepsius nutzen.

4.1 Sozio-politische Perspektive

Drei Aspekte durchziehen unter dieser Perspektive die Reflexionen von Lepsius: erstens a) der Blick auf künstliche Homogenitäten aufgrund sozio-historischer Diskontinuitäten, zweitens b) die Versäulung der Parteien (mit der Implikation einer Ausgrenzung sozio-moralischer Milieus) sowie drittens c) die Frage der institutionellen Präsenz, d. h. der interessenspezifischen Organisationsmächtigkeit. Ich werde diese drei Aspekte im Folgenden jeweils kurz erörtern.

a) Künstliche Homogenitäten aufgrund sozio-historischer Diskontinuitäten

Die historischen Teil-Identitäten der BRD und der DDR (vgl. Lepsius 1993g [1983], S. 137), die Lepsius als jeweils gewordene sozio-kulturelle Homogenitäten aufgrund sozio-politischer Diskontinuitäten begreift, stellen eine besondere Herausforderung für das »Zusammenwachsen« beider deutscher

Staaten nach 1989 dar. Es ist deshalb letztlich ein doppelter Bruch bzw. eine doppelte historische Diskontinuität zu verzeichnen: einmal durch die Teilung in zwei deutsche Staaten nach 1945 und sodann durch die politisch ermöglichte Zusammenführung dieser beiden Staaten, die beide strukturell nach 1989 zur Verabschiedung von zwischenzeitlich unter den Laborbedingungen künstlicher Homogenität aufgebauten Kontinuitätslinien gezwungen waren.

Es ergibt sich also eine ambivalente Konstellation, die von einer einfachen Wiedervereinigungserzählung Abstand nehmen muss, da diese ein Kontinuitätsnarrativ über eine historisch offensichtliche Diskontinuität legt und somit die eminenten Herausforderungen einer Konstellation des Zusammenführens zweier einander wechselseitig Unbekannter vollkommen ignoriert. Denn letztlich wurde die sich faktisch einem Bruch verdankende Teil-Identität der alten BRD fraglos als identitätsstiftendes Auffangbecken für eine andere Teil-Identität, die der DDR, als gesetzt betrachtet und damit beiden sich nach 1945 entwickelnden Teilstaaten de facto ein weiterer Bruch zugemutet.¹⁹

b) Versäulung der Parteien

Während Lepsius im Jahr 1979 als Stabilitätsgenerator auf »die relativ hohe Anpassungselastizität und Integrationskraft des Parteiensystems« in der alten BRD verwiesen hatte (Lepsius 1993e [1979], S. 176) und im Kontrast – gerade auch zu Weimar – die positiven Effekte einer »weitgehende[n] ›Entsäulung‹ der Parteien, d. h. ihre Wandlung von spezifischen Klassen-, Konfessions- und Regionalparteien zu allgemeinen ‚Volksparteien‘« besonders hervorgehoben hatte (Lepsius 1993c [1974], S. 170, 1993e [1979], S. 179), so ist seit geraumer Zeit ein Nachlassen – wenn auch nicht unbedingt ein gänzlichliches Schwinden – dieser Integrationskraft in Deutschland zu konstatieren. Zumindest ergibt sich dieser Eindruck, wenn man dafür die Wahlergebnisse der letzten Jahre insgesamt sowie gerade auch die Mitgliederzahlen der Parteien als Indikatoren heranzieht, so dass sich diese Beschreibungskategorie des politischen Lebens wohl nicht ohne weiteres aufrechterhalten lässt.

Und diese Dynamik scheint weiterhin fortzuschreiten, denn die aktuelle politische Landschaft zeichnet sich offenkundig zunehmend durch Prozesse einer

¹⁹Sowohl die biographisch-gesellschaftsgeschichtlichen Reflexionen von Stefan Mau in *Lütten Klein* (2019) als auch bspw. die Berliner Akademierede von Klaus Wolfram vom November 2019 reflektieren diesen Umstand im Rückblick auf das Eindrücklichste (Wolfram 2020).

neuen Separierung sozio-moralischer Milieus aus. Im Kontrast dazu allerdings erscheint das forcierte Propagieren einer »Mitte« als sowohl gesellschaftlicher Leitidee wie als programmatische Ausrichtung von Parteien gewissermaßen wie ein nachholender Revitalisierungsversuch der zerbrochenen ehemaligen künstlichen Homogenitäten beider deutscher Teilstaaten auf veränderter sozio-struktureller Grundlage. Zudem ist die propagierte Öffnung der Parteien »hin zur Mitte« wohl (zumindest auch) als Politik der Schließung des demokratischen Raumes zu begreifen, also als ein Verlust von politischer Konfliktkultur und Konkurrenz. Dies feststellend bleibt jedoch wohl ebenso festzuhalten, dass gegenwärtig noch für keine der alten großen Parteien und der sie tragenden »Milieus« bzw. Wählergruppen in Deutschland die Konturen einer »negativen Integration« (Roth 1963) identifizierbar scheinen. Insofern erweisen sich – auch wenn Fraktionierungsprozesse immer wieder erkennbar sind (vgl. Endreß 2022a) – wohl auch Diagnosen einer bereits gespaltenen oder polarisierten Gesellschaft als zu kurz gegriffen.

Erneut ergibt sich hier also eine m. E. höchst ambivalente Konstellation, insofern sowohl das Befolgen wie das Nichtbefolgen parlamentarischer Regeln inzwischen dazu angetan ist, politische Entrüstungstürme zu entfachen und somit die Kluft zwischen sozio-moralischen Milieus weiter zu vertiefen.²⁰

c) Institutionelle Präsenz

Aus der seines Erachtens zu beobachtenden Entkopplung von politisch-institutioneller Infrastruktur einer Gesellschaft und den politischen Einstellungsmustern ihrer Bürgerinnen und Bürger zog Lepsius Ende der 1960er Jahre den Schluss, dass »demokratische oder autoritäre Einstellungen als solche und ohne Bezug auf die institutionellen Verhaltensalternativen, innerhalb derer diese Einstellungen politisch wirksam werden, [...] höchst unzuverlässige Indikatoren« für eine Identifizierung politischer Radikalisierungsprozesse sind (Lepsius 1993b

²⁰Ein besonderes und m. E. mittel- und langfristig besonders wirkmächtiges Problem ist, dass politische Akteure selbst diese Prozesse verbaler Ausgrenzungen bedienen und damit verstärken, wenn sie schlaglichtartig vereinfachte und diffuse Antworten geradezu als Parolen bemühen, mit denen sich einige Bürgerinnen und Bürger leicht verführen lassen. Parteien fördern damit die offensive Anti-Haltung. Man ist gegen Institutionen, gegen Eliten, gegen Berlin, gegen Brüssel (ein anti-institutioneller Affekt), und dieses »Gegen« erzeugt den Schein einer Gemeinsamkeit, eines politischen Einverständnisses, den Schein einer gemeinsamen politischen Agenda. Das scheint letztlich eine höchst ungute unterschwellige Komplizenschaft.

[1969], S. 13). Dieses Argument aufgreifend hatte Lepsius im Jahr 1979, also zehn Jahre später und ungeachtet der Aktivitäten der RAF insbesondere in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, ebenfalls noch konstatiert, »daß es weder eine erhebliche Rechtsopposition noch eine erhebliche Linksoption [in der BRD] gibt, die sich in eigenen Organisationen institutionalisiert haben« (Lepsius 1993e [1979], S. 190 f.). Entsprechend sah er in diesem Punkt 1979 eine entscheidende Differenz im »Vergleich zur Weimarer Republik«.

Das Argument zielt im Kern – ganz im Sinne von Popitz' Naturzustands-erzählungen zur Machtgenese (vgl. Popitz 1992) – auf den Umstand der Organisationsmächtigkeit; im vorliegenden Fall linker wie rechter extremer politischer Lager. Hatte Lepsius diesen Umstand positiv als Stabilitätsargument für die alte BRD bis in die 1970er Jahre ins Feld geführt, so stellt sich gegenwärtig die Frage, ob diese Differenz zu Weimar weiterhin Bestand hat.²¹ Denn auch in dieser Hinsicht drängt sich inzwischen ein zumindest ambivalenter Eindruck auf: Es sind zumindest Gruppierungsprozesse von sog. »alternativen Medien« zu beobachten, die »Vernetzung« der rechten Szene ist – auch Polizeiangaben zufolge – erheblich, was nicht zuletzt die diesem Milieu überaus schnell möglichen Mobilisierungen in der Vergangenheit gezeigt haben.²² Und der soeben über das BMI publizierte Bericht zu »Politisch motivierter Kriminalität im Jahr 2020« des Bundeskriminalamtes scheint diese Befunde zu unterstreichen.

Zusammenfassend lässt sich deshalb m. E. festhalten: In *sozio-politischer Hinsicht* ergibt sich ein recht klares Bild. Das Mitschleifen des jeweiligen Ballasts alter künstlicher Homogenitäten, ein forciertes Propagieren einer »Mitte« sowie ein organisationales Erstarken an beiden politischen Rändern (bei aller Zurückhaltung gegenüber der anhaltenden analytischen Tragfähigkeit des Links-Rechts-Schemas) scheinen systematisch ein zentrales Element jeder demokratischen politischen Kultur zu unterlaufen; die für demokratische Prozesse essentielle Kultur des Kompromisses und der Kompromissbildung wird untergraben und stattdessen absolute Ansprüche und Maßstäbe artikuliert (vgl. dazu Endreß 2014b).

²¹Vgl. zu diesem, in der jüngsten Vergangenheit erneut vielfach bemühten Vergleich (u. a. Wirsching et al. 2018). Kritisch dazu: Endreß (2020a).

²²Ähnliches legen die von Frei et al. (2019) zusammengetragenen Befunde ebenso wie aktuelle Daten nahe. Vgl. darüber hinaus vor allem auch: Fuchs und Middelhoff (2019) und Heitmeyer et al. (2020). Zum Gesamtkontext dieser Konstellationen zudem in historischer Perspektive: Hacke (2018) sowie zu aktuellen Entwicklungen bspw. auch: Weiß (2017) oder Heitmeyer (2018).

4.2 Sozio-strukturelle Perspektive

Erneut können hier in sozio-struktureller Perspektive im Anschluss an und mit Lepsius drei Aspekte thematisch werden: zunächst a) das Phänomen einer fehlenden Erfahrungsüberlagerung, sodann b) das Problem einer Parzellierung des Systems intermediärer Instanzen und schließlich c) die Beobachtung einer Fraktionierung des Systems der Konfliktinstitutionalisierung. Auch diese Aspekte sollen kurz näher konturiert werden.

a) Fehlende Erfahrungsüberlagerung

In sozio-struktureller Hinsicht erscheint zunächst bedeutsam, dass heute nicht mehr davon gesprochen werden kann, dass eine anderweitige Erfahrung, also diejenige einer Jahrzehnte langen Verbesserung der sozialen Lage aller, die soziale Schärfe aus aktuellen Ungleichheitserfahrungen nehmen würde, wie Lepsius dies noch Ende der 1970er Jahre konstatieren konnte (vgl. Lepsius 1993e [1979], S. 189, S. 187). Die aktuellen Befunde sowohl über zunehmende soziale Ungleichheiten als auch über ein zunehmendes gesellschaftliches Bewusstsein dieser Ungleichheiten (vgl. u. a. Becker und Mayer 2019) zeigen – nochmals dann verschärft unter den Bedingungen der Pandemie –, dass eine Perspektive stetiger Wohlstandssteigerungen als Erfahrungskonstellation inzwischen längst verdampft ist. Die fehlende Erfahrungsüberlagerung bzw. Mehrschichtigkeit der Erfahrungslage, die Lepsius noch als »eine Quelle der Basisstabilität der Bundesrepublik« in den 1970er Jahren ausmachen konnte (Lepsius 1993e [1979]), ist nicht nur abhanden gekommen, sondern ihr Fehlen dürfte auch zu einer Forcierung der »Konflikt-rhetorik« wie der Radikalisierung von »Wertkritik« in den vergangenen Jahren – spätestens seit der Finanzkrise 2007/08 – geführt haben (vgl. zu beiden Aspekten erneut: Lepsius 1993e [1979], S. 190 ff.; s. dazu auch unter Abschn. 4.3).

Diese Konstellation lässt sich insofern ebenfalls als hoch ambivalent charakterisieren, weil die – im europäischen Vergleich objektiv weiterhin – gute soziale Lage durch die Überlagerung mit inzwischen langjährigen Erfahrungen der Lohnstagnation, von Preissteigerungen (nicht nur von Mieten und Energie), von Zinsverlusten bis hin zur Einführung von Negativzinsen usw. symbolisch wie materiell im allgemeinen Bewusstsein längst entwertet wurde.

b) Parzellierung des Systems intermediärer Instanzen

Gleichfalls auf sozio-struktureller Ebene anzusiedeln ist die Beobachtung einer tendenziellen Fragmentierung des Systems intermediärer Instanzen.

Hatte Lepsius 1979 noch »die Funktionsfähigkeit und Anpassungselastizität des Systems der sogenannten intermediären Gruppen der Interessenverbände« als Stabilitätsgaranten herausgestellt (Lepsius 1993e [1979], S. 182), so sind aktuell in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen gegenläufige Entwicklungen zu beobachten. Dazu gehören exemplarisch Prozesse einer Parzellierung der deutschen Gewerkschaften, die sich längst vom Modell der »Einheitsgewerkschaft« entfernt haben und sich erneut – bspw. im Transportwesen – »als Berufsgewerkschaften« aufstellen, die lediglich eine »Vielzahl von niedrig aggregierten Einzelinteressen vermitteln« (Lepsius 1993e [1979], S. 182).

Zu ergänzen wäre diese Überlegung allerdings auch in gegenläufiger Richtung: Beobachtbare Konzentrationsprozesse ob im Buchhandel, im Bereich der Medien oder auch generell auf der Ebene des Einzelhandels lassen ein komplexes und vielschichtig verflochtenes Netz intermediärer Instanzen ebenso erodieren und bergen somit die Gefahr einer institutionellen Aushöhlung einer pluralen Demokratie und ihrer gesellschaftlichen (auch ökonomischen) Rahmenbedingungen.

Parzellierungstendenzen auf der einen, Zentralisierungstendenzen auf der anderen Seite vermitteln so erneut einen ambivalenten Gesamteindruck. Aktuell und absehbar jedoch scheint Deutschland nicht vor einem drohenden Kollaps des Geflechts intermediärer Instanzen bzw. vor einem Zusammenbruch oder einer »Gleichschaltung« seiner intermediären Strukturen zu stehen.²³

c) Fraktionierung des Systems der Konfliktinstitutionalisierung

Stabilität wie Instabilität von Gesellschaft und Demokratie in Deutschland können, so Lepsius (1993e [1979], S. 183), »nicht angemessen verstanden werden, wenn man nicht ihr System der Interessenvermittlung und der Institutionalisierung der Konfliktaustragung im Ganzen in Betracht zieht«. Die Institutionalisierung von Konflikten, von Konfliktaustragungen und Konfliktlösungen hat Lepsius dabei stets insbesondere als Legitimitätsgeneratoren verstanden und stark gemacht. Er sah einen geradezu intimen Zusammenhang bzw. eine intrinsische Verflechtung von Legitimitätsverlust und Vertrauensverlust sowie – umgekehrt und positiv – von Legitimitätszuweisung resp. Legitimitätsunterstellung auf der einen und Vertrauen, konkret Institutionenvertrauen, auf

²³Es sind entsprechende Diagnosen, die Lepsius in seinen Arbeiten zum Untergang der Weimarer Republik besonders herausgearbeitet hat (vgl. Lepsius 1966, 1968a, 1978).

der anderen Seite (vgl. dazu u. a. Lepsius 1997, 2013b [1997a], 2013c [1997b], 2013d [1999]).²⁴

Zur Erosion und Fragmentierung des Systems der Konfliktinstitutionalisierung haben in der Bundesrepublik bspw. sowohl dauerhafte groß-koalitionäre Konstellationen als auch die Separierung spezieller Milieus beigetragen, sowohl der Verlust der Handlungshoheit staatlicher Ordnungskräfte angesichts von Bandenkriminalität, von durch sozialen Gruppen kontrollierter städtischer Viertel oder international organisierter Cyber-, Pornographie- und Prostitutionskriminalität als auch bspw. die aus den USA übernommenen Diskussionen um einen latenten oder strukturellen Rassismus innerhalb der Polizei.

In allen diesen Hinsichten zeigt sich die konstitutive Plastizität des Zusammenhangs von Institutionenvertrauen, Legitimität und Repräsentation, dessen Elastizität nach aktuell verbreitetem Eindruck in besonderer Weise auf die Probe gestellt wird.²⁵ Womöglich ist u. a. das »Maß an Verantwortung«, welche Politik aufgrund ihrer (vermeintlichen) Steuerungsoptionen hat bzw. ihr attestiert wird und von ihr erwartet wird, zu überdenken. Denn die – zumindest rhetorischen – »Möglichkeiten der Haftbarmachung«, welche aus diesen Zuschreibungen und Erwartungen an Politik im Verhältnis zu den dieser zur Verfügung stehenden institutionellen Instrumenten gerichtet werden, müssen im Horizont dieser Möglichkeiten klug und besonnen abgewogen werden (vgl. Hache 2018, S. 40). Andernfalls entwickeln sich sehr schnell ungute Steigerungsdynamiken bis hin zu Kaskaden der »Konflikt dramatisierung« (Lepsius 1993e [1979], S. 190; s. dazu auch unter Abschn. 4.3, c).

Zusammenfassend ergibt sich in *sozio-struktureller Hinsicht* damit insgesamt also keineswegs das Bild einer kollabierenden Republik oder eines drohenden vollständigen Zerfalls des Geflechts intermediärer Instanzen auf der einen und der ihnen korrespondierenden institutionellen Infrastrukturen der Konfliktaustragung

²⁴Vgl. zur Untersuchung entsprechender Konstellationen von Vertrautheit, (Institutionen-) Vertrauen und Misstrauen auch Endreß (2010a, 2010b, 2012, 2013, 2014a, 2022a).

²⁵Die Situation scheint womöglich noch nicht so weit, um gegenwärtig schon insgesamt von einer allgemeinen Ausbreitung eines »Syndroms des Misstrauens« (Sztompka 1995, 1998, 1999) sprechen zu können oder gar zu müssen. Eine Bilanz, die von kaum zu überschätzender Bedeutung für die erforderliche dynamische Stabilität einer demokratischen Ordnung zu betrachten ist. Denn Misstrauenssyndrome verschlingen immense Ressourcen. Konstellationen, die immer wieder auf die »vopolitischen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats« verweisen, wie Habermas (2005) die ursprünglich von Durkheim formulierte Einsicht des sog. Böckenförde-Theorems (Böckenförde 1991 [1967]) auf den Begriff gebracht hat.

und Konfliktlösung und damit Legitimitätszerzeugung auf der anderen Seite. Gleichwohl verweisen die Konstellationen auf die angeführten Tendenzen einer potentiellen Schwächung des Systems intermediärer Instanzen, die angesichts fehlender Erfahrungsüberlagerungen und beobachtbaren Ansätzen eines Vertrauensentzuges gegenüber Institutionen im Sinne einer mit Lepsius ansetzenden Analyse doch fraglos Erosionspotential mit sich bringen.

4.3 Sozio-kulturelle Perspektive

Auch in sozio-kultureller Perspektive können mit Lepsius drei Aspekte ins Zentrum der Untersuchung gerückt werden: zum einen a) das Problem der nationalen Integration und Identifikation, zum anderen b) die Beobachtung einer Anspruchsinflationierung und weiterhin c) die Identifizierung eines Mangels an Rationalitätskriterien. Alle drei Aspekte sollen hier jeweils kurz erläutert werden.

a) Problem der nationalen Integration und Identifikation

Für Lepsius bedeutete »die zeitliche Koinzidenz von nationaler Integration, Industrialisierung und Demokratisierung [...] eine politische Belastung [für Westdeutschland nach dem Krieg], die in den anderen großen Industriestaaten nicht gegeben war« (Lepsius 1993b [1969], S. 22). Aus meiner Sicht kann diese Frage in erweiterter Form dahingehend gestellt werden, ob sich nicht exakt diese Konstellation nach 1989 auch im Bereich der ehemaligen DDR wiederholte.

Hintergrund entsprechender Überlegungen ist stets die Kontinuitätslinie der historischen Zerklüftung (also Diskontinuierung) »Deutschlands« (der als »deutsche Lande« begriffenen Gebiete) seit dem 30-jährigen Krieg über die etablierte Fürstenlandschaft bis zum Ersten Weltkrieg (trotz aller Einigungsanstrengungen Bismarcks) bis zur forcierten Föderalisierung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Spaltung in west- und ostdeutsche Bundesländer. Gerade diese historische Kontinuität von Diskontinuitäten mag zwar eine forcierte Sehnsucht nach Vereinheitlichung begründen, sie sollte aber vor allem wohl als sozio-historische Mahnung dienen.

Denn die fragile, weil weiterhin offenkundig »ungelöste nationale Identifikation« ebenso wie die »ungeklärte Definition der Nation« eröffneten historisch und eröffnen weiterhin zahlreiche Spielräume zur Funktionalisierung dieser Identitätsfrage im Sinne einer Umdeutung sozialer und politischer Konflikte in nationale Konflikte. Solchermaßen führen sie zu einer Verlagerung von je spezifischen Legitimationsfragen sogleich auf die gesellschaftliche und politische

Ordnung insgesamt. In diesem Sinne kann die von Lepsius' 1969 für die Bundesrepublik formulierte Diagnose einer »unvollkommene[n] Nation« (Lepsius 1993b [1969], S. 23) wohl weiterhin Gültigkeit beanspruchen. Es lässt sich unverändert und erneut wiederum eine ambivalente Konstellation konstatieren.

b) Anspruchsinflationierung

Zu entsprechenden Funktionalisierungen tritt ergänzend zunehmend eine Differenz von institutionalisierten Erwartungen und den politisch evozierten Uminterpretationen dieser Erwartungen in Ansprüche (als Erfüllensansprüche). Kern dieser Umdeutungen ist die Transformation von rechtlichen (und rechtsgarantieförmigen) Universalismen in solche des Anspruchs auf Erfüllung der darin liegenden Erwartungen. Es geht also um die – eben politisch evozierte! – Anspruchsinflationierung von flächendeckenden Umsetzungen solcher, zunächst einmal nur als subjektive Chancen auf Teilhabe formulierter Prinzipien.²⁶ Beispielhaft anzuführen wäre dazu aktuell etwa das Recht auf Bildung und die politische Diskussion, die dieses Recht mit Inklusion, Ganztagsbeschulung, organisierter Ungleichheitsmilderung u. a. m. uminterpretiert.²⁷

Entsprechende Situationen scheinen im Zusammenhang der Corona-Pandemie sowohl hinsichtlich der Frage des Rechtes auf Leben als auch im Rahmen der Diskussion um Freiheitsrechte und die legitimen Gründe ihrer Einschränkungen ebenfalls auf.

Wiederum ist hier also eine ambivalente Konstellation zu beobachten, die sich im Kontext und aufgrund einer transformativen Dynamik der Re-Interpretation von institutionalisierten Chancen in als institutionalisiert gedeutete Ansprüche ausbildet.

c) Mangel an Rationalitätskriterien

Regelmäßig verweist Mario Rainer Lepsius in seinen Arbeiten auf die problematischen, d. h. Konflikt-zuspitzenden und deshalb die »Anpassungs-
elastizität« eines »Institutionensystems zur Konfliktaustragung« (Lepsius 1993e

²⁶ Letztlich auch das Thema in Luhmanns *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaats* (1981).

²⁷ Im universitären Alltag der Gegenwart ist Vergleichbares mit der Klageflut in Universitäten gegen nicht-bestandene Prüfungen oder Examina zu erleben – so als impliziere der Akt des Einschreibens ins Studium unmittelbar das Anrecht auf dessen erfolgreiches Bestehen.

[1979], S. 190) übermäßig strapazierenden und damit potentiell auch destruktiven Implikationen von »Dramatisierung[en] der Krisenwahrnehmung« (Lepsius 1993h, S. 102), von wechselseitigen »Wertdramatisierung[en]« (Lepsius 1993e [1979], S. 179 »andere Republik«, S. 183) und »symbolische[n] Dramatisierung[en]« (Lepsius 1993e [1979], S. 191) – wie sie ja gerade auch im Rahmen der Diskussionen um die Pandemie-Politiken seit 2020 begegneten und begegnen.

In aktuellen Debatten ist das Argument bemüht worden, dass die neuen fundamentalistischen und/oder extremistischen religiösen und/oder politischen Vergemeinschaftungsformen auf ein mögliches Überforderungsprofil durch die Universalisierung von Normen/Rechten verweisen bzw. in einer solchen Überforderung durchaus auch ihren Ursprung haben (könnten). Denn dieses transnationale Institutionalisationeniveau überschreitet den ursprünglichen Kontext aus der Zeit der Etablierung nationalstaatlicher Gesellschaften mit auf eben diesen jeweiligen Deutungskosmos zugeschnittenen (Grund-)Rechten. Insofern ist die aktuelle Diskussion durch eine nochmals universalisierte Reflexionsstufe gekennzeichnet, die aus nationalstaatlich verfassten Grundrechten Menschenrechte im sozusagen weltgesellschaftlichen Maßstab macht.

Dieses vielfach bemühte Argument scheint aber durchaus nochmals genereller zu fassen zu sein. Und zwar dahingehend, dass letztlich zunehmend ein »cultural lag« zwischen institutionalisierten Erwartungsstrukturen der Orientierung an universalisierten Normen auf der einen Seite und den etablierten Erfahrungshorizonten sozio-moralischer Milieus auf der anderen Seite zu konstatieren zu sein scheint – ein Argument, welches aus soziologischer Perspektive ersichtlich den Geist Mertons Anomietheorie atmet. Das zunehmende Interesse an Ver eindeutigung, welches gegenwärtige Debatten durchzieht, scheint so letztlich dazu angetan, eine schleichende und wirkmächtige Aushöhlung gesellschaftlicher Ambiguitätstoleranz (vgl. Frenkel-Brunswik 1996 [1949]) zu bewirken. Dieser Zusammenhang lässt an eine Überlegung von Lepsius (1993e [1979], S. 195) erinnern, der argumentierte: »Solange die ›Gesinnungsethik‹ der kulturkritischen Intellektuellen in einem Spannungsverhältnis zur ›Verantwortungsethik‹ der politischen Elite verharrt und sich beide kontrollieren, ist eine radikale Wertkritik ohne Gefahr, sie schärft die Sensibilität für die Unvollkommenheiten und Fehler und erhöht die Innovationsfähigkeit. Erst wenn die ›Gesinnungsethik‹ die politischen Eliten erfaßt, tritt eine Bedrohung dadurch ein, daß der einseitige Vollzug einzelner Werte die Heteronomie einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung aufhebt.« Blickt man im Lichte dieser Überlegung bspw. zurück auf die überaus scharfe Auseinandersetzung innerhalb der SPD ab Ende Februar

2021 um den von Wolfgang Thierse in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 21.02.2021 geschriebenen Gastbeitrag »Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft?«, dann wird die unverminderte Aktualität von Lepsius' Bemerkung schlagartig deutlich.²⁸

Zu beobachten scheint mir hier eine bemerkenswerte strukturelle Analogie zwischen linken (linkslibertären) identitätspolitischen Interessengruppen und rechten Echokammern: Jeweils wird man mit einer unkritischen Priorisierung partikularer Identitäten und Interessen sowie hochselektiven institutionellen Settings konfrontiert, die in diesen Konfigurationen dann den Leitideen des Kompromisses und einer Partikularismen überschreitenden, auf universalisierbare Geltungsansprüche zumindest ausgreifenden Vernunft schlicht zuwiderlaufen (vgl. Endreß 2014b).

In *sozio-kultureller Hinsicht* ergibt sich damit zusammenfassend erneut das Bild einer ambivalenten Konstellation. Geradezu wegweisend – nicht zuletzt für die heutige Lage in Deutschland – scheint mir deshalb eine Einschätzung, die Lepsius zum Abschluss seiner bedeutenden Studie über »extremen Nationalismus« aus dem Jahr 1966 formulierte: »Das Fehlen manifester großer nationalistischer Strömungen, Parteien und Verbände garantiert noch keine Sicherheit vor extremem Nationalismus. Nur die beständige Beachtung und Kontrolle der vielen latenten nationalistischen Struktureffekte, die in jeder Gesellschaft bestehen, schützt vor [der] plötzlichen Koinzidenz [von komplexen und relativ heterogenen sozialen und kulturellen Konflikten], vor allem in einem Land, dessen innen- wie außenpolitische Deutung der Nation so vorläufig, gefährdet und vielfach tabuisiert ist, wie die der Bundesrepublik.« (Lepsius 1993a [1966], S. 78 f.)²⁹ Und das Ringen um die – auch außenpolitische – Deutung der Bundesrepublik ist angesichts der gegenwärtigen europa- und weltpolitischen Herausforderungen im Gefolge des Überfalls Russlands auf die Ukraine aktueller denn je.

²⁸Vgl. dazu auch Wagenknecht (2021). Die Frage der Prozesse und Konturen nationaler wie europäischer »Identitätsstiftung« bestimmte vielfach die Arbeiten von Lepsius (vgl. 1968b, 1999, 2003, 2004, 2013d [2006]).

²⁹Dieses Argument wiederum verweist (erneut) auf das Durkheim–Böckenförde–Habermas–Argument über die Voraussetzungen einer demokratischen Kultur, die nicht selbst durch eine demokratische politische Ordnung garantiert werden können. Daraus lassen sich Folgerungen für die Themen Vertrauenskultur und Streitkultur ziehen, die hier nicht Gegenstand sein können.

5 Fazit

Damit möchte ich den Versuch einer Rekonstruktion von Lepsius' Analytik³⁰ wie auch den mit den Mitteln dieser Analytik skizzierten Ansatz einer sozio-historischen Strukturanalyse der Gesellschaft Deutschlands in der Gegenwart kurz resümieren. In seinem programmatischen Text aus dem Jahr 1969 formuliert Lepsius: »Die Frage, welche sozialen Strukturbedingungen für die Entwicklung und die Sicherung des Bestehens einer demokratischen Ordnung nötig sind, war und ist eine zentrale Problemstellung der Soziologie.« (Lepsius 1993b [1969], S. 24) Es ist offensichtlich, dass Lepsius selbst diese Frage zeitlebens beschäftigt hat. Aspekte dieser Beschäftigung wurden vorstehend exemplarisch herangezogen, um zu zeigen, dass sich die in Lepsius' diesbezüglichen Stellungnahmen rekonstruierbare Analytik auch angesichts aktueller gesellschaftlicher Konstellationen bewährt. Dabei führten Lepsius' Hinweise auf die Plastizität und Elastizität demokratischer politischer Ordnung zur Identifizierung allfälliger Ambivalenzen hinsichtlich der sozio-politischen, der sozio-strukturellen und der sozio-kulturellen Konstellationen.

Im Gefolge eines strukturanalytischen Vergleichs von Weimarer und Berliner Republik, der partiell ebenso seinen Ausgang von Beiträgen Lepsius' nahm (vgl. Endreß 2020, bes. S. 38 f., 2020b, bes. S. 434 ff.), habe ich die dort skizzierten und ebenso auf Ambivalenzen zugespitzten Entwicklungen insgesamt auf die Diagnose von Tendenzen zu einer Entkernung der Demokratie zugeschnitten und diese Diagnose anhand von zwei aktuellen Beispielen veranschaulicht. Als Beispiele für Prozesse hin zu einer »Entkernung« dienten dort *einerseits* Politikstrategien der politischen Mitte (u. a. durch sozialdemokratische Parteien seit ca. drei Jahrzehnten), die programmatisch schon bei Giddens in seinem Buch *Jenseits von Links und Rechts* (1997 [1994]) im Gefolge seiner so erfolgreichen Proklamation eines »Dritten Weges« angelegt waren (vgl. Mouffe 2011, S. 3); *andererseits* eine »Politik der Alternativlosigkeit«, die bspw. auch schon Lammert und Vormann (2017, S. 17) als »Kern der Krise« ausmachten.

Als Effekt dieser Doppelbewegung lässt sich m. E. beobachten, dass die Alternativlosigkeit in der sog. Mitte die radikalen Alternativen der sog. Ränder

³⁰Bezogen sowohl auf die fünf unterschiedenen Analysedimensionen als auch die prioritäre und die Gesamtanalytik damit formierende Relevanz der ersten Dimension mit ihrer Unterscheidung von drei Perspektiven (sozio-strukturell [Interessen], sozio-politisch [Institutionen], sozio-kulturell [Ideen]), die die analytische Trias des Reflexionsdreiecks Ideen, Interessen und Institutionen abbilden.

erzeugt. Im Hintergrund dieser Vermutung stünde dann die Annahme einer Dynamik der Tabuisierung von immer mehr, gesellschaftlich letztlich gleichwohl weiterhin strittigen Themen. Dies, so die weitergehende Vermutung, erweist sich vermutlich letztlich als ein zentrales Paradox für »Volksparteien« und damit für die Integrationsprozesse in sich fortschreitend pluralisierenden und potentiell fraktionierenden Demokratien.

In Verlängerung dieser Diagnose lässt sich das Szenario mehrfacher »Entpolitisierungsdynamiken« skizzieren (vgl. Endreß 2020, S. 52), die aus beobachteter Alternativlosigkeit (Konkurrenzlosigkeit), der Verschiebung von Entscheidungen ins Ökonomische, der Folgenlosigkeit politischer Fehler, der Käuflichkeit von Politik (u. a. Lobbyarbeit), eines Um-sich-selbst-Kreisens politischer Eliten und einer Politik von Eliten ausschließlich oder dominant für Eliten folgen. Entpolitisierungsdynamiken, die ihren Hintergrund in den vorstehend skizzierten Ambivalenzen und deren Tabuisierung haben.

Angesichts dieser Ambivalenzen bewahrheitet sich jedoch gleichwohl – das wäre die gerade auch von Lepsius herausgestellte Schlussfolgerung – die Alternativlosigkeit wie Aktualität von Demokratie. Demokratie verstanden als institutionalisierte öffentliche Konkurrenz, d. h. als transparent institutionalisierter Konflikt um die Behandlung der Belange von Gemeinwesen mit dem Ziel der Erlangung möglichst allseitig tragfähiger Kompromisse (vgl. dazu Lepsius 1993, S. 23, 87, 179, 191, 214, 222, 269, 279).

Die Identifizierung dieser Ambivalenzen gelang mittels des Versuches, den konzeptionellen Kern des Werkes von Lepsius als Geflecht von fünf Analysedimensionen zu rekonstruieren. Ausgehend von (1) der als Leitwährung begriffenen Unterscheidung von sozio-politischer, sozio-struktureller und sozio-kultureller Perspektive, die die analytische Trias von Institutionen, Interessen und Ideen abbildet, stellte sich (2) die Aufgabe mittels der Unterscheidung von Interdependenzannahme und Indifferenzannahme das Verhältnis von identifizierten sozialen Strukturen, politischer Ordnung und kulturellen Ordnungsideen darzulegen. Eine Frage, für die sich aufgrund fortschreitend zu beobachtender Desintegrationstendenzen gesellschaftlicher Milieus erneut Vermutungen einer Interdependenz von sozialen Lagen, kommunikativer Exzesse in den sozialen Medien und politischem Wahlverhalten nahelegen.

Hinsichtlich (3) der Unterscheidung von latenten und manifesten Aspekten sozio-historischer Konstellationen ist mit Lepsius wohl die Etablierung neuer institutioneller Adressen für identitätspolitische Kämpfe ebenso wie für allfällig kommunizierte Frustrationsgefühle, für reklamierte Anerkennungs- bzw. Wertschätzungsdefizite wie für eingeforderte Respektbekundungen (Stichwort u. a. »Klassismus«) ein Manifestwerden gesamtgesellschaftlichen wie politischen

Unbehagens zu konstatieren, welches den Erfolg von Charismatisierungstendenzen im politischen Betrieb und von Populismen nach sich zieht. Mit beiden Prozessen geraten dann (4) die Struktur gesellschaftlicher Vermittlungsprozesse wie auch (5) die Institutionalisierungen von Konflikten und Konfliktbearbeitungsmechanismen unter zunehmenden Druck – sei es durch forcierte Dramatisierungen oder auch durch forcierte Generationenkonflikte.³¹ Auch wenn sich damit – mit Lepsius gesprochen – die Konturen einer sich fraktionierenden Gesellschaft mit fortschreitenden Eskalationsdynamiken womöglich noch nicht unmittelbar abzeichnen, so ist doch fraglos ein erhebliches Strapazieren der »Anpassungselastizität« des gesellschaftlichen Institutionensystems nicht zu übersehen.³²

Um noch einmal eine – wenn auch etwas freie bzw. kreative – Aufnahme einer Überlegung von Lepsius zu riskieren: Wenn er von der »Plastizität der möglichen Entwicklungen sozialer Konfigurationen« spricht, für deren Analyse es des Bezuges auf »strukturelle Determinanten« bedürfe (Lepsius 1993b [1969], S. 15), dann steckt darin zugleich der Hinweis auf die strukturell erforderliche Elastizität die einer als demokratisch ausgewiesenen Ordnung notwendig zukommt – und d. h. zugleich, dass ihre Aushöhlung mittels der Instrumente, die für sie essentiell sind, stets als potentielles Szenario mitläuft und sozusagen lauert. Es bedarf somit hinreichender Umsicht zu realisieren, wann sich Entwicklungen anbahnen, die es unter Wahrung der demokratischen Substanz rechtfertigen, deren »essentials« ggf. temporär einzuschränken – nicht nur, aber eben auch in Pandemie-Zeiten. Hier ist die soziologische Analyse »der sozialen Strukturbedingungen für die Entwicklung und Sicherung des Bestehens einer demokratischen Ordnung« (Lepsius 1993b [1969], S. 24) dauerhaft gefragt. Anders formuliert: Die so regelmäßig ausgerufenen Krisen der Demokratie sind deshalb ein Dauerthema, seit es ebendiese Herrschaftsform »gibt«, weil sie aus zumindest zwei Gründen dieser Struktur von Herrschaft immanent, und deshalb eben gerade nicht »Krise«, sondern »Routine« sind:

³¹ Die einschlägigen Stichworte sind hier die Belastungen durch den Klimawandel, die exorbitant hohe Verschuldung im Zuge der Corona-Pandemie oder auch die erneut forcierte Verschuldungspolitik im Gefolge des Krieges in der Ukraine.

³² Eine Diagnose, deren Gewicht nochmals stärker ins Gewicht fällt, wenn man sich die in Lepsius' Werk nicht verhandelten Themen aktueller besonders ausgeprägter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen vor Augen hält: die ökologische Problematik (Klimawandel), forcierte Migrationsprozesse sowie eine ausufernde, zukünftige Generationen primär belastende Staatsverschuldung.

- 1 Demokratie als Herrschaftsform ist strukturell auf kommunikative wie pragmatische Konfliktaustragung in institutionalisierten Konstellationen angelegt und angewiesen. Als Herrschaftsform bildet sie einen Typus institutionalisierter Reflexivität.
- 2 Demokratie ist konstitutiv auf die »Plastizität« ihrer Institutionalierungsformen angewiesen und angelegt. Als Herrschaftsform ist sie auf ihre eigene Historizität hin angelegt, insofern sie auf die »Anpassungsfähigkeit und Vermittlungselastizität« (Lepsius 1997, S. 65) der institutionalisierten »Rationalitätskriterien« einer Pluralität von Interessen angewiesen ist.³³

Das Fazit aufgrund dieser zweifachen Akzentuierung der Prozessualität von Demokratie führt deshalb erneut auf eine strukturelle Ambivalenz: Demokratie ist in doppeltem Sinne ein unabschließbares Projekt – sowohl prinzipiell unvollendbar wie jederzeit abbrechbar. Jede demokratische Ordnung ist also in beiden Richtungen konstitutiv offen: im Hinblick auf ihre Zukünftigkeit wie im Hinblick auf ihre mögliche Abwicklung. Auch in diesem Sinne erscheint eine besondere Würdigung von Mario Rainer Lepsius als Klassiker der »zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie« überaus stimmig, steht sein Denken und Handeln doch in besonderem Maße für institutionelle Reflexion und Verantwortungübernahme.

Literatur

- Bach, M. (2008). M. Rainer Lepsius zum 80. Geburtstag. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60, 440–443.
- Becker, R./Mayer, K. U. (2019). Societal Change and Educational Trajectories of Women and Men born between 1919 and 1986 in (West) Germany. *European Sociological Review* 35(2), 147–168.
- Böckenförde, E.-W. (1991 [1967]). Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation. In: Ders., *Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte* (S. 92–114). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Borchert, K. (2017 [2014]). Nachruf auf M. Rainer Lepsius (8. Mai 1928 – 2. Oktober 2014). In: M. R. Lepsius, *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, (S. 511–518). Tübingen: Mohr Siebeck.

³³ Eine Formulierung, die von Lepsius im Wiederabdruck dieses Textes im Jahr 2013 (vgl. Lepsius 2013, S. 35) – als stilistische Überarbeitung ausgewiesen (Lepsius 2013, S. 8) – gestrichen wurde.

- Braudel, F. (1953). George Gurvitch ou la discontinuité du social. *Annales* 12, 347–361.
- Bude, H. (1987). *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Endreß, M. (2010a). Vertrauen – soziologische Perspektiven. In: M. Maring (Hrsg.), *Vertrauen – zwischen sozialem Kitt und der Senkung von Transaktionskosten* (S. 91–113). Karlsruhe: KIT.
- Endreß, M. (2010b). Vertrauenskrisen und Vertrauensverluste. *Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie* 29(51), 27–40.
- Endreß, M. (2012). Vertrauen und Misstrauen – Soziologische Überlegungen. In: C. Schilcher et al. (Hrsg.), *Vertrauen und Kooperation in der Arbeitswelt* (S. 81–102). Wiesbaden: Springer VS.
- Endreß, M. (2013). Zur Struktur von »Grundvertrauen« und der Vertrauenssignatur in Gegenwartsgesellschaften. In: I. Dalferth/S. Peng-Keller (Hrsg.), *Grundvertrauen. Hermeneutik eines Grenzphänomens* (S. 115–144). Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Endreß, M. (2014a). Vertrauenskonstellationen – Zur Relevanz und Tragfähigkeit der Unterscheidung von persönlichem und systemischem Vertrauen. In: S. Bartmann et al. (Hrsg.), *Vertrauen in der erziehungswissenschaftlichen Forschung* (S. 31–47). Opladen u. a.: B. Budrich.
- Endreß, M. (2014b). Unabdingbare Kompromisse angesichts unbedingter Ansprüche – Zur Rehabilitierung des Kompromisses als politischer Figur. In: B. Liebsch/M. Staudigl (Hrsg.), *Bedingungslos? Zum Gewaltpotenzial unbedingter Ansprüche im Kontext politischer Theorie* (S. 143–165). Baden-Baden: Nomos.
- Endreß, M. (2020a). Gesellschaft und Demokratie in Deutschland heute. »Weimarer Verhältnisse« als Damoklesschwert der gegenwärtigen Demokratie. In: Ders./S. Nissen/G. Vobruba (Hrsg.), *Aktualität der Demokratie. Strukturproblemen du Perspektiven* (S. 11–56). Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Endreß, M. (2020b). Zu einer historischen Schwellenzeit der Moderne. Aspekte einer Auseinandersetzung mit dem theoretisch-konzeptionellen Zuschnitt von Lutz Raphaels Zeitgeschichtsschreibung. In: C. Marx/M. Reitmayer (Hrsg.), *Die offene Moderne. Gesellschaften im 20. Jahrhundert* (S. 414–449). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Endreß, M. (2022a). Fake-News, Verschwörungsgedanken und politischer Extremismus – Vertrauen in einer sich fraktionierenden Gesellschaft. In: M. Lindenau/M. Meier Kressig (Hrsg.), *Vertrauen – ein riskantes Unterfangen? Sechs (Ein-)Blicke* (S. 31–47). Darmstadt: WBG.
- Endreß, M. (2022b). Zur Analytik von Prozessualität. In: Ders./B. Rampp (Hrsg.), *Resilienz als Prozess. Zu einer Soziologie von Resilienz*. Wiesbaden: Springer VS (im Druck).
- Frei, N./Maubach, F./Morina, C./Tändler, M. (2019). *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*. Berlin: Ullstein.
- Frenkel-Brunswick, E. (1996 [1949]). Intoleranz gegenüber Mehrdeutigkeit. In: Dies., *Studien zur autoritären Persönlichkeit. Ausgewählte Schriften*, hg. u. eingel. v. D. Paier (S. 179–204). Graz u. Wien: Nausner & Nausner.
- Fuchs, C./Middelhoff, P. (2019). *Das Netzwerk der Neuen Rechten*. Reinbek: Rowohlt Polaris.
- Giddens, A. (1997 [1994]). *Jenseits von Links und Rechts*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gurvitch, G. (1957). Continuité et discontinuité en histoire et en sociologie. *Annales* 12, 73–84.

- Habermas, J. (2005). Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates? In: Ders./J. Ratzinger, *Dialektik der Säkularisierung. Über Vernunft und Religion* (S. 15–37). Freiburg: Herder (auch in: Ders., *Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2005, S. 106–118).
- Hacke, J. (2018). *Existenzkrise der Demokratie. Zur politischen Theorie des Liberalismus in der Zwischenkriegszeit*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W./Freiheit, M./Sitzer, P. (2020). *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*. Berlin: Suhrkamp.
- Henrich, D. (1991). *Konstellationen. Probleme und Debatten am Ursprung der idealistischen Philosophie (1789–1795)*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Henrich, D. (2006 [1996]). Eine Generation im Abgang. In: Ders., *Die Philosophie im Prozeß der Kultur* (S. 55–71). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Henrich, D. (2005). Konstellationsforschung zur klassischen deutschen Philosophie. Motiv – Ergebnis – Probleme – Perspektiven – Begriffsbildung. In: M. Mulsow/M. Stamm (Hrsg.), *Konstellationsforschung* (S. 15–30). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kocka, J. (2015). Lepsius als Historiker. *Berliner Journal für Soziologie* 24, 587–591.
- Lammert, C./Vormann, B. (2017). *Die Krise der Demokratie und wie wir sie überwinden*. Berlin: Aufbau.
- Langewiesche, D. (2016). M. Rainer Lepsius und die Geschichtswissenschaft. *Geschichte und Gesellschaft* 42, 195–207.
- Lepsius, M. R. (1961). *Denkschrift Soziologie/Politische Wissenschaft (im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft)*. Wiesbaden: Steiner. (Teilw. Wiederabdruck in: Ders., *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017, S. 137–169).
- Lepsius, M. R. (1966). *Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung*. Stuttgart: Kohlhammer. (Auch in: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1993, S. 51–79).
- Lepsius, M. R. (1968a). The Collaps of an Intermediary Power Structure: Germany 1933–1934. *International Journal of Comparative Sociology* 9, 289–301.
- Lepsius, M. R. (1968b). Die unbekannte Identität der Bundesrepublik. *Hochland* 60(6), 562–569.
- Lepsius, M. R. (1972). Zum Beginn. *Soziologie. Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie* 1(1), 3–4.
- Lepsius, M. R. (Hrsg.) (1976). *Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages [1974]*. Stuttgart: Enke.
- Lepsius, M. R. (1976a). Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie. In: Ders. (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages [1974]* (S. 1–13). Stuttgart: Enke. (Auch in: Ders., *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017, S. 209–223).
- Lepsius, M. R. (1976b). Zur forschungspolitischen Situation der Soziologie. In: Ders. (Hrsg.), *Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages [1974]* (S. 407–417). Stuttgart: Enke. (Auch in: Ders., *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017, S. 225–236).

- Lepsius, M. R. (1978). From Fragmented Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany. In: J. J. Linz/A. Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes: Europe* (S. 34–79). Baltimore/London: John Hopkins UP.
- Lepsius, M. R. (1979). Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967. In: G. Lüschén (Hrsg.), *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungslinien und Praxisbezug* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 21) (S. 25–70). Opladen: Westdeutscher Verlag. (Auch in: Ders., *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck 2017, S. 85–136).
- Lepsius, M. R. (Hrsg.) (1981). *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, M. R. (1981a). Die Soziologie der Zwischenkriegszeit: Die Entwicklungstendenzen und Beurteilungskriterien. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23) (S. 7–23). Opladen: Westdeutscher Verlag. (Auch in: Ders., *Soziologie und Soziologien. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland* (S. 3–20). Tübingen: Mohr Siebeck 2017.
- Lepsius, M. R. (1981b). Generation. In: M. Greiffenhagen/S. Greiffenhagen/R. Prätorius (Hrsg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland* (S. 162–165). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, M. R. (1990). *Interessen, Ideen und Institutionen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lepsius, M. R. (1993). *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993a [1966]). Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 51–79). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993b [1969]). Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 11–24). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius 1993c [1974]). Sozialstruktur und soziale Schichtung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 145–174). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993e [1979]). Zur Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1972–1977. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 175–195). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993f [1981]). Die Teilung Deutschlands und die deutsche Nation. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 196–228). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993g [1983]). Die Bundesrepublik Deutschland in der Kontinuität und Diskontinuität historischer Prozesse. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Sozio-*

- logisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 135–144). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993h [1986]). Das Modell der charismatischen Herrschaft und seine Anwendbarkeit auf den „Führerstaat“ Adolf Hitlers. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 95–118). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1993i [1989]). Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des »Großdeutschen Reiche«. In: Ders., *Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze* (S. 229–245). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1997). Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien. In: G. Göhler (Hrsg.), *Institutionenwandel* (Leviathan Sonderheft 16) (S. 57–69). Opladen: Westdeutscher Verlag. (Leicht bearb. wiederabgedr. in: Ders. *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union* (S. 26–39). Wiesbaden: Springer VS 2013.)
- Lepsius, M. R. (1999). Bildet sich eine kulturelle Identität in der Europäischen Union? In: W. Reese-Schäfer (Hrsg.), *Identität und Interesse. Die Diskurse der Identitätsforschung* (S. 90–99). Opladen: Leske + Budrich.
- Lepsius, M. R. (2003). Institutionelle Entkopplung, europäische Integration und Identitätsbildung. In: J. Allmendinger (Hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002* (Tl. 1, S. 516–522). Opladen: Leske + Budrich.
- Lepsius, M. R. (2004). Prozesse der europäischen Identitätsstiftung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B38 (13.09.2004), 3–5.
- Lepsius, M. R. (2005). Kritische Anmerkungen zur Generationenforschung. In: U. Jureit/M. Wildt (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs* (S. 45–52). Hamburg: Hamburger Edition.
- Lepsius, M. R. (2008). *M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession*, hrsg. v. A. Hepp und M. Löw. Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Lepsius, M. R. (2013). *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. R. (2013a [1997a]). Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien. In: Ders., *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union* (S. 26–39). Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. R. (2013b [1997b]). Vertrauen zu Institutionen. In: Ders., *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union* (S. 55–64). Wiesbaden: Springer VS.,
- Lepsius, M. R. (2013c [1999]). Die »Moral« der Institutionen. In: Ders., *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union* (S. 40–54). Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. R. (2013d [2006]). Identitätsstiftung durch eine europäische Verfassung. In: Ders., *Institutionalisierung politischen Handelns. Analysen zur DDR, Wiedervereinigung und Europäischen Union* (S. 222–239). Wiesbaden: Springer VS.
- Lepsius, M. R. (2015). Max Weber zum 150. Geburtstag. Interview (von H.-P. Müller u. S. Sigmund). *Berliner Zeitschrift für Soziologie* 24, 559–581.

- Lepsius, M. R. (2016). *Max Weber und seine Kreise. Essays*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Lepsius, M. R. (2016a [1995]). Max Weber und das Programm der Institutionenpolitik. In: Ders., *Max Weber und seine Kreise. Essays* (S. 20–37). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Lepsius, M. R. (2016b [2003]). Eigenart und Potenzial des Weber-Paradigmas. In: Ders., *Max Weber und seine Kreise. Essays* (S. 3–19). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Lepsius, M. R. (2017). *Soziologie und Soziologen. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Lepsius, M. R./Neidhardt, F./Weiß, J. (Hrsg.) (1986). *Kultur und Gesellschaft* (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 27). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1981). *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- Maillard, A. (2011). Die Zeiten des Historikers und die Zeiten des Soziologen. Der Streit zwischen Braudel und Gurvitch – wiederbetrachtet. *Trivium* 9, 1–23.
- Mau, S. (2019). *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.
- Mayntz, R. (1988). Soziale Diskontinuitäten. In: Dies., *Soziale Dynamik und politische Steuerung. Theoretische methodologische Überlegungen* (S. 115–140). Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Merton, R. K. (1968). On Sociological Theories of the Middle Range. In: Ders., *Social Theory and Social Structure. 1968 Enlarged Edition* (S. 39–72). New York u. London: Free Press.
- Merton, R. K. (1995 [1949/68]). Manifeste und latente Funktionen. In: Ders., *Soziologische Theorie und soziale Struktur*, hrsg. u. eingel. v. V. Meja u. N. Stehr (S. 17–81). Berlin u. New York: de Gruyter.
- Mouffe, C. (2011). »Postdemokratie« und die zunehmende Entpolitisierung. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2, 3–5.
- Müller, H.-P./Sigmund, S. (2015). Max Weber zum 150. Geburtstag. Interview mit M. Rainer Lepsius. *Berliner Journal für Soziologie* 24, 559–581.
- Mulsow, M./Stamm, M. (Hrsg.) (2005). *Konstellationsforschung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Oevermann, U. (2015). Prof. Dr. Dr. h.c. Mario Rainer Lepsius. Ein Nachruf. *Soziologie* 44(1), 7–21.
- Popitz, H. (1992). *Phänomene der Macht*. Tübingen: Mohr.
- Roth, G. (1963). *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*. Totowa, NJ: Bedminster Press.
- Scheuch, E. K. (1988 [1965]). Continuity and Change in German Social Structure. *Historical Social Research/Historische Sozialforschung* 13(2), 31–121.
- Schluchter, W. (1998). Würdigung: M. Rainer Lepsius zum 70. Geburtstag (8. Mai 1998). *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 50(3), 396–398.
- Schluchter, W. (2008). Interessen, Ideen, Institutionen: Schlüsselbegriffe einer an Max Weber orientierten Soziologie. In: S. Sigmund et al. (Hrsg.), *Soziale Konstellation und historische Perspektive* (S. 5–80). Wiesbaden: VS.
- Schluchter, W. (2015). M. Rainer Lepsius als Soziologie. In: Ders. (Hrsg.), *In memoriam Prof. Dr. Dr. h.c. M. Rainer Lepsius* (S. 4–11). Heidelberg: Max-Weber-Institut für Soziologie.

- Sigmund, S./Albert, G./Bienfait, A./Stachura, M. (Hrsg.) (2008). *Soziale Konstellation und historische Perspektive. Festschrift für M. Rainer Lepsius*. Wiesbaden: VS.
- Sterbling, A. (2008). »Gesellschaftsanalyse und Sinngebungszwang«. M. Rainer Lepsius zum 80. Geburtstag. *Soziologie* 37(2), 237–241.
- Sztompka, P. (1995). Vertrauen – Die fehlende Ressource in der postkommunistischen Gesellschaft. In: B. Nedelmann (Hrsg.), *Politische Institutionen im Wandel* (KZfSS-Sh. 35) (S. 254–276). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sztompka, P. (1998). Trust, Distrust and Two Paradoxes of Democracy. *European Journal of Social Theory* 1, 19–32.
- Sztompka, P. (1999). *Trust. A Sociological Theory*. Cambridge: Cambridge UP.
- Thierse, W. (2021). Wieviel Identität verträgt die Gesellschaft? *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 21.02.2021.
- Wagenknecht, S. (2021). *Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Weber, M. (1988 [1904]). Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. v. J. Winkelmann, 7. Aufl. (S. 146–214). Tübingen: Mohr.
- Weiß, V. (2017). *Die autoritäre Revolte*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Wirsching, A./Kohler, B./Wilhelm, U. (Hrsg.) (2018). *Weimarer Verhältnisse. Historische Lektionen für unsere Demokratie*. Ditzingen: Reclam.
- Wolfram, K. (2020). Was war und zu welchem Ende kam die politische Energie der Ostdeutschen. *Journal der Künste* 12, 1–4.



Ambivalenzen einer soziologischen Beziehung: Ralf Dahrendorf und Helmut Schelsky

Gerhard Schäfer

Lothar Peter zum 80. Geburtstag – in Freundschaft und Dankbarkeit

Um die persönlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den generationellen Antipoden Ralf Dahrendorf (Jg. 1929) und Helmut Schelsky (Jg. 1912) zu rekonstruieren, ist der Blick auf die verschiedenen *Etappen* dieses soziologischen Beziehungsverhältnisses hilfreich.

Die *erste Etappe*, mit dem Studium Ralf Dahrendorfs und seinen journalistischen Anfängen in Hamburg nach 1945 verknüpft, lässt sich als relative Distanz zu dem in unmittelbarer Nähe an der Akademie für Gemeinwirtschaft agierenden Ordinarius für Soziologie Helmut Schelsky beschreiben. Drei Faktoren sind dafür maßgeblich: die Kenntnisse seines Vaters Gustav Dahrendorf (Vorsitzender der Hamburger Konsumgenossenschaften) über Schelskys Vergangenheit, die Arbeit im Hamburger SDS (mit etlichen Mitgliedern aus der »Akademie für Gemeinwirtschaft«), die wissenschaftliche Entwicklung Ralf Dahrendorfs bei Bruno Snell und Josef König, beides Freunde Theodor Litts und Helmuth Plessners und erklärte Gegner Schelskys bei dem ersten Berufungsversuch Schelskys an der Hamburger Universität im Herbst 1948. Prägend für Dahrendorfs akademische Biographie und öffentliche Rolle wurde in dieser Phase seine Mitarbeit an der von Studierenden und Dozenten herausgegebenen »Hamburger Akademischen Rundschau« (HAR): Seine spätere journalistische Karriere ist ohne diese »Schreibübungen« in der auch überregional bekannten

G. Schäfer (✉)
Bremen, Deutschland

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_7

Hochschulzeitschrift kaum vorstellbar. Seine Marx-Dissertation schließt diese Phase mit der Publikation 1952 ab und eröffnet erste Annäherungen in der zweiten Etappe.

Die *zweite Etappe* umschließt die Zeit nach der Rückkehr D.s vom soziologischen Zweitstudium und dem Ph.D. an der London School of Economics and Political Science (LSE) bis zu Schelskys Wechsel nach Münster/Dortmund. Dahrendorf hatte den wissenschaftlich-disziplinären Wechsel vom Philosophen zum Soziologen (wie Schelsky) ebenso vollzogen wie die politische Wandlung vom Sozialisten zum Liberalen. Beides waren Voraussetzungen für ein produktives Gespräch zwischen beiden Soziologen: von der fachlichen Debatte über die Kernfrage der 1950er Jahre (Gibt es noch Klassen?) bis zur akademischen Karriereplanung. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in der Frage der Klassenproblematik (von Ralf Dahrendorfs Seite durchaus kritisch-polemisch geführt) hat der talent scout Helmut Schelsky immer ein Ohr für die soziologischen Newcomer und ihre Forschungsinteressen. Nicht ganz ohne Eigeninteresse (soziologische Hausmachtambitionen) führt er zwei der wichtigsten Nachkriegssoziologen der jüngeren Generation – nämlich Ralf Dahrendorf und Jürgen Habermas – in die Gremien der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) ein.

Schelsky erweist sich als anregender und entscheidender Förderer bei Dahrendorfs Saarbrücker Habilitation 1957, die auch in der Schriftenreihe Schelskys im Stuttgarter Enke-Verlag erscheint. Die Dankbarkeit spiegelt sich bei Dahrendorf noch in dem kritischen Nachruf auf Schelsky 1984 in der »Zeit«. Dahrendorfs Professur an der »Akademie« 1958 ist ohne Schelskys Einfluss in der Hamburger Bildungsbehörde nicht denkbar. Er empfiehlt ihn 1960 sogar im Weggang von der Universität Hamburg als vielversprechenden Nachfolger auf dem Universitäts-Lehrstuhl. Die soziologischen Unterschiede (Rollentheorie, Parsons-Kritik u. a.) und die wissenschaftspolitischen Kontroversen (Niederwaldtreffen 1960) vertiefen sich gleichzeitig gegen Ende dieser Phase.

Mit der *dritten Etappe* beginnt ein Wechsel, der ungefähr mit Dahrendorfs Ruf nach Tübingen 1960 und Schelskys Wechsel nach Münster/Dortmund 1960 zusammenfällt. Einerseits treffen die beiden Hochschulplaner von Konstanz und Bielefeld gelegentlich zum Erfahrungsaustausch zusammen, andererseits ist die gesellschaftskritische Funktion der Soziologie bei Dahrendorf – im Gegensatz zu Schelsky – im Hinblick auf die modernisierende Stabilisierung der bundesrepublikanischen Demokratie präsent (Arbeiterkinder u. a.). Dahrendorf steht nun in engerem Kontakt zu René König, was auch mit beider angloamerikanischer Nähe zusammenhängt, aber sich mit dem Wechsel Dahrendorfs in die Politik abkühlt. Die schroffe Frontstellung gegenüber Schelsky erfolgt ausführlich in

Gesellschaft und Demokratie in Deutschland (1965a, b) und in prononcierter Kontroverse anlässlich Schelskys antiaufklärerisch motivierter Anti-Links-intellektuellenkritik in *Die Arbeit tun die anderen* (1975). Die substanzielle Kritik von Dahrendorf wird gleichzeitig überlagert von dessen begründeter Dankbarkeit wegen der Generosität Schelskys nicht nur in seiner Habilitationsangelegenheit.

Zugleich ist die Ambivalenz dieser soziologischen Beziehung auch durch einen generationellen Aspekt charakterisiert. Während Schelsky sich als (älterer) Teil der skeptischen Generation selbst eingemeindet und dadurch quasi selbst entnazifiziert hat, fühlt sich Dahrendorf aus persönlichen und politischen Erfahrungen nicht als Skeptiker im Sinne des Schelskyschen Anpassungs-Skeptizismus, dem jeder sozialkritische Stachel fehlt. Weder Jürgen Habermas noch Ralf Dahrendorf haben sich je als Angehörige der »skeptischen Generation« verstanden, Christian Graf von Krockow, Martin Greiffenhagen und Odo Marquard dagegen schon.

1 Nähe und Distanz: Annäherungen im Hamburg der 1950er Jahre

Seinem Nachruf auf Helmut Schelsky in der »Zeit« vom 2.3.1984 hat Ralf Dahrendorf 1994 in dem Sammelband biographischer Porträts *Liberale und andere Portraits* eine autobiographische Bemerkung hinzugefügt, die ersten Aufschluss über den »Nahfernen« geben soll: »Ein Soziologe der Rechten, aber auch ein Förderer junger Soziologen anderer Observanz – so lernte ich ihn 1954 kennen, folgte ihm (und Carl Jantke) an der Akademie für Gemeinwirtschaft 1958 nach und blieb ihm in polemischer Beziehung verbunden.« (Dahrendorf 1994, S. 299)

Wie kein anderer Nachkriegssoziologe war Helmut Schelsky (1912–1984) in den fifties immer auf der Suche nach neuen Talenten für die Soziologie, womit nicht verschwiegen werden sollte, dass er den nun bereits Älteren aus dem ehemaligen Leipziger Soziologenkreis nicht auch hilfreich zur Seite gestanden hätte. Dazu zählen Gerhard Wurzbacher, Hans Linde, Karl Valentin Müller, Karl Heinz Pfeffer u. a. Nach seinem Wechsel von der »Akademie für Gemeinwirtschaft« an die Universität Hamburg (SS 1953) auf das Ordinariat für Soziologie in der Nachfolge des seit 1944 emeritierten Andreas Walther hat er den Blick verstärkt auf den soziologischen Nachwuchs gerichtet. Dazu gehörten Heinrich Popitz und Hans Paul Bahrdt, die er nach den Untersuchungen über *Das Gesellschaftsbild des Arbeiters* (1957) an die BASF weitervermittelt hatte. Neben Ralf Dahrendorf ist es auch dessen Jahrgangsgenosse, der Rothacker-Schüler und FAZ-Journalist

Jürgen Habermas, den er nach dem Abschluss seiner Schelling-Dissertation Anfang 1954 in ein Bonner Restaurant einlud und für die Mitgliedschaft in der DGS vorschlug.

Die Begegnung zwischen Helmut Schelsky und Ralf Dahrendorf fand in Hamburg statt, nachdem Dahrendorf den Aufsatz »Gibt es noch Klassen? Die Begriffe der ›sozialen Schicht‹ und der ›sozialen Klasse‹ in der Sozialanalyse der Gegenwart« (Dahrendorf 1954) veröffentlicht hatte. Diese in den neueren Biographien, sogar in der gelungenen Gesamtdarstellung von Franziska Meifort (2017) fehlende frühe Schlüsselveröffentlichung Dahrendorfs ist eine erste fachliche Auseinandersetzung des vom Ph.D.-Studium an der LSE zurückgekehrten Soziologen mit Schelskys Theorem von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« (Schelsky 1950, 1952, S. 286). Schelsky hatte ja nicht nur die »breite, verhältnismäßig einheitliche Gesellschaftsschicht, die ebensowenig proletarisch wie bürgerlich genannt werden kann« (Schelsky 1965a, S. 339 f.), diagnostiziert, sondern auch einen ganz neuen, die Klassengesellschaft ablösenden Vergesellschaftungstyp gemeint, in dem nicht nur alle Klassen und Schichten zum Verschwinden gebracht werden, sondern auch alle anderen sozialen Differenzierungen wie Frauen und Männer, Stadt und Land, Jung und Alt usw. Die enormen Steigerungsraten des Sozialprodukts in den 1950er Jahren ließen das Gefühl entstehen, dass die kapitalistische Marktwirtschaft sich krisenfrei entwickeln und die individuellen Konsum- und Wohlstandswünsche stets progressiv nach oben gerichtet sein würden.

Ralf Dahrendorf kritisierte diese Diagnose, indem er differenziert auf die Notwendigkeit der Begriffe »soziale Schicht« und »soziale Klasse« für die Sozialstrukturanalyse verwies und Schelsky durchgehend als »Helmut von Schelsky« ansprach, ihn also gleichsam ironisch aristokratisierte, ein Hinweis auf die überragende Stellung Schelskys in den soziologischen Diskursen und in der Fachgesellschaft der DGS in den 1950er Jahren. Gegenüber Schelsky betonte Dahrendorf die beschreibende Funktion des Schichtbegriffes etwa analog geologischer Schichtenbildung, hinsichtlich der Verwendbarkeit des Begriffs der »sozialen Klasse« schloss Dahrendorf an Karl Marx an, indem er ihn folgendermaßen definierte: »Quasi-Gruppen, die als Träger gemeinsamer Interessen am sozialen Wandel beteiligte Kräfte darstellen.« (Dahrendorf 1954, S. 275)

Ganz im Stil der britischen Soziologie erscheint der Klassenbegriff entpolitisiert – also: ohne die Notwendigkeit zur Entwicklung von Klassenbewusstsein im Rahmen des Klassenkampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Insoweit ist Dahrendorf ein Verteidiger von Marx in der Hochphase des Kalten Krieges, ohne allerdings das historisch-materialistische Fundament und die

politischen Konsequenzen dieses Klassikers zu teilen. Wenn Ralf Dahrendorf diesen Denkansatz in seiner Habilitationsschrift *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft* (Dahrendorf 1957) und in der erweiterten englischsprachigen Fassung von 1959 (Dahrendorf 1959) herrschaftssoziologisch erweitert und universalisiert, kann sein methodischer Ausgangspunkt nicht als »materialist liberalism« (Strubenhoff 2019, S. 89 ff.) bezeichnet werden. Klasse, Schicht, Macht, Herrschaft, Konflikt und Interesse sind soziologische Grundkategorien, die seit den »Klassikern« von Max Weber über Georg Simmel bis zu Ferdinand Tönnies und Werner Sombart zum selbstverständlichen Begriffsarsenal der Disziplin gehören. Die soziologischen Entwürfe dieser »Klassiker« kommen problemlos ohne die attributive Zuschreibung »materialistisch« aus, zumal sie fast durchgängig in achtungsvoller, kritischer Auseinandersetzung mit Marx entstanden sind. Im Falle Dahrendorfs widerspräche dies auch seiner wissenschaftlichen und politischen Selbsteinschätzung (Dahrendorf 1999, S. 68–70).

Dahrendorf hatte die Kritik am Topos von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« in seinem soziologischen Standardwerk *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland* (Dahrendorf 1965a) vertieft und mit Blick auf die These von der Klassenlosigkeit als »typisch deutsche Ideologie« gebrandmarkt. Schelsky hatte die schon ältere Kritik Dahrendorfs (1954) kaum irritiert, sie hat im Gegenteil sogar zur Einladung Dahrendorfs zum Hamburger Nachwuchstreffen im Sommer 1955 geführt. Helmut Schelsky hatte dieses Norddeutsche Soziologen-Nachwuchstreffen gemeinsam mit Carl Jantke (Hamburg), Gerhard Mackenroth (Kiel) und Helmuth Plessner (Göttingen) federführend organisiert – mit Unterstützung der Hamburger Bildungsbehörde (Senator Hans Wenke, CDU) und dem niedersächsischen Kultusministerium (Ministerialrat Hans Alfken, SPD). Abgesehen von Jürgen Habermas' zeitgenössischem Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) (Habermas 1955) ist mindestens ein weiterer Zeitzeugenbericht von Heinrich Popitz überliefert, der Schelsky für seine Absicht, den »wissenschaftlichen Nachwuchs für Soziologie an den norddeutschen Hochschulen einander bekanntzumachen und zur gegenseitigen Aussprache zu führen«, »einen Kranz winden« möchte (Popitz 2006, S. 207).

In der Einladung hieß es, das Treffen solle »den jungen Gelehrten Gelegenheit bieten, die Ergebnisse ihrer Untersuchungen einer größeren wissenschaftlichen Öffentlichkeit vorzulegen«. Referate wurden u. a. gehalten von Hans Paul Bahrdt, Karl Martin Bolte, Christian von Ferber, Dietrich Goldschmidt, Dietrich von Oppen und Heinrich Popitz (Schwerpunkt: Industriesoziologie). Dahrendorf als Saarbrücker Assistent und Habermas als journalistischer Beobachter gehörten eigentlich zu den Zuhörern. Jürgen Habermas hat rückblickend seinen Eindruck vom Auftritt des shooting stars der damaligen jüngeren Generation Ralf

Dahrendorf plastisch beschrieben. In diesem Kreis, so Habermas 2009 in einem Vortrag in Oxford wenige Wochen vor Dahrendorfs Tod, »stellte ein Privatdozent aus Saarbrücken alle anderen in den Schatten. Dieser konstruktive Geist, der lieber mit idealtypischen Stilisierungen Klarheit schafft als mit hermeneutischer Kunst jongliert, fiel durch seine wuchtige Eloquenz ebenso auf wie durch ein kompromissloses, Autorität beanspruchendes Auftreten und die etwas kantige Art seines Vortrags. Was Dahrendorf aus diesem Kreis heraushob, war das avantgardistische Selbstbewusstsein, mit alten Hüten aufzuräumen.« (Habermas 2013, S. 161 f.)¹

Dahrendorf war bei seiner Alterskohorte dadurch aufgefallen, dass er nach seinem Studium an der LSE die angloamerikanische Diskussion in den Sozialwissenschaften überschauete und eine erste fulminante konflikttheoretische Kritik an Talcott Parsons formulierte, der in den 1950er Jahren die soziologischen Diskurse auch international bestimmte (Dahrendorf 1961). Er kritisierte damals die starre Dogmatik des Parsonsschen Strukturfunktionalismus, der soziale Konflikte und sozialen Wandel nur als »pathologische Abweichungen« vom im Gleichgewicht gehaltenen »social system« denken könne. Dass Integration und Konflikt in einer Sozialtheorie zusammengedacht werden können, hatte 1956 David Lockwood in der »British Journal of Sociology« ebenfalls betont, ein Text, der im engen Gesprächskontakt mit seinem Freund Ralf Dahrendorf aus dem Donnerstagskreis an der LSE und später entstanden war (Lockwood 1956). Dabei ging es Dahrendorf bei aller Kritik an Parsons' Theorie nicht darum, die Konzeption als Ganzes zu verwerfen, sondern, wie Olaf Kühne zu Recht betont hat, »durch eine konflikttheoretische Perspektive zu ergänzen, schließlich haben Gesellschaften sowohl Tendenzen der Beharrung als auch des Wandels« (Kühne 2017, S. 31).

Helmut Schelsky hatte in seiner »Ortsbestimmung« (1959) das Optimum einer soziologischen Handlungstheorie »in der Begegnung zwischen der von Scheler herkommenden ›philosophischen Anthropologie‹ in Deutschland und der ›soziologischen Theorie‹ Parsons gesehen« (Schelsky 1959, S. 91), war aber gleichwohl nicht unbeeindruckt von Dahrendorfs bereits 1955 in der »Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie« (KZfSS) veröffentlichtem Aufsatz. Und trotzdem blieb Schelsky gegenüber Dahrendorfs Kritik an Parsons skeptisch, da

¹In einem Punkt irrt Jürgen Habermas: Dahrendorf war zu diesem Zeitpunkt noch kein Privatdozent. Diesen Titel erwarb er erst nach seiner Habilitation 1957.

sie »durch seine einseitige kategoriale Konfliktbetonung genauso wie der bloße pluralistische Schichtungsbegriff und andere Kategorien der reinen ›Klassenlosigkeit‹ durch ihre prinzipielle Konfliktlosigkeit die angemessene, Konflikt und Integration in der gleichen Struktur aufdeckende Analyse der Gesellschaft« verhindere (Schelsky 1965b, S. 379 f.). Die Soziologie habe die Aufgabe, so Schelsky und sein Schüler Rudolf Tartler, »ihre Gegenstände jeweils *zugleich* auf ihren Konflikt- und Kooperations- oder Integrationscharakter, und zwar den jeweils dieser Beziehung spezifischen, hin zu erkennen« (Schelsky 1965b, S. 378; Tartler 1965, S. 5). Die Betonung des Konflikts und seine Reduktion auf die institutionellen Herrschaftsverhältnisse und ihre Verknüpfung mit der Klassenproblematik (die Klassenverhältnisse in der Adenauer-Ära sind für Dahrendorf nur noch ein Spezialfall der Herrschaftsverhältnisse) machen den entscheidenden Unterschied zu Schelsky aus, der in Dahrendorfs Suchbewegungen noch zuviel Marx zu entdecken glaubte.

2 **Machtkämpfe im Feld der Soziologie: die zweite Generation der Nachkriegssoziologie**

Die Gemeinsamkeiten der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie bestehen darin, dass ihre Repräsentanten sich – häufig von der Philosophie kommend – mit Marx beschäftigt haben (Popitz, Bahrtd, Dahrendorf, Habermas, Lepsius u. a., die Hamburger Schelsky-Schüler am Wenigsten) und dessen Hypothesen vor allem empirisch-industriesoziologisch überprüften, aber auch gesellschaftstheoretisch und geschichtsphilosophisch diskutierten. In ihrer Opposition gegen die ältere Generation der von Wieses und z. T. auch Plessners waren die »Jungtürken« vereint, weil sie die DGS-Honoratiorengesellschaft zu einer auch schulenübergreifenden Arbeitsgemeinschaft transformieren wollten. Wenigstens zum Teil war diese Absicht mit den im Frankfurter Institut für Sozialforschung stattfindenden industriesoziologischen Treffen der zweiten Generation gelungen und mit dem Westberliner Soziologentag von 1959 auch personell realisiert: Bahrtd, Dahrendorf und Popitz wurden in den Vorstand der DGS gewählt, und die »Jungtürken« traten zum ersten Mal fachöffentlich in Erscheinung. »Die DGS beging ihr fünfzigjähriges Jubiläum mit einem Soziologentag, der zum ersten Mal deutliche Merkmale eines modernen Fachkongresses – mit Plenarvorträgen und Arbeitsgruppen (den Fachausschüssen) – trug.« (Weyer 1984, S. 103) Über dem Kongress lagen allerdings schon die Schatten des innerverbandlichen Konflikts um die Auseinandersetzung mit der Rolle der Soziologie und von Soziologinnen und Soziologen im Faschismus: das zeigte sich exemplarisch am Konflikt um

den Nürnberger Kongress des Institut International de Sociologie (IIS) 1958, aber auch in der Nicht-Berufung Arnold Gehlens (und Helmut Schelskys) an die Heidelberger Universität im gleichen Jahr (Borggräfe und Schnitzler 2014, S. 458 ff.).

Die Auseinandersetzungen mit der älteren Generation der »grand old men« (L. v. Wiese, A. Weber, C. Brinkmann, H. Freyer, aber auch A. Gehlen) und ihrem Verhalten während des Nationalsozialismus war für alle Angehörigen dieser Generation in der unmittelbaren Nachkriegszeit wichtig (Hepp und Löw 2008; Leendertz und Schimank 2019). Popitz und Dahrendorf hatten am von Otto Stammer organisierten Niederwald-Treffen mit 16 Lehrstuhlinhabern im Herbst 1960 teilgenommen. Es war der – allerdings gescheiterte – Versuch, die untergründig wirkenden, kontroversen Grundpositionen in der westdeutschen Nachkriegssoziologie miteinander ins Gespräch zu bringen. Stammer hatte die Publikationen von Adorno (1957), König (1958) und Schelsky (1959) zur Grundlage für dieses Vermittlungsgespräch vorgeschlagen. Dahrendorf hat nach eigenen spärlichen Hinweisen und meinen Nachfragen eine reflektierte Darstellung dieses Treffens »bis zum großen Sortieren«² verschoben, wie er mir schrieb. Aber das Thema ließ ihn nicht los als »doppelt gebranntes Kind des Totalitarismus« (Dahrendorf 1991, S. 35), ob als studentischer Redakteur der »Hamburger Akademischen Rundschau« (HAR) oder als Soziologe nach seiner Berufung auf den Tübinger Lehrstuhl 1961, etwa in seinem Beitrag über »Soziologie und Nationalsozialismus« im Rahmen der Tübinger Vorlesungsreihe im WS 1964/65 (Dahrendorf 1967, S. 100).³

In Bezug auf das Niederwald-Treffen im Oktober 1960 lässt sich soviel sagen: Ralf Dahrendorf unterschied im Hinblick auf die »Dabeigewesenen« die ältere Generation der etwa 60-Jährigen, noch im 19. Jahrhundert Geborenen, die trotz eigener Mitverantwortung und altersbedingter Neigung zur Resignation nach moralischer Erneuerung verlangt hätten, von der mittleren Generation der ca. 50-Jährigen, die skeptisch geworden sei und als »ohnmächtige Beobachter des Unheils« (dazu zählte er Schelsky u. a.) beschrieben wurde. Dahrendorf fügte dieser jetzt wieder auf Lehrstühlen sitzenden Gruppe die Position seiner eigenen Generation hinzu: »Da waren dann die Jungen, die mit den Älteren mehr zu ver-

²The Lord Dahrendorf an Gerhard Schäfer vom 26.10.1995.

³Später hat Dahrendorf das anders dargestellt, z. B. auf dem 24. Zürcher Soziologentag 1988, wie sich K.-S. Rehberg an die nicht protokollierte Diskussion erinnert (Rehberg 2020, S. 182).

binden schien als mit der skeptischen Generation der Enttäuschten, die jedenfalls sehr viel bestimmter nach moralischer Entscheidung auch in politischen Dingen verlangten und sich nicht scheuten, peinliche Fragen nichtsdestoweniger direkt zu stellen.« (Dahrendorf 1967, S. 100) Dahrendorf sah den Riss in der Soziologenzunft im Übrigen über die Generationen hinweg in der Kontinuität der politischen Rechten, die ihr antirationales, antiliberales und antiparlamentarisches Profil aus dem Erbe von Elementen der »Konservativen Revolution« noch nicht überwunden hatte. Schelskys Versuch der Typologisierung von vier »Schicksalstypen« in der »Ortsbestimmung« wurde trotz aller Fundamentalkritik an dessen »Heute-Soziologie« von Dahrendorf ausdrücklich gelobt (vgl. kritisch dazu: Schäfer 2013, 2014). Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Dahrendorf den Schöpfer des Begriffs der »skeptischen Generation« selbst zu dieser Generationskohorte zählte, sich selbst und Jürgen Habermas aber nicht. Schelsky selbst hatte die persönliche, freundschaftliche Nähe zu dieser Generation der ersten Hamburger Schüler (Heinz Kluth, Ulrich Lohmar, Rudolf Tartler) immer besonders betont (Schelsky 1964, S. 7). Aber auch Sozialwissenschaftler und Philosophen wie Christian Graf von Krockow, Martin Greiffenhagen oder Odo Marquard haben das Merkmal »skeptisch« für sich reklamiert. »Skepsis« gegenüber politischen Programmen und propagandistischer Verführungen war zwar eine zeitgeschichtlich verständliche Reaktionsform, aber die Umprägung des philosophisch anspruchsvollen Skepsis-Begriffs in eine politische Anpassung an die gegebenen Macht- und Herrschaftsverhältnisse der frühen Bundesrepublik bedeutete etwas fundamental anderes: der kritische Stachel des Skepsis-Begriffes war in eine sich unpolitisch gerierende Affirmation des Bestehenden umgeschlagen (Marquard 1981, S. 5; Greiffenhagen 1988, S. 55; Krockow 2000, S. 155). In einer späteren Notiz zu Schelskys Anti-Linksintellektuellen-Buch von 1975 hatte Dahrendorf nicht zu Unrecht am Buchende seinen Kommentar wie folgt zugespitzt: »[...] aber mancher hat schon bei der ersten Veröffentlichung der »skeptischen Generation« vermutet, dass es bei ihr weniger um die nachkriegsgeneration als um die schon einmal verführten ging, also um das selbstverständnis der bekehrten jungen nazis.« (Hansl 2015, S. 114) In das Bild des unpolitischen Skeptikers, der sich in seine privatistische Idylle zurückzieht und sich nüchtern pragmatisch mit den herrschenden Verhältnissen akkomodiert, passen weder der Sozialliberale Dahrendorf noch der Sozialdemokrat (ohne Parteibuch) Habermas – beides Intellektuelle mit internationaler Ausstrahlung.

3 Dahrendorfs Urteil über Helmut Schelsky in den 1950ern: ein »rechter« Intellektueller?

Dass sich das prominente Duo Gehlen-Schelsky selbst immer als politische Wissenschaftler-Intellektuelle verstanden und sich in den 1950ern (und darüber hinaus) der politischen Rechten zuordneten, geht aus einem Brief Arnold Gehlens an Helmut Schelsky vom 11.9.1956 zu den Hintergründen und Motivkomplexen dieser Selbsteinschätzung überdeutlich hervor. »1) Unsere steigende Prominenz, z. B. Dein Rowohltbuch, mein Buch, der Spiegelartikel usw. 2) Die Tatsache, dass wir rechts stehen, und zwar allein. Die gesamte literarische Öffentlichkeit ist ja schon von Linksinтеллектуellen unterwandert, was schlagend in der Behandlung der Aufrüstungsfrage durch die Zeitungen hervortritt«, (ULB Ms, NL H. Schelsky, 23,060; Schelsky 1955; Gehlen 1975 [1956]). Das ist zunächst die Sichtweise Arnold Gehlens, für Helmut Schelsky ist das Etikett »rechts« in dieser Phase seiner soziologischen Produktion nur eingeschränkt tauglich, schon gar nicht in der Zeit seines Direktorates an der Sozialforschungsstelle Dortmund und als Münsteraner Ordinarius. Das Münsteraner Soziologie-Milieu (mit D. Claessens und H. Hartmann)⁴ und die große Zahl von jungen, aufgeschlossenen Studierenden hatten den »Gröfaz«⁵ Schelsky selbst (contra voluntatem?) verändert.

Die öffentliche Wirkung des Duos Gehlen-Schelsky ist zumindest in den fifties nicht kleiner als die von Adorno-Horkheimer (Schildt 2020a): Die Ablösung ihrer publizistischen Hegemonie hat mit der Veränderung des gesellschaftlichen Klimas seit Ende der 1950er Jahre (1957 ist ein Schlüsseljahr), aber auch mit den sich wissenschaftlich, persönlich und politisch vergrößernden Bruchlinien im Binnenverhältnis von Schelsky und Gehlen zu tun. Die politische Zuordnung des Soziologen Schelsky nach dem Beginn der sozialliberalen Koalition und seinen ersten Bielefelder Erfahrungen als konservativ (und partiell rechts) ist durchaus berechtigt: Schelsky wird als Soziologe politischer Schriftsteller und wird Partei ohne Parteimitgliedschaft: CDU/CSU, Arbeitgeberverbände, Bund Freiheit der Wissenschaft, FAZ, Die Welt, Rheinischer Merkur, Deutsche Zeitung/Christ und Welt werden zu seinen bevorzugten Adressaten, Bündnispartnern und Publikationsforen.

⁴ Diese Feststellung gilt auch trotz der Einrahmung in eine traditionell konservative Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (Felz 2016; Schmitting 2019).

⁵ »Gröfaz« – war der Spitzname Schelskys innerhalb der Soziforsch der 1960er Jahre und bedeutete: »Größter Feldherr aller Zeiten«. Damit war ursprünglich Adolf Hitler gemeint.

Woher rührte nun Ralf Dahrendorfs Einschätzung Schelskys als einem »rechten Soziologen«? Die Antworten wurzeln sowohl in Dahrendorfs Biographie während der NS-Zeit als auch in den Erfahrungen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Erfahrung des Eingesperrt-Seins war für den kurzzeitig inhaftierten Jugendlichen im Polizeigeängnis von Schwetig nördlich von Frankfurt an der Oder um die Jahreswende 1944/45 dauerhaft prägend. Der »fast klaustrophobische Drang zur Freiheit« (Dahrendorf 1975a, S. 11) war ein Ergebnis dieser traumatischen Erlebnisse. Verstärkt wurde der antinazistische Impuls durch die Verhaftung seines Vaters Gustav im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944. Alle »Mitverschwörer«, darunter der Freund und Berliner Nachbar Julius Leber, waren von Freisler zum Tode verurteilt worden, Gustav Dahrendorf hatte sieben Jahre Zuchthaus erhalten, die er in Berlin am Alexanderplatz, in Ravensbrück und im Zuchthaus Brandenburg-Görden verbrachte. G. Dahrendorf unterzeichnete auf Grund der gemeinsamen Hafterfahrungen von Sozialdemokraten und Kommunisten und ihren politischen Lektionen im Geiste »antifaschistisch-demokratischer Erneuerung« (G. Dahrendorf 1955, S. 49) den Berliner Aufruf zur Einheit der beiden Arbeiterparteien im Sommer 1945 und war auch führend im Einheitsausschuss der antifaschistisch-demokratischen Parteien tätig: er war einer der einflussreichsten Politiker der damaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) – bis es zur erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD im April 1946 kam.

Nach der Rückkehr in das heimatliche Hamburg wurde Ralfs Vater Vorsitzender der Hamburger Konsumgenossenschaften. Von den Briten, die Ralf und seinen Vater Gustav ausgeflogen hatten, hatte Gustav Dahrendorf Kenntnis über die NS-Vergangenheit Schelskys, der als Präsident des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) in Berlin-West von den zuständigen britischen Besatzungsoffizieren in Hamburg abgelehnt worden war.

Ralfs Mitarbeit in der Hamburger SDS-Gruppe bestand nicht nur aus Studierenden der Universität, sondern ab Herbst 1948 auch aus Kommilitoninnen und Kommilitonen der »Akademie für Gemeinwirtschaft« (Vorsitzender des SDS in der britischen Zone war der »Offizier im Ledermantel« Helmut Schmidt, der als abgeordneter Luftwaffen-Offizier der Gerichtsverhandlung gegen Gustav Dahrendorf unter Freislers Vorsitz 1944 beigewohnt hatte). In diesen Kontext gehören auch Ralfs frühe journalistischen Versuche in der schon erwähnten HAR und seine sporadische Kenntnis von Schelskys familiensoziologischen Arbeiten.

Schelsky selbst hielt kurz nach seinem Amtsantritt an der »Akademie« Vorträge bei SPD und Gewerkschaften, trat mit ersten Sendungen zu Familien-, Industrie- und Betriebssoziologie hervor, pflegte Kontakt zu den Mächtigen in Hamburg, z. B. zu dem einflussreichen NWDR-Intendanten Adolf Grimme und zu Bürgermeister Max Brauer, der ihn um eine großstadtsoziologische Enquete

gebeten hatte. Innerhalb der Universität blieb die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät institutionell und personell der wichtigste Anker, dessen Unterstützung ihm bei der Bewerbung um die Soziologieprofessur Ende 1948 gewiss war (H.P. Ipsen, H. Ritschl, K. Schiller, R. Sieverts u. a.). Die Juristen und Volkswirte befanden sich 1948 im Gegensatz zur Philosophischen Fakultät, die eine Bewerbung Schelskys für die Nachfolge Andreas Walthers entschieden abgelehnt hatte. Zu ihren Repräsentanten zählten der Philosoph Josef König und der Klassische Philologe Bruno Snell, beide wurden Dahrendorfs Lehrer und Dissertationsgutachter bzw. Prüfer im Rigorosum (zusätzlich der Politologe und Remigrant Siegfried Landshut). Beide waren ohne nennenswerte Konzessionen durchs »Dritte Reich« gekommen und hatten persönlichen und brieflichen Kontakt zu Helmuth Plessner im niederländischen Exil gehalten. Außerdem waren sie durch den ehemaligen Leipziger Philosophie-Ordinarius Theodor Litt (der mit dem Hamburger Pädagogen Wilhelm Flitner bekannt war) über Schelskys frühe NS-Auftritte, z. B. in Litts Seminar am 12.5.1933, genauestens unterrichtet. Die Reserve vieler Mitglieder der Philosophischen Fakultät blieb auch nach der 1953 erfolgten Berufung Schelskys an die Universität erhalten – Ralf Dahrendorf war nicht ganz unbeeinflusst vom Urteil seiner Lehrer gegenüber Schelsky. Schelsky selbst empfand diese Haltung ihm gegenüber als ungerechtfertigte Kränkung, zumal er sich als ausgebildeter Fachphilosoph innerfakultativ gern häufiger in die Diskurse eingeschaltet hätte (Schäfer 2015).

4 Dahrendorfs Marx-Dissertation

Die Marx-Dissertation von 1952 schließt die erste Phase der relativen Distanz zu dem in unmittelbarer Nachbarschaft der Universität agierenden Ordinarius für Soziologie Helmut Schelsky ab und eröffnet zugleich erste widerspruchsvolle Annäherungen in der zweiten Etappe. Das wichtigste, durchaus diskussionswürdige Ergebnis der Dahrendorfschen Marx-Auseinandersetzung scheint mir darin zu liegen, dass Dahrendorf den Marx als Soziologen vor dem linkshegelianisch inspirierten Philosophen zu retten versucht. Die soziologische Analyse stelle Kategorien und Hypothesen bereit, die historisch und empirisch überprüft werden könnten, so Dahrendorf, während der utopisch-eschatologische Gehalt der Marxschen Geschichtsphilosophie nur quasi-religiös geglaubt werden könne. In dem der 2. Auflage der Dissertation hinzugefügten Kapitel »Thesen zur Marx-Kritik« spitzt der Autor seine These zu: »Nur auf der Grundlage der radikalen Trennung der beiden Teile des Marxschen Werkes ist es möglich, es einer sinnvollen Kritik zu unterwerfen und seine fruchtbaren Bestandteile

herauszuarbeiten.« (Dahrendorf 1971, S. 166) Diese zeitgenössisch z. B. in der Marxismus-Kommission der Evangelischen Studiengemeinschaft beliebten These, die den inneren Zusammenhang des Marxschen Werkes von der Kritik des Linkshegelianismus (in den beiden Schriften »Die heilige Familie« und »Die deutsche Ideologie«) bis zur Kritik der politischen Ökonomie im ersten Band des *Kapital* (1867) und den historisch-politischen Interventionsschriften (Generaladresse der Internationale, Kritik des Gothaer Programms u. a.) verfehlt, ist durch die neuere Marx-Forschung längst überholt. Marx' Vorstellung von der materialistisch und dialektisch sich entwickelnden Gesellschaft verbietet geradezu jede Form einer abschließbaren Geschichte: Marx ist der Widerpart zu Fukuyamas westlicher Überlegenheitsphilosophie vom »Ende der Geschichte«. Dahrendorfs Missverständnis vom »absoluten Begriff des Gerechten im Denken von Marx« (Dahrendorf 1971, S. 73) unterstellt eine Geschichtslosigkeit, die Marx in der Dialektik von Gerechtigkeit und Gleichheit und dem ständigen Kampf der Klassen im historischen Prozess überwunden hatte.

Auch haben Marx und Engels nie behauptet, dass mit der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln im Kapitalismus und dem Beginn der klassenlosen Gesellschaft alle Konflikte und Herrschaftsmodi verschwinden würden. Wir wissen z. B. nicht erst seit 1989, dass trotz allen Bruchs mit der Logik der profitorientierten kapitalistischen Produktionsweise weder die ökologische Zerstörung des Mensch-Biosphäre-Systems und ihrer »Mitlebewelt« (Tjaden 1990, S. 11) noch die patriarchalischen Herrschaftsformen im nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg des »realen Sozialismus« überwunden werden konnten. Auf all diese bis in den gegenwärtigen Kapitalismus ungelösten Fragen in einer zunehmend auseinanderdriftenden Gesellschaft mit neuen sozialen Spaltungslinien hatte Dahrendorf auch in seinem die sozialen Kohäsionskräfte (»Ligaturen«) zu Recht betonenden soziologischen Spätwerk kaum eine Antwort (Dahrendorf 1992).

Der Vorwurf des ökonomischen Determinismus, der im Übrigen Marx und Engels weniger trifft als viele nachfolgende MarxistInnen, durfte im Kontext der Marx-Kritik Dahrendorfs nicht fehlen. Die Ökonomie ist für Marx zwar eine notwendige Bedingung aller menschlichen Existenz, wird aber auf dieser Grundlage durch andere Triebkräfte menschlichen Handelns (ästhetische, künstlerische, religiöse, pädagogische, ethische, rechtliche, politische und wissenschaftliche) und dadurch konstituierte, relativ autonome Funktionsbereiche der Gesellschaft ergänzt, die auch auf die ökonomische Basis verändernd zurückwirken. Während Marx eine Vorstellung vom Ganzen hatte – Lukács prägte dafür 1923 in *Geschichte und Klassenbewusstsein* (Lukács 1970, S. 69) den Begriff der Totalität – lehnte Dahrendorf jede Form von gesellschaftlichem

System-Denken ab und meinte damit neben Parsons (und später: Luhmann) vor allem Marx: »Beide bringen die Gesellschaft in einer ›System‹-Vorstellung zum Erstarren.« (Dahrendorf 1957, S. 129) Der Kampf der antagonistischen Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft in den großen Streikbewegungen und außerparlamentarischen Kämpfen der 1950er Jahre ist aber gerade der Motor für den gesellschaftlichen Wandel insgesamt (von der Mitbestimmung über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Arbeitszeitverkürzung bis zur Anti-Atom-Bewegung). Der von Ralf Dahrendorf gewürdigten Leistung von Marx im Hinblick auf eine Theorie des sozialen Wandels mangelt es an materialer Substanz von Geschichte, Gesellschaft und Ökonomie. Indem er also den Soziologen Marx vor dem Philosophen zu retten versucht, fehlen die drei wichtigsten Elemente der Marxschen Theorie: die politische Ökonomie des Kapitalismus, die daraus resultierenden Klassenkämpfe und die Arbeiterbewegung (und andere antikapitalistische Suchbewegungen national wie international). Während Ralf Dahrendorf sich mitten im Kalten Krieg um eine philosophische Auseinandersetzung mit Marx bemühte, ging Schelsky die Marx-Kritik nicht weit genug, insbesondere hinsichtlich des Klassen- und Herrschaftsbegriffs (Meifort 2017, S. 76). Im Übrigen: Es gab eine Auseinandersetzung mit Marx in den 1950er Jahren, sie war aber von der ideologischen System-Konfrontation des Ost-West-Gegensatzes so stark geprägt, dass ein zustimmender Bezug auf die Marxsche Gesellschaftstheorie schwerwiegende karrieristische, wissenschaftliche und politische Ausschließungsfolgen mit sich zog (Abendroth 1976, S. 239; dagegen: Lübke 2010, S. 98).

5 Helmut Schelskys Rolle für Dahrendorfs akademische Karriere

Trotz aller Meinungsunterschiede zwischen dem Hamburger »Starsoziologen« Helmut Schelsky und dem jungen Nachwuchstalent Ralf Dahrendorf wäre die erwähnte Saarbrücker Habilitationsschrift 1957 ohne das Schelsky-Gutachten nicht so glatt über die Bühne gegangen. Die im selben Jahr noch publizierte Buchfassung im Stuttgarter Enke-Verlag mildert die frühere Kritik (1954) an Schelskys Nivellierungsthese etwas ab und differenziert sie zugleich: »Die Theorie der Nivellierung überwindet Marx' Klassentheorie nicht, sondern konzentriert die Aufmerksamkeit der Analyse nur auf andere Probleme, andere Aspekte der Sozialstruktur unter der stillschweigenden oder auch ausdrücklichen Voraussetzung, daß diese Aspekte in der entwickelten Industriegesellschaft in irgendeinem Sinne wichtiger, dominierender sind.« (Dahrendorf 1957,

S. 110) Und hinsichtlich der ökonomischen und politischen Kämpfe der 1950er Jahre – das Jahrzehnt war keineswegs eine Phase der gesellschaftlichen »Friedhofsruhe« (Schäfer 2001) – entwickelt Dahrendorf über Theodor Geigers These von der »Institutionalisierung des Klassengegensatzes« (Geiger 1949, S. 182 ff.) hinaus ein Fazit, das auch Schelsky nahekommt: »Der Konflikt organisierter Interessengruppen ist vom Klassenkampf zum quasi-demokratischen Streitgespräch geworden.« (Dahrendorf 1957, S. 257) Dadurch, dass der industrielle Klassenkonflikt in den Betrieben institutionell isoliert werde, so Dahrendorf, werde die Gefahr vermieden, das Konfliktpotential vom Industriebetrieb auf die Gesamtgesellschaft auszudehnen: der Klassenkampf ist als Klassenkonflikt im Industriebetrieb kommunikativ befriedet und so gesamtgesellschaftlich entschärft. Die vorübergehende Annäherung an Schelskys Positionen wird in der wesentlich überarbeiteten und erweiterten englischsprachigen Ausgabe 1959 z. T. wieder zurückgenommen (Dahrendorf 1959): die Differenz zwischen der Saarbrücker Habilitationsschrift und dem Stanford University-Buch ist gravierend und verdient eine gesonderte Besprechung.

Die Hilfestellung Schelskys für die »wahrscheinlich stärkste theoretische Begabung unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs« in der Soziologie (so Schelsky im Habilitationsgutachten 1957: Meifort 2017, S. 77) drückte sich auch darin aus, dass Schelsky für den noch in Palo Alto weilenden Dahrendorf die Berufungsverhandlungen mit der Hamburger Kultusbehörde führte, ein weiteres Indiz für die wechselseitige Wertschätzung in dieser zweiten Phase. Dahrendorf wurde nach Schelsky (1948–1953) und Jantke (1953–1957) der dritte Ordinarius für Soziologie an der »Akademie für Gemeinwirtschaft« 1958. Anlässlich des 50jährigen Jubiläums der nun den Titel »Hochschule für Wirtschaft und Politik« tragenden Einrichtung 1998 wird Ralf Dahrendorfs Wirkungsphase zwar kein eigenes Kapitel gewidmet, aber im Vorwort der »Festschrift« ein Gedicht Volker Brauns zitiert: »Es ist wieder erlaubt, sagt Lord Dahrendorf/Ohne Scham von Kapitalismus zu sprechen« (Hund 1998, S. 6). Dass die »Akademie« damals in den 1940er und 1950er Jahren von allen politischen Kräften in Hamburg, auch der CDU, gewollt war, schloss allerdings unausgesprochen ein, dass die neue Hochschule »keine Schule für den Sozialismus« sein sollte (Borries-Pusback 2002). Gemeinwirtschaft war das nicht-kapitalistische Zauberwort, mit dem man solidarische Inseln im rauen Meer des Nachkriegskapitalismus zu bauen hoffte (Konsum, Neue Heimat etc.). Ralfs Vater war bis 1954 einer der führenden Köpfe dieser gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Säule im ökonomischen Wiederaufbau Hamburgs gewesen.

Schelsky hielt ihn schließlich in seinem Abschiedsschreiben an den Bildungssenator für den theoretisch qualifiziertesten und perspektivisch öffentlichkeitswirksamsten Vertreter der westdeutschen Soziologie und bewertete ihn höher als seinen Noch-Freund Arnold Gehlen und vor allem als René König, dessen fachliche Qualifikationen er zwar bekräftigte, aber zugleich mit der Hypothek »persönlich sehr schwierig im zwischenmenschlichen Umgang« belastete. Die fachwissenschaftlichen Unterschiede (Rollentheorie, Parsons-Kritik, Bildungsproblematik etc.) und die wissenschaftspolitischen Kontroversen (Positivismus-Debatte) verschärften sich am Ende dieser Phase: Dahrendorf wechselte von Hamburg⁶ an seine »Traumuniversität« Tübingen, und Schelsky baute in Münster und Dortmund ein soziologisches Imperium auf, dessen Personal in den 1970er Jahren auf verschiedene Universitäten in NRW und anderswo ausschärmte (Münster, Bielefeld u. a.).

6 Vom Konsens zum Dissens: Zur Soziologie der Intellektuellen

In der dritten Phase ihres »nähern« Beziehungsverhältnisses zeigte sich an den konkreten Fallstudien zur deutschen Oberschicht (Beispiel: Juristen) und der Notwendigkeit des »Bürgerrechts auf Bildung«, insbesondere für die Arbeiterkinder, wie Dahrendorfs Gesellschaftskritik auf dem langen Weg zur bürgerlichen Demokratie auszusehen hatte. Während Schelsky in seinen bildungs- und schulsoziologischen Überlegungen von 1961 noch vor »Schulsozialismus« glauben warnen zu müssen, forderte Dahrendorf in der Tradition seines Londoner Lehrers T.H. Marshall nach den politischen und ökonomischen auch die sozialen Rechte für die damals Unterprivilegierten im Bildungssystem: Was die Arbeiterkinder damals waren, sind heute die Migrantenkinder, in beiden Fällen war/ist die geschlechtsspezifische Benachteiligung für die Mädchen noch stärker als bei den Jungs (Schelsky 1961, S. 155; Dahrendorf 1965b, c). Kein Geringerer als Jürgen Habermas hat in einer fulminanten Kritik von Schelskys Thesen nicht nur das empirische Defizit der damaligen deutschen Bildungssoziologie beklagt, ein Vorwurf, den Schelsky selbst an den »Deutschen Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen« gerichtet hatte, sondern auch die konservative,

⁶Dahrendorf wurde in den neueren Darstellungen zur Hamburger Soziologie- und Intellektuellengeschichte nicht behandelt (Waßner 2014; Schildt 2020b).

gar »reaktionäre« Polemik gegen die »Förderstufe« kritisiert (in einigen Bundesländern auch »Orientierungsstufe« genannt) (Habermas 1981, S. 63, S. 100; zustimmend: Klafki und Braun 2007, S. 61). Schelskys Hauptargumente richteten sich gegen die »Verbannung« der (bildungsbürgerlichen) Eltern aus dem von den Lehrkräften dominierten Selektionsmechanismus beim Zugang zu den weiterführenden Schulen (einwöchige Eingangsprüfungen) und den befürchteten Verlust bei der Heranbildung von gesellschaftlichen Eliten. Vieles an Schelskys Gegenargumentation gegen die Förderstufe deckte sich mit pädagogischen Argumenten der katholischen Kirche und des Deutschen Philologenverbandes, beides hartnäckige Verfechter des althergebrachten dreigliedrigen Klassen-Schulsystems und einig in der Ablehnung der Koedukation.

Die Fülle der bildungspolitischen Reformvorstellungen Dahrendorfs sind Ausdruck des gewachsenen Reformbedarfs, der in »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« kritisch reflektiert und zu einer politischen Synthese zusammengefügt wird. Dahrendorfs Kritik an der vorherrschenden Mentalität der Adenauer-Ära zielt darauf, die Illusion der Klassenlosigkeit zu zerstören und damit die »melancholische Sehnsucht nach Sicherheit, die der modernen Welt die Fähigkeit abspricht, Menschen glücklich zu machen« (Dahrendorf 1965a, S. 151). Es ist kein Zufall, dass Dahrendorf erneut die These von der »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« Schelskys diskutiert, empirisch widerlegt und durch eine moderne, bürgerlich-demokratische Konfliktsoziologie ersetzt. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Helmut Schelsky bereits 1961 unter dem Druck fast aller fachlichen Kritiker⁷ seine Thesen partiell zurückgenommen hatte und sich gezwungen sah, »Reste der Klassenwirklichkeit in Form eines bewahrten Klassenbewußtseins oder von Klassenunterschieden und -konflikten« (Schelsky 1965b, S. 367) zuzugestehen (der Gedankengang wurde weiterentwickelt von: Albrecht 2013, S. 96 ff.).

Einen Höhepunkt erreichte Dahrendorfs Kritik an Schelsky nach der Publikation von *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen* (Schelsky 1975). Ohne auf dieses einflussreiche Buch im Detail eingehen zu können, lässt sich Ralf Dahrendorfs vehemente Kritik aus dem Blick des LSE-Direktorenzimmers gut nachvollziehen. Schelsky revitalisierte Motive der Intellektuellenkritik Arnold Gehlens aus den späten 1950er und beginnenden 1960er Jahren: »Das Engagement der Intellektuellen gegenüber

⁷Dazu zählten neben Ralf Dahrendorf: Wolfgang Abendroth, Theodor W. Adorno, Hans Paul Bahrdt, René König, Alfred von Martin, Theo Pirker, Heinrich Popitz, Hans Raupach u. a.

dem Staat« (Gehlen 1978b). Zeitgeschichtlich gab es mehrere Entwicklungen und Ereignisse, die die erste Risse im System der bürgerlich-konservativen Hegemonie andeuteten und die die häufig variierte These von der »Abwesenheit kritischer Intellektueller« (so die Soziologen Dahrendorf, Habermas und Lepsius in ihren Publikationen) in der Ära Adenauer zumindest in Frage stellen, obwohl die akademisch-intellektuellen Diskurse der Konservativen nicht nur als »radikal-konservative Unterströmung« oder in Gestalt vorsichtig geläuterter NS-Wendehälse in der Medienlandschaft oder an den Universitäten weiter dominierend blieben (Goschler 2009, S. 33).

Die Regierungen Adenauer und Erhard sorgten mit ihrer Politik dafür, ihre für fast selbstverständlich gehaltene Hegemonie unter den Intellektuellen zu verlieren.⁸ Deshalb gründeten einige ihrer Vertreter am 20.2.1959 in Köln das regierungsoffizielle »Anti-Anti-Atomwaffen-Komitee« mit dem christlich-abendländischen und antikommunistischen Label »Rettet die Freiheit« (Vorsitz: der Bundestagsabgeordnete und spätere CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Candidus Barzel). Wer auf die Liste der inkriminierten Intellektuellen kam, wurde verdächtigt, von der »kommunistischen Kulturarbeit« in der Bundesrepublik instrumentalisiert zu werden, darunter auch konservative Sozialwissenschaftler wie Eduard Baumgarten, Wilhelm E. Mühlmann, Max Graf Solms, liberale wie Alfred von Martin und Alfred Weber, linke wie Wolfgang Abendroth und Schriftsteller wie Albrecht Goes, Erich Kästner und Wolfgang Koeppen (Rupp 1970, S. 224, S. 297–301).

Das Jahr 1957 ist für die Wissenschafts- und Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik insofern ein Schlüsseljahr, als der intersystemare Wettbewerb zwischen Ost und West durch den Sputnik-Schock die Defizite in der Wissenschafts- und Bildungsplanung der USA (und der BRD: siehe die Gründung des Wissenschaftsrates 1957) sichtbar werden ließ. Führende konservative Intellektuelle wie A. Gehlen haben die Folgen für die Vergesellschaftung von Wissenschaft und die Chancen der intellektuellen Eliten

⁸Die Entfremdung der Intellektuellen von der in Bonn regierenden CDU/CSU war in den 1960er Jahren weit fortgeschritten: Außenminister Heinrich von Brentano hatte die »Gruppe 47« 1963 als »geheime Reichsschrifttumskammer« diffamiert, Bundeskanzler Ludwig Erhard hatte einige Intellektuelle und Schriftsteller 1965 als »ganz kleine Pinscher« bezeichnet, Franz-Josef Strauß hatte sich gar 1978 zu der Invektive »Ratten und Schmeißfliegen« hinreißen lassen (es ging um die Enthüllungen Rolf Hochhuths zur Marinerichter-Tätigkeit des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger am Kriegsende: Bering 2010, S. 363, S. 379, S. 440).

gesehen (Gehlen 1978a, S. 250)⁹ und waren besonders alarmiert, als die Elite der westdeutschen Atomphysik ihren Protest gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik öffentlich machten und die Regierung Adenauer-Strauß in der Göttinger»Erklärung der 18 Atomwissenschaftler vom 12. April 1957« (Albrecht et al. 2009, S. 15 f.)¹⁰ unter Druck setzten.

Zwei Jahre zuvor, am 26.5.1955 – also zehn Jahre nach der Befreiung von der faschistischen Indoktrination – protestierten Rektor, Senat, Dekane aller Fakultäten und die Studentenschaft der Universität Göttingen gegen die Berufung des FDP-Politikers Leonhard Schlüter (vorher: Deutsche Reichspartei) zum Kultusminister in Niedersachsen, weil er in neonazistischen Zusammenhängen gewirkt hatte und im Programm seiner Göttinger Verlagsanstalt »zweifelsfrei exponierte NS-Autoren nachgewiesen werden konnten« (Marten 1987, S. 21). Diese Aktion hatte auch international hohe publizistische Wellen geschlagen. Der Göttinger Soziologe und Vorsitzende der »Deutschen Gesellschaft für Soziologie« (DGS) Helmuth Plessner hatte die Bedeutung der Intervention mit der Differenz von Legalität und Legitimität erklärt: »Der Sieg der Göttinger Universität in der Schlüter-Affäre hat eine zweifache Wirkung erzielt. Er hat der Öffentlichkeit in Deutschland gezeigt, daß es möglich ist, illegitimen Handlungen legal konstituierter Autoritäten Widerstand zu leisten, und er hat die Rolle der Universitäten als Wächter über wissenschaftliche Werte und als Beschützer des öffentlichen Gewissens klar dargelegt.« (zitiert nach: Marten 1987, S. 82)

Im Ulmer Einsatzgruppenprozess von 1957/58 schließlich war es gelungen, einen ersten Täterprozess gegen Angehörige der SD-Einsatzgruppen, der Gestapo, der Ordnungspolizei und ihre Mordpraxis im deutsch-litauischen Grenzgebiet zwischen Juni und September 1941 (es ging um 5,502 ermordete jüdische Frauen, Kinder und Männer) in Baden-Württemberg durchzuführen. Die zehn Angeklagten wurden mit z. T. hohen Haftstrafen (3–15 Jahre) für ihre Taten verurteilt – jedoch nur wegen »Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord« (als »Gehilfen«, obwohl sie mutmaßlich die Taten selbst begangen hatten). Ende 1958

⁹Arnold Gehlen sprach im Zusammenhang dieses zuerst im September 1958 auf dem XVIII. Kongress des »Institut International de Sociologie« (IIS) in Nürnberg gehaltenen Vortrages vom »Wettrennen um die intellektuelle Führerschaft«.

¹⁰In der Folge entstand am 1.10.1959 die »Vereinigung Deutscher Wissenschaftler« (VDW), die von Carl Friedrich von Weizsäcker initiiert wurde und an der auch Helmut Schelsky seit Anfang der 1960er Jahre (bis zu seinem Austritt 1974) Mitglied war. Für Arnold Gehlen war eine solche Mitgliedschaft keine Option, da sie sich in ihren Schriften und Aktionen potentiell auch gegen Entscheidungen von Institutionen des Staates richteten.

wurde vor dem Hintergrund dieses Prozesses die bis heute aktive »Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« in Ludwigsburg eingerichtet. Diese Schritte waren ein erster wichtiger Auftakt für die dann folgenden großen Prozesse zu Auschwitz, Treblinka, etc.

So sehr Arnold Gehlen und Helmut Schelsky das langsame Vordringen linksintellektueller Positionen kritisierten, so sehr beherrschten sie trotz der geschilderten Auflösungserscheinungen beinahe virtuos die mediale Klaviatur, »ob als Autoren von Sachbuch-Bestsellern oder als gefragte Essayisten in Tagespresse, Zeitschriften und Hörfunk« (Hacke 2006, S. 233; Moebius 2021, S. 65–67). Man denke an den nicht nur gutachterlichen Einfluss Schelskys auf die von Ernesto Grassi herausgegebene geistes- und kulturwissenschaftliche Produktion der Taschenbuchreihe rowohlts deutsche enzyklopädie (rde), sondern auch an Schelskys Bestseller *Soziologie der Sexualität* (1955)¹¹ und Gehlens *Die Seele im technischen Zeitalter* (1957), die beide mit hohen Auflagen ein Massenpublikum erreichten (Döring et al. 2017), aber auch an ihre Präsenz in den Nachtprogrammen des Hörfunks (Boll 2004, S. 132–201, S. 165).

Das Engagement von Intellektuellen in der Spiegel-Affäre 1962 – R. Dahrendorf hatte sich z. B. in Tübingen an einer öffentlichen Erklärung gemeinsam mit dem Juristen Ludwig Raiser und dem Philosophen Walter Schulz beteiligt – leitete mit ihren öffentlichen, kollektiven Protestdemonstrationen von über 600 Hochschullehrern eine neue Etappe ein. All diese skizzierten Aktivitäten waren Teil einer Linksverschiebung des politischen Klimas in der Bundesrepublik, die zur Inkubationsgeschichte von 1968 gehört. Strafrecht, Bildungspolitik, NS-Prozesse, Ostermarsch-Bewegung, die sogenannte Deutschland-Politik (BRD-DDR) und erste Entspannungsschritte (Berlin-Abkommen), das Ende der Ära Adenauer, die deutsch-französische Aussöhnung und Kooperation (Adenauer-de Gaulle) gehören zu den Themen, die die innenpolitische Vorgeschichte von Achtundsechzig ausmachen. Die Kriege in Algerien (Frankreich) und in Vietnam (USA) schärfen zusätzlich das Bewusstsein für das Scheitern des Kolonialismus und der aggressiv-militärischen Lösungsversuche durch die westliche »Wertegemeinschaft« – repräsentiert durch die NATO.

Nun zurück zu Helmut Schelsky und seiner Linksintellektuellenkritik in *Die Arbeit tun die anderen* (1975). Er verwendete den von ihm selbst totgesagten Klassenbegriff in religionssoziologischer Verkehung und wendete ihn

¹¹ Dieses als Bd. 2 der rde-Reihe erschienene Buch Schelskys lag nach acht Monaten mit 102.000 verkauften Exemplaren an der Spitze des Verkaufserfolgs des Rowohlt Verlags (Schildt 2020a, S. 514).

kritisch-polemisch auf die Linksintellektuellen an. Diese Tendenz von Rechtsintellektuellen, mit dem kritischen Finger auf die linken Gegenspieler zu zeigen, ohne den eigenen interessegeleiteten Standpunkt zu reflektieren, ist keineswegs eine deutsche Besonderheit. Pierre Bourdieu hat im *Homo Academicus* den »Klassiker« Raymond Arons über »Das Opium der Intellektuellen« (Aron 1957) als Beispiel genannt, der die Linksintellektuellen in Frankreich am Beispiel Jean-Paul Sartres und Simone de Beauvoirs scharf kritisiert, aber »keinen einzigen Gedanken an die Frage [verschwendet, G.Sch.], von welchem Standpunkt aus er denn selber diese souveräne Objektivierung vollzieht« (Bourdieu 1988, S. 16).¹²

Schelsky hatte ausdrücklich die »sachdienlichen und gesellschaftsdienlichen Aufgaben« von Intellektuellen (Schelsky 1975, S. 10 f.), also den funktional lebenswichtigen und staatsloyalen Intellektuellentypus in seiner Existenzberechtigung anerkannt. Der zutreffende Kern seiner Argumentation liegt in der prinzipiellen Gefährdung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, ihre wissenschaftlichen Forschungen im Namen der »unpolitischen Wissenschaft« den eigenen, bewusst oder unbewusst verdeckten politischen Werturteilen oder Imperativen unterzuordnen oder ihre empirischen Ergebnisse zugunsten eigener Vor-Urteile oder gar von Auftraggebern zu verfälschen. Diese Feststellung trifft allerdings auch den Autor Schelsky selbst in seiner polemisch überzogenen Intellektuellenschelte, deren Werturteile er im Sinne von Max Webers »wert-rationalen« Aussagen gegen alle Kritik immunisieren wollte (Schelsky 1973, S. 9–18).¹³

¹²Bourdieu weist darauf hin, dass diese Forderung auch für den umgekehrten Fall gilt: er meint eine etwa gleichzeitig erschienene Analyse Simone de Beauvoirs über rechte Intellektuelle in Frankreich.

¹³Das erkenntnis- und wissenschaftssoziologische Programm Max Webers (vor allem im »Objektivitätsaufsatz« von 1904: Weber 1968, S. 184, S. 206 f.), das »Erkenntnisinteresse« der Wissenschaft Treibenden und die »Wertideen« des Forschungsobjektes in der »Wertbeziehung« zusammenzufügen, meint nicht bloß die affirmative Zustimmung zu den »beherrschenden Wertideen« der jeweiligen Zeit, sondern impliziert auch den historisch-sozialen Wandel der herrschenden Kultur und ihrer Wertideen. Ganz praktisch heißt dies auch bei Weber, dass an der Zustimmung zum »liberalen« Imperialismus des Kaiserreiches vor 1914 und der kapitalistischen »Rationalisierung« von Herrschaft ebenso festgehalten wird wie an der Ablehnung jeder von ihm als »romantisierend« empfundenen Vorstellung von »Sozialismus« und »Rätedemokratie« 1918 ff. Schelsky diskutiert diese Fragen trotz seiner Einführung in die Herrschaftssoziologie M. Webers nicht und spart seine wirklichen Interessen aus, nämlich die einseitige Parteinahme für die Unionsparteien/Unternehmerverbände und die Akklamation des Modells der kapitalistischen Marktwirtschaft, die angeblich alle Fragen gelöst habe: Massenarbeitslosigkeit, Ausbeutung, Unterdrückung, etc. (Schelsky 1975, S. 19 ff.).

Ralf Dahrendorfs kritische Auseinandersetzung bezog sich auf die anti-intellektuelle, antiaufklärerische und antisoziologische Tendenz in Schelskys Buch, das ganz modisch auf den »Tendenzwende«-Zug und den konservativen Roll Back aufgesprungen sei. Schelsky hatte mit seinen publikumswirksamen FAZ-Artikeln »Die Strategie der Systemüberwindung« (10.12.1971) und »Mehr Demokratie oder mehr Freiheit?« (20.1.1973) dieser geistigen Wende vorgearbeitet. In beiden Aufsätzen – im ersten ging es um eine Kritik der damals in den Medien zirkulierenden Juso-Strategie der »Systemüberwindung«, im zweiten Fall ging es um eine Antwort auf Willy Brandts Formel vom »Mehr Demokratie wagen« in dessen erster Regierungserklärung – handelte es sich um eine Art Verteidigung der Ära Adenauer und der sie tragenden Herrschaftseliten in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Universität (Schelsky spricht von »politischer Schicksalsgemeinschaft« zwischen 1945 und 1970) gegenüber dem sozial-liberalen Aufbruch im Inneren und der Entspannungspolitik nach Osten (Schelsky 1975, S. 237).

Intellektuellensoziologisch benutzt Schelsky das Vokabular der Linken, um sie gleichsam mit ihren eigenen Begriffen zu dekonstruieren (»umfunktionieren«, Schelsky 1975, S. 95). Er diagnostiziert einen wachsenden gesellschaftlichen Bedarf an neuen lebenswichtigen Funktionen der »Belehrung, Betreuung und Beplanung«, denen neue Formen der Herrschaft entsprechen. Da all diese gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten von zunehmend auch akademisch ausgebildeten Fachexperten ausgeübt werden, die in der politischen Öffentlichkeit wirken, spricht Schelsky von »Intellektuellen«, obwohl er diesen Begriff für »unergiebig, ja die Fragestellungen verfälschend« (Schelsky 1975, S. 100) hält. Er benutzt stattdessen häufiger die Begriffe »Reflexionselite«, »Sinnvermittler« oder »Heilslehrer« für die sozialen Träger dieser von Intellektuellen ausgeübten, neuen sozial-religiösen Herrschaftsform. Gleichwohl behält er den Untertitel »Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen« bei, verwendet also Kategorien, die er selbst schon anderthalb Jahrzehnte früher soziologisch verabschiedet hatte und zum Zeitpunkt der Publikation »sachlich schweren Herzens« beibehält.

Gemeint sind alle diejenigen, die sich den Leitzielen »Demokratisierung«, »Emanzipation« oder gar »Sozialismus« verpflichtet fühlen und in den angesprochenen Berufsfeldern arbeiten: SozialpädagogInnen, LehrerInnen, ProfessorInnen, TheologInnen, JuristInnen, SchriftstellerInnen u. a. In der »Denunziation der Aufklärung« (Dahrendorf 1975a, b), so Dahrendorfs Kritik, liege der Kern des Angriffs der deutschen Rechten Mitte der 1970er Jahre und ihres soziologischen Dolmetschers Helmut Schelsky. In diesem Traktat findet sich folgende Passage, die das zeitgenössische, antiaufklärerische/anti-intellektuelle Klima in seiner ganzen Polemik widerspiegelt:

»In der Entstehung der neuen sozialen Heilsreligion befinden wir uns vergleichsweise im 2. oder 3. Jahrhundert post marxum natum, und der Bezug auf Hegel oder die Aufklärung entspricht der Berufung auf Johannes den Täufer oder andere Propheten. Das Umschlagen der aus der Kritik gegenüber der kirchlich erstarrten christlichen Heilslehre erwachsenden Vernunftlehre der Renaissance und Aufklärung in eine Religiosität, Heilsverheißung und dementsprechende ›Kirchenbildung‹ ist seit nahezu einem Jahrhundert von souveränen Denkern schon mehrfach festgestellt worden; [...].« (Schelsky 1975, S. 76)

Unabhängig davon, dass die von Schelsky angesprochene Problematik der »Dialektik der Aufklärung« von seinen Frankfurter Kollegen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno noch im kalifornischen Exil angesichts der Shoa grundlegend anders durchdacht wurde (Horkheimer und Adorno 1969),¹⁴ behauptet der Münsteraner Soziologe, dass der alte von Marx behauptete Klassengegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie durch einen neuen Antagonismus ersetzt werde: der nach wie vor die lebenswichtigen Güter produzierende Klasse steht die sinnvermittelnde Klasse der nichtproduktiven und bewusstseinsbeherrschenden Intellektuellen gegenüber: »Die Sinn-Produzenten stellen die unproduktive, ihrerseits die Güter-Produzenten ausbeutende Klasse dar« (Schelsky 1975, S. 180).¹⁵ Eher unbewusst wiederholt Schelsky in dem viel-sagenden Titel *Die Arbeit tun die anderen* das Argument seines Leipziger anti-soziologischen Vorläufers und späteren Berliner Historikers Heinrich

¹⁴Der von ihnen formulierte Umschlag von Aufklärung und Vernunft in Barbarei zielte aber nicht auf beider Abschaffung, sondern auf die Stärkung der Selbstreflexion im Sinne einer Aufklärung über die Aufklärung: »Wir hegen keinen Zweifel – und darin liegt unsere *petitio principii* –, daß die Freiheit in der Gesellschaft vom aufklärenden Denken unabtrennbar ist. Jedoch glauben wir, genauso deutlich erkannt zu haben, daß der Begriff eben dieses Denkens, nicht weniger als die konkreten historischen Formen, die Institutionen der Gesellschaft, in die es verflochten ist, schon den Keim zu jenem Rückschritt enthalten, der heute überall sich ereignet. Nimmt Aufklärung die Reflexion auf dieses rückläufige Moment nicht in sich auf, so besiegelt sie ihr eigenes Schicksal.« (Horkheimer und Adorno 1969, S. 3)

¹⁵Schelskys Rezeption der amerikanischen »Klassiker« Thorstein Veblen und David Riesman nimmt beiden aber den gesellschaftskritischen Stachel und die Bedeutung, die beide Autoren für den »linken« Flügel der US-Soziologie von C.W. Mills bis A. Gouldner u. a. hatten. Eine ähnliche Tendenz lässt sich für seine Rezeption des Franzosen Jacques Ellul feststellen, dessen fundamentale Kritik am »technologischen System« (in: »La technique ou l'enjeu du siècle«) auf die Gesamtstruktur des industriekapitalistischen Systems zielt und nicht umsonst zu einer Art Bibel der grünen Bewegung in Frankreich wurde: »One can't really hope to protect Nature without putting the very structures of our society into question.« (Ellul 2005, S. 120)

von Treitschke: »Wir kommen zu der Erkenntnis, daß die Millionen ackern, schmieden und hobeln müssen, damit einige Tausend forschen, malen und dichten können.« (Treitschke 1899, S. 51)¹⁶ Die in diesen Überlegungen steckende Verwechslung von Macht und Einfluss von Intellektuellen und die auf die Intellektuellen angewandte Klassentheorie (samt Priestertrugstheorie) verdecken die Herrschaft der großen Unternehmen, multinationalen Konzerne und der politischen Klasse, deren Wirken Schelskys Lehrer Hans Freyer noch zynisch diagnostisch zur Kenntnis nahm: »Kaltblütige Hinnahme der Systemvoraussetzungen, Bereitschaft zu allen technisch möglichen Lösungen, Verzicht auf alle Vorbehalte, die gemeinhin im Namen der Menschlichkeit gemacht werden.« (Freyer 1961, S. 573)

Schelsky ist einen Schritt weiter gegangen als seine Lehrer, indem er die Soziologie als Ganzes – keineswegs nur die »ideologische Soziologie« – wegen ihrer angeblich einseitigen Betonung der »»gesellschaftlichen« Auffassung des Menschen« (Schelsky 1975, S. 255) bezichtigt, »den Mutterboden für das Wachsen der Sozialreligion und der Klassenherrschaft der Sinnvermittler« (Schelsky 1975, S. 254, Hervorhebung im Text, G.Sch.) zu bereiten. Das Fach Soziologie hielt er allenfalls noch für eine kleine Minderheit von Gelehrten für sinnvoll, »der seinen Welterfahrungen nach den Verführungen der Soziologie gewachsen ist« (Schelsky 1975, S. 255). Diese Vorstellung von »Anti-Soziologie« ist bereits in seiner »Ortsbestimmung« von 1959 angelegt und als Rettung der Individualität der Person und der »Freiheit des Menschen von der Gesellschaft« konkretisiert (Schelsky 1959, S. 99).

Die Staatsgefährlichkeit der Intellektuellen, so hatte Schelsky in seiner erweiterten Hobbes-Habilitationsschrift von 1942 argumentiert, zeige sich immer dann, wenn die »Gebildeten« »aus ihrer Bildung unmittelbar einen Herrschaftsanspruch herleiten oder aus ihren religiösen oder wissenschaftlichen Einsichten Maßstäbe und Kritiken des staatlichen Lebens aufstellen« (Schelsky 1981, S. 429). Es versteht sich, dass Schelsky von dieser im Kern nicht veränderten Position aus seine Intellektuellen- und Soziologiekritik formulierte und nicht nur

¹⁶Diese antisozilogische Linie wurde in Leipzig von prominenten Leipziger Kultur- und Geisteswissenschaftlern durchbrochen, im Übrigen bereits vor ihrer Unterzeichnung des Gründungsauftrags der DGS, von: Paul Barth, Karl Bücher, Franz Eulenburg, Karl Lamprecht, Ferdinand Schmid u. a. F. Schmid unterbreitete 1912 seinen Vorschlag zur Gründung eines »Institut für Gesellschaftsforschung« bei der Philosophischen Fakultät in Leipzig, der sorgfältig diskutiert, aber vom konservativen Teil der Historiker abgelehnt wurde. Stattdessen reüssierte Karl Bücher mit seiner Initiative zur Begründung eines Zeitungswissenschaftlichen Instituts mitten im Ersten Weltkrieg (1916).

gegen die eigenen Schüler wendete (z. B. den Friedens- und Konfliktforscher H. J. Krysmanski), sondern auch gegen das Intellektuellen- und »Klassenkampfblatt« *Der Spiegel* und besonders gegen den als »Kardinal- und Märtyrer« apostrophierten Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll, wobei letztere zur »Gefolgschaft der Soziologen« gerechnet wurden.

Schelsky, einer der Protagonisten seines Faches in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten, der wie kaum ein anderer zur Popularisierung der Soziologie beigetragen hatte, schien der Soziologie am Ende den Rücken zu kehren, ohne als selbsterklärter »Anti-Soziologe« (Rehberg 2010) aufzuhören, Soziologie zu treiben: die Hinwendung zur soziologischen Institutionentheorie und zur Fragment gebliebenen Rechtssoziologie ist Helmut Schelskys Antwort. In Dahrendorfs Nachruf auf Schelsky würdigte er zwar »das auf seine Art bedeutende Werk« (Dahrendorf 1994, S. 301) *Die Arbeit tun die anderen*, ließ aber keinen Zweifel an seiner Fundamentalkritik des Buches, das den atmosphärischen Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt und die damit verbundene Veränderung der politischen Großwetterlage markierte. Nicht nur Schelsky spürte um diese Zeit (Mai 1974), dass »etwas Neues in der Luft lag. Zum Teil wetterte Schelsky für und gegen die Dinge der Zeit, gegen Gesamthochschulen, die Mengenlehre, die Abschaffung des Paragraphen 218, die verlorene Familie, die Mitbestimmung, die Leistungsfeindschaft, gegen Karl Marx und Willy Brandt, für das dreigliedrige Schulsystem, die Habilitation, die Religion und ein bißchen auch für Helmut Schmidt.« (Dahrendorf 1994, S. 301)

Dahrendorf kritisierte die antiintellektuelle und antiaufklärerische Tendenz in diesem zutiefst »traurigen Buch«, das ganz modisch auf den »Tendenzwende«-Zug aufgesprungen sei, ohne allerdings zu erwähnen, dass er selbst sich am 1. Tendenzwendekongress (1974) beteiligt hatte (Dahrendorf 1975a, b) – wenn auch vorsichtig kritisch (Wehrs 2014, S. 237 f.). Schelsky antwortete Dahrendorf in einer längeren Passage seines Nachworts zur dtv-Taschenbuchausgabe durchaus differenziert (Schelsky 1977, S. 543 ff.), gleichwohl kritisch in der Zurückweisung des Vorwurfs der Aufklärungsfeindlichkeit.¹⁷ Die Zustimmung zu Dahrendorfs Schelsky-Kritik war unter linken und liberalen Intellektuellen groß, bildeten sie doch in ihrer Mehrheit die soziale Gruppe, die gemeint war.

¹⁷Die ambivalente, geradezu dialektische Haltung des Konservatismus zu Rationalismus und Aufklärung erklärte der Politologe Greiffenhagen wie folgt: »Der Rationalismus zwingt den Konservatismus gegen seinen Willen zu einer rational-verteidigenden Selbstauslegung und also dazu, die Waffen des Gegners im Kampf gegen ihn zu gebrauchen.« (Greiffenhagen 1971, S. 63)

Sein größter Antipode, der Kölner Soziologe René König, mit dem Fischer-Lexikon *Soziologie* (1957) ebenfalls einer der großen Popularisatoren des Faches, empfand diese »haßerfüllten Ausführungen des deutschen Soziologen Helmut Schelsky gegen die ›Intellektuellen‹« (König 1984, S. 36) als erneute »Diskriminierung« gegen sich und fuhr an gleicher Stelle fort: »Wenn es etwas gibt, das dem ganzen Geist widerspricht, in dem die Soziologie einmal aufgebrochen ist, dann sollte es diese Art von Diskriminierung sein.« Von dieser Einschätzung ist es nicht weit zu dem Urteil Königs über Schelskys »anti-soziologischen Ausbruch« »einzig als Ausdruck einer reaktionären Ratlosigkeit« (König 1987, S. 20). Sein überzeugendes Gegenargument lautet, dass er selbst mit vielen anderen – und hier insbesondere vielen Angehörigen der zweiten Generation der Nachkriegssoziologie – eine neue empirisch gehaltvolle und theoretisch angeleitete sozialwissenschaftliche Grundlage bei der jungen Generation schaffen konnte – sein Artikel über die »Intelligenz« im Fischer-Lexikon *Soziologie* (zuerst 1957) ist der wenig beachtete Gegenentwurf zu Schelskys Intellektuellenschelte (König 1967; Schelsky 1975, S. 104 f.; Moebius 2015).¹⁸

Dahrendorfs Reserve gegenüber den konservativen Intellektuellen à la Gehlen und Schelsky, aber auch der älteren Generation um H. Freyer, M. Heidegger, E. Jünger und C. Schmitt rührte vor allem daher, dass sie im Dritten Reich wie in der Bundesrepublik dem »Mythos des Staates« (Ernst Cassirer) angehangen und sich mit den jeweils herrschenden (auch: Unrechts-) Verhältnissen gut akkommodiert hätten. Der Göttinger Plessner-Schüler Christian Graf von Krockow hatte diesen Mentalitätstypus in seiner 1954 abgeschlossenen Dissertation über *Die Entscheidung* (Krockow 1990 [1958]) meisterhaft analysiert – H. Schelsky hat diese Arbeit in die von ihm mit herausgegebene Schriftenreihe aufgenommen, A. Gehlen hat gegen die Schrift aufs Schärfste polemisiert: »Das ist ein gut abgerichteter Spürhund, der an jedem Denkmal eines großen Namens, wenn es nur rechts von ihm steht, seine Duftmarke

¹⁸König nennt z. B. die »konservativen Vertreter« seit der Dreyfus-Affäre »eine höchst problematische Abart der Intelligenz im strengen Sinne« (König 1967, S. 150) und nennt zutreffend die Positionen Georges Sorels, einer der Gewährsmänner Schelskys, einen polemischen Angriff auf die Rolle des modernen Intellektuellen, der »im Anti-Intellektualismus des Faschismus und Nationalsozialismus weiterwirkte« (König 1967, S. 152). Schelskys Sorel-Rezeption bleibt dagegen durchgehend affirmativ und schöpft bezeichnender Weise fast ausschließlich aus Sekundärquellen (insbesondere dem Buch Michael Freunds von 1932).

hinterlässt, offenbar kann er nur auf dem linken Bein stehen«. ¹⁹ Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Nachkriegssoziologie hatte sich auf den Weg der intellektuellen Auseinandersetzung mit den ehemaligen »konservativen Revolutionären« begeben – im Falle des jüngeren Helmut Schelsky jemand, der sich der pragmatischen Neugründung der Bundesrepublik aktiv widmete. Ralf Dahrendorf schätzte Schelsky trotz wissenschaftlicher Differenzen nicht nur wegen seiner Generosität gegenüber der jüngeren Generation, sondern auch wegen seiner öffentlichen Rolle des Soziologen und Intellektuellen und blieb ihm deshalb – wie ambivalent auch immer – »in polemischer Beziehung verbunden.« (Dahrendorf 1994, S. 229).

7 Resümee: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

1. Schelsky und Dahrendorf sind beide »public intellectuals«, der eine eher ein deutscher Soziologe (ohne provinziell zu sein), der andere ein Soziologe mit europäischem, ja gar internationalem Profil.
2. Schelsky wie Dahrendorf sind – trotz unterschiedlicher Biographien, Generationen und Karriereverläufe – politisch Denkende und Handelnde. Schelsky hatte von allen drei Bonner Parteien Angebote zur Übernahme von politischen Ämtern, bewahrte sich aber seine intellektuelle Autonomie. Dahrendorf wechselte als Soziologe und Intellektueller 1967–1974 in die Landes-, Bundes- und schließlich Europapolitik. Zuvor waren beide Hochschulplaner in ihren jeweiligen Bundesländern geworden: Dahrendorf als stellvertretender Vorsitzender des Gründungsausschusses für die Universität Konstanz am Bodensee, Schelsky als Gründer der Universität Bielefeld und des Zentrums für interdisziplinäre Forschung (ZiF), darüber hinaus sogar zeitweilig Vorsitzender des Planungsausschusses für die Gründung neuer Universitäten in ganz Nordrhein-Westfalen.
3. Schelskys Versuche, die Machtkämpfe im Feld der Soziologie für sich zu entscheiden und DGS-Vorsitzender zu werden, scheiterten 1955 und 1961. Dahrendorf dagegen gelang 1967 die Adorno-Nachfolge als DGS-Vorsitzender (von dem er wegen politischer Verpflichtungen zurücktrat) – fast alle Vorstandsmitglieder gehörten der zweiten Generation der westdeutschen Nachkriegssoziologie an und bestimmten die disziplinäre Entwicklung des Faches in den 1970er Jahren (R.M. Lepsius, K.M. Bolte, J. Matthes u. a.).

¹⁹Arnold Gehlen an Helmut Schelsky vom 14.7.1958, in: ULB Ms, NL Helmut Schelsky, 23,045.

4. Sowohl Schelskys als auch Dahrendorfs soziologische Konzeptionen haben gemeinsam, dass ein »stabiler Institutionswandel« (H. Schelsky) und die Garantie personaler Freiheit die Basis für makrosoziologische Stabilität abgeben (bei Schelsky insbesondere durch das Recht; bei Dahrendorf ist es das Anrecht auf erweiterte Bürgerrechte im Sinne von T.H. Marshall). Bei Dahrendorf ist der Sinn für die Würde der Institutionen seit den 1970er Jahren gewachsen: als Direktor der LSE, als Warden von St. Antony's College in Oxford und schließlich als Mitglied des britischen Oberhauses. In der Betonung des Konflikts als einer Chance der Dynamisierung des sozialen Wandels und der Freisetzung persönlicher Lebenschancen bleibt die Differenz zu Schelsky größer, der Konflikt *und* Integration als zwei Seiten einer gesellschaftlichen Medaille ansieht.
5. Dahrendorfs an Émile Durkheim anschließendes Konzept der »Ligaturen« versucht die Bindekräfte einer sich aufspaltenden Gesellschaft zu stärken – er denkt dabei nicht nur an die Nachfolgestaaten des »realen Sozialismus« im Osten Europas, sondern auch an die westeuropäischen Gesellschaften. Das Konzept blieb zu blass, um konkrete Wirkungen entfalten zu können. Eine Soziologie von Reichtum und Armut in den USA, Westeuropa und der Bundesrepublik ist beiden prominenten Soziologen offensichtlich nie in den Sinn gekommen.
Eine wirklich gesellschaftskritische Sonde fehlt beiden Soziologen, insofern das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner bis in jede Pore der Gesellschaft reichenden Kommodifizierung im Verbund mit einer lang anhaltenden patriarchalischen Struktur die umfassende Verwirklichung der Freiheit und Gleichheit vieler Frauen und Männer ebenso blockiert wie eine sozial-ökologisch-ökonomische Transformation, die Natur und Mensch nachhaltig schützt.

Literatur

- Abendroth, W. (1976). *Ein Leben in der Arbeiterbewegung*. Gespräche, aufgezeichnet und hrsg. von B. Dietrich u. J. Perels. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Adorno, T. W. (1957). Soziologie und empirische Forschung. In: Ders., *Soziologische Schriften I*, hrsg. von Rolf Tiedemann (S. 196–216). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Albrecht, C. (2013). Reflexionsdefizit der Sozialstrukturanalyse? Helmut Schelsky und die »nivellierte Mittelstandsgesellschaft«. In: A. Gallus (Hrsg.), *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe*. Eine Neurezeption (S. 86–99). Göttingen: Wallstein.
- Albrecht, S./Bieber, H.-J. et al. (Hrsg.) (2009). *Wissenschaft – Verantwortung – Frieden: 50 Jahre VDW*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.

- Aron, R. (1957). *Opium für Intellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Bering, D. (2010). *Die Epoche der Intellektuellen 1898–2001. Geburt, Begriff, Grabmal*. Berlin: Berlin University Press.
- Boll, M. (2004). *Nachtprogramm. Intellektuelle Gründungsdebatten in der frühen Bundesrepublik*. Münster: LitVerlag.
- Borggräfe, H./Schnitzler, S. (2014). Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Nationalsozialismus. Verbandsinterne Transformationen nach 1933 und nach 1945. In: M. Christ/M. Suderland (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven* (S. 445–479). Berlin: Suhrkamp.
- Borries-Pusback, B. v. (2002). *Keine Hochschule für den Sozialismus. Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945–1955*. Opladen: Leske & Budrich.
- Bourdieu, P. (1988). *Homo Academicus*. Übersetzt von Bernd Schwibs. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, G. (1955). Neubeginn 1945: Was bedeutet uns die Demokratie? In: Ders., *Der Mensch das Maß aller Dinge. Reden und Schriften zur deutschen Politik 1945–1954*, hrsg. und eingeleitet von Ralf Dahrendorf (S. 41–51). Hamburg: Verlagsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften.
- Dahrendorf, R. (1954). Gibt es noch Klassen? Die Begriffe der »sozialen Schicht« und der »sozialen Klasse« in der Sozialanalyse der Gegenwart. *Annales Universitatis Saraviensis. Sektion Philosophie* Bd. II (4), 267–279.
- Dahrendorf, R. (1957). *Soziale Klassen und Klassenkonflikt in der industriellen Gesellschaft*. Stuttgart: Enke.
- Dahrendorf, R. (1959). *Class and Class Conflict in Industrial Society*. Stanford: Stanford University Press.
- Dahrendorf, R. (1961). Struktur und Funktion. Talcott Parsons und die Entwicklung der soziologischen Theorie. In: Ders., *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart* (S. 49–84). München: Piper.
- Dahrendorf, R. (1965a). *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*. München: Piper.
- Dahrendorf, R. (1965b). *Arbeiterkinder an deutschen Universitäten*. Tübingen: Mohr.
- Dahrendorf, R. (1965c). *Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik*. Hamburg: Nannen.
- Dahrendorf, R. (1967). Soziologie in Deutschland. In: Ders., *Pfade aus Utopia. Zur Theorie und Methode der Soziologie* (S. 89–126). München: Piper.
- Dahrendorf, R. (1971). *Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx*. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschichte (= 2., veränderte Aufl. von 1953).
- Dahrendorf, R. (1975a). *Die neue Freiheit. Überleben und Gerechtigkeit in einer veränderten Welt*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Dahrendorf, R. (1975b). Zukunft der Freiheit. In: C. Graf Podewils (Hrsg.), *Tendenzwende? Zur geistigen Situation der Bundesrepublik* (S. 94–108). Stuttgart: Klett.
- Dahrendorf, R. (1991). Nachkriegszeit und Nährpapier. In: A. Bottin (Hrsg.), *Hamburger Akademische Rundschau. Begleitband: Berichte, Dokumentation, Register* (S. 35–39). Berlin-Hamburg: Dietrich Reimer.
- Dahrendorf, R. (1992). *Der moderne soziale Konflikt. Essay zur Politik der Freiheit. Überarbeitete und erweiterte Fassung der englischen Ausgabe 1988*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

- Dahrendorf, R. (1994). *Liberales und andere. Portraits*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Dahrendorf, R. (1999). Karl Marx (1818–1883). In: D. Kaesler (Hrsg.), *Klassiker der Soziologie. Bd. 1: Von August Comte bis Norbert Elias* (S. 58–73). München: C.H.Beck.
- Döring, J./Lewandowski, S./Oels, D. (Hrsg.) (2017). *rowohlts deutsche enzyklopädie. Wissenschaft im Taschenbuch 1955–1968*. Hannover: Wehrhahn Verlag (= Non Fiktion. Arsenal der anderen Gattungen 12–2).
- Ellul, J. (2005). *Jacques Ellul on Politics, Technology and Christianity. Conversations with Patrick Troude-Chasteney*. Eugene/Oregon: Wipf & Stock Publishers (frz. 1994).
- Felz, S. (2016). *Recht zwischen Wissenschaft und Politik. Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Münster 1902 bis 1952*. Münster: Aschendorff.
- Freyer, H. (1961). Gesellschaft und Kultur. In: *Propyläen Weltgeschichte: eine Universalgeschichte, herausgegeben von Golo Mann unter Mitwirkung von Alfred Heuss und August Nitschke*, Bd. 10, 2. Halbbd. (S. 499–591). Frankfurt a. M.: Ullstein.
- Gehlen, A. (1975 [1956]). *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*, 3., verbesserte Aufl. Mit fünf Abbildungen auf Kunstdrucktafeln. Frankfurt a.M.: Athenaeon.
- Gehlen, A. (1978a). Was wird aus den Intellektuellen? In: Ders., *Einblicke* (S. 239–252). Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann (= Arnold Gehlen Gesamtausgabe Bd. 7).
- Gehlen, A. (1978b). Das Engagement der Intellektuellen gegen den Staat. In: Ders., *Einblicke* (S. 253–266). Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann (= Arnold Gehlen Gesamtausgabe Bd. 7).
- Geiger, T. (1949). *Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel*. Köln-Hagen: G. Kiepenheuer.
- Goschler, C. (2009). Radikalkonservative Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik. In: E. Schultz/P. Hohendahl (Hrsg.), *Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands* (S. 23–33). Essen: Klartext.
- Greiffenhagen, M. (1971). *Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland*. München: Piper.
- Greiffenhagen, M. (1988). *Jahrgang 1928. Aus einem unruhigen Leben*. München: Piper.
- Habermas, J. (1955). Der Soziologen-Nachwuchs stellt sich vor. Zu einem Treffen in Hamburg unter der Leitung von Professor Schelsky. *FAZ*, 13.6.1955.
- Habermas, J. (1981). Pädagogischer »Optimismus« vor Gericht einer pessimistischen Anthropologie (1961). In: Ders., *Kleine Politische Schriften I-IV* (S. 58–100). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (2013). Rationalität aus Leidenschaft. Ralf Dahrendorf zum 80. Geburtstag. In: Ders., *Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII* (S.161–165). Berlin: Suhrkamp.
- Hacke, J. (2006). Der Intellektuelle und die Industriegesellschaft. Arnold Gehlen und Helmut Schelsky in der frühen Bundesrepublik. In: H. Bluhm/W. Reese-Schäfer (Hrsg.), *Die Intellektuellen und der Weltlauf. Schöpfer und Missionare politischer Ideen in den USA, Asien und Europa nach 1945* (S. 233–257). Baden-Baden: Nomos.
- Hansl, M. (2015). Dahrendorfs Spuren. Annotationen eines liberalen Missionars. *Zeitschrift für Ideengeschichte* IX (2), 105–116.
- Hepp, A./Löw, M. (Hrsg.) (2008). *M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession*. Frankfurt a.M. u. New York: Campus.
- Horkheimer, M./Adorno, T. W. (1969). *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a. M.: Fischer.

- Hund, W.D. (1998). Vorwort. In: Ders. (Hrsg.), *Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie. 50 Jahre Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg* (S. 6–7). Hamburg: VSA.
- Klafki, W./Braun, K.-H. (2007). *Wege pädagogischen Denkens. Ein autobiografischer und erziehungswissenschaftlicher Dialog*. München-Basel: Ernst Reinhardt.
- König, R. (1958). Germany. In: J. S. Roucek (Hrsg.), *Contemporary Sociology* (S. 779–806). New York: Greenwood Press.
- König, R. (1967). Intelligenz. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologie. Umgearbeitete und erweiterte Neuauflage* (S. 148–155). Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.
- König, R. (1984). *Leben im Widerspruch. Versuch einer intellektuellen Autobiographie*. Frankfurt a. M. u. a.: Ullstein.
- König, R. (1987). *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verächter, Verfechter*. München u. Wien: Hanser Verlag.
- Krockow, C. G. v. (1990 [1958]). *Die Entscheidung. Eine Untersuchung über Ernst Jünger, Martin Heidegger und Carl Schmitt*. Frankfurt a.M. u. New York: Campus Verlag.
- Krockow, C. G. v. (2000). *Erinnerungen. Zu Gast in drei Welten*. Stuttgart u. München: DVA.
- Kühne, O. (2017). *Zur Aktualität von Ralf Dahrendorf. Einführung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer VS.
- Leendertz, A./Schimank, U. (Hrsg.) (2019). *Ordnung und Fragilität des Sozialen. Renate Mayntz im Gespräch*. Frankfurt a.M. u. New York: Campus.
- Lockwood, D. (1956). Some Remarks on »The Social System«. *The British Journal of Sociology* 7, 134–146.
- Lübbe, H. (2010). *Hermann Lübbe im Gespräch*. München: Fink.
- Lukács, G. (1970). *Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien zur marxistischen Dialektik*. Neuwied-Berlin: Luchterhand.
- Marquard, O. (1981). *Abschied vom Prinzipiellen. Philosophische Aufsätze*. Stuttgart: Reclam.
- Marten, H.-G. (1987). *Der niedersächsische Ministersturz. Protest und Widerstand der Georg-August-Universität Göttingen gegen den Kultusminister Schlüter im Jahre 1955*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Meifort, F. (2017). *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*. München: C.H.Beck Verlag.
- Moebius, S. (2015). *René König und die »Kölner Schule«. Eine soziologiegeschichtliche Annäherung*. Wiesbaden: VS Springer.
- Moebius, S. (2021). *Sociology in Germany. A History*. Basingstoke: PalgraveMacmillan.
- Popitz, H. (2006). *Soziale Normen. Herausgegeben von Friedrich Pohlmann und Wolfgang Eßbach*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rehberg, K.-S. (2010). Das Unbehagen an der Soziologie. Antisozilogische Motive und die Etablierung einer akademischen Disziplin. In: G. Kneer/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen* (S. 217–253). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rehberg, K.-S. (2020). Soziologen mit »Realitätsdrall« und die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland. In: A. Gallus/S. Liebold/F. Schale (Hrsg.), *Vermessungen einer Intellectual History der frühen Bundesrepublik* (S. 167–187). Göttingen: Wallstein.
- Rupp, H. K. (1970). *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer. Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren*. Köln: Pahl-Rugenstein.

- Schäfer, G. (2001). Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft – Strategien der Soziologie in den 50er Jahren. In: G. Bollenbeck/G. Kaiser (Hrsg.), *Die janusköpfigen 50er Jahre. Kulturelle Moderne und bildungsbürgerliche Semantik III* (S. 115–142). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schäfer, G. (2013). Helmut Schelsky und die Soziologie am Ende der 50er Jahre – eine »Ortsbestimmung«. In: A. Gallus (Hrsg.), *Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neu-Rezeption* (S. 184–205). Göttingen: Wallstein.
- Schäfer, G. (2014). Der Nationalsozialismus und die soziologischen Akteure der Nachkriegszeit: am Beispiel Helmut Schelskys und Ralf Dahrendorfs. In: M. Christ/M. Suderland (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven* (S. 119–161). Berlin: Suhrkamp.
- Schäfer, G. (2015). *Soziologie ohne Marx. Helmut Schelsky als »Starsoziologe« und Intellektueller im Hamburg der 1950er Jahre*. Hamburg: VSA (=Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2015).
- Schelsky, H. (1950). Die Flüchtlingsfamilie. Referat auf dem 10. Deutschen Soziologentag in Detmold. *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 3, 159–177.
- Schelsky, H. (1952). Die Jugend der industriellen Gesellschaft und die Arbeitslosigkeit. In: *Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, II. Bd.*, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Düsseldorf, Hauptabteilung Jugend. Erarbeitet von der Sozialwissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung von Jugendfragen unter der wissenschaftlichen Leitung von Dr. Helmut Schelsky, ord. Professor für Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft (S. 269–314). Köln: Bund-Verlag.
- Schelsky, H. (1955). *Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*. Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.
- Schelsky, H. (1959). *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*. Düsseldorf u. Köln: Diederichs.
- Schelsky, H. (1961). *Anpassung oder Widerstand? Soziologische Bedenken zur Schulreform*. Heidelberg: Quelle & Meyer.
- Schelsky, H. (1964). *Nachruf auf Rudolf Tartler. Akademische Gedenkfeier, Hamburg 12.2.1964. Ms. 13 S.* ULB Ms, NL Helmut Schelsky.
- Schelsky, H. (1965a). Gesellschaftlicher Wandel (1956/1961). In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze* (S. 337–351). Düsseldorf-Köln: Eugen Diederichs.
- Schelsky, H. (1965b). Die Bedeutung des Klassenbegriffes für die Analyse unserer Gesellschaft (1961). In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze* (S. 352–388). Düsseldorf u. Köln: Eugen Diederichs.
- Schelsky, H. (1973). *Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung. Grundsatzkonflikte in der Bundesrepublik*. München: C.H.Beck.
- Schelsky, H. (1975). *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schelsky, H. (1977). *Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Schelsky, H. (1981). *Thomas Hobbes. Eine politische Lehre*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Schildt, A. (2020a). *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von G. Kandzora u. D. Siegfried. Göttingen: Wallstein.

- Schildt, A., (2020b). Einen Adorno hatten wir nicht. Hamburger Professoren als »Public intellectuals« in den 1950er und 1960er Jahren. In: R. Nicolaysen/E. Krause/ G.B. Zimmermann (Hrsg.), *100 Jahre Universität Hamburg. Studien zur Hamburger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte in vier Bänden, Bd. I: Allgemeine Aspekte und Entwicklungen* (S. 107–141). Göttingen: Wallstein.
- Schmitting, W. (2019). Entwicklungslinien. In: T. Theuerl (Hrsg.), *Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der WWU Münster. Historie und Perspektiven* (S. 185–226). Münster: Aschendorff.
- Strubenhoff, M. (2019). *Ideas, Interests, and Institutions in Ralf Dahrendorf's Materialist Liberalism*, Ph.D. Cambridge/GB: unpublished manuscript.
- Tartler, R. (1965). Georg Simmels Beitrag zur Integrations- und Konflikttheorie der Gesellschaft. *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*. 16 (1), 1–12.
- Tjaden, K. H. (1990). *Mensch – Gesellschaftsformation – Biosphäre. Über die gesellschaftliche Dialektik des Verhältnisses von Mensch und Natur*. Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft.
- Treitschke, H. v. (1899). *Politik. Vorlesungen gehalten an der Universität zu Berlin*, Bd. 1, hrsg. von M. Cornicelius, 2. Aufl. Leipzig: S. Hirzel.
- Waßner, R. (Hrsg.) (2014). *Gestalt und Gestalten der Soziologie in Hamburg. 120 Jahre Wissenschaft vom Sozialen*. Nordhausen: T. Bautz.
- Weber, M. (1968). Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis (1904). In: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 3., erweiterte und verbesserte Aufl., hrsg. von J. Winckelmann (S. 146–214). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Wehrs, N. (2014). *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*. Göttingen: Wallstein.
- Weyer, J. (1984). *Westdeutsche Soziologie 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nord-amerikanischer Einfluß*. Berlin: Duncker & Humblot.



»Abwehr der Kulturrevolution« – 1968 und die Hegemonialkämpfe in der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie

Nikolai Wehrs

1 Einleitung: »1968« und das Problem der Generationalität

Karl Mannheim hin oder her, »Generation« ist für jeden Soziologen und jeden Historiker eine schwierige Analysekategorie. Als objektive Struktur, empirisch messbar und definitorisch klar abzugrenzen, gibt es sie natürlich nicht. Dennoch hat der Begriff fraglos eine lebensweltliche Evidenz, ist doch menschliche Sinnsuche immer mit dem Versuch der Verortung der selbst erlebten Zeit in einem sozialen Raum verbunden. Die Zeitgeschichtsforschung hilft sich deshalb gern mit dem Begriff »Generationalität«, der als *genitivus qualitatis* den Konstruktionscharakter von Generationen als subjektive Selbst- oder Fremdverortungen und die damit verbundenen Sinnstiftungen betont (vgl. Weisbrod 2005; Reulecke 2003; Mannheim 1928).

Der in diesem Heft schwerpunktmäßig behandelten zweiten »Generation« der bundesrepublikanischen Soziologie werden üblicherweise vor allem Wissenschaftler zugeordnet, die von der zeithistorischen Forschung dem Generationszusammenhang der »45er-Generation« zugeordnet werden würden. Der Terminus und damit zugleich der Generationszusammenhang selbst entspringen generationeller Selbstdeutung (ursprünglich durch den Musik- und Literaturkritiker Joachim Kaiser) und zielen auf eine ganz bestimmte Sinnstiftung (Kaiser 1990, S. 73 f.). Der Terminus

N. Wehrs (✉)

Fachbereich Geschichte & Soziologie, Universität Konstanz, Konstanz, Deutschland
E-Mail: Nikolai.Wehrs@uni-konstanz.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_8

183

ergibt überhaupt nur Sinn in der Konkurrenz zum generationellen Deutungsangebot der »68er-Generation«, von dem er sich durch die Datierung eines alternativen Politisierungserlebnisses klar abgrenzt. Zugleich wird mit dessen Datierung auf 1945 die Nachgeborenschaft zum Dritten Reich betont und also eine Grenze zum Generationszusammenhang der NS-belasteten Alterskohorte gezogen. So entsteht der Generationszusammenhang der »45er« paradigmatisch aus doppelter politischer Abgrenzung gegen ältere und jüngere Generation (vgl. Moses 2000).

Als einer der ersten hat 1968 der Soziologe Erwin K. Scheuch, geb. 1928, diese generationelle Sinnstiftung der »45er«-Generation vorgeführt, als er für einen Sammelband über die Studentenbewegung mit dem Titel »Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft« demonstrativ elf Autoren zusammenbrachte, die alle zwischen 1922 und 1932 geboren waren. »Diese Generation«, so Scheuch in der Einleitung, »erinnert sich an ihre elementare Erfahrung, daß in der Moderne alle Verbrechen großen Stils von Menschen und Gruppen ausgeübt wurden, die von sich behaupten konnten, der Inhalt ihrer Politik sei eine Weltanschauung [...]«. Gerade für sie sei es daher »Grund zum Entsetzen«, wenn die studentische Linke nun erneut »Weltanschauung zum eigentlichen Gehalt der Politik« erkläre. Nicht zwischen den Studenten und ihren NS-belasteten Vätern verliefen deshalb die »Hauptlinien des Konflikts«, sondern zwischen den Studenten und dieser »mittleren Generation« (Scheuch 1968).

In Wahrheit war das eine grob vereinfachte Darstellung der Konfliktlinien, denn diese verliefen keineswegs nur zwischen den Generationen, sondern gerade auch innerhalb des Generationszusammenhangs der »45er« selbst. An diesem Punkt erweist sich das klassische generationssoziologische Begriffsinstrumentarium von Karl Mannheim noch immer als hilfreich, denn es ermöglicht (den Konstruktionscharakter von »Generationen« mitbedacht) den singulären »Generationszusammenhang« von der Pluralität der »Generationseinheiten« zu scheiden, die sich in ihm mit der Zeit ausdifferenzieren (Mannheim 1928; Zinnecker 2003). Im Fall des »45er«-Generation erfolgte die konflikthafte Ausdifferenzierung der Generationseinheiten in denselben Auseinandersetzungen mit der »68er«-Jugendrevolte, in denen auch der Generationszusammenhang selbst gestiftet wurde. Es würde daher zu kurz greifen, den Zusammenstoß der protestbewegten Studenten und ihrer akademischen Lehrer an den Universitäten in den Jahren um 1968 allein mit Pierre Bourdieu als Kampf zwischen »Häretikern« und »Arrivierten« zu interpretieren (vgl. Bourdieu 1984). Stattdessen gilt es, den Konflikt von »1968« als einen Hegemonialkampf auch

innerhalb der arrivierten Gruppe, also der Professoren vornehmlich der »45er«-Generation, zu verstehen.

Untermauert werden kann diese Deutung durch einen Blick auf die 1970 gegründete Professorenvereinigung »Bund Freiheit der Wissenschaft« (BFW). Im BFW sammelten sich in den 1970er Jahren Hochschullehrer, die wie Erwin K. Scheuch durch die zunehmend destruktiven Protestaktionen des radikalen Flügels der studentischen Linken die Lehr- und Forschungsfreiheit an den Universitäten in der Bundesrepublik gefährdet sahen. Auf einfachster Ebene war der BFW also ein Selbstverteidigungsbündnis von Professoren, die seit 1968 durch Vorlesungsstörungen, Institutsbesetzungen und teils auch gewalttätige Übergriffe an ihrer Berufsausübung gehindert worden waren. Zugleich verfolgte der Professorenbund ein originäres Standesinteresse, als er (nicht ohne gute Gründe) die gestiegenen inneruniversitären Einflussmöglichkeiten der studentischen Linken vor allem auf das Programm der »Hochschuldemokratisierung«, also die in vielen Landeshochschulgesetzen seit 1968 erfolgte Ausweitung der studentischen Mitbestimmungsrechte in der akademischen Selbstverwaltung, zurückführte. Sieht man indes detaillierter auf die Motivlage der BFW-Professoren, so tritt ein drittes Motiv deutlich hervor. Die Konflikte nämlich, die sie konkret am meisten umtrieben, waren fast immer Konflikte innerhalb der Professorenschaft. Im Kontext von »1968« entstanden sie vor allem dann, wenn einzelne Professoren sich Forderungen der Studentenbewegung partiell zu eigen machten – sei es aus Sympathie mit dem progressiven Impetus der Bewegung, sei es als liberale Geste zur Abschwächung ihrer Radikalisierung. Nicht der Ärger über die revoltierenden Studenten war also das stärkste handlungsleitende Motiv der BFW-Professoren, sondern der Zorn auf den »Konzessionismus« ihrer Kollegen (vgl. Wehrs 2014).

Betrachtet man die inneruniversitären Auseinandersetzungen im Gefolge von »1968« zuvorderst als Hegemonialkampf innerhalb der Professorenschaft, wird zudem deutlich, wie stark in diesem hochschulpolitischen Konflikt diverse persönliche Fehden zwischen Kollegen, aber auch weitreichende wissenschaftliche Kontroversen und fachpolitische Konkurrenzen mitverhandelt – und teils auf lange Zeit hinaus entschieden – wurden. Wie das im Detail aussah, soll im Folgenden anhand der Konflikte prominenter Vertreter der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie mit der Frankfurter Schule aufgezeigt werden. Neben Erwin K. Scheuch soll dabei vor allem Friedrich H. Tenbruck betrachtet werden, zumindest am Rande aber auch der Schweizer Soziologe Walter Rüegg, der als Rektor der Universität Frankfurt (1965–70) in den hochschulpolitischen Konflikten der Jahre um 1968 eine Schlüsselrolle einnahm.

2 Walter Rüegg und die zwei Soziologien an der Universität Frankfurt

Der theoretisch-methodische Grundsatzkonflikt der Frankfurter Schule mit maßgeblichen Teilen der westdeutschen Sozialwissenschaften begann bekanntlich lange vor 1968 und hat in die Fachgeschichte als »Positivismusstreit« Eingang gefunden (vgl. Ritsert 2010; Fischer 2015). An der Johann Wolfgang Goethe-Universität Universität Frankfurt am Main wurde dieser Konflikt in den 1960er Jahren aber durch eine institutionelle Konkurrenzsituation verstärkt, die noch direkt auf die verschiedenen historischen Wurzelstränge der deutschen Soziologie verwies (Moebius 2021, S. 7–20). Da gab es zum einen das Seminar für Gesellschaftslehre an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät mit den Professoren Friedrich Tenbruck und Walter Rüegg, zum anderen das mit dem Institut für Sozialforschung (IfS) assoziierte Soziologische Seminar an der Philosophischen Fakultät mit Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas. In dieser personellen Konstellation waren nicht nur die philosophischen Gegensätze im Positivismusstreit exemplarisch verkörpert, auch die persönlichen Animositäten der Professoren wirkten vor Ort erheblich polarisierungsverstärkend. Vor allem Adorno und Tenbruck verband eine tiefe gegenseitige Abneigung, die noch auf eine kurze Phase gemeinsamer Assistentenschaft bei Max Horkheimer am IfS 1952/53 zurückging. Adorno hatte 1962/63 Tenbrucks Berufung nach Frankfurt mit aller Macht, aber gegen Rüeegs Einsatz letztlich vergeblich, zu verhindern gesucht. Tenbruck wiederum trieb seine Missachtung der Frankfurter Schule während seiner vier Jahre in Frankfurt so weit, dass die Bibliothek des Seminars für Gesellschaftslehre noch nicht einmal die Bücher der Konkurrenz vom Soziologischen Seminar anschaffen durfte. Als Adorno dann 1966 eine dritte Professur am Soziologischen Seminar durchsetzte und diese mit seinem Schüler Ludwig von Friedeburg besetzt wurde, war das für Tenbruck angeblich ein maßgeblicher Grund, seinen Wechsel an die Universität Tübingen 1967 zu forcieren. Aber auch Rüegg will nach eigener Darstellung schon 1966 die Berufung Friedeburgs mit den Worten kommentiert haben: »Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber.« (Rüegg 2008, S. 12; Akalin 2010; Hahn 2010)

Tatsächlich waren es dann im Wintersemester 1968/69, als Rüegg in seiner Eigenschaft als Rektor die Welle der studentischen Störungen mit einer Nulltoleranzstrategie, inklusive Strafanzeigen und Disziplinarverfahren, zu brechen suchte, zuerst die Professoren der Frankfurter Schule, die seinen harten Kurs torpedierten. Rüegg hatte die Professorenschaft der Universität im Januar 1969 angewiesen, den »streikenden« Studierenden keine Scheine für in autonomen Arbeitskreisen erbrachte Leistungen auszustellen. Adorno, Habermas und

Friedeburg, die ihren Studierenden solche Scheine bereits versprochen hatten, wehrten sich daraufhin gemeinsam mit den Frankfurter Rechtswissenschaftlern Erhard Denninger und Rudolf Wiethölter in einer öffentlichen Stellungnahme gegen die »politischen Disziplinierungsversuche« des Rektors und seine »undifferenzierte Abwertung studentischer Reformversuche« durch »verfehlte Maßnahmen des Disziplinar-, Polizei- und Strafrechts« (Kraushaar 1998, S. 388 f.). Diese Stellungnahme diente im weiteren Verlauf wiederholt als Vorbild für inneruniversitäre Kritik am Kurs des Rektors, gipfelnd in einer Resolution von Rüeegg eigener WiSo-Fakultät im Juni 1969. Rüeegg sprach also aus persönlicher Betroffenheit, formulierte aber eine subjektiv wichtige Kollektiverfahrung der BFW-Professoren, wenn er später maßgeblich solche professoralen »Kapitulationsurkunden« für die gewaltförmige Eskalation der »68er«-Revolte verantwortlich machte. Er sei den Studenten selbst eigentlich niemals gram gewesen, so Rüeegg, jedoch: »Nicht verzeihen konnte und kann ich denjenigen, die diesen Herausforderungen mit Schwäche, ja Feigheit nachgeben und damit die Eskalation geradezu induzieren [...]« (Rüeegg 2004, S. 214 f.)

Rüeegg bezog diesen geharnischten Vorwurf indes nicht nur auf das inneruniversitäre Wirken der Professoren der Frankfurter Schule, sondern stärker noch auf ihr hochschulpolitisches Wirken und speziell auf ihre Rolle bei der Adaption des studentischen Demokratisierungskonzepts im Hochschulreformdiskurs. Die Soziologen Habermas und Friedeburg sowie die Rechtswissenschaftler Denninger und Wiethölter (also fast genau dieselbe Gruppe von der sich Rüeegg 1968/69 in Frankfurt torpediert sah) hatten im Sommer 1968 mit einem hochschulpolitischen Grundsatzpapier öffentliche Aufmerksamkeit erlangt, in der sie das zuerst in der SDS-Denkschrift »Hochschule in der Demokratie« 1961 entwickelte Konzept einer drittelparitätischen Zusammensetzung der akademischen Kollegialorgane aus Hochschullehrern, Assistenten und Studenten positiv aufgriffen (Denninger et al. 1968; Sozialistischer Deutscher Studentenbund 1961). Ausgehend von diesem Papier, hatte die Idee der Drittelparität noch im selben Jahr Eingang in den Entwurf von Kultusminister Ernst Schütte (SPD) für die Novellierung des hessischen Landeshochschulgesetzes gefunden. Ab Herbst 1969 beaufsichtigte Ludwig von Friedeburg als Nachfolger Schüttes im Amt des Kultusministers die Fertigstellung des Gesetzes sogar persönlich. Dass die Frankfurter Professorengruppe das SDS-Konzept tatsächlich nur eingeschränkt adaptierte und Friedeburg den Schütte-Entwurf durch die Einfügung von professoralen Vorbehaltsrechten eher abschwächte, wurde zeitgenössisch von »Freund« und »Feind« gleichermaßen übersehen. Rüeegg jedenfalls, der 1968 im Konflikt über den Umgang mit der Studentenbewegung bereits sein Amt als Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz verloren hatte, sah sich hochschulpolitisch

zunehmend auf verlorenem Posten. Noch in der Nacht der Verabschiedung des Landeshochschulgesetzes im Hessischen Landtag am 5./6. Mai 1970 legte er demonstrativ sein Amt als Rektor nieder. Friedeburg wiederum zögerte als Kultusminister nicht einen Tag, als kommissarische Nachfolger von Rüegg seine Kollegen Denninger und Wiethölter einzusetzen (Wehrs 2014, S. 59–62, S. 133 f.). Aus Sicht von Rüegg und Tenbruck war das hessische Landeshochschulgesetz somit ganz eindeutig ein Sieg der Frankfurter Schule.

3 Friedrich H. Tenbruck und die gesellschaftliche Verantwortung der Sozialwissenschaften

Wie stark indes der Konflikt innerhalb der Professorenschaft um »1968« nicht allein von hochschulpolitischen Differenzen, sondern sehr konkret auch von einem divergierenden Wissenschaftsverständnis herrührte, zeigt eindrücklich Friedrich Tenbrucks spezielle Konzeption der Sozialwissenschaften. Geboren 1919, hatte Tenbruck als Student im Dritten Reich zunächst Philosophie studiert und 1944 in Marburg mit einer Promotion bei dem Kantianer Julius Ebbinghaus abgeschlossen. Zum Fach Soziologie war er erst in der Nachkriegszeit unter dem Eindruck eines Studienaufenthalts in den USA gestoßen. Tenbruck wandte sich damals den Sozialwissenschaften zu, weil ihm die klassischen Geisteswissenschaften keine adäquaten Antworten auf die Probleme der Moderne zu geben schienen. In seinen intellektuellen Leitfragen blieb er aber stets geisteswissenschaftlich geprägt. Mit Alois Hahn ging es ihm um eine »soziologische Bestimmung der geistigen Situation der Gegenwart«, anders gesagt: er suchte sozialwissenschaftliche Antworten auf sozialphilosophische Fragen. Die ersten Zeichen der späteren Entfremdung Tenbrucks von den hegemonialen Tendenzen der bundesrepublikanischen Soziologie lassen sich so bereits in den frühen 1960er Jahren ausmachen, ablesbar schon in der Habilitationsschrift *Geschichte und Gesellschaft* von 1962 (Tenbruck 1986; Hohmann 2001; Hahn 1984, S. 272).

Am Anfang dieser Entfremdung stand als erster großer Streit der westdeutschen Nachkriegssoziologie die Debatte um die Rollentheorie, in der Tenbruck die sogenannten »Jungtürken« der Soziologie (meist nur etwa zehn Jahre jünger als er selbst) für ihre einseitige Adaption behavioristischer Momente aus der US-Soziologie kritisierte (vgl. Fischer 2015, S. 85 f.; Nolte 2000, S. 235–255; Bude 1992). Vor allem Ralf Dahrendorfs »Homo sociologicus« von 1959 unterzog er scharfer Kritik. Dahrendorfs Strukturbegriff, so Tenbruck 1961, abstrahiere vollkommen von jener Seite der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die mit der »kulturellen Geformtheit des Menschen« zu tun habe:

»Wo [...] die strukturelle Gliederung der Gesellschaft nicht nur pragmatisch und für bestimmte Zwecke der Analyse, sondern *realiter* von jener, wie immer differenzierten Gemeinsamkeit der Ideen, Werte und Techniken, die der Soziologe Kultur nennt, getrennt wird, [...] da sinkt der Sozialisierungsprozeß zu einem bloßen Lernen von Rollen*fertigkeiten* und die Rolle zum bloßen *Anspruch* der Gesellschaft ab, so daß nun Sanktionen zum Zentrum der Gesellschaft werden.« (Tenbruck 1961, S. 7 f., S. 36, Hervorhebung i. O.; vgl. Dahrendorf 1959)

Es ist wichtig zu verstehen, dass die besondere Rigorosität von Tenbrucks Kritik am Strukturfunktionalismus bereits in dieser frühen Phase nicht nur wissenschaftlich-intellektuell, sondern wesentlich auch gesellschaftspolitisch motiviert war. Angesichts des in den Nachkriegsjahrzehnten nicht nur von Tenbruck wahrgenommenen massiven Bedeutungszuwachses der Soziologie als gesellschaftliches »Organ der Selbstinduktion«, ja einer zunehmenden Angewiesenheit moderner Gesellschaften auf sozialwissenschaftliche Deutungsangebote, mussten die Soziologen selbst, so seine Auffassung, umso strenger verantwortungsethisch operieren:

»Von den Aussagen der Sozialwissenschaften geht ein *unmittelbarer* Handlungsdruck aus, d. h. sie haben die Kraft, die Wirklichkeit zu verändern bloß schon deshalb, weil sie aufgestellt werden. [...] Es ist nicht so, daß die Sozialwissenschaften sich auf [eine] reine Dienststellung zurückziehen können, bei der der Gesellschaft die eindeutige Wahl der Zwecke überlassen bleibt. Tatsache ist vielmehr, daß die Sozialwissenschaften im Maße ihrer Diffusion in die Gesellschaft schon durch ihre bloße Erkenntnis unser Handlungsfeld definieren. [...] Welche Art von Sozialwissenschaften wir haben, entscheidet immer stärker darüber, welche Art von Gesellschaft wir haben werden.« (Tenbruck 1996, S. 41 f., Hervorhebung i.O.)

Es lässt sich kaum ein schärferer Gegensatz zu diesem verantwortungsethischen Rigorismus denken als Adornos berühmte Sentenz, er habe zwar ein theoretisches Modell entwickelt, aber nicht ahnen können, dass andere Leute es mit Molotowcocktails verwirklichen würden.¹ Die Frankfurter Schule galt Tenbruck als Paradebeispiel einer sozialwissenschaftlichen Strömung, die sich die »Rolle eines Medizinmannes der Gesellschaft« anmaßte und dabei unter dem Anschein einer emanzipativen Theorie den technokratischen Zug der Gesellschaft in Wahrheit

¹Zit. nach: Der Spiegel Nr. 19/1969 (05.05.1969), »Keine Angst vor dem Elfenbeinturm« (Interview mit Adorno).

noch verstärkte. Als »Repristinationen der Aufklärung« verlästerte Tenbruck die Kritische Theorie 1972 in seiner Schrift »Zur Kritik der planenden Vernunft«. Wer der Kritik an der technokratischen Gesellschaft nichts anderes entgegenstelle als die Aussicht auf noch bessere Planung, erhöhe nur die Einsätze auf ein Spiel, dessen Folgen für niemanden absehbar seien (Tenbruck 1972, S. 14, S. 59).

Tenbruck war als Professor in Tübingen seit dem Wintersemester 1967/68 zwar nicht mit Molotowcocktails, aber doch kontinuierlich mit massiven Störungen seiner Lehrveranstaltungen durch den örtlichen SDS konfrontiert worden, inklusive wiederholten Eier- und Tomatenbewurfs und heftiger Verbalinjurien. Ab dem Wintersemester 1968/69 musste er über mehrere Semester hinweg seine Lehrveranstaltungen ganz absagen. »Um Tenbruck wegzukriegen, muß uns jedes Mittel recht sein«, proklamierte 1969 ein studentisches Flugblatt (Wehrs 2014, S. 123). Die Gefährdung der Lehrfreiheit durch die »68er«-Studentenrevolte war im Falle Tenbrucks also kein hypothetisches Schreckensszenario, sondern unmittelbar erlebte Realität.

Es überrascht daher nicht, dass Tenbruck sich bereits im Herbst 1968 dem »Frankfurter Kreis« anschloss. Dieser Kreis, initiiert zunächst von einigen VWL-Professoren von der Frankfurter WiSo-Fakultät, war eine der frühesten überregionalen Professorenzusammenschlüsse gegen die Studentenbewegung. Unter tatkräftiger Mithilfe sowohl von Tenbruck als auch von Rüegg sollte aus ihm zwei Jahre später der BFW hervorgehen. Tenbrucks vielleicht wichtigster Beitrag zur BFW-Gründung war es, dass er seine Kollegen immer wieder dazu anhielt, über den »manifesten Zweck« nicht den »eigentlichen Zweck« der gewaltförmigen Studentenproteste zu übersehen, nämlich »die Schwäche der bestehenden Ordnung zu demonstrieren, durch Gewöhnung an diesen Zustand das Vertrauen in den Bestand dieser Ordnung zu untergraben, um dadurch anfangs Furcht, sich für diese Ordnung zu exponieren, und schließlich die Bereitschaft zum rechtzeitigen Opportunismus zu erzeugen«. Die Universität habe für die linksrevolutionären Gruppen nur insofern »strategische Bedeutung«, als sie dort »die Intelligenz bewußtseinsmäßig beeinflussen« konnten. Tatsächlich seien sie mit dieser Strategie bereits »überaus erfolgreich gewesen«, so Tenbruck im Februar 1969. Das Bewusstsein der Studenten sei bereits weitgehend umgeformt und auch innerhalb der Professorenschaft sei das Feld weitgehend »neuen Meinungsführern« überlassen worden, die die Studentenrevolte als Folge inneruniversitärer Reformunwilligkeit missinterpretierten (Tenbruck 1969). Letzteres war ein deutlicher Fingerzeig auf die Frankfurter Schule und die hochschulpolitischen Papiere von Habermas, Friedeburg & Co.

4 Erwin K. Scheuch und die »Abwehr der Kulturrevolution« in der Soziologie

Nicht minder eindrücklich zeigt sich der Zusammenhang von professoralem Protest gegen die Studentenbewegung und den fachpolitischen Hegemonialkämpfen innerhalb der Soziologie am Beispiel von Erwin K. Scheuch. Der Kölner Soziologieprofessor hatte sich in der frühen Phase der Studentenbewegung zunächst als Fürsprecher der protestierenden Jugend profiliert. Ein studentisches Flugblatt bezeichnete ihn noch Anfang 1968 als das »liberale Idol« der Kölner Studentenschaft.² Wiederholt fragte er im Jahr 1967 öffentlich nach der Mitschuld der Gesellschaft an der Eskalation des Protests. Lag vielleicht eine Ursache der studentischen Unruhe darin, »daß diese Generation uns beim Worte nimmt, daß sie praktische Demokratie und Freiheit dort erwartet, wo wir Demokratie und Freiheit nur sagen?« Die Älteren müssten sich vor dem »Pharisäertum« hüten, »jeden Formfehler der Studenten zum Anlaß der Distanzierung« zu nehmen (Scheuch 1967a; Scheuch 1967b). Noch im Dezember 1967 zeigte sich Scheuch in einem Brief an Tenbruck verwundert, dass dieser den Studentenprotest »so tragisch« nehme. Zwar kämen in ihm sicherlich auch irrationale Affekte zum Ausdruck. Viel mehr Sorgen machte Scheuch zu jener Zeit aber noch die befürchtete Reaktion von rechts: »Ich habe den Eindruck, daß alle illiberalen rechten Kräfte in Deutschland darauf gewartet haben, daß die Illiberalen von links den Terror gegen die liberale Mitte ausüben.«³

Nur fünf Monate später klang das auf einmal völlig anders. Die »Revolutionäre und Quasi-Kommunarden« seien »durchweg Menschen mit Störungen in der Persönlichkeitsbildung«, wurde Scheuch im Mai 1968 im Magazin *Der Spiegel* zitiert.⁴ Welches Damaskuserlebnis war Scheuch in der Zwischenzeit widerfahren? Offenbar nichts Geringeres als der 16. Deutsche Soziologentag in Frankfurt a. M. im April 1968. Dort war Scheuch vor den Augen der versammelten Kollegenschaft von einer kleinen Gruppe aus Köln angereister Studierender bloßgestellt worden. Zu Beginn seines Referats hatte es Flugblätter von der Empore der Frankfurter Kongresshalle gegregnet, in denen (in Anspielung auf ein zeitgenössisches

²Zit. nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 28.07.1977, »Professor wird zur Zielscheibe. Vom liberalen Idol zum Buhmann der Linken«.

³Brief Scheuch an Tenbruck vom 29.12.1967, in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck-Archiv, Abt. 2 C 25, Nr. 125.

⁴Der Spiegel Nr. 22/1968 (27.05.1968), »Menschen mit Störungen«.

Drama von Peter Weiß) »Die Verfolgung und Ermordung der Soziologie, dargestellt von der Scheuchspielgruppe[sic!] des Instituts für vergleichende Sozialforschung unter Anleitung des Zwingherrn Erwin Kurt Scheuch« angekündigt wurde.⁵ Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) hatte auf dem Frankfurter Soziologentag erstmals auch Studierende als Teilnehmer zugelassen. Auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte im Frühjahr 1968 wurde diese neue Offenheit jedoch sogleich missbraucht. Vor allem der Frankfurter SDS um Hans-Jürgen Krahl setzte sich mit lautstarken Störungsaktionen in Szene. In einem Brief an seinen Lehrer René König sprach Scheuch hinterher von einer »Kleinausgabe von Sportpalastatmosphäre für alle diejenigen, die nicht SDS-Ansichten der Version Frankfurter Schule vertraten« (U. Scheuch 2008, S. 34).

Die eigentlich zentrale Mitteilung war in dieses Briefzitat natürlich Scheuchs Hinweis auf die Frankfurter Schule. Schließlich hatte der Adressat des Briefes, René König, als Professor an der Universität Köln seit 1949 die sogenannte »Kölner Schule« geprägt, die wie keine andere Schule der westdeutschen Nachkriegssoziologie die Abkehr von der geisteswissenschaftlichen Tradition der deutschen Vorkriegssoziologie zugunsten von Strukturfunktionalismus und empirischer Sozialforschung verkörperte. Scheuch selbst hatte als wichtigster Mitarbeiter Königs schon seit den 1950er Jahren an diesem Programm mitgearbeitet, bevor er 1964 als Leiter des Instituts für international vergleichende Sozialforschung (seit 1974: Institut für Angewandte Sozialforschung) auf einen eigenen Lehrstuhl in Köln berufen worden war. »René König war der Initiant und Förderer der empirischen Sozialforschung, Erwin Scheuch der Forscher«, hat dieses besondere Schüler-Lehrer-Verhältnis Peter Atteslander (selbst ein König-Schüler) beschrieben (Moebius 2015, S. 92). In der innerfachlichen Wahrnehmung noch etwas von der Figur des Lehrers verdeckt, hatte Scheuch so in den frühen 1960er Jahren auch am Positivismusstreit teilgehabt, in dem die Kölner Schule nebst Kritischen Rationalisten und der Schelsky-Schule zu den wichtigsten Gegenspielern der Frankfurter Schule zählte. Gegen deren marxistisch inspirierte hegelianisch-dialektische Sozialphilosophie hatten auch die Kölner das alte Postulat der Werturteilsfreiheit hochgehalten. Vor allem Scheuch sah in der eigenen strikt empirischen Methodik auch eine Lehre aus der Ideologisierung der Sozialwissenschaften in den totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts und damit zugleich einen praktischen Beitrag zur Stabilisierung der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik (Scheuch 1990, 1998).

⁵Zit. nach Der Spiegel Nr. 17/1968 (22.04.1968), »So finster«.

Hatten in dieser noch weitgehend fachintern geführten Debatte der frühen 1960er Jahre nach überwiegender Einschätzung die Gegner der Frankfurter Schule die Oberhand behalten, so hatte um 1968 die Kritische Theorie durch ihre breite Rezeption in der Studentenbewegung wieder erheblichen Auftrieb erhalten. Zum Zeitpunkt des Frankfurter Soziologentags lag Adornos eigener Konflikt mit der Studentenbewegung noch gut ein Jahr in der Zukunft. Noch trat Adorno als Förderer der kritischen Studenten auf. Als DGS-Präsident von 1963 bis 1967 hatte er maßgeblich das Thema des Soziologentags bestimmt, nämlich »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?«. Ebenfalls dem DGS-Präsidenten war es zuzuschreiben, dass die Tagung für Studierende geöffnet worden war. Es waren zu einem nicht geringen Teil Adornos Studenten (siehe Krahl), die dort so lautstark die Honoratioren der Zunft attackierten. Nicht nur Scheuch gewann den Eindruck, dass die Frankfurter versuchten, die protestierenden Studenten vor den Karren ihrer fachpolitischen Interessen zu spannen, um gewissermaßen den Positivismusstreit im Nachgang doch noch zu gewinnen. Wenn Scheuch daher später dem Frankfurter Soziologentag die Bedeutung eines biographischen Wendepunktes zusprach (»fortan war der Kampf gegen die Neue Linke ein auffälliger Teil meines öffentlichen Wirkens«), so war es ihm dabei um einen Kampf auf gleich mehreren Bühnen und gegen multiple Gegner zu tun (Scheuch 1998, S. 253).

Im Kampf gegen die Studentenbewegung wählte Scheuch, genauso wie Rüegg und Tenbruck, die Bühne des BFW. Während sich aber Tenbruck, der Vereinsmeierei abhold, in der aktiven BFW-Verbandsarbeit eher zurückhielt und lieber als graue Eminenz im Hintergrund wirkte, stellte sich Scheuch auch öffentlich in die erste Reihe und übernahm 1970 im BFW-Vorstand das Amt des Pressesprechers. In dieser Funktion prägte Scheuch in den 1970er Jahren mit einer aggressiven Öffentlichkeitsarbeit maßgeblich das »Kampfbund«-Image des BFW in der allgemeinen Öffentlichkeit. Er tat dies sogar so offensiv, dass er selbst im Kreise seiner Vorstandskollegen bald als unkalkulierbar galt. Rüegg etwa, der von 1970 bis 1973 als einer von drei Vorsitzenden des BFW amtierte und in dieser Funktion die Spendenakquisition des Verbandes organisierte (gestützt auf gute Kontakte zum Frankfurter Bankenadel aus seiner Rektorenzeit), hätte die hochschulpolitische Auseinandersetzung lieber sachbezogen und ohne medialen »Krawall« geführt (Wehrs 2014, S. 204, S. 246 f.)

Parallel dazu aber führte Scheuch seinen erklärten Kampf zur »Abwehr der Kulturrevolution« auch innerhalb seines Faches bzw. seines Fachverbandes, also der DGS (Scheuch 1990, S. 45). Sein Hauptkontrahent war dabei nach dem Frankfurter Soziologentag schon nicht mehr Adorno, sondern Dahrendorf. Der neue DGS-Präsident hatte demonstrativ eine rote Nelke im Knopfloch getragen, als er sich am letzten Tag des Frankfurter Soziologentags gemeinsam mit

Scheuch in einer Podiumsdiskussion den SDS-Aktivistin Krahl und Wolfgang Lefèvre gestellt hatte. Während Scheuch (nach einer späteren Darstellung von Günter Zehm) auch in dieser Diskussion wie Winkelried alle Pfeile auf sich gezogen hatte, war Dahrendorf erstaunlich konzilient aufgetreten und hatte überraschend sogar die Drittelparität als »unbedingt notwendig« bezeichnet.⁶ Im Mai 1969 wurde schließlich der DGS-Vorstand zur Kampfbühne, als Dahrendorf seine Kollegen dort mit dem Entwurf einer »demokratisierten« Satzung überumpelte, die den bis dahin auf habilitierte Mitglieder beschränkten Verband auch für Studierende öffnen sollte. Es waren Scheuch und Lepsius, die über Nacht einen alternativen Satzungsentwurf schrieben und in einer Kampf Abstimmung im DGS-Vorstand auch durchsetzten. Von Scheuch als »Oligarchisierung« statt »Demokratisierung« bezeichnet, machte diese Satzung die Promotion zum Regelkriterium der Mitgliedschaft und entmachtete die Mitgliederversammlung zugunsten eines per Briefwahl bestimmten Konzils. Nachdem Dahrendorf, der den DGS-Vorsitz zunächst trotz seines Wechsels in die Politik nicht hatte abgeben wollen, im Juli 1970 aus dem Amt gedrängt worden war, leitete Scheuch als kommissarischer Vorsitzender eine Reorganisation der DGS ein, die Lepsius als neuer Vorsitzender ab Januar 1971 weiterführte. Ein Soziologentag fand erst wieder 1974 statt. Bis dahin war die Kulturrevolution für die Soziologie schon wieder nur noch ein akademisches Thema. Mit Recht konnte Scheuch später konstatieren, dass das öffentliche Klischeebild von der Soziologie als einer »Revolutionswissenschaft« nicht der realen Entwicklung im Fach entsprach (Scheuch 1990, S. 45, 1998, S. 253 f.; Lepsius 1998, S. 221 f.).⁷

5 Das »Renversement des alliances« in der bundesrepublikanischen Soziologie

Bemerkenswert ist, wie die politische Polarisierung von »1968« im Laufe der 1970er Jahre signifikant auch die etablierten fachwissenschaftlichen Lagerbildungen in der bundesrepublikanischen Soziologie transformierte. Scheuchs aggressiver Eifer in der »Abwehr der Kulturrevolution« führte 1972 zum Bruch

⁶Frankfurter Rundschau vom 13./14.04.1968, »Professoren warnen Studenten vor Gewalt-Aktionen«; Der Spiegel Nr. 17/1968 (22.04.1968), »So finster«; Günter Zehm, »Im größten Getümmel wie eine Eins«, in: Die Welt vom 09.06.1988.

⁷Erwin K. Scheuch, Entwicklungshilfe für DM 80.000. Zum 20. Deutschen Soziologentag in Bremen, in: Die Welt vom 16.09.1980.

mit seinem Lehrer René König. Den Auslöser bildete ein Konflikt Scheuchs mit zwei jüngeren König-Schülern, die der Neuen Linken nahestanden, nämlich dem Rechtssoziologen Wolfgang Kaupen und seiner Frau, der Medizinsoziologin Heidrun Kaupen-Haas. Letztere hatte Scheuch bereits 1971 in einem Privatbrief an König als »AGIT-PROP-Figur« denunziert, in die statt des »sellgen Parsons« der »heilige Marx« gefahren sei (die Kaupens galten in der Kölner Schule eigentlich als »Parsonianer«). Ein Jahr später erreichte Scheuch, dass die Kölner WiSo-Fakultät zwei Lehraufträgen von König an das Ehepaar Kaupen für das Wintersemester 1972/73 untersagte. Scheuch war sich dabei nicht zu schade, den Umstand auszunutzen, dass König es versäumt hatte, die Lehraufträge formal korrekt beim Dekanat anzumelden. König wiederum war ob dieser Ränkespiele so empört, dass er Scheuchs Denunziationsbrief gegen Kaupen-Haas dem Kölner AStA übergab, als dieser eine Solidaritätskampagne für die Kaupens organisierte. Im Ergebnis fand diese Kampagne im Wintersemester 1972/73 unter dem Motto »Weg mit dem Spitzel und Denunzianten Scheuch« statt und kulminierte im Februar 1973 in zahlreichen Vorlesungsstörungen an der gesamten Universität, einem Komplettabbruch der Lehre an der WiSo-Fakultät und einer telefonischen Bombendrohung bei Scheuchs Mutter (Bund Freiheit der Wissenschaft 1973, Anhang 2; Moebius 2015, S. 90, 120).

Statt mit seinem Lehrer König, fand sich Scheuch nun im BFW in einer Kampfgemeinschaft mit Tenbruck wieder. Das kann nahezu als *Renversement des alliances* (dt. »Umkehrung der Allianzen«) gelten. Vor allem aus der Perspektive des Tübinger Sozialphilosophen musste der Kölner Direktor des Instituts für Angewandte Sozialforschung doch zweifellos zu den Leuten zählen, die für die beklagte Diffusion der Sozialwissenschaften in die Gesellschaft hauptverantwortlich waren. Doch stiftete der gemeinsame Furor gegen das »linke« Lager der Soziologie offenbar genügend Kitt, um die unerwartete Allianz zusammenzuhalten. Zum »linken« Lager der Soziologie wurden in den 1970er Jahren schon nicht mehr allein die Frankfurter Schule gerechnet, sondern im Zweifelsfall ob ihres »politischen Mobilismus« (Tenbruck) auch Mittlerfiguren wie Dahrendorf. Tenbrucks Furor erreichte seinen höchsten Punkt 1978, als die Pläne der Max-Planck-Gesellschaft bekannt wurden, das MPI zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt in Starnberg nach der Emeritierung des Gründungsdirektors Carl Friedrich von Weizsäcker als MPI für Sozialwissenschaften unter einer Doppelspitze aus Habermas und Dahrendorf weiterzuführen. In einem Brief an Scheuch schäumte Tenbruck:

»[D]aß die Max-Planck-Gesellschaft uns eine geistige Null, die die Produktion von 500 Drucksachen pro Jahr für Wissenschaft hält, und eine moralische Molluske vorzusetzen wagt, die ihren billigen Beamtenadel mit Berechnungen, wie gering die Zahl der Todesopfer bei der fälligen Revolution sein würde, abzubüßen versucht, von der Charakterlosigkeit ganz zu schweigen, zeigt die Ahnungs- und Willenslosigkeit derer, die bei uns Verantwortung tragen sollten.«⁸

Mit »geistige Null« war hier zweifellos der Vielproduzent Dahrendorf gemeint. Von Habermas hätte das wohl nicht einmal Tenbruck behauptet, wobei er dann freilich als »moralische Molluske« gemeint war. Im Übrigen scheiterte der Plan der Max-Planck-Gesellschaft, weil Dahrendorf im Mai 1979 in letzter Sekunde absagte (Leendertz 2010, S. 29–40; Meifort 2017, S. 229 ff.).

Die Empörung über den Starnberger Vorfall spielte wohl auch noch mit, als Tenbruck und Scheuch 1980 gemeinsam den Plan für die Gründung einer neuen »Gesellschaft für Sozialwissenschaften« entwickelten. Im Unterschied zum reformierten Fachverband der DGS (wohlweislich aber auch im Unterschied zur Vereinsmeierei des BFW) sollte diese Gesellschaft einen bewusst elitären Charakter erhalten. Mitglieder sollten nur durch Aufruf gewonnen und in der Zahl auf höchstens 30 Personen beschränkt werden (Tenbruck wollte zunächst sogar maximal ein Dutzend). Dafür sollten neben Sozialwissenschaftlern auch Geisteswissenschaftler in den Kreis einbezogen werden, denn die neue Vereinigung sollte, statt universeller Gesellschaftstheorien, explizit die historisch-kulturelle Individualität von Vergesellschaftungsprozessen in den Mittelpunkt stellen. Unschwer war aus dieser thematischen Schwerpunktsetzung vor allem Tenbrucks Forschungsinteresse am Problem der »unbewältigten Sozialwissenschaften« herauszulesen. Scheuch war es bei der gemeinsamen Initiative dagegen wohl stärker um den politischen Effekt zu tun, nämlich »den publizistisch von Ideologen besetzten Raum« zurückzuerobern. Ein erstes Vorbereitungstreffen für die Gründung der neuen Gesellschaft fand am 22. Februar 1980 in Stuttgart statt. Danach allerdings verlief die Initiative im Sande, was sich Tenbruck und Scheuch bezeichnenderweise gegenseitig vorwarfen. Tenbruck fand offenbar, dass Scheuch die organisatorische Vorbereitung nicht energisch genug betrieben hatte. Scheuch rechtfertigte sich dagegen damit, dass Tenbruck bei dem Vorbereitungs-

⁸Brief Tenbruck an Scheuch vom 03.04.1979, in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck Archiv, Abt. 2 C 25, Nr. 134.

treffen in Stuttgart zu weit nach rechts eingeladen und damit die Initiative politisch zu sehr belastet hatte. Als Beispiel führte er Johannes Papalekas an, aber auch Bernard Willms war offenbar eingeladen gewesen.⁹

Die Episode um die gescheiterte Gesellschaft für Sozialwissenschaften gibt zugleich einen Hinweis, wohin die Auseinandersetzungen um die »68er«-Studentenbewegung deren Gegner aus den Reihen der »45er«-Professoren oftmals führte – nämlich politisch und intellektuell deutlich weiter nach »rechts«, als sie sich selbst in aller Regel vor 1968 verortet hatten. Im selben Zug führten die politischen Kämpfe diese Professoren innerhalb ihrer fachwissenschaftlichen Zusammenhänge tendenziell in eine Außenseiterposition.

Selbst wenn er die Gesellschaft von Papalekas 1980 noch meiden wollte, lässt sich auch für Scheuch eine solche Verschiebung des politisch-intellektuellen Standorts nach rechts im Laufe der 1970er Jahre zweifelsfrei feststellen. Der einstige Mitbegründer des Republikanischen Clubs in Köln war nach eigener Auskunft »bis zur zweiten Amtszeit von Willy Brandt« (also bis ungefähr 1972) ein »engagierter Sympathisant der SPD« gewesen.¹⁰ 1976 trat er aber schon der CDU bei. Zudem profilierte er sich in den 1970er Jahren als regelmäßiger Kommentator in Fernsehen (ZDF), Radio (Deutschlandfunk) und Zeitungspresse mit bissiger Polemik gegen die »linke Kulturintelligenz« (U. Scheuch 2008, S. 91–98). Langfristig wurde Scheuch aber auch in der CDU nicht glücklich. Vielmehr endete auch diese politisch-intellektuelle Bindung schließlich im Eklat. Ausgerechnet ein Gutachten für die Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen nahmen Scheuch und seine Frau und Co-Autorin Ute Scheuch 1991 zum Anlass für eine detaillierte Untersuchung der Vetternwirtschaft in der Kölner CDU. Während der Auftraggeber das Gutachten gerne unterdrückt hätte, wurde es als Rowohlt-Taschenbuch 1992 unter dem Titel *Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien* deutschlandweit ein Bestseller (Scheuch und U. Scheuch 1992). Seither galt Scheuch in den Medien als »diensthabender Korruptionskritiker der Republik«, als welcher er auch noch

⁹Brief Tenbruck an Scheuch vom 07.04.1980 (mit Anlagen), in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck-Archiv, Abt. 2 C 25, Nr. 135; Brief Tenbruck an Scheuch vom 16.06.1980, in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck-Archiv, Abt. 2 C 25, Nr. 137; Brief Scheuch an Tenbruck vom 03.07.1981, in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck-Archiv, Abt. 2 C 25, Nr. 142.

¹⁰Zit. nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 28.7.1977, »Professor wird zur Zielscheibe: Vom liberalen Idol zum Buhmann der Linken«.

bei seinem Tod 2003 von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* bis hin zur links-alternativen *tageszeitung* lagerübergreifend gewürdigt wurde.¹¹ Heute wieder-gelesen, sticht natürlich ins Auge, wie kräftig die Scheuchs in *Cliquen, Klüngel und Karrieren* bereits in das Horn eines neurechten Populismus bliesen. Offenbar hatte sich Erwin K. Scheuch in seinem letzten Lebensjahrzehnt zunehmend der Neuen Rechten angenähert, war Präsidiumsmitglied in dem obskuren rechten Autorenverband »Stimme der Mehrheit« geworden und hatte für die »Junge Freiheit« geschrieben.¹²

Bei Tenbruck machte sich eine gewisse Verschiebung seines politisch-intellektuellen Standorts nach rechts seit den 1970er Jahren vor allem darin bemerkbar, dass sich seine Zeitdiagnosen immer stärker dem antimodernistischen Geist der konservativen Kulturkritik des frühen 20. Jahrhunderts annäherten. In dem Buch *Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder Die Abschaffung des Menschen* mündete das (passenderweise) 1984 in eine geradezu Orwellsche Schreckensvision, in deren Zentrum wieder einmal die vermeintliche Kolonisierung des Geisteslebens durch die Soziologie stand:

»In wenigen Jahrzehnten sind die Sozialwissenschaften wie ein Naturereignis über die Welt hereingebrochen. Als Erben der Aufklärung haben sie im Namen der Wissenschaft ein säkulares Weltbild an die Stelle der Religionen und Ideologien gesetzt, wobei sich Marxismus und Soziologie die Herrschaft über den Erdball teilen. Eingebaut in die Gesellschaft bestimmen sie unvermerkt den privaten Alltag wie das öffentliche Leben und sind zur geschichtlich bestimmenden Kulturmacht geworden, die die Menschen zunehmend zu Sozialwesens macht, welche sich nur den Verhältnissen anpassen, anstatt ihr Leben aus der inneren Entschiedenheit der Person zu führen.« (Tenbruck 1984, Zitat Klappentext)

Doch können Tenbrucks Gedankengänge auch anders eingeordnet werden. Immerhin war Tenbruck damit eine der seltenen Stimmen aus den Reihen der professoralen Gegner der »68er«-Bewegung, welche die Misere der Universitäten nicht allein auf die revoltierende studentische Jugend und fehlgeschlagene Hochschulreformen zurückführte, sondern grundsätzlich die innere Fragwürdigkeit des modernen Wissenschaftsbetriebs thematisierte. An den Frankfurter Volkswirtschaftler und langjährigen BFW-Schatzmeister Karl Häuser schrieb er 1980:

¹¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.10.2003, »Heimatgefühle im Soziotop«; tageszeitung vom 15.10.2003, »Gegen den Klüngel«.

¹² Der Spiegel Nr. 29/1997 (14.07.1997), »Stimme vom Stammtisch«.

»Die W[issenschaft] krankt nicht nur an der Überwältigung durch fremde Mächte, sie krankt auch an sich selbst. Durch ihren eigenen Fortschritt hat sie ihre Stellung verändert, und in dieser Lage klingen die alten Legitimationen hohl. [...] Wir können uns doch nicht mehr einfach darauf berufen, daß wir ›die Wahrheit‹ bringen, welche einem Abschluß zueilt; wenn alle Forschung nach kurzem überholt ist und die Register der Forschungsarbeiten endlos anschwellen, wenn Wahrheit zur Perspektive geworden ist; wenn es bei zunehmender Quote des Unsinn und der Trivialitäten bereits lächerlich klingt, von Wahrheit zu sprechen. Daß die Wissenschaft Bildung erzeugt, glaubt auch niemand mehr, und ›Werte‹ sind uns unerreichbar. Bleibt das explosive Anwachsen, das, wie jeder spürt, nicht endlos weitergehen kann [...].«¹³

Dieses Briefzitat zeigt eindrücklich, welches Maß Tenbrucks Entfremdung von den hegemonialen Tendenzen seines Fachs in den 1980er Jahren erreicht hatte. In der Fachöffentlichkeit wurde Tenbruck zum Ende hin zuweilen sogar als »Anti-Soziologe« rubriziert. Doch hat er sich dieses Etikett offenbar niemals zu Eigen gemacht, anders als es zumindest selbstironisch Helmut Schelsky tat (Schelsky 1981).

6 Fazit

Tenbrucks Einordnung als »Anti-Soziologe« in den 1980er Jahren führt bereits zu der abschließenden Frage, welche Seite die Hegemonialkämpfe in der bundesrepublikanischen Soziologie der 1970er Jahre eigentlich gewonnen hat. Natürlich ist das auch eine Frage des Sehepunktes, vor allem zeitlicher Art. Gegen Ende der 1980er Jahren hätten wohl fast alle Beobachter das Lager der Frankfurter Schule um Habermas zum eindeutigen Sieger der Hegemonialkämpfe in der bundesrepublikanischen Soziologie, ja zur hegemonialen Kraft im politisch-intellektuellen Diskurs der Bundesrepublik überhaupt erklärt. Tenbruck, Scheuch und das politisch-intellektuelle Lager der BFW-Professoren befanden sich damals in einer klaren Außenseiterposition – man denke nur an die unterschiedlichen Rollen von Habermas einerseits und BFW-Professoren wie Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Thomas Nipperdey andererseits im ominösen Historikerstreit von 1986/87 (vgl. Herbert 2003). Von heute aus betrachtet, fällt das Fazit schon wieder etwas anders aus. Es wäre doch zweifellos falsch, Tenbrucks Beitrag zur

¹³ Brief Tenbruck an Häuser vom 23.01.1980, in: Universitätsbibliothek Trier, Friedrich-H.-Tenbruck Archiv, Abt. 2 C 9, Nr. 80.

Wiederbelebung der Kultursoziologie – die erneuerte Betonung der Kategorie des Geschichtlichen, die Kritik an den verdeckten Normativitäten der Gesellschaftstheorie, nicht zuletzt die Kritik ihres hypostasierten Gesellschaftsbegriffs selbst – von den beschriebenen politischen Kämpfen im Gefolge von »1968« zu trennen. Es waren ja vielmehr intellektuell produktive Wendungen dieser Kämpfe (vgl. exemplarisch Tenbruck 1989).

Clemens Albrecht und Stephan Moebius haben mit Blick auf den *cultural turn* in fast allen geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern seit den 1990er Jahren sogar von einem »Siegesszug der Kultursoziologie« gesprochen (Albrecht und Moebius 2014, S. 18 f.). Das war nun freilich auch *pro domo* gesprochen. Doch scheint allein die anhaltend hohe Aktivität der Sektion Kultursoziologie in der DGS dafür zu sorgen, dass Tenbrucks Werk in der bundesrepublikanischen Soziologie weiterhin rezipiert wird (auch wenn diese Sektion 1983 schließlich ohne Beteiligung des streitbaren Sozialphilosophen gegründet wurde) (Albrecht und Moebius 2014, S. 17). Erwin K. Scheuch dagegen haben die Taschenbuch-Bestseller seiner letzten Karrierephase offenbar wenig Andenken in der Fachwissenschaft eingebracht. Um den Kölner Sozialforscher ist es in der Soziologie bemerkenswert still geworden.

Literatur

- Akalin, F. (2010). »Nicht Aufklärung durch Sozialwissenschaften brauchen wir, sondern Aufklärung über die Sozialwissenschaften« – Friedrich Tenbruck und die Soziologie (in Frankfurt). In: F. Herrschaft/K. Lichtblau (Hrsg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz* (S. 179–203). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Albrecht, C./Moebius, S. (2014). Die Rückkehr der Kultur in die Soziologie. Zur Gründungsgeschichte einer Sektion. In: Dies. (Hrsg.), *Kultur-Soziologie. Klassische Texte der neueren deutschen Kultursoziologie* (S. 9–22). Wiesbaden: Springer.
- Bourdieu, P. (1984). *Homo academicus*. Paris: Éditions de Minuit.
- Bude, H. 1992 Die Soziologen in der Bundesrepublik. *Merkur* 46, 569–580
- Bund Freiheit der Wissenschaft (Hrsg.) (1973). *Einige Materialien zum Fall Kaupen*. Köln: Dokumentation.
- Dahrendorf, R. (1959). *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*. Köln u. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Denninger, E./Friedeburg, L. v./Habermas, J./Wiethölter, R. (1968). Grundsätze für ein neues Hochschulrecht. In: H.-A. Jacobsen/H. Dollinger (Hrsg.), *Die deutschen Studenten. Der Kampf um die Hochschulreform. Eine Bestandsaufnahme* (S. 205–214). München: Kurt Desch.
- Fischer, J. (2015). Bundesrepublikanische Soziologie 1949 bis heute. Versuch einer neuen Skizze ihrer Geschichte. *Zyklus* 2, 73–99.

- Hahn, A. (2010). »In der Höhle des Löwen.« Das doppelte Paradigma in der Frankfurter Soziologie der 60er Jahre. In: F. Herrschaft/K. Lichtblau (Hrsg.), *Soziologie in Frankfurt. Eine Zwischenbilanz* (S. 435–448 Interview). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hahn, A. (1984). Friedrich Tenbruck. Eine biographische Skizze. In: Ders./Hans Braun (Hrsg.), *Kultur im Zeitalter der Sozialwissenschaften. Friedrich Tenbruck zum 65. Geburtstag* (S. 269–272). Berlin: Dietrich Reimer.
- Homann, H. (2001). Wiedergänger. Zur Aufklärung der »Anti-Soziologie«. In: P.-U. Merz-Benz/G. Wagner (Hrsg.), *Soziologie und Anti-Soziologie. Ein Diskurs und seine Rekonstruktion* (S. 61–88). Konstanz: UVK.
- Herbert, U. (2003). Der Historikerstreit. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte. In: M. Sabrow/R. Jessen/K. Große Kracht (Hrsg.), *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945* (S. 94–113). München: C.H. Beck Verlag.
- Kaiser, J. (1990). Phasenverschiebungen und Einschnitte in der kulturellen Entwicklung. In: M. Broszat (Hrsg.), *Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte* (S. 69–74). München: Oldenbourg.
- Kraushaar, W. (1998). *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995. Bd. 1: Chronik*. Hamburg: Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins.
- Leendertz, A. (2010). *Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975–1985*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lepsius, M. R. (1998). Vorstellungen von Soziologie. In: K.-M. Bolte/F. Neidhardt (Hrsg.), *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration* (S. 209–231). Baden-Baden: nomos.
- Mannheim, K. (1928). Das Problem der Generationen. *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* NF 8, 157–185 u. 309–330.
- Meifort, F. (2017). *Ralf Dahrendorf. Eine Biographie*. München: C.H. Beck Verlag.
- Moebius, S. (2015). *René König und die »Kölner Schule«. Eine soziologiegeschichtliche Annäherung*. Wiesbaden: Springer.
- Moebius, S. (2021). *Sociology in Germany. A History*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Moses, A. D. (2000). Die 45er. Eine Generation zwischen Faschismus und Demokratie. *Neue Sammlung* 40, 233–263.
- Nolte, P. (2000). *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert*. München: C.H. Beck Verlag.
- Scheuch, E.K. (1967b). Ohnesorg-Rede vom 7.6.1967. In: K. Nevermann/VDS (Hrsg.), *Der 2. Juni 1967. Studenten zwischen Notstand und Demokratie. Dokumente zu den Ereignissen anlässlich des Shah-Besuchs* (S. 78–81). Köln: Verlag Pahl-Rugenstein.
- Reulecke, J. (2003). Einführung. Lebensgeschichten des 20. Jahrhunderts. In: Ders. (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert* (S. VII–XV). München: Oldenbourg Verlag.
- Ritsert, J. (2010). Der Positivismusstreit. In: G. Kneer/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologische Kontroversen. Beiträge zu einer anderen Geschichte der Wissenschaft vom Sozialen* (S. 102–130). Berlin: Suhrkamp.
- Rüegg, W. (2004). Das Ende einer Liebe auf den ersten Blick. In: B. Schefold (Hrsg.), *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main*, 2. erw. Aufl. (S. 199–215). Marburg: Metropolis.

- Rüegg, W. (2008). *Die 68er Jahre und die Frankfurter Schule*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.
- Schelsky, H. (1981). *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«*. Opladen: Westdt. Verlag.
- Scheuch, E.K. (1967a). Warum die jungen Pensionäre revoltieren. In: *Die Welt* vom 28.6.1967.
- Scheuch, E. K. (1968). Einleitung. In: Ders. (Hrsg.), *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft. Eine kritische Untersuchung der »Neuen Linken« und ihrer Dogmen* (S. 10 f.). Köln: Markus Verlag.
- Scheuch, E. K. (1990). Von der deutschen Soziologie zur Soziologie in der Bundesrepublik Deutschland. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 15, 30–50.
- Scheuch, E. K. (1998). Wissenschaft – Anwendung – Publizistik. Drei Leben als Sozialwissenschaftler. In: K.-M. Bolte/F. Neidhardt (Hrsg.), *Soziologie als Beruf. Erinnerungen westdeutscher Hochschulprofessoren der Nachkriegsgeneration* (S. 233–266). Baden-Baden: Nomos.
- Scheuch, E. K./Scheuch, U. (1992). *Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie*. Reinbeck: Rowohlt.
- Scheuch, U. (2008). *Erwin K. Scheuch im roten Jahrzehnt*. Bergisch Gladbach: E. Feger Verlag.
- Sozialistischer Deutscher Studentenbund (1961). *Hochschule in der Demokratie. Denkschrift zur Hochschulreform*. Frankfurt a. M.: Sozialist. Dt. Studentenbund.
- Tenbruck, F. H. (1961). Zur deutschen Rezeption der Rollentheorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 13, 1–40.
- Tenbruck, F. H. (1969). Bericht über die Lage: Studentenunruhen. *Deutsches Ärzteblatt* 66, 1026–1032.
- Tenbruck, F. H. (1972). *Zur Kritik der planenden Vernunft*. Freiburg: Alber.
- Tenbruck, F. H. (1984). *Die unbewältigten Sozialwissenschaften oder Die Abschaffung des Menschen*. Graz: Styria.
- Tenbruck, F. H. (1986). *Geschichte und Gesellschaft*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Tenbruck, F. H. (1989). *Die kulturellen Grundlagen der Gesellschaft. Der Fall der Moderne*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tenbruck, F. H. (1996). Über Kultur im Zeitalter der Sozialwissenschaften (1962). In: Ders., *Perspektiven der Kultursoziologie. Gesammelte Aufsätze*, hrsg. von C. Albrecht et al. (S. 27–47). Wiesbaden: Springer.
- Wehrs, N. (2014). *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*. Göttingen: Wallstein.
- Weisbrod, B. (2005). Generation und Generationalität in der Neueren Geschichte. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 8/2005, 3–9.
- Zinnecker, J. (2003). »Das Problem der Generationen«. Überlegungen zur Karl Mannheims kanonischen Text. In: J. Reulecke (Hrsg.), *Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert* (S. 33–58). München: Oldenburg.



Niklas Luhmann: »Kalter Krieg« und funktionale Differenzierung

Pascal Berger

1 Einleitung

Als Teil der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie prägten die systemtheoretischen Arbeiten Niklas Luhmanns die Begriffslandschaft seines Fachs nachhaltig mit der Vorstellung einer funktional differenzierten Weltgesellschaft. Die sich nach dem Zweiten Weltkrieg einrichtende Systemkonkurrenz zwischen einem kapitalistischen Westen und einem sozialistischen Osten bildete einen zeitgeschichtlichen Hintergrund sozialwissenschaftlichen Arbeitens jener Zeit (s. Engerman 2010; Link 2018). Gleichwohl sich bei Luhmann immer wieder durch sein Werk verstreut Kommentare und Passagen zu Marxismus, Kapitalismus oder den Versuchen und Aussichten einer zentral verwalteten Planwirtschaft finden lassen, besitzt das die Gesellschaft seiner Zeit doch so bestimmende Politikum für Luhmann eine in Quantität wie Qualität offenbar untergeordnete Bedeutung – obgleich er selbst als vom NS-Regime eingezogener Luftwaffenhelfer und später als US-Amerikanischer Kriegsgefangener die Erfahrung des Krieges unmittelbar am eigenen Leib erfuhr. Oder war es vielleicht gerade der aufgrund des Erlebten gehegte »Wunsch nach Ordnung« (Müller und Lorenz 2016, S. 9)? Luhmanns Horizont war jedenfalls ein anderer – die Weltgesellschaft.

Theodor Adorno spricht 1968 – nur sechs Jahre nach der sogenannten »Kubakrise« – in seinem *Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag* – der unter dem Leitthema »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft«

P. Berger (✉)

Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn, Bonn, Deutschland

E-Mail: pberger1@uni-bonn.de

stand¹ – von den »internationalen Antagonismen [...], die zum jetzt erst wahrhaft totalen Krieg sich hin steigern« (Adorno 1969, S. 22). Auf demselben Soziologentag referiert Luhmann (1969) über seinen Vorschlag, Gesellschaft konsequenter als Talcott Parsons funktionalistisch als ein System zu begreifen, für welches die Differenzierung in System-Umwelt-Verhältnisse ein Weg der Komplexitätsreduktion ist. Immer komplexer werdende Gesellschaften wie die moderne Gesellschaft, so Luhmann, seien nicht mehr über territoriale Grenzen zu begreifen, sondern, mit zunehmender Komplexität, als eine funktional differenzierte. Zunehmende gesellschaftliche Komplexität und diese Komplexität wiederum reduzierende funktionale Differenzierung, so Luhmann, könnten sogar als Indikator gesellschaftlichen Fortschritts gedeutet werden (s. Luhmann 1969, S. 264 f.). Der die anschließende Diskussion protokollierende Karl Hermann Tjaden (1969, S. 268) vermerkte, die »Unbestimmtheit des Komplexitätskonzepts« habe »mancherlei Fragen nach dem empirischen Gehalt der Luhmannschen Systemtheorie« provoziert.

Konflikte, »kalte« wie »heiße« Kriege bilden zivilisatorische Brüche und Diskontinuitäten, deren theoretische Reflexion eine besondere Herausforderung darstellt. Der »Ost-West«-Konflikt ist – gerade als *Konflikt* – auch heute ein innerhalb der Soziologie marginal behandelter Gegenstand, speziell in der Verknüpfung der vom Fortschrittsnarrativ beherrschten Modernisierungs- und Differenzierungstheorie (s. Bonacker 2015). Eine Ausnahme ist Talcott Parsons, der versuchte, den »Kalten Krieg« als einen Konflikt zwischen partikularen Ideologien einer gemeinsamen Werteordnung zu deuten (s. ausführlich dazu Mahler 2005) – ein Weg, der Luhmann versperrt blieb, da er Funktionssysteme nicht moralisch, sondern durch Kommunikationsmedien integriert sah (s. Luhmann 1997, S. 403 ff.). Vor diesem Hintergrund geht der vorliegende Beitrag der Frage nach, wie Luhmann den Systemantagonismus zwischen »Ost« und »West« in seine Theorie integrierte. Dabei stütze ich mich vorrangig auf seine Arbeiten zur Wirtschaft der Gesellschaft sowie zur Weltgesellschaft.

2 Weltgesellschaft und »Kalter Krieg«

Luhmann publizierte zu genuin wirtschaftssoziologischen Themen vorrangig zwischen 1970 und 1988. Bis dahin unveröffentlicht, erscheint *Wirtschaft als soziales System* als Teil des 1970 von Luhmann selbst herausgegebenen ersten

¹Auf das Leitthema des Frankfurter Soziologentages bezog sich Luhmann noch 1988 in seiner *Wirtschaft der Gesellschaft* (s. Luhmann 1988, S. 43).

Bandes aus der Reihe *Soziologische Aufklärung*. Der Aufsatz versammelt im Wesentlichen bereits jene Einrichtungen und Motive, die den Inhalt seiner 1988 veröffentlichten *Wirtschaft der Gesellschaft* strukturieren: Geld, Märkte, Preise, Knappheit, politische Steuerung. Eine wichtige Vorarbeit dürfte das Buch *Economy and Society* von Parsons und Smelser (1957) gewesen sein (s. Luhmann 1970a, S. 228). Die beiden Eckdaten 1970 und 1988 sind gerahmt durch die Entwicklung einer Systemtheorie einer funktional differenzierten Weltgesellschaft, innerhalb derer die Wirtschaft ein ausdifferenziertes Funktionssystem bildet (s. Luhmann 1969, S. 266, 1970b, 1975a, S. 58 ff., 1997, S. 148 f., S. 808 f.). Die großen Linien seiner Soziologie im Allgemeinen und seiner Wirtschaftssoziologie im Speziellen hatte Luhmann bereits im Übergang von den 1960ern zu den 1970ern vorgezeichnet und im späteren Gefolge seiner autopoietischen »Wende« (zu dem Begriff s. Luhmann 1984a, S. 86; Schwinn 1995, S. 203 f.) in den 1980er Jahren ausgebaut in Hervorhebung des Selbstreferenzialitätscharakters sozialer Systeme. Ich werde im Folgenden die Kontinuität in der Theorie hervorheben bei Berücksichtigung der Brüche in der Theoriearchitektur, sofern für das Argument nötig. Umgekehrt ist gerade die Kontinuität in Luhmanns Denken von hervorragender Bedeutung zum Verstehen seiner intellektuellen Auseinandersetzung mit der geopolitischen Polarisierung seiner Zeit.

Funktionale Differenzierung bedeutet, dass Systeme sich spezialisieren auf die Bearbeitung eines bestimmten Problems. Dem gegenüber stehen beispielsweise segmentär differenzierte Gesellschaftsformationen, in denen partikulare Stammes- oder Agrargesellschaften alle Aufgaben übernehmen. Segmente sind »funktional diffus« beschaffen (Luhmann 1970a, S. 209; s. dazu auch Tyrell 1978, S. 177). Wirtschaftliche Probleme sind für Luhmann Probleme der gegenwärtigen Sicherstellung einer zukünftigen Bedürfnisbefriedigung (s. Luhmann 1970a, S. 206, 1988, S. 64 f.). Erst mit der Entwicklung eines symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Geld, der Ausbildung von Märkten, einer von Moral und politischer Kontrolle entkoppelten Preisgestaltung sowie der Trennung von Haushalt und Produktionsbetrieben differenzierte sich ein allein auf die Sicherstellung zukünftiger Bedürfnisbefriedigung spezialisiertes System heraus. Partikularistische Aspekte wie des Raumes oder des persönlichen Charakters finden ihre Grenzen an der Funktionsorientierung der Weltgesellschaft: Investitions-, Verkaufs- oder Konsumentscheidungen orientieren sich nicht an einem Ort oder einer bestimmten Person, sondern am Preis (s. Luhmann 1970a, S. 212, 1975a, S. 53, 1988, S. 19 f.). Weitere Weltgesellschaftskriterien sind umfassende Möglichkeiten der Erreichbarkeit anderer sowie eine Relevanz des Globalen im Alltagshandeln und -erleben (s. Luhmann 1975a, S. 53 ff., 1997, S. 145 ff.). Man erlebt die Relevanz einer Weltwirtschaft im Alltag

des Supermarktsortiments, der Benzinpreisänderungen oder auf Urlaubsreisen. Politische Entscheidungen über kollektiv bindende Gesetze spielen sich in der Umwelt der Wirtschaft ab (s. Luhmann 1970c, S. 154, 2000a, S. 84 ff.), während die Wirtschaft über Geld, Märkte und Preise einen internen Spielraum gewinnt. Luhmann begreift diese Entwicklung über das Dual von Komplexitätsreduktion – das Kappen von operativen Umweltbindungen durch Ausdifferenzierung – und Komplexitätsaufbau, d. h. den Aufbau interner Verweisungszusammenhänge (s. Luhmann 1975b, S. 204 ff., 1984a, S. 45 ff., 1997, S. 134 ff.).

Der »Kalte Krieg« kann als ein weltanschaulich begründeter Konflikt zwischen zwei unterschiedlichen Varianten des Wirtschaftens verstanden werden, dem Sozialismus und dem Kapitalismus.² Von einem Konflikt von *weltgesellschaftlicher* Dimension kann insofern die Rede sein, als dass die beiden Hauptantagonisten – die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion – ihre Weltanschauungen mit einem *universalistischen* Anspruch verknüpften (s. Stöver 2012, S. 7). In diese Reihe fallen sowohl Stellvertreterkriege, Regime-Change wie auch Entwicklungshilfe und der Kampf um Einflussphären. Militärisch standen sich die NATO (»North Atlantic Treaty Organization«) im Westen und der »Warschauer Vertrag« im Osten als Organisationsformen zwischenstaatlicher Kooperation gegenüber (s. Mastny 2002). Beide Seiten schufen auch ökonomisch vergleichsweise exklusive Sphären. Auf westlicher Seite waren dies beispielsweise das von den USA implementierte GATT (»General Agreement of Tariffs and Trade«; s. McKenzie 2008) sowie die Gründung der EWG 1957 (»Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«, s. Krotz et al. 2012). In Osteuropa konstituierte sich 1949 unter sowjetischer Führung der RGW (»Rat gegenseitiger Wirtschaftshilfe«). Dem entsprach eine regionale Verdichtung des Handels *innerhalb* der beiden weltanschaulich geprägten Blöcke, während der Handel *zwischen* ihnen begrenzt war. Der »Ost-West-Handel«, so der Monatsbericht des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche 1974, »spielt im internationalen Maßstab eine geringe Rolle: sein Anteil am Welthandel beträgt nur rund 2,5 %« (Askanas et al. 1974, S. 525). Der Anteil des Handels zwischen den Blöcken wuchs mit der Zeit, die interne Verflechtung blieb jedoch deutlich höher als die nach außen hingehende. Die DDR war in der Wahl außenwirtschaftlicher Beziehungen ideologisch wie organisatorisch an die kommunistischen Partnerländer gebunden (s. Scherzinger 1981, S. 40). Die wechselseitige Anerkennung unterschiedlicher ökonomischer Realitäten in Ost und West, differenziert nach

²Ausgeblendet bleibt an dieser Stelle, dass es auch »blockfreie« sozialistische Staaten gegeben hat, wie beispielsweise der ehemalige Vielvölkerstaat Jugoslawien.

Wirtschaftsordnungen, war von politischem wie rechtlichem Interesse (s. Lebahn 1975). Entgegen den Annahmen Luhmanns, wonach der Funktion ein Primat vor der Region zukommt, sprechen Zahlen und Organisationen gegen diese Form der Differenzierung.

Im Falle der Sowjetunion hat sich in der Forschung der Begriff einer »Kommandowirtschaft« (»Command Economy«, Ericson 2008) durchgesetzt. Anstelle des Marktes etablierten sich in der Sowjetunion administrative Befehls- und Kontrollhierarchien in Gestalt von Prinzipal-Agenten-Beziehungen mit den einer Kommandowirtschaft eigenen Problemen der Informationsasymmetrien und Ineffizienzen (s. Harrison 2005; Harrison und Kim 2006). Das sowjetische Geld war kein symbolisch *generalisiertes* Medium, welches in einem der kapitalistischen Marktökonomie ähnlichen Sinne die Gesamtwirtschaft zu integrieren vermochte. Das Geld diente als Zahlungsmittel und Verrechnungseinheit sowie zur Verteilung des Nationalprodukts. Daneben aber beschreibt die Literatur das Geld vorrangig als ein Mittel politischer Kontrolle:

»In der sowjetischen Wirtschaft haben Geld und Preise vor allem Aufgaben als Instrumente der Planung wahrzunehmen: sie dienen als Rechenmittel bei der wirtschaftlichen Leistungsermittlung, sie wirken als Instrumente zur Kontrolle der Planerfüllung [...], werden als ökonomische »Hebel« zur betrieblichen oder individuellen Leistungssteigerung (Prämiensystem) eingesetzt.« (Höhmann und Machowski 1981, S. 194)

Monetäre Anreize paarten sich mit Machtkonstellationen, und die Reichweite des Geldes war politisch begrenzt. Es gab zwei voneinander isolierte Geldströme – einen privaten des Konsums und einen öffentlich-staatlichen der Betriebe: »enterprise money and private money« (Zwass 1979, S. 9). Entsprechend gab es getrennte Sphären der Investition und des Konsums. Privathaushalte konnten über die Verwendung des Geldes zum Erwerb von Konsumprodukten frei entscheiden, der Erwerb von Produktionsmitteln ist ihnen nicht möglich (s. Zwass 1979, S. 4). Die Geldakkumulation lässt sich deshalb nicht als Antriebsmotiv der sowjetischen Ökonomie begreifen (s. Zwass 1979, S. 10). Aber auch die Entscheidungsfreiheit im Konsum ist in bedeutsamer Hinsicht staatlich restringiert gewesen: Die Sowjetunion hat aus politischem Kalkül – Beispiele: Aufrüstung und Industrialisierung (s. Harrison 2017) – das Kapital in die Schwer- und Verteidigungsindustrie gelenkt, während die Konsumgüterproduktion von sekundärer Bedeutung gewesen ist (s. Zwass 1979, S. 18). Vorrangig traf der Staat die Entscheidung zur Ressourcenverteilung und Produktentwicklung (s. Harrison 2017, S. 203). Angebotsknappheiten waren – und sind – ein chronischer Zug

der sozialistischen Planwirtschaften (s. Harrison 2017, S. 203). Der betriebliche Spielraum für die Ausgabe von Geld ist begrenzt gewesen durch politische Entscheidung (s. Höhmann und Machowski 1981, S. 193). Den Betrieben war es nicht erlaubt, beliebige (Investitions-)Güter bei beliebigen Anbietern zu erwerben, es bedurfte der behördlichen Erlaubnis (s. Zwass 1979, S. 4). Umgekehrt musste fehlendes Geld die Produktion nicht unterbinden, wenn der politische Wille da war. Erst mit Reformen hat es auf Betriebsebene Möglichkeiten der freien Verfügung über selbst erwirtschaftetes Kapital gegeben (s. Zwass 1979, S. 7). Auch die Preise waren keine Marktpreise, sie unterlagen der Setzung durch die staatlichen Behörden (s. Marczewski 1971; Zwass 1979, S. 26).

Eine Planwirtschaft in ihrem idealtypisch strikten Sinne kann es vielleicht kaum geben, sofern beispielsweise Firmen auch in einer Planwirtschaft um das von den Behörden zugeteilte Kapital konkurrieren (»informal market allocation«, Harrison 2005, S. 302). Die »richtigen« Kontakte halfen aus angesichts chronischer Knappheiten, es etablierten sich – aus Effizienzgesichtspunkten – funktionale Schwarzmärkte (s. Harrison 2017, S. 204). Ideen haben Kompromisse mit der Realität konfligierender Werte und Orientierungen zu machen (s. Weber 1922, S. 550). So war beispielsweise auch auf »westlicher« Seite die Nachkriegsökonomie von innerlich differenzierterem Charakter gezeichnet, als es die schematisierte Ost-West-Blockbildungssemantik nahelegen mag. Die französische »Planification« steht für von der Regierung vorgegebene Sektoren übergreifende Planungen (»indicative planning«, s. Cardim de Carvalho 2019). In England kam es mit der Regierungsübernahme durch die *Labour Party* zu Sozialisierungen im Transportsektor sowie in den Bereichen Elektrizität, Kohle und Stahl (s. Millward 1997, S. 210). In Westdeutschland beispielsweise gab es sowohl in der SPD als auch in der CDU verbreitete Sympathien für Vergemeinschaftungsvorhaben (s. Abelshausen 2011, S. 100 ff.). Auf die erste Nachkriegsrezession 1966/67 reagierte die erste große Koalition aus Union und SPD unter dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Karl Schiller mit der keynesianischen Idee von der antizyklischen »Globalsteuerung«: Der Staat habe bei Ausfall gesamtwirtschaftlicher Nachfrage gegenzusteuern (s. Abelshausen 2011, 371 f.). Adorno (1969, S. 17) kommentierte zu jener Zeit, »die Marktökonomie« sei »durchlöchert«. Die politökonomische Konstellation des Ost-West-Antagonismus lässt sich wie folgt zusammenfassen:

- Der Welthandel ist regional entlang politischer Blöcke differenziert.
- Eine Kommandohierarchie tritt an die Stelle von Märkten.
- Sozialistisches Geld ist differenziert nach Konsum- und Investitionssphäre.

- Sozialistische Produktion unterliegt politischem, nicht ökonomischem Kalkül.
- Preise werden behördlich gesetzt.
- Es finden sich sozialisierende Elemente innerhalb des kapitalistischen Westens.

Demgegenüber steht Luhmanns Annahme einer funktional differenzierten Weltgesellschaft, in der sich alles Wirtschaften vorrangig an Sachkriterien orientiert – und *nicht* an weltanschaulichen Motiven. Welche Formen der Integration findet Luhmann für den zeitgenössischen Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen West und Ost? Dem gilt es im Folgenden nachzugehen.

3 Luhmanns Wirtschaft der Gesellschaft

Noch vor der ungarischen Grenzöffnung 1989 erschien Luhmanns Buch zur *Wirtschaft der Gesellschaft*. Der Kalte Krieg endete abrupt mit dem Zerfall der Sowjetunion zwischen 1989 und 1991; Tempo und Zeitpunkt galt für die Beobachter jener Zeit als überraschend (s. Deudney und Ikenberry 2011; Gaddis 1992). Luhmanns Weltgesellschaftstheorie war für ihn zugleich eine soziologische Erklärung für den Zerfall der Sowjetunion, wie sie sich 1997 finden lässt:

»Der letzte Großversuch, innerhalb der schon bestehenden Weltgesellschaft ein ›Reich‹ nach traditionellem Muster einzurichten, ist mit dem Sowjetsystem gescheitert; und zwar gescheitert an der funktionalen Differenzierung der Weltgesellschaft.« (Luhmann 1997, S. 810)

Das durch die Sowjetunion installierte Planungssystem ist Luhmann zufolge an dem weltgesellschaftlichem Komplexitätsgrad einer ausdifferenzierten Weltgesellschaft gescheitert. Komplexität und funktionale Ausdifferenzierung blieben durchgehend die maßgebenden Kriterien, an denen Luhmann die Möglichkeiten und Grenzen markt- und planwirtschaftlicher Lösungen ebenso diskutierte wie die Unterscheidung nach Kapitalismus und Sozialismus (s. Luhmann 1970a, S. 222, 1988, S. 150). Der auf Vergleich hin angelegte Äquivalenzfunktionalismus ist ein früh von Luhmann proponiertes Charakteristikum seiner Systemtheorie: Alles Gesellschaftliche ist Problemlösung (s. Luhmann 1970d, 1984a, S. 83 ff.). Wie ich zeigen werde, durchzieht das funktionalistische bzw. an Problemlösungen orientierte Denken Luhmanns seine Versuche, den Konflikt zwischen »Ost« und »West« zu deuten. Dabei lassen sich zwei analytisch voneinander zu unterscheidende Strategien Luhmanns unterscheiden:

- Einmal geht es um die Korrektur von nach Ansicht Luhmanns nicht passenden Gesellschaftsbeschreibungen. Dieser Teil der Argumentation Luhmanns bewegt sich auf der *semantischen* Ebene. Marxistische Beschreibungsangebote seien der Gesellschaftsstruktur ebenso unangemessen wie eine Einteilung der Weltgesellschaft in Kapitalismus und Sozialismus oder den Antagonismus in Arbeit und Kapital. Die kommunikative Hervorhebung entsprechender Konflikte reproduziere und forcieren sogar Konflikte, gehe aber an den unvergleichlich größeren Folgeproblemen funktionaler Differenzierung – Luhmann nennt Ökologie, mentale Gesundheit, Wachstumsdynamiken – vorbei.
- Auf der Ebene der *Sozialstruktur* argumentiert Luhmann, dass kapitalistische wie sozialistische Ökonomien zwar unterschiedlich organisiert seien, auch unterschiedlich effizient funktionieren, es im Grunde aber nur um unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten ein und derselben Probleme innerhalb eines ausdifferenzierten Sozialsystems Wirtschaft gehe.

Mit der Unterscheidung nach Semantik und Sozialstruktur greife ich auf ein den Arbeiten Luhmanns selbst zu entnehmendes Konzept zurück, welches er spätestens zu Beginn der 1970er Jahre entwickelte und im Zuge seiner Beobachtungstheorie schärfte (s. Luhmann 1973, 1997, S. 879 ff.). Weiteres erkläre ich im nächsten Abschnitt.

3.1 Semantik

Bis 1986 blieb Luhmanns ideenpolitische Auseinandersetzung mit marxistischem Denken, mit dem Konflikt zwischen Arbeit und Kapital und, in globalem Maßstab, zwischen »sozialistischem Osten« und »kapitalistischem Westen«, sporadischer Natur. Durchweg hielt er Gesellschaftsbeschreibungen, welche Soziales auf ökonomische Kategorien zu reduzieren versuchen, nicht für den realen Verhältnissen angemessen (s. Luhmann 1970a, S. 204, 1975c, S. 194, 1981a, S. 217). Dazu gehörten seines Erachtens Ideen, wonach der Staat oder das Recht allein ein Herrschaftsinstrument des Kapitals seien (Luhmann 1970e, S. 178, 1987a, S. 34), als auch Vorstellungen, wonach die Weltgesellschaft in ein kapitalistisches und ein sozialistisches Lager einzuteilen sei – diese »Frontbildung« habe »die Registrierung des unbestreitbaren Faktums der Einheit einer einzigen Weltgesellschaft verhindert« (Luhmann 1973, S. 31). Eine Unterscheidung nach kapitalistischen und sozialistischen Ökonomien, so wird Luhmann 1988 festhalten, sei vielmehr eine Semantik des politischen Systems (s. Luhmann 1988, S. 150). Hierin könnte Luhmann Talcott Parsons (1999, S. 253)

gefolgt sein, der im Kontext der »Ost-West«-Konfrontation von »a world political community« spricht. Das politische System ist Luhmann (2000a, 220 ff.) zufolge segmentär und territorial in Nationalstaaten differenziert, entsprechend kann es auch regional unterschiedliche Organisationen von Arbeit und Kapital geben, und entsprechend ist der Konflikt zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein politischer. Beide politisch organisierten Formen des Wirtschaftens, so Luhmann, seien aber eingebettet in ein Weltwirtschaftssystem, »dessen Eigendynamik aller regionalen Willkür Grenzen zieht« (Luhmann 1988, S. 150). Das weltgesellschaftliche Prinzip funktionaler Differenzierung gibt die Strukturbedingungen regionaler Variationen vor (s. Luhmann 1997, S. 811). Die Unterscheidung nach kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftsordnungen fängt also eigentlich nur regionale Realitäten ein. Die Wirtschaft selbst bleibt unbesehen ihrer regionalen politischen Organisation und Beschreibung ein operativ geschlossenes Funktionssystem.

An anderer Stelle und noch am Beginn der 1970er Jahre meint Luhmann im Kontext seiner Ausführungen zu Zeitknappheiten und politischer Planung, Weltanschauungen würden durch das Prinzip funktionaler Differenzierung eine Neutralisierung erfahren: »Eher wäre eine gewisse Entideologisierung zu erwarten in dem Sinne, daß zunehmende funktionale Differenzierung und Kooperation schließlich jede Ideologie ruinieren.« (Luhmann 1971, S. 149, S. 153). Dies fügt sich ein in Luhmanns 1980 ausgearbeitete wissenssoziologische Hypothese, wonach die Veränderung der primären Differenzierung wie der Übergang von einer stratifizierten Ständegesellschaft hin zu einer funktional differenzierten Gesellschaft entsprechende Änderungen auf der Ebene der Ideen und Vorstellungen zur Folge habe. Luhmann (1980, S. 9 ff.) spricht auch von »Gesellschaftsstruktur und Semantik«. Um die Ein- oder Wechselseitigkeit dieses Konstitutionsverhältnisses hat sich eine ganze Literatur entspannt, die hier nicht Thema ist (s. beispielhaft Stäheli 2000). Luhmann sucht hierbei einerseits die Verwandtschaft zum Marxismus, gleichermaßen einen Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Ideen zu postulieren, lehnt aber das ökonomistische und an Klassen gebundene Verständnis ab (s. Luhmann 1970d, S. 45, 1970f, S. 61, 1987b, S. 158).³ Luhmann meint jedenfalls, dass die »das Erleben und Handeln

³Noch an anderer Stelle erweist Luhmann Marx seine Reverenz, wenn er in diesem einen ideengeschichtlichen Anknüpfungspunkt selbstreferenzieller Theoriebildung erkennt (s. Luhmann 1975d, S. 47)

führende Semantik« sich an die Komplexität und Struktur »anpassen« *muss*, »weil sie sonst den Zugriff auf die Realität verliert« (Luhmann 1980, S. 22).

Genau einen solchen »Realitätsverlust« meint Luhmann nun aber an der persistierenden Prominenz der Unterscheidung von Kapital und Arbeit zu beobachten. Die Überlegungen dazu führt Luhmann 1986 zum ersten Mal aus in dem Aufsatz »Kapital und Arbeit. Probleme einer Unterscheidung« (s. Luhmann 1986a), der unter dem gleichnamigen Titel 1988 als eigenes Kapitel in der *Wirtschaft der Gesellschaft* erscheint. Die Unterscheidung nach Kapital und Arbeit ist nach Luhmann zunächst eine Semantik von vielen bzw. eine auf ein Begriffspärchen hin verdichtete Sinnform, welche der kommunikativen Informationsverarbeitung dient (s. Luhmann 1988, S. 151). Das Risiko der Verwendung von Leitunterscheidungen liege in deren fehlenden Selbstkorrekturmechanismus: Weil alle Erfahrung auf einer von beiden Seiten – Arbeit oder Kapital – ihren Sinn erhalte, bestätige sie sich nur selbst, während dritte Möglichkeiten durch die Binarität des Schemas selbstverstärkend ausgeschlossen werden (s. Luhmann 1988, S. 151). Gesamtgesellschaftlich habe dies zu einer der gesellschaftlichen Problemlage nicht mehr angemessenen, überproportionalen Aufmerksamkeitslenkung auf den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital bzw. – Luhmann (1988, S. 152 f.) hebt es explizit hervor – zwischen Ost und West geführt, mit der Folge, dass dieser Konflikt noch zusätzlich erhitzt werde (s. Luhmann 1988, S. 169, S. 171). Weil man sich nicht vorstellen könne, dass »die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika [...] Regionen ein und desselben Gesellschafts-systems« seien – die Weltgesellschaft also stattdessen differenziert sei entlang der Konfliktlinie von Kapitalismus und Sozialismus –, könne es »zu einer politisch-militärischen Katastrophe führen« (Luhmann 1988, S. 168 f.).

Die Unterscheidung nach Kapital und Arbeit habe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einem Zeitraum des Übergangs von der stratifizierten Ständegesellschaft zur funktional differenzierten Gesellschaft eine den Verhältnissen entsprechend plausible Beschreibung liefern können (s. Luhmann 1988, 153 ff.). Mit dem Wegbrechen der Ständegesellschaft habe sich eine nach zwei Klassen unterscheidende Konfliktschematik angeboten, die auf realen Verhältnissen aufsitzen konnte. Der Anfang des 19. Jahrhunderts sei noch durch landwirtschaftliche Produktion bestimmt gewesen, weshalb erst mit der Durchsetzung von Industrialisierung und ihren einsehbaren Folgen – Luhmanns Stichworte dazu: die »soziale Frage« (Luhmann 1988, S. 163) – die Konfliktsemantik sich habe durchsetzen können (s. Luhmann 1988, S. 155, S. 162 f.). Begünstigend dazu gekommen sei die sich im Gefolge »der kapitalistischen Geldwirtschaft« manifestierenden Konjunkturzyklen zwischen Auf- und Abschwung, die die »Kampfbereitschaft« auf Seiten der Arbeiter genährt hätten, das einmal

erarbeitete zu verteidigen (Luhmann 1988, S. 163). Die Lage der ökonomischen Dinge aber, so Luhmann, habe sich mit der Entwicklung und Ausdehnung eines intervenierenden Sozialstaats gewandelt (s. Luhmann 1988, S. 163 f.). Zu seiner Zeit sah Luhmann Lebenslage und Schicksal der Arbeiter ferner mehr von der Entscheidung zu Ehe und Familie sowie durch wachsende Konsumansprüche denn durch von Kapitaleseite her zu geringe Löhne bestimmt. Mit der Entwicklung von Sozialstaat und Lebensstandard der Arbeiterschaft habe die marxistische Konfliktsemantik von Arbeit und Kapital deshalb eigentlich ihre Plausibilität zur Beschreibung der Verhältnisse verloren: »Die wirtschaftlichen Umstände des Arbeiterlebens sind also gar nicht in der Hand des Kapitalisten. [...] Die Kampfsemantik von Kapital und Arbeit verliert infolgedessen ihren Realitätsbezug.« (Luhmann 1988, S. 165) Dazu komme, dass infolge einer mit technischem Wandel und Marktveränderungen gewachsenen Asymmetrie von Ausweichmöglichkeiten zwischen Kapital und Arbeit die faktische »Konfliktfähigkeit« auf Seiten der Arbeiterschaft eingeschränkt sei (Luhmann 1988, S. 167). Ihre fortwährende Prominenz erhalte die Konfliktsemantik aus zweierlei Gründen: Einmal seien es vor allem Organisationen, die ihre Existenz über den Rückgriff auf das Schema von Kapital und Arbeit erfolgreich zu rechtfertigen vermögen, wie beispielsweise Gewerkschaften (s. Luhmann 1988, S. 172). Im größeren Maßstab reproduziere sich selbiges Schema vor allem in dem Antagonismus sozialistischer und kapitalistischer Staaten: »Die politische Teilung der Welt in einen östlichen und einen westlichen Block geht von diesem Gegensatz aus.« (Luhmann 1988, S. 153) Ein zweiter Grund für die erfolgreiche Bewährung der Konfliktsemantik von Arbeit und Kapital vermutet Luhmann auf der Ebene der Ideenevolution: Marx habe es auf eine geniale Art und Weise verstanden, die fehlende Annahmefähigkeit der sozialistischen Idee durch die Gesellschaft in seine Theorie selbst einzubauen und aus dem Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital heraus zu erklären (s. Luhmann 1988, S. 174 f.). Wo die Ideenevolution ansonsten durch Inkonsistenzen in der Semantik getrieben werde, sei die Inkonsistenz nun in der Form von Konflikten und Widersprüchen Teil der Marx' schen Dialektik – und reagiere damit auf die mit dem Buchdruck gestiegenen Selektionsanforderungen an durchsetzungsfähige Ideen (s. Luhmann 1988, S. 172 ff.).

Die Stabilität des für den Kalten Krieg konstituierenden Antagonismus zwischen Ost und West kann aus dieser Perspektive als das Resultat einer »semantischen Fehlsteuerung« bezeichnet werden, wie Luhmann betont (Luhmann 1988, S. 169, S. 171). Als Teil und Thema von Kommunikation besitze auch Weltanschauung gesellschaftliche Realität und zeitige entsprechende Wirkungen, und die Vorstellung von unaufhebbaren Widersprüchen könne sich in eine entsprechende gesellschaftliche Realität übersetzen (s. Luhmann 1988, S. 170 f.; s. auch zum

Marxismus als Gesellschaft tragende Ideologie, s. Luhmann 1981b, S. 6). Luhmann bestreitet nicht Existenz oder Legitimität unterschiedlicher Anliegen zwischen Kapital und Arbeit oder die Persistenz ökonomischer Ungleichheiten, sehr wohl aber die Bedeutung, welche dieser Einteilung von Weltgesellschaft zukomme (s. Luhmann 1988, S. 171). Die eigentlichen gesellschaftlichen Probleme, so Luhmann, liegen nämlich jenseits der Unterscheidung von Arbeit und Kapital: »Die derzeit wohl zentralen Probleme der modernen Gesellschaft liegen in den Rückwirkungen von Umweltveränderungen, die die Gesellschaft ausgelöst hat, auf die Gesellschaft selbst.« (Luhmann 1988, S. 169; s. dazu Schimank 2007) Damit meint er sowohl die physische wie die psychische Umwelt, auf die das umfassende Sozialsystem Gesellschaft angewiesen ist. Seine Überlegungen zur Rückwirkung funktionaler Differenzierung auf ihre eigenen ökologischen Existenzbedingungen – den Verbrauch fossiler Ressourcen, eine verringerte Biodiversität, Umweltverschmutzung, Krankheitserreger und Überbevölkerung – hatte Luhmann bereits 1986 in der *Ökologischen Kommunikation* dem Fachpublikum unterbreitet (s. Luhmann 1986b). Fraglich sah Luhmann ferner die für die Reproduktion von Gesellschaft nötige Motivation auf psychologischer Seite (s. Luhmann 1988, S. 169). Schließlich, ein dritter Problembereich, sei die nicht allein auf die Wirtschaft reduzierbare »Wachstumodynamik der modernen Gesellschaft«, die Funktionssysteme »verfolgen Steigerungs- und Verbesserungsziele« (Luhmann 1988, S. 169). Eine Verknüpfung dieser Problembereiche – beispielsweise zwischen Wachstum, Ressourcenverbrauch, Depressions-, Sinn- und Motivationsproblemen – macht Luhmann an dieser Stelle nicht. Jedenfalls aber: Eine – ob friedliche oder militärische – Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse von Arbeit und Kapital – ob mehr in sozialistische oder kapitalistische Richtung – würde, so Luhmann, an den Problemen moderner Gesellschaften wahrscheinlich wenig ändern (s. Luhmann 1988, S. 170 f.). In der Tat war es ja auch so, dass der Konflikt zwischen West und Ost durch ökonomische, militärische wie – denkt man an die Raumfahrt – wissenschaftliche Wachstumsprozesse geprägt war; und die Umweltverschmutzung des Ostblocks übertraf noch die westliche (s. Shahgedanova und Burt 1994; für einen zeitgenössischen Medienbericht, s. Die Zeit 1984). Kurz: Die relative Prominenz der Informationsverarbeitung nach Arbeit und Kapital lenkt Luhmann zufolge Ressourcen in eine gesellschaftliche Konfliktlage, die mit den für die Fortexistenz der Gesellschaft wichtigeren Themen wenig zu tun haben. Einst einer historischen Lage angemessen, sind es aber gerade Konflikt und Widerspruch im Theoriedesign Marx', welche nach Luhmann auch realgesellschaftliche Konflikte erzeugen und anderen Problemfeldern die Energie ihrer Problembewältigung entziehen.

Der »Kalte Krieg« ist in der Luhmann'schen Interpretation dann zumindest in Teilen Resultat einer andauernden und gesellschaftlich kostspieligen »semantischen Fehlsteuerung« gesellschaftlicher Aufmerksamkeitsressourcen. Aus einer theoretischen Perspektive wäre natürlich auch eine andere Reaktion Luhmanns auf die empirische Selbstbeschreibungslage möglich gewesen: Die Korrektur der Hypothese einer funktional differenzierten Weltgesellschaft durch die Semantik von Arbeit und Kapital. Diesen Schritt ist Luhmann aber nicht gegangen. Damit komme ich zum nächsten Abschnitt.

3.2 Struktur

Die öffentliche Aufmerksamkeit absorbierende Idee, Gesellschaft als im Konflikt miteinander liegende Gesellschaft zwischen Kapital und Arbeit zu denken, habe lange Zeit die Perspektive auf die Realität verstellt, in *einer* funktional differenzierten Weltgesellschaft zu leben – so schrieb es Luhmann noch in seiner *Gesellschaft der Gesellschaft* (s. Luhmann 1997, S. 1060). Luhmanns Weltgesellschaftshypothese hat sich also in den fast 30 Jahren seit seiner Berufung an die Universität Bielefeld 1968 und seinem Vortrag auf dem Frankfurter Soziologentag 1969 nicht verändert. Das mag auf bestimmte Elemente innerhalb des Theorieapparats nicht zutreffen, wie beispielsweise Luhmanns wachsende Aufmerksamkeit für das Konfliktschema von Arbeit und Kapital. Ebenso haben sich bestimmte Annahmen über Dynamiken der Innendifferenzierung von Systemen korrigiert. Beispielsweise schreibt Luhmann 1988, dass er 1970 fälschlicherweise allein Privathaushalte der Konsumseite zugerechnet habe (s. Luhmann 1988, S. 73, Fn. 52). Eine weitere – aber von ihm selbst nicht erklärte – Korrektur liegt in seiner Markttheorie, in der sich unter anderem die Lektüre von Georg Simmels »Soziologie der Konkurrenz« (1995) wie die 1970 noch gar nicht verfügbare, weil noch nicht publizierte Netzwerktheorie zur Emergenz von Märkten von Harrison C. White (1981, »Where do Markets come from?«) niederschlagen. Über den Einfluss zeitgenössischer empirischer Entwicklungen lässt sich dagegen nur schwer spekulieren. Dazu aber später. Jedenfalls: Die Hypothese einer funktional differenzierten Weltgesellschaft steht und bleibt stabil.

Neben der Semantik, den Ideen und Beschreibungen der Welt gibt es für Luhmann die Ebene der – sozusagen – »harten« sozialen Wirklichkeit: der Sozialstruktur und Gesellschaftsdifferenzierung. Schriften und Ideen unterliegen ebenso einer Evolution wie Sozialstrukturen (s. Luhmann 1975c, 1980, 1997, S. 413 ff.). Der Weg von einer segmentären über eine stratifikatorische

hin zu einer funktional differenzierten Gesellschaft sieht Luhmann durch Komplexitätsgewinne gekennzeichnet: durch ein Mehr an Möglichkeiten, womit für Luhmann zugleich immer auch eine Form des Drucks zu einer höheren selektiven Ausgestaltung möglicher Bindungen einhergeht (s. Luhmann 1984a, S. 45 ff., 1997, S. 134 ff., S. 505 ff.). Dem dient die Ausbildung von System-/Umwelt-Grenzen. Mit der Ausdifferenzierung der Wirtschaft haben sich, wie Luhmann es nennt, »evolutionäre Errungenschaften« (Luhmann 1970b, S. 151, 1988, S. 248, 1997, S. 505 ff.) herausgebildet: Geld, Preise, Märkte, Unternehmen, die ihrer Beschaffenheit nach einen großen Möglichkeitsspielraum schaffen. Es handelt sich um die von Luhmann selbst identifizierten Strukturmerkmale funktional ausdifferenzierter Systeme: Funktion, Struktur, symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium, Organisation, interne Differenzierung. Die Idee von Ausdifferenzierung besteht nach Luhmann jeweils darin, dass Preise, Tausch oder Geld sich von nicht-ökonomischen Bedingungen lösen. Zu Letzterem zählt Luhmann auch das seinerseits sich ausdifferenzierende Funktionssystem Politik (s. Luhmann 1987a). Der Augenfälligkeit ihrer Semantik nach handelt es sich um eher »kapitalistische« Einrichtungen, die sich als wenig tauglich zur theoretischen Integration sozialistischen Wirtschaftens erweisen (s. Kap. 1). Und er spricht dann ja auch – um nur ein Beispiel hervorzuheben – von »der kapitalistischen Geldwirtschaft« (Luhmann 1988, S. 163; Hv. PB). Zugleich meint Luhmann, dass kapitalistisches oder sozialistisches Wirtschaften keinen Unterschied mache für die Beschaffenheit eines operativ geschlossenen Funktionssystems Wirtschaft. Politik und Wirtschaft bleiben getrennt unter der Annahme einer funktional differenzierten Weltgesellschaft. Schauen wir also zunächst, wie genau Luhmann Wirtschaften konzipiert.

»Jede Gesellschaft hat wirtschaftliche Probleme zu lösen«, so Luhmann (1984b, S. 308) in demselben Jahr, in welchem er die programmatische Monographie *Soziale Systeme* veröffentlicht. Der Aufsatz zur »Wirtschaft der Gesellschaft als autopoietisches System« ist der erste Funktionssystemaufsatz im Kontext der sogenannten »autopoietischen Wende«, deren Charakteristikum das Hervorheben von Selbstreferenzialität ist.

- Die *Funktion* der Wirtschaft liegt in der gegenwärtigen Sicherstellung einer zukünftigen Bedürfnisbefriedigung. Man kann, muss aber nicht gleich ein Bedürfnis befriedigen. In ihren Bedürfnissen stimulieren sich die Menschen wechselseitig: Man beobachtet einander und begehrt das, was das Gegenüber möchte – und komme sich deshalb auch möglicherweise in die Quere.

- Den Zugriff auf stets knappe Güter erfolgt in einer funktional ausdifferenzierten Wirtschaft nach Luhmann unter der Bedingung der *Geldzahlung* im symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium Geld. Voraussetzung, so Luhmann, ist die Entscheidungsmöglichkeit in einer Situation, zu zahlen oder nicht zu zahlen. Beides zusammen – die Wahl zwischen Zahlen und Nicht-Zahlen – codiert die Wirtschaft. Kapital, Arbeit, Ressourcen und Waren fallen gleichermaßen unter dieselbe Codierung. Geldzahlungen bilden die basale Operation der Wirtschaft: Zahlungen ermöglichen weitere Zahlungen.
- *Preise* bilden nach Luhmann die variable Erwartungsstruktur der Wirtschaft: Sie signalisieren die Bedingung, zu welchen Preisen zukünftige Zahlungen erwartet werden, und ausbleibende Zahlungen können Preisänderungen ebenso zur Folge haben wie Änderungen in der Produktion. Preise bilden die Selbststeuerungseinrichtung von Wirtschaft (s. Luhmann 1988, S. 27).
- Preissignale dienen Unternehmen auf dem *Markt* deshalb ebenso zur Orientierung wie die wechselseitige Beobachtung unter Wettbewerbsbedingungen. Der Markt nämlich, so Luhmann, sei die *innere* Umwelt der Wirtschaft, die sich parallel zur Ausdifferenzierung eines Funktionssystems Wirtschaft ausdifferenziert: Unternehmen nehmen Konsumbedürfnisse nicht vorrangig direkt wahr – beispielsweise durch Kundenbefragungen oder durch Zeitungslektüre –, sondern beobachten ihre Konkurrenz in dem, was sie tun. Die Unternehmen sind füreinander relevante Umwelt. Märkte und variable Preise sind die einzigen Mittel, sich ihre nicht-ökonomische Umwelt zu erschließen, seien es Reaktionen auf Gesetzesänderungen, Rohstoffverknappungen oder psychologische Bedürfnislagen: »der Markterfolg entscheidet über das, was das System als Umwelt sehen kann« (Luhmann 1988, S. 113).
- Die Legitimierung und Durchsetzung des *Profitmotivs* deutet Luhmann als zweierlei: Das Profitmotiv schließt die Wirtschaft auf operativer Seite, sofern Zahlungen ihre Motivation aus der Wiederermöglichung von Zahlungen durch gewinnorientierte Investitionen ziehen. Die Durchsetzung des Profitmotivs motiviere ferner zu riskanten, aber gewinnträchtigen Innovationen.
- Zahlungen sind Geldzahlungen, Preise sind Geldpreise, und Unternehmen sind Formen im *symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium Geld*: Geld integriert eine funktional ausdifferenzierte Wirtschaft. Im Geld schafft sich die Wirtschaft die auf ihre Funktion zugeschnittenen Spielräume in zeitlicher, sachlicher und sozialer Hinsicht. Man kann, muss das Geld nicht jetzt ausgeben. Der Zugriff auf knappe Güter wird akzeptiert, weil nicht nur das Gegenüber für den Zugriff zahlen muss, sondern weil man auch selbst unter

Bedingung der Geldzahlung vielleicht dieselben, zumindest aber ähnliche Güter erwerben kann. Indem Geld zur Universalbedingung der Teilnahme am Wirtschaften wird, motiviert die Aussicht auf Geld zugleich auch zur Annahme von durch Geld entlohnter Arbeit. Weil es in der Wirtschaft um die gesellschaftliche Regulierung des Zugriffs auf knappe Güter geht, ist es auch die Funktionsbedingung des Geldes selbst, dass es knappgehalten wird.

Ob und wie es Luhmann gelingt, die unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen Kapitalismus und Sozialismus unter eine einheitliche Ordnungsvorstellung einer funktional ausdifferenzierten Wirtschaft zu integrieren, hängt in ihrer Beurteilung wesentlich von der Logik ab, mit der Luhmann geschichtlich vorangegangene Differenzierungsprozesse beschreibt, sofern es in *beiden* Fällen um Ver- und Entkopplungen von Heterogenem geht. Preise, Märkte, Geld – sie unterlagen einer historischen Entwicklung:

- Dieselbe gesellschaftliche Funktion einer gegenwärtigen Sicherstellung zukünftiger Bedürfnisbefriedigung wird unter Bedingungen einer segmentär differenzierten Gesellschaft anders traktiert: Vorratshaltung, Verteidigungszwecke, Status und Herrschaft fielen unter einen funktional diffuseren Begriff einer obligatorischen Reziprozität, des gemeinschaftlichen Gebens und Nehmens: »Kredit ist eine soziale, keine rein wirtschaftliche Größe.« (Luhmann 1970a, S. 209)
- Der Zugriff auf Knappheit ist früher vorrangig moralisch und religiös organisiert gewesen. Man gibt aus Pflicht oder Dankbarkeit (s. Luhmann 1970a, S. 208 f.). Ein der individuellen Verfügbarkeit, dem Zugriff anderer entzogenes Privateigentum hatte sich erst aus den Moralvorstellungen über die Verwendung knapper Dinge zu lösen (s. Luhmann 1988, S. 187 ff.).
- Ähnliches bei der Preisbildung: Die Preisgestaltung hatte sich von der »Lehre des gerechten Preises« zu lösen (Luhmann 1988, S. 23 f.). Mit der Entwicklung eines überregionalen und internationalen Handels löste sich die Preisbildung aus der territorialpolitischen Kontrolle (s. Luhmann 1988: S. 24 f., S. 31).
- Das Profitmotiv hatte sich ebenso aus Reziprozitätserwartungen einerseits und von naturalistischen Vorstellungen eines zu bändigenden Triebes andererseits zu lösen (s. Luhmann 1988, S. 56 ff.).
- Märkte differenzierten sich aus einer Subsistenzökonomie heraus. Sie dienten zunächst als »neuartige Formen der Überschußverwertung«, während in der Hauptsache Eigenversorgung angesagt war (Luhmann 1970a, S. 209, 1988, S. 97). Ihre Bedeutsamkeit gewannen Märkte in dem Maße, mit dem

sich Produktion und Kauf für den eigenen Bedarf außer Haus verlagerte (s. Luhmann 1988, S. 97). Es wird nicht mehr im Haus für den Eigengebrauch im Haus produziert – der Fall der Subsistenzwirtschaft –, sondern für den Markt (s. Luhmann 1970a, S. 210). Märkte lösen sich von dem Ansehen der individuellen Persönlichkeit – gekauft wird nicht nach Ansehen der Person –, der Markt neutralisiert die Relevanz anderer, nicht-ökonomischer Rollen (Luhmann 1970a, S. 211). An dessen Stelle treten die Orientierung an Preis und Konkurrenz oder, auf Seiten des Konsums, der Vergleich von Produktion sowie der Vergleich mit dem Nachfrageverhalten anderer (s. Luhmann 1970a, S. 209, 1988, S. 101 ff.).

- Als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium spielt Geld eine hervorgehobene Rolle. »Kommunikationsmedien sind [...] eher Katalysatoren für die Ausdifferenzierung von Funktionssystemen« (Luhmann 1988, S. 68). Und so verhält es sich nach Luhmann auch mit dem Geld: Es habe »zur Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems geführt« (Luhmann 1988, S. 196). 1970 hob Luhmann mit noch stärkerer Betonung hervor, Geld gebe der Wirtschaft »ihr Strukturgesetz« (Luhmann 1970a, S. 213). Symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien besorgen die Annahmewahrscheinlichkeiten des Unwahrscheinlichen in einem sehr umfassenden Bereich, wie eben im Falle der Wirtschaft die Annahme bzw. Abgabe von Geld den Tausch von Arbeit, Boden, Kapital und Waren wahrscheinlich macht (s. Luhmann 1988, S. 236 ff.). Um alles ökonomisch Relevante allein nach ihrem Geldwert eintauschbar zu machen, musste alles Nicht-Ökonomische aus dem Bereich des legitim Käuflichen ausgeschlossen werden – »Freunde und Frauen, auch Seelenheil und politischen Einfluß und sogar Staaten, auch Steuereinnahmen, Kanzleitägen, Adelstitel usw.« (Luhmann 1988, S. 239) Erneut identifiziert Luhmann eine moralische Scheidelinie, entlang derer sich eine Geldwirtschaft herausdifferenziert: »Die Beschränkung der Käuflichkeit ist die Bedingung ihrer moralischen Freistellung als einer rein wirtschaftlichen Angelegenheit.« (Luhmann 1988, S. 239). Noch an anderer Stelle wiederholt Luhmann Ähnliches, wenn er sagt, Geld ersetze »andere Symbole, etwa die der nachbarlichen Reziprozität oder die der heilsdienlichen Frömmigkeit« und lasse letztere »eintrocknen« (Luhmann 1988, S. 242).

Kurz: Die Wirtschaft löst ihre Bindung an Religion, Moral und Politik, und wird zu einem über Preise, Märkte und Geld *sich selbst* steuernden, operativ geschlossenen Funktionssystem. Politik differenziert sich ihrerseits aus und spezialisiert sich auf kollektiv bindende Entscheidungen (Luhmann 1970c, S. 158 ff., 2000a, S. 67 ff.). Kollektiv bindende Entscheidungen reproduzieren sich im symbolisch

generalisierten Medium Macht: Man hält sich an gesetzte Vorgaben, weil die zur Alternative stehende Sanktion – ein Beispiel Luhmanns ist übrigens der drohende Arbeitsplatz- und Mitgliedschaftsverlust in Organisationen – noch weniger präferiert wird (s. Luhmann 1970c, S. 162 f., 1997, S. 356). Ich komme auf diese Verflechtung von Geld, Macht, Wirtschaft und Politik bei Luhmann weiter unten zu sprechen.

Wie integriert Luhmann nun Beobachtungen über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in kapitalistisch wie sozialistisch organisierten Ökonomien? Ein festzustellendes Argumentationsmuster ist es einmal, zwar *Effizienz-* und *Organisations-*, aber keine für die Ausdifferenzierung *relevanten* Unterschiede festzustellen. Zur Politisierung der Preisbildung heißt es beispielsweise: »Politische Entscheidungen« anstelle von Preisen und Geld zu verwenden, sei zwar, »so viel ist heute an sozialistischen Wirtschaften ablesbar, ein problematisches Substitut« (Luhmann 1988, S. 39). Politik und Wirtschaft bleiben dennoch das Preiskapitel hindurch operativ voneinander getrennte Systeme. Auch was die Unterscheidung nach Privat- oder Staatseigentum anbelangt, verblüfft Luhmann den Leser mit seiner Feststellung, Eigentum sei »immer Privateigentum«, »das heißt eine ausdifferenzierte Knappheitsmenge, die andere als den Eigentümer vom Zugriff ausschließt« (Luhmann 1988, S. 149). Zwischen der Verstaatlichung der Zentralbank über die teilweise bis vollständige Verstaatlichung der Unternehmenslandschaft bestehe nach Luhmann »fast ein Kontinuum des Übergangs [von kapitalistischen] zu sozialistischen Wirtschaften« (Luhmann 1988, S. 149). Erneut konzidiert Luhmann *Effizienzunterschiede* – »erhebliche organisatorische Konsequenzen« (Luhmann 1988, S. 149) –, aber keinen Unterschied auf der Ebene der Autopoiesis. Schließlich, so Luhmann, müssten auch »im Privateigentum des Staates stehende Betriebe [...] rentabel arbeiten, und auch kapitalistischen Betrieben muß zugemutet werden, Steuern zu zahlen« (Luhmann 1988, S. 149). Ähnliche, etwas ausführlichere Überlegungen dazu finden sich 1981 in einem Aufsatz Luhmanns zu »Organisationen im Wirtschaftssystem«. Dort heißt es: Ob in sozialistischen oder in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, jeweils sei die Profitorientierung über die Systemumwelt der Betriebe abgesichert: mal über »das politische System«, dann über »die Motive des Privateigentümers« (Luhmann 1981a, S. 406). Die Funktion des betrieblichen Profits identifizierte Luhmann in der Wahrscheinlichkeit, »der Wirtschaft als Kapital verfügbar zu bleiben« (Luhmann 1981a, S. 405). Stringent sind die Überlegungen Luhmanns hier insofern, als dass das Profitmotiv – siehe oben – seines Erachtens die Wirtschaft der Gesellschaft selbstreferenziell schließt. In der Wachstumsdynamik meinte Luhmann ja nicht allein eine ökonomische, sondern eine für die Gesamtgesellschaft charakteristische Tendenz zu sehen.

Dennoch: Das Rentabilitätsmotiv hat ersichtlich nichts mit der Frage nach dem Politisierungsgrad ökonomischer Prozesse zu tun, ob und wie sehr sich betriebliche Entscheidungen zur Produktentwicklung vorrangig an Mitbewerbern oder individuellen Profitchancen orientieren oder an – in wachsendem Maße zentralisierte – behördliche Zuweisungen gebunden sind, d. h. – in der Sprache Luhmanns – an die durch Entscheidungen gesetzten Prämissen für weitere Entscheidungen, denen zuwider zu handeln unter Strafe steht (s. Luhmann 1988, S. 26).

Die ausführlichsten und ergiebigsten Darstellungen Luhmanns zur Unterscheidung kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaften finden sich zum Markt. Luhmann verblüfft in der *Wirtschaft der Gesellschaft* mit der Aussage: »Auch eine zentral geplante Wirtschaft ist eine Marktwirtschaft.« (Luhmann 1988, S. 106) Wie rechtfertigt Luhmann die Aussage? Zum einen sei die Gegenüberstellung von Markt- und Planwirtschaft innerhalb der Systemtheorie überflüssig, da selbstreferenzielle Systeme überhaupt nicht geplant werden können. Denn werde geplant, dann »wird entweder plangemäß weitergehandelt oder planwidrig konterkariert. Es ist nicht lohnend, ja irreführend, wenn man dies durch einen Gegensatz von Marktwirtschaft und Planwirtschaft zum Ausdruck bringen will.« (Luhmann 1988, S. 97) Dies setzt, einerseits, natürlich voraus, dass eine Planwirtschaft immer noch eine operativ geschlossene Wirtschaft ist. Zweitens suggeriert Luhmanns Aussage einen Begriffsplatonismus, wonach Planung und Planungserfolg erst zur Deckung kommen müssten, um sinnhafterweise von einer Planwirtschaft sprechen zu können. Luhmann konzediert nun zwar, eine Planwirtschaft sei, anders als in der Form der Konkurrenz, »als Kooperation organisiert« und »Preise versagen als Mittel der Information über den Zusammenhang von Konkurrenz, Tausch und Kooperation« (Luhmann 1988, S. 106). Produktion und Verteilung, der Zugriff auf »Knappeit« werde »organisiert und politisiert« (Luhmann 1988, S. 106). Luhmann erklärt, einzig relevant sei die Form, in der »das Wirtschaftssystem über seine Einheit und seine Außengrenzen disponiert« (Luhmann 1988, S. 107) – und diese Einheit stelle sich in beiden Fällen, in einer kapitalistischen wie sozialistischen Wirtschaftsordnung, »durch den monetären Mechanismus« her (Luhmann 1988, S. 106). Das heißt übersetzt: Die Ausbildung eines symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Geld ist *hinreichend* für die Ausdifferenzierung einer System/Umwelt-Unterscheidung. Der »Gegenbegriff zu Marktwirtschaft«, so Luhmann wenige Seiten zuvor, sei schließlich auch »nicht Planwirtschaft und nicht Staatstätigkeit, sondern *Subsistenzwirtschaft*« (Luhmann 1988, S. 97). Einer Subsistenzwirtschaft nämlich, so Luhmann, fehlten zwei für den Markt konstitutive Komponenten: der »Geldmechanismus« sowie »das durch

Preise ermöglichte Beobachten des Beobachtens« (Luhmann 1988, S. 97). Letzteres passt kaum zu Luhmanns eigener Aussage, dass Planwirtschaften keine funktionierende Selbstbeobachtung durch Preise ausbilden. Ferner findet sich in Luhmanns Ausführungen nichts dazu, wie sich kollektiv bindende Entscheidungen über die Produktion und die Verteilung knapper Güter mit seinen Annahmen eines symbolisch generalisierten Kommunikationsmediums Geld vertragen. Oder anders: Wie es sich für die von Luhmann skizzierten Fälle jeweils mit den Medien Macht und Geld zueinander verhält.

Werfen wir zu einem noch besseren Verständnis des Ganzen einen Blick auf Luhmanns ersten genuin wirtschaftssoziologischen Aufsatz, »Wirtschaft als soziales System« (1970a, b, c, d, e, f). Mit dem systemtheoretischen Begriffsensemble aus Funktion, Knappheit, Preisen und Geld zeichnet Luhmann die wesentlichen Konturen seines wirtschaftssoziologischen Denkens vor. Doch Luhmanns Blick auf Märkte ist ein anderer gewesen; ohne jedoch – erneut –, und dies wird die Pointe sein, an der Annahme einer funktional differenzierten Weltgesellschaft etwas zu ändern. Und: Nirgendwo anders findet sich eine so ausführliche, zusammenhängende wirtschaftssoziologische Diskussion Luhmanns der Alternativen »marktorientierte und planorientierte Wirtschaftssysteme« (Luhmann 1970a, S. 222). Luhmann zeichnet zunächst die Herausbildung von Märkten, Betrieben und Privathaushalten nach. Die Vorteile der Innendifferenzierung seien in der Industrialisierung zum Tragen gekommen, stoße nun jedoch an ihre Grenzen (s. Luhmann 1970a, S. 221). Märkte würden »ihre Funktion nicht mehr voll erfüllen« (Luhmann 1970a, S. 209). Die »Regel unabhängiger Variation marktmäßigen und betrieblichen Geschehens, die als Differenzierungsprinzip diene, versage in immer weiteren Bereichen« (Luhmann 1970a, S. 220). Die fehlende Organisation von Märkten durch ein Mitgliedschaftssystem sei deren Schwäche, und deshalb – so scheint es – versage die an dieser Stelle anzutreffende Differenz aus Markt und Wirtschaftsorganisation. Näheres sagt Luhmann nicht – was insofern auch interessant ist, als dass er auf die faktisch regionale Differenzierung des Welthandels in Ost und West in *organisierte* Wirtschaftsblöcke (RGW, GATT, EWG) nicht eingeht. Statut und Mitgliedschaftsanträge im GATT beispielsweise waren politisiert und weltanschaulich nicht neutral (s. McKenzie 2008).

Luhmann schreibt vor dem geschichtlichen Hintergrund der jüngst überwundenen ersten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkriegs, die Bundesregierung aus Union und SPD hat mit Karl Schiller – einem Keynesianer – ihren ersten sozialdemokratischen Wirtschaftsminister. Neben Vorstellungen anti-zyklischer Konjunktursteuerung durch staatliche Politik wird 1967 das »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« verabschiedet.

Bis dahin dominierten die ordoliberalen Vorstellungen Ludwig Erhards, wonach der Staat vorrangig den gesetzlichen Rahmen marktwirtschaftlichen Handelns setzt. Luhmann jedenfalls hielt eine Durchdringung der Wirtschaft durch das Prinzip von Organisation und Entscheidung für wahrscheinlicher als die Persistenz des Marktprinzips. Märkte würden dann »als Hauptträger der Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems entfallen« (Luhmann 1970a, S. 220 f.).⁴ Planung begriff der biographisch in der Organisationstheorie seine soziologische Karriere startende Luhmann 1970 wie 1988 »sehr weit« als »die Festlegung von Entscheidungsprämissen durch Entscheidung« (Luhmann 1970a, S. 223, 1981c, S. 365 ff., 1988, S. 285). Es ließen sich »Entscheidungsinstanzen« denken, die Preise und Produktion festlegen (s. Luhmann 1970a, S. 220). Luhmann hielt es dann empirisch offen, wie weit durchgreifend über Preise, Produktion und Verteilung durch übergeordnete Instanzen entschieden werde (s. Luhmann 1970a, S. 221). Der Erfolg einer Ersetzung marktwirtschaftlicher Strukturen durch Planbarkeit hänge davon ab, so Luhmann, »wieweit Komplexität entscheidbar gemacht und entscheidbar gehalten werden kann« (Luhmann 1970a, S. 222). Ob in Form einer keynesianischen Globalsteuerung oder »einer staatlich geplanten Sozial- und Wirtschaftsverwaltung« (Luhmann 1970a, S. 221), bestehe die konkrete Gefahr, mit der internen Differenzierung auch die »Dispositionsspielräume« des Marktes einzubüßen (Luhmann 1970a, S. 222) – d. h. mit dem Markt könnte auch dessen wichtige Fähigkeit zur Handhabung ökonomischer Komplexität verloren gehen. Entsprechend sei eine funktionierende Etablierung umfangreicher Strukturen von Organisation und Entscheidung in der Wirtschaft an deren Autonomiewahrung gegenüber einer nicht-ökonomischen Umwelt gebunden:

»Vorbedingung für eine gesamtwirtschaftliche Planung, die sich notwendigerweise auf weitläufige Ketten von Entscheidungen über Prämissen von Entscheidungen über Prämissen von Entscheidungen usw. erstrecken muß, ist ein bleibend hoher Grad von Ausdifferenzierung des Wirtschaftssystems.« (Luhmann 1970a, S. 224)

Zu diesen Vorbedingungen gehört nach Luhmann beispielsweise eine bereits durch den Markt geformte Differenzierung auf der Rollenebene nach Produzenten, Anbieter und Konsumenten und die Abgrenzung zu nicht-ökonomischen Interessenbereichen (s. Luhmann 1970a, S. 224). Der öffentliche Nahverkehr dient Luhmann als ein Beispiel (s. Luhmann 1970a, S. 231, En. 42). Der

⁴Pollack (1990) interpretierte die DDR übrigens als Organisationsgesellschaft, die kollabierte mit der Möglichkeit zum »Exit«.

Gewinn durch Organisation und Entscheidung sei also empirisch abzuwägen gegen den möglichen Verlust auf Ebene der Komplexität und Autonomie. Bei Luhmann zeigte sich ein Steuerungsoptimismus, wonach Folgeprobleme von zentralplanerischen Entscheidungen durch – gleichwohl gegenwärtig noch nicht realisierte – Zukunftstechnologien der Berechenbarkeit zwar nicht verhindert, aber vergleichsweise besser berücksichtigt werden könnten (s. Luhmann 1970a, S. 223). Diesem Planungs- oder Steuerungsoptimismus entsprach eine später nicht mehr zu identifizierende Tendenz Luhmanns, die Durchdringung von Ökonomie durch Organisation und Entscheidung als Fortschritt zu sehen: Der Plan bringe die ökonomische Funktion erst auf ihren Nenner. Planung sei »die vielleicht konsequenteste Ausformung der Verselbständigung der ökonomischen Funktion«, sofern die Funktion von Wirtschaft in der gegenwärtigen Sicherstellung zukünftiger Bedürfnisbefriedigung liege (s. Luhmann 1970a, S. 223).⁵ Eine zentralwirtschaftliche Planung bedeutete keine Entdifferenzierung zwischen Politik und Wirtschaft, weil die Diskussion über Plan oder Markt allein die Ebene »der primären Differenzierungsstruktur des Wirtschaftssystems« berühre – d.i. des Markts als *interner* Umwelt der Wirtschaft –, nicht aber die Frage nach der Ausdifferenzierung von Wirtschaft zu deren *externer* Umwelt (Luhmann 1970a, S. 220).

Nochmal zum Vergleich: Luhmann hielt 1988 eine sozialistische Planwirtschaft für eine Subkategorie der Marktwirtschaft, 1970 dagegen sind Plan- und Marktwirtschaft funktionale Äquivalente, aber *nicht*-identische Substitute, wobei für Luhmann die Frage nach staatlicher oder monopolkapitalistischer Planung – man denke an den US-Amerikanischen Fall John D. Rockefeller und den Aufstieg der Firma »Standard Oil« zum marktbeherrschenden Monopolisten (s. McGee 1958) – zurücktrat hinter das tragende Prinzip von Organisation und Entscheidung. Sowohl der Staat und seine Behörden wie auch ein Unternehmen begreift Luhmann als Organisationen, welche sich durch die Prinzipien der bezahlten Mitgliedschaftsrolle auszeichnen und durch die Entscheidung über Entscheidungsprämissen reproduzieren (s. Luhmann 1964, S. 96 f., S. 101, 1981d, S. 392, 1988, S. 284 ff., S. 302 ff.). Es ist möglich, dass hinter Luhmanns unterschiedlicher Einordnung von Märkten und der Perspektive auf

⁵Das Einführungskapitel von *Funktionen und Folgen formaler Organisation* lässt die unter Umständen vergleichsweise höhere Bedeutung des Organisierens im jüngeren Denken Luhmanns erkennen: »In dem gleichen Maße, in dem der modernen industriellen Gesellschaft ein Drang zur umfassenden Organisation eigen ist, fällt dem Verwalten durch private wie auch durch öffentliche Stellen ein gesteigerter Einfluß auf die allgemeinen Daseinsformen zu. Das gilt nicht nur für die Erwerbs- und Arbeitsordnung im weitesten Sinne, sondern auch für die Voraussetzungen, von denen das Angebot von Gütern und Dienstleistungen an den täglichen Konsumenten abhängig ist.« (Luhmann 1964, S. 7)

gesamtwirtschaftliche Planbarkeit durch Organisation die weltwirtschaftlichen Krisenerfahrungen der 1970er, die Ablösung des Keynesianismus durch den Monetarismus ebenso stehen wie die Revitalisierung der Finanzmärkte, deren Motive und Geschichte sich in Werkspassagen Luhmanns wiederfinden lassen (s. Luhmann 1988, S. 80, S. 116 ff., S. 269, 1997, S. 808). Für die These spricht ferner, dass – wie oben erwähnt – Luhmann 1988 politische Entscheidungen anders als 1970 für ein problematisches Substitut der Preisbildung hielt.

Identisch zwischen 1970 und 1988 bleibt Luhmanns Behandlung des Geldes: Bereits 1970 ist das Geld universelles »Kommunikationsmedium, dem sich kein Wirtschaftsgut mehr entziehen kann« (Luhmann 1970a, S. 217); es verleihe der Wirtschaft »ihr Strukturgesetz« (Luhmann 1970a, S. 213). Dazu gehört sowohl das Kalkulieren in »Gewinn und Verlust« (Luhmann 1970a, S. 218) wie die »Freiheit« (Luhmann 1970a, S. 213, s. auch S. 222), über Tauschpartner, Zeitpunkt und Sachen zu verfügen, und ist damit – wie 1988 – auf die Funktion der Wirtschaft bezogen. Bezeichnenderweise hat Luhmanns Diskussion von Markt und Plan in 1970 wie 1988 keine eigens diskutierten Implikationen für seinen Geldbegriff, obgleich es zumindest intuitiv nicht naheliegt, dass *sowohl* die gesamtwirtschaftliche Planung *als auch* die gesamtwirtschaftliche Durchdringung durch das Geldprinzip beide gleichermaßen als *idealtypische* Verkörperungen der ökonomischen Funktion gelten können bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung seiner Hypothese eines funktional ausdifferenzierten Wirtschaftssystems. Organisationen sind bei Luhmann »vermachtet«: Die Geldzahlungen in Betrieben sind gebunden an die kontraktuell vereinbarte Mitgliedschaftsrolle, die bei Nichtbefolgung von Weisungen gekündigt werden kann (s. Luhmann 1964, S. 93 f., S. 99 f., 1981c, S. 364 f., 2000b, S. 111). Entsprechend vermischen sich Charakteristika der Kommunikationsmedien Geld und Macht in der Organisation (s. Luhmann 1964, S. 99 f., S. 100, Fn. 18, 1988, S. 310, 2000b, S. 111). Luhmann sagt es in der *Wirtschaft der Gesellschaft* an einer Stelle explizit: »In gewissen Hinsichten kann man Organisation auch als Transformation des Mediums Geld in das Medium Macht begreifen.« (Luhmann 1988, S. 310) Luhmann selbst ordnet Organisationen nicht allein einem Funktionskontext, sondern mehreren Funktionskontexten zu, Geld und Geldwirtschaft seien aber umgekehrt die für die moderne Organisation wesentliche Voraussetzung (s. Luhmann 1981d, S. 401).⁶ Luhmann unterscheidet

⁶In *Funktionen und Folgen formaler Organisation* spricht Luhmann diese Gemengelage zwischen Geld und Macht an der Schnittstelle der Organisationsmitgliedschaft an (s. Luhmann 1964: S. 99 f., S. 100, Fn. 18).

die Systemebenen Interaktion, Organisation und Funktionssystem voneinander. Würde nun aber ein Funktionssystem wie die Ökonomie »durchorganisiert« und damit »vermachtet« werden (s. Luhmann 1988, S. 317), müsste dies logischerweise Implikationen für die Theorie symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien haben – und damit für die Ebene der Ausdifferenzierung eines Funktionssystems. Luhmann lässt das symbolisch generalisierte Kommunikationsmedium Geld von diesen Diskussionen unberührt, weil genau diese Theorie seine Theorie eines selbstreferenziell geschlossenen Systems trägt: Preise sind Geldpreise, Zahlungen sind Formen im Medium Geld, und über variable Marktpreise steuert sich Wirtschaft selbst. Eine Theoriearchitektur, die sich selbst als rekursiv beschreibt, in der die einzelnen Theorieelemente einander ihren Platz und ihre Bedeutung zuschreiben (s. Luhmann 1984a: S. 10 ff.), kann das Medium Geld jedoch nicht isoliert lassen, ohne den Ballast theoretischer Inkonsistenzen in Kauf nehmen zu müssen.

Ein weiterer bemerkenswerter Aspekt: Die nach Mitgliedschaft organisierte Differenzierung von Handelsräumen in Ost und West hat Luhmann weder 1970 noch 1988 berührt, gleichwohl er 1970 noch die fehlende Organisation als Schwachpunkt marktwirtschaftlicher Prozesse identifiziert hat. Es hat eine ökonomische Differenzierung nach Region *und* Weltanschauung gegeben, die sich sowohl ihrer Organisation wie in dem unterschiedlichen Intensitätsgrad der Handelsverflechtungen widerspiegelte, im Luhmann'schen Theoriearrangement jedoch kaum Berücksichtigung fand. Eine Ausnahme ist Luhmanns – oben diskutierte – vertretene Ansicht, die Unterscheidung nach Kapitalismus und Sozialismus sei eine Semantik des Politiksystems und reflektiere die variable nationalstaatliche Organisation von Wirtschaftsordnungen.

4 Diskussion

Ich fasse zunächst meine Argumentation zusammen. Luhmann traktiert den Ost-West-Antagonismus auf zwei Ebenen: einmal auf der Ebene der Semantik, dann auf der Ebene der Sozialstruktur.

- Auf der *semantischen Ebene* ist es Luhmanns Punkt, dass die Konfliktsemantik von Arbeit und Kapital eine nicht mehr der gesellschaftlichen Problemlage angemessene Beschreibung liefert und überproportional viel kommunikative Energie absorbiert. Diese Umlenkung kommunikativer Energien gehe auf Kosten der Aufmerksamkeit für die ungleich wichtigeren Folgeprobleme funktionaler Differenzierung. Mehr noch, die gesellschaftliche Realität der Ost-West-Konfrontation ist in Luhmanns Lesart zumindest

in Teilen der kommunikativen Überbetonung der Bedeutung des weltanschaulichen Konfliktes zwischen Arbeit und Kapital geschuldet. Noch zu Beginn der 1970er Jahre ist Luhmann davon ausgegangen, dass funktionale Differenzierung Ideologien neutralisiere. Die Ideenevolution besitzt ihre eigene, endogene Dynamik, die Rückwirkung auf das gesellschaftliche Geschehen hat. Allerdings hat Luhmann nicht den Schritt gemacht, seine Hypothese einer funktional differenzierten Weltgesellschaft ihrerseits an die Persistenz einer bestimmten Semantik anzupassen.

- Auf der *sozialstrukturellen* Ebene argumentiert Luhmann doppelgleisig: Erstens haben sich institutionelle Änderungen innerhalb des Wirtschaftssystems an ihrer Fähigkeit zur Komplexitätsbewältigung eines Arrangements funktional ausdifferenzierter Systeme zu bewältigen. Hier sei nochmal auf Luhmanns Ausführungen zur Politisierung der Preisbildung wie die Unterscheidung nach Staats- oder Privateigentum ebenso verwiesen wie seine frühe Diskussion, ob und inwiefern Marktprozesse durch Organisation und Entscheidung substituiert werden können. Zweitens bleibt Luhmanns Hypothese einer funktional differenzierten Weltgesellschaft unberührt von seiner Diskussion institutioneller Variationen innerhalb der Wirtschaft – auch eine Planwirtschaft ist eine Marktwirtschaft.

Der Zusammenhang zwischen beiden Argumentationsebenen Luhmanns besteht darin, die Entwicklungen auf der semantischen wie auf der sozialstrukturellen Ebene unter einer äquivalenz-funktionalistischen Perspektive zu vergleichen und auf die Komplexitäts- und Problemlage einer funktional ausdifferenzierten Weltgesellschaft zu beziehen. Wie gezeigt, geht der Versuch, den weltgeschichtlichen Antagonismus aus Kapitalismus und Sozialismus systemtheoretisch zu integrieren, mit Inkonsistenzen im gesamten Theoriearrangement einher. Dies liegt daran, dass Luhmann die Annahme einer funktional ausdifferenzierten Weltgesellschaft zur unveränderlichen Prämisse seines Denkens erklärt. Empirische Variationen haben sich diesem Ordnungsschema einzufügen. Denkbar wäre ja ebenso gewesen, mögliche Entdifferenzierungen – d. h. Politisierungen – als Antwort auf Folgeprobleme funktionaler Differenzierung zu verstehen.

Wissenschaftstheoretisch gesehen haben Luhmanns Bemühungen um Aufrechterhaltung seiner Weltgesellschaftshypothese zumindest in Teilen den Charakter von »Ad-hoc«-Hypothesen: Empirische Tatbestände werden so weit integriert, wie es zur Verteidigung einer Theorie nötig ist (s. Popper 2002, S. 48). Es ist gut möglich, dass sich Tatbestände partieller und historisch aufretender Entdifferenzierung auch einfach nicht gut in Luhmanns Ordnungsdanken eingefügt haben: Systeme sind entweder ganz oder gar nicht autopoietisch

ausdifferenziert – dies ist ausdrücklich eine theoriepolitische Entscheidung Luhmanns (1987c, S. 318 f.) gewesen.

Dass sich Weltgesellschaft und Kalter Krieg systemtheoretisch anders denken lassen, zeigte Misheva (2006). Sie hat den Versuch unternommen, mit systemtheoretischen Kategorien den Kalten Krieg als einen Konflikt der Weltgesellschaft mit sich selbst zu deuten. In diesem Rahmen dienen die territorialen Grenzen als Ausdruck weltanschaulicher Grenzen. Talcott Parsons hat anstatt von einer Weltgesellschaft von einer generalisierten Weltkultur innerhalb geschichtlich langer Trends gesprochen: Modernisierung, Freiheit und Wohlfahrt (s. Parsons 1964, S. 390 f.). Georg Simmel (1999, S. 122 ff.) sah – Parsons hier nicht unähnlich – sozialistische Vorstellungen als wesenhafte Charakteristika der Werteordnung moderner Gesellschaften an: Liberalismus, Egalitarismus und Solidarität sind gleichermaßen konstitutiv wie einander widersprechend.

Schließlich scheint es theoriengeschichtlich von Bedeutung, Zyklen von Ent- und Ausdifferenzierungsdynamiken innerhalb einer Theoriearchitektur zu berücksichtigen. Seit dem 19. Jahrhundert hat es Konjunkturen zu- und abnehmender Handelsverflechtungen gegeben. Der Kalte Krieg war eine Episode, der die Zwischenkriegszeit eines bereits abnehmenden Welthandels, Autarkie- und Nationalismusbestrebungen vorangingen. Gegenwärtig stockende Handelsvolumina, Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China, die öffentlich diskutierte Globalisierungs- und Kapitalismuskritik sowie die Akkumulation von Krisenlagen fügen sich hier – wenn auch nicht bruchlos – ein (s. Federico und Tena-Junguito 2016; Jacks und Novy 2020). Die Wahl der theoretischen Perspektive kann dann zusammenhängen mit der Wahrnehmungsfähigkeit der jeweils für bedeutsam erachteten Probleme in einer historischen Periode. Dies an einem kleinen Ausschnitt der Person und dem Werk Niklas Luhmanns zu zeigen, war Aufgabe des vorliegenden Beitrags.

Literatur

- Abelshauer, W. (2011). *Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Von 1945 bis zur Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Adorno, T. W. (1969). Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag. In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 12–26). Stuttgart: Enke.
- Askanas, B./Askanas, H./Levcik, F. (1974). Der Außenhandel der RGW-Länder 1960 bis 1974. *WIFO Monatsberichte* 47 (11), 520–531.

- Bonacker, T. (2015). Gesellschaftstheorie und Krieg – Eine schwierige Beziehung. *Soziologische Revue* 38 (2), 178–185.
- Cardim de Carvalho, F. J. (2019). Economic Planning Under Capitalism: The New Deal and Postwar France Experiments. *Levy Economics Institute, Working Paper Series*. https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3329994. Zugegriffen: 09.04.2022.
- Deudney, D./Ikenberry, G. J. (2011). The end of the Cold War after 20 years: Reconsiderations, retrospectives and revisions. *Int Polit* 48 (4–5), 435–440.
- Die Zeit (1984). Geheim: Öko-Bankrott im Ostblock. *Die Zeit*, 01.06.1984. <https://www.zeit.de/1984/23/geheim-oeko-bankrott-im-ostblock/komplettansicht>. Zugegriffen: 08.09.2021.
- Engerman, D. C. (2010). Social science in the Cold War. *Isis* 101 (2), 393–400.
- Ericson, R. E. (2008). Command Economy. In: M. Vernengo/E. P. Caldentey/B. J. Rosser Jr (Hrsg.), *The New Palgrave Dictionary of Economics* (S. 1–16). London: Palgrave Macmillan UK.
- Federico, G./Tena-Junguito, A. (2016). World trade, 1800–2015. *VOX, CEPR Policy Portal. VoxEU*. <https://voxeu.org/article/world-trade-1800-2015>. Zugegriffen: 10.09.2021.
- Gaddis, J. L. (1992). International Relations Theory and the End of the Cold War. In: *International Security* 17 (3), 5–58.
- Harrison, M. (2005). The Fundamental Problem of Command: Plan and Compliance in a Partially Centralised Economy. *Comp Econ Stud* 47 (2), 296–314.
- Harrison, M. (2017). The Soviet Economy, 1917–1991. Its Life and Afterlife. *The Independent Review* 22 (2), 199–206.
- Harrison, M./Kim, B.-Y. (2006). Plans, Prices, and Corruption: The Soviet Firm Under Partial Centralization, 1930 to 1990. *The Journal of Economic History* 66 (01), 1–41.
- Höhmnn, H.-H./Machowski, H. (1981). UdSSR: Wirtschaftssystem. In: J. Bethkenhagen/D. Cornelsen/H.-E. Gramatzki/H.-H. Höhmnn/R. Hopf/H. Lambrecht/M. Lodahl/H. Machowski/M. Melzer/E. Ruban/A. Scherzinger/C. Schwartau/H. Vortmann. (Hrsg.), *DDR und Osteuropa. Wirtschaftssystem. Wirtschaftspolitik. Lebensstandard. Ein Handbuch* (S. 191–196). Opladen: Leske + Budrich.
- Jacks, D. S./Novy, D. (2020). Trade Blocs and Trade Wars during the Interwar Period. *Asian Economic Policy Review* 15 (1), 119–136.
- Krotz, U./Maher, R./McCourt, D. M./Glencross, A./Ripsman, N. M./Sheetz, M. S./Haine, J.-Y./Rosato, S. (2012). Debating the Sources and Prospects of European Integration. *International Security* 37 (1), 178–199.
- Lebahn, A. (1975). Die Position des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) gegenüber den Europäischen Gemeinschaften (EG) – Seine juristischen Kompetenzen und faktischen Einflußmöglichkeiten bei der Regelung des Ost-West-Handels. *Archiv des öffentlichen Rechts* 100 (4), 562–584.
- Link, F. (2018). Sozialwissenschaften im Kalten Krieg: Mathematisierung, Demokratisierung und Politikberatung. *H-Soz-Kult*. <https://www.hsozkult.de/literaturereview/id/forschungsberichte-3095>. Zugegriffen: 09.09.2021.
- Luhmann, N. (1964). *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, N. (1969). Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse. In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesell-*

- schaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 253–266). Stuttgart: Enke.
- Luhmann, N. (1970a). Wirtschaft als soziales System. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 204–231). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970b). Gesellschaft. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 137–153). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970c). Soziologie des politischen Systems. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 154–177). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970d). Funktionale Methode und Systemtheorie. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 31–53). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970e). Positives Recht und Ideologie. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 178–203). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1970f). Wahrheit und Ideologie. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 1: Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme* (S. 54–65). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1971). Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit des Befristeten. In: Ders. (Hrsg.), *Politische Planung. Aufsätze zur Soziologie von Politik und Verwaltung* (S. 143–164). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (1973). Selbst-Thematisierungen des Gesellschaftssystems. *Zeitschrift für Soziologie* 2 (1), 21–46.
- Luhmann, N. (1975a). Die Weltgesellschaft. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (S. 51–71). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (1975b). Komplexität. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (S. 204–220). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (1975c). Systemtheorie, Evolutionstheorie und Kommunikationstheorie. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (S. 193–203). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (1975d). Allgemeine Theorie organisierter Sozialsysteme. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 2: Aufsätze zur Theorie der Gesellschaft* (S. 39–51). Wiesbaden: Springer.
- Luhmann, N. (1980). *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band I*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1981a). Identitätsgebrauch in selbstsubstitutiven Ordnungen, besonders Gesellschaften. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 198–227). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1981b). Vorwort. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 5–7). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1981c). Organisation und Entscheidung. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 335–389). Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Luhmann, N. (1981d). Organisationen im Wirtschaftssystem. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 3: Soziales System, Gesellschaft, Organisation* (S. 390–414). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1984a). *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1984b). Die Wirtschaft der Gesellschaft als autopoietisches System. *Zeitschrift für Soziologie* 13 (4), 308–327.
- Luhmann, N. (1986a). Kapital und Arbeit. Probleme einer Unterscheidung. In: J. Berger (Hrsg.), *Die Moderne. Kontinuitäten und Zäsuren* (S. 57–78). Göttingen: Schwartz.
- Luhmann, N. (1986b). *Ökologische Kommunikation. Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1987a). Die Differenzierung von Politik und Wirtschaft und ihre gesellschaftlichen Grundlagen. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 4: Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft* (S. 32–48). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1987b): Partizipation und Legitimation: Die Ideen und die Erfahrungen. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologische Aufklärung. Band 4: Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft* (S. 152–160). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1987c): Autopoiesis als soziologischer Begriff. In: H. Haferkamp/M. Schmid (Hrsg.), *Sinn, Kommunikation und soziale Differenzierung. Beiträge zu Luhmanns Theorie sozialer Systeme* (S. 307–320). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1988). *Die Wirtschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2000a). *Die Politik der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2000b). *Organisation und Entscheidung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mahlert, B. (2005). Globale Ordnung und globaler Konflikt: Talcott Parsons als Theoretiker des Ost-West-Konfliktes. In: B. Heintz/H. Tyrell/R. Münch (Hrsg.), *Weltgesellschaft. Theoretische Zugänge und empirische Problemlagen* (S. 159–173). Berlin u. Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Marzewski, J (1971). The Role of Prices in a Command Economy. *Soviet Studies* 23 (1), 109–119.
- Mastny, V. (2002). The New History of Cold War Alliances. *Journal of Cold War Studies* 4 (2), 55–84.
- McGee, J. S. (1958). Predatory Price Cutting: The Standard Oil (N. J.) Case. *The Journal of Law & Economics* 1, 137–169.
- McKenzie, F. (2008). GATT and the Cold War: Accession Debates, Institutional Development, and the Western Alliance, 1947-1959. *Journal of Cold War Studies* 10 (3), 78–109.
- Millward, R. (1997). The 1940s Nationalizations in Britain: Means to an End or the Means of Production? *The Economic History Review* 50 (2), 209–234.
- Misheva, V. (2006). The cold war within a sociological systems perspective. *Kybernetes* 35 (3/4), 286–307.
- Müller, J.; Lorenz, A. (2016). *Niklas Luhmann. Philosophie für Einsteiger*. Paderborn: Wilhelm Fink.

- Parsons, T. (1964). Communism and the West: the sociology of the conflict. In: A. Etzioni/E. Etzioni-Halevy (Hrsg.), *Social change: sources, patterns, and consequences* (S. 390–399). New York: Basic Books.
- Parsons, T. (1999). Polarization of the World and International Order. In: B. S. Turner (Hrsg.), *The Talcott Parsons Reader* (S. 253–270). Malden: Wiley-Blackwell.
- Parsons, T./Smelser, N. J. (1957). *Economy and society. A study in the integration of economic and social theory*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Pollack, D. (1990). Das Ende einer Organisationsgesellschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 19 (4), 292–307.
- Popper, K. (2002). *Conjectures and Refutations. The Growth of Scientific Knowledge*. London u. New York: Routledge.
- Scherzinger, A. (1981). Planungssystem. In: J. Bethkenhagen/D. Cornelsen/H.-E. Gramatzki/H.-H. Höhmann/R. Hopf/H. Lambrecht/M. Lodahl/H. Machowski/M. Melzer/E. Ruban/A. Scherzinger/C. Schwartau/H. Vortmann. (Hrsg.), *DDR und Osteuropa. Wirtschaftssystem. Wirtschaftspolitik. Lebensstandard. Ein Handbuch* (S. 39–47). Opladen: Leske + Budrich.
- Schimank, U. (2007). Ökologische Gefährdungen, Anspruchsinflationen und Exklusionsverketungen. Niklas Luhmanns Beobachtung der Folgeprobleme funktionaler Differenzierung. In: U. Schimank/U. Volkmann (Hrsg.), *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I. Eine Bestandsaufnahme* (S. 125–142). Wiesbaden: VS Verlag.
- Schwinn, T. (1995). Funktion und Gesellschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 24 (3), 196–214.
- Shahgedanova, M./Burt, T. P. (1994). New data on air pollution in the former Soviet Union. *Global Environmental Change* 4 (3), 201–227.
- Simmel, G. (1995). Soziologie der Konkurrenz. In: A. Rammstedt/O. Rammstedt (Hrsg.), *Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 7* (S. 221–246). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Simmel, G. (1999). Grundfragen der Soziologie. In: G. Fitz/O. Rammstedt (Hrsg.), *Georg Simmel Gesamtausgabe. Band 16* (S. 59–149). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Stäheli, U. (2000). *Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktive Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Stöver, B. (2012). *Der Kalte Krieg*. München: C.H. Beck.
- Tjaden, K. H. (1969): Protokoll der Diskussion zum Beitrag: Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse (Luhmann, Niklas). In: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1968* (S. 267–269). Stuttgart: Enke.
- Tyrell, H. (1978). Literaturbericht. Anfragen an die Theorie der gesellschaftlichen Differenzierung / Questions to the theory of societal differentiation. *Zeitschrift für Soziologie* 7 (2), 175–193.
- Weber, M. (1922). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr.
- White, Harrison C. (1981). Where Do Markets Come From? *American Journal of Sociology* 87 (3), 517–547.
- Zwass, A. (1979). *Money, Banking, & Credit in the Soviet Union & Eastern Europe*. London and Basingstoke: The Macmillan Pess LTD.



Eine Entwicklungslinie der Kritischen Theorie in Hannover: Oskar Negt

Lutz Hieber

In Ostpreußen 1934 geboren, verbrachte Oskar Negt seine Kindheit im bäuerlichen Milieu. Die Flucht führte die Familie 1945 erst in den Osten Deutschlands, später folgte die zweite Flucht aus der DDR nach Westdeutschland.

Negts Weg in die Universität führte zunächst zum Jurastudium nach Göttingen, das er aber nach kurzer Zeit abbrach, um nach Frankfurt zu wechseln. Doch bereits in Göttingen hatte er begonnen, sich für Karl Marx zu interessieren. Dort hatte es jedoch weder eine Vorlesung noch ein Seminar zu dessen Schriften oder zu sozialgeschichtlichen Themen gegeben. »Die während der Nazi-Zeit von marxistischer Literatur ›gesäuberten‹ Bibliotheken waren angesichts des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts und der Ideologie des Antikommunismus auch nicht aufgefüllt worden.« (Negt 2019, S. 47) Also begann er die damals noch spärlich im westdeutschen Buchhandel vorhandenen Texte zu lesen. Besonders inspirierten ihn die 1953 von Siegfried Landshut herausgegebenen Marx'schen Frühschriften.

Nach dem Wechsel nach Frankfurt studierte Negt Philosophie und Soziologie bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Dort hatte er erste Kontakte zu Jürgen Habermas, der Adornos Assistent war. Negt trat in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ein, der damals noch als Organisationsteil der SPD bestand. Der von Negt begründete Marx-Arbeitskreis betrat Neuland und wurde zu einem politisch-theoretischen Zentrum des Frankfurter SDS. Als die Partei im Zusammenhang der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 den SDS als zu weit links stehend ausschloss, tat das seiner Entwicklung zu

L. Hieber (✉)
Leibnitz Universität, Hannover, Deutschland
E-Mail: hieber@ish.uni-hannover.de

einem einflussreichen Kern marxistisch orientierter Theoriebildung indes keinen Abbruch.

Negt knüpfte Verbindungen zu den Gewerkschaften und insbesondere zur IG Metall, die in zweifacher Hinsicht Bedeutung erlangten. Zum einen wurden die Gewerkschaften für die Opposition gegen die geplanten »Notstandsgesetze« wichtig, die von einer breiten politischen Kraft, die sich *Kampagne für Demokratie und Abrüstung* (Otto 1977, S. 145–171) nannte, getragen wurde. Tatsächlich hatte es des »Druckes von außen« bedurft, »um nachhaltige Veränderungsprozesse anzustoßen«, die Korrekturen der ursprünglich obrigkeitstaatlichen Ausrichtung für Zivilverteidigung sowie Notstandsverfassung bewirkten (Diebel 2019, S. 195). Zum anderen eröffneten Negt diese Kontakte einen Einstieg in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Dem Angebot eines IG-Metall-Funktionärs folgend übernahm er, eigentlich noch mit dem Studienabschluss beschäftigt, die Stelle eines Assistenten an der DGB-Bundesschule in Oberursel. Mit dieser Tätigkeit entstand sein Konzept des Lernens. Nach anderthalb Jahren der willkommenen Gelegenheit, Theorie und Praxis zu verbinden, ging es schließlich an den Abschluss des Studiums.

Als Habermas 1961 nach Heidelberg berufen worden war, wählte er Negt als Assistenten. Beide verband eine lebenslange freundschaftliche Verbindung. Doch niemand steht außerhalb der Gesellschaft – die Frage ist nur, wie man sich in ihr verortet. So nötigten gesellschaftliche Unruhen, insbesondere weil sie die akademische Welt aufwirbelten, sowohl Habermas als auch Negt zu Stellungnahmen.

Im Frühjahr 1968 hatte die bundesrepublikanische Protestbewegung einen Siedepunkt erreicht. Nach dem Attentat des rechtsradikal beeinflussten Josef Bachmann am 11. April auf Rudi Dutschke, das medienbekannte SDS-Mitglied, kam es an den darauf folgenden Ostertagen zu schweren Unruhen. Danach kam die Verabschiedung des 17. Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsgesetze) die von der Studentenbewegung als Niederlage¹ betrachtet wurde.

¹Eine alles-oder-nichts-Haltung, die nur ein Regierungsvorhaben auf der einen Seite und dessen klare Ablehnung auf der anderen sah, färbte Reaktionsweisen in der Protestbewegung. Dabei ging unter, dass die Opposition gegen dieses Gesetzesvorhaben durchaus wesentliche Erfolge erzielt hatte. Zwar waren die »Notstandsgesetze« durch die Änderung des Grundgesetzes im Parlament verabschiedet worden, aber es handelte sich nicht um die ursprünglich geplanten Gesetze. »Blickt man auf die Notstandspläne der Ministerialbeamten seit Ende der 1950er Jahre zurück, kommt man nicht umhin, das Gesetzeswerk von 1968 als Niederlage eben dieser staatsautoritären und obrigkeitlichen Vorstellungen zu begreifen [...] Arbeitskämpfmaßnahmen auch im Notstand gesichert, Grundrechtseingriffe

Nachrichten aus dem Nachbarland Frankreich von landesweiten Streiks und der Pariser Revolte des Mai '68 (Gilcher-Holtey 2008) fachten Phantasien an. So ergriff auch die Frankfurter Universität eine Radikalisierung. Habermas und Negt schätzten den Gang der politischen Ereignisse in dieser turbulenten Zeit unterschiedlich ein. Ihre Kommunikation bekam einen Knick, den sie jedoch später wieder überwand. Habermas reagierte am 2. Juni 1968 mit harscher Kritik an den vor allem vom SDS getragenen Aktionsformen mit seiner Rede *Die Scheinrevolution und ihre Kinder*, die er auf dem vom Verband Deutscher Studentenschaften einberufenen Schüler- und Studentenkongress hielt. Seiner Ansicht nach verwechselten die SDS-Mitglieder, wie Geistesgestörte, Realität und Wunschvorstellung. Habermas charakterisierte, ohne sie namentlich zu nennen, einzelne Leitfiguren. Er sprach vom Agitator, der den Realitätssinn verloren hat und »von kurzfristigen narzisstischen Befriedigungen lebt und die Aktion von einer Bestätigung zur nächsten treibt«, er sprach vom Mentor, »der, weil er gegen Erfahrungen immunisiert ist, eine Orthodoxie mit grauen Vokabeln allen Bewusstseinstübungen aufprägt, um das zu rationalisieren, wozu anderen die Worte fehlen«, und schließlich vom Harlekin am Hof der Scheinrevolutionäre, der »nun flugs sich zum Dichter der Revolution sich aufschwingt« (Habermas 1969, S. 199). Die Zuhörer wussten, wer jeweils damit gemeint ist, und die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte umgehend die Namen: der Agitator war Hans-Jürgen Krahl, der Mentor war Oskar Negt, und der Harlekin war Hans Magnus Enzensberger (Kraushaar 1998, S. 343). Wenige Monate später kam die Replik mit dem von Negt herausgegebenen Aufsatzband *Die Linke antwortet Habermas*. In seiner Einleitung betont Negt, das Buch »ist kein Anti-Habermas. Es enthält eine öffentlich ausgetragene Kontroverse innerhalb der *Neuen Linken*, die in erster Linie ihrer politischen Selbstverständigung dient« (Negt 1968a, S. 32). Habermas vollzog nach der Publikation des Bandes nicht den Bruch mit Negt, und Negt beendete diesen Zwist, indem er sich später von der Publikation des Bandes distanzierte. Damit hätte die politische Auseinandersetzung beendet sein können, doch sie warf lange Schatten. Zum 80. Geburtstag schrieb Detlev Claussen für die Süddeutsche Zeitung eine Würdigung der Arbeit Negts, in der er bemängelte, Negt habe den Widerruf getan, »ohne die übrigen Beteiligten zu fragen« (Claussen 2014). Doch eine Stellungnahme ist ein Markstein in einem

auf ein Minimum zurückgefahren, Option der Verfassungsbeschwerde – die parlamentarische sowie außerparlamentarische Opposition setzte sich weitgehend durch.« (Diebel 2019, S. 188)

aktuellen Disput, sie kann eben auch revidiert werden. Negt meinte zu dieser Bemerkung in Claussens Artikel lapidar »das hätte er durchaus lassen können«,² womit er darauf anspielte, Jahrzehnte später könnte unter einen vorübergehenden Zwist doch wohl ein Schlussstrich gezogen worden sein. Neben anderen Prominenten war Jürgen Habermas zur Feier des 80. Geburtstags Negts nach Hannover gekommen.

Der akademische Werdegang Negts nahm neben den politischen Ereignissen der späten 1960er Jahre seinen weiteren Lauf. Im Jahre 1970 erfolgte, unter direkter Mitwirkung des niedersächsischen Ministerpräsidenten Kubel, seine Berufung nach Hannover. Unter den Werken, die nun entstanden, zählten vier in enger Zusammenarbeit mit Alexander Kluge geschriebene Bücher:

- in *Öffentlichkeit und Erfahrung*, 1972, geht es um proletarische und bürgerliche Öffentlichkeit
- in *Geschichte und Eigensinn*, 1981, um politische Ökonomie lebendiger Arbeit,
- in *Maßverhältnisse des Politischen*, 1992, um die Tendenz des nach der Wiedervereinigung einsetzenden Privatisierungswahns,
- und schließlich folgt *Suchbegriffe*, 2001, eine Sammlung von Fernsehdialogen.

Mittlerweile liegen diese und alle anderen Schriften Negts als 20-bändige Werk Ausgabe vor.

1 Kritische Theorie

In seinem Buch *Erfahrungsspuren* (2019) betont Negt die Bedeutung der Kritischen Theorie. Was das bedeutet, zeigte sich beim Aufbau des Instituts für Soziologie in Hannover unter seiner Ägide. Bei der Besetzung von Stellen ging es nicht um eine bestimmte soziologische Schule, sondern um gesellschaftliche Relevanz des Arbeitsgebietes und des Erfahrungshintergrundes. Die Herkunft von Mitarbeitern repräsentierte ein breites Spektrum,³ darunter evangelische Theologie, Wirtschaftswissenschaften, Elementarteilchenphysik, Lateinamerikastudien, Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär. Tatsächlich entfaltete sich für

²Mündliche Mitteilung Negts am 1. August 2014.

³Rekonstruktion im Gespräch mit Karsten Reinecke, Hannover, am 21.02.2020.

viele Jahre eine lebendige Diskussionskultur, die allerdings um die Mitte der 1980er Jahre zum Erliegen kam.

Max Horkheimer hatte 1937 in seinem Text »Traditionelle und kritische Theorie« auf die Feststellung wert gelegt, es gebe keine »Theorie der Gesellschaft, auch nicht die des generalisierenden Soziologen, die nicht politische Interessen mit einschüsse, über deren Wahrheit nicht selbst wieder handelnd und denkend, eben in konkreter geschichtlicher Aktivität, entschieden werden müsste« (Horkheimer 1988, S. 196). Wahlmöglichkeiten kann sich niemand entziehen. Dennoch bilden sich Lager. Auf der einen Seite steht die *traditionelle* Gesellschaftswissenschaft, deren Vertreter – ungeachtet der unhintergehbaren Verflochtenheit ihrer Forschung in soziale Prozesse – um Objektivität bemüht sind, und sich als Fachgelehrte einer neutralen Betrachtung der gesellschaftlichen Realität mitsamt ihren Produkten aus einer Außensicht widmen. Diesem Typ setzt Horkheimer das *kritische Denken* entgegen, das bestrebt ist, sich selbst in seinen konkreten Beziehungen mit dem gesellschaftlichen Ganzen zu reflektieren. Dieses Denken ist durch den Versuch motiviert, »den Gegensatz zwischen der im Individuum angelegten Zielbewusstheit, Spontaneität, Vernünftigkeit und der für die Gesellschaft grundlegenden Beziehungen des Arbeitsprozesses aufzuheben« (Horkheimer 1988, S. 183). Jean-Paul Sartre prägte später für den erstgenannten Typus den Begriff des »Theoretikers des praktischen Wissens«, der »in seiner Arbeit von einem Wissen« ausgeht, lediglich »mit der Perspektive, zusätzliches Wissen zu erlangen«; was dagegen einen »Intellektuellen ausmacht, ist der tiefe Widerspruch zwischen der Allgemeingültigkeit, die die bürgerliche Gesellschaft seinem Wissen zugestehen muss, und dem besonderen ideologischen und politischen Rahmen, in dem er dieses Wissen anzuwenden verdammt ist«; und da der Intellektuelle den Widerspruch erkennt, bekämpft er »im Namen des Allgemeinen das Besondere« (Sartre 1971, S. 12 f.).

Die traditionelle Richtung der »Wissenschaften von Mensch und Gesellschaft« sieht Horkheimer im Bestreben verwurzelt, »dem Vorbild der erfolgreichen Naturwissenschaften nachzufolgen« (Horkheimer 1988, S. 164). Tatsächlich jedoch ahmt traditionelle Theorie ein längst veraltetes Bild der Physik nach. Den alten Wissenschaftsbegriff hatte Descartes geprägt, der in seinen *Prinzipien der Philosophie* (1644) von zwei obersten Gattungen ausgeht, nämlich zum einen die der »geistigen oder denkenden Dinge, d. h. die, welche zum Geiste oder zur denkenden Substanz gehören«, und zum anderen die der »körperlichen Dinge oder der zur ausgedehnten Substanz, d. h. zum Körper gehörenden« (Descartes 1955, S. 16). Für ihn liefert das Objekt die Daten, aus denen der Intellekt auf Gesetze schließt. Diese Auffassung begründet das Ideal neutraler Beobachtung. Descartes' Wissenschaftstheorie war jedoch bereits in den ersten Jahrzehnten

des 20. Jahrhunderts überholt. Physikalische Tatsachen wiesen darauf hin, dass Descartes die Vermittlung zwischen dem erkennenden Subjekt und dem untersuchten Objekt übersehen hat. In der *Quantenmechanik* war das Problem aufgetreten, dass Licht – je nach experimenteller Anordnung – sowohl als elektromagnetische Welle auftritt, also über einen Raumbereich verteilt, wie auch als Korpuskel, also auf einen Punkt konzentriert. Darin besteht eine logische Disjunktion. Doch nur das Wellenbild und das Teilchenbild zusammengenommen erlauben die vollständige Beschreibung (Bohr'sches Komplementaritätsprinzip). Um Experimente zu ermöglichen, müssen »eventuelle Wechselwirkungen mit geeigneten, nicht zum System gehörigen, äußeren Messungsmitteln zu[gelassen]« werden, und deshalb »ist der Sache nach eine eindeutige Definition des Zustandes des Systems nicht mehr möglich« (Bohr 1928, S. 245). Die Descartes'sche Unterscheidung von *res cogitans* und *res extensa* hat ihre Gültigkeit verloren. Die Begriffe der modernen Physik tragen der Vermittlung zwischen erkennendem Subjekt und dem zu erkennenden Objekt Rechnung, indem das gewählte Messverfahren theoretische Relevanz gewinnt. »Wenn von einem Naturbild der exakten Naturwissenschaft in unserer Zeit gesprochen werden kann, so handelt es sich also eigentlich nicht mehr um ein Bild der Natur, sondern um *ein Bild unserer Beziehungen zur Natur*.« (Heisenberg 1965, S. 21)

Die Physik hat das Ideal der neutralen und unbeeinflussten Beschreibung ad acta gelegt. Ohne Analogien zu strapazieren kann man sagen, dass sich die Kritische Theorie auf dem wissenschaftstheoretischen Niveau des naturwissenschaftlichen Fortschritts bewegt. Auch sie geht von der Tatsache aus, dass sozialwissenschaftliche Theorie stets die Dialektik von Forschenden und untersuchten Sachverhalten beinhalten muss.

2 Arbeitsfelder Negts

Als Soziologe und Philosoph, der sich auf dem Niveau der Kritischen Theorie bewegt, hat sich Oskar Negt – neben seiner Tätigkeit an der Universität – vier Arbeitsfeldern gewidmet, um Theorie und Praxis in emanzipatorischem Sinne zusammenzubringen (Negt 2019, S. 251). Zwei davon organisieren sich um Erfahrung und Öffentlichkeit, die beiden anderen liegen im Gebiet des Lernens und der Bildung. Die ersten beiden möchte ich nur kurz ansprechen, um danach auf Lernen und Bildung ausführlicher einzugehen.

2.1 Erfahrung und Öffentlichkeit

Zu Negts Tätigkeit im Feld Erfahrung und Öffentlichkeit zählen zum einen Gesprächskreise mit Politikern und zum anderen das Engagement im Sozialistischen Büro. In beiden Fällen ist eine Orientierung bemerkenswert, die mit der »Neuen Linken« entstand und mit ihr verbunden bleibt.

Die Bezeichnung »Neue Linke« stammt aus England, wo sich eine politisch-intellektuelle Bewegung um die Zeitschrift »New Left Review« entwickelt hatte, und aus Frankreich, wo sich eine sozialistisch und links-katholische Bewegung als »La Nouvelle Gauche« gebildet hatte. In der Bundesrepublik entstand die Neue Linke als außerparlamentarische Kraft in Reaktion auf bedenkliche Entwicklungen. Dazu zählten vor allem die Zunahme autoritärer Tendenzen in Staat und Gesellschaft, die Ignoranz der sozialdemokratischen Parteiführung gegenüber den Gefahren der Atomwaffen-Stationierung in Westeuropa und der durch staatliche Propaganda geschürte Antikommunismus, der dazu diente, jede Art ernsthafter Kritik mundtot zu machen. Ein Kern von Intellektuellen spielte in diesem Zusammenhang eine wesentliche Rolle. »Aufklärung ist für diesen Teil der Neuen Linken, der durch die Publikationen des von Adorno und Horkheimer bestimmten ›Instituts für Sozialforschung‹ in Frankfurt – dabei besonders durch die älteren Schriften – entscheidend beeinflusst wurde, die eigentliche Aufgabe.« (Seifert 1963, S. 35)

Nun zum einen Schwerpunkt im Feld Öffentlichkeit und Erfahrung, in dem sich Negt engagierte, den Arbeitskreisen als Form der *Diskussion mit Politikern*. Diese unterscheiden sich von Fachberatung für Politiker oder politischen Institutionen. Fachberatung ist durch klare Aufträge derjenigen, die an den Hebeln der Macht sind, an die Fachwissenschaft strukturiert. Sie fügt sich in den Gang der politischen Kausalitäten ein. Dagegen kann keine politisch links orientierte Beratungstätigkeit auf Systemkritik verzichten. Negt engagierte sich gemeinsam mit weiteren Intellektuellen in mehreren derartigen Diskussionsgruppen um SPD-Politiker in Führungspositionen.

Ein solcher Kreis, dessen Ursprünge in einer Gruppe von niedersächsischen SPD-Wahlhelfern liegen, konstituierte sich um die Mitte der 1980er Jahre in Hannover um Gerd Schröder. Nachdem der konservative Ministerpräsident Ernst Albrecht im Jahre 1986 die Landtagswahl knapp gewonnen hatte, verzichtete die Diskussionsrunde auf strategische Erwägungen, die darauf zielten, in dessen Themenspektrum zu fischen. Stattdessen rückte sie die bestehenden gesellschaftlichen Krisenherde ins Zentrum. Negts 1984 erschienenes Buch *Lebendige Arbeit, enteignete Zeit* wurde eingehend diskutiert. Nachdem das Ergebnis der

Landtagswahl des Jahres 1990 eine Koalition aus SPD und den Grünen ermöglichte, war das Ziel erreicht, Albrecht abzulösen. Schröder wurde niedersächsischer Ministerpräsident. Damit schwand jedoch die ursprüngliche Funktion des Zirkels als Diskussionsgruppe, weil nun Fragen des Machterhalts und der Verteilung von Karrieren eine Rolle spielten. Die Beratungstätigkeit schief zwar auch dann noch nicht gänzlich ein, als Schröder später Bundeskanzler geworden war, aber je höher er aufstieg, »desto dünner wurde die Luft, in der ernsthafte politische Probleme zur Sprache gebracht werden konnten« (Negt 2019, S. 276). Gleichwohl blieb eine persönliche Freundschaft, die Negt mit Schröder seit dessen Jahren als Juso-Vorsitzender verband, ungeachtet verschiedener Einschätzungen politischer Fragestellungen auch während der Jahre bestehen, in denen Schröder das Amt des Bundeskanzlers innehatte (1998–2005) und SPD-Parteivorsitzender war (1999–2004). So besuchte Schröder selbstverständlich die Abschiedsvorlesung Negts am 10. Juli 2002 und war auf dem anschließenden Empfang (Abb. 1) zugegen. In diesem Jahr war allerdings noch nicht abzusehen,



Abb. 1 Nach Negts Abschiedsvorlesung 2002; am Tisch v. l. n. r.: Paula-Irene Villa, Lutz Hieber, Oskar Negt, Gerd Schröder. [Foto: Archiv Oskar Negt]

dass der Vollblut-Sozialdemokrat Schröder später tatsächlich der Politik den Rücken kehren würde, um sich der Arbeit für russische Unternehmen (Gazprom, Rosneft) zu widmen und sich in diesem Zusammenhang sogar in die politische Nähe zur autokratisch regierenden Führung Russlands zu begeben. Im Unterschied zu Schröder, der nach seiner Kanzlerschaft frühere Intentionen aufgab, arbeitete Negt seine Ideen in den Jahren nach seiner Abschiedsvorlesung weiter aus. Die Lebenswege nahmen unterschiedlichen Verlauf. Schröder erschien 2014 nicht auf Negts 80. Geburtstag.

Ein zweiter Schwerpunkt lag für Negt in seiner Tätigkeit für das *Sozialistische Büro*, das von 1969 bis 1997 in Offenbach bestand. Es war aus dem Auflösungsprozess der *Kampagne für Demokratie und Abrüstung* entstanden, die seit den frühen 1960er Jahren eine tragende Säule der Opposition gegen atomare Rüstung und gegen die geplanten Notstandsgesetze war. Die Gründer verstanden das Büro-Projekt nicht als »Organisation im klassischen Sinne, sondern eher« als »ein Netzwerk von Basisgruppen und Aktivisten in verschiedenen sozialen Bewegungen und Arbeitsfeldern« (Becker 2017, S. 130). Sofern es die Organisation der Selbstorganisation übernehmen sollte, war es von einer Paradoxie geprägt, die sich indes für viele Jahre als produktiv erweisen sollte. Dies gelang, solange das Sozialistische Büro für Basisinitiativen in den Arbeitsfeldern Betrieb/Gewerkschaft, Schule, Sozialarbeit und Gesundheitswesen die Funktion als allgemeiner Rahmen für politische Reflexion und überhaupt als überregionale Kommunikationsplattform übernehmen konnte. Das Büro organisierte Kongresse, betrieb den Verlag 2000, der die Zeitschrift *links* herausgab, zu der später die Zeitschriften *express* und *Widerstand* kamen; getragen wurde es von Mitgliedern und Förderern (Mitte der 1970er Jahre, in der Glanzzeit, zählten rund 1.200 zahlende Einzelmitglieder und 40 Mitgliedsgruppen dazu).

Negt trat dem Sozialistischen Büro 1972 bei. Für ihn war wesentlich, dass hier Politik nicht »als eine Kalkulation im vordergründigen Rahmen von Machtfragen« verstanden wurde, »sondern als eigentümlicher Produktions- und Kommunikationsprozess [...] als Organisationsform des überfraktionellen Bewusstseins«, und dazu gehört, dass auch »Nichtmitglieder zu Wort kommen, auch solche, die dieser Einrichtung eher feindlich gesinnt sind« (Negt 1995, S. 158). In diesem Zusammenhang möchte ich exemplarisch auf eine vielzitierte Rede Negts eingehen, die er auf der Eröffnungskundgebung bei dem vom Büro organisierten Angela-Davis-Solidaritätskongress am 3. Juni 1972 hielt. Außer ihm sprachen die Sozialwissenschaftler Wolfgang Abendroth und Herbert Marcuse sowie der Betriebsrat Willi Scherer vor über 10.000 Teilnehmern auf dem Frankfurter Opernplatz. Die afroamerikanische Bürgerrechtlerin und Kommunistin Davis stand in den USA vor Gericht, weil ihr vorgeworfen wurde,




WANTED BY THE FBI	
INTERSTATE FLIGHT - MURDER, KIDNAPING	
ANGELA YVONNE DAVIS	
Photograph taken 1969	FBI No. 867,615 G Photograph taken 1970
	
Alias: "Tamu"	
DESCRIPTION	
Age:	26, born January 26, 1944, Birmingham, Alabama
Height:	5'8"
Weight:	145 pounds
Build:	Slender
Hair:	Black
Occupation:	Teacher
Scars and Marks:	Small scars on both knees
Eyes:	Brown
Complexion:	Light brown
Race:	Negro
Nationality:	American
Fingerprint Classification: 4 M 5 Ua 6	
I 17 U	
CAUTION	
ANGELA DAVIS IS WANTED ON KIDNAPING AND MURDER CHARGES GROWING OUT OF AN ABDUCTION AND SHOOTING IN MARIN COUNTY, CALIFORNIA, ON AUGUST 7, 1970. SHE ALLEGEDLY HAS PURCHASED SEVERAL GUNS IN THE PAST. CONSIDER POSSIBLY ARMED AND DANGEROUS.	
A Federal warrant was issued on August 15, 1970, at San Francisco, California, charging Davis with unlawful interstate flight to avoid prosecution for murder and kidnaping (Title 18, U. S. Code, Section 1073).	
IF YOU HAVE ANY INFORMATION CONCERNING THIS PERSON, PLEASE NOTIFY ME OR CONTACT YOUR LOCAL FBI OFFICE. TELEPHONE NUMBERS AND ADDRESSES OF ALL FBI OFFICES LISTED ON BACK.	
 DIRECTOR FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE WASHINGTON, D. C. 20535 TELEPHONE, NATIONAL 8-7117	
Entered NCIC Wanted Flyer 457 August 18, 1970	

Abb. 2 FBI-Fahndungsplakat: »Interstate Flight Murder Kidnapping Angela Yvonne Davis«. 1970

für einen missglückten Befreiungsversuch eines Mitglieds der Black Panther Party Waffen besorgt zu haben. Das FBI-Fahndungsplakat (Abb. 2) schreibt sie wegen Kidnappings und Mordes als Folge einer Entführung und Schießerei in Marin County, California, am 7. August 1970, aus, und weist darauf hin, sie sei

möglicherweise bewaffnet und gefährlich. Negt ging in seinen Ausführungen allerdings nur am Rande auf Angela Davis ein. Stattdessen ergriff er die Gelegenheit, die Bombenanschläge der Baader-Meinhof-Gruppe zu thematisieren, die in den vorangegangenen Wochen die Öffentlichkeit der Bundesrepublik erschüttert hatten (Negt 2019, S. 115–131). Er legte eine pointierte Analyse der bundesrepublikanischen Gesellschaft vor, um Gewaltradikalismus »unter zum Teil heftigen Unmutsäußerungen der Zuhörer« (Kraushaar 1998, S. 522) als unvereinbar mit den Zielen der politischen Linken scharf zu kritisieren. Am Tag nach dieser Kundgebung erfolgte übrigens, womit in Frankfurt niemand gerechnet hatte, der Freispruch Davis‘ von allen Punkten der Anklage durch das zuständige Gericht im kalifornischen San José.

2.2 Lernen und Bildung I: gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Den Einstieg in den Themenbereich des Lernens und der Bildung hatte für Negt die – bereits erwähnte – Erwachsenenbildung in der Bundesschule des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Oberursel gebildet. Die dortige Bildungsarbeit bestand damals in einer spezialisierten Funktionärsschulung, die der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaft und sozialdemokratischer Partei entsprach, wobei freilich eine »selbstverständliche Verbindung zwischen den emanzipativen Zielen der Arbeiterbewegung und einer Theorie, die sie wissenschaftlich begründen könnte, [...] nicht mehr voraussetzen« war (Negt 1971, S. 18). Entsprechend beschränkte sich diese Weiterbildung auf die Vermittlung von Faktenwissen. Die Kurse für Betriebsräte, die er kennen lernte, machten Negt, wie er später schreibt, fassungslos: »Wie im traditionellen Schulunterricht wurde der Stoff autoritativ diktiert [...] Die Stofffülle erdrückte jede Form intensiven Lernens« (Negt 2019, S. 257). Der Unterrichtsstoff und der lebenspraktische Wissensbestand der Lernenden blieben ohne jeden Bezug nebeneinander stehen. In einer Veranstaltung eines ehemaligen Staatsanwalts zum Arbeitsrecht beobachtete er, wie ein großer Teil der Teilnehmer allmählich dem Schlaf verfiel. Für seinen erwachsenenpädagogischen Weg, der aus dieser unproduktiven Form der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit führte, griff Negt zum einen auf die Kritik der soziologischen Denkweise des Soziologen Charles Wright Mills zurück, und zum anderen auf den pädagogischen Ansatz von Martin Wagenschein.

Zunächst zum Soziologen Mills. Er entwirft in seiner Schrift *The Sociological Imagination* (1959) ein sozialwissenschaftliches Programm, das Menschen unterstützen soll, sich in den enormen gesellschaftlichen Umwälzungen ihrer Zeit zu

orientieren. »Die geschichtliche Dynamik«, so seine Feststellung, »überfordert heute die menschliche Fähigkeit, sich an anerkannten Werten zu orientieren« (Mills 2016, S. 25). Die traditionellen Verhaltens-, Denk- und Wahrnehmungsweisen haben ihre Tauglichkeit für die Ära nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingebüßt, und neuere Orientierungsansätze scheinen allenfalls schemenhaft auf. In einer Welt, in der viele Gewohnheiten durch Anforderungen politischer, industrieller und kultureller Neuentwicklungen entwertet werden, brauchen die Individuen nicht nur Informationen. Die Medien überhäufen sie zwar mit Fakten, aber die Vielfalt und Unverdaulichkeit der fragmentierten Informationen überfordern die Verarbeitungsmöglichkeiten. In der globalisierten und verwissenschaftlichten Welt müsste es nach Mills vielmehr um die Entwicklung von Kompetenzen gehen, die instand setzen, Informationen zu nutzen und Urteilsvermögen zu bilden, um ein Bild davon zu erschließen, was in der Welt geschieht und was davon den Einzelnen betrifft. Diese Qualifikation kann als »sociological imagination« (Mills 1959, S. 11) bezeichnet werden. Das Wort *imagination* kann mit »Vorstellungskraft« (was ich im Folgenden bevorzuge) oder mit »Phantasie« ins Deutsche übersetzt werden.

Mills war sich der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft in einer demokratisch verfassten Gesellschaft bewusst. Um dieser gerecht zu werden, müssen sich die Gesellschaftswissenschaften der Aufgabe zuwenden, soziologische Vorstellungskraft zu kultivieren, um Menschen in die Lage zu versetzen, sowohl ihre eigene Lage zu reflektieren als auch gesellschaftliche Wege in die Zukunft angemessen einzuschätzen. »Sich für diese Ziele einzusetzen heißt, sich für Vernunft und Eigenständigkeit einzusetzen und sie zu vorherrschenden Werten einer demokratischen Gesellschaft zu machen.« (Mills 2016, S. 278).

Negt lag damals eine Übersetzung des Mills-Textes vor, die *sociological imagination* mit »Fähigkeit zu einem soziologischen Denken[...], das mit schöpferischer Phantasie begabt ist« umschrieb (Mills 1963, S. 41). Er wählte dagegen – wie es die spätere Übersetzung von 2016 ebenfalls tat – den Begriff der soziologischen Phantasie, und diese gedieh ihm zum Ausgangspunkt seines Konzepts der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Das gelang, weil er es mit dem exemplarischen Prinzip verband, das Martin Wagenschein für mathematisch-naturwissenschaftliche Pädagogik entwickelt hatte. Entsprechend wählte er für den Titel seines Modells der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit »Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen« (Abb. 3).

Die zweite Säule des Negt'schen Ansatzes gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, das exemplarische Prinzip, bietet einen Weg aus dem Stoffelend des Fakten-Lernens. Dieser Weg, den Wagenschein für die allgemeinbildende Schule gebahnt hatte, läuft allerdings jenseits des konventionellen Unterrichts, der sich



Abb. 3 Oskar Negt: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Erstauflage 1968, erweiterte Fassung 1971

am Fachbuch orientiert. Das Fachbuch des Schulunterrichts bildet ein Wissensgebäude im Kleinformate ab. Die daran ausgerichtete Bildungskonvention geht davon aus, dass Lernen am besten funktioniert, wenn der Stoff in kleine Hapfen aufgeteilt wird, und die Schülerinnen und Schüler ein Pensum nach dem anderen durchführen. Wenn alles geschafft ist, soll am Ende ein Verständnis für die Denkweise des betreffenden Faches stehen. Doch wie die Erfahrungen zeigen, ist das nicht der Fall. Betrachten wir zum Beispiel das Fach Mathematik: Das Pensum-Lernen erzeugt erfahrungsgemäß bei einem erheblichen Teil einer Schulklasse eine Abneigung, während sich nur ganz wenige für den Stoff begeistern und diesen Typ des Denkens goutieren. Um solche Folgen des Unterrichts zu vermeiden, setzt Wagenschein an die Stelle des konventionellen Unterrichts das exemplarische Prinzip. Den Bildungsprozess fasst er als einen Vorgang auf, in dem Schülerinnen und Schüler vor ein Problem gestellt werden, das sie in ihren Denkgewohnheiten herausfordert. Der exemplarische Fall gibt diesen Anstoß.

Er ist nicht identisch mit einem der vielen Fakten aus dem Lernpensum, vielmehr muss er von der Art eines Pfeilers sein, der für das betreffende Wissensgebiet eine tragende Funktion hat. Dieses »Einzelne, in das man sich hier versenkt, ist nicht Stufe, es ist Spiegel des Ganzen« (Wagenschein 1975, S. 12).

Ein Schulbuch präsentiert ein widerspruchsfreies Gebäude eines Wissensbestandes auf dem Niveau, das Kindern zugänglich ist. Doch die kognitiven Lerninhalte der Schule sind abgehoben von der Lebenspraxis, da sie der fachlichen Logik folgen und insofern am Bestand des lebensweltlichen Orientierungswissens vorbeigehen. Das exemplarische Prinzip ist dagegen durch das Bemühen geprägt, nicht direkt in den Wissensbestand des Schulbuches zu springen, sondern vom Lernenden auszugehen (wovon im nachfolgenden Abschnitt zur Glocksee-Schule detaillierter gesprochen werden wird). An einem ausgewählten exemplarischen Fall kann der Bildungsgang schrittweise – und durchaus auch über Umwege – zu tragfähigem Wissen gelangen. Lehrerinnen und Lehrer, die sich auf diesen Weg begeben, sind in besonderer Weise gefordert. »Kein philosophisch nicht angerührter Lehrer ist imstande«, führt Wagenschein für diese Form des Unterrichts aus, »allgemeinbildend zu unterrichten« (Wagenschein 1975, S. 20).

Negt macht das exemplarische Prinzip Wagenscheins für die gewerkschaftliche Erwachsenenbildung nutzbar, indem er es für gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen neu konzipiert. Da die Idee des Exemplarischen auch in diesem Bereich seine Bedeutung für Bildungsprozesse verliert, wenn es lediglich in eine Methode der Stoffreduktion verwandelt wird, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: erstens »die Revision des auf die Vergangenheit beschränkten bürgerlichen Geschichtsbegriffs«, und zweitens »die Überwindung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Einzelwissenschaften« (Negt 1971, S. 26). Unter dieser Voraussetzung kann es gelingen, an »soziologische Phantasie« anzuknüpfen, die Charles Wright Mills als Denkvermögen beschreibt, das befähigt, »strukturelle Zusammenhänge zwischen individueller Lebensgeschichte, unmittelbaren Interessen, Wünschen und Hoffnungen und geschichtlichen Ereignissen zu erkennen« (Negt 1971, S. 28).

Für Berufstätige hat Arbeit zentrale Bedeutung für Realitätsbezüge und soziale Kommunikation. In dem Maße allerdings, wie politische Parteien und der öffentliche Diskurs allein das *Einkommen*, also den Konsumentenstatus der Menschen, ins Zentrum der Aufmerksamkeit stellen, werden wesentliche Dimensionen ausgeblendet. Damit treten Möglichkeiten für die Industriearbeiterschaft in den Schatten, produktiv auf die Gestaltung ihrer unterschiedlichen Tätigkeiten und Existenzbedingungen Einfluss zu nehmen, um zu befriedigenden Arbeits- und Lebensverhältnissen zu gelangen. Unter solchen Voraussetzungen

verwandelt sich die *Zahlung für geleistete Arbeit* faktisch zu einem Ausgleich für erfahrene Mangelsituationen. Sie ermöglicht *Ersatzbefriedigung*, während der für Arbeitszufriedenheit zentrale Bereich der materiellen Produktion ebenso wie überhaupt die Grundlagen des alltäglichen Seins unverändert bleiben wie sie sind. Negt kritisiert die Haltung, allein das Einkommen ins Zentrum zu stellen, aber er redet dabei die gewerkschaftlichen Kämpfe um die Lohnhöhe nicht klein. Er verweist indes darauf, dass mit der Verengung auf die ökonomische Dimension »die Ebene der Konflikte nicht erreicht wird, welche die Gesellschaft verdrängt und die sich der Arbeiter ohne soziologische und sozialpsychologische Interpretationshilfe⁴ nicht bewusst machen kann« (Negt 1968b, S. 40). In dem Maße wie Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbildung den Kern der Konflikte der sich in raschem Wandel befindlichen Arbeitswelt ausklammern, verstärken sie Desorientiertheit und Unsicherheit. »Das ist aber der traditionelle Nährboden für konformistische und autoritäre Einstellungen.« (Negt 1971, S. 55).

2.3 Lernen und Bildung II: Glocksee-Schule

Es geschieht so gut wie nie, dass ein Soziologe eine allgemeinbildende Schule gründet. Doch genau das tat Oskar Negt. Bildungseinrichtungen sind nicht nur ein Thema der pädagogischen und fachdidaktischen Wissenschaften, sie sind von gesellschaftswissenschaftlicher Relevanz.

Die Glocksee-Schule entstand als Schulversuch im Jahre 1972 für die Klassenstufen eins bis sechs in Hannover. Ihren Namen hat sie von ihrem ersten Standort im Zentrum der Stadt, einem früheren Fuhramt in der Glockseestraße. Im Frühjahr 1979 zog sie um in ein größeres Schulgebäude im Stadtteil Hannover-Kleefeld, wenig später kam die Erweiterung bis zur zehnten Klasse. Bis heute besteht die Glocksee-Schule als die einzige *staatliche* Schule in der Bundesrepublik, die den Konventionen der Regelschule eine Absage erteilt. Im Niedersächsischen Schulgesetz wurde sie 1994 als staatliche Angebotsschule mit besonderer pädagogischer Prägung verankert. Dieses Modell für eine Reform der Regelschule zeigt, dass Schule auch ohne Leistungszwang, Zensuren, Klassenarbeiten, Stundenplan und Versetzungen funktionieren kann. Sechs Jahre nach

⁴In der Erstfassung von *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen* ist, Wagensteins pädagogischem Ansatz entsprechend, von Interpretationshilfe die Rede, während die überarbeitete Neuausgabe nur von Interpretation (Negt 1971, S. 54) spricht – und damit die jeweiligen Eigenleistungen der Beteiligten im Bildungsprozess an den Rand drängt.



Abb. 4 Dokumentarfilm zur Glockseeschule. Plakat, 1978

ihrer Gründung entstand der Dokumentarfilm von Günther Hörmann, der diese *Schule ohne Zwang* vorstellt (Abb. 4). Tatsächlich lernte die Pädagogik der Regelschulen im Laufe der Zeit ein – kleines – Stück weit von den alternativen Erfahrungen.

Negts Bildungsbegriff hat zwei tragende Säulen, die sich von der Tätigkeit in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit bis zur Glocksee-Schule durchhalten. Erstens geht es darum, den Weg zu »vollseitig entwickelte[n] Menschen«

zu ebnen, den bereits Karl Marx als Ziel der »Erziehung der Zukunft« anstrebte (Marx 1962, S. 508). Fähigkeiten müssen gebildet werden, um Lebenspraxis produktiv zu gestalten⁵. Zweitens nimmt Negt das durch lebensweltliche Erfahrung begründete Denken ernst, über das Lernende verfügen, und vermeidet »Trichterpädagogik«, also Lehrmethoden, die Lernende als unbeschriebene Blätter betrachten, die mit kognitivem Wissen unterschiedlicher Art befüllt werden können. Kinder wie Erwachsene haben einen – wie auch immer gearteten – Bestand an lebenspraktischem Orientierungswissen, und daran sollten Lernprozesse ansetzen. Lernen ist Wissen wechseln. Deshalb erscheint es sinnvoll, Lernprozesse gemäß der Pädagogik Wagenscheins zu strukturieren. Beide Aspekte werde ich nun behandeln, die *Schritte zu einer selbstbestimmteren Lebenspraxis* zuerst.

Im Unterschied zu den Alternativschulen, die als Privatschulen zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden, beruht das Glocksee-Konzept auf Erkenntnissen, die ehemals noch nicht vorhanden waren. Dazu zählen Faschismus-Analysen die gezeigt hatten, dass der autoritäre Charakter für das Funktionieren der Diktatur wesentlich war. Bei einem großen Teil der deutschen Bevölkerung war die Persönlichkeitsstruktur in hohem Maße darauf ausgerichtet, sich an Direktiven von außen zu orientieren und Fremdzwängen zu gehorchen, und selbst wiederum andere – sowohl Erwachsene als auch Kinder – gemäß dem Schema von Befehl und Gehorsam zu behandeln. Diese Menschen hatten einen Führer gesucht und gefunden. Solche autoritären Charaktere entwickeln sich in entsprechenden Sozialisationsprozessen, also in einer »autoritäre[n] Familienstruktur«, die selbst »in engstem Zusammenhang mit der autoritären Struktur des Staates« steht (Elias 2005, S. 426 f.). Die nationalsozialistische Diktatur wurde 1945 zwar militärisch vernichtet, aber alte Denk- und Verhaltensweisen wirkten in Familien und Bildungsinstitutionen weiter. »Die Entwöhnung von einer Ordnung der Dinge, bei der eine symbolische Herrscherfigur die Verantwortung für ein Volk von Untertanen trägt, und die Umstellung auf ein Regime, das dem Einzelnen

⁵Marx hielt in einer Frühschrift aus dem Jahre 1844 fest, »das Privateigentum hat uns so dumm und einseitig gemacht, dass ein Gegenstand erst der *unsrige* ist, wenn wir ihn haben«, und dagegen betont er, »der Mensch eignet sich sein allseitiges Wesen auf eine allseitige Art an, also als ein totaler Mensch. Jedes seiner *menschlichen* Verhältnisse zur Welt, Sehn, Hören, Riechen, Schmecken, Fühlen, Denken, Anschauen, Empfinden, Wollen, Tätigsein, Lieben, kurz, alle Organe seiner Individualität, wie die Organe, welche unmittelbar in ihrer Form als gemeinschaftliche Organe sind, sind in ihrem *gegenständlichen* Verhalten oder in ihrem *Verhalten zum Gegenstand* die Aneignung desselben« (Marx 1968, S. 539 f.).

selbst eine, wie immer begrenzte, Verantwortung auferlegt«, ist »ein langwieriger Prozess« (Elias 2005, S. 429). Das anti-autoritäre Konzept der Glocksee-Schule verfolgte das Ziel, diesen Prozess als modellhafte Bildungsinstitution voranzubringen.

Ähnlichkeiten der Glocksee-Schule bestehen zur Laborschule in Bielefeld, die 1974 nach Ideen des Pädagogen Hartmut von Hentig gegründet wurde. Doch beide unterscheiden sich in ihrer Entstehungsgeschichte. Die Gründung der Glocksee-Schule verdankt sich Initiativgruppen, die im kulturellen Aufbruch der späten 1960er Jahre wurzeln. *Kinderläden* waren gegründet worden, die versuchten, den Kindern einen Freiheitsspielraum zu verschaffen, der Selbstregulierung ermöglicht. Die Voraussetzung dafür »ist ein liebevolles Klima, wo affektive Zuwendung möglich ist, in dem keine festen rigiden Deutungsmuster von den erwachsenen Bezugspersonen vorgegeben sind, sondern der Erfahrungsspielraum für das Kind in jeder Hinsicht offen gehalten wird« (Bott 1970, S. 50). Außerdem gab es die *Aktion Kleine Klasse*, eine Bürgerinitiativbewegung, die sich für bessere Verhältnisse in den Schulen engagierte. In diesen Bezügen entstand Negts Idee, eine antiautoritäre Schule zu gründen. Ein Initiativkreis aus Lehrern und Eltern bildete sich, um das Vorhaben voranzubringen. Da Negt stets Wert darauf legte, das Projekt nicht in den Zusammenhang von Privatschulen (Waldorfschulen, Montessorischulen) schieben zu lassen, konnte die Glocksee-Schule dank einer günstigen Ausgangslage als Schulversuch etabliert werden (was auch den Vorteil einer staatlich finanzierten wissenschaftlichen Begleitung brachte). Zu dieser Konstellation zählten institutionelle Entscheidungsträger, von denen einige zu erwähnen sind (Negt 2014, S. 50 f.): erstens der soeben als 28-jähriger Sozialdemokrat zum Oberbürgermeister Hannovers gewählte Herbert Schmalstieg, der, was für die städtische Schulverwaltung wesentlich war, das Projekt unterstützte; zweitens der niedersächsische Kultusminister Peter von Oertzen, der zwar ein alter politischer Freund Negts war, aber erst seine Zustimmung gab, als Negt zusicherte, dass ein Aufnahmeschlüssel von wenigstens 50 % Arbeiterkindern für die Schule verbindlich⁶ sei; dazu kommen als Förderer drittens Ernst Gottfried Mahrenholz, Leiter der Staatskanzlei, und

⁶Die Vorgabe, 50 % der Kinder sollten aus Arbeiterhaushalten stammen, ließ sich nicht durchhalten. Gleichwohl ergibt ein beispielhafter Blick auf die Eltern eines 5. Jahrganges, dass deren soziale Lagen sehr unterschiedlich waren. Das Spektrum reichte von Arbeitslosigkeit (auch im Zusammenhang von Drogenabhängigkeit) oder prekären Arbeitsverhältnissen der Erziehungsberechtigten, von Eltern im Studium bis hin zum Professorenhaushalt (Köhler und Krammling-Jöhrens 2000, S. 94 f.).

schließlich viertens Rolf Wernstedt, Landtagsabgeordneter und späterer Minister. Negt ergriff tatkräftig die Gelegenheit, die gewählten links-sozialdemokratischen Inhaber politischer Ämter mit dem Drängen der emanzipatorischen Initiativen zusammenzubringen.

Die Glocksee-Pädagogik folgte in den Anfangsjahren der – bereits in der Kinderladenbewegung entwickelten – Leitidee, die Macht der Erwachsenen über die Kinder zu beseitigen. Diese anti-autoritäre Orientierung zielte darauf, die Kleinen vom Druck ständig möglicher Eingriffe der Erwachsenen zu entlasten. Bedingungen für die *Selbstregulierung der Kinder* zu schaffen hieß keinesfalls, sie sich selbst zu überlassen, »sondern dass die Dialektik zwischen Subjekt und Objekt, zwischen Erwachsenen und Kindern, im pädagogischen Arbeitsprozess wie in der Organisation der Schule, tatsächlich ausgetragen wird. Damit das keine bloße Scheinvermittlung bleibt, weil die eine Seite immer im Recht ist, weil die Erwachsenen die richtige Didaktik, die richtige Planung und die richtigen Ziele haben, müssen, wie in jeder dialektischen Beziehung, beide Seiten ein Stück Selbständigkeit und eigene Artikulationsfähigkeit haben.« (Negt 1975/76, S. 52) Nie war gemeint, dass sich Lehrerinnen und Lehrer in der Gruppe unsichtbar machen und sich völlig unbeteiligt außerhalb der kindlichen Prozesse positionieren sollten. Bloße »laissez-faire«-Haltung würde einer Vernachlässigung der Kinder gleichkommen. Bei Konflikten zwischen den Kindern geht es für die erwachsenen Bezugspersonen darum, nicht direkt steuernd eingreifen, da solche Interventionen die Gefahr bergen, die Kinder auf Rollen festzulegen und ihre Kommunikationsweisen zu stören. Sofern die Erwachsenen selbst angesprochen sind, müssen sie reagieren, um für die Kinder in ihrem Wesen greifbar zu sein, wobei entscheidend ist, dass ihre Eingriffe von den Kindern zurückgewiesen werden können. Solche Konflikte, in denen »die Lehrerinnen und Lehrer standen, zeigen die Spannung zwischen Pädagogik und Selbstregulierung, die sie in ihrem Handeln auflösen mussten« (Köhler und Krammling-Jöhrens 2000, S. 46). Nicht nur die Schülerinnen und Schüler lernen also in der Glocksee-Schule, sondern auch die Lehrkräfte – und selbstverständlich auch die involvierten Eltern – durchlaufen Bildungsgänge durch wechselseitigen Austausch und Einfluss.

In den ersten Jahren bestanden weite Freiheitsräume für die Kinder. Die Schule sollte der Lebens- und Erfahrungsraum der Kinder sein. Sie galt nicht als reiner Raum des Lernens, aus dem Spielen zu verbannen sei, vielmehr sollte beides jederzeit möglich sein. Die Türen standen offen, damit der Unterricht in frei wählbaren Angeboten erfolgen konnte. In den 1990er Jahren setzte sich indes eine gewisse Strukturierung durch. Nun verlangte der in den Tagesablauf eingebaute Unterricht verbindlich Teilnahme. Die Spannung von Selbstregulierung

und Strukturierung erlaubt aber für die unteren Jahrgänge nach wie vor »viel Offenheit und Aushandlungsspielräume«; erst für die Älteren, für die später dazugekommene Oberstufe, ist der Schulalltag »stark rhythmisiert, individuelle Aktivitäten sind weitgehend auf die Pausen beschränkt« (Köhler und Krammling-Jöhrens 2000, S. 96 f.).

Das Streben nach einem höchst möglichen Maß an Selbstregulierung der Kinder ist durch den Versuch motiviert, Verbindungen von schulischem Lernen und Alltagsleben zuzulassen. Negt diskutiert das Ziel der Glocksee-Idee als Gegenmodell zum »Schulchock«, der vielfach nach der Einschulung in die herkömmliche Schule auftritt. Die Ursachen für diesen Schock können in Ängsten vor einer ungewohnten Institution liegen, aber entscheidend ist die Umwertung der Werte. Spielen, Freundschaften schließen, Phantasieren, sich zwanglos sprachlich verständigen: über alles wird ein Raster der Leistungsbewertung gestülpt. Die Schule entwertet ein Bündel der in der Familiensozialisation erworbenen Produktionsformen von Erfahrung und belegt es mit Strafen, indem sie den Fokus auf messbare Leistung legt. So entstehen Parallelwelten. Zum einen findet der offizielle Unterricht statt, zum anderen gibt es abgespaltene Aktivitäten, unter dem Tisch oder im Träumen während des Unterrichts. Für die Glocksee-Pädagogik geht es dagegen »wesentlich um die Überwindung des Bruches von Primärsozialisation und Schule«, und entsprechend darum, »den Leistungsbegriff vom Kinde her neu zu definieren und die Organisationsformen des Lernens dementsprechend zu verändern« (Negt 1975/76, S. 47).

Die Bedingungen der Aneignung von Texten und Bildern hat sich, ebenso wie das Hören von Musik, im letzten Jahrhundert durch die stürmischen Fortschritte der technisch-industriellen Medien schubweise immer wieder verändert. Zu den Marksteinen dieser Entwicklung zählen das drahtgebundene Telefon, der drahtlose Rundfunk, die illustrierte Zeitung, die Fotografie und der Film, die Schallplatte, das Fernsehen, und in den letzten Jahrzehnten bündelte die digitale Revolution die vorangegangenen Einzelmedien im Personal Computer und im Smartphone (Hieber et al. 2017). In dieser Welt bleibt unbestreitbar die sinnverstehende Aneignung von Informationen eine Hauptaufgabe der Schule. Für die Glocksee-Pädagogik geht es in diesem stürmischen Wandel darum, die sogenannten Kulturtechniken des Lesens, Schreibens, Rechnens und Bildverstehens in den Zusammenhang lebendiger Beziehungen des Kindes zu seiner Lebenswirklichkeit einzubinden. Sie betrachtet das Lernen als Moment eines ganzheitlichen Bildungsprozesses, der sich mit individueller Sozialisationsbiografie und mit gesellschaftlichen Veränderungen entwickelt. »Ein auf die

Grundausrüstung der Gesamtperson bezogener Leistungs- und Lernbegriff setzt eine Konkretisierung des Verhältnisses zwischen dem schulischen Vergesellschaftungsprozess des Kindes und der gesellschaftlichen Wirklichkeit voraus.« (Negt 2014, S. 69)

Damit komme ich zur zweiten Säule von Negts Bildungsbegriff, der auf der Pädagogik Wagenscheins aufbaut. Diese gibt den Schlüssel in die Hand, der die *Verbindung von Lebenspraxis des Kindes mit dem Lernen in der Schule* ermöglicht. Vom exemplarischen Prinzip, das Negt für gewerkschaftliche Weiterbildung fruchtbar machte, war bereits die Rede. Wagenschein bezeichnet seine Lehrweise als genetisch-sokratisch-exemplarisch, wobei das Genetische, das vom Kind ausgehende, führend ist. »Kinder denken, sich selbst überlassen, immer von der Sache aus, ihrer Sache, der Sache, die sie antreibt.« (Wagenschein 1973, S. 11) Die sokratische Methode dient der Unterstützung des Erkenntnisprozesses im Gespräch. Die Beschränkung auf den exemplarischen Fall erlaubt es, in die Tiefe zu gehen. Dieses Lernen erfordert Muße. Da kindliche Wahrnehmungs- und Denkprozesse ein Eigenleben haben, können sie nur schlecht in einem vorgegebenen 45-Minuten-Schulstundentakt funktionieren. Wagenschein fordert deshalb den Epochenunterricht. Das entspricht der »Ausgangslage in der Glocksee-Schule«, da »für die Unterrichtsorganisation von vornherein keine organisatorischen Einschränkungen vorliegen«, und zugleich durch die praktizierte »Aufhebung der Fächeraufteilung« die Versenkung in eine Fragestellung möglich ist (Hermann 1975/76, S. 95). So hat die Glocksee-Praxis sich das Konzept Wagenscheins mit großer Selbstverständlichkeit angeeignet.

Der Fachunterricht der traditionellen Schule, der die Glocksee-Schule als Alternative gegenübersteht, folgt dem Aufbau von Lehrbüchern. Das Lehrbuch zeichnet in stark reduzierter Form das jeweilige fachwissenschaftliche Gebäude nach. Solchen Unterricht bezeichnet Wagenschein als das »darlegende Lehren« und vergleicht es mit »der Führung durch eine geordnete Ausstellung der Funde einer abgeschlossenen Expedition« (Wagenschein 1975, S. 59). Eine gute Führung wird durchaus die Schüler zu Wort kommen lassen und Diskussionen ermöglichen. Doch da der traditionelle Fachunterricht der Logik eines bereits bestehenden Wissenssystems folgt, repräsentiert er eine eigene – vom Bestand des lebenspraktischen Erfahrungswissens getrennte – Welt. Der genetische Lehrgang dagegen verzichtet auf die Orientierung an der Systematik eines vorgegebenen Gerüsts, präsentiert nicht Fakten und leitet theoretische Erklärungen her, sondern geht von einer Fragestellung aus, die zu Entdeckungen führen kann. Während die Führung durch Exponate einer Expedition immer ein Stück weit auf das Vertrauen baut, dass die präsentierten Stücke auch den bezeichneten Ursprung

und entsprechende Bedeutung haben, ankert der genetische Bildungsgang im lebensweltlichen Erfahrungsraum der Lernenden. »Für jedes Lernen, das dem Einzelnen Orientierungswissen vermittelt, ist [...] die Rückbeziehung auf den eigenen Lebenszusammenhang unerlässlich.« (Negt 2016, S. 219).

Carl Friedrich von Weizsäcker argumentiert, es sei »psychologisch unwahrscheinlich, dass der Ort in der Seele des durchschnittlichen Menschen, den früher die Religion einnahm, heute leer stehen könnte«; an diesem Ort stehe »heute die Wissenschaft, oder, wenn man genauer reden will, der Szientismus, das heißt der Glaube an die Wissenschaft« (Weizsäcker 1964, S. 4). Die Parallelen von Kirche und Wissenschaft sind frappierend. Wie die Religion eine organisierte Kirche mit ihrer Priesterschaft hat, die heilige Texte lesen und auslegen können, verhält es sich entsprechend mit dem Wissenschaftssystem. Auch die Wissenschaft hat etwas dem Priesterstand vergleichbares, nämlich die Experten, die fachwissenschaftliche Texte lesen und interpretieren können. Während die statistische Methodik des Sozialwissenschaftlers oder die mathematische Formel des Physikers für Experten verstehbar sind, bleiben sie für Laien undurchschaubar. Für Laien besteht die Möglichkeit, den Experten zu glauben. Aber sie können sich ebenso gut einer Sekte um einen anti-wissenschaftlichen Guru anschließen und diesem glauben.

Der genetische Bildungsgang der an Wagenschein orientierten Glockseepädagogik, der von exemplarischen Fällen ausgeht, kann als eine Übung im Zugang zu wissenschaftlichem Wissen aufgefasst werden. Der Erwerb solcher Kompetenzen ist für das Verstehen unserer verwissenschaftlichten Welt unverzichtbar.⁷ Weiterhin in dieser Richtung zu gehen erscheint angesichts einer Medienwirklichkeit, deren Struktur zur Fragmentierung des Wissens und damit zur Desorientierung beiträgt, für eine demokratische Gesellschaft nach wie vor eine wesentliche Aufgabe.

⁷Glauben kann, wie frühere und gegenwärtige Erfahrungen mit politisch-wirtschaftlichen Entscheidungen deutlich machen, durchaus auf den falschen Pfad führen. Ein Beispiel ist die Auseinandersetzung um die Atomkraftwerke in der Bundesrepublik der 1970er Jahre, die damals die interessierte Industrie mit Hilfe der beteiligten Gewerkschaften und der Politik – gegen wissenschaftliche Expertise und Anti-AKW-Bewegung – zu ihren Gunsten entschied. Ein anderes ist die Covid-19-Krise seit Anfang 2020, in deren Verlauf die politischen Entscheidungsträger zwischen unterschiedlichen Glaubenspositionen zerrieben wurden. In solchen Fällen finden sich häufig Vertreter der einen Position (als »Experten« mit akademischen Titeln), denen die einer Gegenposition (ebenfalls als »Experten« mit akademischen Titeln) gegenüberstehen – und dazwischen befinden sich die Laien.

3 Fazit

Traditionelle Sozialwissenschaft zieht einen Trennungsstrich, der die gesellschaftliche Realität zu etwas macht, das von außen betrachtet wird. Ein Fachgelehrter dieses Typs betrachtet sich als bloßen Zuschauer. Dagegen geht das kritische Denken von der »Theorie als Moment einer auf neue gesellschaftliche Formen abzielenden Praxis« aus (Horkheimer 1988, S. 190). Diesem letztgenannten Ansatz folgend richtet sich auch das Denken Negts auf Möglichkeiten besserer Lebensverhältnisse. In seiner theoretischen und praktisch-politischen Arbeit ergriff er Chancen, wenn sie sich boten. Dabei blieb er nicht Theoretiker, sondern begab sich auch in Tätigkeitsfelder, um – stets in Kooperationen – zweckdienliche Konzepte zu entwickeln. Die Schritte des gesellschaftlichen Wandels gaben den Takt. Am Anfang stand das Thema der gewerkschaftlichen Arbeiterbildung. Als die Studentenbewegung der späten 1960er Jahre zur Triebkraft einer breiteren Bewegung wurde, die verknöcherten – und noch immer durch das nationalsozialistische Erbe geprägten – Verhältnissen den Kampf ansagte, schaltete er sich ein. Er wurde, wie Habermas ihn damals apostrophierte, zum Mentor des Frankfurter SDS (Abb. 5). Nachdem die Anstöße zur Reformarbeit auf allen Ebenen des Bildungssystems, die durch die Protestbewegung initiiert worden waren, bereits ins Stocken geraten waren, gelang Negt die Gründung einer staatlichen Alternativschule. Später versuchte er, sowohl als Mitglied des Sozialistischen Büros als auch in Diskussionskreisen mit links-sozialdemokratischen Politikern, einen progressiven Impetus zur Geltung zu bringen. Durch seine Eingriffe und durch die mit diesen verflochtene Theorieentwicklung schält Negt in seinem vielfältigen Werk die Praxisrelevanz der Kritischen Theorie heraus.

Negts sozialwissenschaftliche Arbeiten folgen einer Programmatik, die sich auch mit Charles Wright Mills Ideen zum Verhältnis von Sozialwissenschaften und kritischer intellektueller Praxis trifft. »Es ist die ständige politische Aufgabe des Sozialwissenschaftlers – wie jedes liberalen Pädagogen – persönliche Schwierigkeiten in öffentliche Probleme zu übersetzen und die Letzteren so zu formulieren, dass ihre Bedeutung für das Leben einer Vielfalt von Individuen deutlich wird.« (Mills 2016, S. 278) Doch in einem Punkt besteht ein Unterschied. Mills zählte zu den US-amerikanischen Intellektuellen, die in den 1960er Jahren den Bruch konstatierten, der das Ende des Zeitalters der »Moderne« einläutete. »Wir stehen am Ende der ›die Moderne‹ genannten Epoche. Genauso wie die Antike von mehreren Jahrhunderten orientalischer Vorherrschaft abgelöst wurde, die man im Westen provinziell ›das dunkle Zeitalter‹ nennt, folgt jetzt



Abb. 5 Oskar Negt, Rede im Hörsaal IV der Frankfurter Universität (mit handschriftlicher Bezeichnung Negts). [Foto: Archiv Negt]

dem Zeitalter der Moderne eine postmoderne⁸ Epoche.« (Mills 2016, S. 248) Als Kennzeichen der Postmoderne benennt Mills die Zentralisierung der Macht- und Entscheidungsmittel in den großen wirtschaftlichen Konzernen, im wachsenden Staatsapparat und in der Steigerung des militärischen und ordnungspolitischen Potenzials. Angesichts dieser gesellschaftlich bestimmenden Strukturen sieht er, dass sich Anpassungsverhalten im Leben der Individuen ausbreitet. Die Menschen nutzen die Zeit, die ihnen die Arbeit übriglässt für Konsum, Spaß und Spiele – in einer ihrerseits der ökonomischen Rationalität unterworfenen Freizeitphäre. Und Mills fragt sich besorgt, ob der entfremdete Menschentyp als

⁸Für den englischen Begriff »post-modern period« (Mills 1959, S. 184), der sich in den USA bereits etabliert hatte, fand die erste Übersetzung des Mills-Buches ins Deutsche die Formulierung »nach-moderne Periode« (Mills 1963, S. 216). Dieser Sprachgebrauch hält sich durch die 1960er Jahre durch, bis zur Übersetzung des epochalen Vortrages *Das Zeitalter der neuen Literatur* des US-Literaturwissenschaftlers Leslie A. Fiedlers im Wochenblatt *Christ und Welt* vom 13.09.1968.

»fröhlicher Roboter« (the Cheerful Robot) die Oberhand gewinnen wird (Mills 2016, S. 255). Mills starb 1962. Er konnte weder ahnen noch wissen, dass sich im Laufe der unmittelbar folgenden Jahre in den USA eine Gegenkultur herausbilden würde, die sich in klarer Opposition gegen die bestehenden Strukturen und damit gegen die Hegemonie der White Anglo-Saxon Protestants (WASP) auflehnte, um eine eigene Kultur zu etablieren. Daraus gingen zum einen neue Formen der basisdemokratischen Durchsetzung emanzipatorischer Forderungen hervor (Hieber 2015). Zum anderen hatte auch die technisch-industrielle Revolution ihre Ursprünge in den Sixties, die von Kalifornien ausging. Der Computer war noch in diesen Jahren ein raumfüllendes Großgerät, das nur staatlichen Institutionen, der Rüstungsforschung und Großkonzernen zur Verfügung stand. Gegen die Konzentration von Macht, die damit verbunden war, trat die US-Gegenkultur an, indem sie technische Entwicklungen nutzte. Eine Generation von Hippies begründete das Silicon Valley als Zentrum einer industriellen Revolution, um mit Personal Computer, Smartphone und Internet die individuellen Kommunikationsmöglichkeiten wesentlich zu erweitern (Hieber 2022).

An Negt ging allerdings der Postmoderne-Aspekt von Mills' Analyse vorbei. Während in den 1960er Jahren in den US-amerikanischen Geistes- und Sozialwissenschaften ein Diskurs einsetzte, der die Zeichen des neuen Zeitalters erkannte und dessen kulturelle und soziale Bedeutung eruierte, blieb dieser Impuls für kritische Neujustierung in der kritischen Sozialwissenschaft der Bundesrepublik – und nicht nur für Negt – ungenutzt. Dass das der Fall war, ist indes kein Beinbruch.

Bertolt Brecht hat in seinen späten Jahren das Gedicht geschrieben: »Dauerten wir unendlich/So wandelte sich alles/Da wir aber endlich sind/Bleibt vieles beim alten.« (Brecht 1964, S. 128) Doch diese pessimistische Sicht träfe nur zu, wenn wir in unseren Bemühungen isolierte Individuen wären. Tatsächlich aber ist Resignation fehl am Platze. Negt hat als Vertreter der Kritischen Theorie die Welt analysiert, nicht indem er sich in Distanz zum Geschehen begab, sondern indem er eingriff und sich engagierte. Die Lernprozesse, die sich daraus ergaben, bezog er wiederum in die Theoriebildung ein. Deshalb bietet sein Werk Ansatzpunkte für weitere soziologische Kreativität, und es lädt zum Weiterbau der Kritischen Theorie ein. Deshalb müssten in diesem Fall – um auch mal einen großen Dichter zu verbessern – die letzten zwei Zeilen des Brecht-Gedichtes umgeschrieben werden in: »Wir sind zwar endlich/Aber da wir nicht allein sind/Die am selben Strang ziehen/Wird ein Wandel kommen.«

Literatur

- Becker, E. (2017). Das Sozialistische Büro – ein unvollendetes Projekt? *Widersprüche* 37, 127–148.
- Bohr, N. (1928). Das Quantenpostulat und die neuere Entwicklung der Atomistik. *Die Naturwissenschaften* 16, 245–257.
- Bott, G. (Hrsg.) (1970). *Erziehung zum Ungehorsam: Kinderläden berichten aus der Praxis der antiautoritären Erziehung*. Frankfurt a. M.: März.
- Brecht, B. (1964). *Gedichte VII*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Claussen, D. (2014). Den Eigensinn lehren: Oskar Negt, der nach den Turbulenzen von' 68 in Deutschland authentische Kritische Theorie vermittelte, wird achtzig. *Süddeutsche Zeitung* vom 01.08.2014.
- Descartes, R. (1955). *Die Prinzipien der Philosophie*, übersetzt von A. Buchenau. Hamburg: Felix Meiner.
- Diebel, M. (2019). »Die Stunde der Exekutive«: Das Bundesinnenministerium und die Notstandsgesetze 1949–1968. Göttingen: Wallstein.
- Elias, N. (2005). *Studien über die Deutschen. Gesammelte Schriften Bd. 11*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Gilcher-Holtey, I. (2008). Mai 68 in Frankreich. In: Dies. (Hrsg.), *1968: Vom Ereignis zum Mythos* (S. 15–45). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, J. (1969). Die Scheinrevolution und ihre Kinder. In: J. Habermas, *Protestbewegung und Hochschulreform* (S. 188–201). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heisenberg, W. (1965). *Das Naturbild der heutigen Physik*. Hamburg: Rowohlt.
- Hermann, H.-D. (1975/76). Mathematik im Projektunterricht. *Ästhetik und Kommunikation* 6/7 (22/23), 88–103.
- Hieber, L. (2015). *Politisierung der Kunst*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hieber, L./Mathis, W./Titze, A./Urban, A. (2017). *Wege zum Smartphone: Zur Kultur- und Technikgeschichte der Kommunikationsmedien. Begleitbuch zur Ausstellung im Historischen Museum Hannover 27.09.2017–08.04.2018*. Schriften des Historischen Museums Hannover, Bd. 45.
- Hieber, L. (2022). *Postmoderne als Indikator der kulturellen Kluft zwischen USA und Mitteleuropa*. In: Florian Scherübl (Hrsg.), *Verabschiedungen der »Postmoderne«: Neuere Historisierungen von »Theorie« zwischen »Post-Truth«-Narrativen und Generationengeschichte* (S. 225–253). Bielefeld: transcript 2022.
- Horkheimer, M. (1988). Traditionelle und kritische Theorie. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. 4. (S. 162–225). Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Köhler, U./Krammling-Jöhrens, D. (2000). *Die Glocksee-Schule*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.
- Kraushaar, W. (1998). *Frankfurter Schule und Studentenbewegung*, Bd. 1. Hamburg: Rogner & Bernhard.
- Marx, K. (1962). Das Kapital, Erster Band. In: *Marx Engels Werke*, Bd. 23. Berlin: Dietz.
- Marx, K. (1968). Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844. In: *Marx Engels Werke*, Ergänzungsband, erster Teil. (S. 465–588). Berlin: Dietz.

- Mills, C. W. (1959). *The Sociological Imagination*. New York: Oxford University Press.
- Mills, C. W. (1963). *Kritik der soziologischen Denkweise*, übersetzt von A. Kruse. Neuwied u. Berlin: Luchterhand.
- Mills, C. W. (2016). *Soziologische Phantasie*, übersetzt von U. Berger. Wiesbaden: Springer.
- Negt, O. (1968a). Einleitung. In: Ders. (Hrsg.), *Die Linke antwortet Jürgen Habermas* (S. 17–32). Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Negt, O. (1968b). *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*. Frankfurt a.M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Negt, O. (1971). *Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen*, überarbeitete Neuausgabe. Frankfurt a. M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Negt, O. (1975/76). Schule als Erfahrungsprozess. *Ästhetik und Kommunikation* 6/7(22/23), 36–55.
- Negt, O. (1995). *Achtundsechzig: Politische Intellektuelle und die Macht*. Göttingen: Steidl.
- Negt, O. (2014). *Philosophie des aufrechten Gangs. Schriften Bd. 19*. Göttingen: Steidl.
- Negt, O. (2016). *Kindheit und Schule in einer Welt der Umbrüche. Schriften Bd. 11*. Göttingen: Steidl.
- Negt, O. (2019). *Erfahrungsspuren: Eine autobiographische Denkreise*. Göttingen: Steidl.
- Otto, K. A. (1977). *Vom Ostermarsch zur APO: Geschichte der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik 1960–70*. Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Sartre, J.-P. (1971). *Der Intellektuelle und die Revolution*, aus dem Französischen von I. Reblitz. Neuwied u. Berlin: Luchterhand.
- Seifert, J. 1963 Die Neue Linke. *Frankfurter Hefte* 18 30 40
- Wagenschein, M. (1973). Kinder auf dem Wege zur Physik. In: Ders. et al. (Hrsg.), *Kinder auf dem Wege zur Physik* (S. 10–15). Stuttgart: Ernst Klett.
- Wagenschein, M. (1975). *Verstehen lehren*. Weinheim u. Basel: Beltz.
- Weizsäcker, C. F. v. (1964). *Die Tragweite der Wissenschaft*. Stuttgart: S. Hirzel.



Feeling at Home in Small Lifeworlds. Benita Luckmann in der »Konstanzer Schule«

Michaela Pfadenhauer

Das Werk der Politologin, Soziologin und Slawistin Benita Luckmann genießt weit weniger Bekanntheit als das von Thomas Luckmann, der mit der im Zusammenhang mit seiner Berufung an die Universität Frankfurt erfolgten Rückkehr aus Amerika zweifelsohne der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie zuzurechnen ist. Obschon sie ihren Lebensweg gemeinsam über die Stationen New York, Frankfurt und Konstanz beschritten haben, waren für Benita Luckmann akademisch andere Orte, in Deutschland insbesondere die Universität Freiburg bei Arnold Bergstraesser und später Friedrich Tenbruck bedeutsam. Auch die New School for Social Research in New York war für sie noch lange ein wesentlicher Bezugsort, den die nach der Rückkehr aus den Vereinigten Staaten ohne institutionelle Verankerung verbliebene Sozialwissenschaftlerin immer wieder aufgesucht hat. Die Entwicklung dieser Graduate Faculty von der mit ihrer Gründung als Exiluniversität dort etablierten ersten Generation deutschsprachiger Gelehrtenkultur über die Europäisierung und zunehmenden Amerikanisierung, die Benita Luckmann in einem ihrer letzten Artikel nachgezeichnet hat (Luckmann 1981b), war damit zumindest zum Teil auch ihre eigene Geschichte.

Vor diesem Hintergrund ist ihre Zuordnung zur zweiten Nachkriegsgeneration der deutschen Soziologie nicht selbsterklärend. Noch begründungspflichtiger ist es, sie dem zuzurechnen, was Dirk Tänzler und Jürgen Raab (2020) als »Konstanzer Schule« bezeichnet haben. Überhaupt möglich ist dies, weil damit

M. Pfadenhauer (✉)
Institut für Soziologie, Universität Wien, Wien, Deutschland
E-Mail: michaela.pfadenhauer@univie.ac.at

kein biographischer oder geographischer, sondern ein thematischer Zusammenhang insinuiert ist, der eine klare und zwar bejahende Antwort auf die Sinnfrage gibt. In ihrem spezifischen Beitrag zur Frage, in welcher Weise Sinn möglich ist, nimmt Benita Luckmann mit der Akzentuierung von emotionalen und räumlichen Aspekten einige der die Soziologie heute bestimmenden Diskurswendungen vorweg.

Vor dieser theoretischen Verortung im dritten Teil dieses Beitrags, die ausgehend vom sich als Grundmotiv durch Benita Luckmanns Werk ziehenden Thema »to feel at home« entwickelt wird (3), liefert das nachfolgende erste Kapitel einen Werksüberblick in chronologischer Abfolge (1). Im Zwischenkapitel wird verdeutlicht, dass das sichtbarste Erbe Benita Luckmanns, ihr Konzept der »small lifeworlds«, das zur Grundlegung der »Lebensweltlichen Ethnographie« (Honer 1993) rezipiert wurde, selbst aus einer Empirie hervorgegangen ist, die Ansätze einer phänomenologisch orientierten Ethnographie (Pfadenhauer/Grenz 2015) trägt (2).¹

1 Benita Luckmanns Schriften

Vom Austausch mit Thomas Luckmann berichtet Benita Luckmann, dass dieser durch das Prinzip »kritikasamokritika« (criticism and self-criticism) gekennzeichnet war, ein Prinzip, das Kritik und Selbstkritik zugleich implizierte und, wie sie im Vorwort ihrer Gemeindestudie (Luckmann 1970, S. VI) schreibt, „stürmische Diskussionen“ auszulösen vermochte. Diese empirisch umfangreiche community study der Politik einer südwestdeutschen Kleinstadt bildet den dritten von fünf Themenschwerpunkten in Benita Luckmanns Werk und ist, was die Rezeption angeht, als ihr zentrales Werk anzusehen, weil daraus das Konzept der von ihr so genannten kleinen Lebenswelten hervorgegangen ist. Abgesehen davon, dass im von Thomas Luckmann (1978) herausgegebenen Band *Phenomenology and Sociology* der von Benita Luckmann bereits 1970 in *Social Research* veröffentlichte Artikel »The Small Life Worlds of Modern Men« wiederabgedruckt ist, hat sich dieser Austausch nicht in gemeinsamen

¹Die dafür gemeinsam mit Sophie Haiden geleistete Recherche ist in einen Beitrag für das von Paul Atkinson et al. herausgegebene Handbook *SAGE Research Methods Foundations* eingegangen. Die ersten beiden Teile des Artikels liegen somit in einer ausführlicheren englischen Fassung vor, die auch biographische Details zu Benita Luckmann enthält (vgl. Pfadenhauer und Haiden 2019).

Publikationen des Ehepaars Luckmann niedergeschlagen. Von ihrer Zusammenarbeit zeugt jedoch der Studienbrief »Wissen und Vorurteil«, den sie Ende der 1970er Jahre für die FernUniversität Hagen erstellt haben. Dieser stellt den vierten von fünf Themenschwerpunkten dar, die sich anhand Benitas Schriften chronologisch ordnen lassen.

Den ersten Themenschwerpunkt bildet Benita Luckmanns (1961/62) Dissertation *Russland als Entwicklungsland: Auswirkungen der sowjetischen Entwicklungspolitik auf das Weltbild des russischen Bauern*. Diese Arbeit entsteht während eines zweijährigen Doktorats an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Obschon die von Arnold Bergstraesser angeleitete Dissertation politikwissenschaftlich orientiert ist, untersucht Benita Luckmann darin soziologisch das Fortbestehen der Vormoderne im modernen Leben und beschäftigt sich mit Bedingungen, Prozessen und Auswirkungen der Modernisierung auf die bäuerliche Lebenswelt (Luckmann, 1961/62, S. 13). Luckmann (1961/62, S. 53 ff.) rekonstruiert die bäuerliche Weltauffassung, in welcher der »Mir« als »Gemeinde und Gemeinschaft« in Konflikt mit dem Mir als politisch-administrative Einheit gerät, weshalb letztere 1905 von der Regierung ‚aufgehoben‘ wird, während »bei der Kollektivierung der Mir als bäuerliche Gemeinschaft zerstört wurde« (Luckmann, 1961/62, S. 56). Das institutionalisierte Wertesystem des Mir lebt allerdings auch nach der Einführung der Kolchosen als sozialistische Organisationsform in den bäuerlichen Familien weiter. Luckmann legt mit ihrer Forschung zum Mir bereits den empirischen Grundstein für das dergestalt empirisch begründete Theorem der »small life-worlds«. Denn sie führt hier diverse Beiträge des slawistischen Forschungsstands, wonach Mir einerseits »Territorium«, andererseits »Frieden« bedeutet, im Sinne der Doppelbedeutung von »community« zusammen. Demnach ist die Freiheit der Privatsphäre in der Moderne vergleichbar relativ wie die der Kontrolle des Staates entzogene private Sphäre des bäuerlichen Lebens im zaristischen Russland.

Den zweiten Themenschwerpunkt bildet der politikwissenschaftliche Beitrag »Some observations on the rise of the National Democratic Party in Germany« (1968), auf den sich Benita Luckmann (1970) in ihrem Buch *Politik in einer deutschen Kleinstadt* bezieht. Er könnte in einem Zusammenhang zu Helmuth Plessners (1964) Artikel »Emancipation of Power« stehen, den sie ins Englische übersetzte. In diese Zeit fällt auch ihre Übersetzung von Teil III des 1. Bandes der von Maurice Natanson herausgegebenen *Collected Papers* von Alfred Schütz, u. a. dessen epochaler Aufsatz »Über die mannigfaltigen Wirklichkeiten« sowie dessen Entfaltung einer Symboltheorie (vgl. Luckmann und Grathoff 1971, S. 417).

Luckmanns (1970) Überlegungen zu den »small lifeworlds« starten nicht nur explizit an Schütz' Entfaltung der »mannigfaltigen Wirklichkeiten«, sondern

nehmen den Faden zur symbolischen Appräsentation sozialer Beziehungen am Endpunkt der Schütz'schen Ausführungen auf, wonach beispielhaft »die Wohnung der Familie in der appräsentierten Bedeutung zum ›Heim‹ wird« (Schuetz 1971, S. 408). Sie bilden ihren dritten und bislang als am bedeutendsten erachteten Themenschwerpunkt Benita Luckmanns, der sich im 1970 in der Zeitschrift *Social Research* erschienenen Artikel »The Small Life Worlds of Modern Men« (Luckmann 1978 [1970]) sowie in der Monographie *Politik in einer deutschen Kleinstadt* (Luckmann 1970) manifestiert. In ihrem konzeptionellen Artikel beschreibt sie die Prozesse des menschlichen Daseins, durch die der Mensch seiner Existenz Sinn verleiht bzw. diese als sinnvoll wahrnimmt (Luckmann 1978 [1970], S. 290). Während der vormoderne Mensch sich als Teil einer größeren Ordnung erfährt und sein Leben in einer davon abgeleiteten Rolle innerhalb einer Gemeinschaft verbringt, lebt der moderne Mensch in mehreren kleinen »Gemeinschaften«. Nicht nur begibt er sich freiwillig in diese small life-worlds und wechselt im Lauf seines Lebens, sogar im Lauf eines Tages zwischen ihnen (Luckmann 1978 [1970], S. 282), sondern er stellt sie zum Teil selbst her (Luckmann 1978 [1970], S. 283). Diese Welten erfüllen zwar weitgehend die Funktion, die individuelle Existenz in eine sinnvolle Ordnung zu bringen, füllen im Unterschied zur traditionellen Kleingemeinschaft aber jeweils nur Teilaspekte des Lebens mit Sinn. So wie sie in ihrer Gewichtigkeit hinsichtlich Relevanz und Reichweite nicht gleichwertig sind, sind auch die verschiedenen Zugehörigkeiten zu den kleinen (Lebens-)Welten nicht von gleicher Dauer oder Gewichtung. Analog dazu, dass Schütz die Alltagswelt als überragende Wirklichkeit (paramount reality) beschreibt, weist Luckmann (1978 [1970], S. 285) die Familie, die ökologische Gemeinschaft und die Arbeitswelt als »omphalische« kleine Welten aus, insofern sie die grundlegenden biologischen und sozialen Bedürfnisse des Menschen bedienen. Der Wandel vom Leben innerhalb einer sinnhaften Kleingemeinschaft (»cosmion«) zu einem ständigen Wechseln zwischen mehreren kleinen Sinneinheiten (»microcosmions«) rührt im Aufbrechen einer einheitlichen, größeren Ordnung in der industrialisierten, arbeitsteiligen Moderne, welche die Herausbildung einer kohärenten Biografie erschwert (Luckmann 1978 [1970], S. 290). Der Einfluss Eric Voegelins scheint uns hier offenkundig zu sein.

Neben der Dissertation bildet die Gemeindestudie über die badische Kleinstadt Bretten den zweiten großen empirischen Baustein für ihr an der Schütz'schen Mundanphänomenologie gewonnenes Theorem der small life-worlds, die aus der Zusammenarbeit mit Arnold Bergstraesser und nach dessen Tod mit Friedrich Tenbruck hervorging. Luckmann (1970, S. 221) analysiert u. a., »[...] was diese Brettener Alltagswelt, abgesehen vom gemeinsamen Raum und dem aufeinander abgestellten Handeln, zusammenhält, was sie zur sinnvollen und

sinngebenden Eigenwelt der Brettener macht, wie die Brettener diese ihre Welt sehen und in welchen Symbolen ihr gemeinsames Weltbild sich für sie selbst und für die Außenwelt darstellt«. Zentraler empirischer Bezugspunkt hierfür ist ein jährliches »Volks-, Heimats- und Gemeinschaftsfest« (Luckmann 1970, S. 222), in dem sich etwa beim Festzug der Kinder traditionelle Darstellungen der Brettener Geschichte und deutschen Märchenwelt mit modernen Elementen »des Fernsehens und science fiction« vermischen. Analog zum russischen Mir beschreibt sie hier jenen Typus einer kleinen Lebenswelt, der aus überkommenen und neuen Versatzstücken aufgebaut wird. Davon unterscheidet sie einen Typus »ganzheitlicher« Lebenswelten, für die es keine Vorbilder gibt und in deren Entwurf das breite Arsenal »hedonistischer, theoretischer, »wissenschaftlicher«, aber auch romantisierender »Modelle« kommunalen Lebens« einfließt (Luckmann 1978 [1970], S. 282). Gegenüber diesen beiden im Bereich der als »no man's land« verstandenen Privatsphäre angesiedelten Typen bieten um institutionelle Rollen aufgebaute Lebenswelten geringere Freiräume. Allen gemeinsam ist, dass sie »klein, übersichtlich und verstehbar« (Luckmann 1978 [1970], S. 283) sind und darin Benita Luckmann's Zentralthema berühren: »Inside these small worlds I feel quite safe. I feel »at home«.« (Luckmann 1978 [1970], S. 284)

Der vierte thematische Schwerpunkt ist das bereits erwähnte Vorlesungsskript Wissen und Vorurteil Kurseinheit 1 und Kurseinheit 2 (1979). Das 1983 in einer Neuauflage erschienene, didaktisch mit Arbeitsaufgaben angereicherte Lehrmaterial erweitert das gängige (sozial-)psychologische Verständnis von Vorurteilen um eine soziologische Perspektive (Luckmann und T. Luckmann 1983a [1979], S. 6 f.). Mit ihrer Darstellung des abstrakten Sachverhalts, dass sich ein Teil des subjektiven Wissensvorrats aus Erfahrungen aufbaut, ein anderer Teil aber aus zweiter Hand stammt, vermitteln die Eheleute Luckmann den Studierenden anhand zahlreicher Beispiele, dass der Übergang von Wissen zu Vorurteil fließend ist und dem Vorgang der Typisierung dabei eine wichtige Bedeutung zukommt. Damit gelingt es ihnen, die Alltagsvorstellung von »Vorurteil« wissenssoziologisch zu wenden, wobei diese »unschuldig« (Luckmann und T. Luckmann 1983b [1979], S. 61) bleiben, solange sie nicht gesellschaftlich organisiert sind. Anhand der Salemer Hexenprozesse und der »Zigeuner-Verfolgung in Nazideutschland« illustrieren sie mittelalterliche und Vorurteile in der modernen Welt »als eine Form sozialer Pathologie« (Luckmann und T. Luckmann, 1983b [1979], S. 64) und erklären diese Extreme damit, dass hier die »Perversion des Vorurteils im Interesse einer Gruppe steht – z. B. einer politischen Elite -, welche eine gewisse Kontrolle der Wissensvermittlung besitzt« (Luckmann und T. Luckmann 1983b [1979], S. 64).

Der fünfte Themenbereich schließlich umfasst drei Schriften zur Exilforschung, die ein intensives Studium von Quellen wie Gründungsdokumenten, Archivmaterialien, Personalakten und Briefwechsel der Fakultätsmitglieder erforderten, mit denen Benita Luckmann zu Forschungszwecken zum Teil auch selbst korrespondierte. Diese aufgrund ihres frühen Todes als ihr Spätwerk zu bezeichnende Exilforschung betrieb Benita Luckmann mit einem Fokus auf Wissenschaftler, deren zum Teil sehr erfolgreiche Karrieren ihren Anfang im deutschsprachigen Raum nahmen und die nach ihrer Einwanderung in die USA ein neues Zuhause an der New School fanden. Hierfür kehrte Benita Luckmann in die USA zurück, nicht um im Schütz'schen Sinne des Wortes »nach Hause zu kommen, um zu bleiben«, sondern um dessen Überlegungen zu *The Homecomer* (Schütz 1945) empirisch zu untersuchen.

Schütz' Aufsatz bildet den entscheidenden Impuls für Benita Luckmanns (1988) Exilforschung, deren Ertrag »New School-Varianten der Rückkehr aus Exil und Emigration« eine Typologie unterschiedlicher Arten der Rückkehr ist: Anhand der Nachkriegsbiographien von Mitgliedern der Graduate School beschreibt sie, wie der größte Teil nach dem Krieg zwar immer wieder, aber immer nur für kurze Zeit nach Deutschland zurückkehrte. Im Unterschied zu solch einer befristeten Rückkehr kehrten zwei Mitglieder noch vor ihrer Emeritierung und zwei weitere danach endgültig nach Deutschland bzw. Europa zurück. Deren tatsächliche Heimkehr im Sinne eines »Wiederkehren, um zu bleiben« (Luckmann 1988, S. 367), wie Schütz den »Heimkehrer« definiert hat, erklärt Luckmann durch deren disziplinäre Zugehörigkeit zur Philosophie: demnach ist es keine Rückkehr in die geographische, nationale, institutionelle, sprachliche Heimat, sondern »eine Heimkehr in die Lebens- und Wirkenswelten ihrer ursprünglich vorentworfenen Biographie und ihrer wissenschaftlichen Karriere« (Luckmann 1988, S. 373).

Die von Alvin Johnson im Jahr 1933 als Antwort auf Hitlers Machtergreifung und deren verheerenden Effekte auf Universitäten gegründete demonstrativ so genannte Exil-Universität bildete nicht nur eine neue akademische Heimat für verdrängte Wissenschaftler, sondern »die wirkliche amerikanische Heimat, lokal und intellektuell« (Arnold Brecht, zit. nach Luckmann 1988, S. 370). Als eine »sozialhistorische Untersuchung« kennzeichnet Benita Luckmann (1981a) ihre Rekonstruktion der Gründungsgeschichte dieser Heimstätte für ins Exil getriebene Philosophen und Sozialwissenschaftler aus Deutschland und darüber hinaus. Zur Erlangung eines Universitätsstatus sorgte Alvin Johnson dafür, seine Neugründung als einigermaßen eigenständige Graduate Faculty of Political and Social Science der als Hochschule für Erwachsenenbildung konzipierten New

School for Social Research einzugliedern. Luckmann arbeitet heraus, dass für erstere die Deutsche Hochschule für Politik, für letztere die London School of Economics Pate stand, d. h. zwei europäische Universitätsmodelle, die nur bedingt kompatibel waren, weshalb sich »trotz Dankbarkeit und Loyalität gegenüber Alvin Johnson mancher deutsche Professor anfangs an der New School etwas deplatziert fühlte« (Luckmann, 1981a, S. 435). Demgegenüber nahm sich die Graduate Faculty nicht nur institutionell, sondern auch dadurch vertrauter aus, dass hier weiterhin Deutsch gesprochen werden konnte, was zwar nicht die von Alvin Johnson erhoffte »Gruppenassimilation«, aber ein Heimat- und Gruppengefühl beförderte. Die Mitglieder der Graduate Faculty waren gegenüber anderen Emigranten also dadurch privilegiert, dass diese Institution ihnen die »Geborgenheit einer [...] akademischen Lebenswelt« lieferte, auch wenn sie stellenweise anders und fremd erschien. Explizit stellt Luckmann (1981b, S. 230) hier eine Verbindung zu ihrem Konzept der »small life-worlds« her, für das »Hingehören« in seiner Wissens-Dimension der Vertrautheit das entscheidende Moment ist.

Die These, dass »heimisch sein« (»to feel at home«) (Schütz 1945, S. 370) als Generalthema von Benita Luckmann angesehen werden kann, bestätigt sich darin, dass das immer wieder notwendige »Besitz ergreifen« der »unmittelbaren intimen Welt« (Luckmann 1988, S. 354) den einleitenden Rahmen ihres letzten, erst posthum erschienenen Beitrags zur Exilforschung bildet. So wendet sie die von Schütz auf die Heimkehr zum Beispiel aus dem Krieg bezogene »Unumkehrbarkeit der inneren Zeit« (Schuetz 2011, S. 102) auf kurzfristige Abwesenheiten an, die jedoch – anders als »ein so einschneidender Übergang wie Rückkehr aus jahrelangem Exil, aus der Emigration« (Luckmann 1988, S. 355) – durch »rituelle Handhabungen« (Luckmann 1988, S. 355) bewältigt werden kann. Von dieser Frage nach Bewältigung ist noch ihr erster Entwurf einer Typologie vorübergehender oder dauerhafter Emigration getragen, wenn Luckmann (1981b) die Entscheidung für Heimkehr in Zusammenhang mit dem Erfolg von Integration bringt (den sie als nur graduell bestimmbar ansieht). Für die 1988 unterschiedenen vier Entscheidungsmöglichkeiten (periodische Rückkehr, Heimkehr, um zu bleiben, Heimkehr nach der Emeritierung, Absage an Rückkehr) betont sie das Exil als gemeinsamen Ausgangspunkt, das dem einzelnen als historisches Schicksal aufgezwungen ist. Damit bindet sie die von ihr als »bescheiden« und trotzdem möglicherweise »unangemessen« (Luckmann 1988, S. 375) etikettierte Typologie in Schütz' Relevanztheorie ein, der sein Essay »Der Heimkehrer« in der Alfred Schütz Werkausgabe (Band VI.2) als anwendungsbezogene Arbeit zugeordnet ist.

2 Grundlegung der lebensweltanalytischen Ethnographie

Der sich durchziehende Baustein ihres Werks ist das Konzept der small life-worlds, zu der schon die Dissertation und dann die umfangreiche Gemeindestudie Politik in einer deutschen Kleinstadt (Luckmann, 1970) die empirische Grundlage bilden. Dieses Konzept war von zentraler Relevanz für die Entfaltung der »Lebensweltlichen Ethnographie«, für die Anne Honer (1993) mit explizitem Vermerk auf Benita Luckmann den Grundstein gelegt hat.

Dabei handelt es sich um ein methoden-plurales Forschungsprogramm: die Forschungsstrategie ist also keineswegs auf die teilnehmende Beobachtung im Rahmen von Feldaufenthalten und in diesem Kontext explorativ geführte Gespräche beschränkt; sie kann überdies den Einsatz von z. B. bildgebender Technik involvieren und durchaus auch bis hin zu quantifizierenden Forschungsdesigns reichen. Die damit fokussierte Repräsentativität kann die auf Typisierung zielende qualitative Forschung ergänzen. Während die im Fokus der quantitativen Forschung steht, ist der einzige Aspekt, der einen Unterschied macht, die Frage, ob das Verstehen des Verstehens selbst zum Gegenstand wird.

Aus einer solchen Perspektive, welche die lebensweltanalytische Ethnographie innerhalb des interpretativen Paradigmas verankert, sind standardisierte und nicht-standardisierte Forschungsstrategien ertragreich vereinbar. Die Subjektivität des Forschers oder der Forscherin wird dezidiert in die Forschung miteinbezogen, insofern die Perspektive der Forscherin sich jener der Personen so weit wie möglich annähert, die in einem bestimmten Feld beheimatet sind. Die Langzeitaufenthalte der Forschenden im Feld dienen also nicht dem Zweck, aus der eigenen Perspektive einen umfassenden Einblick in ein Feld zu bekommen, sondern die eigene Sichtweise Stück für Stück abzulegen und den Blick möglichst dem feldspezifischen anzupassen.

In ihrer Studie *Politik in einer deutschen Kleinstadt* nimmt Benita Luckmann – freilich ohne es so zu bezeichnen – das Forschungsprogramm der Lebensweltanalytischen Ethnographie in weiten Teilen vorweg: Ihre Untersuchung erstreckt sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. In dieser Zeit verbringt sie in Form von kürzeren oder auch längeren Aufenthalten insgesamt mehrere Monate in der baden-württembergischen Kleinstadt Bretten. Sie beginnt ihre Forschung mit einer Analyse historischer, demografischer und wirtschaftsgeschichtlicher Materialien. Im Laufe ihrer weitreichenden Untersuchung führt sie 50 Interviews mit Schlüsselfiguren und Repräsentanten unterschiedlicher sozio-ökonomischer Gruppen in Bretten sowie informelle Interviews mit in Bretten wohnhaften Personen und nimmt an vielen Veranstaltungen in Bretten teil, über die sie

akribisch Protokoll führte. In ihre Erhebung integriert sie eine Stichprobenbefragung, an der 245 Personen teilnehmen.

Wie Thomas Luckmann, der die phänomenologische Zuwendung des Forschers zum eigenen Erleben zeitlebens als Protozoziologie von der empirischen Sozialforschung getrennt hat, würde Benita Luckmann ihre Feldaufenthalte vermutlich maximal als teilnehmende Beobachtung, nicht aber als beobachtende Teilnahme ausweisen, wie sie für eine phänomenologisch-basierte Ethnographie symptomatisch ist. Aber ganz im Sinne einer interpretativen Sozialforschung war es ihr im Anhang ihrer Gemeindestudie wichtig, die Gleichwertigkeit der methodischen Zugänge zu betonen, »damit die Einprägbarkeit der quantifizierten, durch die Formalbefragung gewonnenen Daten nicht zu deren Überbewertung führt« (Luckmann 1970, S. 257). Ihre Art der Interviewführung soll von einem spezifisch persönlichen Stil geprägt gewesen sein. Diesen Forschungsstil setzt Benita Luckmann auch bei der von ihr so genannten soziohistorische Forschung ein, in deren Zuge sie die Institution Exil-Universität in ihrer Bedeutung für deren deutschsprachige Mitglieder beschreibt.

Benita Luckmann verbindet sowohl konzeptionell als auch empirisch den politisch-territorialen Aspekt von Gemeinde mit dem Vertrautheitsaspekt der (Primär-)gruppe. Ersterer verliert sich in der über Anne Honers Beitrag zur Methodenentwicklung verlaufenden Linie zum Theorem der posttraditionalen Vergemeinschaftung. Auch wenn sich die hiermit beschriebenen netzwerkartigen Gebilde schon vor dem jüngsten Mediatisierungsschub überregional, ja zum Teil weltweit verbreiten, haben sie eine bislang vernachlässigte räumliche Dimension. Ein Ortsbezug kennzeichnet demgegenüber die »moderne Gemeindeforschung«, die sich in den 1990er Jahren im deutschsprachigen Raum herausgebildet hat, und über den Gemeindebegriff mit der Ethnographie kombiniert wird (Löw 2018, S. 113). Dabei erweitert sie die Gemeindestudien der Chicago-School um eine raumsoziologische Perspektive, wonach sich Gemeinden nicht auf Territorien beziehen, aber Räume bilden, deren kognitiv-emotionale Konstituierung Orte hervorbringt, indem Menschen und Güter (humans and non-humans) platziert werden. Empirisch in diese Richtung weist das nicht-territoriale Landverständnis der russischen Bauern, das mit der permanenten Landnahme Russlands einhergeht und das Luckmann (1961/62) durch sein nicht auf ein Hofland bezogenes Nomadentum von der bäuerlichen Schollenverbundenheit hierzulande abgrenzt.

Mit ihrem eigenen Blick auf »small life-worlds« wie das russische »Mir«, einer Badener Kleinstadt und die »Exil-Universität« in New York nimmt die interdisziplinär breit aufgestellte Sozialwissenschaftlerin in ihrer Raumbezüglichkeit spätere Entwicklungen sowohl der Gemeinde- als auch der Gemeinschaftsforschung vorweg, deren Zusammenführung Aufgabe meiner Generation

sein wird. Denn es sind Lebens-Räume, die sich – gewachsen und zugleich geschaffen – ändern, ob man bleibt oder geht. Dabei fokussiert Benita Luckmann anstelle postmoderner Mobilitätsanrufungen auf Gehen-*Müssen* ins Exil bis hin zur Emigration, wo Heimkehr bestenfalls eine Option ist, womit die beiden Pole des derzeit im Berliner Sonderforschungsbereich als »Re-Figuration von Räumen« etikettierten Spannungsfelds angezeigt sind (vgl. Löw und Knoblauch 2020).

3 Teil der »Konstanzer Schule«

Ein früher Ertrag der mit dem Forschungsprogramm einer lebensweltanalytischen Ethnographie durchgeführten Studien war das Theorem der Bastel-existenz (Hitzler und Honer 1994). Es stellt zunächst die Diagnose, »dass die alltägliche Lebenswelt des modernen Menschen zersplittert ist in nicht mehr zusammenhängende Teil-Orientierungen, dass Sinngebung zu einer privaten Angelegenheit jedes einzelnen geworden ist« (Hitzler und Honer 1994, S. 308). Individualisierung beschert anstelle eines die Gesellschaft überwölbenden »Sacred Canopy« (Berger 1967) die »Gesellschaft ohne Baldachin« (Soeffner 2000).

Die Metapher des Bastelns grenzt sich zum einen gegen Vorstellungen ordentlich zusammengewebter Identitäten im Sinne eines Patchworks ab. Es ist vielmehr ein Flickschustern aus Versatzstücken, aus denen kein stimmiges Ganzes hervorgehen muss. Darin ist auch angelegt, den Vorgang des Existenz-Bastelns nicht mit kreativen, schöpferischen Prozessen der Sinnfindung zu verwechseln: »Es heißt vielmehr, dass der individualisierte Mensch permanent mit einer Vielzahl von (Selbst-)Stilisierungsformen und Sinnangeboten konfrontiert ist, unter denen er mehr oder minder ›frei‹ wählen kann und muss, und dass er sich dabei – sei es freiwillig oder gezwungenermaßen – sozusagen von Situation zu Situation in sozial vorgefertigte Handlungs- und Beziehungsmuster einbindet und die dort jeweils typisch vorformulierten, thematisch begrenzten Weltdeutungsschemata übernimmt.« (Hitzler und Honer 1994, S. 308 f.)

Jürgen Raab und Dirk Tänzler (2020, S. 220) bewerten diese »Denkfigur der ›Bastelexistenz« als einen Beitrag zur Konstanzer Schule, in dem »beide, die als sinnlos und die als Heimat erfahrene Welt zur postmodernen Synthese gekommen« sei. Sie sprechen damit die strittige Sinnfrage zwischen Max Weber und Alfred Schütz an, die sich ihres Erachtens für die innere Dynamik der Konstanzer Schule als prägend erwiesen hat: »Für den Protestanten Weber vollzieht sich die Werteverwirklichung nicht auf normativ gesichertem Boden, sondern als wagemutiger Ritt auf dem Rücken eines Tigers. Angesichts einer

sinnlos gewordenen Welt, aus der sich Gott zurückgezogen und den Menschen ohne Hoffnung auf Erlösung allein gelassen hat, handelt der Bürger aus schierer Verzweiflung.« (Raab und Tänzler 2020, S. 220)

Für Alfred Schütz ist die Welt demgegenüber als Heimat erfahrbar. Dies allerdings im phänomenologischen Verstande des Wieder-Da-(Heim)-Seins, nicht als Realität oder gar irgendwie überhöhtes Konzept. Der Kritik von Armin Nassehis zufolge suggeriere Schütz' Lebenswelt die »Authentizität [...] jemeinigen Sinn verbürgende Heimat«, insofern der subjektiv gemeinte Handlungssinn bei Schütz »wie ein empirisches Faktum« (Raab und Tänzler 2020, S. 221) erscheine. Die Ausführungen zum »Heimkehrer«, auf die sich Benita Luckmann in ihrer Exilforschung bezieht, belegen, dass es sich um eine brüchige »Welt« handelt, die auch ohne lange Absenzen immer wieder »repariert« werden muss: »Wir bringen die Dinge in Ordnung, bringen sie in die gewohnte Ordnung zurück. Dann erst ist man richtig zu Hause angelangt.« (Luckmann 1988, S. 354) Angesprochen sind mit diesem Reparieren aber nicht Prozesse des Ordnen im Sinne von Aufräumen, sondern Verstehensprozesse, durch die sich »Welt« erst zeigt; mit »Welt« ist also nicht eine Realität sui generis, sondern der Horizont von Dingen gemeint, deren Zurechtrücken ein Wiedererkennen und Einordnen bedeutet.

Im Konzept der Bastelexistenz amalgamiert der Ritt auf dem Rücken des Tigers mit der von Benita Luckmann im Anschluss an Schütz in Aussicht gestellten Möglichkeit, zumindest kleine soziale Lebenswelten als »Heimat« zu erfahren:

»Die Lebenswelt des modernen Menschen setzt sich – nicht nur, aber wesentlich und symptomatischer Weise – zusammen aus mannigfaltigen derartigen kleinen Lebenswelten, innerhalb derer er mit jeweils verschiedenen anderen vielfältige Zwecke bzw. Interessen verfolgt. Die je approbierten Deutungs- und Lösungsmuster solcher sozio-kultureller Teilzeit-Aktivitäten stellen allerdings, wie bereits angedeutet, typischerweise keinen Generalplan für die Bewältigung seiner individuellen Gesamtbiographie bereit [...]. Gleichwohl lassen sich, trotz aller biographisch bedingten Divergenzen und Differenzen, in kleinen sozialen Lebenswelten anscheinend immer wieder hinlänglich Gemeinsamkeiten finden, um das zu bewirken, was (auch) Max Weber mit ›Vergemeinschaftung‹ gemeint hat.« (Hitzler und Eisewicht 2016, S. 22)

Die sich an dieser zwischen Weber und Schütz strittigen Sinnfrage entzündende Dynamik drückt sich Raab und Tänzler (2020, S. 221) zufolge »unverkennbar in ihren unterschiedlichen Methoden und Methodologien aus«, allen voran in der genuin wissenssoziologischen Hermeneutik, aber auch in der an

Benita Luckmanns Konzept der small lifeworlds orientierten lebensweltanalytischen Ethnographie, sowie der im Rahmen der Konstanzer Schule entwickelten wissenssoziologischen Gattungsanalyse, die sich für die Verbindung kommunikativer Gattungen mit flüchtigen kommunikativen Formen interessiert. »Solche Struktursynthesen [...] sind aber auch insbesondere dort anzutreffen, wo in ›kleinen Lebenswelten‹ und Milieus eigene kommunikative Ausdrucksformen und identitätsstiftende Ritualisierungen ausgebildet werden, wie beispielsweise die Aneignungs- und Gebrauchsweisen technischer Medien in juvenilen Vergemeinschaftungen.« (Raab und Tänzler 2020, S. 230 f.) Daraus sollte wenigstens angedeutet worden sein, dass die Konstanzer Schule auch auf den Spuren des Werks Benita Luckmanns wandelt, die somit der zweiten Nachkriegsgeneration der Soziologie angerechnet werden kann.

Literatur

- Berger, P. (1967). *Sacred Canopy. Elements of a Sociological Theory of Religion*. Garden City/New York: Doubleday and Company.
- Hitzler, R./Eisewicht, P. (2016). *Lebensweltanalytische Ethnographie – im Anschluss an Anne Honer*. Weinheim: Beltz Juventa.
- Hitzler, R./Honer, A. (1994). Bastelexistenz. In: U. Beck/E. Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Risikante Freiheiten* (S. 307–315). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Honer, A. (1993). *Lebensweltliche Ethnographie. Ein explorativ-interpretativer Forschungsansatz am Beispiel von Heimwerker-Wissen*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag GmbH.
- Löw, M. (2018). Gemeindestudien heute. Sozialforschung in der Tradition der Chicagoer Schule? In: Ders., *Vom Raum aus die Stadt denken. Grundlagen einer raumtheoretischen Stadtsoziologie* (S. 99–121). Bielefeld: Transcript.
- Löw, M./Knoblauch, H. (2020). The Re-Figuration of Spaces and Refigured Modernity – Concept and Diagnosis. *Historical Social Research* 45/2, 263–292.
- Luckmann, B. (1961/62). *Russland als Entwicklungsland: Auswirkungen der sowjetischen Entwicklungspolitik auf das Weltbild des russischen Bauern*. Freiburg im Breisgau: Univ. Diss.
- Luckmann, B. (1968). Some observations on the rise of the National Democratic Party in Germany. *MARAB, University of Maryland Abroad Publication* III (2).
- Luckmann, B. (1970). *Politik in einer deutschen Kleinstadt*. Stuttgart: Ferdinand Enke Verlag.
- Luckmann, B./Grathoff, R. (1971). Nachwort zur Übersetzung. In: A. Schutz, *Gesammelte Aufsätze. Bd. 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit* (S. 415–419). Den Haag: Nijhoff.
- Luckmann, B. (1978 [1970]). The Small Life-Worlds of Modern Men. In: T. Luckmann (Hrsg.), *Phenomenology and Sociology. Selected Readings* (S. 275–290). Middlesex England: Penguin Books.

- Luckmann, B./Luckmann, T. (1983a [1979]). *Wissen und Vorurteil/Kurseinheit 1: Erfahrung und Alltag*. Hagen: Fernuniversität Gesamthochschule Hagen.
- Luckmann, B./Luckmann, T. (1983b [1979]). *Wissen und Vorurteil/Kurseinheit 2: Funktionen und Auswirkungen*. Hagen: Fernuniversität Gesamthochschule Hagen.
- Luckmann, B. (1981a). Eine deutsche Universität im Exil: die »Graduate Faculty« der »New School for Social Research«. In: M. R. Lepsius (Hrsg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945: Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte* (Teil einer Schriftenreihe der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 427–441). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luckmann, B. (1981b). Exil oder Emigration: Aspekte der Amerikanisierung an der »New School for Social Research«. In: W. Frühwald (Hrsg.), *Leben im Exil: Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland, 1933–1945* (Konferenzschrift, S. 227–234). Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Luckmann, B. (1988). New School-Varianten der Rückkehr aus Exil und Emigration. In: I. Srubar (Hrsg.), *Exil, Wissenschaft, Identität: die Emigration deutscher Sozialwissenschaftler 1933–1945* (1st ed., S. 353–378). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Pfadenhauer, M. & Grenz, T. (2015). Uncovering the Essence. The Why and How of Supplementing Observation with Participation in Phenomenology-Based Ethnography. In: *Journal for Contemporary Ethnography*, Special Issue »Phenomenological Based Ethnography«, Vol 44(5), pp. 598–616.
- Pfadenhauer, M./Haiden, S. (2019). Benita Luckmann. In: P. A. Atkinson/S. Delamont/A. Cernat/J. W. Sakshaug/R. A. Williams (Hrsg.), *SAGE Research Methods Foundations*. Sage Publications Ltd.
- Plessner, H. (1964). The Emancipation of Power. *Social Research* 31(2), 155–174.
- Raab, J./Tänzler, D. (2020). Die »Konstanzer Schule« der Neuen Wissenssoziologie. In: C. Klingemann/P.U. Merz-Benz (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* (S. 209–262). Wiesbaden: Springer VS.
- Schütz, A. (1945). The Homecomer. *American Journal of Sociology* 50(5), 369–376.
- Schütz, A. (1971). Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze. Bd. 1: Das Problem der sozialen Wirklichkeit* (S. 331–411). Den Haag: Nijhoff.
- Schütz, A. (2011). Der Heimkehrer. In: Alfred Schütz Werkausgabe Band VI.2: Relevanz und Handeln 2 (91–111). Konstanz: UVK
- Soeffner, H.-G. (2000). *Gesellschaft ohne Baldachin. Über die Labilität von Ordnungskonstruktionen*. Weilerswist: Velbrück.

Aufsätze



Sozialpolitik, Führerdemokratie und Führernation – Max und Alfred Weber zwischen Kooperation und Konflikt

Eberhard Demm

1 Vorbemerkung

Alle reden von Max Weber – ich nicht. Ich rede und schreibe seit Jahrzehnten über seinen jüngeren Bruder Alfred Weber und gehe nur dann auf Max ein, wenn Alfred ihm wichtige Denkanstöße gab, die Brüder zusammenarbeiteten oder miteinander konkurrierten. In der Wilhelminischen Zeit wurden sie oft gemeinsam als »Gebrüder Weber« wahrgenommen, weil sie in vielen politischen und wissenschaftlichen Fragen grundsätzlich übereinstimmten (Baumgarten 1964, S. 631), allerdings erkennt man bei genauerer Betrachtung, wie es ein Zeitgenosse und Schüler Alfred Webers, Edgar Salin, einmal formulierte, einen »letzten Gegensatz auch in ihrer politischen Haltung und in ihren politischen Schriften« (Salin 1963, S. 67), und es sind solche Unterschiede im Detail, die zuweilen zu Spannungen oder gar Konflikten führen konnten.

Max und Alfred Weber untersuchten zum Teil die gleichen wissenschaftlichen Themen, und es ist eigentlich erstaunlich, dass sich in der ganze Bibliotheken umfassenden Max Weber-Forschung fast niemand für eine vergleichende Analyse

Zuerst auf Englisch unter dem Titel »Max and Alfred Weber I: University policy and social policy« in: *Max Weber Studies* 21, 2021, H. 1, S. 85–123 und »Max and Alfred Weber II: From Führerdemokratie to Führernation. A Comparative Synthesis of Their Political Sociology« in: *Max Weber Studies* 22, 2022, H. 1, S. 13–54. Der Exkurs ist ein Originalbeitrag.

E. Demm (✉)

CERAAC / ILCEA 4, Université Grenoble Alpes, Grenoble, Frankreich

E-Mail: edemm@gmx.net

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023

M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_12

277

interessiert hat. Das liegt wohl, wie Reinhard Blomert (1999, S. 7) es formuliert hat, an der »erstaunliche[n] Nichterwähnung Alfred Webers in der Max-Weber-Literatur [...] ein eigenes Phänomen, das als solches erklärungsbedürftig bleibt«. Ich selbst hatte 1983 und 1984, also ganz am Anfang meiner Beschäftigung mit Alfred Weber, die Brüder miteinander verglichen: in einem Aufsatz aus Anlass des 25. Todestages Alfred Webers in der damals noch von René König herausgegebenen *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, und in einem spezielleren Vortrag über ihre Aktivitäten im *VfS* auf einer von Wolfgang J. Mommsen am Deutschen Historischen Institut London organisierten Konferenz über »Max Weber and his Contemporaries« der im Tagungsband 1987 veröffentlicht wurde (Demm 2000 [1983], 2000 [1987]). Allerdings ignorierte die Max Weber-Forschung meine Aufsätze beharrlich, wohl aus dem oben genannten Grund. Immerhin präsentierte Wolfgang Schluchter 1995 auf einer von Hans G. Nutzinger in Hofgeismar organisierten Alfred Weber-Konferenz eine vergleichende Analyse, die allerdings einer Auseinandersetzung mit meinen Beiträgen sorgsam aus dem Wege ging (Schluchter 1995). Seitdem hat sich die Quellenlage durch die Veröffentlichungen der Schriften und Briefe der Brüder in der Max Weber Gesamtausgabe (MWG) und der Alfred Weber-Gesamtausgabe (AWG) erheblich verbessert, und weitere Dokumente sind darüber hinaus erschlossen worden. Auch in der Sekundärliteratur sind inzwischen über Leben und Werk der Webers zahlreiche getrennte Analysen erschienen, die ich allerdings für Max Weber wegen der »ausufernde[n] Diskussion« der »Weber-Interpretationsindustrie« in den meisten Fällen hier nicht berücksichtigen kann (Müller 2020, S. 8, S. 83). Natürlich gehe ich auch nur auf jene Themen ein, die von beiden Brüdern bearbeitet wurden. So werde ich z. B. weder Alfred Webers Standortlehre der Industrien noch Max Webers Römische Agrargeschichte behandeln. Ich vergleiche daher im ersten Teil meiner Untersuchung ihre Hochschul- und Sozialpolitik und analysiere im zweiten Teil ihre komplizierte Herrschaftssoziologie sowie ihre außenpolitischen Konzeptionen. Ich muss aber den Leser um Verständnis dafür bitten, dass mein Kapitel über die Sozialpolitik sich an einigen Stellen mit meinem früheren Aufsatz überschneidet.

2 Biographisches Resümee Alfred Webers

Da die Leser dieser Zeitschrift sicherlich ausreichend über Max Webers Biographie informiert sind, brauche ich an dieser Stelle nur den Lebenslauf seines Bruders zu resümieren (Demm 1990, 1999, 2020a). Er wurde als Sohn des nationalliberalen Politikers Max Weber sen. und seiner Ehefrau Helene geb.

Fallenstein am 20. Juli 1868 in Erfurt geboren, war also vier Jahre jünger als sein Bruder. Er studierte Nationalökonomie und Jurisprudenz, promovierte und habilitierte 1897 bzw. 1900 bei Gustav Schmoller an der Berliner Universität und wurde im Juli 1904 auf den Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Deutschen Universität Prag berufen. Im Juli 1907 wurde er zum Professor für das gleiche Fach an der Universität Heidelberg ernannt und lehrte dort, nur unterbrochen durch den Ersten Weltkrieg und die Zeit seiner inneren Emigration während des NS-Regimes, bis kurz vor seinem Tode am 2. Mai 1958. Einige Details bezeugen die Weite seines politischen und wissenschaftlichen Wirkens: Im Ersten Weltkrieg kämpfte er zunächst als Hauptmann an der elsässischen Front und war von Juni 1916 bis April 1918 Referent im Reichsschatzamt. In seinen »Gedanken zur deutschen Sendung« hatte er bereits 1915 die Errichtung eines ostmitteleuropäischen Wirtschaftsraums propagiert und agierte jetzt in Zusammenarbeit mit dem Deutschbalten Friedrich von der Ropp für die Errichtung deutscher Satellitenstaaten in Polen und Litauen. Im November 1918 gründete er gemeinsam mit Theodor Wolff die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP), übernahm den provisorischen Vorsitz, trat aber nach einem faux pas bereits Anfang Dezember von seinen Funktionen zurück. Im Januar 1919 beteiligte er sich an der Niederschlagung des Spartakusaufstandes und nahm kurz darauf seine Vorlesungen in Heidelberg wieder auf. In der Weimarer Republik wurde er vor allem als Gelehrtenpolitiker wahrgenommen. Er engagierte sich theoretisch und praktisch für Republik und Demokratie und trat als entschiedener Gegner der Monarchisten und Nationalsozialisten hervor. Außerdem bekämpfte er den zunehmenden Antisemitismus und förderte, promovierte und habilitierte in seinem Institut für Sozial- und Staatswissenschaften (InSoSta) – von Christian Jansen »Institut der Außenseiter« genannt – zahlreiche jüdische Schüler wie Erich Fromm, Karl Mannheim, Jacob Marschak und Arthur Salz (Demm 2000, S. 163–172, 2014b). Nach dem Wahlsieg der Nazis im März 1933 ließ er in einem seltenen Akt der Zivilcourage die Hakenkreuzfahne von seinem Institut entfernen und ging vorzeitig in den Ruhestand (Demm 2000 [1982], 2000 [1999a]). 1935 veröffentlichte er sein kultursoziologisches Hauptwerk *Kulturgeschichte als Kultursoziologie* im Ausland und schloss sich 1943 einer lokalen Widerstandsbewegung an. Nach 1945 sorgte er im »Dreizehnerausschuss« für die Entnazifizierung der Heidelberger Universität. Zusammen mit den Honoratioren der von ihm 1946 gegründeten »Heidelberger Aktionsgruppe« und zahlreichen Politikern auch aus der SBZ suchte er die drohende Spaltung Deutschlands zu verhindern (Hausmann 2006; Demm 1999, S. 382–405) und propagierte in den 1950er Jahren, bald unterstützt durch führende SPD-Politiker, die »militärische Ausklammerung« eines wiedervereinigten Deutschlands. Wissenschaftlich

erweiterte er 1953 in seinem Buch *Der dritte oder der vierte Mensch* seine kultursoziologischen Studien zu einer geschlossenen »Soziologie der Freiheit« und gab der Etablierung der Politischen Wissenschaft in Deutschland entscheidende Impulse (Lietzmann 1995; Demm 1999, S. 409–420, S. 302–307). Trotzdem konnte er sich ohne den Rückhalt einer Schule nicht gegen die moderne empirische Soziologie behaupten, zumal Habilitation und Universitätskarriere seiner begabtesten Schüler zuerst durch das NS-Regime und erneut in den 1950er Jahren durch zwei nach Heidelberg berufene Altnazis systematisch verhindert wurde, den NS-Ideologen Johannes Kühn, der 1940 und 1943 Hitlers Krieg verherrlichte, und Helmut Meinhold, den ehemaligen Mitarbeiter des Gouverneurs von Polen, Hans Frank, der im Krieg als »Vordenker der Vernichtung« die Pläne für die Vertreibung der polnischen »Überbevölkerung« und den Genozid der polnischen Juden konzipierte und 1987 für sein Lebenswerk das Bundesverdienstkreuz erhielt (Kruse 2003, S. 207–233; Demm 1999, S. 339–350; Heim und Aly 1986, S. 33 ff., S. 43 ff.; Aly und Heim 1991, S. 109 ff., S. 246 ff.).

3 Hochschul- und Sozialpolitik

3.1 Hochschulpolitik

Die Brüder Weber engagierten sich nachhaltig für die Lehrfreiheit an den Universitäten, die in Deutschland und Österreich von Staat und Kirche bedroht war. Es war Alfred Weber, der in diesem Fall die Initiative ergriff. Der Anlass war der Versuch ultramontaner Kreise, mit Unterstützung von Papst Leo XIII. in Salzburg eine klerikale Universität unter der Vormundschaft der Katholischen Kirche zu errichten. Um diese »drohende Zwingburg der freien Wissenschaft« zu verhindern, bildete 1903 eine Gruppe von Professoren, die vorwiegend in Österreich und Süddeutschland lehrten, einen »Salzburger Hochschulverein« mit der Aufgabe, in Salzburg eine freie staatliche Universität zu errichten. Weber unterschrieb die Gründungspetition, nahm auch an Kursen teil, die der Verein im Sommer des gleichen Jahres in Salzburg veranstaltete, und kündigte in einem aufrüttelnden Artikel die alljährliche Organisation von Ferienkursen an, »um zwischen den Beichtstühlen Oberösterreichs und Salzburgs auch einmal etwas frischere Winde hindurchwehen zu lassen« (Salzburger Kulturkampf 1904, S. 2 ff., S. 69, S. 109; A. Weber 2003 [1902/1903]).

Zwei Jahre später riefen zahlreiche Mitglieder des Vereins, darunter auch Alfred Weber, zur Veranstaltung eines Deutschen Hochschullehrertages in

Salzburg auf.¹ Er nahm auch an dieser Tagung im September 1907 teil und kritisierte, dass breite Schichten der Bevölkerung wegen ihrer materiellen Situation oder auf Grund ihrer sozialdemokratischen Gesinnung von der Habilitation ausgeschlossen wurden. In der Tat musste jeder bei einem Antrag auf Habilitation die sog. »Bedürfnisfrage« beantworten, d. h. nachweisen, dass seine materielle Lage ihm später eine fast einkommenslose Anstellung als Privatdozent überhaupt erlaube (A. Weber 1999 [1907a], S. 75). Mit dem Hinweis auf die Probleme der Sozialdemokraten spielte Weber auf die Fälle des Berliner Privatdozenten für Physik, Leo Arons, und des Marburger Privatgelehrten Robert Michels an. Arons hatte wegen einer Rede auf einem SPD-Parteitag das Missfallen Kaiser Wilhelms II. erregt, der erklärte, er dulde keine Sozialdemokraten unter seinen Beamten und Universitätslehrern. Daraufhin verabschiedete das Preußische Abgeordnetenhaus liebedienerisch am 17. Juni 1898 ein entsprechendes Gesetz, die sogenannte »Lex Arons«, und am 20. Januar 1900 entzog das Preußische Staatsministerium gegen den Willen der Fakultät Arons die *venia legendi*. Der Marburger Privatgelehrte Robert Michels konnte sich wegen dieses Gesetzes nicht für Soziologie in Preußen habilitieren, aber auch bei einer Anfrage im thüringischen Jena wurde ihm am 7. Mai 1906 unmissverständlich erklärt, dass ein Antrag auf Habilitation dort ebenfalls aussichtslos wäre. Arons betätigte sich schließlich in der Gewerkschaftsbewegung, Michels habilitierte sich 1907 in Turin, wurde 1914 nach Basel, 1928 nach Perugia berufen und gilt heute als einer der bedeutendsten Parteisoziologen seiner Zeit (Huber 1969, S. 950–958).

An dem zweiten deutschen Hochschullehrertag in Jena im September 1908 nahm neben Alfred Weber auch sein Bruder Max teil. Auf dieser Tagung warnte zunächst der Juraprofessor Karl von Amira vor den Gefahren des Klerikalismus und brachte insgesamt neun Resolutionen ein, die die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen proklamierten (Zweiter deutscher Hochschullehrertag 1908, S. 629). Alfred Weber erklärte unter Hinweis auf die Fälle Arons und Michels, dass die Gefahr eher vom Staat komme und schlug folgende Zusatzresolution vor: »Damit die Hochschulen Stätten absolut unabhängiger Forschung und Lehre sein können, darf Weltanschauung und politische Stellung des Forschers oder Lehrers niemals ein Grund

¹Liste der Unterzeichner in *Verhandlungen des ersten Deutschen Hochschullehrertages* 1908, (S. III–IV); Max Weber sah vermutlich diese Initiative mit Interesse, hatte sich aber nicht dem Verein angeschlossen und unterschrieb daher nicht (MWG I/13, S. 12).

der Nichtzulassung oder des Ausschlusses von ihnen sein.«² (A. Weber 1999 [1908], S. 77) Mehrere Redner lehnten Webers Amendement ab, neben dem Wiener Literaturprofessor Emil Reich verteidigte ihn nur sein Bruder Max gegen die geäußerte Kritik und betonte: »Jeder, gleichviel welcher Parteirichtung, muß sich habilitieren dürfen.« (Zweiter deutscher Hochschullehrertag 1908, S. 634 f.; Max Weber 2016 [1908a], S. 124) Als eine überwältigende Mehrheit für die Verschiebung der Debatte auf den nächsten Hochschullehrertag stimmte, verließen die Webers »zu Demonstrationszwecken« den Saal,³ nicht ohne vorher den Kollegen heftig ihre Meinung zu sagen. Max Weber erklärte, »wer der Gesinnung des akademischen Lehrers nachschnüffele, sei ein Schuft«, und Alfred ergänzte, »die Versammlung fürchte sich wohl vor sozialdemokratischen Dozenten.«⁴ Als am nächsten Verhandlungstag der Psychiatrieprofessor Emil Kraepelin vorschlug, die »venia legendi« zeitlich zu beschränken, konnte Alfred Weber gemeinsam mit anderen Kollegen dieses Ansinnen zurückweisen mit dem überzeugenden Argument, dass dann unliebsame Personen, insbesondere Juden, nicht avancierten oder sogar entfernt würden (A. Weber 1999 [1908], S. 78). Max Weber hatte bereits acht Tage vor der Tagung, am 20. September 1908, seine Meinung zu der Frage veröffentlicht, weil er seiner Teilnahme nicht sicher war.⁵ Dabei ging er auf die Fälle Arons und Michels ein und wies zusätzlich auf den Brief eines Marburger Gelehrten hin, in dem dieser Michels erklärt hatte, dass er auch in Marburg abgelehnt worden wäre, nicht nur weil er Sozialdemokrat sei, sondern auch, weil er seine Kinder nicht taufen lasse. Und Weber kommentierte spöttisch: »In Deutschland besteht die ›Freiheit der Wissenschaft‹ innerhalb der Grenzen der politischen und kirchlichen Hoffähigkeit, außerhalb derselben nicht.« (Max Weber 2016 [1908b], S. 111–117) Wollte er mit diesem Aufsatz den erwarteten Antrag seines Bruders nur unterstützen oder wollte er ihn damit übertrumpfen? Dazu würde auch passen, dass er Alfreds Resolution in einem Brief an Robert Michels als »unser[en] Antrag« bezeichnete und dass er so zwar nicht im offiziellen Protokoll, aber zweimal im Bericht des *Berliner*

²In MWG I/13 (S. 124, Anm. 1) wird seine Resolution nicht nach der AWG 7, sondern nach dem alten Abdruck von 1908 zitiert.

³Max Weber an Robert Michels, 30.9.1908 (MWG II/5, S. 664).

⁴Zu Alfred: Nach einem Bericht der *Täglichen Rundschau* Nr. 446, 1.10.1908 (BArch B, Archiv des Reichslandbundes, Spalten Alfred Weber). Zu Max: Max Weber (2016 [1908a], S. 124 und 2016 [1908c], S. 776); im Bericht des *Berliner Tageblatts* (Nr. 496, 29. September 1908: 10) sind Alfred Webers Worte unwesentlich verändert.

⁵Max an Alfred Weber, 19.9.1908 (MWG II/5, S. 662).

Tageblatts zitiert wurde.⁶ Darüber hinaus kritisierte er im November 1908 und im Januar 1909 in zwei identischen Aufsätzen, in der provinziellen *Saale-Zeitung* und den *Hochschul-Nachrichten*, dass bei den Diskussionen auf der Tagung nicht zwischen Professoren und Habilitanden unterschieden wurde. Schließlich dürfe ein Hochschullehrer zwar öffentlich das politische System nicht kritisieren, wohl aber auf dem Katheder, während die politischen Auffassungen eines Habilitanden von den Behörden kontrolliert würden. Max Weber bedauerte, dass auf diese Weise im Unterschied zu Italien, Frankreich und selbst Russland Sozialisten in Deutschland nicht zu den Universitäten zugelassen würden. Andererseits verurteilte er jene deutschen Professoren, die den Studenten »politische Meinungen [...] als ›Wissenschaft‹ aufzuzischen wollten«, und forderte bei Vorlesungen unbedingte Werturteilsfreiheit (Max Weber 2016 [1909d], S. 128–138).

Auf dem dritten deutschen Hochschullehrertag am 12. und 13. Oktober 1909 in Leipzig wurde das Thema der Freiheit an den Universitäten wieder aufgegriffen. Der Leipziger Juraprofessor Adolf Wach bezog sich in seinem Referat auf Alfred Webers Ausführungen in Jena, unterstrich, dass die »Universität die Stätte freier Forschung und Lehre ist«, und ließ als Ausnahme nur die theologischen Fakultäten zu, wo zum Beispiel ein Katholik sich nicht an einer evangelisch-theologischen Fakultät habilitieren dürfte (Verhandlungen des dritten Deutschen Hochschullehrertages 1910, S. 6 f.). Alfred Weber kam diesmal nicht zur Konferenz, sein Bruder begrüßte Wachs Ausführungen mit Ausnahme seiner Befürwortung von Werturteilen und stellte ganz zu Recht die Frage, warum man über die Freiheit der Lehre nicht schon auf der vorigen Tagung entschieden hatte. Allerdings desavouierte er eigentlich seine bisherige Unterstützung von Habilitationen der Sozialdemokraten mit der Behauptung, dass diese kaum in der Lage wären, Lehrstühle zu besetzen, und beleidigte damit Wachs Korreferenten, den sozialdemokratischen Geschichtsdozenten Moritz Ludo Hartmann aus Wien, einen engen Freund Alfred Webers. Außerdem sprach er den Privatdozenten jedes Recht auf irgendeine Versorgung ab (Max Weber 2016 [1909a], S. 182–187, 2016 [1909b], S. 785–787).⁷ Zum Schluss wurde die einmütige Zustimmung zu Wachs

⁶Max Weber an Robert Michels, 30.9.1909 (MWG II/5, S. 664; Max Weber 2016 [1908c], S. 774, S. 776).

⁷MWG I/13 (S. 175, Anm. 8) bezeichnet Hartmann unzutreffend als »Freund Max Webers«. Er war vielmehr eng mit Alfred Weber befreundet, mit dem er 1903 im Salzburger Hochschulverein, ab 1905 im »Verein Freie Schule« in Prag, 1918 in Berlin bei der Agitation für den Anschluss Österreichs an Deutschland und im März 1920 bei dem Versuch einer deutsch-tschechischen Versöhnung zusammenarbeitete (Demm 1990, S. 53, S. 263, S. 288).

Referat festgestellt, aber Webers Forderung nach Werturteilsfreiheit auf dem Katheder anscheinend abgelehnt.⁸ Bemerkenswert war, dass Kraepelin in einem Beitrag das Argument Alfred Webers über die Benachteiligung der unbemittelten Klassen wieder aufnahm und im Gegensatz zu Max Weber dafür plädierte, hervorragende Talente bereits als Lehrer an Mittelschulen und erst recht als Privatdozenten an den Universitäten finanziell zu fördern – eine Anregung, die sogar in erweiterter Form bei Entlastungen während ihrer beruflichen Tätigkeit akzeptiert wurde. Darüber hinaus sollte die sogenannte »Bedürfnisfrage« bei Habilitationen nicht mehr gestellt werden (Verhandlungen des dritten Deutschen Hochschullehrtages 1910, S. 43, S. 61).

Max Weber intervenierte auf der Tagung auch wegen der Ehrenberg-Affäre. Richard Ehrenberg, Ordinarius für Staatswissenschaften an der Universität Rostock, war im Gegensatz zu Max Weber und den meisten anderen Nationalökonomien seiner Zeit ein Anhänger des »laissez-faire«-Liberalismus der klassischen Nationalökonomie und hatte eine eigene »exaktvergleichende Methode« der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse entwickelt. 1908 versuchte er, zur Universität Leipzig zu wechseln, um dort ein »Institut für exakte vergleichende Wirtschaftsforschung« zu errichten.⁹ Angeblich war nach Webers Diskussionsbeitrag der *Zentralverband Deutscher Industrieller*, laut einer Äußerung des Staatsrechtslehrers und früheren Rektors der Universität Leipzig, Karl Binding, auf dem Hochschullehrtag sowie einem Artikel der *Frankfurter Zeitung* vielmehr der *Verband sächsischer Industrieller*, bereit, diese Professur jährlich mit 30.000 Mark zu finanzieren (Max Weber 2016 [1909a], S. 183, sowie Anm. 7 und 8; Viereck 2008, S. 131). In der Tat hatte Gustav Stresemann, damals Syndikus dieses Verbands, das sächsische Kultusministerium in einem Brief vom 30. Mai 1908 darum gebeten, einen solchen Lehrstuhl zu errichten und genau diese Summe zugesagt (Viereck 2008, S. 131). Die Universität sah darin offenbar den Versuch, eine unternehmerfreundliche Tendenzprofessur zu errichten, und lehnte den Antrag einstimmig ab (Viereck 2008, S. 134). Max Weber hatte auf der Tagung Ehrenberg zwar nicht persönlich erwähnt, aber die *Frankfurter Zeitung*

⁸ *Verhandlungen des dritten Deutschen Hochschullehrtages 1910* (S. 21); Max an Marianne Weber, 13.10.1909 (MWG II/6, S. 288, Anm. 1).

⁹ Ich stütze mich im Folgenden auf Viereck (2008, S. 125–142), auf die Artikel Max Webers und Ehrenbergs sowie auf die Kommentierung in MWG I/13 (S. 171 f., S. 176), in der allerdings Max Webers Vorgehen einseitig gerechtfertigt wird.

berichtete über die ganze Affäre unter Nennung von Ehrenbergs Namens.¹⁰ Ehrenberg wies daraufhin in *Der Tag* die Vorwürfe zurück und erklärte, dass die Professur wie üblich vom Staat errichtet und finanziert und die Kosten seines Forschungsinstituts durch die von ihm gegründete *Vereinigung für exakte Wirtschaftsforschung* übernommen werden sollten. Stresemann wiederum wies fälschlich die Vorwürfe Webers und Bindings zurück (Viereck 2008, S. 131 f.). In seinem Zeitungsartikel hatte Ehrenberg auch von Weber eine Entschuldigung verlangt, da dieser ihn »ohne Grund in seiner Ehre gekränkt« habe. Dieser Artikel wurde zwei Tage später in der *Frankfurter Zeitung* zwar nachgedruckt, aber die Bitte um Entschuldigung fiel dabei wohl aus Rücksicht auf Max Weber weg, allerdings zitierte sie dieser selbst in seiner Entgegnung.¹¹ Natürlich reagierte Weber auf Ehrenbergs Verlangen wie üblich aggressiv, »always in attack mode«, wie Sam Whimster (2019, S. 254) seinen Stil charakterisiert hat. Er hatte bereits am 19. Oktober 1909 in der *Frankfurter Zeitung* despektierliche Einzelheiten über Ehrenbergs Bemühungen veröffentlicht und ihm u. a. seine wissenschaftliche Befähigung mit dem Ausdruck »plattester Schnellpublikation« abgesprochen (Max Weber 2016 [1909c], S. 174 f.). Einen Tag später, am 20. Oktober, antwortete er in der *Frankfurter Zeitung* auf Ehrenbergs Originalbrief und lehnte eine Entschuldigung brüsk ab. Stattdessen beschuldigte er Ehrenberg eines »noch niemals erhörten Verhalten[s]« im akademischen Leben und schmähte sowohl seinen methodischen Ansatz sowie erneut die »sinkende Qualität seiner Publikationen« (Max Weber 2016 [1909c], S. 177–179). Anders als Max Weber, der in Heidelberg als »Prozesshansl« bekannt war, weil er immer wieder Beleidigungsprozesse gegen andere Wissenschaftler und Zeitungen anstrebte,¹² ging Ehrenberg daraufhin allerdings nicht zum Gericht. Vielmehr kritisierte er in zwei Veröffentlichungen scharf die sog. »Kathedersozialisten«, d. h. die Mitglieder des *VfS*, zu denen Weber gehörte, erwähnte darin aber Max Weber selbst nur einmal mit dezentem Hinweis auf seine anonymen Hetzartikel gegen die Berufung des Nationalökonomens Ludwig Bernhard nach Berlin: »Prof.

¹⁰Max Weber (2016 [1909b], S. 785 f.); »Die Leipziger Tendenzprofessur«, *FZ* Nr. 286, 15.10.1909.

¹¹Mir stand nur Ehrenberg (1909a), d. h. der Nachdruck in der *FZ*, zur Verfügung, den mir infolge der Coronabeschränkungen Dominique Bouchery von der Bibliothek *La Contemporaine*, Nanterre, freundlicherweise zuschickte. Das Ehrenbergzitat nach Max Weber (2016 [1909c], S. 177).

¹²Eberhard an Marie Luise Gothein, 19.10.1911 (Maurer et al. 2006, S. 397; Radkau 2005, S. 633–641; Demm 2014a, S. 84).

Max Weber ist bekannt als ein unberechenbarer, hochgradig nervöser Mann, dem man Vieles, was er sagt, kaum anrechnen kann« (Ehrenberg 1909b, 1910, Zitat S. 39).¹³ Weber und seine Freunde revanchierten sich, indem sie Ehrenbergs Veröffentlichungen nicht rezensierten (Stremmel 2008, S. 182 mit Anm. 129). Dafür wurden sie in Amerika schnell rezipiert, und der Harvardprofessor Norman S.B. Gras gründete unter dem Einfluss Ehrenbergs die Disziplin der Unternehmenshistoriographie (Stremmel 2008, S. 184).

Heutige Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Sozialforschung werden Ehrenberg durchaus gerecht. So weist zum Beispiel Anthony Oberschall darauf hin, dass auch Max Weber und Ferdinand Tönnies »made efforts to secure funds for social research institutes«, lobt eine von Ehrenberg und seinem Doktoranden Hugo Racine 1912 vorgenommene empirische Untersuchung über die Arbeiter der Kruppwerke als »a sophisticated approach to the subject« und bedauert, dass nur wegen persönlicher Konflikte »his work was completely ignored by other economists« (Ehrenberg und Racine 1912; vgl. z. B. Oberschall 1965, S. 84–87, Zitate S. 84, S. 87). Vor allem wird er jetzt als der »Pionier der Unternehmensgeschichtsschreibung« angesehen (Stremmel 2008, S. 144, S. 187 Anm. 4 u. 5). Auch Ehrenbergs zweibändige Monographie über *Das Zeitalter der Fugger* (1896) gilt bis heute als Standardwerk und erlebte bis 2016 weitere Auflagen sowie Übersetzungen ins Englische und Französische.¹⁴

Man möge mir die etwas breit geratene Erörterung der Ehrenberg-Episode verzeihen, aber sie zeigt besonders deutlich, dass der gemeinsame Kampf der Brüder für die Freiheit der Wissenschaft auf den Hochschullehrertagen tiefgreifende Differenzen überdeckte. Max Weber war dafür bekannt, dass er bei wissenschaftlichen Konferenzen abweichende Meinungen nicht ertrug,¹⁵ und sein Engagement für die Freiheit der Wissenschaft stieß offenbar dann an seine Grenzen, wenn ein Wissenschaftler eine andere politische und methodologische Richtung vertrat und

¹³Zur Bernhardaffäre, die bis 1911 lief und sich schließlich »zum öffentlichen Skandal« ausweitete vgl. Editorischer Bericht zu Max Weber (2016 [1908d], S. 75–77, Zitat: S. 77) sowie Webers drei anonyme und ein namentlich gezeichneter Artikel (Max Weber 2016 [1908d], S. 78–85, S. 88 f., S. 92 f., S. 96–104; zur Beurteilung vgl. Vom Bruch 1980, S. 130–132).

¹⁴www.kvk.bibliothek.kit.edu (Zugegriffen: 23.12.2020).

¹⁵Alfred Weber an Else Jaffé, 28.10.1912 (BArch NL A. Weber/59, S. 151 f.): »Aber er [Max] hat absolut verlernt, irgend welchem *Widerspruch* zu begegnen [...] er kann sich absolut nicht denken, daß er irgend wann, irgend wo, irgendwie auch einmal *Unrecht* haben soll; er fügt sich daher in nichts, wenn's nicht nach seinem Kopf geht.«

Weber obendrein »persönlich so viel gegen ihn einzuwenden [hatte]«; daher hatte er bereits 1907 eine Bewerbung Ehrenbergs in Kiel torpediert.¹⁶ Alfred Weber verurteilte weder in der Ehrenbergaffäre noch sonst andere Wissenschaftler wegen ihrer abweichenden Orientierungen, tolerierte bei der Auswahl der Mitarbeiter an seinem InSoSta alle politischen Richtungen von links bis rechts und akzeptierte bei Promotionen und Habilitationen prinzipiell konträre Meinungen (Demm 1990, S. 68 f., 1999, S. 23, S. 48 f., S. 62).¹⁷ Außerdem war er einer der wenigen prominenten Philosemiten in Deutschland und schon deshalb nicht geneigt, gegen den getauften Juden Ehrenberg vorzugehen (Demm 2000 [1999b], S. 120–127).

Eigentlich war es merkwürdig, dass auf den drei Hochschullehrerkonferenzen nur über die Eingriffe des Staates bei Habilitationen, aber nicht über ähnliche Interventionen bei Berufungen diskutiert wurde. Grundsätzlich verfuhr man damals in Deutschland folgendermaßen: eine neue Professur wurde nicht wie heute zur Bewerbung ausgeschrieben. Vielmehr einigten sich die Fachvertreter über mögliche Kandidaten und baten Kollegen von außerhalb um vertrauliche Gutachten. Danach schlug die Fakultät dem Kultusministerium drei Kandidaten vor, von denen das Ministerium nach vorangehenden Berufsverhandlungen einen ernannte. Dieses Prinzip wurde aber besonders von dem Hochschulreferenten im Preußischen Kultusministerium, Friedrich Althoff, wiederholt durchbrochen. Dieser sehr fähige Mann akzeptierte nicht die Berufung von Schülern und guten Freunden. Stattdessen prüfte er persönlich die Qualität von Forschung und Lehre der jeweiligen Kandidaten und stützte sich dabei auf die Empfehlungen eines ganzen Netzwerkes hervorragender Gelehrter wie Schmoller, Theodor Mommsen und Rudolf Virchow. Außerdem war er ein persönlicher Freund Kaiser Wilhelms II., der ihn bei seinen Entscheidungen unterstützte. So konnte er in Preußen ein veritables »Gelehrtenreich« errichten, indem er gegen die Opposition der Fakultäten die besten Kandidaten für die Lehrstühle ernannte (Vom Brocke

¹⁶Max Weber an Richard Graf Du Moulin-Eckart, 4.5.1907 (zitiert nach MWG I/13, S. 179, Anm. 9, vgl. S. 178, Anm. 8).

¹⁷Dafür ein Beispiel: Als Karl Mannheim 1922 Alfred Weber die Disposition seiner Habilitationsschrift vorlegte, schrieb dieser an Else Jaffé: »Das liegt mir gar nicht – aber dagegen ist eben gar nichts zu machen«; trotzdem akzeptierte er Mannheims Vorschläge ohne weiteres und sagte ihm: »Machen Sie«, Alfred Weber an Else Jaffé, 13.2.1922 (BArch, NL A. Weber/90, S. 83; Demm 1999, S. 30); noch viele Jahre später erinnerte sich Mannheim genau an Webers Reaktion: »Ich werde die Arbeit lesen, sie ist aber bereits angenommen, denn Sie sind ein erwachsener Mensch und haben zu sagen, was Sie für richtig halten«, Karl Mannheim an Alfred Weber, 25.7.1938 (AWG 10, Nr. 596, S. 668).

1980, S. 35–37, S. 69–71, S. 80–93, Zitat S. 111). Dank dieser Einstellungspolitik konnten die preußischen Universitäten, insbesondere die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität, eine höhere Zahl akademischer Spitzenleistungen aufweisen als sonst in Deutschland, und nicht nur zeitgenössische Beobachter, sondern auch heutige Historiker betrachten die Berliner Universität um die Jahrhundertwende als die führende Einrichtung Deutschlands und sogar der ganzen Welt (Vom Brocke 1980, S. 109–112; Vom Bruch 1980, S. 29, S. 91; McClelland 1973, S. 2).

Max Weber verdankte seine erste Berufung 1893 als außerordentlicher Professor an die Berliner Universität der persönlichen Initiative Althoffs (Kaesler 2014, S. 387), kritisierte trotzdem »Das ›System Althoff‹« auf dem vierten deutschen Hochschullehrertag am 13.10.1911 sowie in 11(!) folgenden Zeitungsaufsätzen immer wieder als korrumpierend, allerdings erst drei Jahre nach Althoffs Tod und mit eher begrenzter Zustimmung (Vgl. MWG I/13, S. 394–410, S. 298–393; vom Bruch 1980, S. 123). Auch in seinem Vortrag *Wissenschaft als Beruf* behauptete Max Weber (1992 [1919b], S. 77 f.) etwas verklausuliert, dass ohne Eingriffe von außen die Universitätskollegien in vielen Fällen »richtige Besetzungen« vorgenommen hätten. Alfred Weber hatte 1904 von Althoff ein eher bescheidenes Angebot in Bonn »ohne eigentliche Selbständigkeit« erhalten,¹⁸ natürlich das Ordinariat in Prag vorgezogen, aber Althoff niemals Vorwürfe gemacht. Bei Habilitationen und Berufungen war er allerdings viel großzügiger als sein Bruder. So bot er guten Freunden wie dem »Weisheitslehrer« Hermann Graf Keyserling und dem Kulturphilosophen Erich von Kahler die Habilitation an (Demm 1990, S. 283, 1999, S. 58). Vor allem berief er 1926 seinen Protégé Hans von Eckardt mit einem unüblichen unico loco-Vorschlag auf eine Professur und wiederholte nach dessen Entlassung 1933 das gleiche Verfahren im Jahre 1946, in beiden Fällen gegen erhebliche fachliche Bedenken und Proteste der Kollegen und zum großen Schaden für die Universität Heidelberg (Demm 1999, S. 27–29, S. 132, S. 331 f.). Sein Bruder, der beim wissenschaftlichen Nachwuchs auf »brutalste[r] Auslese« bestand, hätte sich zu solchen Manövern nicht hergegeben (Max Weber 2016 [1909a], S. 186).

Trotz dieser recht unterschiedlichen Einstellungen zur wissenschaftlichen Auslese gab es offenbar bei Habilitationen und Berufungen zwischen den Brüdern keine Differenzen. Max Weber unterstützte die engagierten Bemühungen seines Bruders um die Berufung bzw. Umhabilitierung zweier Psychologen und

¹⁸Max an Alfred Weber, 16.05.1904 (MWG II/4, S. 224); Alfred an Helene Weber, 13. und 18.04.1904 (AWG 10: Nr. 459–460, S. 541–543, Zitat S. 543).

Pädagogen,¹⁹ beide befürworteten die Habilitation des Philosophen Karl Jaspers²⁰ und waren gegen die Habilitation der hochbegabten Marie Bernays.²¹ Außerdem intervenierte Max Weber wegen der Plagiatsvorwürfe des Prager Professors Paul Sander gegen die Habilitationsschrift von Alfreds Schüler Arthur Salz, was sich infolge Max Webers Temperament zu einer öffentlichen Streitsache zwischen ihm und Sander auswuchs, während sich Alfred ziemlich zurückhielt.²² Als die Heidelberger Akademie 1909 Max Weber sowie externe Gelehrte, aber nicht seinen Bruder und den Heidelberger Historiker Hermann Oncken, zu Mitgliedern ernannte, protestierte er vehement und lehnte zunächst sogar seine Mitgliedschaft ab.²³ Alfred war die Sache allerdings peinlich,²⁴ und als die Akademie ihn 1922 zum außerordentlichen Mitglied und 1926 zum ordentlichen Mitglied ernannte, erklärte er bereits 1922: »Da hab ich's nun! Denn Sinn und Verstand hat's eigentlich keinen – ebenso wie diese ganze Akademie«, und trat 1927 wieder aus.²⁵ Beide Brüder setzten sich auch unabhängig voneinander 1907/08 bzw. 1912 für die Berufung des Philosophen Georg Simmel nach Heidelberg ein, scheiterten aber am Widerstand des Heidelberger Rektors Wilhelm Windelband, der als Neukantianer eine andere philosophische Richtung vertrat. Nach dessen Tod versuchte es Alfred Weber 1915 erneut, leider wieder vergeblich (Radkau 2005, S. 461; Demm 1990, S. 63).

¹⁹Max Weber an Karl Jaspers, 6.6., 2.8.1913 (MWG II/8, S. 266, S. 292); an Heinrich Rickert, 23.2.1914, (MWG II/8, S. 524).

²⁰Max Weber an Karl Jaspers, 19.7., 8.8.1913 (MWG II/8, S. 275, S. 300).

²¹Max an Alfred Weber, 9.11.1912 (MWG II/7, S. 740); an Marianne Weber, 10.3.1913 (MWG II/8, S. 121); vgl. zu Max Webers Diskriminierung von Bernays (Meurer 2010, S. 326 f.); eine Äußerung oder gar ein Widerspruch Alfred Webers liegt nicht vor, aber Bernays trat vermutlich gar nicht erst an ihn heran, weil er Vorbehalte gegen ihre Arbeit hatte, s. unten S. 302.

²²Vgl. zu den Einzelheiten den »Editorischen Bericht« zu Max Weber 2016 [1915], S. 418–420 sowie mehrere diesbezügliche Aufsätze Max Webers (1914), (MWG I/13, S. 422–498; A. Weber 2003 [1915], S. 893).

²³Max an Marianne Weber, 28.6., 1.7.1909 (MWG II/6, S. 156, S. 165); an Wilhelm Windelband und Leo Königsberger, 30.7.1909 (MWG II/6, S. 206–209).

²⁴Max Weber an Wilhelm Windelband, 27.10.1909 (MWG II/6, S. 302).

²⁵Alfred Weber an Else Jaffé, 28.5.1922 (BArch, NL A.Weber/90, S. 282).

3.2 Sozialpolitik

Max und Alfred Weber wurden 1893 bzw. 1899 in den Ausschuss des VfS kooptiert und waren dort außerordentlich aktiv.²⁶ Diese 1872 gegründete Vereinigung lehnte sowohl den revolutionären Sozialismus als auch den »laissez-faire«-Liberalismus der klassischen Nationalökonomie ab und befürwortete weitgehende soziale Reformen. Der Verein organisierte und finanzierte einschlägige Untersuchungen und versuchte, durch wissenschaftliche Diskussionen der bestehenden Missstände die öffentliche Meinung zu beeinflussen und der Gesetzgebung die nötigen Impulse zu geben. Im Verein gab es zwei Flügel: Schmoller und die meisten älteren Mitglieder befürworteten eine umfassende staatliche Sozialpolitik, um auf diese Weise die Arbeiter für den Staat und die bürgerliche Gesellschaft zu gewinnen. Seit der Jahrhundertwende traten einige jüngere Nationalökonomien auf den Plan, die gemeinsam mit dem älteren Lujo Brentano durch Beseitigung der antigewerkschaftlichen Gesetzgebung es den Arbeitern ermöglichen wollten, ihre Zukunft ohne staatliche Bevormundung selbständig und in Freiheit zu gestalten. Zu ihnen gehörten neben Werner Sombart auch die Brüder Weber. Als »Sauerteig und die Belebung unserer Tagungen« (Schmoller, nach Salin 1963, S. 62) setzten sie sich für die gleichen sozialpolitischen Reformen ein: Sie unterstützten die Gewerkschaften gegen die von den Unternehmern organisierten »Gelben Gewerkschaften« und den sogenannten »Arbeitswilligenschutz« (A. Weber 2000 [1913a], 2000 [1914]; Max Weber 1998 [1905a], 1988 [1918a]; Mommsen 1974, S. 122 f.; Demm 1990, S. 123–125), bekämpften die übermäßige Kartellisierung (A. Weber 2000 [1903a], 2000 [1903b]; Max Weber 1998 [1905b]; Demm 1990, S. 102–105) und lehnten die politische und ökonomische Machtstellung der preußischen Junker ab. Alfred Weber charakterisierte »die *Junkerherrschaft* [als] ein *Cliquenregiment*, das sich eine *patriotische Maske* vorhält« (A. Weber 2000 [1909], S. 423). Max Weber erkannte zwar ihre historische Bedeutung für den preußischen Staat und die »Wehrkraft der Nation« an, stellte aber fest, dass sie »vielfach Spekulanten geworden« sind und ihre hoffnungslose Existenz nur »auf Kosten der Lebensinteressen der Nation gefristet werden kann« (Max Weber 1984 [1892], S. 922, S. 807, S. 923; anders Mommsen 1974, S. 23–26). Oft beantragten sie auch

²⁶Die Schreibweise »Sozialpolitik« wurde seit der Orthographiereform von 1901/02 von den SchVfS, seit 1910 auch vom VfS übernommen (vgl. Sitzung des Ausschusses, 15. Mai 1910, LSE, NL Jastrow/Misc.114, S. 2). Die folgenden drei Sätze formuliert nach Demm (2000 [1987], S. 63).

gemeinsam bestimmte Untersuchungen und unterstützten Brentano und Friedrich Naumann in ihren Kontroversen mit Schmoller (MWG I/13, S. 22–26, S. 740, S. 750; Gothein et al. 2016 [1905]; Lindenlaub 1967, S. 409 ff.; Demm 1990, S. 94–100).

Eine weitere Initiative in den Jahren 1907 bis 1911 aber führte zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Brüdern. Es geht dabei um die berühmte Enquete des Vereins über »Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie«, die inzwischen als »Beginn systematischer empirischer Sozialforschung im Betrieb« angesehen wird (Lepsius 1979, S. 132). Sie untersuchte die Frage: wie ist die persönliche Situation der Arbeiter in der Großindustrie und wie wirkt sie sich auf ihre Arbeitsleistung aus? Bereits Marianne Weber hatte die führende Stellung ihres Schwagers Alfred bei dieser Enquete betont. Sie schrieb in ihrem berühmten *Lebensbild*, also der Biographie ihres Mannes: »Anlaß dazu [die einschlägigen Untersuchungen Max Webers von 1908 bis 1909] gibt eine vom VfS geplante, im wesentlichen von seinem Bruder und Fachgenossen Alfred Weber angeregte Erhebung über ›Auslese und Anpassung‹, Berufswahl und Berufsschicksal der großindustriellen Arbeiterschaft.« (Marianne Weber 1926, S. 344) Dieser Auffassung sind auch die Herausgeber der Briefe Max Webers, M. Rainer Lepsius und Wolfgang J. Mommsen, gefolgt. In den Personenverzeichnissen der entsprechenden MWG-Briefeditionen heißt es über Alfred Weber: »Leitung der Untersuchung des VfS über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie«; auch in der Kommentierung einschlägiger Briefe wird Alfred Weber als Anreger der Untersuchungen und als einer der Leiter des Projekts bezeichnet (MWG II/5, S. 760 und alle weiteren Bände bis MWG II/9, S. 906; MWG II/5, S. 613, Anm. 1; MWG II/6, S. 75, Anm. 7). Nur der 1995 veröffentlichte Band I/11 der Max Weber Gesamtausgabe, der die Enquete speziell behandelt, bietet eine abweichende Sicht: Alfred Webers Beitrag wurde ignoriert oder minimiert und sein Bruder Max in den Vordergrund gestellt – eine merkwürdige Tendenz, die mehrfach auf Unverständnis stieß und nach Meinung des Bielefelder Soziologen Volker Kruse »nur wissenssoziologisch zu interpretieren ist« (Kruse 2003, S. 221, Anm. 9 Zitat; Nutzinger 2000, S. 13, Anm. 2; Demm 2003, S. 106, Anm. 9; vgl. Blomert oben S. 278). Eine solche Analyse kann ich jedoch als schlichter Historiker nicht leisten, sondern werde nur getreu dem berühmten Wort Leopold von Ranke darstellen, »wie es eigentlich gewesen ist«.

Zunächst einmal fällt in der MWG I/11 auf, dass die frühere Sekundärliteratur zur Geschichte der empirischen Sozialwissenschaft in Deutschland zwar in einer Anmerkung genannt, aber außer einem missverständlich resümierten Zitat von

Anthony Oberschall nicht zur Analyse herangezogen wurde (MWG I/11, S. 2, Anm. 4; vgl. unten S. 292f.). Allerdings entsprachen ihre Resultate auch nicht der Tendenz der MWG I/11. Zum Beispiel schreibt Peter Hinrichs (1981, S. 93, S. 95): »Die Anregung zu diesem Untersuchungszyklus ging aus von Alfred Weber; die Leitung der Untersuchung wurde zunächst von Professor K. Bücher, später durch ein Komitee, bestehend aus H. Herkner, G. Schmoller und A. Weber, übernommen [...] Max Weber, der alsbald als spiritus rector die Vereinsenquete theoretisch begleitete«; Horst Kern (1982, S. 91, S. 100) erklärt: »Versucht man, einen genaueren Einblick in Fragestellung und Erkenntnisinteresse der Enquete zu gewinnen, so wird man sich vor allem an Max und Alfred Weber orientieren, denn die beiden Brüder waren letztlich die führenden Köpfe der ganzen Sache [...] Alfred Weber (der intellektuelle Urheber der Enquete)« (ähnlich Gorges 1986, S. 457–466; zu Oberschall 1965 unten S. 293). Mein eigener Artikel über die Enquete, der durchaus an prominenter Stelle erschien (Demm 2000 [1987]), wurde dagegen von der MWG I/11 nicht einmal genannt, geschweige denn diskutiert, wohl aus dem oben erwähnten wissenssoziologischen Grund.

MWG I/11 begründet dieses Vorgehen wie folgt: Für die Entstehungsgeschichte wurden nur Vereinsdokumente benutzt, denn »Die Sekundärliteratur ist nahezu ausnahmslos entweder zu unspezifisch oder zu ungenau oder beides« (MWG I/11, S. 17, Anm. 83). Das führt leider auch dazu, dass sich der Leser bei manchen Informationen fragt, woher sie eigentlich stammen. So wird z. B. über Alfred Weber berichtet: »In seiner Prager Zeit, über die wenig bekannt ist, hatte er offenbar eine engere Beziehung zu Christian von Ehrenfels entwickelt«, auch in einem gleichzeitigen Artikel Schluchters ist »vom Umgang Webers mit Ehrenfels« die Rede (MWG I/11, S. 52; Schluchter 1995, S. 211, Anm. 24). Eine Nachfrage, aus welcher Quelle diese in beiden Texten unbelegte Information stammt, konnte mir die Mitherausgeberin nicht beantworten.²⁷ Sie stammt aber von mir. Ich hatte über die Beziehungen zwischen beiden Gelehrten im immerhin 10 Seiten umfassenden Pragkapitel meiner Weberbiographie berichtet (Demm 1990, S. 45–55, hier S. 49). Man muss allerdings den Herausgebern zugestehen, dass sie als erste die Protokolle des *VfS* aus dem Londoner Nachlass Ignaz Jastrows herangezogen haben, der selbst Spezialisten vorher nicht bekannt war.²⁸

Auf die einseitige Tendenz der MWG I/11 wird der Leser gleich zu Beginn der Einleitung durch ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat Anthony Oberschalls eingestimmt, an das sich unter Weglassung seiner Hinweise auf Alfred

²⁷ Sabine Frommer, e-mail an Verf., 8.3.2020.

²⁸ LSE, NL Jastrow/Misc.114, verzeichnet in: Mommsen (1971, Nr. 1839, S. 248).

Weber eine entstellte Übersetzung anschließt: »[...] als ›the unofficial head‹ [der Untersuchungen] habe er [Max Weber] Fragestellung und Methodik der Industriearbeiterenquete ausgearbeitet« (MWG I/11, S. 2 nach Oberschall 1965, S. 114). Im Original liest es sich anders:

»At the Verein convention in September 1907, Alfred Weber proposed that a survey be made on the influence of factory work in large industrial establishments upon the intellectual and physical qualities of the workers. Alfred Weber and Bücher hereupon wrote a memorandum upon this question which was discussed at two meetings of the Verein executive committee in the latter half of 1908, a committee of three consisting of Herkner, Schmoller and Alfred Weber was appointed to be directors of the surveys, and it then prepared a questionnaire and plan of work for the researchers (152, Vol. 133, preface). In the meantime Max Weber had become interested in the survey and took over as its unofficial head. He modified the design and scope of the survey from a descriptive study of the occupational history and life-fate of industrial workers to a more theoretically oriented and explanatory study of the selection and adaptation of workers in large industries.« (Oberschall 1965, S. 113f.)

Der editorische Bericht Nr. 1 von MWG I/11 beginnt mit dem langen Auszug eines Briefes von Max an Alfred Weber vom 3. September 1907, in dem zwei Sätze für uns wichtig sind:

»1) Ich beabsichtigte, vorzuschlagen, der Verein f[ür] S[ozial]-Politik möge eine Serie von Untersuchungen beginnen lassen, die man, um ein ›populäres‹ Etikett zu haben, vielleicht als ›Lage der geistigen Arbeit in der modernen Großindustrie‹ titulieren könnte. [...]

2) *Degenerationsfragen*. Werde ich *unbedingt* unterstützen und mich persönlich, wenn Du willst, mit lebhaftem Interesse mitbeteiligen.« (Brief MWG II/5, S. 381–384, Zitate S. 382, S. 383; MWG I/11, S. 65f.)

Der MWG I/11 ist dabei entgangen, dass Maxens Brief vom 3. September 1907 keine eigenständige Initiative darstellt, sondern eine Antwort auf einen leider verlorenen Brief Alfreds, vermutlich von August, darstellt. Max schreibt nämlich: »Lieber Alfred, Deinen Brief fand ich vor einigen Tagen hier bei meiner Ankunft aus Holland vor und konnte [...] nicht gleich antworten.« (MWG II/5, S. 381) Dadurch erklärt sich auch die folgende Wendung: »Ich formuliere hier in größter Hast, aber da Du ja anscheinend etwas Ähnliches willst und für angezeigt hältst, so weißt Du ja, was gemeint ist.« (MWG II/5, S. 383) Hervorzuheben ist jedenfalls, dass Max Alfreds Interesse für die Degeneration »*unbedingt* unterstützen« will. Allerdings kam es zunächst nicht zu persönlichen Gesprächen, da Alfred sich erst am 6. Juli 1907 zu einer Annahme der Professur in Heidelberg

entschlossen hatte und zum 29. Juli 1907 ernannt wurde, während Max den Monat August in den Niederlanden verbrachte.²⁹ So blieb es zunächst nur bei diesem brieflichen Austausch. Jedenfalls setzte sich Max in der Tat persönlich bei Schmoller für sein Projekt der »geistigen Arbeit in der Großindustrie« und für Alfreds »Degeneration« ein.³⁰ Ein Jahr später hatte er zwar Bedenken wegen der methodologischen Aspekte,³¹ unterstützte aber im Herbst 1908 seinen Bruder bei diesem Thema gegen Bedenken Büchers und würdigte auch später die Bedeutung der Erbfaktoren.³²

Bei der »Degeneration« ging es darum, dass nicht nur die Arbeiter durch die schlechten Arbeitsbedingungen gesundheitlich ruiniert wurden, sondern auch ihre Kinder die dadurch erworbenen Schäden erbten. Alfred Weber wurde bereits bei seinen Forschungen über die Hausindustrie 1897 bis 1900 auf diese Frage aufmerksam. 1899 erklärte er in einem Vortrag auf der Generalversammlung des VfS, dass die »Gesundheit [der deutschen Arbeiterklasse] heute in den hausindustriellen Produktionsformen durch Überarbeit, Unterernährung und Schmutz [...] zu Grunde geht« (A. Weber 2000 [1900], S. 222; vgl. Demm 1990, S. 27, S. 34–37). 1902 forderte er unter dem Stichwort »Arbeitskraftpflege« »hochstehende Löhne, niedrige Arbeitszeit, billige Nahrung, billige Wohnung, fachliche Bildung« (A. Weber 2000 [1902], S. 296 f., Zitat S. 296). Auch in Prag interessierte er sich weiter für Volksgesundheit und »Degeneration« (Brod 1979, S. 207 f.). Schließlich meldete er 1905 das Thema beim VfS an und machte in einem Brief an Brentano konkrete methodologische Vorschläge:

»Ich dachte bei meiner Anmeldung des Themas [Degenerationsprobleme] im VfS an eine vielleicht zunächst einmalige Schulermittlung mit »Personalakten«, (die man etwa als eine »Basis«-Arbeit für das Reichsgesundheitsamt anregen könnte) und dann auf Grund dieser an monographische Arbeiten vor allem für »Kontrastbezirke«, wozu natürlich Verarbeitung des sozialpolitischen Versicherungsmaterials kommen müßte [...] Aber eine Enquete der gedachten Art wäre doch ein Mittel, der Öffentlichkeit die Bedeutung des Problems in seiner *wissenschaftlichen* Umgrenzung vorzuführen.«³³

²⁹ Max an Alfred Weber, 7.7.1907 (MWG II/5, S. 381–384, Anm. 1 und 3); UAH, Personalakte Alfred Weber 1907–1949, B 3099; Ernennungsurkunde: BArch, NL Alfred Weber/4.

³⁰ Max an Alfred Weber, 20.9.1907 (MWG II/5, S. 504).

³¹ Max Weber an Hans Gruhle, 13.10.1908 (MWG II/5 S. 675).

³² Max Weber an Alfred Weber, 19.9.1908 (MWG II/5, S. 661; Max Weber 2016 [1920b], S. 120 f.; vgl. Oberschall 1965, S. 198).

³³ Alfred Weber an Lujó Brentano, 22.12.1905 (AWG 10, Nr. 74, S. 161).

Allerdings wurden weder Alfreds Antrag noch die verwandten Anträge Brentanos und Wilhelm Mertons über die Situation der Arbeiter in den Riesenbetrieben auf der nächsten Sitzung des VfS am 4. und 5. Januar 1907 behandelt (Boese 1939, S. 104, S. 106–109, S. 122; Protokoll des Ausschusses 4. u. 5.1.1907 nach MWG I/11, S. 65). Daraufhin beschloss Alfred Weber, endlich ein einschlägiges Forschungsprojekt in die Wege zu leiten und bemühte sich dabei um den Beistand Brentanos und seines Bruders.

Brentano unterstützte Alfreds Projekt noch nachhaltiger als Max and beantragte schriftlich für die nächste Sitzung des Ausschusses des VfS am 29. September 1907 die »Systematische Bearbeitung der Frage der *Degeneration*, ob eine solche stattgefunden hat, wo sie stattgefunden hat, sowie ihrer Ursachen«. Auf dieser Sitzung unterstützte Alfred Brentano und erinnerte an seinen früheren Antrag aus dem Jahre 1905, schlug aber vor, in Abänderung eines Antrags von Walther Lotz »Untersuchungen über das Berufsschicksal der Arbeiter in der Großindustrie« zu machen.³⁴ Während Brentanos Antrag schließlich als zu schwierig abgelehnt wurde, fand Alfred Webers Vorschlag allgemeine Zustimmung. Er formulierte als Thema »Die Industrie und ihre Arbeiter« und änderte es dann gemeinsam mit Heinrich Herkner und anderen um zu »Untersuchungen über die Lebensläufe aller in der Industrie Beschäftigten«. ³⁵ An einer weiteren Sitzung des Ausschusses am 1. Oktober nahm auch Max Weber teil und schlug wie in seinem oben erwähnten Brief als Thema: »Die geistige Arbeit in der Großindustrie« vor. Daraufhin wurde zur weiteren Beratung ein Unterausschuss unter Vorsitz von Bücher eingesetzt, dem auch die Brüder Weber angehörten.³⁶

Am 13. Juni 1908 kam es zu der ersten Sitzung des Unterausschusses in Eisenach. Ein von Alfred Weber und Bücher vorgelegter Arbeitsplan und ein Fragebogen wurden jetzt in einer sehr kontroversen Debatte diskutiert, die gänzlich von den Brüdern Weber beherrscht wurde. Ein Teilnehmer der Sitzung, Otto von Zwiedineck-Südenhorst, erinnert sich:

³⁴ Erste Sitzung des Ausschusses, 29. September 1907 (LSE, NL Jastrow/Misc. 114, S. 3).

³⁵ Bei Boese (1939, S. 130) liest sich der Ablauf etwas anders: Danach sei das erste Thema gemeinsam von Herkner und Alfred Weber formuliert worden, und die Neuformulierung »Lebensläufe« stamme von Schmoller.

³⁶ MWG I/13 (S. 738); Dritte Sitzung des Ausschusses, 1. Oktober 1907 (LSE, NL Jastrow/Misc. 114, S. 6).

»Ein Sprühregen von Ideen darüber, wie man den soziologisch belangreichen Bestimmungsgründen der Berufswahl, des Berufserfolges und damit des Berufschicksals auf die Spur kommen könnte, ging von den beiden Brüdern aus [...] und Schmoller [...] erklärte: Für die nächste Beratung bedürfen wir einer Geschäftsordnung, in deren § 1 bestimmt wird, daß innerhalb einer Stunde die beiden Weber nicht mehr als 55 Minuten sprechen dürfen.« (Zwiedineck-Südenhorst 1949, S. 785)

Leider ist das offizielle Protokoll gerade dieser Sitzung nicht erhalten,³⁷ immerhin nennt Zwiedineck-Südenhorst (1949, S. 784) einige Stichworte: »Max Webers Interesse war vor allem durch die Studien über die Psychophysik der Arbeit bestimmt, während es Alfred vor allem um einen Einblick in die Vorgänge und Motive bei der Berufswahl, in den Berufswechsel und in das Berufschicksal der Industriearbeiter gegangen ist.« Wir werden noch Gelegenheit haben, nähere Einzelheiten über die Interessen der Brüder herauszuarbeiten. Dass sie sich jedenfalls schwer vereinbaren ließen, geht aus einer Bemerkung Büchers hervor, der am 12. Oktober 1908 in Berlin auf der letzten Sitzung des Ausschusses erklärte, »die Verhandlungen [des Unterausschusses am 13. 6.] seien außerordentlich schwierig gewesen, und die von den einzelnen Mitgliedern verfolgten Ziele hätten sich nur schwer zusammenfassen lassen. [...] Es habe gestern [am 11. Oktober] eine erneute achtstündige Sitzung stattgefunden, die die Festlegung des Arbeitsplanes und des Fragebogens ergeben habe.«³⁸ Da laut Zwiedineck-Südenhorst vor allem die Brüder Weber sprachen, kann man wohl davon ausgehen, dass vor allem ihre unterschiedlichen Auffassungen aufeinander prallten.

Diese Darstellung und Alfred Webers weitere Vorbereitungen werden durch eine einschlägige Denkschrift, »Erhebungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie«, bestätigt, die sein Bruder am 13. August 1908 an verschiedene Mitglieder des Unterausschusses sandte (Max Weber 1995 [1908a], S. 78–149). Dort heißt es in der Vorbemerkung: »Es [das Exposé] knüpft in wichtigen Punkten an ein kürzeres Anschreiben an, mit welchem seinerzeit Alfred Weber den fast ganz von ihm bearbeiteten (inzwischen umgestalteten) Entwurf von Fragebögen vorlegte, und verwertet auch sonst mehrfach die Ergebnisse von Erörterungen, die mit A. Weber gepflogen wurden.« Der Ausdruck »Anschreiben« wurde in der Broschüre später als »Denkschrift« bezeichnet und dürfte dem von Alfred Weber auf der Unterausschusssitzung vom 13.

³⁷ Daniel, LSE Library, 20.4.2020, an Verfasser; es gibt nur einige Hinweise im Protokoll vom 12. Oktober 1908, S. 6.

³⁸ Sitzung des Ausschusses, 12. Oktober 1908 (LSE, NL Jastrow/Misc. 114, S. 6).

Juni vorgelegten Arbeitsplan entsprechen. Als Marianne Weber 1924 Maxens *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik* herausgab, strich sie die Vorbemerkung, die erst durch meinen Aufsatz von 1987 der Vergessenheit entrissen und daraufhin, wenn auch ohne entsprechenden Hinweis, in die Edition der MWG I/11 aufgenommen wurde (Max Weber 1995 [1908a], S. 78, »Denkschrift« S. 148; vgl. Demm 2000 [1987], S. 92). Auch die »Erörterungen« mit Alfred Weber in Heidelberg sind belegt.³⁹ Max Webers Denkschrift hatte aber auch noch einen anderen Zweck, über den Alfred Webers Kollege Eberhard Gothein seiner Frau berichtete: »Seine [Max Webers] Postulate [in seiner Denkschrift] sind [...] eigens bestimmt, um in den unvergorenen Most seines Bruders, der jetzt von den hiesigen Psychiatern ganz kaptivirt ist, Wasser zu gießen.«⁴⁰ Alfred verkehrte in der Tat mit dem Psychiater Hans Walter Gruhle, einem Schüler des Psychologen Emil Krapelin (Demm 1990, S. 61), und ließ sich vermutlich von ihm auch bei seinem Arbeitsplan beraten.

Am 12. Oktober 1908 setzte der Ausschuss auch Max Webers »sehr wertvolle Denkschrift« als zusätzliche »Arbeitsanweisung« für die Bearbeiter der Untersuchungen fest – von Max Weber allerdings in seiner oben schon zitierten Vorbemerkung eigentlich nur als »Anregung« vorgesehen.⁴¹ Die Bearbeiter sollten Honorare bis zu 1000 Mark erhalten, wofür insgesamt 10.000 Mark zur Verfügung gestellt wurden. Die Untersuchungen sollten laut Sitzungsprotokoll eigentlich von Herkner geleitet werden, aber gleichzeitig wurde ein Komitee gebildet, das außer ihm auch Schmoller und Alfred Weber umfasste und das offenbar von vornherein als eine kollektive Leitung fungierte – eine Anordnung, die durch eine briefliche Mitteilung Max Webers vom 13. Oktober 1908, also unmittelbar nach der Ausschusssitzung, bestätigt wurde.⁴² Die Mitglieder dieses Komitees erinnerten sich drei Jahre später an die Sitzung vom 29. September 1907 und wiesen dabei in ihrem Vorwort zu der Enquete ausdrücklich auf Alfred Webers Initiative hin:

³⁹Max an Marianne Weber, 3.8., 4.8., 5.8.1908 (MWG II/5, S. 613, S. 621, S. 622); Marianne an Helene Weber, 26.6.1908 (BSB, NL Max Weber, Ana 446.C/16).

⁴⁰Eberhard an Marie Luise Gothein, 30.8.1908 (Maurer et al. 2006, Nr.148, S. 239; in der Zitatversion in MWG I/11, S. 54, fehlt der Hinweis auf psychologische Beratung Alfreds.

⁴¹Sitzung des Ausschusses, 12. Oktober 1908 (LSE, NL Jastrow, Misc. 114, S. 6; auch in Herkner et al. 2012 [1910], S. 66; AWG 5, S. 438; Max Weber 1995 [1908a], S. 78 f.).

⁴²Sitzung des Ausschusses (LSE, NL Jastrow, Misc. 114, S. 6); Max Weber an Hans Gruhle, 13.10.1908 (MWG II/5, S. 675): »[...] meinem Bruder, der die Enquete mit *leiten* wird (*ich* habe andres zu thun, ziehe mich also zurück)«.

»Die Anregung zu den vorliegenden Veröffentlichungen hat Herr Prof. Dr. Alfred Weber gegeben. Er schlug in der Ausschußsitzung zu Magdeburg am 29. September 1907 vor, die Ansprüche zu ermitteln, welche der großindustrielle Betrieb an die intellektuellen und psychischen Qualitäten der Arbeiter stelle. Dabei solle aber auch in ausgiebiger Weise auf die Veränderungen Rücksicht genommen werden, welche die Persönlichkeit des Arbeiters selbst durch die Eigenart der modernen Fabrikorganisation erführe.« (Herkner et al. 2012 [1910], S. 65; AWG 5, S. 437)

Der Ausschuss legte nach mehrfachen Änderungen das Thema der Untersuchungen fest als »Erhebungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufsschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie«. Die Benutzung der darwinistischen Termini »Anpassung« und »Auslese« ging zwar auf Bücher zurück (AWG 5, S. 437; nach Oberschall 1965, S. 122, Anm. 12, auf Max Weber, leider ohne Beleg.), entsprach aber auch Alfreds Überzeugungen. Er war schon als Student Sozialdarwinist,⁴³ vertrat aber eine demokratische Variante dieser Theorie und erklärte 1908 bei der Gründung der Prager Ortsgruppe des Vereins »Freie Schule«: »Wir wollen [...] daß die Schule das erfüllt, was ihr ganz selbstverständlicher Zweck ist, die intellektuelle Ausstattung der Bevölkerung für den Kampf um das Dasein« (A. Weber 1999 [1907b], S. 80; vgl. Kelly 1981, S. 7, S. 22 ff., S. 101, S. 119 ff.). Für ihn war es in diesem Zusammenhang selbstverständlich, dass die Nationalökonomie Konzepte und Methoden der exakten Naturwissenschaften übernehmen müsste.⁴⁴ Die definitive Abschlussfassung von Arbeitsplan und Fragebögen liegt nur im bereits zitierten Vorwort zu den Untersuchungen vor, die dafür vorgelegten Entwürfe Alfred Webers sind verloren (Herkner et al. 2012 [1910], S. 66–74; AWG 5, S. 438–447).

Was hatte nun Max Weber mit seiner Denkschrift »Erhebungen« vom 13. August 1908, die allerdings im Oktober 1908 überarbeitet wurde, zu der Enquete beigetragen (Max Weber 1995 [1908a], S. 78–149)? Er befasste sich sehr intensiv mit den methodologischen Möglichkeiten der Untersuchungen, wertete noch im Oktober die statistischen Unterlagen der Weberei seiner Verwandten in Oerlinghausen aus, arbeitete sich in die Literatur der führenden Experimentalpsychologen und Psychiater seiner Zeit ein und ließ sich wie sein Bruder von einigen von ihnen, in seinem Fall Kraepelin, Gruhle und Willy Hellpach, auch

⁴³ Alfred an Helene Weber, 16.6.1888 (BArch, NL Alfred Weber/46).

⁴⁴ Marianne Weber (1926, S. 344 f.); Marianne an Helene Weber, 7.1. und 26.6.1908 (BSB, NL Max Weber, Ana 446.C/16).

persönlich beraten.⁴⁵ Seine von November 1908 bis September 1909 veröffentlichten Aufsätze über die Psychophysik (Max Weber 1995 [1908b], S. 162–380) bleiben hier zwar außer Betracht, denn sie dienten nicht als Arbeitsanweisung des VfS, aber bereits mit seiner Denkschrift wie mit seinen oben erwähnten Diskussionsbeiträgen beeinflusste er bereits den offiziellen Arbeitsplan und die Fragebögen und lenkte somit die Untersuchungen zum Teil in eine ganz andere Richtung, als es seinem Bruder recht war. Er diskutierte nämlich auch in seinen »Erhebungen« vor allem die Korrelationen zwischen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Arbeitsintensität, der Arbeitsdauer, der Lohnhöhe, auch der Ernährungsgewohnheiten, des Alkoholkonsums und selbst des Sexuallebens – Aspekte, die letzten Endes die Frage aufwarfen, wie ein Unternehmer die Rentabilität des Arbeiters im Produktionsprozess beeinflussen könnte (Max Weber 1995 [1908a], S. 101–106, S. 120, S. 124–128). Kein Wunder, dass ihm mehrfach vorgeworfen wurde, die Vereinenquete in den Dienst des kapitalistischen Staates gestellt zu haben (Demm 2000 [1987], S. 92, Anm. 32; Hinweis auf Hinrichs 1981, S. 98; MWG I/11, S. 3 f. mit weiterer Literatur in Anm. 11). Da er aber explizit auch an Entwürfe seines Bruders anknüpft, gibt es insbesondere im Schlussteil einige wenige Abschnitte, die mehr Alfreds Orientierung entsprechen: zum Beispiel darüber, wie sich der Arbeiter an den Produktionsrhythmus in den Fabriken anpasst, wie er in seiner Freizeit lebt, sowie, mit direktem Zitat aus Alfreds verlorener Denkschrift, Hinweise auf »die Struktur jenes eigentümlichen ›Apparates‹, welchen die großindustrielle Produktionsorganisation der Bevölkerung ›über den Kopf gestülpt‹ habe«.⁴⁶

Diese Abschnitte galten der älteren Forschung als Gedankengut Max Webers (z. B. Hinrichs 1981, S. 96, S. 98; Gorges 1986, S. 461, S. 466; anders bereits Oberschall 1965, S. 195), aber man kann leicht sehen, dass sie sonst in seinem Werk nicht vorkommen. In seinen Forschungen zur Psychophysik, bei seinen Bemerkungen auf dem Kongress des Vereins im Jahre 1911, erst recht bei seinen Untersuchungen über die Beamten interessiert er sich vor allem für bürokratische und ökonomische Zwänge und Strukturen. Die einschlägigen Abschnitte seiner

⁴⁵Ausführlich in »Einleitung« (MWG I/11, S. 24–32, S. 46); zu den Kontakten mit den Psychiatern (vgl. MWG I/11, S. 31, Anm.; Max Weber 1995 [1908b], S. 168, 1995 [1911], S. 417; vgl. auch Marianne Weber 1926, S. 344–346).

⁴⁶Max Weber (1995 [1908a], S. 80, S. 123, S. 141–149, Zitat S. 148). Der von Alfred Weber geprägte Ausdruck »Apparat« als Bezeichnung für die bürokratische Struktur staatlicher und privater Organisationen wird auch mehrfach vorher erwähnt als »psychophysischer Apparat« (Max Weber 1995 [1908a], S. 115, S. 117, S. 121).

»Erhebungen« dürften daher von Alfred Weber inspiriert worden sein, und die Brüder sollten ursprünglich auch diese Denkschrift gemeinsam unterzeichnen. In einem Brief vom 19. September 1908 teilt nämlich Max Weber seinem Bruder mit: »Also gut; ich habe die ›Denkschrift‹ allein unterschrieben und die nötigen Erklärungen in einer Vorbemerkung gemacht.«⁴⁷ Alfred hat in einem viel späteren Brief erklärt, warum er nicht unterschrieben hat:

»Mein Interesse, das durchaus das am persönlichen Schicksal des Arbeiters war, wurde bei den Untersuchungen dann durchkreuzt oder übertönt durch die von meinem Bruder vertretene Fragestellung, die er in dem Aufsatz ›Zu Psychophysik der industriellen Arbeit‹, Archiv f[ür] Sozialwissenschaft, Bd. 27, Heft 3, niedergelegt hat. Hier ist alles objektive Betriebsanalyse in ihrem Bezug auf die Physis und Psyche der Arbeiter.«⁴⁸

Allerdings bleiben noch einige Unklarheiten, da Max Weber mit einer Ausnahme nicht präzisiert, welche Punkte der »Erhebungen« auf seinen Bruder zurückgehen, und der Arbeitsplan sowie die Fragebögen, wie wir gesehen haben, stark überarbeitet wurden, aber wir werden Gelegenheit haben, diese Frage genauer zu klären (s. unten S. 301).

Die Befragungen der Arbeiter fanden von 1908 bis 1911, in zwei Fällen bis 1913, statt, und die Resultate der insgesamt 16 Untersuchungen wurden in den Jahren 1910 bis 1912 und in zwei Nachträgen 1915 in der Reihe der *Schriften des VfS* publiziert.⁴⁹ Leider beschränkt sich MWG I/11 (S. 18 f.) darauf, über den offenbar unbefriedigenden Fortgang der Enquete zu berichten und verzichtet darauf, zu prüfen, ob der Arbeitsplan, die Fragebögen und die »Erhebungen« Max Webers überhaupt berücksichtigt wurden. Dabei gibt vor allem die Arbeit von Marie Bernays (2012 [1910]), über *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen der Gladbacher Spinnerei und Weberei AG zu München-Gladbach* genaueste Aufschlüsse über diese Frage. Bernays, Schülerin und Doktorandin Alfred

⁴⁷ Max an Alfred Weber, 19.9.1908 (MWG II/5, S. 661 f.).

⁴⁸ Alfred Weber an Christian von Ferber, 8.3.1952; ich danke Herrn Christian von Ferber und seiner Gattin Lieselotte für die freundliche Übersendung einer Kopie. Der Brief wurde auch etwas gekürzt zitiert in MWG I/11 (S. 54), die allerdings nicht erkennt, dass Alfred aus diesem Grund die Denkschrift nicht unterschrieb, sondern das mit seiner »naturalistischen« Sichtweise begründet (MWG I/11., S. 72).

⁴⁹ Schriften des VfS Bd. 133–135 und 153. Einen Überblick über die Ergebnisse der verschiedenen Untersuchungen gibt Bernays (1912/1913).

Webers⁵⁰ sowie persönliche Freundin Marianne Webers, erklärte im Vorwort zu ihrer Dissertation, von Alfred Weber zu ihrer Arbeit angeregt und bereits vor Ausgabe der endgültigen Fragebögen über die Ziele der Enquete genau informiert worden zu sein, und für den zweiten Teil der Untersuchung Anregungen und Ratschläge Max Webers erhalten zu haben (Bernays 2012 [1910], S. 75 f.; vgl. Demm 2000 [1987], S. 92 f.). Im ersten, deutlich von Alfred Weber inspirierten Teil mit dem Titel »Berufswahl und Berufsschicksal der Arbeiterschaft«, untersuchte Bernays unter anderem die soziale und geographische Herkunft der Arbeiter, ihre Einstellung nach Alterskriterien, den Verlauf ihrer beruflichen Karriere, ihre Freizeitgestaltung sowie die Bedeutung von Ehe und Familie. Ein besonderes Kapitel war dem Rückgang der Militärtauglichkeit der Arbeiter im Vergleich zu der ihrer Väter gewidmet, was wohl auf ein besonderes Interesse Alfred Webers an der damit zusammenhängenden »Degeneration« hinweist (Bernays 2012 [1910], S. 93–280, über Militärtauglichkeit S. 232–245). Im zweiten von Max Weber betreuten Teil ist unter der Überschrift »Zur Psychophysik der Textilarbeit« die Rentabilität der Arbeiter für die Firma ermittelt worden, vor allem in Korrelation mit den Ergebnissen aus dem ersten Teil. So wurden unter anderem die Einflüsse von Alter, Herkunft, Familienstand, Wohnbedingungen, selbst der Jahreszeit auf die Arbeitsleistung des Industriearbeiters analysiert und statistisch belegt (Bernays 2012 [1910], S. 281–419). Auch in ihrer Besprechung der anderen Untersuchungen weist Bernays auf die unterschiedlichen Interessen der Brüder hin.⁵¹ Damit sind sie klar dokumentiert. Max Weber interessierte sich für die Psychophysik der Industriearbeit, Alfred Weber für den Arbeiter selbst und seine Probleme. Die Untersuchung von Bernays bestätigt unsere frühere Annahme, dass die letzten Seiten der Denkschrift Max Webers auf Anregungen Alfreds zurückgehen, aber mit insgesamt ca. 8 von 71 Seiten nur eine sehr reduzierte Rolle spielen. Kein Wunder, dass sich Alfred darüber ärgerte.⁵² Vielleicht nahm

⁵⁰Verkehrte Angaben bei Birn 2012, S. 45; vgl. korrekt Demm 1999, »Chronologisches Verzeichnis von Alfred Webers Doktoranden« S. 476, zitiert nach dem einschlägigen Jahresverzeichnis 1967 [1909/1910], S. 350; ebenfalls richtig in Keller 2018, S. 289.

⁵¹Bernays (1912/1913, S. 131, S. 884 f., S. 899): Alfred Weber über die Ausbildung der Arbeiter und über ihr Schicksal in Beruf und Leben; (S. 169–170, S. 172): Max Weber über die Ermüdung und Müdigkeit der Arbeiter und ihre exakte Messung im Vergleich zu ihrer Leistung. Ich danke Colin Loader, University of Las Vegas, für die Zusendung einer Kopie der durch die Coronabeschränkungen unzugänglichen Bände des *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*.

⁵²S. oben S. 300.; vgl. auch den Kommentar über den geringen Anteil Alfreds an den »Erhebungen« (MWG II/5, S. 661, Anm. 1).

er aus diesem Grund Anstoß am zweiten auf Max zurückgehenden Teil von Bernays' Buch über *Auslese und Anpassung* und akzeptierte nur einen erweiterten Teildruck der 17 Seiten umfassenden Einleitung »Die Geschichte der Fabrik, ihr Produktionsprozeß und ihre Arbeiterschaft« als Dissertation, die dann insgesamt nur 46 Seiten umfasste, während ihr Buch 428 Seiten lang war (Bernays 1910).⁵³

Bernays veröffentlichte auf Anregung Max Webers eine weitere Untersuchung, bei der sie sich auf dessen Aufsätze zur Psychophysik sowie auf Kraepelins Arbeiten stützte (Bernays 1912, S. 186). Die anderen 14 Untersuchungen des Vereins sind von recht unterschiedlicher Qualität (zum folgenden vgl. auch Bernays 1912/1913). Die Arbeit von Karl Keck entstand wohl in der »Doktorfabrik« Eberhard Gotheins und wurde von ihm und Alfred Weber »durch zahlreiche Ratschläge unterstützt«, und Bernays' Untersuchung diente ihm als »Vorbild« (Keck 1912, S. 83).⁵⁴ Zwei weitere Studien erwähnen immerhin die gemeinsame Betreuung durch beide Brüder Weber: Max Morgensterns Untersuchung wurde von Gerhart von Schulze-Gaevernitz angeregt und geleitet, Max Weber setzte sich nachdrücklich für ihn ein und bat seinen Bruder, ihn zu beraten und seiner Untersuchung eine Aufnahme in die *Schriften des VfS* zu ermöglichen; außerdem erhielt Morgenstern Ratschläge von Ludwig Sinzheimer und »wertvolle Winke« von Bernays (Morgenstern 1912, S. 3).⁵⁵ Fritz Schumann, Autor einer Studie über die Arbeiter der Daimlerwerke, ließ eine etwas veränderte Version des Fragebogens des VfS verteilen und wurde bei seiner Arbeit von Alfred und Max Weber unterstützt, erhielt aber wegen des Misstrauens der Arbeiter und ihrer schlechten Beherrschung der Schriftsprache von 1800 verteilten Fragebögen nur knapp 10 % zurück (Schumann und Sorer 1911, S. 7–9). Auch in diesem Fall konnte die konkrete Mitwirkung der Brüder ermittelt werden: Max sandte seine »Erhebungen« an den Direktor der Daimler AG und bat Alfred, den Arbeitsplan zu schicken.⁵⁶ Zwei weitere Autoren hatten keinen persönlichen Kontakt mit den Webers, stützten sich aber auf ihre Veröffentlichungen: Elise Herrmann (1912, S. 3, S. 8) berief sich auf Max Webers »Erhebungen«; die erst 1914 bei Bücher eingereichte Dissertation von Richard

⁵³Leider sind ihre Promotionsakten im UAH verloren, Florian Schreiber, e-mail vom 18.8.2020 an Verf.; zu ihren Habilitationsplänen s. oben S. 289.

⁵⁴Zu Gotheins »Doktorfabrik«: von 1908 bis 1921 hatte Gothein 421 Doktoranden (vgl. Demm 2000, S. 137, S. 147).

⁵⁵Max an Alfred Weber, vor dem 15. Mai 1910 (MWG II/6, S. 514 f.).

⁵⁶Max Weber an Heinrich Herkner, 11.3.1909 (MWG II/6, S. 71, Anm. 1).

Watteroth ist wohl die selbständigste Arbeit von allen. Er kritisierte offenbar selbst seinen Doktorvater und hielt bestimmte Aspekte von Max Webers »Psychophysik« für »rein spekulativ« bzw. nicht verwertbar und eine von Alfred Webers Bemerkungen auf der Nürnberger Konferenz (s. unten S. 304) für »nicht direkt übertragbar«. Allerdings prägte er in Anlehnung an Alfred Webers dortige Ausführungen über die Leistungsschwäche der Arbeiter ab dem 40. Lebensjahr den Begriff der »Altersauslese« und setzte gegen Max Webers Leitmotiv der »rationalen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft« die Forderung »Arbeit für alle, Brot für alle« (Watteroth 1915, S. 10–12, S. 127–130, Vorbemerkung von Karl Bücher, S. 2). Bei allen übrigen Arbeiten ist von den Brüdern Weber keine Rede: Richard Sorer berief sich nur auf methodologische Anregungen der Modellstudie von Bernays (Schumann und Sorer 1911, S. 157); Rosa Kempf kontaktierte persönlich 370 Münchner Fabrikarbeiterinnen im Alter von 14 bis 18 Jahren und wurde von Brentano betreut, der ihr vermutlich methodologische Hinweise gab (Kempf 1911, S. IX). Bei den übrigen fünf Arbeiten gibt es mit einer Ausnahme keine Angaben über den Leiter der Untersuchung und überhaupt keinen Hinweis auf die Brüder Weber (Bienkowski et al. 1910; Syrup 1915). Man fragt sich, ob und inwieweit die Autoren die Unterlagen des VfS überhaupt konsultierten und ob die drei Leiter der Untersuchung ihre Aufgabe überhaupt ernst genommen haben. Horst Kern kommentiert vielleicht etwas übertrieben: »Die wichtigen Fragen, die Alfred und Max Weber entwickelt und begründet hatten, blieben [in den Untersuchungen] ohne bündige Antworten.« (Kern 1982, S. 99).

Auf der Generalversammlung des VfS, die am 10. Oktober 1911 in Nürnberg stattfand, kam es zu keiner umfassenden Interpretation der Enquete.⁵⁷ Der Statistiker Ladislaus von Bortkiewicz kritisierte die statistische Auswertung in der Arbeit von Bernays, Max Weber verteidigte sie daraufhin⁵⁸ – schließlich hatte sie sich auf die methodologischen Hinweise in Abschnitt III seiner »Erhebungen« gestützt – war aber letztlich auch nicht zufrieden und erklärte: »Herausgekommen, meine Herren, ist bisher an endgültigen Resultaten noch *gar nichts...*«. Immerhin hoffte er, dass »sich im Laufe der Zeit und zwar

⁵⁷Verhandlungen des VfS 1911: Kapitel II, Probleme der Arbeiterpsychologie unter besonderer Rücksichtnahme auf Methode und Ergebnisse der Vereinerhebungen (S. 117–203); vgl. hierzu und zum folgenden die prägnante Analyse von Kern (1982, S. 99–101).

⁵⁸Verhandlungen des VfS 1911 (S. 168–179, S. 197; Max Weber 1995 [1911], S. 424–425).

einer sehr langen Zeit mit *sehr hoher Wahrscheinlichkeit* wertvolle und durchschlagende Ergebnisse werden gewinnen lassen.«⁵⁹ In den Reden der Brüder Weber erkennt man erneut ihre unterschiedlichen Interessen. Max Weber führte aus, dass ein »Nebenerfolg« der Untersuchungen sei, den Unternehmern zu genaueren »Kostenkalkulationen« insbesondere in Bezug auf die »Rentabilität« des Arbeiters zu verhelfen (Max Weber 1995 [1911], S. 418 f.); Alfred Weber erklärte, dass er die Enquete mit angeregt hatte, weil er sich für das Berufschicksal der Industriearbeiter interessierte und hob hervor, dass gerade dieser Aspekt »in sehr starkem Maße aufgeklärt« und konkretisiert wurde (A. Weber 2000 [1911a], S. 449 f.). »Das stärkste Erlebnis dieser Enquete« war dabei für ihn folgendes: im Unterschied zu den bürgerlichen Berufen, wo die besten Positionen oft nach dem 40. Lebensjahr erreicht werden, ist der Arbeiter nach dieser Altersschwelle so verbraucht und abgenutzt, dass er entweder aus dem Arbeitsprozess ausscheidet oder in schlechter bezahlte Tätigkeiten absinkt.⁶⁰ Um die industrielle Arbeit psychisch zu sanieren, forderte Alfred Weber daher eine Zusatzrente für die älteren Arbeiter und propagierte insbesondere, dass der Mensch bei seiner Arbeit auch seine Persönlichkeit entfalten solle (A. Weber 2000 [1911a], S. 456 f.). Allerdings stieß er mit seinen Vorschlägen auf den scharfen Widerspruch mehrerer Teilnehmer. Edgar Jaffé erklärte mit gesundem Menschenverstand: »Seit Adam und Eva wissen wir, daß Arbeiten eben Arbeiten und kein Vergnügen ist.« Nur bei wenigen Berufen fielen Arbeit und persönliche Selbstverwirklichung zusammen. Außerdem könne der ältere Arbeiter mit Hilfe der Altersprämie jüngere Kollegen bei Lohnverhandlungen unterbieten. Herkner ergänzte: »Das antike Ideal des vollen und unverkümmerten Menschen ist für unsere Zeit leider nicht zu realisieren.«⁶¹

Max Weber beteiligte sich nicht an dieser Kritik, aber in seiner Konzeption des Kapitalismus war natürlich für solche umstürzende Vorschläge seines Bruders kein Platz. Für ihn war in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein

⁵⁹ Max Weber (1995 [1911], S. 417); die »Einleitung« (MWG I/11, S. 19) lässt diese Kritik weg und zitiert nur Max Webers positive Erwartungen.

⁶⁰ A. Weber (2000 [1911a], S. 450–453, Zitat S. 451); dies wird in mehreren Untersuchungen in der Tat betont, allerdings mit Ausnahme der hochqualifizierten Arbeiter (vgl. Bernays 1912/1913, S. 128–131, S. 143–144, S. 156); diese von Demm (2000 [1987], S. 94) hervorgehobene zentrale und viel diskutierte Aussage Alfred Webers wurde in MWG I/11 (S. 412) vermieden.

⁶¹ E. Jaffé und H. Herkner, »Diskussionsbeiträge« (Verhandlungen des VfS 1912, S. 187–189, S. 200 f., Zitate S. 188, S. 201).

»faktisch unabänderliches Gehäuse [gegeben], in dem er [der moderne Mensch] zu leben hat« (Max Weber 2016 [1920a], S. 161). Wie es entstanden war, erklärte er in seinem Aufsatz über »Wahlrecht und Demokratie in Deutschland«: Es sei »die Ethik der Berufspflicht und Berufsehre«, »welche jenes eherne Gehäuse hergestellt hat und erhält, durch welches die wirtschaftliche Arbeit ihr heutiges Gepräge und Schicksal empfängt« (Max Weber 1984 [1917a], S. 356).⁶² Und diese Berufspflicht leitete Weber bekanntlich aus der protestantischen Ethik her:

»Denn indem die Askese aus den Mönchszellen heraus in das Berufsleben übertragen wurde, [...] half sie jenen mächtigen Kosmos der modernen [...] Wirtschaftsordnung erbauen, der heute den Lebensstil aller einzelnen [...] mit überwältigendem Zwange bestimmt.« (Max Weber 2016 [1920a], S. 486 f.)

Allerdings mit dem gewichtigen Unterschied: »Der Puritaner *wollte* Berufsmensch sein – wir *müssen* es sein.« (Max Weber 2016 [1920a], S. 486) Ursprünglich ein dünner Mantel der Heiligen, »ließ das Verhängnis [daraus] ein stahlhartes Gehäuse werden« (Max Weber 2016 [1920a], S. 487). Im Jahre 1905, also zur gleichen Zeit, als er den zweiten Aufsatz dieser berühmten Abhandlung publizierte, wies er bereits in seiner Schrift *Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland* darauf hin, dass in einigen Fabrikorganisationen schon »das Gehäuse für die neue Hörigkeit fertig« sei (Max Weber 1989 [1905], S. 269).

Im Gegensatz dazu forderte Alfred Weber in seinem 1910 publizierten Aufsatz *Der Beamte*, den von seinem Bruder präsentierten modernen Berufsgedanken zu überwinden, der

»aus der Basis jener innerweltlichen Askese [herausgewachsen ist], die das Puritanertum verlangt, [...] auf dem Boden eines Glaubens, der das ganze Leben [...] nur als Vorbereitung für ein anderes Leben ansah [...] Aber er wird Unsinn für den Menschen, für den jenes andere Leben keine volle Wirklichkeit mehr hat.« (A. Weber 2000 [1910a], S. 112; vgl. A. Weber 2000 [1912a], S. 335).

Folgerichtig schlug er nicht nur den Arbeitern, sondern auch »der breiten Mittelmasse«, d. h. den Angestellten, Ingenieuren und Managern der kapitalistischen Betriebe, vor, Person und Arbeit von einander abzugrenzen, ihren Beruf nur

⁶²Vgl. auch Max Weber (1984 [1917b], S. 464): »[...] des stählernen Gehäuses der modernen gewerblichen Arbeit«.

als »Unterlage unseres Lebens, nicht als Ziel« zu empfinden und im optimalen Fall die »Entfaltung der Person im Beruf als Ziel« anzustreben (A. Weber 2000 [1910a], S. 113–116, Zitate S. 113, S. 114). Darüber hinaus wies er darauf hin, dass sich die unteren Schichten im kapitalistischen Räderwerk bereits gerettet hätten, indem sie den Schwerpunkt ihrer Existenz in die Freizeit verlegten (A. Weber 2000 [1910a], S. 103 f.). Allerdings war es Alfred Weber klar, dass die speziellen Probleme der Arbeiter im modernen Produktionsprozess dadurch allein nicht gelöst würden. In späteren Vorträgen und Veröffentlichungen wies er daher immer wieder auf ihre passive vollkommen zerstörte Existenz hin als die »prometheischen Sklaven, die der kapitalistische Apparat an dieser Stelle angekettet hat« (A. Weber 2000 [1912b], S. 358), und er machte verschiedene Vorschläge für eine Humanisierung der Arbeitswelt. Zum Beispiel propagierte er 1912 eine Arbeitsplatzrotation, durch die die Arbeit reicher und interessanter würde und die »jugendliche Arbeitskraft nicht als Verwertungs-, sondern als Entfaltungsfaktor« eine neue Qualität erhalten würde (A. Weber 2000 [1912b], S. 365). Allerdings räumte er ein, dass auch dann das Schicksal der Arbeiter verglichen mit den bürgerlichen Berufen, »eng, arm und von unendlich eingeschränkter Möglichkeit besonderer Nüancierung [bleibt]« (A. Weber 2000 [1912b], S. 367). Immerhin wurden seine Vorschläge 1974 in dem vom damaligen sozialdemokratischen Bundesforschungsminister Hans Matthöfer initiierten Projekt »Forschung zur Humanisierung des Arbeitslebens« wieder aufgegriffen (Matthöfer 1980, Hinweis auf Alfred Weber S. 197). Die Auseinandersetzung der Brüder Weber mit dem »ehernen Gehäuse« wird noch bei ihrer Diskussion des bürokratischen Apparats eine große Rolle spielen, die in Abschn. 4.3 analysiert wird.

4 Herrschaftssoziologie

Die Herrschaftssoziologie ist bei den Brüdern Weber von ungleichem Gewicht. Bei Max Weber war sie das zentrale Thema, »das Herzstück [...] des gesamten Werkes«, mit dem er sich von seinen historisch ausgerichteten agrarsoziologischen Arbeiten über das Altertum bis zur Analyse der Gegenwart immer wieder beschäftigte (Müller 2020, S. 200 Zitat; Breuer 2011, S. 3 f.). Bei Alfred Weber war sie nur ein Teilaspekt seiner Forschung, der insbesondere in seiner Rede von 1917 über »Die Bedeutung der geistigen Führer«, veröffentlicht 1918, und seinem Buch über *Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa* von 1925 ausgeführt wurde (A. Weber 1999 [1918a], S. 347–367, 1999 [1925], S. 233–346).

Worum ging es den Brüdern? Im Wesentlichen um die Frage, wie sich in der politischen Willensbildung der Machtanspruch der politischen Führung und die Zwänge der Bürokratisierung mit dem Freiheitsverlangen der Bevölkerung vereinbaren ließen und auf welche Weise die politische und wirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches in der Welt gesichert werden sollte.

Ich bin mir der Unterscheidung bewusst, die die aktuelle Forschung zwischen Max Webers politischen und seinen theoretischen Schriften macht, aber ich folge dem Ansatz Wolfgang J. Mommsens, der diese Unterscheidung als »verfehlt« zurückwies⁶³ und Webers Veröffentlichungen ohne Rücksicht auf diese auch von ihren Befürwortern eher als »oft hauchdünn« empfundene Differenzierung analysierte.⁶⁴ Alfred Weber verfolgte in seinen Veröffentlichungen stets eindeutige politische Absichten, entsprechend seinem berühmten Motto »Wir wollen wirken« (A. Weber 2000 [1911a], S. 449).

4.1 Zur Reform der deutschen Reichsverfassung

Die Überlegungen der Brüder Weber zur Führerdemokratie setzten zunächst bei einer Reform der Reichsverfassung ein. Das begann eigentlich recht harmlos – mit einem indirekten Briefwechsel.⁶⁵ Alfreds akademischer Lehrer Schmoller, der einflussreiche Leiter des *VfS* und Mitglied des preußischen Herrenhauses, der am kaiserlichen Hof verkehrte und 1908 geadelt wurde, lobte in der Wiener *Neuen Freien Presse* vom 3. und 4. April 1907 die Vorzüge der deutschen Verfassung, in der der Reichskanzler nicht vom Parlament gewählt, sondern willkürlich vom Kaiser ernannt und entlassen wurde und die Staatssekretäre genannten Minister aus der Verwaltung kamen (Schmoller 1913 [1907]; zu Schmollers Position Vom Bruch 1980, S. 98; McClelland 1973, S. 10). Alfred Weber antwortete darauf

⁶³ »Die Ansicht, man könne Webers theoretisches Werk von seinen ›privaten‹ politischen Äußerungen reinlich trennen, halte ich für verfehlt.« (Mommsen 1965, S. 134, 1974, S. 446 f.)

⁶⁴ Mommsen (1974, 1982); ebenso Anter (2014); Zitat: Hanke, e-mail vom 16.6. 2021 an Verf. Beetham (1985, S. 31) nimmt in dieser Frage eine vermittelnde Stellung ein.

⁶⁵ Ausführlich interpretiert in Demm (1990, S. 85–93); die stichwortartigen Bemerkungen Max Webers 1905 und 1907 im *VfS*, etwa über das autoritäre System, den Parlamentarismus oder das preußische Wahlrecht bleiben hier außer Betracht (cf. Max Weber, 1998 [1905a], S. 253–255, 1998 [1905b], S. 268 f., 1998 [1907], S. 305 f.).

am 21. April in der gleichen Zeitung mit einem Artikel über »Konstitutionelle oder parlamentarische Regierung in Deutschland?« (A. Weber 1999 [1907c]). Darin beklagte er die passive Rolle des Reichstags, wies auf die politisch erfolgreicheren parlamentarischen Regierungen Englands und Frankreichs hin und forderte zum Schluss in unmissverständlichen Worten den »Übergang zum parlamentarischen System in Deutschland«. Allerdings vermied er es, in seinem Parlamentarisierungskonzept die Stellung des Kaisers neu zu bestimmen, so dass sein Vorschlag zwar radikal klingt, aber eigentlich dessen wichtigste Konsequenz wegließ, nämlich Wahl und Abwahl des Reichskanzlers durch das Parlament (A. Weber 1999 [1907c], S. 36–41, Zitat S. 40; zur Kritik vgl. bereits Demm 1990, S. 88 f.).

Alfred Webers Heidelberger Kollege Georg Jellinek antwortete in der gleichen Zeitung auf Webers Ausführungen und bezeichnete sie wegen der föderalistischen Struktur Deutschlands als undurchführbar (Jellinek 1911 [1907]). Danach schaltete sich Max Weber indirekt in die Diskussion ein und bat seinen Bruder, auf diesen Artikel nochmals zu antworten, da er im Augenblick zum Schreiben physisch nicht in der Lage sei. Er betonte in seinem Brief die gemeinsame Einstellung, die ihn mit Alfred in dieser Frage verband:

»Und daß wir ja *grade verlangen*, der Bundesrath solle durch allgemeines Wahlrecht in den Einzelstaaten und effektive parlamentarische Ministerverantwortlichkeit für die Bundesrathsinstruktion wie für alle Regierungshandlungen in den Einzelstaaten eine *Staaten*-Vertretung (und nicht eine Vertretung der *Dynastien*) werden [...].«⁶⁶

Max suchte also die Argumentation Jellineks durch die Parlamentarisierung des Bundesrats zu entkräften. In der Tat erwog Alfred ebenfalls eine Parlamentarisierung des Bundesrates, forderte aber weitgehender als sein Bruder vor allem eine Parlamentarisierung des Reichstages.⁶⁷ Die Forderung von Max nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts in den Bundesstaaten bezog sich insbesondere auf das anachronistische Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das Alfred zwei Jahre später ebenfalls scharf kritisierte, ohne jedoch klare Abänderungsvorschläge zu machen (A. Weber 2000 [1909], S. 423).

Nachdem die Daily-Telegraph-Affäre im Oktober/November 1908 gezeigt hatte, dass das ungeschickte »Persönliche Regiment« Wilhelms II. nur durch eine Verfassungsänderung beseitigt werden könnte, hielt Jellinek am 30. November

⁶⁶ Max an Alfred Weber, 22.5.1907, (MWG II/5, S. 312).

⁶⁷ Diesen Unterschied zwischen den Brüdern erkannte bereits Lindenlaub (1967, S. 401).

1908 in Heidelberg auf einer Versammlung der *Nationalliberalen Partei* einen Vortrag über Kaiser und Reichsverfassung und erörterte vorsichtig die Frage einer echten Verantwortlichkeit des Kanzlers gegenüber dem Reichstag – ein erster Schritt auf dem Wege zur Parlamentarisierung. Unter den Zuhörern waren die Brüder Weber, Max Webers Ehefrau Marianne und Alfreds Kollege Eberhard Gothein. Gothein griff Jellinek scharf an, verteidigte das Prinzip der deutschen Beamtenregierung und lobte Bismarck, der Ministerpräsident blieb, auch als er zwei Drittel des Preußischen Abgeordnetenhauses gegen sich hatte. Wie Marianne sich später erinnerte, fühlten sich die Webers durch diesen Diskussionsbeitrag provoziert, und Max erklärte am Beispiel Belgiens und Großbritanniens, dass parlamentarisch regierte Länder größere außenpolitische Erfolge hatten und ein gewaltiges Kolonialreich schaffen konnten, während Deutschland quasi leer ausging. Auch leisteten die Könige Belgiens und Großbritanniens ihren Ländern größere Dienste als gewisse andere Herrscher, weil sie eine Realpolitik und nicht eine Prestigepolitik führten. Alfred griff zwar nicht in die Diskussion ein, widersprach aber seinem Bruder auch nicht und verließ mit ihm nach der Diskussion gemeinsam den Saal.⁶⁸

Die Brüder Weber erhofften sich von der Parlamentarisierung auch eine bessere Auslese politischer Führungspersönlichkeiten. Alfred gab in dieser Frage die ersten Denkanstöße. Bereits in seinem Artikel von 1907 hatte er hervorgehoben, »daß der Reichstag durch das fortgesetzte Abströmen der Talente aus ihm auf einem ungeahnten Tiefpunkt geistiger Bedeutung angelangt war« und daß eine Parlamentarisierung »die begabten Köpfe des Volkes [...] wieder in die Arena politischen Lebens hereinzuführen vermöchte« (A. Weber 1999 [1907c], S. 38–40). 1915 verlangte er in einer vielgelesenen Artikelserie »Gedanken über die deutsche Sendung« in der *Neuen Rundschau* – im gleichen Jahr zu seiner Broschüre *Gedanken zur deutschen Sendung* erweitert – das Parlament zu einem »Ausleseapparat für die Regierenden« zu machen (A. Weber 1999 [1915], S. 128). Max Weber stellte am 24. Juni 1917 in der *Frankfurter Zeitung* ebenfalls die Führerauslese durch Parlamentarisierung in den Mittelpunkt seiner Erörterung und wies genau wie sein Bruder daraufhin, dass wegen ihrer Machtlosigkeit niemand mit Führerqualität in die deutschen Parlamente ging (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 481, 1992 [1919a], S. 218).

⁶⁸Zusammenfassung von Vortrag und Diskussion in: *Heidelberger Tagblatt* Nr. 283 vom 2.12.1908 (vgl. Marianne Weber 1926, S. 411).

Dennoch blieben die Meinungsverschiedenheiten der Brüder Weber in der Frage der Parlamentarisierung bestehen. Alfred forderte in seiner *Gedanken*-Broschüre erneut die Parlamentarisierung des Reichstages, konzidierte aber diesmal auch eine Mitbeteiligung der »Beamtenaristokratie« an der Regierung (A. Weber 1999 [1915], S. 128 f.), Max setzte sich in einer Artikelserie über »Parlament und Regierung im Neugeordneten Deutschland« in der *Frankfurter Zeitung* vom 26. April bis 24. Juni 1917 weiterhin für eine Parlamentarisierung des Bundesrates ein und trat außerdem, mit Hinweis auf die USA, prinzipiell für die Volkswahl des Staatsoberhauptes ein (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 539–544). Gleichzeitig schlug er Anfang Mai 1917 dem Verfassungsausschuss des Reichstags einen Gesetzentwurf zur Einführung des Enqueterichts gegenüber der Verwaltung vor, um ihre auf Fachwissen und Dienstwissen ruhende Macht durch parlamentarische Kontrolle, auch gegebenenfalls einer Minderheit des Parlaments, einzuschränken (Max 1984 [1917c]; cf. Marianne Weber 1989 [1926], S. 598, S. 600). Um diese Zeit arbeitete sein Bruder bereits als Verbindungsmann des Reichsschatzamtens zu den politischen Parteien des Reichstages tatkräftig daran, die Parlamentarisierung de facto durch die Übernahme von parlamentarischen Staatssekretären aus dem Reichstag in die Regierung schrittweise herbeizuführen (Demm 1990, S. 229–233) – ein Vorhaben, das Max scharf missbilligte (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 477, 1984 [1918], S. 636), das aber schließlich in den letzten Tagen des Kaiserreichs durch die Verfassungsreformen vom 28. Oktober 1918 bestätigt wurde. Max Weber präzierte in seiner vom 22. November bis 5. Dezember 1918 in der *Frankfurter Zeitung* veröffentlichten Artikelserie über »Die deutsche Staatsform« – im Januar 1919 als Broschüre unter dem Titel *Deutschlands künftige Staatsform* neu herausgegeben – seine früheren Vorschläge zur Volkswahl und trat u. a. für die Parlamentarisierung eines modernisierten Bundesrats in der Form eines plebiszitär gewählten »Staatenhauses« sowie für einen starken plebiszitär gewählten Reichspräsidenten ein (Max Weber 1988 [1919a], S. 123–136, 1988 [1919b], S. 220–224). Alfred hielt an der starken Stellung des Parlaments fest und lehnte später die präsidenten-demokratische Konzeption seines Bruders als politische Romantik scharf ab.⁶⁹ Am 20. Oktober 1918 schrieb er an seine Geliebte Else Jaffé-von Richthofen: »[Wir müssen] ein starkes Deutschland bekommen, in dem der auf dem Reichstag ruhende Reichskanzler der ausschlaggebende Mann ist« (Demm 1990, S. 236, Anm. 105). Allerdings propagierte Alfred Weber seine Konzeption der

⁶⁹ Alfred Weber an Lujo Brentano, 11.4.1925 (BArch Koblenz, NL Brentano, Fasc. 66); an Theodor Heuss, 11.4.1958 (AWG 10,1, Nr. 252, S. 346).

»Kanzlerdemokratie« nicht in der Öffentlichkeit, und sie wurde daher erst nach dem Zweiten Weltkrieg realisiert, als die starke Stellung des Präsidenten als eine Strukturschwäche der Weimarer Republik erkannt wurde.

Max Webers Aufsätze vom Frühjahr 1917, die im Mai 1918 auch als Broschüre veröffentlicht wurden (MWG I/15, S. 430), fanden einen solchen Widerhall in der Öffentlichkeit, dass die deutsche Revolutionsregierung, der Rat der Volksbeauftragten, am 15. November 1918 erwog, ihn als Staatssekretär des Innern einzustellen und ihm die Ausarbeitung der neuen Verfassung anzuvertrauen. Allerdings wurde schließlich der Staatsrechtler Hugo Preuß vorgezogen, der sofort Max Weber zum Unterstaatssekretär ernennen wollte, aber sich schließlich damit begnügte, ihn in einen »Beirat«, also in eine beratende Kommission, zu berufen (MWG I/16, S. 4, S. 10, S. 50). Dort regte Weber in den vom 9. bis 12. Dezember 1918 dauernden Beratungen u. a. einen föderalistischen Staatsaufbau sowie einen starken plebiszitär gewählten Reichspräsidenten an, der das Parlament und die partikularistischen Tendenzen der Bundesstaaten in Schach halten sollte. Ferner unterstützte er nachdrücklich das Recht des Reichstags auf Enqueten gegenüber der Verwaltung. Einige dieser Vorschläge wurden auch von anderen Kommissionsmitgliedern, insbesondere dem Vorsitzenden Preuß, gemacht (Max Weber 1988 [1918b], S. 74, S. 79, S. 81 f., S. 85, S. 87, Einleitung, S. 10 f.).⁷⁰ Nach den Beratungen war er froh, dass »die Reichsverfassung [...] sehr ähnlich meinen Vorschlägen« ausfiel.⁷¹ Als aber nicht das Volk, sondern die Nationalversammlung am 11. Februar 1919 Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten wählte, hielt er es aus zwei Gründen für nötig, für die Zukunft die unmittelbare Volkswahl einzuschärfen: »Nur die Wahl eines Reichspräsidenten durch das Volk gibt Gelegenheit und Anlaß zu einer *Führerauslese*« (Max Weber 1988 [1919b], S. 221). Und er betonte seine außerordentliche Macht:

»Ein volksgewählter Präsident als Chef der Exekutive, der Amtspatronage und als Inhaber eines aufschiebenden Vetos und der Befugnis der Parlamentsauflösung und Volksbefragung ist das Palladium der echten Demokratie, die nicht ohnmächtige Preisgabe an den Klüngel, sondern Unterordnung unter selbstgewählte Führer bedeutet.« (Max Weber 1988 [1919b], S. 224).

⁷⁰Nach Marianne Weber (1989 [1926], S. 652) war das Enqueterrecht »sein [Max Webers] originaler Beitrag zum Preußischen Entwurf«.

⁷¹Max an Marianne Weber, 13.12.1918 (MWG II/10–1, S. 357); eigentlich konnte er nur die Absetzung des Reichspräsidenten durch Referendum nicht durchsetzen.

Warum soll der Präsident so mächtig sein? Um ein »undemokratisches Extrem«, d. h. »die Unfehlbarkeit und Allmacht der Mehrheit – nicht etwas des Volkes, sondern der Parlamentarier« zu verhindern. Mit diesem Artikel verschiebt Weber das Schwergewicht der politischen Willensbildung vom Reichstag und seinen Abgeordneten zum Reichspräsidenten – eine »Wendung zur außerparlamentarischen Führerauslese«, wie es Mommsen bezeichnet hat (Mommsen 1974, S. 448).

Auch die Frage des Dreiklassenwahlrechts in Preußen wurde während des Krieges so akut, dass sogar der Kaiser in seiner »Osterbotschaft« vom 7. April 1917 und einem ergänzenden Reformerlass drei Monate später eine Wahlrechtsänderung für die Nachkriegszeit in Aussicht stellen musste.⁷² Alfred Weber hielt sich in dieser Frage auffallend zurück und lehnte sogar die Unterzeichnung einer einschlägigen Petition ab (Demm 1990, S. 236). Max Weber hingegen setzte sich in drei Artikeln, in der *Frankfurter Zeitung* vom 28.3. und 26.4.1917 sowie der *Europäischen Staats- und Wirtschafts-Zeitung* vom 21.4.1917, vehement für eine sofortige Änderung ein. Im ersten Artikel forderte er die Verabschiedung eines Wahlrechtsnotgesetzes des Reiches, das in allen Bundesstaaten mit abgestuftem Wahlrecht jeden Kriegsteilnehmer »in die bevorzugteste Klasse« einreihen würde. Damit würde der Widerstand der preußischen Instanzen ausgehebelt und das Dreiklassenwahlrecht auf kaltem Wege abgeschafft werden. Im dritten Artikel lehnte er die verschiedenen Änderungsvorschläge zur Einführung eines Pluralwahlrechts rigoros ab und erklärte: »Nur das Reichstagswahlrecht bedeutet das Ende der Wahlrechtskämpfe« (Max Weber 1984 [1917d], S. 218 erstes Zitat, 1984 [1917e], 1984 [1917f.], S. 234 letztes Zitat). Seine Argumentation setzte er im Dezember 1917 in seiner Broschüre *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland* fort (Max Weber 1984 [1917a]).

4.2 Führerdemokratie

Auf den ersten Blick scheinen die Konzepte »Politisches Führertum« (Max Weber) und »Unegalitäre Führerdemokratie« (Alfred Weber) einander recht ähnlich zu sein: in beiden werden die grundlegenden Entscheidungen einer oligarchischen Elite anvertraut und das Problem erörtert, auf welche Weise die

⁷² Bihl (1992, Dokumente Nr. 131, 147); Das gleiche Wahlrecht für Preußen, *Berliner Tageblatt* Nr. 350, 12.7.1917.

Führer ausgelesen werden sollen. Man muss beachten, dass damals der Begriff »Führer« noch nicht depriviert war, sondern sich sogar bald zu einem politischen Modewort entwickelte (Struve 1973, S. 12).

Alfred Weber hatte bereits 1911 zwischen Führern und Geführten, zwischen Massen und großen Individuen im kulturellen wie im politischen Bereich unterschieden (A. Weber 2000 [1911b]). Bereits in seinem Vortrag über die »Geistigen Führer« von 1917 erklärte er, dass »jedes politische Handeln zwangsläufig durch ›Führen‹ und ›Geführtwerden‹ bedingt ist« und dass das Wesen der Demokratie

»letztlich und hauptsächlich in einer neuen Art der Auslese der Führer und in einer neuen Deszendenz derselben zu den Massen als dem wesentlichen Kern und Inhalt aller politischen Selbstbestimmung ruht« (A. Weber 1999 [1918a], S. 359).⁷³

Allerdings gibt Alfred keine Einzelheiten über die Vorgänge der Auswahl, so dass ich mich in den folgenden Paragraphen auf eine Analyse der Konzeption von Max beschränken muss. Schon in seiner ersten Fassung von *Wirtschaft und Gesellschaft*, verfasst zwischen 1910 und 1914, und erneut in seinen Artikeln über »Parlament und Regierung« von 1917 erklärte Max genau die Alternative zwischen der parlamentarischen Auswahl der Führer mittels Delegation durch die »Bosse« des Parteiapparats und die cäsaristische Version durch Plebiszit, bei der charismatische »Helden« die »Nominationsmaschinerie« brechen können, zum Beispiel in den Fällen von Napoleon I. und Napoleon III. (Max Weber 2005 [1922e], S. 510 f., 1984 [1917/1918], S. 530, S. 548, S. 539 f.). Obwohl er behauptete, »dass gerade die großen Entscheidungen der Politik, auch und gerade in der Demokratie, von *Einzelnen* gemacht werden« (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 540, S. 492) und dass in der Führerdemokratie der Führer »durchaus nach eigenem Ermessen handeln [wird]«,⁷⁴ unterstrich Max Weber im Jahre 1917 immer wieder, dass nur qualifizierte Parlamentarier verantwortliche Führer werden könnten (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 502) und daher das Palament eine »Auslesestätte von Führern« werden müsse (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 393, S. 478, S. 490, S. 574, 1984 [1917a], S. 393, 1984 [1917i]).

⁷³Leider ist »Deszendenz« in ihren üblichen Bedeutungen »Abstammung bzw. Nachkommenschaft« oder »Untergang eines Gestirns« verkehrt. Vermutlich ist gemeint, dass sich die Führer aus den Massen rekrutieren sollen.

⁷⁴Max Weber (2005 [1922f.], S. 742); wiederholt in der revidierten Fassung von September 1920: (Max Weber 2013 [1920a], S. 581); dieser Punkt von Mommsen (1974, S. 451 f., S. 471) betont.

Selbst im Falle einer direkten Volkswahl eines Führers müsse dieser durch das Parlament kontrolliert, nötigenfalls auch abgesetzt werden, sonst würde die Demokratie zur »Straßenherrschaft« verkommen (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 540, S. 550 Zitat).

Nach der Revolution allerdings war Max Weber von der parlamentarischen Realität ziemlich enttäuscht. Im November 1918 hatte er sich nämlich der neu gegründeten Deutschen Demokratischen Partei (DDP) angeschlossen; er hielt für sie Reden für die Wahlen zur Nationalversammlung, und bei einer Mitgliederversammlung der Frankfurter DDP wurde er spontan als vorläufiger Kandidat für den Wahlbezirk Hessen-Nassau aufgestellt. Aber die zuständige Delegiertenkonferenz zog lokale Politiker vor und annullierte daher am 29. Dezember seine Kandidatur (Luckemeyer 1975, S. 270, S. 303–303; Mommsen 1974, S. 326–332). Das lag allerdings daran, dass Max nach Aussage des Augenzeugen Hjalmar Schacht »von praktischer Politik nichts verstand«, unbedacht in Berlin für Sozialisierung agitierte und im Gegensatz zu seinen theoretischen Erkenntnissen die »Maschine«, also den lokalen Parteiapparat, überhaupt nicht kontaktierte (Luckemeyer 1975, S. 270 Zitat; Mommsen 1974, S. 330). Kein Wunder, dass er sich in seiner Broschüre über »Deutschlands künftige Staatsform« von Januar 1919 von seinen früheren Forderungen nach einer Parlamentarisierung distanzierte und in der Vorbemerkung schrieb, dass »meine Schrift über »Parlament und Regierung« [...] die den Zukunftsstand nur in der Parlamentarisierung erblicken konnte, inzwischen überholt ist« (Max Weber 1988 [1919a], S. 98). Er bedauerte, dass sein Ideal einer parlamentarischen Monarchie leider nicht mehr realisierbar sei und schlug als »Ersatz« für den Kaiser einen machtvollen plebiszitären Präsidenten vor, der den Reichstag auflösen dürfe und die Bedeutung der Berufsparlamentarier verringern würde (Max Weber 1988 [1919a], S. 100, S. 127 f., S. 135). Und er betonte: »Parlament und Regierung sind eben *weit* davon entfernt, identisch zu sein.« (Max Weber 1988 [1919a], S. 130) In seinem bereits erwähnten Artikel über den Reichspräsidenten sagte er voraus, dass der Reichstag, »unfähig, in irgendeinem Sinne eine Auslesestätte politischer Führer darzustellen«, zu einem »Banausenparlament« werden wird (Max Weber 1988 [1919b], S. 222).

Am 28. Januar 1919 hielt Max Weber seinen berühmten Vortrag *Politik als Beruf*, die beste und ausführlichste Zusammenfassung seines Begriffs von Führerdemokratie (Max Weber 1992 [1919a], S. 157–252). Er erklärte, auf welche Weise der Führer überhaupt an die Spitze kommt:

»Über dem Parlament steht also damit der faktisch plebiszitäre Diktator, der die Massen vermittelt der »Maschine« hinter sich bringt, und für den die Parlamentarier nur politische Pfründner sind, die in seiner Gefolgschaft stehen.« (Max Weber 1992 [1919a], S. 211)

Bei der »Maschine« handelt es sich um den Parteiapparat, den selbst der »plebiszitäre Diktator« erst einmal für sich gewinnen muss. Außerdem muss er eine Gefolgschaft von »Schutzbefohlenen« als Wahlkandidaten um sich sammeln, um dann mit ihrer Hilfe die Wahlen zu gewinnen (Max Weber 1992 [1919a], S. 197). Die »Maschine« hat bei der Auswahl der Abgeordneten, aber auch bei der Bestimmung des Führers, einen ausschlaggebenden Einfluss:

»Der Tatsache nach liegt aber die Macht [über die Aufstellung der Abgeordneten] in den Händen derjenigen, welche *kontinuierlich* innerhalb des Betriebes die Arbeit leisten, oder aber derjenigen, von welchen – z. B. als Mäcenaten oder Leitern mächtiger Interessenklubs [...] – der Betrieb in seinem Gang pekuniär oder personal abhängig ist [...] Führer wird nun derjenige, dem die Maschine folgt.« (Max Weber 1992 [1919a], S. 203 f.).

Wie ist nun das Verhältnis von Führer, Parteiapparat und Gefolgschaft? Die Maschine und mit ihr überlappend die Gefolgschaft erwarten vom Führer, dass er ihnen bei den Wahlen durch seine demagogische Wirkung und sein persönliches Charisma Stimmen und Mandate zuführt (Max Weber 1992 [1919a], S. 203). Trotzdem sind die vom Volk gewählten Abgeordneten in Max Webers Herrschaftsanalyse »nichts anderes als gut diszipliniertes Stimmvieh« der modernen Parteimaschinen (Max Weber 1992 [1919a], S. 211). Jedenfalls gehört die plebiszitäre Führerdemokratie zum charismatischen Typus der legitimen Herrschaft (Max Weber 2013 [1920a], S. 533 f.).

Die Attitüde der Gefolgschaft hat Max Weber recht repressiv definiert: »Um für den Führer als Apparat brauchbar zu sein, muß sie blind gehorchen.« (Max Weber 1992 [1919a], S. 223 f.) Und was ist der Lohn von Führer und Gefolgschaft? Zunächst das »Machtgefühl«, aber darüber hinaus »regelmäßige und verlässliche Einnahmen«, beruhend auf »Ausbeutung der Beherrschten durch Ämtermonopol, politisch bedingte Profite und Eitelkeitsprämien« (Max Weber 1992 [1919a], S. 226, S. 172, S. 163). Max Weber bezog sich seinerzeit nicht nur auf die »spoils« in den USA, sondern allgemein auf »Ämter aller Art in Parteien, Zeitungen, Genossenschaften, Krankenkassen, Gemeinden und Staaten, die von Parteiführern für treue Dienste vergeben werden« (Max Weber 1992 [1919a], S. 173). In Deutschland haben inzwischen die sogenannten »leckeren Versorgungspöstchen« für Parteipolitiker einen ungeahnten Umfang angenommen (Scheuch 1994).

Um Max Webers Konzeption des Politischen Führertums genauer herauszuarbeiten, soll sie jetzt mit Alfred Webers Theorie der »Unegalitären Führerdemokratie« verglichen werden. Sie besteht aus einer »Synthese zwischen dem geistig inhärenten Freiheitsbewußtsein der Massen [...] und der Notwendigkeit der Unterordnung unter eine überragende Führung«. Es handelt sich also um eine »oligarchische Massenorganisation auf demokratischer Basis«, in der die Führer alle Entscheidungen treffen, aber durch eine »demokratische Revision des Vertrauens« kontrolliert werden müssen, was wohl auf ihre Ablösung durch Wahlen anspielt (A. Weber 1999 [1925], S. 319–322). 1929 erklärte Alfred ergänzend, dass der Unterschied zwischen der Demokratie und einer faschistischen Diktatur darin bestehe, »daß hier die Elite *durch den Parteichef und seine Freunde* aus der Masse ausgelesen wird«, während dies in der Demokratie »*durch ein Zusammenwirken von Wählern und Führern geschieht*« (A. Weber 1999 [1929], S. 460). Nach Alfreds Demokratieverständnis sollen also nicht der Parteiapparat und die Gefolgsleute des Führers, sondern die Beherrschten selbst direkt an der Auslese der Führer mitwirken. Anders als sein Bruder betont also Alfred die Mitwirkung der Wählerschaft. Ferner ist für ihn der wirkliche Machthaber niemals eine einzelne Person, sondern eine Gruppe, d. h. eine »von den Massen abgehobene leitende Oberschicht« mit »ihrem notgedrungenen oligarchischen Aufbau«. Dieser Kreis trägt überall den Staat, ist »sein wahrer Inhaber« (A. Weber 1999 [1925], S. 320 f., S. 324).

Wer sind aber diese Führer? Anscheinend keine Politiker. Alfred Weber betont, wie

»insbesondere neben den unentbehrlichen, rein technischen Elementen, den Elementen der bloßen bürokratischen Berufspraxis, den Parteibossen, Parteibonzen, parlamentarischen und sonstigen Geschäftspolitikern [...] wie neben all dem wirklich überragende geistige Elemente [in die Führerschicht] hineinzubringen, und wie das Gesamtschicksal und [...] die Gesamtverantwortlichkeit in ihre Hände als die letztlich bestimmenden zu legen sind« (A. Weber 1999 [1925], S. 320 f.).

Aber was versteht Alfred Weber unter den »geistigen Elementen«? Im *Staatsgedanken* gibt er kein einziges Beispiel dafür. In seinem älteren Aufsatz über die »Geistigen Führer« nennt er eine kuriose Mischung: Neben Philosophen wie Fichte und Hegel, neben Helden der Freiheitskriege wie Stein und Scharnhorst rühmt er mitten im Krieg als »geistige Führer« ausgerechnet Staatsmänner und Journalisten der feindlichen Alliierten: den britischen »Knock-out-Politiker« David Lloyd George, den Deutschland seit 1914 diskriminierenden amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson und Frankreichs fanatischen

Propagandisten und »second greatest skull-stuffer« Maurice Barrès (A. Weber 1999 [1918a], S. 348, S. 350 f.; über Barrès: Demm 2019a, S. 174). In Bezug auf Frankreich spricht er sogar von einer »Art der intellektuellen Herrschaft« (A. Weber 1999 [1918a], S. 350). Sollten also die überragenden geistigen Elemente Intellektuelle sein? Immerhin ist Wilson Universitätsprofessor gewesen und Barrès war Journalist. Im *Staatsgedanken* definiert er schließlich die Führeroligarchie folgendermaßen:

»[...] ein kleiner Kreis von Personen, der sich gegenseitig kennt, in die politischen Spielregeln eingeweiht, wenn auch verschiedenen Parteien angehörig, doch zusammenarbeitet, als solcher cliquenhaftes Solidaritätsbewusstsein gegen die Masse des Volkes besitzt, wie er auch von der Masse der Abgeordneten sich abhebt. [...]« (A. Weber 1999 [1925], S. 324)

Vertritt er damit etwa die altliberale Position, nach der eine Elite unabhängiger Honoratioren den Staat lenken soll? Leider teilt er uns auch nicht mit, wie diese Personen eigentlich rekrutiert werden sollen. Er beschränkt sich einfach darauf, als Beispiel für seine »unequalitäre Demokratie« auf England, Frankreich und die USA hinzuweisen (A. Weber 1999 [1925], S. 322–325).

Seine Unsicherheiten in dieser Frage erklären sich durch die unangenehmen Erfahrungen in seiner eigenen Parteikarriere. Er war im November 1918 Mitbegründer und erster provisorischer Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) gewesen, hatte aber nach irrtümlichen Anschuldigungen gegen die Industriellen Hugo Stinnes und August Thyssen bereits am 12. Dezember 1918 auf alle seine Funktionen in der DDP verzichtet. Am 21. Dezember ließ er sich von der Parteiführung als Kandidat für die Wahlen zur Nationalversammlung in der Pfalz vorschlagen, wurde aber von den dortigen Parteigremien durch lokale Kandidaten ersetzt (Demm 1999, S. 256–278).

Wie sieht es nun mit den konkreten politischen Rechten des Volkes in den Konzeptionen der Brüder aus? Beide hatten ein sehr negatives Bild von der breiten Masse des Volkes, das offenbar direkt an Gustave LeBons einflussreichem Buch *Psychologie des foules* von 1895 orientiert war: Beide hielten die Masse für inkompetent, emotional, instinktgeleitet und leicht einer »irrationalen Beeinflussung ausgesetzt« – eine Meinung, die von zahlreichen bürgerlichen Professoren und Politikern geteilt wurde (A. Weber 1999 [1925], S. 260; Max Weber 1984 [1917/1918], S. 549 Zitat; Demm 1990, S. 300). In einem Brief an Robert Michels, in dem Max Weber dessen Kritik an den oligarchischen Tendenzen in Parteien und Gesellschaft vielleicht noch übertreffen wollte, äußerte er sich noch verächtlicher über die Souveränität des Volkes:

»Solche Begriffe wie ›Wille des Volkes‹, ›Wahrer Wille des Volkes‹ usw. existieren für mich schon lange nicht mehr. Sie sind *Fiktionen*. [...] *jeder* Gedanke, [...] durch *noch* so ausgetüftelte Formen der ›Demokratie‹ die ›Herrschaft des Menschen über den Menschen‹ zu *beseitigen*, [ist] eine *Utopie*.«⁷⁵

Alfred Weber glaubte immerhin, dass sich das politische Verständnis der »Masse« verbessern ließe. Er hoffte,

»daß angesichts der unentrinnbar weitgehenden Inkompetenz der abstimmdenen Massen sich Führer finden, die vermöge ihrer geistigen Überlegenheit die [...] Überzeugungen der Massen und also deren Mehrheitsbeschlüsse so zu beeinflussen vermögen, daß [...] dadurch das Geschick des Ganzen durchschnittlich zum anerkannten Gemeinbesten geleitet wird.« (A. Weber 1999 [1925], S. 259, S. 262)

Außerdem stellte er die grundlegende Frage: »Wie kann man in dieser Lebensform die individuelle Freiheit garantieren?« (A. Weber 1999 [1925], S. 239) In seiner Antwort ging er auf die Menschenrechte ein, erwähnte dabei »das unverlierbare Erbe Rousseaus«, die »volonté générale«, mit der das souveräne Volk den Staat nach seinem »freien Wollen« ändern kann (A. Weber 1999 [1925], S. 256 f.), leitete aber ansonsten die Grund- und Menschenrechte aus dem »Freiheitswollen des Puritanismus« ab, das in England »über das bloße Machtprinzip des Staates gesiegt [habe]« (A. Weber 1999 [1925], S. 249). Damit stützte er sich auf die einschlägigen Forschungen seines Bruders über die Gewissensfreiheit der Puritaner, die wiederum von der Schrift des Heidelberger Staatsrechtlers Georg Jellinek über die *Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte* abhängig waren (Max Weber 2014 [1905], S. 312–314 mit Anm. 31 und 38, 2005 [1922b], S. 677–679). Max Weber erwähnte die Menschenrechte fast gar nicht⁷⁶ und behandelte in seinen herrschaftssoziologischen Texten die Freiheit nur am Rande oder rein historisch,⁷⁷ kam aber in seiner Diskussion über die Bürokratie, wenn auch recht begrenzt, darauf zu sprechen. (S. unten S. 325f.).

⁷⁵ Max Weber an Robert Michels, 4.8.1908 (MWG II/5, S. 615 f.).

⁷⁶ Der Begriff selbst findet sich kaum in den einschlägigen Registern der MWG außer rein juristisch (in MWG I/22-3; cf. Max Weber 2013 [1920b], Anm. 14 zu S. 151); allerdings hielt Max Weber wohl eine Diskussion darüber nicht mehr für nötig, denn 1917 schrieb er: »Denn schließlich ist es eine gröbliche Selbsttäuschung, zu glauben, ohne diese Errungenschaften aus der Zeit der ›Menschenrechte‹ vermöchten wir heute (auch der konservativste unter uns) überhaupt zu leben«, (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 466).

⁷⁷ In den Registern von MWG I/15, I/16, I/17 nicht enthalten, oder rein historisch bei MWG I/22-4 (S. 195, S. 264, S. 497, S. 654, S. 656).

Dafür formulierte er die Unterordnung der Massen unter die Führer viel repressiver als sein Bruder: »Die beherrschten Menschen [müssen sich] der beanspruchten Autorität der jeweils herrschenden fügen«, denn Herrschaft beruht nicht nur auf Gewalt, sondern vollzieht sich »kraft Hingabe der Gehorchenden an das rein persönliche ›Charisma‹ des ›Führers‹« (Max Weber 1992 [1919a], S. 160 f.).⁷⁸ Seine Herrschaftskonzeption ist also ganz auf Über- und Unterordnung, auf Befehl und Gehorsam abgestellt (Hanke 2001, S. 23 f.), auch wenn es sich dabei in Anlehnung an Georg Jellinek um »reine Typen«, also um Idealtypen, handelt (Max Weber 1992 [1919a], S. 161 mit Anm. 2). Joachim Radkau, der immer nach dem Einfluss von Emotionen und Sexualsphäre auf die wissenschaftliche Forschung Ausschau hält, bezeichnet Webers Besessenheit von Herrschaft als »mit Lust besetzt« und sieht eine Verbindungslinie zu seiner sado-masochistischen Liebesbeziehung zu Else Jaffé (Radkau 2005, S. 600, 797 f.) – eine Korrelation, die theoretisch von Erich Fromm analysiert wurde (Fromm 1977 [1942]: 140 f.).

Nach der endgültigen Druckvorbereitung seiner Rede »Politik als Beruf« im März 1919 verstärkte Max Weber sogar noch sein autoritäres Konzept. Am 30. Mai 1919 hatte er ein Gespräch mit General Erich Ludendorff, in dem er das parlamentarische System der Weimarer Republik rückhaltlos verdammt und sagte: »Glauben Sie denn, daß ich die Schweinerei, die wir jetzt haben, für *Demokratie* halte?« Dann erklärte er dem General seine Idee von Demokratie wie folgt:

»Weber: In der Demokratie wählt das Volk seinen Führer, dem es vertraut. Dann sagt der Gewählte: ›Nun haltet den Mund und pariert‹. Volk und Parteien dürfen ihm nicht mehr hineinreden.

Ludendorff: Solche ›Demokratie‹ kann mir gefallen!

Weber: Nachher kann das Volk richten – hat der Führer Fehler gemacht – an den Galgen mit ihm!«⁷⁹

Kein Wunder, dass Ludendorff, der von 1916 bis 1918 gemeinsam mit Paul von Hindenburg Chef der Obersten Heeresleitung war und in Deutschland eine »silent dictatorship« ausübte (Martin Kitchen), eine solche Auslegung der »Demokratie« begrüßte.

⁷⁸Zur Kritik an Max Webers Führerdemokratie vgl. W. J. Mommsen, »Zum Begriff der Führerdemokratie«, (Mommsen 1982, S. 45 f., S. 64, S. 68, S. 70).

⁷⁹Max Weber (1988 [1919c], S. 553), auch in Marianne Weber (1989 [1926], S. 665); zum Anlass des Gesprächs (cf. Radkau 2005, S. 819).

Wie sollten eigentlich die Massen nach den Vorstellungen der Brüder konkret an der politischen Willensbildung mitwirken? Trotz seiner bramarbasierenden Äußerungen über Befehl und Gehorsam billigte Max Weber ihnen mit dem »Machtmittel des Wahlzettels [...] ein Minimum von Mitbestimmungsrecht« zu (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 372, cf. S. 545). Sie wählen auf diese Weise die Abgeordneten sowie plebiszitär den Staatsführer, konkret den Reichspräsidenten (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 372, S. 472, S. 545, 1992 [1919a], S. 225). Dabei empfiehlt Max Weber das Mehrheitswahlrecht, da bei einer Listenwahl nicht das Volk, sondern letzten Endes die Parteibürokratie über die Aufstellung der Kandidaten entscheidet (Max Weber 1992 [1919a], S. 223 mit Anm. 103). Selbst ein Referendum hielt Max Weber auch in Großstaaten für möglich (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 544–546). Andererseits können die Bürger in einer plebiszitären Demokratie den Regierungschef nicht wählen, sondern nur akklamieren. In seiner ersten 1910/1914 redigierten Fassung von *Wirtschaft und Gesellschaft* weist Max dabei auf die offizielle Theorie des französischen Cäsarismus Napoleons III. hin und schreibt: »Das Plebiszit ist keine ›Wahl‹, sondern [...] Anerkennung eines Prätendenten als persönlich qualifizierten charismatischen Herrschers.« (Max Weber 2005 [1922e], S. 499) In seiner letzten Fassung von 1920 heißt es:

»Die ›plebiszitäre Demokratie‹ – der wichtigste Typus der Führer-Demokratie – ist ihrem genuinen Sinn nach eine Art der charismatischen Herrschaft [...]. Den Typus geben die Diktatoren der antiken und modernen Revolutionen: in den modernen Staaten die Diktatur Cromwells, der revolutionären Gewalthaber und der plebiszitäre Imperialismus in Frankreich. Wo immer überhaupt nach Legitimität dieser Herrschaftsform gestrebt wurde, wurde sie in der plebiszitären Anerkennung durch das souveräne Volk gesucht.« (Max Weber 2013 [1920a], S. 535 f.)

Letzten Endes wirken die Beherrschten bei der Auswahl der Führungspersonals nicht maßgeblich mit, was Christoph Schönberger (2007, S. 160 f.) wohl zu Recht als eine »demokratische Leerstelle« bei Max Weber bezeichnet.

Trotzdem hielt dieser in seinem monumentalen Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* sowie in seiner letzten Vorlesung über Staatssoziologie eine »unmittelbare Demokratie« mit direkten Entscheidungsmöglichkeiten des Volkes zwar nicht in modernen Flächenstaaten, aber zumindest in Schweizer Kleinkantonen prinzipiell für möglich – also eine Art direkter Demokratie Rousseauscher Prägung. In einer solchen »führerlosen Demokratie« würde allerdings der Herrscher zum Beamten werden (Max Weber 2009 [1920], S. 110–113, Zitat S. 113, 2013 [1920a], S. 573–575, ähnlich bereits in 1984 [1916b], S. 191 f.). Ansonsten ist dieser

Begriff bei ihm eher negativ besetzt als »Herrschaft der ›Berufspolitiker‹ ohne Beruf [=Berufung], ohne die inneren, charismatischen Qualitäten, die eben zum Führer machen« (Max Weber 1992 [1919a], S. 224).

Bei Alfred Weber ist die konkrete Situation der Beherrschten trotz seiner schönen Worte über ihre politische Mitbestimmung recht unklar, unter anderem infolge seines nebulösen Stils. Einerseits sollte das Volk in seiner Mehrheit indirekt durch Delegierte oder »Mandatare« ein Parlament wählen, andererseits akzeptierte er zumindest theoretisch auch, dass es die Politik in »fortgesetzten direkten Abstimmungen« dauernd entscheidet. Die Wahlen selbst stufte er nonchalant zu untergeordneten »technischen Mitteln« herab (A. Weber 1999 [1925], S. 320). Spezielle Demokratisierungsmöglichkeiten wie Referendum oder Volksinitiative erwähnte er zwar, behandelte aber diese Fragen explizit nicht, weil es ihm nur »auf die Herausarbeitung des ganz Allgemeinen ankommt« (A. Weber 1999 [1925], S. 322). Dabei sollte ihm doch klar gewesen sein, dass die Art des Wahlrechts – Verhältnis- und Listenwahl oder Mehrheits- und Personenwahl – ganz entscheidend die Führerauslese beeinflussen würde.⁸⁰

In ihren Konzepten der »Führerdemokratie« gibt es bei beiden Brüdern ziemliche Widersprüche. Bei Alfred Weber ist die Möglichkeit einer direkten Demokratie Rousseauscher Prägung völlig unvereinbar mit seiner Einschätzung der Inkompetenz der Massen geschweige denn mit seiner »Unegalitären Führerdemokratie«. Außerdem präsentierte er einen weiteren Faktor der politischen Willensbildung, der die Macht der oligarchischen Führer erheblich einschränken dürfte: die wirtschaftlichen Interessengruppen. Nach Alfred Weber brachten die Kapitalisten den Staat spätestens ab 1880 in ihre Abhängigkeit und instrumentalisierten ihn für ihre Zwecke. Er hob besonders ihren Einfluss auf die Parteien hervor, der zu einem »kapitalistischen Hörigwerden des neuen selbständig gedachten Innenbaus [des Staates]« geführt habe (A. Weber 1999 [1925], S. 288 f.). Als Beispiel führte er Frankreich an. Gestützt auf das Buch von Francis Delaisi, *La Démocratie et les financiers* (1910), behauptete er mit explizit zugegebener Übertreibung, dass in Frankreich die »eigentlichen kapitalistischen Herrscher den Staat [...] nach ihren Zwecken leiten konnten« (A. Weber 1999 [1925], S. 288 f.). Im Imperialismus wurde diese Herrschaft auch in anderen Ländern allgemein: »Jetzt zogen die übergewichtig und eigenständig gewordenen

⁸⁰Von 1946 bis 1953 engagierte sich Alfred Weber als Mitglied, später Ehrenpräsident, der »Deutschen Wählergesellschaft« für ein relatives Mehrheitswahlrecht, cf. seine Artikel im Kapitel »Verfassung und Wahlen« (AWG 9, S. 331–383).

Wirtschaftskräfte [...] die Staaten hinter sich her und machten sie weitgehend zu Bütteln ihres Wollens.« (A. Weber 1999 [1925], S. 294) Lässt sich das ändern? Nein! Alfred Weber erklärte als erfahrener Nationalökonom kategorisch:

»Den heutigen Staat zu *entökonomisieren* [...] ist unmöglich. [...] Darum wird das Parlament als Sitz der politischen Willensbildung immer von wirtschaftlichen Interessenkombinationen mit durchwirkt sein.« (A. Weber 1999 [1925], S. 317)

Max Webers Widersprüche sind bekannt. Bereits Wolfgang J. Mommsen betonte das Ungleichgewicht zwischen plebiszitärer Führung und Selbstbestimmung der Bürger durch das Parlament, Andreas Anter die Spannung zwischen staatlicher Ordnung und persönlicher Freiheit. Während aber Ralf Dahrendorf freimütig auf zahlreiche andere »explosive Widersprüche« in Webers Soziologie hinwies, benutzten beide euphemistische Termini wie »Antinomien«, »Wertkollisionen« oder »Ambivalenzen« (Mommsen 1981, S. 49; Anter 2014, S. 165; Dahrendorf 1988, S. 780–783, Zitat S. 780).

4.3 Bürokratie

Es lässt sich aber noch ein weiterer Widerspruch in Max Webers Herrschaftssoziologie feststellen: zu den Machtfaktoren der »großen Einzelnen« und der Oligarchie der »Parteimaschine« tritt die Bürokratie, die in seiner Herrschaftssoziologie »eine zentrale Stellung ein[nimmt]« (Edith Hanke, Einleitung, MWG I/22-4, S. 154) und der er im Gegensatz zu den obigen Ausführungen »die wirkliche Herrschaft« zuschreibt (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 450).

Alfred Weber interessierte sich in seiner Herrschaftssoziologie überhaupt nicht für die Bürokratie als Machtfaktor und erwähnte sie nur als unentbehrliches Element der staatlichen Verwaltung (A. Weber 1999 [1925], S. 320). Allerdings setzte er 1909 auf der Tagung des VfS in Wien eine heftige Diskussion über die psychologischen Konsequenzen der Bürokratisierung in Deutschland in Gang. In seiner Rede griff er scharf jene Kollegen der älteren Generation an, die wie Schmoller und Adolf Wagner Staat und Bürokratie gefühlsmäßig verklärten und ihnen eine autoritative Funktion über den Parteien- und Klasseninteressen zuwiesen (A. Weber 2000 [1910b], S. 425 f.). Er betonte, dass »der öffentliche bürokratische Apparat in Wirklichkeit nichts weiter ist als eine Dependence der politischen Parteiströmungen [...] und der herrschenden Klassen« (A. Weber, S. 429; Beetham 1985, S. 66) – eine Tatsache, die heutige Historiker detailliert

nachgewiesen haben (Wehler 1977, S. 73–76, 1995, S. 857–864). Alfred Weber erkannte zwar »die technischen Vorzüge des bürokratischen Apparates« an, die ihn für Staat und Großbetriebe schlechthin unentbehrlich mache (A. Weber 2000 [1910b], S. 427), warnte jedoch vor den psychologischen Folgen seiner »Absorption der Persönlichkeit«: vor der »Verspießbürgerung und Verphilisterung unserer ganzen Gesellschaft«, die »jede selbständige geistige Regung so weitgehend zu ersticken droht« und einen neuen Menschentyp schafft: »Deutsch und treu und pensionsberechtigt« (A. Weber 2000 [1910b], S. 429–431).⁸¹ In der anschließenden Diskussion erhob sich stürmischer Widerspruch (Verhandlungen 1910, S. 249) – der einzige Redner, der ihn vorbehaltlos unterstützte, war sein Bruder Max. Er knüpfte ausdrücklich an Alfreds Ausführungen an und betonte, »daß die Übereinstimmung [mit ihm] eine vollkommene ist« (Max Weber 1998 [1909], S. 360 f.). Max stimmte in der Tat in vielem überein, auch er erkannte die »technische Überlegenheit des bürokratischen Mechanismus« vorbehaltlos an und beklagte ebenfalls die Transformierung »jedes Arbeiters zu einem Rädchen in dieser Maschine« (Max Weber 1998 [1909], S. 361 f.). Bereits 1905 hatte er in seinem Aufsatz »Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland« den »bürokratischen ebenso wie den jakobinischen Zentralismus« kritisiert und auf das »Gehäuse für die neue Hörigkeit« in der russischen Fabrikverfassung hingewiesen (Max Weber 1989 [1905], S. 269). Etwa zwei Monate vor der Tagung des Vereins schrieb er:

»Soll ich Zukunfts-*Chancen* abwägen, so haben m. E. zwei Mächte: der Bürokratismus im Staat und die virtuose Maschinerie der katholischen Kirche [...] die denkbar günstigsten Chancen, alles Andre unter die Füße zu bekommen, – lauter Mächte, die ich *trotzdem* u. *eben deshalb*, mit aller geringen Kraft, die ich !:noch! besitze, zu bekämpfen für ein Gebot meiner Menschenwürde halte [...].«⁸²

Bei genauerer Betrachtung unterschieden sich die Brüder aber in der Zielrichtung ihrer Kritik. Während Alfred Weber die »psychische Kräfteentfaltung« der Bevölkerung, d. h. die »Auslösung psychischer Energie und Persönlichkeitsqualität«

⁸¹Nach einer Karikatur Olaf Gulbranssons aus dem *Simplicissimus* 13 (1909, S. 835), wo es heißt: »Ich bin eine germanische Jungfrau. Ich werde nur einen Mann lieben, der deutsch ist und treu und blond und pensionsberechtigt.« Neben ihr steht der abgewiesene Freier mit schwarzen Haaren.

⁸²Max Weber an Elisabeth Gnauck-Kühne, 15.7.1909 (MWG II/6, S. 176 f.); ich danke Edith Hanke für den Hinweis auf diesen wichtigen Brief.

durch die deutsche Bürokratie bedroht sah, gefährdete sie laut Max durch ihre Unfähigkeit die politische und ökonomische »Machtgeltung« des Reiches in der Welt (Max Weber 1998 [1909], S. 366; A. Weber 2000 [1910b], S. 430 f., 426 Zitate, 2003 [1910], S. 887–889; Lindenlaub 1967, S. 396).

Kritisierten die Brüder 1909 einhellig das Phänomen der Bürokratie, so sollte Max Weber bereits ein Jahr später zu einer eher affirmativen Beurteilung übergehen. Systematischerer Denker als sein Bruder, entwickelte er zwischen 1910 und 1914 in dem glänzenden, aber völlig unkritischen Bürokratismuskapitel von *Wirtschaft und Gesellschaft* den Idealtypus des Beamten mit Amtshierarchie, Amtdisziplin, Fach- und Dienstwissen, Akten, festem Gehalt usw. (Max Weber 2005 [1922a], S. 157–169), analysierte die Gründe für die Entfaltung der Bürokratisierung, u. a. ihre bereits 1909 erwähnte technische Überlegenheit und Effizienz (Max Weber 2005 [1922a], S. 169–208), und hob erneut hervor, dass sie »unentbehrlich« sei und daher auch bei einem Wechsel der Herrschaft »weiterfunktionieren« würde (Max Weber 2005 [1922a], S. 208–210, Zitate S. 209, S. 208). Darüber hinaus betonte er mit zahlreichen Beispielen, dass mit Ausnahme der Wirtschaftsbetriebe die Bürokratie auf Grund ihres durch Geheimhaltung verstärkten Fach- und Dienstwissens den »Dilettanten« der Herrschaft – traditionellen oder modernen Führern – überlegen sei (Max Weber 2005 [1922a], S. 213–228). Von einer so scharfen Kritik wie im Jahre 1909 ist hier nicht mehr die Rede. Immerhin sprach sich Max Weber für eine »Minimisierung der Herrschaftsgewalt der ›Berufsbeamten‹« aus, aber nicht zugunsten des Volkes, sondern »seiner jeweiligen Parteiführer«, der »Demos« selbst würde nur verwaltet (Max Weber 2005 [1922a], S. 203 f.). Erst 1917 setzte er in seinen Artikeln »Beamtenherrschaft und politisches Führertum« und »Verwaltungsöffentlichkeit und Auslese der Führer« wieder einige kritische Akzente. Jetzt betonte er, dass »die wirkliche Herrschaft [...] notwendig und unvermeidlich in den Händen des *Beamtentums* [liegt]«. Auch wenn der einzelne Beamte selbst nur ein Rädchen im Getriebe ist, so hat das institutionalisierte Beamtentum »unentrinnbar« und »unentfliehbar« auch Armee, Kirche und die politischen Parteien bürokratisiert und ist dabei, »das Gehäuse jener Hörigkeit der Zukunft herzustellen«, dem sich die Menschen fügen müssten (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 450–486, Zitate S. 450, S. 462, S. 464 f.). Und hier wie auch in anderen Fällen wies er immer wieder auf eine bis heute unerreichte Version der bürokratischen Herrschaft hin, die ihn in ihrer Perfektion offenbar sehr beeindruckt hatte: die ägyptischen Beamten, denen die Fellachen hilflos ausgeliefert waren (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 463 f., S. 541, 2005 [1922a], S. 175, S. 182, S. 184, 2005 [1922c], S. 321–327, 2005 [1922d], S. 452 f., 1998 [1909], S. 362).

Alfred Weber hingegen interessierte sich überhaupt nicht für die organisatorischen Aspekte der Bürokratie, sondern erweiterte 1910 seine Kritik an ihr in seinem berühmten Artikel »Der Beamte« ganz erheblich (Demm 1990, S. 114–116). Eindringlicher als vor einem Jahr sprach er von der Entstehung der Bürokratie und bezeichnete dies als die »eigentliche gesellschaftliche Revolution des neunzehnten Jahrhunderts« (A. Weber 2000 [1910a], S. 100). In stellenweise geradezu poetisch verdichteter Sprache stellte er dar,

»wie sich ein riesenhafter ›Apparat‹ in unserem Leben erhebt, [...] wie die Psyche der Bevölkerung sich diesem ›Apparate‹ anpaßt, [...] wie sie einschrumpft zu der Sehnsucht nach Versorgtsein [...] und zum Streben nach Karrieremachen in dem Apparat« (A. Weber 2000 [1910a], S. 98f.).

Mit Entsetzen konstatierte er die zunehmende »Verwandtschaft zwischen der so großen Schwerbeweglichkeit unseres Fühlens und der fühllosen Bewegungslosigkeit des Apparats« (A. Weber 2000 [1910a], S. 106) und verlangte: »Wir sollen suchen, uns vor dem Apparat als Menschen, als Personen, als lebendige Kraft zu retten.« (A. Weber 2000 [1910a], S. 112).

Dieser Artikel in der einflussreichen *Neuen Rundschau* verschaffte den Ideen Alfred Webers in intellektuellen Kreisen eine breite Resonanz. Vor allem hat Franz Kafka, den Alfred Weber bei seiner Promotion in Prag als sog. Promotor dem Rektor vorgestellt hatte (Brod 1979, S. 205), diesen Artikel genau gelesen, denn seine Erzählung »In der Strafkolonie« ist auf das engste ideell und auf weiten Strecken sogar stilistisch davon abhängig (Lange-Kirchheim 1977, S. 202–221; bestätigt durch Müller-Seidel 1989, S. 76–78). Noch in seinen späteren Hauptwerken *Das Schloß* und *Der Prozeß* finden sich Anklänge an Webers Artikel »Der Beamte« (Lange-Kirchheim 1986, S. 113–149).

Welche Lösung schlugen nun die Brüder Weber vor, um einen Ausweg aus dem »stahlharten Gehäuse« der »bürokratischen Hörigkeit« bzw. der »Absorption durch den bürokratischen Apparat« zu finden?⁸³ Bereits auf der Tagung von 1909 stellte Max Weber die Frage, »was wir dieser Maschinerie *entgegenzusetzen* haben, um einen Rest des Menschentums freizuhalten [...] von dieser Alleinherrschaft bürokratischer Lebensideale«, sagte aber dazu: »Die Antwort auf diese Frage gehört freilich heute nicht hierher« (Max Weber 1998 [1909], S. 363). Auch

⁸³Das »Gehäuse« Max Webers entspricht wohl dem »Apparat« seines Bruders (vgl. Max Weber 1995 [1908a], S. 48).

später stellte er ähnliche Fragen, ohne sie zu beantworten. In seinem Zeitungsaufsatz über »Beamtenherrschaft und politisches Führertum« schrieb er 1917:

»Wie ist es angesichts dieser Übermacht der Tendenz zur Bürokratisierung überhaupt noch möglich, irgend welche Reste einer in irgendeinem Sinn ›individualistischen‹ Bewegungsfreiheit zu retten?« und erwiderte ebenfalls: »Diese Frage soll uns aber diesmal nicht interessieren.« (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 465 f.)

Eine anschließende Frage nach der Kontrolle des Beamtentums beantwortet er genauso ausweichend (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 466; vgl. auch Anter 2014, S. 190 f.). Alle diese Fragen sind rein rhetorisch und können nicht als Belege für eine freiheitliche Einstellung herangezogen werden, wie in einer Neuerscheinung behauptet wurde.⁸⁴ Die einzig zutreffende Antwort darauf hat Max Weber nämlich bereits 1909 gegeben: »Die Frage, die uns beschäftigt, ist nun nicht: Wie kann man an dieser Entwicklung [zur Bürokratisierung] etwas ändern? – Denn man kann es nicht.« (Max Weber 1998 [1909], S. 362, Hervorhebung vom Verfasser) Auch 1917 präzierte er nochmals, dass »jeder Machtkampf gegen eine staatliche Bürokratie aussichtslos ist« (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 464). Allerdings gibt es auch hier wieder einen merkwürdigen Widerspruch: Im gleichen Kapitel befürwortete er immerhin eine *parlamentarische Verwaltungskontrolle* (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 472–476, S. 486–507),⁸⁵ zu der ja

⁸⁴ Marty (2020): die vier angeblichen Belege sind immer die gleichen und müssen insgesamt achtmal unterschiedliche Aspekte von Webers Freiheitsliebe bezeugen, jeweils ohne Zitat nach veralteten Ausgaben: Anmerkungen 50, 93, 113, 316, 341, 789, 829, 882, 905; der erste angebliche Beleg betont im Original sogar die Unfreiheit: »[...] alle ökonomischen Wetterzeichen weisen nach der Richtung zunehmender ›Unfreiheit‹. Es ist höchst lächerlich, dem heutigen Hochkapitalismus [...] Wahlverwandtschaft mit ›Demokratie‹ (in irgend einem Wortsinn) oder gar mit ›Freiheit‹ zuzuschreiben.« Max Weber, Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland, nach veralteter Edition (Weber 1988a [1921], S. 63 f. unvollständig zitiert). Ein anderes Beispiel S. 65: »Unterwerfen wir uns sehenden Auges unter [sic!] den Dämon, der unseres jeweiligen Lebens Fäden hält, so begeben wir uns damit der Weber'schen Ansicht nach in die Freiheit.« Die Belegstelle in Anm. 318 nach der veralteten Edition von Weber/Winkelmann (1988b [1922], S. 613) lautet: »Die aber [Forderung des Tages] ist schlicht und einfach, wenn jeder den Dämon findet und ihm gehorcht, der seines Lebens Fäden hält.« Der Hinweis auf die Freiheit wurde vom Autor phantasievoll hinzugesetzt.

⁸⁵ Siehe auch Marianne Weber (1989 [1926], S. 595): »Die Beamten sollen dem Parlament unterworfen sein.«

auch das von ihm im Mai 1917 mit Erfolg angeregte Enqueterecht des Reichstages dienen sollte (S. oben S. 310f.).

Auch Alfred Weber erklärte, dass man in einer entwickelten Gesellschaftsordnung einer Bureaucratisierung nicht entfliehen könne (A. Weber 2000 [1910a], S. 105, S. 112). Allerdings machte er im Gegensatz zu seinem Bruder mehrere praktische Vorschläge, um wenigstens die Hörigkeit der Beamten selbst zu beseitigen. Sie liegen auf zwei Ebenen: der organisatorischen sowie der menschlich-psychologischen. Für die erste Ebene schlug Alfred bereits in seiner Debattenrede im Jahre 1909 vor, die Auswahl der Beamten nicht durch die Politiker vornehmen zu lassen, sondern paritätisch besetzte Anstellungsämter zu errichten, die eine selbstverantwortliche Mitbestimmung der beteiligten Beamten ermöglichen würde (A. Weber 2000 [1910b], S. 431 f.). Im Jahre 1913 ging er noch einen Schritt weiter und forderte einen modernisierten »Genossenschaftsaufbau« der Verwaltung, die »auf dem Boden freier Gemeinschaftsbildung ruht, im Rahmen demokratischer Prinzipien und Kontrolle steht und demokratische Selbstergänzung hat« (A. Weber 2000 [1913b], S. 483). Dabei würde der Beamte ein Mitbestimmungsrecht in der Organisation seiner Karriere haben und vor Willkür bei Anstellung, Versetzung und Beförderung geschützt sein (A. Weber 2000 [1913b], S. 484). Auf menschlich-psychologischer Ebene schlug er, wie bereits oben ausgeführt (S. 305f.), der »Mittelklasse«, in diesem Fall also den mittleren und oberen Beamten, vor, ihren Beruf ebenfalls nur als »Unterlage unseres Lebens, nicht als Ziel« zu empfinden und im optimalen Fall die »Entfaltung der Person im Beruf als Ziel« anzustreben (A. Weber 2000 [1910a], S. 113–116). Auf diese Weise könnten sie den modernen Berufsgedanken überwinden, der letztlich aus einer andersartigen religiös bestimmten Daseinshaltung, der innerweltlichen Askese des Puritanertums, herausgewachsen ist (A. Weber 2000 [1910a], S. 112–116; vgl. auch 2000 [1912a], S. 335). Es wird deutlich, wie Alfred einerseits durch die Forschung seines Bruders über die protestantische Ethik zu einem klareren Verständnis der Berufsidee gelangt war, wie er aber andere Konsequenzen daraus zog als dieser. Anders als Max mit seiner unentrinnbaren Arbeitsaskese propagierte Alfred eine entspanntere Berufsauffassung, die der Selbstverwirklichung der Persönlichkeit dienen würde. Nach den Erfahrungen mit der Persönlichkeitsauflösung des nationalsozialistischen Beamtentums warnte er 1953 vor einer viel gefährlicheren Version des Bürokraten, dem sog. »Vierten Menschen«, der als »Roboter einer bürokratisch-autokratischen Terrormaschine« und Schreibtischtäter des totalitären Staates auch die unmenschlichsten Befehle seiner Vorgesetzten befolgt oder als effizienter Technokrat der »Managerial Revolution« Tausende Arbeiter feuert und die Umwelt ruiniert (A. Weber 1997 [1953], bereits teilweise in Alfred Weber 1997 [1935/1951], S. 493 ff., S. 505 ff.).

Außerdem ist anders als zu den Zeiten der Brüder Weber »der Begriff Bürokratie vollends zum Synonym für Ineffizienz geworden« (Haas et al. 2021). Das zeigen auch das positiv besetzte Modewort »unbürokratisch« und einschlägige Schlagzeilen wie »Behördenpingpong« oder »Schluss mit der Bürokratie – Impft doch endlich« (Maroldt 2021; Casdorff 2021)!

Meine detaillierte Erörterung von Führerdemokratie und Bürokratie in der Herrschaftssoziologie der Brüder Weber wird nun erlauben, genauer auf meine ursprüngliche Frage einzugehen: wie lassen sich nach ihrer Auffassung der Machtanspruch der politischen Führung und die Zwänge der Bürokratisierung mit dem Freiheitsverlangen der Bevölkerung vereinbaren? Meine Antwort ist eindeutig: Für Max Weber ist der Mensch Macht und Herrschaft, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen, religiösen Denkfigurationen und der fortschreitenden Bürokratisierung praktisch ausgeliefert. Alfred Weber hingegen sah ihn »als ein zur Freiheit bestimmtes Wesen« an (Bergstraesser 1959, S. 149) und wollte ihn, so weit wie möglich, von den ökonomischen, sozialen und politischen Zwängen des modernen Lebens befreien. Dieses Resultat ist eigentlich nicht neu. Während Arnold Bergstraesser Alfreds Theorien »Die Soziologie der Freiheit« nannte, bezeichneten Raymond Aron, Wolfgang J. Mommsen und Kurt Masur Maxens System als eine »Soziologie der Macht« oder in dessen eigenen Worten als »Macht-Pragma« (Aron 1965, S. 104 f., S. 118; Mommsen 1965, S. 130, S. 134–137).⁸⁶ Max galt daher auch einem Teil der Forschung als eine Art »moderner Machiavelli«, als »Schüler Machivellis« oder als »Nachfahr Machiavellis«, der die Repression der breiten Masse durch die herrschenden Führer rechtfertigte.⁸⁷ Eine kürzlich unter dem Epitheton *Max Weber. Denker der Freiheit* veröffentlichte Dissertation ist zwar eine interessante intellektuelle Übung, stützt sich aber auf vom Autor missverstandene oder willkürlich

⁸⁶Masur, zitiert nach (ebd., S. 135); Bruhns (2017, S. 194) definiert Macht-Pragma als »von Macht bestimmtes Handeln«.

⁸⁷Zitate: Müller (2020, S. 183); Radkau (2005, S. 711); Aron (1965, S. 194); ferner Mommsen (1974, S. 48); Mayer (1956 [1943], S. 109); Anter (2014, S. 123 mit weiteren Belegen); Anter und Breuer (2007, S. 49); Colliot-Thélène (2006, S. 79) mit weiterem Hinweis auf Arthaçāstra de Kautilya, den »indischen Machiavelli«; allerdings nennt Weber beide nur, ohne sich direkt auf sie zu berufen (Max Weber 1992 [1919a], S. 177, S. 243, indirekt über Fichte S. 238 mit Anm. 126, 1996 [1921], S. 283, Anm. 42).

interpretierte Stellen.⁸⁸ Nur Wolfgang Schluchter, einer der bedeutendsten heutigen Max Weber-Experten, hat in seinem letzten Buch *Mit Max Weber* die traditionelle Meinung Arons und Mommsens ausdrücklich bestritten (Schluchter 2020, S. 178–203). Was sind seine Argumente?

Zunächst einmal versucht Schluchter nicht wirklich, die Auffassungen Arons und Mommsens zu widerlegen, sondern zitiert nur die Einwände Eduard Baumgartens und Karl Loewensteins (Schluchter 2020, S. 179, S. 180 Anm. 2). Allerdings beschuldigt er Aron, Webers »Führerdemokratie« implizit als Vorläufer von Hitlers Führerdiktatur darzustellen, und wirft Mommsen vor, in seiner Dissertation über Max Weber von den Tendenzen der amerikanischen »Reeducation« und der sog. »Vergangenheitsbewältigung« beeinflusst worden zu sein (Schluchter 2020, S. 179). Angeblich revidierte Mommsen später die »harschen Urteile des Doktoranden« im Vorwort zu der 3. Auflage seines Buches und in den von ihm herausgegebenen Bänden der MWG I/15 und I/16, (Schluchter 2020, S. 179 und Anm. 9), nur lässt sich das in den angegebenen Belegen nicht nachweisen.⁸⁹

Schluchter erwähnt weiterhin Webers demokratische Verdienste in und nach dem Krieg: in seiner Rede vom 1. August 1916 habe er zurückhaltend argumentiert und »nüchterne Beurteilung« bewiesen (Schluchter 2020, S. 187). Webers Betonung des deutschen »Machtstaats« in dieser Rede (s. unten S. 336) fällt dabei allerdings weg. Webers Vorschlag eines autonomen, also nicht unabhängigen Polens mit Angliederung an das Reich (s. unten S. 338f.) wird als Projekt eines »freien Polens« präsentiert (Schluchter 2020, S. 200). Nach dem Krieg wird die Rolle Alfred Webers als Mitbegründer der DDP (s. oben S. 317) irrtümlich Max zugeschrieben (Schluchter 2020, S. 184). Schluchter kann korrekt auf Max Webers Rolle der parlamentarischen Wahlen als »Auslesestätte der Führer« hinweisen (Schluchter 2020, S. 189). Das Problem ist nur, dass

⁸⁸Zu Marty (2020 s. oben S. 326 mit Anm. 84); Im Schlepptau von Marty rühmt auch Müller (2020, S. 15, S. 423) Weber als »Denker der Freiheit«, trotz seiner Erkenntnis, dass dieser eigentlich Machiavelli folgt (S. 183); seine Nachweise des freiheitlichen Weber scheitern nach eigenem Zeugnis, (S. 233, S. 430); (cf. Demm 2020b).

⁸⁹Mommsen (2004, 3. Aufl. Vorwort, S. IX) erwähnt nur die Korrektur von Transkriptionen; Mommsen (1974, 2. Aufl. S. XII–XIII) schreibt ausdrücklich, dass er die Tendenz seines Buches trotz der heftigen Kritiken der orthodoxen Weberianer nicht geändert hat; in MWG I/15 (S. 7) betont Mommsen das »Ideal des nationalen Machtstaats«, in MWG I/16 (S. 17) die »Macht, hinter der Gewaltbarkeit steht«.

Weber nach der Revolution seine Meinung änderte und die Volkswahl des Reichspräsidenten forderte, dessen erhebliche Macht die Parlamentarier in Schach halten sollte (s. oben S. 311f., 314). Immerhin lässt sich eine einzige Stelle über die Begrenzung von dessen Macht zitieren (Schluchter 2020, S. 203). Hat Schluchter nun wirklich die Interpretationen Arons und Mommsens widerlegt und Max Webers Macht-Pragma eingeschränkt?

Vielleicht kann uns eine quantitative »keyword content analysis« von zwei grundsätzlichen Texten der Brüder Weber einen weiteren Hinweis auf die Tendenz ihrer Herrschaftssoziologie geben.⁹⁰ *Politik als Beruf* von Max Weber und »Geistige Führer« sowie die ersten drei Kapitel von *Krise des modernen Staatsgedankens* von Alfred Weber sollen jetzt verglichen werden. Beide Texte sind inhaltlich und umfänglich vergleichbar. Die Tab. 1 zeigt an, welche zentrale Prinzipien der Herrschaftssoziologie in diesen Texten der Brüder auftreten und wie oft sie vorkommen.

Wie man sieht, sind Macht, Gewalt und Herrschaft bei Max Weber überrepräsentiert, während Demokratie und Freiheit nur eine marginale Rolle spielen und verwandte Begriffe wie Individualismus und Selbstbestimmung sowie die der subjektiven und imaginativen Sphäre angehörenden Ausdrücke »Geist« und »geistig« völlig fehlen. Bei Alfred Weber ist es genau umgekehrt: seine Analyse ist an freiheitlichen Kategorien orientiert, während machtbestimmte Aspekte zurücktreten. Der von beiden Brüdern häufig verwandte Begriff »Leben« hat nicht die gleiche Bedeutung. Bei Alfred geht es um lebensphilosophische Aspekte wie Lebensgefühl, Lebenssubstanz, Lebensformung, Lebensgrund, Lebensaggregation und das Lebendige (A. Weber 1999 [1918a], passim, 1999 [1925], passim). Max versteht Leben fast ausschließlich als integralen Bestandteil der Machtsphäre, als »Lebensinteressen der herrschenden Ordnung«, kurz auch »Lebensordnung« genannt (Max Weber 1992 [1919a], S. 190, S. 242), als »politisches Leben« (Max Weber 1992 [1919a], S. 213), »Lebenserwerb« und »Lebensinhalt« von Berufspolitikern, die »von der Politik« leben bzw. aus der Politik und ihren »Pöstchen« und »Einnahmen« »ihr Leben machen«, um dadurch ihrem Leben »einen Sinn zu verleihen« (Max Weber 1992 [1919a], S. 167–172, S. 205, S. 220).

⁹⁰Eine »keyword-in-context analysis« ihrer Kategorien im jeweiligen Kontext, d. h. zusammen mit den davor und dahinter stehenden Wörtern kann im Rahmen dieses Artikels nicht geleistet werden. Für diesen professionellen Ansatz vgl. <https://www.maxqda.com/help-mx20-dictio/keyword-in-context>; für einschlägige Beispiele dieser Analyse vgl. <https://www.ipl.org/essay/Examples-Of-Quantitative-Content-Analysis-FCJBX9SZN6> (Zugriffen: 10.10.2021); für klassische Beispiele vgl. Demm (1971, S. 370–373).

Tab. 1 Zentrale Prinzipien der Herrschaftssoziologie. (Eigene Darstellung)

	Max Weber: <i>Politik als Beruf</i> (55 Druckseiten ohne Anm.) ⁹¹	Alfred Weber: »Geistige Führer« und <i>Krise des modernen Staatsgedankens in Europa</i> , Kap. 1, 2, und 3 (57 Druckseiten ohne Anm.) ⁹²
Macht	64	16
Gewalt	33	13
Herrschaft	31	11
Kampf	12	12
Demokratie	10	33
Freiheit	3	46
Geist	–	50
Individualismus	–	15
Selbstbestimmung	–	14
Leben	21	49

Ein Blick auf die umfangreichen Sachregister der MWG gibt Aufschluss über die hohe Frequenz und die zahlreichen Ableitungen von *Macht*, *Gewalt* und *Herrschaft* in Max Webers Werk (MWG I/15, S. 824, S. 827; MWG I/17, S. 276 f.; MWG I/22–4, S. 868, S. 879). In seinen *Grundbegriffen* von 1920 gab er sich große Mühe, sie (mit Ausnahme von *Gewalt*) zu definieren, umzudefinieren und miteinander zu verschränken.⁹³ Leider hat die AWG keine Sachregister. In seinen kultursoziologischen Abhandlungen benutzt Alfred Weber noch andere zentrale Begriffe: Kultur, Mensch, Dasein, Zivilisation und Gesellschaft (Kruse 1998, S. 56).

⁹¹ Max Weber (1988a [1921], S. 505–560, 1992, [1919a], S. 157–252 durch die Anmerkungen auf 95 Seiten aufgebläht).

⁹² A. Weber (1999 [1918a], S. 347–367, 1999 [1925], Kap. 1, 2, und 3, S. 234–273).

⁹³ Cf. Herrschaft: Max Weber (2013 [1920b], S. 210, ähnlich 2013 [1920a], S. 449); Macht: Max Weber (2013 [1920b], S. 210); Kampf: Max Weber (2013 [1920b], S. 192); Hübinger (2001, S. 103–120); für Gewalt ließ sich keine Definition finden, vgl. aber Anter (2014, S. 121).

Mit ihrer Konzeption der Führerdemokratie standen die Brüder Weber nicht allein. Vorbereitet wurde sie bereits durch die einschlägigen Untersuchungen Moisei Ostrogorskis (1902) und Robert Michels' (1911) über die oligarchische Struktur der Parteien, von Michels das »Eherne Gesetz der Oligarchie« genannt. Außerdem entwickelte sich in der Wilhelminischen Zeit und der Weimarer Republik die Führerdemokratie zu einer Verteidigungsstrategie des Bildungsbürgertums gegen die sogenannten »Plutokraten«, das heißt das Kapital, sowie den »Aufstand der Massen«. Während das Proletariat sich sowohl auf die demokratische Theorie stützte, die die Macht von Mehrheitsentscheidungen abhängig machte, als auch auf die marxistische Lehre, die die Diktatur des Proletariats proklamierte, sah sich das Bildungsbürgertum mit seinen Führungsansprüchen zwischen Plutokraten und Proletariern zerrieben (Struve 1973, S. 12). Gerade die Mandarine, die Universitätsprofessoren, bestanden darauf, dass ihre auf Wissen und Talent beruhenden Privilegien anerkannt würden (Ringer 1969, S. 5, S. 212). So sollten die Führungspositionen im Staat reserviert werden für Leute mit bestimmten Qualifikationen, die man vor allem bei einer gebildeten Elite finden konnte (Döring 1975, S. 190). In der politischen Praxis lief das aber anders, wie die Webers bei ihren Bemühungen um Macht und Einfluss in der *Deutschen Demokratischen Partei* erfahren mussten (S. oben S. 314, 317).

4.4 Außenpolitik und Krieg – Deutschland als Führernation

Im Rahmen ihrer politischen Schriften beschäftigten sich die Brüder auch mit der Außenpolitik, insbesondere unter wirtschaftlichen Aspekten. In seiner berühmten »Zwischenbetrachtung«, die, inmitten seiner Studien zur *Wirtschaftsethik der Weltreligionen* angesiedelt, ein typologisch-systematisches Gerüst theoretischer Begriffe zusammenstellte, appellierte Max Weber an »die nackte Gewaltbarkeit der Zwangsmittel« in der Außenpolitik.⁹⁴

Konkret ging es ihm um Außenwirtschaftspolitik, genauer gesagt, um den Zugang zu den Weltmärkten. Er nahm an, dass im Zuge eines zunehmenden

⁹⁴ »Erhaltung (oder Umgestaltung) der inneren und äußeren Gewaltverteilung. Erst recht galt und gilt dies für die Außenpolitik. Der Appell an die nackte Gewaltbarkeit der Zwangsmittel nach außen nicht nur, sondern auch nach innen ist jedem politischen Verband schlechthin wesentlich.« (Max Weber 1989 [1920], S. 491) Vgl. auch Max Weber (1992 [1919a], S. 157–159) über das Monopol des Staates auf die physische Gewaltbarkeit.

Protektionismus zahlreiche überseeische Gebiete durch hohe Zollmauern für deutsche Exporte gesperrt würden. Daher war er davon überzeugt, dass Deutschland die Exporte – und damit auch die inländischen Arbeitsmöglichkeiten – durch Mittel der politischen Machtausdehnung, durch »Weltmachtpolitik« also und die Erwerbung von Kolonialgebieten, sichern und erweitern müsse (Mommsen 1974, S. 83 f.; anders Schöllgen 1998, S. 141). In seinen Vorlesungen über »Praktische Nationalökonomie« beklagte er die »schwäch[liche] Colonialpolitik des F.[ürsten] Bismarck und die unentwickelte maritime Machtstellung [Deutschlands]« (MWG III/2, S. 487). In einem Diskussionsbeitrag auf dem Evangelisch-Sozialen Kongress 1896 brachte er seine Forderungen auf den Punkt:

»Wir brauchen [...] Erweiterung der Erwerbsmöglichkeit durch Ausdehnung der Absatzgelegenheit, das heißt, Ausdehnung des ökonomischen Machtbereichs Deutschlands nach außen, [...] Ausdehnung der politischen Macht nach außen.« (Max Weber 1993 [1896], S. 610)

Diese Meinung teilten zahlreiche Zeitgenossen aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern, zum Beispiel der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Bernhard Dernburg, der revisionistische sozialdemokratische Chefideologe und Reichstagsabgeordnete Eduard Bernstein und natürlich Ernst Hasse, Mitglied des Kolonialrates und von 1893 bis 1908 Vorsitzender des imperialistischen *Alldeutschen Verbands*, zu dessen Mitgliedern Max Weber bis 1899 gehörte (Dernburg 1907, S. 49 f.; Bernstein 1900, 1907; Hasse 1908). Es war ihm natürlich klar, dass solche Ziele nur durch Kampf und Krieg erreicht werden konnten. In einem öffentlichen Vortrag erklärte er am 9. Januar 1897,

»daß die deutsche Industrie [...] gefährdet ist, wenn wir nicht nöthigenfalls auch durch eine starke Kriegsmacht für unsere wirtschaftlichen Interessen überall mit dem nöthigen Nachdruck eintreten können« (Max Weber 1993 [1897], S. 816).

Bereits in seiner berüchtigten Freiburger Antrittsrede vom Mai 1895 propagierte er Deutschlands Weg zur Weltmacht:

»Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.« (Max Weber 1993 [1895], S. 571)

Dafür sei es notwendig, »die dauernden ökonomischen und politischen *Macht* interessen der Nation über alle anderen Erwägungen zu stellen« (Max Weber

1993 [1895], S. 565). Um etwaige Hinweise auf individuelle Opfer von vornherein abzublocken, bemühte er ein sozialdarwinistisches Argument:

»Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art.« (Max Weber 1993 [1895], S. 560).

Infolge dieser imperialistischen Forderungen war es logisch, dass er zwei Jahre später, im Einklang mit dem *VfS* und zahlreichen sog. »Flottenprofessoren«, auch die heftige Agitation des Reichsmarineamtes unter Konteradmiral Alfred von Tirpitz zugunsten der Vergrößerung der deutschen Kriegsmarine unterstützte (Max Weber 1993 [1898]; vgl. Deist 1976, S. 31–65; Rehmann 1998, S. 48). Es ging dabei um die erste Flottenvorlage für die Schaffung von zwei Geschwadern mit je acht Schlachtschiffen in den nächsten sechs Jahren, der allerdings bald viel größere Vorlagen folgen sollten. Die *Münchener Allgemeine Zeitung* hatte im Dezember 1897 in einer Umfrage 1800 Persönlichkeiten nach ihrer Meinung zu dieser Flottenverstärkung gefragt, darunter zahlreiche Hochschullehrer, unter ihnen auch Max Weber (MWG I/4, S. 668–670). In seiner Antwort lobte dieser zunächst die »Geringfügigkeit ihrer [der Flottenvorlage] Anforderungen« und die »kluge Sachlichkeit ihrer Vertretung«, tadelte dann Bismarcks »allen überseeischen Expansionsgedanken ersichtlich abholde Politik« sowie den »verhängnißvolle[n] Mangel an Verständniß« des südwestdeutschen Bürgertums und erklärte, dass

»nur die Macht über das Maß des Antheils der Einzelnen an der ökonomischen Beherrschung der Erde und damit über den Erwerbsspielraum ihrer Bevölkerung, speziell auch ihrer Arbeiterschaft, entscheiden wird.«

Zum Schluss verband er geschickt die wirtschaftliche Entwicklung mit der Notwendigkeit der Flottenverstärkung:

»Allein eine entschlossene Durchführung der Konsequenzen unsrer kraftvollen bürgerlich-gewerblichen Entwicklung [...] kann für die bürgerliche Klasse dem Verlangen nach Macht zur See einen Sinn verleihen.« (Max Weber 1993 [1898], S. 671–673)

Alfred hielt die imperialistischen Forderungen seines Bruders für ungerechtfertigt, charakterisierte später die Zeit vor 1914 als beherrscht von der »Libertinage der Macht« und ließ sich nicht für die Flottenpropaganda einspannen. Noch 1955 erinnerte er sich: »Ich hielt diese Sache [den Flottenbau] für

einen ganz gefährlichen Unfug.«⁹⁵ Bereits in seinem Diskussionsbeitrag auf einer Versammlung des VfS in 1901 bezweifelte er, dass man »den Staat mit Machtmitteln ausrüsten [soll], um Handelspolitik zu treiben« und schlug statt dessen einen verstärkten Ausbau der deutschen Fertigwarenindustrie vor (A. Weber 2000 [1901], S. 310 Zitat, S. 313). Drei Jahre später stellte er in einem grundlegenden Artikel über »Deutschland und der wirtschaftliche Imperialismus« der »Weltmachtspolitik« seines Bruders ganz nüchterne Zahlen gegenüber: er konstatierte, dass zum Beispiel trotz imperialistischer Abschließung der Kolonien Frankreichs, Portugals und der USA (früher Spaniens) der deutsche Export in diese Gebiete sich in zehn Jahren, d. h. von 1890 bis 1900, von 12,1 Mio. Mark auf 25,1 Mio. Mark mehr als verdoppelt habe (A. Weber 2000 [1904], S. 403). Die Zahlen bewiesen, dass auch zollpolitische »Verkapselungen« eine Zunahme der deutschen Exporte nicht hindern könnten, womit sich die Frage einer kriegerischen Expansionspolitik erledigte. Stattdessen befürwortete er den freiwilligen Zusammenschluss zu größeren Wirtschaftsräumen, zum Beispiel zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn (A. Weber 2000 [1902]).

Während des Ersten Weltkriegs war Max Weber zuerst bis Ende September 1915 als Sanitätsoffizier in einem Lazarett tätig, antichambrierte dann immer wieder vergeblich in Berlin und zeitweise in Brüssel wegen einer politischen Stellung und beschränkte sich schließlich auf publizistische Tätigkeit (Radkau 2005, S. 706 f., S. 712–714). Sein Bruder engagierte sich von Anfang an im aktiven Leben: er meldete sich bereits im August 1914 freiwillig zum Kriegsdienst und führte von März 1915 bis Mai 1916 als Hauptmann eine Kompanie an der elsässischen Front. Auf Grund guter Beziehungen in Berlin wurde er ab Juni 1916 als persönlicher Referent von Siegfried Graf von Roedern im Reichsschatzamt angestellt, arbeitete dort Entwürfe für Steuerreformen aus, bemühte sich, Parlamentarier in die Regierung zu bringen und war an Verhandlungen über die Zukunft der von Deutschland besetzten russischen Gebiete, insbesondere Polens und Litauens, beteiligt. Nebenbei war er wie sein Bruder auch publizistisch aktiv (Demm 1990, S. 152–224).

Getreu seiner imperialistischen Grundposition rechtfertigte Max Weber natürlich die Beteiligung Deutschlands am Krieg, allerdings erst 1916 und relativ unauffällig. Die Vorsitzende des Bundes Deutscher Frauenvereine, Gertrud Bäumer, hatte in einem Aufsatz in der Frauenzeitschrift *Die Frau* im Oktober

⁹⁵A. Weber (2000 [1955], S. 621); siehe auch S. 624 mit der Kritik am Flottenbau als einer »nach allen Seiten verletzenden Machtgeste«.

1915 Kriege allgemein und besonders die Kriegführung des Deutschen Reiches gerechtfertigt, war aber in der gleichen Zeitschrift von einer Schweizer Pazifistin mit Hinweis auf die christlichen Gebote kritisiert worden. Max Weber unterstützte Bäumers in einem Offenen Brief mit dem Argument, das Deutsche Reich könne keine pazifistische Politik verfolgen:

»Weil wir ein Machtstaat sind, [...] deshalb liegt eben auf uns und nicht auf jenen [kleinere Völker wie Schweizer und Dänen] die verdammte Pflicht und Schuldigkeit vor der Geschichte, das heißt: vor der Nachwelt, uns der Überschwemmung der ganzen Welt durch jene beiden Mächte [Russen und Angelsachsen] entgegenzuwerfen.« (Max Weber 1984 [1916a], S. 96)

Ein paar Monate später, auf einer Durchhalterede am 1. August 1916 in Nürnberg, wiederholte er diese Argumente fast wörtlich, erinnerte an den Sieg Friedrichs des Großen im Siebenjährigen Krieg und schärfte seinen Zuhörern ein, dass nur die Macht Deutschlands über das Schicksal seiner Industrie und seines Handels entscheiden könne (Max Weber 1984 [1916c], S. 682–684). In einer weiteren Rede, am 27. Oktober 1916 in München, rechtfertigte er den Krieg etwas detaillierter: »Ein Volk von 70 Mio. zwischen solchen Welteroberungsmächten [England und Russland] hatte die *Pflicht*, Machtstaat zu sein.« (Max Weber 1984 [1916b], S. 192 f., vgl. auch S. 163, S. 190) Dazu brauche man eine »starke Rüstung« und eine »große Flotte« gegen England (Max Weber 1984 [1916b], S. 163, S. 166).

Alfred Weber aber änderte seine friedliche Position aus dem Vorkrieg abrupt und übertraf seinen Bruder sogar durch seine kriegsverherrlichende Broschüre *Gedanken zur deutschen Sendung* von 1915, in der er »den Expansionsdrang eines Volkes [als] etwas Elementares, Unentrinnbares« bezeichnete. Und genau wie Max sprach auch er von Deutschlands »große[r] historische[r] Mission« »zwischen Rußland und England« (A. Weber 1999 [1915], S. 135).

Beide Brüder waren maßgeblich an der Diskussion über die deutschen Kriegsziele beteiligt. Sie gehörten zu der Gruppe der sogenannten »zögerlichen Imperialisten«, (»Reluctant Imperialists«), die im Gegensatz zu der viel größeren Gruppe der »Annexionisten« die weitgespannten Eroberungswünsche in Ost- und Westeuropa, u. a. Belgien und Nordostfrankreich, ablehnten und stattdessen eine andere Alternative propagierten: ihr Ziel war »Mitteleuropa«, ein Staatenbund halb-unabhängiger Staaten in Ost- und Mitteleuropa, die zwar Freiheit und politische Selbständigkeit genießen sollten, aber politisch, militärisch und ökonomisch an die deutsche Supermacht gebunden wären (zu den Begriffen vgl. Demm 2019a, S. 119, 2019b, S. 721). Um den Ausdruck »unabhängig«

zu vermeiden, benutzten die Propagandisten dieser Gruppe das Wort »selbständig«. Max und Alfred Weber nahmen an ihren öffentlichen Aktionen teil. So unterzeichneten sie im Juli 1915 die Delbrück-Dernburg Resolution, die sich gegen die annexionistische Seeberg-Adresse wandte und zwar die Angliederung unabhängiger Staaten ablehnte, aber den Anschluss russischer Fremdvölker an das Deutsche Reich erlauben würde.⁹⁶ Im November 1917 schlossen sie sich dem *Demokratischen Volksbund für Freiheit und Vaterland* an, einer Propagandaorganisation, die die Forderungen der annexionistischen von alldeutsch-schwerindustrieller Seite lancierten *Deutschen Vaterlandspartei* nach einem diktatorischen Siegfrieden ablehnte und stattdessen für einen maßvollen Verständigungsfrieden mit den Alliierten eintrat. Alfred Weber nahm bereits an dem entscheidenden Treffen vom 13. September 1917 teil, das die Gründung vorbereitete (Weisbach 1956, S. 164; Demm 1990, S. 206 f.). Beide Brüder unterzeichneten den Gründungsauf Ruf zwischen dem 12. und dem 14. November 1917 auf einer weiteren Vorbereitungssitzung (Um Freiheit 1918, S. 46 f.; MWG I/15, S. 770 f.). Während Alfred Weber durch seine Aktivitäten in Berlin stark beansprucht war, hatte Max Weber mehr Zeit und polemisierte in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen gegen die Annexionisten und speziell gegen die Alldeutschen bzw. die *Vaterlandspartei*.⁹⁷ Trotzdem übernahm er in mehreren Reden und Aufsätzen von Frühjahr bis Dezember 1917 von den Alldeutschen ausgerechnet das imperialistische Epitheton »Herrenvölker«, das er selbst in der Polemik gegen sie benutzte. »Nur Herrenvölker haben das Recht, Weltpolitik zu treiben« erklärte er zum Beispiel am 8. Juni in einer weiteren Durchhalterede in München.⁹⁸ Und er betonte: »Wir haben seit dreißig Jahren Weltpolitik getrieben, wir müssen sie nach dem Krieg weiter, aber besser treiben.« (Max Weber 1984 [1917i], S. 716) Erst nach der Niederlage Deutschlands fielen bei ihm diese diese

⁹⁶ Ihre Unterschriften in: *Preußische Jahrbücher* 162, 1915, S. 169; In der [Gegenadresse zur sogenannten »Seeberg-Adresse«], MWG I/15 (S. 762 f.), wird im Editorischen Bericht, S. 760, auf die Unterschrift Max Webers und zehn anderer Persönlichkeiten hingewiesen, Alfred Weber aber weggelassen; zum Anschluss vgl. Hans Delbrück in: *Preußische Jahrbücher* 169, 1917, S. 306.

⁹⁷ Schon 1915 schrieb Max Weber: »Es widerstreitet auch heute den deutschen Interessen, einen Frieden zu erzwingen, dessen hauptsächlichstes Ergebnis wäre, daß Deutschlands Stiefel in Europa auf jedermanns Fußzehen ständen.« (Max Weber 1984 [1915], S. 90, 1984 [1916b], S. 167 f., 1984 [1917g], 1984 [1917h]).

⁹⁸ Max Weber (1984 [1917i], S. 716, ähnlich 1984 [1917/1918], S. 525, S. 594, 1984 [1917a], S. 396, 1984 [1917h], S. 727); in MWG I/15 insgesamt 10 Registereinträge für Herrenvolk und Herrenvölker.

bramarbasierenden Ausdrücke vollständig weg, und er sprach einen »klaren Verzicht auf imperialistische Träume« aus (Max Weber 1988 [1919a]).

Alfred Weber prägte selbst einen ähnlichen Ausdruck: »Führer-Nationen«, hütete sich aber, ihn in der Öffentlichkeit zu verwenden. In mehreren Briefen erklärte er seiner Geliebten, dass die Nationalitätsidee entartet sei; in der Praxis müssten übernationale Staatengruppen entstehen, die von »Führer-Nationen geleitet werden sollten: die unselbständigen kleinen Völker Europas sollten sich an die überstaatliche Mächtegruppierung Deutschlands anlehnen.«⁹⁹

Führerdemokratie und Führernation bzw. Herrenvolk sind eng miteinander verschränkt. So wie die Unterscheidung zwischen Führern und Geführten die Grundlage der unegalitären Führerdemokratie ist, so rechtfertigt im außenpolitischen Bereich die Distinktion zwischen der deutschen Führernation und den kleineren Völkern die Entscheidung, diesen nur eine beschränkte Autonomie als Satellitenstaaten des Reiches zuzugestehen. Genau wie die Führerdemokratie eine wenn auch begrenzte Rücksicht auf das Freiheits- und Mitbestimmungsverlangen der Massen nimmt, so respektiert die Mitteleuropakonzeption immerhin gegenüber den Forderungen der Annexionisten den Wunsch der Völker nach innerer Selbstbestimmung. Bei Max Weber ist die Verbindung zwischen einer erfolgreichen deutschen Weltpolitik und einer starken Führerdemokratie im Innern besonders wichtig (Mommson 1974, S. 204). Allerdings gehört dazu auch die demokratische Mitbestimmung des »Herrenvolkes«. Max Weber schrieb 1917:

»Nur ein *politisch reifes* Volks ist ein ›Herrenvolk‹: ein Volk, welches die Kontrolle der Verwaltung seiner Angelegenheiten in eigener Hand hält und durch seine gewählten Vertreter die Auslese seiner politischen Führer entscheidend mitbestimmt.« (Max Weber 1984 [1917/1918], S. 525, S. 594, ähnlich S. 727)

An den konkreten Planungen für die deutsche Hegemonie in Europa während des Krieges beteiligte sich Max Weber nur begrenzt, während sein Bruder eine recht aktive Rolle dabei spielte. Nachdem nämlich die deutschen Truppen im Sommer 1915 die russischen Provinzen Polen und Litauen besetzt hatten, musste darüber entschieden werden, ob sie annektiert oder als selbständige Staaten mit besonderen Bindungen an das Reich konstituiert werden sollten. Max Weber befürwortete bereits im Dezember 1915 in einer ungedruckten Zuschrift an die

⁹⁹ Alfred Weber an Else Jaffé, 18.7., 19.7.1918 (BArch, NL A. Weber/81, S. 277); 16.9.1917 (BArch, NL A. Weber/78, S. 795).

Frankfurter Zeitung die Errichtung selbständiger polnischer, litauischer und lettischer Nationalstaaten mit Zollanschluss an Deutschland und dem Recht der Deutschen, dort Festungen zu unterhalten und Truppen zu stationieren (Max Weber 1921, S. 459), lehnte aber Annexionen oder gar Besiedlungspläne ab.¹⁰⁰ Später beschäftigte er sich aber nur noch mit der Situation in Polen. Allerdings hatte er kein eigenständiges Konzept für die Zukunft dieses Landes, sondern reagierte eher, wie Hajime Konno zurecht bemerkt hat, auf die jeweilige Kriegslage (Konno 2004, S. 156). So schwankte er zwischen einer Angliederung und einer Selbständigkeit Polens im Rahmen der Mitteleuropakonzeption,¹⁰¹ akzeptierte aber offenbar die Proklamation des selbständigen »Königreichs Polen« der Mittelmächte vom 5. November 1916, denn er kritisierte daraufhin scharf die antipolnische Politik der preußischen Regierung in Posen, weil sie die Ziele der Reichsregierung zu gefährden drohe (Max Weber 1984 [1917]).

Alfred Weber setzte sich seit Mai 1916 in Zusammenarbeit mit polnischen Politikern und dem baltischen Baron Friedrich von der Ropp aktiv für die Wiederherstellung Kongresspolens mit wirtschafts- und zollpolitischem Anschluss an das Reich ein, erhielt für seine Verhandlungen im Juni 1916 auch von dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Arthur Zimmermann, einen halb-offiziellen Auftrag. Nach der Polenproklamation gründete er im März 1917 ein deutsch-polnisches Sekretariat für Öffentlichkeitsarbeit und verteidigte in der *Vossischen Zeitung* vom 4.10.1917 die Polenpolitik der deutschen Regierung gegen russophile Kritiker (A. Weber 1999 [1917a]; Demm 1990, S. 192–200). Nach der sog. »Frisieranweisung« des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg vom 7. Mai 1917, nach der Kurland und Litauen als »selbständige Staaten zu frisieren« seien, aber »militärisch, politisch und wirtschaftlich an uns angeschlossen werden«, engagierten sich Alfred Weber und Ropp aktiv in den einzelnen Etappen der litauischen Staatswerdung: Proklamation des *Litauischen Landesrats (Taryba)* am 23. September 1917, Gründung der *Deutsch-Litauischen Gesellschaft* mit dem Zentrumspolitiker Matthias Erzberger als Präsidenten und Alfred Weber als Vizepräsidenten am 30. November 1917 und zuletzt Proklamation eines pseudo-unabhängigen Staates Litauen mit engem Anschluss

¹⁰⁰Max Weber an die Herausgeber der *Frankfurter Zeitung*, nach dem 19.12.1915 (MWG II/9: 221 f.; auch in Max Weber 1921, S. 459 – in den folgenden Auflagen entfernt!; Abdruck auch in Marianne Weber 1989 [1926], S. 568; vgl. Mommsen 1974, S. 222 f.).

¹⁰¹Max Weber 1984 [1916/1917]; ders. 1984 [1916c], S. 680; ders. 1984 [1916b], S. 185–188: ‚freie Hand in Polen‘, ‚Die preußischen Polen und eine wachsende starke Partei Kongreß-Polens wünschen Angliederung an uns als verbündeter, aber selbständiger Staat‘.

an das Reich am 23. März 1918 (Demm 1990, S. 211–219, 2002 [1984], 2002 [1986], 2002 [1996]).

Abreden der Brüder über ihre Initiativen gab es im Weltkrieg nicht, obwohl sie sich wegen der Familienbande mehrfach in Berlin trafen, zum Verdruss von Max, der sich über Alfreds Erfolge in der hohen Politik ärgerte (Radkau 2005, S. 714). Nur einmal, im August 1916, diskutierten sie auch über die deutsche Ostpolitik. Alfred befürwortete dabei natürlich die Mitteleuropakonzeption, die sein Bruder bei diesem Gespräch heftig ablehnte, obwohl er sie ein Jahr früher unter bestimmten Bedingungen befürwortet hatte (Demm 1990, S. 191; siehe oben S. 336, 338f.).

Beide Brüder agitierten unabhängig von einander auch gegen den verschärften U-Bootkrieg und warnten vor der drohenden Intervention Amerikas (Max Weber und Somary 1984 [1916]; Max Weber 1984 [1916d]; Demm 1990, S. 200 f.). Nach der amerikanischen Kriegserklärung bemühte sich Alfred um eine außenpolitische Neuorientierung und schlug am 25. April 1917 in einem Memorandum mit dem Titel »Kontinentale Verständigung« eine »Aussöhnung mit Russland und Frankreich« vor, um die Unabhängigkeit Europas gegenüber dem »angelsächsischen Weltherrschaftsblock« bewahren zu können (A. Weber 1999 [1917b]). Zwei weitere politische Initiativen Alfred Webers sind hier kurz zu nennen: In einem Vortrag über das Selbstbestimmungsrecht vom 15. Oktober 1917 brachte er es fertig, dieses den Fremdvölkern Russlands zuzugestehen, es aber den slawischen Nationalitäten des Bundesgenossen Österreich-Ungarn zu verweigern (A. Weber 1999 [1918b]; zur Datierung und Interpretation cf. Demm 1990, S. 208 f.). Um die Jahreswende 1917/18 bemühte er sich in Zusammenarbeit mit dem Prinzen Max von Baden und Kurt Hahn vergeblich, die Frühjahrs-offensive Erich Ludendorffs zu verhindern und einen Kompromissfrieden mit Großbritannien abzuschließen (A. Weber 1999 [1918c]; Demm 2019b).

5 Konklusion: Ein Konflikt der Weltanschauungen – »Soziologie der Macht« gegen »Soziologie der Freiheit«

Raymond Aron, Wolfgang J. Mommsen und Kurt Masur haben Max Webers politische Soziologie als eine »Soziologie der Macht« charakterisiert, während Arnold Bergstraesser Alfred Webers Konzeption als eine »Soziologie der Freiheit« bezeichnete. Dieser Unterschied ist durch die vorliegende Untersuchung nicht nur bestätigt, sondern mit Hilfe einer quantitativen »keyword content-analysis« zweier grundlegender Texte der Brüder noch verstärkt worden. Während

Max Weber von Herrschaft, Macht und Gewalt geradezu besessen war, ging es Alfred vor allem um Freiheit, Demokratie und Mitbestimmung, um die idealistische Idee von Geist und den lebensphilosophischen Begriff von Leben, und er suchte daher immer wieder nach Möglichkeiten, die individuellen Freiheiten gegenüber den auch von ihm erkannten Zwängen zu behaupten oder sogar zu erweitern.

Genauso unterschiedlich sind auch die Weltanschauungen der Brüder. Wolfgang J. Mommsen hat bereits Max Weber entsprechend analysiert. Nach seiner Einschätzung stützte sich Max Webers Betonung der imperialistischen Machtpolitik des Reiches auf die sozialdarwinistische Theorie des »Kampfes ums Dasein« und der »Auslese der Lebenstüchtigsten« (Mommsen 1974, S. 43). Sein Konzept des großen plebiszitären Führers war eine politische Verwirklichung der Idee Nietzsches von der großen wertesetzenden Persönlichkeit (Mommsen 1974, S. 448, S. 451). Ferner stand er unter dem Einfluss der Wilhelminischen Epoche mit ihrem Drang nach einem »Platz an der Sonne«, ein typischer Slogan, der 1897 von dem damaligen Staatssekretär für Äußeres, Bernhard von Bülow (später Graf bzw. Fürst), geprägt wurde.

Im Gegensatz dazu verband Alfred in der ihm eigenen synthetisch-eklektizistischen Weise idealistische und liberale Traditionen mit Elementen der Lebensphilosophie. In der Nachfolge des Idealismus hielt er die allseitige Selbstverwirklichung der Persönlichkeit in der Kreativität auch in der beruflichen Sphäre für das oberste Ziel des Menschen.¹⁰² Als Liberaler wollte er die Freiheit des Individuums gegenüber Staat und Bürokratie bewahren und erweiterte wie Friedrich Naumann und andere dieses Postulat auch auf die bürokratische Organisation der Großindustrie. Endlich verlangte er, unter Berufung auf die Lebensphilosophie des französischen Philosophen Henri Bergson, den Vorrang des Lebendigen, des »élan vital« und der schöpferischen Entwicklung gegenüber den Objektivierungen des Zivilisationsprozesses (in Max Webers Terminologie: des Rationalisierungsprozesses) auf den Gebieten von Staat und Wirtschaft (A. Weber 2000 [1913c], S. 73–75).

Vielleicht können auch Karl Mannheims Kategorien »konservativ« und »progressiv« die grundlegenden Unterschiede zwischen den Brüdern Weber erklären. Nach seiner wissenssoziologischen Terminologie klammert sich eine konservative Position in ihrer Abneigung gegen jedes »Mögliche« und

¹⁰²Vgl. zu den idealistischen Wurzeln dieser Konzeption Holborn (1966 [1952], S. 85–108); Bay (1970, S. 47–58).

»Spekulative« an das unmittelbar Vorhandene, während eine progressive Denkhaltung »vom Bewusstsein des Möglichen«, vielleicht auch manchmal der »Zukunftsutopie« lebt (Mannheim 1927, S. 84 f., 1984, S. 111 f., S. 120). Alfred Weber erscheint mir als der Prototyp des progressiven Denkers, aber ich glaube nicht, dass Max vollständig die konservative Position verkörpert. Typisch für sein Werk ist vielmehr eine »odd mixture of [...] contradictory conservative and radical strains«, auf die bereits Arthur Mitzman hingewiesen hat (Mitzman 1971, S. 177). In *Politik als Beruf* schrieb Max: »Alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, daß man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.« (Max Weber 1992 [1919a], S. 252) Klingt das nicht wie eine Rechtfertigung der häufig extravaganten Ideen seines Bruders Alfred?

6 Exkurs: Herrschaft, Bürokratie und Religion im alten Ägypten

Während Max Weber bereits in seiner Habilitationsschrift über die *Römische Agrargeschichte* sowie in seinen drei Aufsätzen über die »Agrarverhältnisse im Altertum« für die diversen Auflagen des *Handwörterbuchs der Staatswissenschaften* von 1897, 1898 und 1909 die Entwicklung von Staat und Herrschaft im alten Orient, Griechenland und Rom untersuchte (Max Weber 1986 [1891], 2006 [1909]), veröffentlichte sein Bruder recht spät im Jahre 1926 und eigentlich nur deshalb einen Aufsatz über Ägypten und Babylonien, um ein Beispiel für die Anwendung seiner kulturoziologischen Methode zu geben (A. Weber 2000 [1926/1951]). Da er die Situation in Babylonien eigentlich nur am Rande erwähnte, werde ich mich in dem Vergleich im Wesentlichen auf Ägypten beschränken. Nach eigenen Angaben las er die von ihm ohne genaue Belege genannte letzte Fassung der »Agrarverhältnisse« von 1909 in den 1924 von Marianne Weber herausgegebenen *Gesammelten Aufsätzen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik*, hier zitiert nach MWG I/6.¹⁰³ Die Lektüre des 1922 auch von ihr ebenfalls herausgegebenen fast 1000 Seiten umfassenden Werkes *Wirtschaft und Gesellschaft* mit den Ausführungen über »Soziologische Grundbegriffe« und »Die Typen der Herrschaft« hat sich Alfred offenbar gespart, denn nach eigener Aussage konnte er mit den Kategorien seines Bruders »nichts anfangen«

¹⁰³A. Weber (2000 [1926/1951], S. 220 mit Anm. 28); Max Weber (2006 [1909], Kap. 1 Mesopotamien, Kap. 2 Ägypten), MWG I/6 (S. 374–402, S. 402–438).

(Demm 2014a, S. 83). Jedenfalls hütete er sich in seinem Aufsatz vor Entlehnungen aus den »Agrarverhältnissen«, auch wenn er sie zweimal wörtlich zitierte (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 222 f.). Ansonsten grenzte er sich geradezu krampfhaft von seinem Bruder ab und tadelte zweimal die zahlreichen Details in dessen Darstellung als »überflüssig« (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 220, S. 223). Hingegen schlachteten beide Brüder die einschlägigen Standardwerke der Historiker ausgiebig aus, mit dem Unterschied, dass Max Weber in einem Literatur-Anhang eine sehr umfangreiche und von ihm auch kommentierte Liste präsentierte, während sich sein Bruder nur mit etwa einem halben Dutzend Titeln begnügte (Max Weber 2006 [1909], S. 729–733; A. Weber 2000 [1926/1951], S. 205, Anm. 24, S. 207, Anm. 26, Anm. 27 auf S. 210 f., Anm. 39). Alfred Weber konsultierte zusätzlich Hermann Ranke, seit 1910 Professor und Direktor des Ägyptologischen Instituts der Universität Heidelberg (Demm 1999, S. 68). Beide Brüder konnten natürlich die Hieroglyphen nicht lesen, und Max beschwerte sich über die bei Historikern übliche Methode, Quellen in der Originalsprache zu veröffentlichen (Max Weber 2006 [1909], S. 731). Dafür suchten sich die Brüder methodisch von ihren Vorlagen abzusetzen. So warf Max Weber den Historikern vor, keine scharfen Begriffe zu entwickeln, anfechtbare Betrachtungen anzustellen oder Urkundentypen zu verwechseln (Max Weber 2006 [1909], S. 493 mit Anm., S. 726, S. 728 f., S. 731 f.), Alfred beschuldigte sie, die Realität durch »Phantasie« zu verfremden, die Unterschiede zwischen dem Alten und dem Neuen Reich zu übertreiben und den Babyloniern fälschlich die Fähigkeit zum kausalen Denken zuzuschreiben (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 225 f., S. 239). Während aber Max den Historikern in Einzelfragen grundsätzlich das »endgültige Urteil« zugestand und nur sein Recht auf neue Fragestellungen hervorhob, sich auch bei der Redigierung der 3. Auflage des *Handwörterbuchs* bitter über seine »Fronleistung« beschwerte und wegen der ungewohnten Anforderungen des kulturhistorischen Materials die Arbeit lieber den Fachspezialisten überlassen hätte (Max Weber 2006 [1909], 1. Zitat: S. 728, 2. Zitat: S. 302, S. 373), hatte Alfred, ebenfalls ohne historische Ausbildung, zwar methodologische und terminologische Probleme (Demm 1999, S. 244), war aber trotzdem davon überzeugt, dass er mit seiner kultursoziologischen Methode alles viel besser als die Fachleute erklären könnte. So schrieb er am 4. Februar 1922 stolz an seine Geliebte Else Jaffé-von Richthofen: »Ich bin immer wieder erstaunt, wie recht ich in meiner Ahnungslosigkeit gegenüber diesen Ägyptologen habe.«¹⁰⁴ Mit dieser Äußerung wollte er offenbar auch Else beeindrucken, da er

¹⁰⁴ Alfred Weber an Else Jaffé, 4.2.1922 (BArch, NL Alfred Weber/90, S. 78).

zuweilen fürchtete, ihren hohen geistigen Ansprüchen nicht zu genügen (Demm 2013, S. 831 f., 2014a, S. 93 f.). Vor allem hatten die Brüder ganz unterschiedliche Zielsetzungen.

Max Weber interessierte sich vor allem für Institutionen und bemühte sich als gelehrter Jurist um die Entwicklung präziser Kategorien. Er charakterisierte das ägyptische Herrschaftssystem als einen »Leiturgie-Staat«, für den er gleich mehrere Definitionen zum Aussuchen gab: ein Staat, »der planmäßig die Deckung der Staatsbedürfnisse durch ein kunstvolles System von öffentlichen Lasten erstrebt, der ferner die ›Untertanen‹ als reine Objekte behandelt« und von ihnen, zeitweise durch Bastonade und Tortur, Abgaben erpresst (Max Weber 2006 [1909], S. 367). Außerdem sei er charakterisiert durch »Bindung des Besitzes an die staatliche Funktion, des Besitzers an Funktion und Besitz« (Max Weber 2006 [1909], S. 438, vgl. S. 408). Erst in seinem monumentalen Werk *Wirtschaft und Gesellschaft*, deren erste Teile zwischen 1910 und 1914 redigiert wurden, prägte er für das Altertum den Begriff »Traditionale Herrschaft« und speziell für Ägypten den Ausdruck »Patrimonialstaat«. Trotz wechselnder Akzentuierung in seinen verschiedenen Schriften war für ihn traditionale Herrschaft an Konventionen, an »Routine und Gewohnheit« ausgerichtet und stützte sich auf ein »Gefüge verbindlicher, mindestens durch psychischen Zwang garantierter Normen«, die u. a. durch magische Riten und Tabuvorschriften eingeschränkt wurden (resümiert nach Breuer 2011, S. 83–86). Der Patrimonialstaat entwickelte sich aus der Übertragung des schrankenlos repressiven »Hausherrschaftsprinzip« auf ein politisches System, dessen Bestand er durch eine »patrimonial-bürokratische Verwaltung« sicherte (Breuer 2011, S. 95 ff.).

Wie entstand dieser Staat? Der Pharao unterwarf zunächst die einzelnen »Gaukönige« und drückte sie allmählich zu seiner Gefolgschaft, einer Art erblichen Feudaladels herab, den sog. »Nomarchen«, mit denen er aber die Macht teilen musste (Max Weber 2006 [1909], S. 409, S. 414). Ein früh ausgebildeter Verwaltungsapparat, zunächst von den Nomarchen, später von einer speziellen Schreiberkaste geführt, regelte den Frondienst der Bauern in der Landwirtschaft, bei dem Bau und Unterhalt der Wasserregulierungen und bald der Pyramiden und anderer Begräbnisstätten (Max Weber 2006 [1909], S. 403, S. 410). Daher spricht Max Weber auch vom »Fronstaat« mit der »Geißel« als Attribut« des Pharaos (Max Weber 2006 [1909], S. 410). Während des Mittleren Reichs gerieten immer mehr Domänen in die Verfügungsgewalt der Nomarchen und der Tempelpriester, die Bauern wurden zu »grundherrlichen Frönern« (Max Weber 2006 [1909], S. 416 f.). Im Neuen Reich schaltete der Pharao zwar die Nomarchen aus der Grundherrschaft und der Verwaltung aus und stellte stattdessen Leibeigene oder landfremde Söldner ein, musste aber den zunehmenden Besitz und Reichtum

der Tempel akzeptieren, die dadurch seine Macht einschränken konnten (Max Weber 2006 [1909], S. 421, S. 429). Am Schluss seines Ägyptenartikels betonte Max Weber eine wichtige Tatsache: das »Leiturgieprinzip« und die bürokratische Verwaltung Ägyptens haben später die Welt erobert (Max Weber 2006 [1909], S. 438).

Obwohl Alfred Weber eigentlich auch Jura studiert hatte, interessierte er sich nicht wie sein Bruder für Definitionen und Kategorien. Er übernahm zwar den Ausdruck »Fronstaat«, benutzte aber nicht »Leiturgiestaat« und lehnte den Begriff Feudaladel ab (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 222). Er erwähnte den »bürokratischen Apparat mit Schreiber-Hierarchie«, der das ganze Leben regulierte und den einzelnen nur als »Arbeitskraft« bewertete (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 217, S. 234 f.), und der schließlich, indem er die Aussage seines Bruders präzisierte, über Byzanz und Sizilien nach Europa verpflanzt wurde (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 244). Er erkannte auch wie sein Bruder die zunehmende Einschränkung der Macht des Pharaos durch die Priesterschaft. Allerdings führte er dies nicht auf ihren zunehmenden Grundbesitz und Reichtum zurück, sondern auf die Entwicklung ihrer Rituale, die selbst dem Pharao in allen Lebenssituationen sein Verhalten zwingend vorschrieben und schließlich das geschwächte Königtum durch die Priesterherrschaft ersetzen (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 242 f.). Diese Ausführungen gehören zu seinen Kapiteln »Nähere Analyse« und »Konsequenzen«, in der es ihm um die entscheidende Bedeutung der Religiosität ging (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 230–244). Von ihr erwartete er eine Aufklärung über die ägyptische Mentalität. Bereits am 15. September 1920 klagte er: »In diese alten Ägypter – ja! Wenn ich doch ein wenig in sie hineinfahren könnte.«¹⁰⁵ Daher schrieb er auch mehrere Seiten über den Pharao Amenophis IV., genannt Echnaton, der vergeblich die Vielzahl der Götter durch den monotheistischen Sonnenkult ersetzen wollte, während Max ihn nur an drei unwichtigen Stellen erwähnt (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 246–250; Max Weber 1986 [1891], Anm. 36 auf S. 424, Anm. 77 auf S. 430). Ferner analysierte er ausführlich die ägyptische Kunst, da er getreu seiner kultursoziologischen Methode die Künstler als die wichtigsten Zeugen für die Mentalität ihrer Zeit ansah (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 203–211; vgl. Demm, Einleitung zu AWG 1, S. 36). Schließlich erörterte er die »naturreligiös-magisch animistischen Elemente« der Religion sowie die »magisch-mantische Versklavung« der Bevölkerung (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 233, S. 242), und

¹⁰⁵ Alfred Weber an Else Jaffé (BArch, NL Alfred Weber/86, S. 438).

stellte folgende gewagte Behauptung auf: die rituelle magische Religiosität sei eine »Ehe« mit der bürokratischen Ordnung eingegangen, was in Ägypten zu einer »versteinernen Kraft der Gesamtritualisierung und Fixierung des Daseins führte« (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 236 f.). Mit ähnlichen Ausdrücken wie »Stillstand« und »Repetition« der Kultur übertrieb er in expliziter Ablehnung der Erkenntnisse der Historiker und noch viel stärker als sein Bruder das populäre zeitgenössische Vorurteil über den angeblich staratischen Zustand der ägyptischen Zivilisation (A. Weber 2000 [1926/1951], S. 203, S. 213 f., S. 225, S. 236 f.; Max Weber 2006 [1909], S. 464; Breuer 2011, S. 107).¹⁰⁶ In der Zusammenfassung dieses Aufsatzes in seinem Hauptwerk *Kulturgeschichte als Kultursoziologie* von 1935/1951 wurden die gleichen Spekulationen über die »Repetition« und die »Ehe« zwischen Magismus und Staatsorganisation wiederholt (A. Weber 1997 [1935/1951], S. 92–104). Als Resümee darf man wohl festhalten, dass Max Weber eine mit klaren Begriffen abgesicherte strukturelle Analyse der ägyptischen Herrschaft präsentierte, während Alfred Weber sich auf Grund religiöser und kunsthistorischer Zeugnisse um eine Ergründung der alt-ägyptischen Mentalität bemühte, die wohl nicht jeden überzeugen dürfte.

Abkürzungen

- AWG: Alfred Weber-Gesamtausgabe, hrsg. von Richard Bräu, Eberhard Demm, Hans G. Nutzinger und Walter Witzenmann. Marburg: Metropolis, 1997–2003.
- BArch: Bundesarchiv Koblenz
- BArch B: Bundesarchiv Berlin
- BSB: Bayerische Staatsbibliothek München, Handschriftenabteilung
- FZ: Frankfurter Zeitung
- LSE: British Library of Political and Economic Science, London School of Economics and Political Science
- MWG I: Max Weber Gesamtausgabe, Abteilung I: Schriften und Reden, hrsg. von M. Rainer Lepsius et al. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1984–2015.

¹⁰⁶Vgl. auch Breuer (2011, S. 107–109) zum Irrtum der Brüder, dass die Staatsleitung das Bewässerungssystem des Nils eingeführt habe.

- MWG II: Max Weber-Gesamtausgabe, Abteilung II/5-10: Briefe, hrsg. von M. Rainer Lepsius et al. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), 1994–2012.
- NL: Nachlass
- SchVfS: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Leipzig: Duncker & Humblot.
- UAH: Universitätsarchiv Heidelberg
- VfS: Verein für Sozialpolitik

Literatur

- Aly, G./Heim, S. (1991). *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Anter, A. (2014). *Max Webers Theorie des modernen Staates*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Anter, A./Breuer, S. (Hrsg.) (2007). *Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven*. Baden-Baden: Nomos.
- Aron, R. (1965). Max Weber und die Machtpolitik. In: O. Stammer (Hrsg.), *Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages* (S. 103–120). Tübingen: J.C.B.Mohr.
- AWG 1 (1997). *Kulturgeschichte als Kultursoziologie*, hrsg. von E. Demm. Marburg: Metropolis.
- AWG 5 (2000). *Schriften zur Wirtschafts- und Sozialpolitik (1897–1932)*, hrsg. von H. G. Nutzinger. Marburg: Metropolis.
- AWG 7 (1999). *Politische Theorie und Tagespolitik 1903–1933*, hrsg. von E. Demm. Marburg: Metropolis.
- AWG 8 (2000). *Schriften zur Kultur- und Geschichtssoziologie (1906–1958)*, hrsg. von R. Bräu. Marburg: Metropolis.
- AWG 9 (2001). *Politik im Nachkriegsdeutschland (1945–1958)*, hrsg. von E. Demm. Marburg: Metropolis.
- AWG 10 (2003). *Ausgewählter Briefwechsel*, hrsg. von E. Demm und H. Soell. Marburg: Metropolis.
- Baumgarten, E. (1964). *Max Weber, Werk und Person*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Bay, C. (1970). *The Structure of Freedom*, 2. Aufl. Stanford: University Press.
- Beetham, D. (1985). *Max Weber and the Theory of Modern Politics*, 2. Aufl. Cambridge UK: Polity Press.
- Bergstraesser, A. (1959). Die Soziologie der Freiheit. Alfred Weber zum Gedächtnis. *Außenpolitik* 10, S. 141–149.
- Bernays, M. (1910). *Die Geschichte einer Baumwollspinnerei, ihr Produktionsprozeß und ihre Arbeiterschaft*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Bernays, M. (1912). Untersuchungen über die Schwankungen der Arbeitsintensität während der Arbeitswoche und während des Arbeitstages. Ein Beitrag zur Psychophysik der Textilindustrie. In: *Schriften des VfS 135/III* (S. 183–389). Leipzig: Duncker&Humblot.

- Bernays, M. (1912/1913). Berufswahl und Berufsschicksal des modernen Industriearbeiters. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 35, 123–176 und 36, 884–915.
- Bernays, M. (2012 [1910]). *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, dargestellt an den Verhältnissen der »Gladbacher Spinnerei und Weberei AG« zu München-Gladbach im Rheinland*, hrsg. von S. Schütter und C. Wolfsberger. Mönchengladbach: klartext.
- Bernstein, E. (1900). Der Sozialismus und die Colonialfrage. *Sozialistische Monatshefte* 4, 549–562.
- Bernstein, E. (1907). Die Colonialfrage und der Klassenkampf. *Sozialistische Monatshefte* 11–13, 988–996.
- Bienkowski, S. et al. (1910). *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Elektroindustrie, Buchdruckerei, Feinmechanik und Maschinenindustrie*. Schriften des VfS 134/II. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Bihl, W. D. (Hrsg.) (1992). *Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkriegs*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Birn, M. (2012). Sehnsucht und Sozialpolitik. Die Lebensstationen von Marie Bernays. In: M. Bernays, *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, dargestellt an den Verhältnissen der »Gladbacher Spinnerei und Weberei AG« zu München-Gladbach im Rheinland*, hrsg. von S. Schütter und C. Wolfsberger (S. 43–48). Mönchengladbach: klartext
- Blomert, R. (1999). *Intellektuelle im Aufbruch. Karl Mannheim, Alfred Weber, Norbert Elias und die Heidelberger Sozialwissenschaften der Zwischenkriegszeit*. München: Carl Hanser.
- Boese, F. (1939). *Geschichte des VfS 1872–1932*. Schriften des VfS 188. Berlin: Duncker & Humblot.
- Breuer, S. (2011). *»Herrschaft« in der Soziologie Max Webers*. Wiesbaden: Harrassowitz.
- Brod, M. (1979). *Streitbares Leben. Autobiographie 1884–1968*, 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bruhns, H. (2017). *Max Weber und der Erste Weltkrieg*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Casdorff, S.-A. (2021). Schluss mit der Bürokratie – Impft doch endlich! *Tagesspiegel* 14. März.
- Colliot-Thélène, C. (2006). *La sociologie de Max Weber*. Paris: Découverte.
- Dahrendorf, R. (1988). Max Weber und die moderne Sozialwissenschaft. In: W. J. Mommsen/W. Schwentker (Hrsg.), *Max Weber und seine Zeitgenossen* (S. 777–785). Göttingen u. München: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Deist, W. (1976). *Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamtes 1897–1914*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Delaisi, F. (1910). *La démocratie et les financiers*. Paris: La guerre sociale.
- Demm, E. (1971). Neue Wege in der amerikanischen Geschichtswissenschaft. *Saeculum* 22, 342–376.
- Demm, E. (1990). *Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920*. Schriften des Bundesarchivs Bd. 38. Boppard: Harald Boldt.
- Demm, E. (1999). *Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers von 1920 bis 1958*. Schriften des Bundesarchivs Bd. 51. Düsseldorf: Droste.

- Demm, E. (2000 [1982]). Zivilcourage im Jahre 1933 – Alfred Weber und die Fahnenaktionen der NSDAP. In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 309–323). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2000 [1983]). Alfred Weber und sein Bruder Max. In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 27–62). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2000 [1987]). Max and Alfred Weber in the »VfS«. In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 63–81). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2000 [1999a]). Alfred Weber und die Nationalsozialisten. In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 273–308). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2000 [1999b]). Philosemitism and Antisemitism: Nietzsche, Sombart, Alfred Weber. In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 111–127). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2000). Ein »Institut der Außenseiter«? Historische Forschung und Personalpolitik am Heidelberger Staatswissenschaftlichen Institut unter Eberhard Gothein und Alfred Weber (1904–1933). In: Ders. (Hrsg.), *Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred Weber* (S. 129–184). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2002 [1984]). Friedrich von der Ropp und die litauische Frage 1916–1919. In: Ders. (Hrsg.), *Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg* (S. 259–297). Frankfurt a. M.: Peter Lang-Verlag.
- Demm, E. (2002 [1986]). Die Deutsch-Litauische Gesellschaft (1917–1918). In: Ders. (Hrsg.), *Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg* (S. 299–313). Frankfurt a. M.: Peter Lang-Verlag.
- Demm, E. (2002 [1996]). Anschluß, Autonomie oder Unabhängigkeit? Die deutsche Litauenpolitik im Ersten Weltkrieg und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In: Ders. (Hrsg.), *Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg* (S. 133–138). Frankfurt a. M.: Peter Lang-Verlag.
- Demm, E. (2003). Biographische Faktoren in Alfred Webers Hinwendung zur Kultursoziologie. In: Ders. (Hrsg.), *Soziologie, Politik und Kultur. Von Alfred Weber zur Frankfurter Schule* (S. 103–119). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Demm, E. (2013). Wie funktioniert eine Muse? *Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken* 67, 831–837.
- Demm, E. (2014a). *Else Jaffé-von Richthofen. Erfülltes Leben zwischen Max und Alfred Weber*. Schriften des Bundesarchivs Bd. 74. Düsseldorf: Droste.
- Demm, E. (2014b). Alfred Weber and his Disciples. In: P. Meusburger/T. Schuch (Hrsg.), *Wissenschaftsatlas of Heidelberg University* (S. 114–115). Knittlingen: Bibliotheca Palatina.
- Demm, E. (2019a). *Censorship and Propaganda in World War I – a Comprehensive History*. London: Bloomsbury.
- Demm, E. (2019b). Eine Lanze für die »Zögerlichen Imperialisten«. Die Friedensinitiative des Prinzen Max von Baden um die Jahreswende 1917/1918. *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 67, 720–738.
- Demm, E. (2020a). Alfred Weber. In: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 27 (S. 479–481). Berlin: Duncker & Humblot.

- Demm, E. (2020b). Rezension von Müller 2020. *H-Soz-Kult*, 17.12.2020, <www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-50893>.
- Denburg, B. (1907). *Die Zielpunkte des deutschen Kolonialwesens*. Berlin: Mittler.
- Döring, H. (1975). *Der Weimarer Kreis. Studien zum politischen Bewußtsein verfassungstreuer Hochschullehrer in der Weimarer Republik*. Meisenheim: Hain.
- Ehrenberg, R. (1896). *Das Zeitalter der Fugger: Geldkapital und Creditverkehr im 16. Jahrhundert*. Jena: Fischer.
- Ehrenberg, R. (1909a). Die Tendenzprofessur. *Frankfurter Zeitung*, 19. September.
- Ehrenberg, R. (1909b). *Gegen den Katheder-Sozialismus! Die Katheder-Sozialisten und die Reichs-Finanzreform*. Berlin: Carl Heymanns.
- Ehrenberg, R. (1910). *Terrorismus in der Wirtschaftswissenschaft*. Berlin: Reimar Hobbing.
- Ehrenberg, R./Racine, H. (1912). *Krupp'sche Arbeiter-Familien. Entwicklung und Entwicklungsfaktoren von drei Generationen deutscher Arbeiter*. Archiv für Exakte Wirtschaftsforschung, Ergänzungsheft 6. Jena: Fischer.
- Fromm, E. (1977 [1942]). *The Fear of Freedom*, 16. Aufl. London u. Henley: Routledge & Kegan.
- Gorges, I. (1986). *Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des VfS*, 2. Aufl. Königstein: Hain.
- Gothein, E./Weber, A./Weber, M. (2016 [1905]). [Zur Angelegenheit Schmoller-Naumann]. In: *MWG I/13*, 67–69.
- Haas, S. et al. (2021). Wuchernder Staat. Deutschlands Regierungsapparat wird grösser und grösser. *Neue Zürcher Zeitung*, 10. April.
- Hanke, E. (2001). Max Webers »Herrschaftssoziologie«. Eine werkgeschichtliche Studie. In: E. Hanke/W. J. Mommsen (Hrsg.), *Max Webers Herrschaftssoziologie. Studien zu Entstehung und Wirkung* (S. 19–46). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Hasse, E. (1908). *Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik*. München: Lehmann.
- Hausmann, K. (2006). *Die Chance, Bürger zu werden. Deutsche Politik unter amerikanischer Besatzung: Die Heidelberger Aktionsgruppe 1946–1947*. Schriftenreihe des Stadtarchivs Heidelberg, Bd. 8. Ubstadt-Weiher: Regionalkultur.
- Heim, S./Aly, G. (1986). *Helmut Meinhold oder der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung*. Hamburg und Berlin: Hamburger Institut für Sozialforschung.
- Herkner, H./Schmoller, G./Weber, A. (2012 [1910]). Vorwort. In: M. Bernays, *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie, dargestellt an den Verhältnissen der »Gladbacher Spinnerei und Weberei AG« zu München-Gladbach im Rheinland*, hrsg. von S. Schütter und C. Wolfsberger. (S. 65–74). Mönchengladbach: klartext.
- Herrmann, E. (1912). *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. Dargestellt an den Verhältnissen einer Luckenwalder Wollhutfabrik*. Schriften des VfS 135/IV. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Hinrichs, P. (1981). *Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland 1871–1945*. Köln: Pahl-Rugenstein.
- Holborn, H. (1966 [1952]). Der deutsche Idealismus in sozialgeschichtlicher Beleuchtung. In: H.-U. Wehler (Hrsg.), *Moderne deutsche Sozialgeschichte* (S. 85–108). Köln: Kiepenheuer und Witsch.

- Huber, E. R. (1969). *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*. Bd. IV: *Struktur und Krisen des Kaiserreichs*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Hübinger, G. (2001). Politische Wissenschaft um 1900 und Max Webers soziologischer Grundbegriff des »Kampfes«. In: E. Hanke/W. J. Mommsen, (Hrsg.), *Max Webers Herrschaftssoziologie. Studien zu Entstehung und Wirkung* (S. 103–120). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Jahresverzeichnis der an den deutschen Universitäten und Hochschulen erschienenen Schriften* Bd. 25, 1909/1910. Reprint Kraus: Nendeln, Liechtenstein 1967.
- Jellinek, G. (1911 [1907]). Bundesstaat und parlamentarische Regierung. In: Ders., *Ausgewählte Schriften und Reden*, Bd. 2 (S. 437–447). Berlin: Häring.
- Kaesler, D. (2014). *Max Weber. Preuße, Denker, Muttersohn*. München: C.H. Beck.
- Keck, K. (1912). *Das Berufschicksal der Arbeiterschaft in einer badischen Steinzeugwarenfabrik*. Schriften des VfS 135/III (S. 83–181). Leipzig: Duncker & Humblot.
- Keller, M. (2018). *Pionierinnen der empirischen Sozialforschung im Wilhelminischen Kaiserreich*. Stuttgart: Steiner.
- Kelly, A. (1981). *The Descent of Darwin. The Popularization of Darwinism in Germany 1860–1914*. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Kempf, R. (1911). *Das Leben der jungen Fabrikmädchen in München*. Schriften des VfS 135/II. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Kern, H. (1982). *Empirische Sozialforschung: Ursprünge, Ansätze, Entwicklungslinien*. München: C.H. Beck.
- Konno, H. (2004). *Max Weber und die polnische Frage (1892–1920). Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus im wilhelminischen Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.
- Kruse, V. (1998). *Analysen zur deutschen historischen Soziologie*. Münster: Lit.
- Kruse, V. (2003). Warum scheiterte Alfred Webers Kultursoziologie? Ein Interpretationsversuch. In: E. Demm, (Hrsg.), *Soziologie, Politik und Kultur. Von Alfred Weber zur Frankfurter Schule* (S. 207–233). Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Lange-Kirchheim, A. (1977). Franz Kafka »In der Strafkolonie« und Alfred Weber »Der Beamte«. *Germanisch-Romanische Monatsschrift* N.F. 27, 202–221.
- Lange-Kirchheim, A. (1986). Alfred Weber und Franz Kafka. In: E. Demm, (Hrsg.), *Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Die Referate des ersten Alfred Weber-Kongresses in Heidelberg* (S. 113–149). Stuttgart: Franz Steiner-Verlag.
- Lepsius, M. R. (1979). Industrie und Betrieb. In: R. König (Hrsg.), *Das Fischer Lexikon Soziologie*, 2. Aufl. (S. 122–134). Frankfurt a. M.: Fischer.
- Lietzmann, H. J. (1995). Kontinuität und Schweigen. Über die Fortwirkung Alfred Webers und seiner politischen Theorie in der westdeutschen Politikwissenschaft. In: H. G. Nutzinger (Hrsg.), *Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht* (S. 137–159). Marburg: Metropolis.
- Lindenlaub, D. (1967). *Richtungskämpfe im VfS*. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beiheft 52. Wiesbaden: Steiner.
- Luckemeyer, L. (1975). *Die Deutsche Demokratische Partei von der Revolution bis zur Nationalversammlung 1918–1919*. Dissertation. Gießen.
- Mannheim, K. (1927). Das konservative Denken. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 57, 68–172, 470–495.

- Mannheim, K. (1984). *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, hrsg. von D. Kettler et al. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Maroldt, L. (2021). *Behördenpingpong. Von der Impfbürokratie vergessen – und jetzt?* Tagesspiegel 15. März.
- Marty, C. (2020). *Max Weber. Ein Denker der Freiheit*, 2. Aufl. Weinheim u. Basel: Beltz Juventa.
- Matthöfer, H. (1980). *Humanisierung der Arbeitswelt und Produktivität in der Industriegesellschaft*, 3. Aufl. Köln: Bund.
- Maurer, M. et al. (Hrsg.) (2006). *Im Schaffen genießen. Der Briefwechsel der Kulturwissenschaftler Eberhard und Marie Luise Gothein (1883–1923)*. Köln u. a.: Böhlau.
- Mayer, J.P. (1956 [1943]). *Max Weber and German Politics: a Study on Political Sociology*. London: Faber & Faber.
- McClelland, C. E. (1973). Berlin Historians and German Politics. *Journal of Contemporary History* 8 (3), 3–33.
- Meurer, B. (2010). *Marianne Weber. Leben und Werk*. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Michels, R. (1911). *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie: Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens*. Leipzig: Klinghardt.
- Mitzman, A. (1971). *The Iron Cage. An Historical Interpretation of Max Weber*. New York: The Universal Library.
- Mommsen, W. A. (Hrsg.) (1971). *Verzeichnis der schriftlichen Nachlässe in deutschen Archiven und Bibliotheken*, Bd. 1,1: *Die Nachlässe in den deutschen Archiven*. Schriften des Bundesarchivs 17,1. Boppard: Boldt.
- Mommsen, W.J. (1965). Diskussionsbeitrag. In: O. Stammer (Hrsg.), *Max Weber und die Soziologie heute. Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages* (S. 130–138). Tübingen: J.C.B.Mohr.
- Mommsen, W. J. (1974). *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, 2. Aufl. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Mommsen, W. J. (1981). Die antinomische Struktur des politischen Denkens Max Webers. *Historische Zeitschrift* 233, 35–64.
- Mommsen, W. J. (1982). *Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte*, 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Mommsen, W. J. (2004). *Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920*, 3. Aufl. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Morgenstern, M. (1912). *Auslese und Anpassung der industriellen Arbeiterschaft betrachtet bei den Offenbacher Lederwarenarbeitern*. Schriften des VfS 135/III (S. 1–79). Leipzig: Duncker & Humblot.
- Müller, H.-P. (2020). *Max Weber. Eine Spurensuche*. Berlin: Suhrkamp.
- Müller-Seidel, W. (1989). *Die Deportation des Menschen. Kafkas Erzählung »In der Strafkolonie« im europäischen Kontext*, 2. Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer.
- MWG I/2 (1986). *Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht 1891*, hrsg. von J. Deininger. Tübingen: J.C.B.Mohr.
- MWG I/3 (1984). *Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland 1892*, hrsg. von M. Riesebrodt. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/4 (1993). *Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892–1899*, hrsg. von W. J. Mommsen und R. Aldenhoff. Tübingen: J.C.B. Mohr.

- MWG I/6 (2006). *Zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Altertums. Schriften und Reden 1893–1908*, hrsg. von J. Deininger. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/8 (1998). *Wirtschaft, Staat und Sozialpolitik. Schriften und Reden 1900–1912*, hrsg. von W. Schluchter et al. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/9 (2014) *Asketischer Protestantismus und Kapitalismus. Schriften und Reden 1904–1911*, hrsg. von W. Schluchter und U. Bube. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/10 (1989). *Zur Russischen Revolution von 1905. Schriften und Reden 1905–1912*, hrsg. von W. J. Mommsen und D. Dahlmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/11 (1995). *Zur Psychophysik der industriellen Arbeit, Schriften und Reden 1908–1912*, hrsg. von W. Schluchter und S. Frommer. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/13 (2016). *Hochschulwesen und Wissenschaftspolitik. Schriften und Reden 1895–1920*, hrsg. von M. R. Lepsius et al. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/15 (1984). *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914–1918*, hrsg. von W. J. Mommsen und G. Hübing. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/16 (1988). *Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918–1920*, hrsg. von W. J. Mommsen und W. Schwentker. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/17 (1992). *Wissenschaft als Beruf 1919b – Politik als Beruf 1919*, hrsg. von W. J. Mommsen und W. Schluchter. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/18 (2016). *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die Protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920*, hrsg. von W. Schluchter und U. Bube. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/19 (1989). *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920*, hrsg. von H. Schmidt-Glintzer und P. Kolonko. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/20 (1996). *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Hinduismus und Buddhismus 1916–1920*, hrsg. von H. Schmidt-Glintzer und K.-H. Golzio. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/22-3 (2019). *Wirtschaft und Gesellschaft. Recht*, hrsg. von W. Gebhart und S. Hermes. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/22-4 (2005). *Wirtschaft und Gesellschaft. Herrschaft*, hrsg. von E. Hanke und T. Kroll. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG I/23 (2013). *Wirtschaft und Gesellschaft. Soziologie. Unvollendet 1919–1920*, hrsg. von K. Borchardt, E. Hanke und W. Schluchter. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/5 (1990). *Briefe 1906–1908*, hrsg. von M. R. Lepsius und W. J. Mommsen. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/6 (1994). *Briefe 1909–1910*, hrsg. von M. R. Lepsius und W. J. Mommsen. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/7 (1998). *Briefe 1911–1912*, hrsg. von M. R. Lepsius und W. J. Mommsen. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/8 (2003). *Briefe 1913–1914*, hrsg. von M. R. Lepsius und W. J. Mommsen. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/9 (2008). *Briefe 1915–1917*, hrsg. von G. Krumeich und M. R. Lepsius. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG II/10 (2012). *Briefe 1918–1920*, hrsg. von G. Krumeich und M. R. Lepsius. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- MWG III/2 (2020). *Praktische Nationalökonomie. Vorlesungen 1895–1899*, hrsg. von H. Janssen, C. Meyer-Stoll und U. Rummel. Tübingen: J.C.B. Mohr.

- MWG III/7 (2009). *Allgemeine Staatslehre und Politik (Staatssoziologie). Mit- und Nachschriften 1920*, hrsg. von G. Hübinger und A. Terwey. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Nutzinger, H. G. (2000). Einleitung. In: *AWG 5*, 7–21.
- Oberschall, A. (1965). *Empirical Social Research in Germany 1848–1914*. Paris: Mouton.
- Ostrogorski, M. (1902). *La démocratie et l'organisation des partis politiques*. Paris: Calman-Lévy.
- Radkau, J. (2005). *Max Weber. Die Leidenschaft des Denkens*. München u. Wien: Carl Hanser.
- Rehmann, J. 1998. *Max Weber: Modernisierung als passive Revolution: Kontextstudie zur Politik, Philosophie und Religion im Übergang zum Fordismus*. Hamburg: Argument-Verlag.
- Ringer, F. (1969). *The Decline of the German Mandarins. The German Academic Community 1890–1933*. Cambridge, Mass.: Harvard UP.
- Salin, E. (1963). Alfred Weber. In: Ders., *Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Politik* (S. 58–74). Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Salzburger Kulturkampf* (1904). *Zeitgeschichtliche Geisteskämpfe aus den Jahren 1900 bis 1904*. Salzburg: Salzburger Hochschulverein.
- Scheuch, E. K./Scheuch, U. (1994). *Cliquen, Klügel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie*. Hamburg: Reinbek.
- Schluchter, W. (1995) Max Weber und Alfred Weber. Zwei Wege von der Nationalökonomie zur Kulturosoziologie. In: H. G. Nutzinger (Hrsg.), *Zwischen Nationalökonomie und Universalgeschichte. Alfred Webers Entwurf einer umfassenden Sozialwissenschaft in heutiger Sicht* (S. 199–221). Marburg: Metropolis.
- Schluchter, W. (2020). *Mit Max Weber*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schmoller, G. (1913 [1907]). Fürst Bülow und die preußisch-deutsche Politik im Jahre 1907. In: Ders., *Charakterbilder* (S. 95–111). Leipzig u. München: Duncker & Humblot.
- Schöllgen, G. (1998). *Max Weber*. München: Beck.
- Schönberger, C. (2007). Max Webers Demokratie: utopisches Gegenprinzip zur bürokratischen Herrschaft. In: A. Anter/S. Breuer (Hrsg.), *Max Webers Staatssoziologie. Positionen und Perspektiven* (S. 157–173). Baden-Baden: Nomos.
- Schumann, F./R. Sorer (1911). *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Automobilindustrie und einer Wiener Maschinenfabrik*. Schriften des VfS 135/I. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Stremmel, R. (2008). Richard Ehrenberg als Pionier der Unternehmensgeschichtsschreibung oder: Wie unabhängig kann Unternehmensgeschichte sein? In: M. Buchsteiner/G. Viereck (Hrsg.), »*Ich stehe in der Wissenschaft allein*« – *Richard Ehrenberg (1857–1921)* (S. 143–188). Norderstedt: Books on demand.
- Struve, G. (1973). *Elites against Democracy. Leadership Ideals in Bourgeois Political Thought in Germany 1890–1933*. Princeton: University Press.
- Syrup, F. (1915). *Die soziale Lage der seßhaften Arbeiterschaft eines oberschlesischen Walzwerkes*. Schriften des VfS 153 (S. 131–218). Leipzig: Duncker & Humblot.
- Verhandlungen 1910. *Verhandlungen der Generalversammlung des VfS in Wien, 27.–29.9.1909*, Schriften des VfS 132. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Verhandlungen der Generalversammlung des VfS in Nürnberg 1911 (1912). *Schriften des VfS 138*. Leipzig: Duncker & Humblot.

- Verhandlungen des ersten Deutschen Hochschullehrertages zu Salzburg im September 1907* (1908). Straßburg: Trübner.
- Verhandlungen des dritten Deutschen Hochschullehrertages zu Leipzig vom 12. und 13. Oktober 1909* (1910). Leipzig: Duncker & Humblot.
- Viereck, G. (2008). Der Fall der Leipziger »Tendenzprofessur«. In: Ders./B. Buchsteiner (Hrsg.), *Ich stehe in der Wissenschaft allein. Richard Ehrenberg (1857–1921)* (S. 125–142). Norderstedt: Books on demand.
- Vom Brocke, B. (1980). Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich 1882–1907: das »System Althoff«. In: P. Baumgart (Hrsg.), *Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs* (S. 9–118). Stuttgart: Klett-Cotta.
- Vom Bruch, R. (1980). *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung, Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland (1890–1914)*. Husum: Matthiesen.
- Watteroth, R. (1915). *Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft in der Schuhindustrie. Die Erfurter Schuharbeiterschaft*. Schriften des VfS 153 (S. 1–130). Leipzig: Duncker & Humblot.
- Weber, A. (1997 [1935/1951]). *Kulturgeschichte als Kulturosoziologie. Alfred Weber Gesamtausgabe AWG I*. Marburg: Metropolis.
- Weber, A. (1997 [1953]). Der dritte oder der vierte Mensch. In: *AWG 3*, 247–487.
- Weber, A. (1999 [1907a]). Die Frage des akademischen Nachwuchses. In: *AWG 7*, 75f.
- Weber, A. (1999 [1907b]). [Der Verein »Freie Schule«]. In: *AWG 7*, 79–82.
- Weber, A. (1999 [1907c]). Konstitutionelle oder parlamentarische Regierung in Deutschland? In: *AWG 7*, 32–41.
- Weber, A. (1999 [1908]). Zur Freiheit von Forschung und Lehre. In: *AWG 7*, 77f.
- Weber, A. (1999 [1915]). Gedanken zur deutschen Sendung. In: *AWG 7*, 116–177.
- Weber, A. (1999 [1917a]). Die Polenpolitik. In: *AWG 7*, 178–181.
- Weber, A. (1999 [1917b]). [Kontinentale Verständigung]. In: *AWG 7*, 184–186.
- Weber, A. (1999 [1918a]). Die Bedeutung der geistigen Führer in Deutschland. In: *AWG 7*, 347–367.
- Weber, A. (1999 [1918b]). Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede. In: *AWG 7*, 194–206.
- Weber, A. (1999 [1918c]). Eingabe an General Ludendorff. In: *AWG 7*, 212–217.
- Weber, A. (1999 [1925]). Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. In: *AWG 7*, 233–346.
- Weber, A. (1999 [1929]). Demokratie oder Diktatur. In: *AWG 7*, 458–461.
- Weber, A. (2000 [1900]). Die Hausindustrie und ihre gesetzliche Regelung. In: *AWG 5*, 222–245.
- Weber, A. (2000 [1901]). [Wirkungen und Ziele der Handelspolitik], Diskussionsbeitrag in den Verhandlungen des VfS am 24.9.1901 in München. In: *AWG 5*, 310–314.
- Weber, A. (2000 [1902]). Die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Österreichs. In: *AWG 5*, 292–309.
- Weber, A. (2000 [1903a]). Forderungen zur Kartellpolitik. In: *AWG 5*, 360f.
- Weber, A. (2000 [1903b]). Die Kartellfrage. In: *AWG 5*, 362–381.
- Weber, A. (2000 [1904]). Deutschland und der wirtschaftliche Imperialismus. In: *AWG 5*, 382–406.
- Weber, A. (2000 [1909]). Agrarier und Reichsfinanzreform. In: *AWG 5*, 421–424.
- Weber, A. (2000 [1910a]). Der Beamte. In: *AWG 8*, 98–117.

- Weber, A. (2000 [1910b]). [Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden]. In: *AWG 5*, 425–436.
- Weber, A. (2000 [1911a]). Probleme der Arbeiterpsychologie. In: *AWG 5*, 448–457.
- Weber, A. (2000 [1911b]). Der produktive Geist. In: *AWG 8*, 254–259.
- Weber, A. (2000 [1912a]). Religion und Kultur. In: *AWG 8*, 315–338.
- Weber, A. (2000 [1912b]). Das Berufsschicksal der Industriearbeiter. In: *AWG 8*, 344–368.
- Weber, A. (2000 [1913a]). Die Bureaokratisierung und die Gelbe Arbeiterbewegung. In: *AWG 5*, 459–474.
- Weber, A. (2000 [1913b]). Neuorientierung in der Sozialpolitik? In: *AWG 5*, 475–485.
- Weber, A. (2000 [1913c]). Der soziologische Kulturbegriff. In: *AWG 8*, 60–75.
- Weber, A. (2000 [1914]). Arbeitswilligenschutz? In: *AWG 5*, 488–503.
- Weber, A. (2000 [1926/1951]). Das alte Ägypten und Babylonien. Ein Beispiel der Anwendung der Methode. In: *AWG 8*, 203–252.
- Weber, A. (2000 [1955]). Die Jugend und das deutsche Schicksal. In: *AWG 8*, 617–633.
- Weber, A. (2003 [1902/1903]). Die Salzburger Ferienkurse. In: *AWG 10*, 890–892.
- Weber, A. (2003 [1910]). Zweiter Diskussionsbeitrag zu [Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden]. In: *AWG 10*, 2, 886–889.
- Weber, A. (2003 [1915]). Erklärung [zum Fall Salz]. In: *AWG 10*, 893.
- Weber, Marianne (1926). *Max Weber. Ein Lebensbild*. Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Weber, Marianne (1989 [1926]). *Max Weber. Ein Lebensbild*. München: Piper.
- Weber, Max (1921). *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von Marianne Weber. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weber, Max (1924). *Gesammelte Aufsätze zur Soziologie und Sozialpolitik*, hrsg. von Marianne Weber. Tübingen: Mohr-Siebeck.
- Weber, Max (1984 [1892]). *Die Lage der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland*. *Max Weber Gesamtausgabe MWG I/3*.
- Weber, Max (1984 [1915]). Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart. In: *MWG I/15*, 71–92.
- Weber, Max (1984 [1916a]). [Zwischen zwei Gesetzen]. In: *MWG I/15*, 95–98.
- Weber, Max (1984 [1916b]). Deutschland unter den europäischen Weltmächten. In: *MWG I/15*, 161–194.
- Weber, Max (1984 [1916c]). An der Schwelle des dritten Kriegsjahres. In: *MWG I/15*, 656–689.
- Weber, Max (1984 [1916d]). Deutschlands weltpolitische Lage. In: *MWG I/15*, 692–700.
- Weber, Max (1984 [1916/1917]). [Über Mitteleuropa und die polnische Frage]. In: *MWG I/15*, 140–150.
- Weber, Max (1984 [1917/1918]). Parlament und Regierung im Neugeordneten Deutschland. In: *MWG I/15*, 432–596.
- Weber, Max (1984 [1917a]). Wahlrecht und Demokratie in Deutschland. In: *MWG I/15*, 347–396.
- Weber, Max (1984 [1917b]). Beamtenherrschaft und politisches Führertum. In: *MWG I/15*, 450–485.
- Weber, Max (1984 [1917c]). Entwürfe von Gesetzen. In: *MWG I/15*, 268–277.
- Weber, Max (1984 [1917d]). Ein Wahlrechtsnotgesetz des Reichs. In: *MWG I/15*, 217–221.

- Weber, Max (1984 [1917e]). Parlamentarisierung und Föderalismus. In: *MWG I/15*, 533–596.
- Weber, Max (1984 [1917f]). Das preußische Wahlrecht. In: *MWG I/15*, 224–235.
- Weber, Max (1984 [1917g]). Vaterland und Vaterlandspartei. In: *MWG I/15*, 322–326.
- Weber, Max (1984 [1917h]). Gegen die alldesutsche Gefahr. In: *MWG I/15*, 724–732.
- Weber, Max (1984 [1917i]). Was erwartet das deutsche Volk vom Verfassungs-Ausschuß des deutschen Reichstages? In: *MWG I/15*, 710–719.
- Weber, Max (1984 [1917j]). Deutschlands äußere und Preußens innere Politik. I. Die Polenpolitik. In: *MWG I/15*, 197–203.
- Weber, Max (1984 [1918]). Die nächste innerpolitische Aufgabe. In: *MWG I/15*, 636–639.
- Weber, Max (1986 [1891]). *Die römische Agrargeschichte in ihrer Bedeutung für das Staats- und Privatrecht. MWG I/2.*
- Weber, Max (1988 [1918a]). Das neue Deutschland (1.12.1918). In: *MWG I/16*, 379–383.
- Weber, Max (1988 [1918b]). [Beiträge zur Verfassungsfrage anlässlich der Verhandlungen im Reichsamt des Innern vom 9.–12. Dezember 1918]. In: *MWG I/16*, 49–90.
- Weber, Max (1988 [1919a]). Deutschlands künftige Staatsform. In: *MWG I/16*, 98–146.
- Weber, Max (1988 [1919b]). Der Reichspräsident (25.2.1919). In: *MWG I/16*, 220–224.
- Weber, Max (1988 [1919c]). Unterredung mit Erich Ludendorff. In: *MWG I/16*, 553.
- Weber, Max (1988a [1921]). *Gesammelte Politische Schriften*, hrsg. von J. Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weber, Max (1988b [1922]). *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hrsg. von J. Winkelmann. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Weber, Max (1989 [1905]). Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Rußland. In: *MWG I/10*, 86–280.
- Weber, Max (1989 [1920]). Zwischenbetrachtung. In: *MWG I/19*, 479–522.
- Weber, Max (1992 [1919a]). Politik als Beruf. In: *MWG I/17*, 157–252.
- Weber, Max (1992 [1919b]). Wissenschaft als Beruf. In: *MWG I/17*, 71–111.
- Weber, Max (1993 [1895]). Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede. In: *MWG I/4*, 2, 543–574.
- Weber, Max (1993 [1896]). Diskussionsbeitrag zum Vortrag von Hans Delbrück: »Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit«. In: *MWG I/4*, 606–611.
- Weber, Max (1993 [1897]). Die bürgerliche Entwicklung Deutschlands und ihre Bedeutung für die Bevölkerungs-Bewegung. In: *MWG I/4*, 814–818.
- Weber, Max. (1993 [1898]). Stellungnahme zu der von der Allgemeinen Zeitung im Dezember 1897 veranstalteten Flottenumfrage. In: *MWG I/4*, 671–674.
- Weber, Max (1995 [1908a]). Erhebungen über Auslese und Anpassung (Berufswahl und Berufschicksal) der Arbeiterschaft der geschlossenen Großindustrie. In: *MWG I/11*, 78–149.
- Weber, Max (1995 [1908b]). Zur Psychophysik der industriellen Arbeit. In: *MWG I/11*, 162–380.
- Weber, Max (1995 [1911]). Probleme der Arbeiterpsychologie. Diskussionsbeitrag zur abschließenden Debatte im VfS am 10. Oktober 1911. In: *MWG I/11*, 416–425.
- Weber, Max (1996 [1921]). Die orthodoxen und heterodoxen Heilslehren der indischen Intellektuellen. In: *MWG I/20*, 221–368.

- Weber, Max (1998 [1905a]). Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben. In: *MWG I/8*, 249–259.
- Weber, Max (1998 [1905b]). [Das Verhältnis der Kartelle zum Staate]. In: *MWG I/8*, 260–279.
- Weber, Max (1998 [1907]). [Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte]. In: *MWG I/8*, 304–315.
- Weber, Max (1998 [1909]). [Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden]. In: *MWG I/8*, 360–366.
- Weber, Max (2005 [1922a]). [Bürokratismus]. In: *MWG I/22-4*, 157–234.
- Weber, Max (2005 [1922b]). Staat und Hierokratie. In: *MWG I/22-4*, 579–679.
- Weber, Max (2005 [1922c]). Patrimonialismus. In: *MWG I/22-4*, 247–370.
- Weber, Max (2005 [1922d]). Feudalismus. In: *MWG I/22-4*, 380–453.
- Weber, Max (2005 [1922e]). Umbildung des Charisma. In: *MWG I/22-4*, 481–535.
- Weber, Max (2005 [1922f]). Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft. In: *MWG I/22-4*, 726–742.
- Weber, Max (2006 [1909]). Agrarverhältnisse im Altertum. In: *MWG I/6*, 146–227, 320–747.
- Weber, Max (2009 [1920]). Allgemeine Staatslehre und Politik (Staatssoziologie). *MWG III/7*.
- Weber, Max (2013 [1920a]). Die Typen der Herrschaft. In: *MWG I/23*, 449–591.
- Weber, Max (2013 [1920b]). Soziologische Grundbegriffe. In: *MWG I/23*, 147–215.
- Weber, Max (2014 [1905]). Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: *MWG I/9*, 123–425.
- Weber, Max (2016 [1908a]). [Über die Lehrfreiheit an deutschen Universitäten]. In: *MWG I/13*, 124.
- Weber, Max (2016 [1908b]). [Die sogenannte »Lehrfreiheit« an den deutschen Universitäten]. In: *MWG I/13*, 111–117.
- Weber, Max (2016 [1908c]). [Über die Lehrfreiheit an deutschen Universitäten]. In: *MWG I/13*, 774–776.
- Weber, Max (2016 [1908d]). [Der Fall Bernhard]. In: *MWG I/13*, 75–104.
- Weber, Max. (2016 [1909a]). [Die Auslese für den akademischen Beruf]. In: *MWG I/13*, 182–187.
- Weber, Max (2016 [1909b]). Die Auslese für den akademischen Beruf (Bericht der FZ). In: *MWG I/13*, 785–787.
- Weber, Max (2016 [1909c]). [Professor Ehrenberg]. In: *MWG I/13*, 177–179.
- Weber, Max (2016 [1909d]). Die Lehrfreiheit der Universitäten. In: *MWG I/13*, 128–138.
- Weber, Max (2016 [1915]). Redaktionelles Nachwort [zu Arthur Salz]. In: *MWG I/13*, 418–420.
- Weber, Max (2016 [1920a]). Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. In: *MWG I/18*, 123–492.
- Weber, Max (2016 [1920b]). Vorbemerkung. In: *MWG I/18*, 101–121.
- Weber, Max/Somary, F. (1984 [1916]). Der verschärfte U-Boot-Krieg. In: *MWG I/15*, 115–125.
- Wehler, H.-U. (1977). *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, 3. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Wehler, H.-U. (1995). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 3: *Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt a. M.: Büchergilde Gutenberg.
- Weisbach, W. (1956). *Geist und Gewalt*. Wien u. München: Schroll.
- Whimster, S. (2019). On Academic Freedom. Review of MWG I/13. *Max Weber Studies* 19 (2), 246–259.
- Zweiter deutscher Hochschullehrertag zu Jena am 28. und 29. September 1908. Beilage der *Münchener Neuesten Nachrichten* Nr. 146, 18.12.1908, 629–639.
- Zwiedineck-Südenhorst, O. v. (1949). Vom Wirken von Max und Alfred Weber im VfS. In: E. Salin (Hrsg.), *Synopsis, Alfred Weber 30.7.1868–30.7.1948* (S. 765–787). Heidelberg: Schneider.



Situation, Ereignis und Kontext bei Randall Collins: zum methodologischen Situationismus als Paradigma der soziologischen Theorie

Michael Nguyen

1 Einleitung

Mit Randall Collins wird in den folgenden Überlegungen ein Autor in den Blick genommen, der in seiner bereits über 50 Jahre andauernden Tätigkeit ein umfangreiches und vielseitiges Werk geschaffen hat, das in der Lage war, die soziologische Forschung auf einer großen Bandbreite an Untersuchungsfeldern zu prägen. Begriffe wie »radikale Mikrosoziologie«, »emotionale Energie« und »Interaktionsritual-Ketten« sind zu formelhaften Schlagwörtern geworden, welche sich einiger Prominenz erfreuen, die teilweise bis in Bereiche jenseits der akademischen Tore ausstrahlt. Collins' geopolitischen und »makrohistorischen« Arbeiten rückten Anfang der 1990er Jahre ins Rampenlicht, da in ihnen bereits Mitte der 1980er Jahre »the future decline of the Russian Empire« (vgl. Collins 1986, S. 186 ff.) prognostiziert wurde. Und während das Denksystem von Collins im deutschsprachigen Raum lange relativ misstrauisch beäugt und insbesondere sein »Theorieintegrationsvorschlag in der Regel mit Stillschweigen [übergangen]« (Schmid 2008, S. 258) wurde, erlebte Collins – in den USA bereits seit langem preisgekrönter Autor und »one of the most cited sociologists« (Turner 2011, o. S.) – hierzulande in den letzten 10 Jahren mit seinen mikrosoziologischen Studien zur Gewalt (vgl. Collins 2008 et passim) seinen endgültigen Durchbruch, der unter anderem von dem allgemeinen Aufschwung körper- und emotionssoziologischer Zugänge zur sozialen Wirklichkeit befördert

M. Nguyen (✉)
Hamburg, Deutschland
E-Mail: nguyen_mic@web.de

wurde. Dieses sind somit die Gebiete, mit denen die Arbeiten von Randall Collins im deutschsprachigen Raum vor allem verknüpft werden und auf denen an diese angeschlossen wird. Seine *allgemeine sozialtheoretische Konzeption*, die vor seiner Hinwendung zur Gewaltforschung entwickelt wurde,¹ wird dabei sehr häufig übergangen oder nur beiläufig zur Kenntnis genommen, wiewohl dort das »Theoriebesteck, über das er auch in all seinen späteren Arbeiten verfügt« (Knöbl 2019, S. 24) erdacht und entwickelt wurde. Dadurch kommt es nicht selten zu einseitigen Interpretationen, die Collins' Ansatz zum einen unverhältnismäßig verzerren und zum anderen dessen produktives und hochaktuelles Potential auf dem Gebiet der soziologischen Theorie in den Hintergrund drängen. Der vorliegende Text stellt sich in diesem Zusammenhang die Aufgabe, dieses Defizit zu korrigieren, indem er nicht nur den Versuch einer grundlagentheoretischen Deutung von Collins' Werk vornimmt, sondern zudem beabsichtigt, das Ergebnis dieses Versuchs als Bearbeitungsvorschlag für einen Problembezug zu formulieren, der im Zuge einiger jüngerer Entwicklungen in der sozialtheoretischen Debatte zumindest implizit immer mehr in der Vordergrund rückt: *das Verhältnis zwischen sozialem Ereignis, sozialer Situation und gesellschaftlichem Kontext* und die daraus entstehende Frage nach der Möglichkeit eines *konsequenten methodologischen Situationismus*.

Die »zunehmende Differenzierung in Spezialdiskurse« (Münch 2018, S. 1), die mit der fortschreitenden Vervielfältigung sozialtheoretischer Paradigmen einhergeht, birgt die Konsequenz in sich, dass die einzelnen Denkschulen dazu neigen, sich in mehr oder weniger exklusive »enclave cultures« (vgl. Sivan 1995) zurückzuziehen und infolgedessen bei einem etwaigen Dialog vor allem gepflegt aneinander vorbeizureden. In Reaktion auf diese Tendenz wurde im Rahmen der neueren Theorievergleichsdiskussion der Vorschlag unterbreitet, nach Denkfiguren Ausschau zu halten, mittels derer die »jeweils spezifischen Bezugsprobleme als aufeinander beziehbare Momente eines übergreifenden Problemkontextes verstanden werden können« (Schneider 1996, S. 266 f.), wobei

¹Die basalen Denkfiguren wurden bereits in Collins' erster großer Monographie *Conflict Sociology* (vgl. Collins 1975) formuliert und danach in den 1980er und 1990er Jahren in einigen Aufsätzen und Buchkapiteln angereichert und weiterentwickelt – insbesondere im Zuge der Entstehung seines magnum opus zur *Sociology of Philosophies* (vgl. Collins 1998). Den vorläufigen Endpunkt markiert dann Collins' summarisches Grundlagenwerk *Interaction Ritual Chains* (vgl. Collins 2004), das als »strong personal statement and methodological manifesto – in the manner of Durkheim's Rules« (Barbalet 2006, S. 450) beschrieben wurde und weniger eine systematische Synthese als eine lexikalische Sammlung der wichtigsten Argumente seiner Sozial- und Gesellschaftstheorie zur Verfügung stellt.

letzterer als *tertium comparationis* eingesetzt werden kann, um »die bestehende Theorienvielfalt zu ordnen« (Anicker 2017, S. 73). Der vorliegende Text vertritt nun die These, dass *die Perspektive eines methodologischen Situationismus einen solchen übergreifenden Problembefug bereitstellen kann*. Im ersten Teil des Textes soll diese These untermauert und skizzenhaft illustriert werden, indem dargelegt wird, dass einige aktuell prominente Theorieansätze implizit einen solchen methodologischen Situationismus zugrundelegen, ohne dass die damit verbundenen Fragestellungen in der notwendigen Intensität zum Thema werden. Dafür wäre eine Umperspektivierung nötig, die *den Situationsbegriff von den Rändern in das Zentrum der methodologischen Konzeptionen verlagert*, und da diese »Operation« – wie hier angenommen wird – im Horizont einer Vielzahl von Theorien möglich ist, kann anhand des Situationsbegriffs eine Erörterung der Übereinstimmungen und Differenzen zwischen jenen Theorien begonnen werden – diesseits deren ansonsten sehr verschiedenen Terminologien. Darüber hinaus kann dieser gemeinsame Nenner dazu dienen, die verschiedenen Ansätze, die sich an jenen anknüpfen lassen, im Sinne einer *partiellen Konvergenz* zusammenzudenken, wodurch dann sinnvolle Auseinandersetzungen mit Zugängen in Aussicht stehen, die einen methodologischen Situationismus prinzipiell nicht annehmen können.

Wie nämlich zu zeigen sein wird, konstituiert sich der methodologische Situationismus zunächst im Zuge einer *zweifachen negativen Abgrenzung*, denn er beansprucht, weder methodologischer Kollektivismus noch methodologischer Individualismus zu sein. Infolgedessen kann der »positive Kern« einer solchen Ansicht besonders prägnant dargestellt werden, indem die klassischen soziologischen Grundbegriffe – also vor allem Individuum, Gesellschaft, sowie intermediäre Gebilde in all ihren Variationen – einer situationistischen Re-Interpretation unterzogen werden. Wird dieses Ansinnen bereits im ersten Teil des vorliegenden Textes angedacht, so kommt jenes im zweiten Teil, der den sozialtheoretischen Denkfiguren von Collins gewidmet sein wird, voll zum tragen. Diese Denkfiguren formieren sich um eine »radikale Mikrosoziologie« und einen damit verbundenen »situational reductionism« (Collins 1981a, S. 95), woraus der bislang wohl ambitionierteste sozialtheoretische Versuch resultiert, die soziale Wirklichkeit und deren Dynamiken vom Situationsbegriff her zu konzipieren. Diesbezüglich besteht Collins' zentrale These darin, dass »[s]ituations have laws and processes of their own« (Collins 2004, S. 5), was mit der theoretischen Ambition in Verbindung steht, sowohl die soziologischen Mikro- als auch die soziologischen Makrozusammenhänge im Rahmen der Erörterung dieser »Gesetze und Prozesse« zu evaluieren. Mit dieser Theoriestrategie ist dann ein bestimmtes analytisches Modell verknüpft, in dem *die jeweiligen transsituativen*

Kontexte als symbolische Ereignis-Formen konzipiert und auf diese Weise in einen Bestandteil des innersituativen Horizonts transformiert werden. Die damit verbundene *Dialektik zwischen Ereignis, Situation und Kontext* wird es Collins erlauben, eine logisch geschlossene situationistische Theorie aufrechtzuerhalten und ein dementsprechendes Szenario der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu entwerfen.

Abweichend von den bislang üblichen Rezensionstrategien seitens der soziologischen Theorie, die Collins vornehmlich durch die Brille eines methodologischen Individualismus beurteilen² – und bis zu einem gewissen Grad auch gegen die *anwesenheitstheoretische Schwerpunktsetzung* von Collins selbst – werden die folgenden Überlegungen eine Gedankenreihe in dessen Ansatz betonen, die Collins als »sociology of circulation of symbols« (Collins 2004, S. 99) benennt. Es wird somit eine Lektüre angestrebt, die im Rahmen von Collins' allgemeinen sozialtheoretischen Prinzipien *deren symboltheoretische Komponente* besonders in den Vordergrund stellt und dadurch einen Aspekt von Collins' Ansatz fortschreibt, den dieser im Zuge seiner Hinwendung zu emotions- und körpersoziologischen Fragestellungen weitgehend vernachlässigt hat.³ Nach Ansicht des vorliegenden Textes ist jedoch gerade dieser Aspekt besonders geeignet, der weitläufig geäußerten Kritik an jenem Ansatz zu begegnen,

²Die erste größere deutschsprachige Rezension von Collins' allgemeiner Konzeption ist Rössel (1999), danach Rössel (2008), Schmid (2008), Greve (2012) und kürzlich Knöbl (2019).

³Collins' Spätwerk – also dessen Gewaltsoziologie und die damit verbundenen emotions- und körpersoziologischen Verfeinerungen – wird in der folgenden Lektüre weitgehend ignoriert. Grundlegend für diese Entscheidung ist die Überzeugung, dass es möglich ist, dieses Spätwerk vor dem Hintergrund der vorher entwickelten Theoreme von Collins zu denken, während eine Interpretationsrichtung »von spät zu früh« zu Fehldeutungen führen kann, die Collins beispielsweise einen ontologischen Naturalismus unterstellen, was dieser wie folgt kommentiert: »I find it ironic that people think I am being a biological reductionist. My analysis comes from the methods of social constructionists, above all the radical empiricism of symbolic interactionists, ethnomethodologists, the micro-observers and ethnographers of everyday life. If what we discover is the importance of human bodies and their emotions as they face each other, why should we regard this as a betrayal of interactionist sociology?« (Collins und Staack 2015, S. 257) Im Übrigen werden die makrohistorischen Arbeiten im Kontext von Collins' »weberianischen« geopolitischen Analysen (vgl. Collins 1986, 1999) keine weitere Erwähnung finden, ebenso wie die Metapher des Marktes, die für Collins bei der Beschreibung von Problemen verschiedenster »Meso-Ebenen« eine wichtige Rolle spielt (vgl. z. B. Collins 1993, S. 210 ff., 2004, S. 141 ff.).

wonach dieser »zwischen Mikro- und Makroanalysen einen ontologischen Keil [schlägt]« (Schmid 2008, S. 267) und ferner keinen konzeptionellen Weg findet, die situativen Prozessprinzipien mit den Ebenen jenseits der unmittelbaren Konkretheit zu verknüpfen. Ferner wird mit jener Lektüre auch der Vorschlag verbunden sein, *nicht individuelle Subjekte, sondern symbolische Ereignisse als elementare Bestandteile von Situationen anzusehen*, womit dann schließlich analytische Konsequenzen für die Untersuchung von sozialen Makrogebilden (als welches dann auch das transsituative Individuum angesehen werden muss) impliziert werden. Der vorliegende Text geht davon aus, dass eine derartige Fortschreibung – die Collins konzeptionell nur vorbereitet, jedoch nicht selbst durchgeführt hat – durchaus im Sinne der Verteidigung und Weiterentwicklung seines situationistischen Ansatzes liegt und er verlässt sich insofern auf Collins' Diktum, wonach »[t]here is nothing wrong with extracting a segment, and building an interpretation on it for one's own purposes; that is the way of the intellectual world as it moves across the generations« (Collins 2011, S. 161).

Der Aufbau der folgenden Erörterungen wird im Sinne einer doppelten Strategie vorgenommen, einer exegetischen und einer, wenn man so sagen darf, dialogischen. Bei der Analyse von Collins' Sozialtheorie wird sich der vorliegende Text sehr eng am Material orientieren und es bevorzugen, Collins selbst zu Wort kommen zu lassen, wenn auch eine summarische Zusammenfassung möglich wäre. Dies steht im Einklang mit der Methode des »microsampling« (vgl. Collins 1983, S. 193 ff.), die repräsentative Stellen im Material hervorhebt und als »typisch« für ein jeweiliges Argument erklärt und welche Collins – wie zu sehen sein wird – als »Königsweg« zur Untersuchung der gesellschaftlichen Wirklichkeit proklamiert. Diese Vorgehensweise bringt mit sich, dass einzelne Aspekte von Collins' Ansatz besonders beleuchtet und andere – prinzipiell ebenso betreuungswürdige – Aspekte im Dunkeln gelassen werden, ungeachtet der Tatsache, dass diese für die gegenwärtig vorherrschenden Rezeptionsstränge dieses Ansatzes eine primäre Rolle spielen mögen. Die dialogische Strategie orientiert sich indes am bereits erwähnten »theoriepolitischen« Ansinnen des vorliegenden Textes, das auf der These beruht, dass Collins' methodologischer Situationismus in der Lage ist, ein Diskussionsfeld bereitzustellen, an dem sich eine Vielzahl an Ansätzen beteiligen kann, die auf den ersten Blick als inkommensurabel gelten. Somit werden an vielen Stellen der folgenden Schilderungen »Andockstellen« präsentiert, anhand derer Schnittmengen mit und Konfliktlinien zu gegenwärtig etablierten Denkschulen sichtbar werden. Damit ist die Hoffnung verbunden, diese anhand des methodologischen Situationismus in eine produktive Auseinandersetzung zu bringen, wozu es freilich nötig sein wird, die These zu belegen, wonach der methodologische Situationismus ein »eigenständiges«

Paradigma darstellt, das unter keines der bereits etablierten Paradigmen subsumierbar ist und das zudem auf aktuelle Erfordernisse des Fachs eine bedenkenswerte Antwort liefert.

2 Der implizite Situationismus gegenwärtiger Sozialtheorien

Obwohl kein soziologischer Ansatz darauf verzichten kann, den Situationsbegriff in irgendeiner Weise zu berücksichtigen, nahm dessen explizite Thematisierung sowie dessen *Aufwertung zu einem soziologischen Grundbegriff* bislang nur eine marginale Position in den grundlagentheoretischen Debatten ein. Der Situationsbegriff wird für gewöhnlich als selbstverständliche Kategorie mitgeführt und in seinem alltäglichen Verständnis benutzt, gegenüber dessen semantische Ambivalenzen jedoch nur selten mehr als ein kurzes Aufmerken zu vernehmen ist. Das klassische »Thomas-Theorem«, wonach die – wie auch immer subjektive – Definition der Situation deren Realität »in their consequences« nach sich zieht, gilt weiterhin oftmals als hinreichende Begriffsfassung, auch wenn dies in einem »zwischen Behaviorismus und Symbolischem Interaktionismus changierenden und in der Soziologiegeschichte auch dementsprechend, ja widersprüchlich rezipierten Situationsverständnis« (Hitzler 1999, S. 292) mündet, dessen Nicht-Hinterfragung die Gefahr in sich birgt, analog dazu von einander widersprechenden theoretischen Grundlagen auszugehen. Diese Gefahr steigt dann beträchtlich, wenn der Begriff der Situation nicht mehr von als grundlegender geltenden Konzepten »entlastet« werden kann, weil diese Konzepte als tragende Fundamente soziologischer Theorien in Frage gestellt werden. Wenn die Situation nicht mehr entweder »nach unten« auf Subjekte/Individuen oder »nach oben« auf Gesellschaft/Sozialstruktur reduziert werden kann, da die dementsprechenden Ansätze in ihrer radikalen Form nicht mehr akzeptabel erscheinen,⁴ ergibt sich eine neuartige Konstellation der soziologischen Theorielandschaft, in der vor allem moderate »Sowohl-als-auch« – und »Weder-noch«-Konzeptionen

⁴Norbert Wiley (1990, S. 393 ff.) spricht bereits vor 30 Jahren von einem scheinbar unüberwindlichen Interregnum in der Soziologie, dessen Zeit nach dem Fall des Strukturfunktionalismus und bedingt durch die mangelnde Überzeugungskraft der individualistischen Ansätze begann und wo kein »theoretical fish getting big enough to beign swallowing the others« (Wiley 1990, S. 394).

verschiedenster Nuancen das Feld dominieren,⁵ wodurch die analytische Belastung, die der Begriff der Situation zu tragen hat, tendenziell zunimmt.

Der Situationsbegriff wird in der gegenwärtigen Soziologie überwiegend mit den Traditionen des Symbolischen Interaktionismus und der Ethnomethodologie verbunden und der seitens dieser Traditionen geäußerte Appell zur »rejection of both methodological collectivism and individualism in favour of *methodological situationism*« (Knorr-Cetina 1981, S. 2, im Original hervorgehoben) liegt bereits vier Jahrzehnte zurück. Noch älter ist folgendes Postulat von Erving Goffman:

»It can be argued that social situations, at least in our society, constitute a reality sui generis as He used to say, and therefore need and warrant analysis in its own right, much like that accorded other basic forms of social organization.« (Goffman 1964, S. 134)

Bemerkenswert – und grundlegend für das Selbstverständnis des vorliegenden Textes – ist nun, dass sich derartige Appelle in regelmäßigen Abständen wiederholen, ohne dass sie bislang jenseits ihrer impliziten Voraussetzung in zahlreichen empirischen Studien grundlagentheoretisch eingelöst wurden. Dies hat vor allem zur Folge, dass die analytische Ebene des Situativen gewissermaßen in der Schwebe gelassen wird, womit oft einhergeht, dass jene Ebene konzeptionell weiterhin an diejenige der »teilnehmenden« Individuen geknüpft wird. Dem Aufruf zu einem methodologischen Situationismus kann hingegen nur dann gerecht werden, wenn die Situation in einem ersten Schritt als eigenständige Dimension der gesellschaftlichen Wirklichkeit behandelt wird, die »sozialontologisch« nicht mehr von der Dimension subjektiver Intentionalität abhängig ist. In diesem Sinne fordert Hans Joas – mehr als 30 Jahre nach Goffman – die Sozialtheorie dazu auf, den »konstitutive[n] und nicht nur kontingente[n] Situationsbezug des menschlichen Handelns« (Joas 1996 [1992], S. 235) zur Kenntnis zu nehmen, wodurch »der Begriff der ›Situation‹ geeignet [ist], an die Stelle des Zweck/Mittel-Schemas als erster Grundkategorie einer Handlungstheorie zu treten« (Joas 1996 [1992], S. 235). Der situative Bezug des Handelns sollte demnach

⁵Zu der Unterscheidung zwischen »moderaten« und »radikalen« individualistischen bzw. holistischen Sozialtheorien siehe Albert (2005). Mit dem Fall der klassischen Trennlinie entstanden neue Oppositionen, z. B. fundamentalistisch/anti- und postfundamentalistisch (vgl. Marchart 2013), humanistisch/post-humanistisch (vgl. Reckwitz 2003, S. 297 ff.) und dualistisch/antidualistisch, wobei letztere Debatte »has largely replaced the old debate between individualists and holists« (Piironen 2014, S. 80).

nicht nachrangig gegenüber dem rational-kalkulierenden und auch nicht gegenüber dem ethisch-normativen Bezug des Akteurs definiert werden, sondern er ist gegenüber diesen Bezügen mindestens als gleichgestellt, wenn nicht gar als für diese konstitutiv zu berücksichtigen. Dan Silver, ein jüngerer Vertreter des Neo-Pragmatismus, der sich auf das Konzept der »effortless action« von John Dewey beruft, zieht aus dieser Figur die Konsequenz, dass

»[...] actions are not simply contingent on situations but constituted by their situations [...]. [A]ctions do not simply intervene upon a neutral situational field by bringing to bear intentions and plans formulated outside or before the situations [...]. Situations are not neutral; they already ›say‹ something.« (Silver 2011, S. 209 f.)⁶

In einer solchen Argumentation wird der Situationsbegriff als Garant dafür herangezogen, dass dem Handlungssubjekt eine »primäre Sozialität« (vgl. Joas 1996 [1992], S. 270 f.) zugeschrieben werden kann, und wie auch immer das Verhältnis zwischen dieser und dessen primordialen individuellen Souveränität im einzelnen konzipiert wird, gilt jene inner-subjektive Sozialität keinesfalls mehr als kategorial untergeordnet.

Darüber hinaus dient die Identifikation der Sozialität mit der Ebene des Situativen dem Ansinnen, jedweden holistischen Begriff von Gesellschaft bzw. Sozialstruktur zu unterlaufen, indem die empirischen Makrokomplexe »zerstückelt« werden in situative Ereigniskontexte, die nun als die »Orte« deklariert werden, an denen sich soziale Ordnung produziert und reproduziert. Die Situation ist jetzt nicht mehr charakterisiert durch eine elementare »Leere«, in der abstraktere und in diesem Sinne übergeordnete Prinzipien wie Werte, Normen, Weltansichten, Kodizes, institutionelle/organisatorische Programme etc. realisiert, nicht realisiert oder »teilrealisiert« werden. Vielmehr besitzt die Situation eine »production order sui generis« (Rawls 1987, S. 163), welche gegenüber etwaigen abstrakten (z. B. normativen, ideologischen und/oder

⁶ Damit lässt sich wiederum die Denkfigur verknüpfen, dass »der propositionale Akt [...], um verständlich zu sein, selbst bereits eingebettet sein [muss] in einen ›Hintergrund« (Renn 2018, S. 170), wobei dieser Hintergrund im Individuum eingelassen ist in einer Schicht des – von dem propositionalen, expliziten Wissen abgelösten – impliziten Wissens, welches »ein kulturelles Wissen [ist], das aus praktischen Fertigkeiten besteht, die sich in einer kollektiven Praxis ›von selbst verstehen« (Renn 2018, S. 171) und somit nicht intentional reflektiert bzw. produziert werden muss. Hier wird somit situativer »Sinn für Angemessenheit« (vgl. Landweer 2011) vorausgesetzt, der dem Subjekt in elementarer Weise inhärent ist.

kulturellen) Prinzipienkodizes ebenfalls zumindest gleichrangig ist und die sich ferner im Zuge der Verläufe der einzelnen Situationen nach autonomen Prinzipien kontinuiert. Während dieser Sachverhalt für eine große Anzahl aktueller soziologischer Ansätze als Selbstverständlichkeit verbucht werden kann, muss *eine formal-analytische Darstellung eines Modells der Situation, welche es in Angriff nimmt, die Zusammenhänge zwischen situations-transzendenten und -immanenten Faktoren und Erscheinungen zu klären*, durchaus noch als sozialtheoretisches Desiderat gelten.

Der ungeklärte Status des Situationsbegriffs – respektive das ungeklärte Verhältnis zwischen der Ebene des Situativen zu anderen möglichen Ebenen – wird somit zum Problem für all diejenigen Ansätze, die sich jenseits von radikalem Subjektivismus und radikalem Kollektivismus ansiedeln – und in diesem Sinn für einen Großteil der aktuell kursierenden Paradigmen. Neben den eben erwähnten Ansätzen des Symbolischen Interaktionismus und des Neo-Pragmatismus gilt dies sicherlich für *praxeologische Ansätze* jeglicher Spielart. Bis zu einem gewissen Grad gehen alle diese Ansätze davon aus, dass »Aktivitäten, Entitäten, Regeln, Verständnisse und Teleologien, die jede lokale Situation bestimmen, [...] Elemente sozialer Phänomene [sind] (Praktiken, Arrangements [...]), die sich situationsübergreifend in Zeit und Raum erstrecken. Sie bestimmen daher lokale Situationen, weil sie Elemente von Bündeln sind« (Schatzki 2016, S. 34). Praktiken und Situationen werden demnach in praxeologischen Ansätzen analytisch separiert, ohne dass ein theoretischer Mechanismus entwickelt wird, durch den das Verhältnis der beiden Horizonte zueinander bestimmt werden kann. Gleiches gilt für neuere – ebenfalls von praxeologischen, aber auch von poststrukturalistischen und intersektionalen Ansätzen inspirierte – *Theorien der fragilen Identitäten* und der damit zusammenhängenden *Humandifferenzierung*, die davon ausgehen, dass kategoriale Institutionalisierungen stets von »einem flüchtigen Schwebezustand [...], einem flüchtigen Moment der Ununterschiedenheit, in dem Prozesse des doing und undoing eingehen« (Hirschauer und Boll 2017, S. 11 f.) umgeben sind, weshalb jene sich nur temporär in einer fragilen Stabilität verfestigen können. Diese fixierende Kristallisation, im Zuge derer die Fluidität von »Potentialen« sich selektiv in eine prekäre und zeitlich begrenzte Permanenz transformiert, kann mühelos als situativer Mechanismus beschrieben werden, was nach einer analytischen Explikation der dahinterliegenden Leitdifferenz von Virtualität und Aktualität verlangt. In ähnlicher Weise befinden sich auch gegenwärtige *Netzwerktheorien* im Spannungsfeld zwischen den zwei Extrempositionen einerseits eines »konsequenten Prozessualismus«, in dem »für jede Situation neu bestimmt werden [muss], welche Faktoren und Sinnlogiken gerade eine Rolle spielen« und einem »eher statischen Begriff von Netzwerk«, bei dem es schwerfällt »der kontingenten

Dynamik konkreter Situationen zu folgen« (Laux 2009, S. 374). Eine grundlegende Erörterung der Zusammenhänge, die zwischen singulären Situationen und den jeweiligen Strukturdynamiken bestehen, dürfte von einigem Wert sowohl für die Ordnung der Vielfalt der unterschiedlichen netzwerktheoretischen Standpunkte als auch für die Abwägung der Vorzüge und Nachteile dieser Standpunkte sein. Analog gilt dies auch für die *Familie der relationalen Soziologien*, bei denen der Gedanke im Vordergrund steht, wonach »the idea that the past-self act in us, or interact with us through pre-existing social structures, should be rejected in favor of the study of past or ongoing social fields as fields of transactions« (Dépelteau 2015, S. 57). Der vorliegende Text vertritt in diesem Zusammenhang die These, dass die damit verbundene Frage, welchen internen und externen Konditionierungen die Prozesse der Reproduktion der Netzwerke bzw. der transaktionalen sozialen Felder ausgesetzt sind, in das übergeordnete *Bezugsproblem des Verhältnisses zwischen Autonomie und Bedingtheit von konkreten Situationen hinsichtlich deren Bestandteile und deren Kontexte* abstrahiert werden kann.

Neben dem Symbolischen Interaktionismus haben sich schließlich in jüngster Zeit besonders *neo-phänomenologische Ansätze* (deren Variationsbreite sehr groß ist) um eine Reflexion des Situationsbegriffs bemüht, wobei der dabei erreichte Abstraktionsgrad beträchtlich ist. Als zentral für die dahinterliegende Konzeption kann die These angesehen werden, wonach

»Situationen nicht bloß als Eindrücke für ein mehr oder weniger kontemplatives Auffassen objektiv vorschweben, sondern Subjekt und Objekt dynamisch umgreifen und in ihren Bann ziehen, sogar leiblich, wie die von der Situation eingegebenen motorischen Reaktionen zeigen [...]. [Daran wird die] Ganzheit und chaotische Mannigfaltigkeit der Situation deutlich, in der die einzelnen Sachverhalte, Programme und Probleme mehr oder weniger im Hintergrund verschlossen bleiben, obwohl sie auch den wahrgenommenen Sachen so eingegeben sind, daß sie in diesen oder als diese mit wahrgenommen werden.« (Schmitz 1995, S. 67)

Im Gegensatz zu einem Modell, das die Situation als »neutralen Ort« kennzeichnet, in dem isolierte Subjekte interagieren, steht hier die die einzelnen Elemente transzendierende »Ganzheit« der Situation und deren damit zusammenhängende Eigenmächtigkeit im Vordergrund. Ähnlich wie in neopragmatistischen Ansätzen ziehen hier Situationen die beteiligten leiblich-kognitiven Entitäten in ihren Bann, sie stellen »Widerfahrnisse« (Waldenfels 2002, S. 56) dar, weshalb sowohl deren Wahrnehmung wie das Handeln »in« ihnen nicht als souveräne Akte, sondern *als bedingte Antworten* charakterisiert werden müssen. Ferner wird in der zitierten Passage herausgestellt, dass Situationen nicht nur Konkretionen abstrakter Sachverhalte sind, sondern eine Art

»fusionale Aktualität« aufweisen, im Zuge derer die »dahinterliegenden« Sachverhalte nach eigenen Prinzipien (der »chaotischen Mannigfaltigkeit«) verfremdet werden. Daher ist nicht intellektuelle Kontemplation für das situationale Verstehen entscheidend; jenes vollzieht sich vielmehr in einem primären Modus des »Spürens«, der sich »im Dazwischen« von Sinnlichkeit und Kognition vollzieht.

In jüngster Zeit wurde im weiteren Umkreis der phänomenologischen Soziologien unter *den Schlagworten der Resonanz bzw. des Resonanzraums* versucht, das Verhältnis zwischen Individuum und sozialer Wirklichkeit von einem kognitivistischen Gegenüberstellungsmodell zu abstrahieren. Das bewusste und sozialisierte Subjekt, welches sich intentional einer konkreten Situation annimmt, stellt in dieser Theorie nur noch einen speziellen Sonderfall dar. Resonanz wird definiert »als ein[] spezifische[r] Beziehungsmodus, das heißt eine spezifische Art des Auf-die-Welt-Bezogeneins, welche diese Welt beziehungsweise das entsprechende Weltsegment als reponsiv erfährt« (Rosa 2016, S. 289). Unabhängig davon, ob ein derartiger Begriff »als deskriptiver und normativer Begriff zugleich« (Rosa 2016, S. 747) gefasst und einer kritischen Analyse makrosoziologischer Weltbeziehungsverhältnisse unterlegt wird, oder ob der die singulären Responsivitäten umgebende Resonanzraum strikt analytisch als »potentiell soziale[r] Raum, aus dem ein leibliches Selbst Mitteilungen aller Art auf es gerichtet empfangen kann« (Lindemann 2018, S. 330) beschrieben wird – in jedem Fall steht die konkrete Situiertheit des Beziehungsverhältnisses im Zentrum der damit zusammenhängenden Konzeption und verlangt nach Explikation der damit verbundenen theoretischen Probleme. Auch die neophänomenologisch angeleiteten Ansätze suggerieren somit eine Autonomie des Situativen, was den Situationsbegriff als grundlegende sozialtheoretische Kategorie qualifiziert.

Wie anhand einiger Redundanzen in der eben erfolgten Darstellung ersichtlich wird, sind die paradigmatischen Grenzlinien der – in aller Kürze und Grobheit – angeführten Ansätze⁷ keinesfalls starr, da diese als Kombinationen unterschiedlichster Inspirationsquellen angesehen werden können, welche sich teilweise

⁷Es sollte an dieser Stelle vermerkt werden, dass systemtheoretische Ansätze nicht mitberücksichtigt wurden, bezüglich derer jedoch ohne eine intensive Untersuchung kein endgültiges Urteil darüber gefällt werden kann, ob sie in diese Reihe passen. Zwar lehnt sich Luhmann in seinem organisationssoziologischen Frühwerk eng an die Goffman'sche These an, »daß Situationen – und auch Situationen in formal organisierten Systemen [...] eine eigene Art von Gelingen und Mißlingen aufweisen, besondere Grenzen zwischen Relevanz und Irrelevanz ausbilden« (Luhmann 1976 [1964], S. 296), was ihn von einem »Eigenrecht der Situation« sprechen lässt. Und es gibt Indizien dafür, dass in Luhmanns Spätwerk

überschneiden. Wie außerdem zu sehen war, besteht die metatheoretische Grundlage sämtlicher besprochenen Ansätze in einer Position, die sich dezidiert sowohl gegen die Zugrundelegung eines übergeordneten transsituativen Gesellschafts- bzw. Sozialstrukturbegriffs richtet, als auch gegen einen Zugang, der die Situation als in einem kausalen Sinne abhängig von individueller souveräner Kognition und den daraus resultierenden Handlungen ansieht. Eine methodologische Schwerpunktverlagerung auf das Bezugsproblem der Situation impliziert somit die zweifache Abgrenzung zu Individualismus und Kollektivismus und dadurch erwächst ein Potential zum kritischen Dialog mit denjenigen Ansätzen, welche jene Abgrenzungen nicht zu vollziehen bereit sind. Insbesondere methodologisch-individualistische Ansätze beharren auf dem Primat des Subjekts, das Handlungen nach einer »Logik der Situation« produziert, aus denen sich dann mittels etwaiger »Aggregationseffekte« die soziale Wirklichkeit aufbaut. Und obgleich der methodologische Individualismus in heutiger Zeit von seiner Fokussierung auf rationale Kalkulation und der Priorisierung bewusster Intentionalität weitgehend abgerückt ist, stellt die Situation dort weiterhin einen neutralen raum-zeitlichen Behälter dar, dessen Prozesse von Gesetzmäßigkeiten geprägt sind, die aus denen der teilnehmenden Individuen mittelbar oder unmittelbar abzuleiten sind. Der hier vertretene Ansatz verlagert hingegen *die Produktionsfunktion von den Subjekten weg und in die Situation hinein* und es wird zu zeigen sein, inwieweit dies Folgen haben wird auch für die Konzeption von Individualität.⁸

im Zuge seiner »Umstellung« der Systemtheorie auf die Leitdifferenz Medium/Form der Sachverhalt wieder verstärkt in den Fokus rückt, dass »die operative Basis [...] immer das Einzelereignis [bleibt], das für den Moment in mehreren Systemen zugleich identifiziert wird« (Luhmann 1997, S. 605). Nichtsdestotrotz bedarf es noch einer weitergehenden Klärung dieser möglichen These einer verbindenden Klammer zwischen Früh- und Spätwerk und der Möglichkeit einer situationistischen Lesart der Systemtheorie, bevor von »Konvergierungspotenzialen« gesprochen werden kann.

⁸Eine klassische Fassung der individualistischen Situationslogik findet sich in Esser (1996), für die aktuell kanonische Form der dementsprechenden Theorie des situationalen Subjekts, welche dessen »rational-kalkulierenden« Modus einen kultur-behavioristischen Aspekt (den »automatisch-spontanen Modus«) beordnet vgl. Kroneberg (2005, 2007). Ein solcher modifizierter Individualismus wird von der Figur geleitet, dass »es sich bei der Modus-Selektion um einen unbewussten Vorgang der Zuweisung von Aufmerksamkeit [handelt], der lediglich in Analogie zu einer bewussten Entscheidung modelliert wird« (Kroneberg 2007, S. 347). Das »Unbewusste« als »Default-Modus« muss somit über eine Funktion der Selbst-Abschaltung verfügen, mittels derer die bewusste Kalkulation erst aktiviert wird. Diese Figur des »bedingten Bewusstseins« kann nach Ansicht der vorliegenden Überlegungen exakt die Theoriestelle des methodologischen Individualismus markieren, an der besagter kritischer Dialog mit den hier verhandelten Denkfiguren einsetzen kann.

Als vorläufiges Resümee lassen sich zwei Denkbewegungen identifizieren, die mit der eben illustrierten perspektivischen Verschiebung einhergeht, mittels derer sich alle erwähnten Theorien beschreiben lassen. Erstens *gewinnt die Situation eine Art «emergente Qualität» und damit verbunden eine Eigenmächtigkeit*, so dass die – wie auch immer konzeptionell zu fassende – situative Dynamik die Position des Explanans in soziologischen Erklärungen einnehmen kann. Situationen stellen in derartigen Konzeptionen nicht mehr nur Rahmen- und Wahrnehmungsbedingungen für menschliches Handeln dar, an denen dieses orientiert ist und denen methodologisch mit strukturanalytischen »Mapping«-Techniken (vgl. Clarke 2012 [2005], S. 121 ff.) begegnet werden kann. Vielmehr wird der Ort der »Agency« von den menschlichen Subjekten in die Situation verlagert, so dass *die Frage nach den analytischen Prinzipien zur Erfassung der eigenlogischen situativen Prozesse* ins Zentrum soziologischer Theoriebildung rückt. Zweitens verwenden alle genannten Ansätze in irgendeiner Weise eine Denkfigur der »Zersetzung« von makro- und mikrosoziologischen Stabilitäten. An Stelle von statischen Gesellschaften, Systemen, Strukturen, Institutionen, Wert- und Normensystemen, etc. wird *ein Bild des Sozialen als Pluralität von (mehr oder weniger) fluiden Konstellationen* suggeriert, wobei dieses Soziale einem (mehr oder weniger) permanenten Wandel unterworfen ist. Gleichmaßen verlieren die »individuellen Gesetze« menschlicher Kognition ihre ahistorische Unwandelbarkeit, so dass auch der »menschliche Geist« und die damit verbundenen Regelmäßigkeiten prinzipiell wandelbar werden.⁹ Da nun die Situationen die – räumlichen und zeitlichen – »Stellen« manifestieren, an denen sich die Momente von Reproduktion und Transformation ereignen, wird eine ausformulierte Situations-theorie für die besagten Ansätze zu einem unverzichtbaren Element.

⁹Selbstverständlich kann dieser Sachverhalt auch die Schlussfolgerung implizieren, dass die relevanten Stabilitäten auf der materiell-biologischen Ebene gesucht werden müssen und obgleich diesbezüglich einige Konzepte bereits intensiv innerhalb der soziologischen Theorie diskutiert werden (»Spiegelneuronen«, »neuronalen Netze«, die »Plastizität des Gehirns«, usf.), wird dieser Diskursstrang an vorliegender Stelle nicht weiter verfolgt. Zur Einführung in die sogenannten »Dual-Process-Theorien«, die aktuell die Szene dominieren und bereits auf biopsychologischer Ebene zwischen »reflective« und »impulsive determinants« menschlicher Kognition unterscheiden siehe Strack und Deutsch (2004). Für einen alternativen Vorschlag zur Emergenz einer congenitalen sozial-symbolischen Komponente im Rahmen einer naturalistischen Ontologie vgl. die Arbeiten im Umkreis von Terrence Deacon (z. B. Deacon 1997; Deacon und Cashman 2011).

In einem abstrakten Sinne lässt sich die mit dem methodologischen Situationismus verbundene sozialtheoretische Umperspektivierung als *Vertauschung der Attribute* im Geflecht der »Leitdifferenzen« Potentialität – Aktualität und Ordnung (Stabilität) – Kontingenz (Fluidität) artikulieren. Während die »klassischen« individualistischen und kollektivistischen Ansätze Potentialität mit Stabilität verknüpfen und Aktualität mit Fluidität, werden die Zuordnungen im methodologischen Situationismus umgedreht. Wo ehemals mit dem Situationsbegriff auf die Orte des kontingenten Vollzugs stabiler Potentiale referiert wurde, welche – zumindest analytisch – als Dimensionen der (sozialstrukturellen und/oder normativen und/oder individuellen) Kontinuität betrachtet wurden, *sind es nun die Prinzipien der Situativität, die ahistorisch als stabil gelten*, während die Kontinuitäten der kontextuellen Konstellationen und »Netzwerke« im Hinblick darauf als fakultativ anzusehen sind. Inwieweit diese These aufrechterhalten werden kann, und auch mit welchem Grad an Radikalität dies zu vertreten ist, könnte dann eine Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Theorien initiieren, und dies sowohl innerhalb des situationistischen Paradigmas als auch in der Konkurrenz mit widerstreitenden Ansichten. Um diese Auseinandersetzung anstoßen zu können, bedarf der methodologische Situationismus indes mehr als eine Weder-noch-Haltung, sondern er muss sich um eine positive Artikulation der situationalen Prinzipien und der damit verbundenen theoretischen Probleme bemühen. Die folgende Studie zur Sozialtheorie von Collins kann diesbezüglich als Exploration angesehen werden, an die womöglich weitere Erörterungen anknüpfen können.

3 Theoretische Analyse der radikalen Mikrosoziologie von Randall Collins

Das theoretische Grundgerüst von Randall Collins' Ansatz ist einerseits sehr einfach und andererseits sehr schwer nachzuvollziehen. Auf den ersten Blick fällt zunächst auf, dass hier mit einer sehr überschaubaren Zahl an Grundbegriffen versucht wird, eine große Reichweite an theoretischen und empirischen Fragestellungen zu bewältigen, so dass zu Recht konstatiert werden kann, dass Collins »mit bewunderungswürdiger Insistenz ein ehrgeiziges und weit ausgreifendes Projekt [verfolgt], wenn er die ›Fragmentierung‹ der soziologischen Theorie-landschaft mittels einer systematisch auf die Identifikation erklärungstauglicher ›allgemeiner Prinzipien‹ ausgerichteten, integrativen Theoriebildung zu überwinden trachtet« (Schmid 2008, S. 254). Wird die argumentative Entfaltung dieser »allgemeinen Begriffe« und der damit zusammenhängenden Theoriefiguren hingegen näher betrachtet, fällt die ungewöhnliche Kombinatorik auf,

mit der verschiedene Aspekte aus den unterschiedlichsten Denksystemen miteinander verknüpft werden. Collins' Ansatz wirkt dann mitunter wie eine »bricolage« aus theoretischen Bausteinen, welche die Grenzen der etablierten Diskurskonstellationen sprengt, so dass die Vereinbarkeit jener Bausteine im Raster der vorherrschenden Diskursgrenzen kaum thematisierbar ist. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, warum die Reaktionen auf diese Konzeption seitens der allgemeinen soziologischen Theorie – insbesondere im deutschsprachigen Raum¹⁰ – verhalten bis ablehnend sind: unabhängig vom jeweiligen Startpunkt der Rezeption wirkt die Lektüre von Collins anregend und nachvollziehbar, bis jeweils ein Punkt erreicht wird, ab dem aus ein ernsthafter Widerspruch entsteht. Die manchmal etwas obskur anmutende Terminologie, derer sich Collins bedient, hat ihren Anteil daran, dass es seinem Zugang bislang nicht gelungen ist, als eigenständiges Paradigma im Feld der soziologischen Theorie Einzug zu halten.

Ein zentrales Prinzip, dem Collins sein gesamtes Werk hindurch verpflichtet ist, äußert sich in seinem Beharren darauf, dass die Soziologie eine »explanatory science« (so der Untertitel in Collins 1975) zu sein hat und dass »the real problem is on the level of general, analytical principles, not concrete descriptions. The latter is all too easy« (Collins 1988b, S. 246). Damit verknüpft wird eine Position eingenommen, die sich klar in Opposition zu jeglicher zeitdiagnostisch grundierter Theoriebildung stellt, denn Collins sucht explizit nach *transkulturellen und ahistorischen Erklärungsmodellen* und er zielt dadurch auf die universale Gültigkeit dieser Modelle über geographische und zeitliche

¹⁰Bereits Friedrich Tenbruck konstatierte bei seinem Vergleich zwischen amerikanischer und deutscher Soziologie, dass erstere sich von jeher durch »Freizügigkeit der Handhabung der Begriffe« sowie durch die »Mannigfaltigkeit der benutzten Perspektiven« (Tenbruck 1961, S. 5) auszeichnet, während letztere viel mehr um begriffliche und logische Geschlossenheit der Konzeption bemüht ist (was nach Tenbruck zu schweren Missverständnissen bei der deutschen Rezeption amerikanischer Theorien führen kann). In jedem Fall wäre es ein Fehler zu versuchen, Collins als »universalistische Theorie« zu lesen und »die Entfaltung des Startproblems der Theorie anhand der theorieeigenen Leitunterscheidungen von der Ebene der höchsten Abstraktionsstufe der Theoriebildung bis in die Verzweigungen empirischer Einzelfragen zu dirigieren« (Schneider 2008, S. 111) – unter der Voraussetzung der »Einheit der Theorie in der Pluralität ihrer Anwendungen« (Schneider 2008, S. 120). Wenn im vorliegenden Text dennoch ein konsequentes System in Collins' Ansatz identifiziert werden soll, so muss gleich zu Beginn betont werden, dass dieses nur eine mögliche Interpretation unter mehreren darstellen kann – wenn nur die expliziten Aussagen von Collins hierfür als Prüfstein gelten sollen.

Grenzen hinweg.¹¹ Mit dieser Haltung ist sogleich eine wichtige Prämisse seines methodologischen Situationismus angesprochen, denn dieser formiert sich vor dem Hintergrund des Sachverhalts, *dass Situationen zu jeder Zeit und an jedem Ort feststellbar sind* und dass sie sich zu jeder Zeit und überall von transsituativen Kontexten durch ihre Eigendynamik abheben – so unterschiedlich diese Kontexte in den jeweiligen Fällen auch sein mögen. Der Problembezug wird somit von der »Buntheit menschlichen Lebens« (Girtler 1995, S. 20) zu den »darunter liegenden« *prozessualen Uniformitäten* verschoben, anhand derer sich diese »Buntheit« reproduziert und verändert und welche ihrerseits als stabil angesehen werden. Damit verbunden ist ein »anti-kulturalistisches« Ethos, das Collins in einer prägnanten Passage folgendermaßen entfaltet:

»[C]ulture is no deeper than skin color, though we have convinced ourselves it is more respectable [...]. The individual personalities that we take pride in as our own egos, and the collective personalities we reify as cultures are fluid products of sociological principles that are the same for all of us. We share a common humanity under the skin because we are constructed of the same ingredients.« (Collins 1998, S. 383)¹²

Die weiteren Ausführungen werden der Analyse einiger dieser »sociological principles« gewidmet sein, die in Collins' Arbeiten zu finden sind. Wie bereits

¹¹Zeitdiagnostisch angeleitete Sozialtheorie geht hingegen davon aus, dass die Soziologie »in ihrem Grundverständnis um die Frage zentriert [ist], was das Moderne der modernen Gesellschaft ausmacht. Die Antwort auf diese Frage verändert sich jedoch mit dem Strukturwandel der modernen Gesellschaft und Kultur selbst – in einem spezifischen Sinne muss die Soziologie dann in ihrem Kern eine ideographische Wissenschaft sein. Diese permanente Selbsttransformation des Gegenstandes jedoch verunmöglicht dauerhafte, quasi zeitlose Großtheorien – und gleichzeitig verschiebt der realkulturelle Wandel auch die soziologischen Vokabulare des Sozialen.« (Reckwitz 2005, S. 65 f.) Die Opposition zwischen transhistorischer und zeitdiagnostischer Sozialtheorie markiert aktuell eine der wichtigsten Trennlinien in der Soziologie und die Selbstverortung Collins' im erstgenannten Lager ist zweifellos ein weiterer Grund für dessen Vernachlässigung seitens vieler aktueller Ansätze.

¹²Etwas polemischer lässt sich dieses Argument mit Mary Douglas formulieren, wenn sie die »assumption[] [...] that moderns are utterly different from everyone else because of modernization« (Douglas 1982, S. 2) wie folgt kommentiert: »I believe this to be highly subjective. Each tribe that we study believes in its own uniqueness.« (Douglas 1982, S. 2) Douglas zieht daraus die Konsequenz »[to] dare to question the whole modernization argument« (Douglas 1982, S. 5) und sie entwickelt dazu eine ähnliche Argumentation wie diejenige von Collins, der mehrfach seine Nähe zum Ansatz von Douglas betont hat (vgl. Collins 1994, S. 219 ff., 1988c, S. 109).

mehrfach hervorgehoben wurde, wird dabei dem Sachverhalt Rechnung getragen, dass der methodologische Situationismus sich zunächst als negative Denkbewegung konstituiert, indem er *weder* Individualismus *noch* Kollektivismus (*und eben nicht*: sowohl Individualismus als auch Kollektivismus) sein möchte. Somit können die Begriffe und Erklärungsmodelle, mit denen sich dieses Paradigma in einem zweiten Schritt positiv konstituiert, am besten dadurch gewonnen werden, indem einige »klassische« Grundbegriffe einer situationistischen Perspektivierung und Re-Interpretation unterzogen werden. Folgende Begriffs-komplexe werden auf diese Weise näher beleuchtet: Individuum/Subjekt (Handlung, Intention und Kognition), Interaktion (emotionale Energie), Symbol (Wechselwirkung und Emergenz), Gruppe (symbolische Solidarität) und Struktur (situativer Wandel und transsituative Stabilität). In den »Zwischenräumen« der Argumentation werden darüber hinaus einige weitere Denkfiguren erscheinen (Kausalität, Reduktion, Dichte, Zirkulation, Dialektik, Wiederholung, Differenzierung), die insbesondere für potentielle Dialoge mit nahestehenden und/oder konkurrierenden Ansätzen von Bedeutung sein werden.

3.1 Die Konzeption situativer Subjektivität

3.1.1 Die analytische Trennung zwischen Akteur und Individuum

Collins' Theorie des Subjekts artikuliert sich im Einklang mit einer für dessen sozialtheoretischen Ansatz absolut zentralen Denkbewegung, denn im selben Augenblick, in dem Collins das Konzept einer radikalen mikrosoziologischen Methodologie initiiert, bricht er ebenso radikal mit jeglichem methodologischen Individualismus, wenn er die Elementareinheit jener Mikrosoziologie festlegt. Zum Nachvollzug dieser Figur ist es unerlässlich, eine analytische Trennlinie zur Kenntnis zu nehmen, mit welcher der methodologische Individualismus unterlaufen wird und die bei Collins – wenngleich nirgendwo explizit artikuliert – eine tragende Rolle spielt: *die Trennlinie zwischen dem situativen Akteur und dem transsituativen Selbst bzw. dem Individuum*. Die Grundfigur, die an diese Trennung anknüpft, äußert sich als *potentielle empirische Unabhängigkeit des situativen Akteurs von dessen Individualität*, die ein methodologischer Individualismus – gleich, ob dieser rational-kalkulatorisch oder ethisch-normativ fundiert ist – prinzipiell nicht zulassen kann. In diesem ist der situative Akteur mit dem Subjekt letztlich identisch, da seine situative Existenz nur eine – mehr oder weniger kontingente – Realisation dessen »holistischer Ganzheit« repräsentiert und damit ist ein idealtypisches Modell des mit sich selbst

identischen Subjekts verbunden, das zugrundelegt, dass »einzelne[] Überzeugungen [...] in einem kohärenten Zusammenhang stehen mit anderen Überzeugungen sowie mit Vorlieben, Absichten, Hoffnungen, Befürchtungen, Erwartungen und all den übrigen« (Davidson 1985 [1970], S. 311). Während im methodologischen Individualismus dieser kohärente Zusammenhang das Verhalten des situativen Akteurs letztlich konditioniert, geht das Paradigma, das Collins impliziert, davon aus, dass sich die Übereinstimmung zwischen situativer Aktion und transsituativer Individualität in einem variablen Kontinuum bewegt, das bis hin zu völliger Gleichgültigkeit reicht. An Stelle von Identität wird folglich *eine Differenz zwischen Akteur und Subjekt* postuliert, wodurch es möglich wird, Prinzipien für den situativ-akteuriellen Modus zu ergründen, die sich jenseits der Individualitäten transsituativer Selbst realisieren und dies markiert dann die Eigenständigkeit der situativen Wirklichkeit: »[...] anyone can be molded into anything, given a strong enough situational process (or chain of such situations)« (Collins 2004, S. 76). Mit dieser Figur ist verbunden, dass erstens der situative Akteur durch das transsituative Selbst nicht notwendigerweise »gesteuert« wird – was der Suche nach alternativen Steuerungsprinzipien die Tür öffnet – und dass zweitens *das transsituative Individuum keine mikrosoziologische Realität manifestieren* kann:

»The individual is really larger than an [situational] encounter; what we think of as the individual or the self is to a certain degree a macroreality, since he or she is made up of many encounters. In a sense this is very radical, since we reduce the individual to the encounter [...]. What I propose is that macrosociology should be reduced [...] down to microsociology; but the basic unit is still sociological. It is the encounter of individuals rather than the individuals themselves that provides the basic shaping of larger society.« (Collins 1983, S. 190)

Während somit die basale Grundeinheit von Collins' Mikrosoziologie als »Begegnung« zwischen situativen Akteuren definiert wird und dadurch der jeweilige situative Akteur diesen soziologischen »Gesetzmäßigkeiten« der Begegnung unterworfen ist,¹³ stellt das individuelle Selbst eine aggregierte Makrorealität dar, deren »Struktur« – wie bei sämtlichen Makrorealitäten (siehe

¹³Der Mensch wäre dann in zweifacher Weise ein »unterworfenener Souverän« (Foucault 2015 [1966], S. 377) und nicht nur in der von Foucault angestoßenen Dimension, wonach »der Mensch durch die Arbeit, das Leben und die Sprache beherrscht [wird] [und] seine konkrete Existenz [...] in ihnen ihre Bestimmungen [findet]« (Foucault 2015 [1966],

unten) – über die Analyse typischer Wiederholungen¹⁴ ergründet werden kann und wie alle anderen Makrorealitäten ist »[t]he self [...] real only as a symbol, a linguistic concept that we use to account for what we and other people do« (Collins 1988d, S. 50). Für die Diskussion der mit dem radikal mikrosoziologischen Ansatz initiierten Situationstheorie kann demnach der gesamte Komplex der individuellen Identität weitgehend ausgeklammert und der Fokus auf den situativen Akteur gelegt werden, der – als Element der Situation – von Konditionierungen bestimmt ist, die sich diesseits seiner transsituativen Individualität entfalten und die mit den Prinzipien situativer Dynamik in unmittelbarer Verbindung stehen.

3.1.2 Die kausale Dynamik des situativen Akteurs

Das hier verfolgte Konzept des situativen Akteurs macht den starken Einfluss sichtbar, den George H. Meads Subjekttheorie auf Collins' sozialtheoretische Konstruktion besitzt und insbesondere die kritischen Punkte, an denen die Mängel jener Subjekttheorie beklagt werden, veranschaulichen die

S. 378), was ihn erscheinen lässt »als wäre er ein Naturgegenstand oder ein Gesicht, das in der Geschichte verlöschen muß« (Foucault 2015 [1966], S. 379). Die aktuelle soziologische Subjektivierungsforschung, die sich im Anschluss an Foucault an der Aporie abmüht, wonach »[m]enschliches Sein [...] nie außerhalb von symbolischen Ordnungen situiert, zugleich aber durch diese nicht determiniert [ist]« (Bosančić 2019, S. 45; vgl. auch Alkemeyer 2014) verfolgt insofern ein einseitiges Programm, als dass auch jene die analytische Trennung zwischen situativem Akteur und transsituativem Selbst nicht nachvollzieht. Die spezielle »Unterworfenheit«, der ersterer ausgesetzt ist, fällt auf diese Weise durch das Raster; mit der Folge, dass bisweilen eine vermeintliche Quelle der »subjektiven Freiheit« identifiziert wird, wo weitgehende Determination vorherrscht. Collins äußert sich hier sehr deutlich: im Anschluss an Goffman und Garfinkel betont er den Sachverhalt, wonach »an order exists at the extremely micro level [...], [and] this micro order is extremely hard to overthrow« (Collins 1992c, S. 79 f.).

¹⁴Aus diesem Grund kann Collins der »Rational Action Theory« im Anschluss an James Coleman den Vorwurf machen, dass diese entgegen ihres Selbstverständnisses nicht auf die mikrosoziologische Ebene der sozialen Wirklichkeit anwendbar ist: »Rational action theory explains patterns of behavior in the medium run; it implicitly assumes that actors face a series of opportunities among which they move according to constraints and benefits [...]. The rational action model is oriented towards behavioral outcomes, not towards the process by which they come about [...]. Thus the rational action theory needs to be supplemented with a model of micro process.« (Collins 1996, S. 330 f.) Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass das Modell der rationalen Kalkulation in einer derartigen Argumentation keine anthropologischen Konstante mehr vertreten kann, sondern ein historisch kontingentes Szenario artikuliert, dem ahistorische Prozessprinzipien zugrundegelegt werden können.

spezielle Zugangsweise von Collins hinsichtlich der Zusammenhänge zwischen Akteur, Situation und transsituativem Kontext sehr deutlich. Mead trennt das präsentistische Subjekt – das »I« – analytisch sowohl von dem innersubjektiven »Anderen« (dem »me«) als auch von dem kollektiv-imaginären »generalisierten Anderen« ab, und dieses »I« wird von Collins als »an unsocialized self, an impulse to action« (Collins 2004, S. 204) interpretiert. Collins kritisiert an dieser Konzeption – im Gegensatz zu eher kollektivistischen Interpretationen von Mead¹⁵ –, dass in dieser die Grundlage für die Entwicklung vorbereitet wurde, in der »a considerable wing of symbolic interactionism, including Blumer himself, picked up a one-sided emphasis on the creative, emergent, and underdetermined aspects of social life, and a denigration of causal explanations« (Collins 1992a [1989], S. 279). Diese Betonung des Emergent-Kreativen und der Unvorhersehbarkeit des präsentistischen ‚I‘ kann als subjekttheoretische Konsequenz von Meads fundamentalem Diktum (seiner »original proposition«) gelesen werden, wonach »a reality that transcends the present must exhibit itself in the present« (Mead 2002 [1932], S. 43): diese »exhibition in the present« ist dann prinzipiell aufgrund der emergenten Natur der Gegenwart – und daraus folgend deren potentiell geschichtstranszendierender Singularität – in der Lage, unvorhersehbare Formen anzunehmen, die allenfalls in »zukünftigen Gegenwarten« resystematisiert werden können. Gegenüber dieser Ansicht, die in ihrer radikalen Form mit der Verwerfung kausaler Erklärungen von situativen Aktionen einhergehen müsste, besteht Collins darauf, dass *die Unabhängigkeit des situativen »I« ziemlich gering ist* und dass dessen konkrete Formen daher zu einem signifikanten Grad vorhersehbar sind:

»That the self is an ongoing viewpoint of consciousness, and as such is analytically distinguishable from everything else, appears to be true. But this hardly means that the self, as impulse to action, is unamenable to further analysis [...]. Thus it is far from being an autonomous element irreducible to anything in the social situation: one's ‚I‘ is called forth in varying strengths by present interactions and past symbolic residues, magnetically attracted to some situations and repelled by others. And this dynamic operates [...] in the inner chains of situations that make up sequences of thought.« (Collins 2004, S. 205)

¹⁵Es muss hier unterbleiben, die Aporien genauer zu untersuchen, die Meads »I« im Kontext seines – bis zu einem gewissen Grade deterministischen – Sozialbehaviorismus zu evozieren in der Lage ist (vgl. hierzu Renn 2016; sowie Archer 2003, S. 78 ff.).

Collins operationalisiert das situative Subjekt als Moment einer »Denksequenz«; und derartige Denksequenzen bestehen aus Abfolgen von Symbolen, die als Internalisierungen interaktiver »Zusammenkünfte« charakterisiert werden. Collins übernimmt dabei Meads Annahme, wonach »[t]hinking is internalized conversation« (Collins 1992a [1989], S. 279), er vertritt somit explizit *eine Definition des »Bewusstseins« als Zirkulation von zeichenhaften Symbolen*¹⁶ und anhand dieser Figur wird eine Konzeption des situativen Akteurs entwickelt, die auch im Zuge von Collins' theoretischer Erweiterung um körper- und gewaltsoziologische Aspekte von Situationen¹⁷ weiterhin Bestand hat. Die einzelnen »Denk-Momente« repräsentieren hier keine souveräne »Leistung« eines transzendentalen Subjekts, sondern sie sind ihrerseits bedingt durch situative Dynamiken, die bewirken, inwieweit der situative Akteur von einzelnen Symbolen »magnetisch« angezogen bzw. abgestoßen wird und Collins besteht darauf, dass auf diesem Gebiet kausale Prinzipien ergründet werden

¹⁶ Hinsichtlich der These der Zeichenhaftigkeit des Bewusstseins verlässt sich Collins vor allem auf die Arbeit seines Mitstreiters Norbert Wiley zum »semiotic self« (vgl. Wiley 1994), der attestiert wird, »probably the greatest contribution to symbolic interactionist theory since Mead« (Collins 2019, S. 245) darzustellen. Wiley ergänzt das meadianische Modell einer »internal conversation« zwischen dem »I« und dem (vergangenen) »me« um eine weitere Dyade zwischen dem »I« und dem (zukünftigen) »you«, das er Charles S. Peirce entlehnt. In einer jüngeren Arbeit (vgl. Wiley 2016) öffnet sich Wiley den klassischen russischen Arbeiten, die gleichermaßen von einer »Verdampfung der Sprache im Denken« (Vygotskij 1964 [1934], S. 350) ausgehen, wobei diese »verdampfte« Sprache ein »mit dem Wort verbundenes Denken« (Vygotskij 1964 [1934], S. 350) bleibt. Nach Ansicht des vorliegenden Textes ist der Sachverhalt, wonach das Denken als zeichenhaft zu konzipieren ist, ein in der Soziologie bislang völlig unzureichend reflektierter Problemkomplex, der das Fach davor bewahren könnte, allzu schnell und ohne eine intermediäre Zwischenschicht »sozialer Materialität« von »Handlung« auf »Körperlichkeit« bzw. »Leiblichkeit« überzugehen.

¹⁷ Die Erweiterung des Konzepts des interaktiven Austauschs um den Aspekt der (körperlichen) »rhythmic synchronization« und »rhythmic coordination« (vgl. Collins 1988a, S. 201 ff., 2004, S. 75 ff.) ermöglicht es Collins, sich weiter vom sprachlichen Zeichen weg und hin zu der mimisch-gestischen Dimension situativer Interaktion zu bewegen. Es ist jedoch nach Ansicht des vorliegenden Textes eine Fehldeutung, hier eine biologische Fundamentierung zugrunde zu legen, Collins einen »kruden Naturalismus« (Knöbl 2019, S. 25) zu unterstellen oder zu behaupten, dass er »gefangen in seiner Konzeption leiblicher Unmittelbarkeit« (Lindemann 2014, S. 262) ist. Stattdessen wird hier schlicht die symboltheoretische Fundierung des situativen menschlichen »Innenlebens« um eine weitere, sprachferne Dimension bereichert, was jedoch an dem aus der interaktiven Symboldimension extrahierten Modell wenig ändert.

können, mit Hilfe derer erörtert werden kann, »what determines who thinks what and when« (Collins 1992a [1989], S. 279). In enger Verbindung mit dieser Verfahrensweise steht dann »the possibility of being able to explain in considerable detail what people will say to each other from one moment to the next« (Collins 1975, S. 144), wobei dieser externe situative Mechanismus der grundlegende ist – der These folgend, dass »the human brain is programmed from the outside in« (Collins 2019, S. 247), dass die Dynamik der »inneren Konversation« also eine Derivation aus der interaktiven manifestiert.

3.2 Individuelle und kollektive Intensitäten: Emotionale Energie

3.2.1 Emotionale Energie als abstrakte Quantität

Der situative Akteur wird bei Collins als ein von Dynamiken der Anziehung und Abstoßung beeinflusster Getriebener dargestellt, der jenen Dynamiken weitgehend wehrlos ausgesetzt ist. Er wird von (kommunikativer) Handlung zu Handlung, von (symbolischem) Gedanken zu Gedanken gejagt und stellt dadurch weniger einen »cultural dope« als vielmehr einen »situational dope« dar; *ein subjektives Ereignis* (welches immer in irgendeiner Form als symbolisch anzusehen ist) *ist demzufolge stets ein Resultat sozialer Mechanismen*, welche wiederum in konkreten Situationen – als Konstellationen derartiger Ereignisse – zu lokalisieren sind. Nun braucht Collins ein *quantitatives Kriterium*, mit dessen Hilfe er den *Grad der Anziehung* zu einem bestimmten Ereignis bestimmen kann; und dies ist die theoretische Stelle, an dem der Begriff der *emotionalen Energie* eingeführt wird. Emotionale Energie ist in Collins' Ansatz ein zutiefst ambivalenter Begriff, der neben einer individualistischen auch eine kollektivistische Seite besitzt, was vielfach nicht erkannt wird (woran Collins nicht ganz unschuldig ist). Zum einen ist damit ein allgemeines subjektives Intensitätsempfinden, ein »common-denominator level of base-line emotion« (Collins 1992b [1989], S. 319) verbunden, das analytisch als »common metric« (Collins 2004, S. 144) dienen soll, um das subjektive Antriebs- bzw. »Appetenz«-Modul des situativen Akteurs zu erfassen, wobei Collins explizit von *qualitativen Differenzierungen* absieht.¹⁸ »Emotional energy is what individuals seek«

¹⁸Diese Undifferenziertheit des Grundkonzepts ist eine häufige Zielscheibe der Kritik an Collins' Ansatz (vgl. Barbalet 2006, S. 449 f.; King 2019, S. 43 ff.; Greve 2012), dem es »nicht so sehr um eine Differenzierung von verschiedenen Emotionen [geht] als eher

(Collins 2004, S. 44) und dieses »Suchen« vollzieht sich weitgehend diesseits bewussten Handelns; was bedeutet, dass sowohl das Agieren innerhalb von Situationen (das Produzieren situativer Ereignisse), als auch das »Bewegungsverhalten« zwischen den Situationen (die »Wahl« für die eine oder andere Situation) von diesem *unbewussten Streben nach dem Erlebnis subjektiver Intensität* bestimmt wird. Es fällt bereits auf, dass Collins hier nicht trennscharf zwischen Situationen als »Ganzheiten« und Ereignissen als »Elementen dieser Ganzheiten« unterscheidet, was ein Problem darstellt, dem sich im Kontext von Collins' Texten nur indirekt genähert werden kann.

3.2.2 Gesellschaft als Interaktion: der Einfluss Durkheims

Der kollektivistische Aspekt der emotionalen Energie weist nämlich zwei verschiedene Dimensionen auf, eine interaktions- und eine symboltheoretische, die – obwohl in enger Verbindung zueinander stehend – analytisch unabhängig voneinander diskutiert werden können. Erstgenannte Dimension führt zu dem Zentrum von Collins' Ansatz, der *Theorie der Interaktionsritual-Ketten*, wobei das Kernstück dieser Theorie eine von Goffman inspirierte Lesart der »Durkheimsche[n] Sozialpsychologie in einer modernen Form« (Goffman 1973 [1967], S. 54) darstellt. Collins beansprucht an dieser Stelle, »an underground wing of the Durkheimian tradition« (Collins 1988c, S. 108) fortzuführen, welche »society« in its generic sense« (Collins 1988c, S. 109) zu untersuchen beabsichtigt: die klassischen Konzepte der *mechanischen Solidarität* und der *Effervescenz* werden in diesem Sinne nicht auf »ganze« Gesellschaften angewendet, sondern interaktionstheoretisch – und das bedeutet vor allem: *anwesenheitstheoretisch* – interpretiert. Der Begriff der Gesellschaft und der damit stets verbundene Begriff der Außengrenze wird hier kontrahiert

darum, dass Aspekte von Emotionen nicht hinreichend unterschieden werden« (Greve 2012, S. 188 f.). Eine derartige Kritik sitzt nach Ansicht des vorliegenden Textes einem Missverständnis auf, das Collins durch die unglückliche Bezeichnung seines Grundkonzepts als »emotionale Energie« selbst forciert hat. In seinem Frühwerk bezeichnet er das Adjektiv »emotional« als Unterbegriff des Adjektivs »perceptual-experiential« (Collins 1975, S. 96), was den Sachverhalt, um den es wohl geht, nämlich das Intensitätsempfinden in Verbindung mit einer situativen Erfahrung, viel exakter bezeichnet. Weniger als die Fragen nach Emotionen als Ressourcen, Handlungsantrieben, Deutungsmustern etc. (vgl. Greve 2012, S. 188 ff.), steht hier das Problem einer unspezifischen »Intensitätsdifferenz« (Deleuze und Guattari 1979 [1972], S. 196) im Vordergrund, dem die situativen Akteure unterworfen sind.

auf die konkrete Zusammenkunft von situativen Akteuren, zwischen denen ein – mal mehr und mal weniger starkes – Band entsteht, welches die Quelle der emotionalen Energie darstellt. Durkheims in dieser Hinsicht klassische Formulierung, an die sich Collins unmodifiziert anlehnt, liest sich wie folgt:

»Nun wirkt aber die Ansammlung allein schon wie ein besonders mächtiges Reizmittel. Sind die Individuen einmal versammelt, so entlädt sich auf Grund dieses Tatbestands eine Art Elektrizität, die sie rasch in einen Zustand außerordentlicher Erregung versetzt. Jedes ausgedrückte Gefühl hallt ohne Widerstand in dem Bewußtsein eines jeden wider, das den äußeren Eindrücken weit geöffnet ist. Jedes Bewußtsein findet sein Echo in den anderen. Der erste Anstoß vergrößert sich auf solche Weise immer mehr, wie eine Lawine anwächst, je weiter sie läuft [...].« (Durkheim 1984 [1912], S. 297).

Durkheim lokalisiert in dieser »Urszene« des religiösen Rituals die allgemeine »Fähigkeit der Gesellschaft, sich zu vergotten« (Durkheim 1984 [1912], S. 294); es wird eine »kollektive Kraft«¹⁹ (Durkheim 1984 [1912], S. 323) erzeugt, im Zuge deren Entfaltung sich eine »direkte, unvermittelte Inregienahme der Individuen durch das Kollektive« (Tyrell 1985, S. 194) vollzieht. Nun stellt *diese Szene der widerstandslosen Ergriffenheit und der absoluten Teilnahme* den maximalen Grenzfall dar, in dem maximale emotionale Energie in den Akteuren »generiert« wird. Im quantitativen Sinne »unterhalb« dieses Szenarios sind dann sämtliche »profaneren« Situationskonstellationen anzusiedeln: z. B. formalisierte Interaktionen jeglicher Couleur, persönliche Gespräche mit variierender Vertrautheit, nur partiell integrierte Versammlungen (mit stratifizierten Ein- und Ausschlusskriterien), nicht-kommunikative Ansammlungen von Menschen, etc.²⁰

¹⁹Im Gegensatz zu »holistischen« Lesarten von Durkheim muss hier der Begriff der Kraft ins Zentrum der Interpretation gestellt werden, wobei »forces affect the individual not only from the outside but also penetrate the individual to become a part of the individual's personality« (Takla und Pope 1985, S. 78). An mehreren Stellen seines Werks verwendet Collins in diesem Zusammenhang die Batteriemetapher; ein erfolgreiches Ritual »is a kind of energy-producing machine, a sort of social battery, for charging up individuals« (Collins 1988a, S. 192).

²⁰Eine systematische Analyse verschiedener situativer »Genres« – noch ohne die Hinznahme des Ritualbegriffs – findet sich bereits in Collins Erstling (vgl. Collins 1975, S. 111 ff.), wobei hier noch der Grundgedanke im Vordergrund steht, dass »if we can explain who will talk to whom and about what, we will have the centerpiece for a grounded theory of stratification and of social structure« (Collins 1975, S. 91). Die daraus resultierende Klassifikation »kommunikativer Gattungen« wird somit gleichgesetzt mit Schichtung, was sie von anderen ähnlich fokussierten Konzeptionen abhebt, die eher

Das Konzept der emotionalen Energie stellt somit eine negative Größe dar: von einem Maximum als Nullpunkt eröffnet sich eine abwärts gerichtete »Skala« der Intensität und je schwächer diese in einer gegebenen Situation wirkt, desto schwächer der »Magnetismus«, dem ein situativer Akteur ausgesetzt ist. Im Sinne dieser Konstruktion kann Collins feststellen, dass

»Durkheim provided sociologists with a mechanism for situational interaction that is still the most useful we have [...]. [T]his [...] model of situational causality takes us far in showing the conditions under which one kind of thing happens in social situations rather than another.« (Collins 2004, S. 8 f.)

3.3 Die Soziologie des Symbols

3.3.1 Die Dialektik zwischen Situation, Ereignis und Kontext

Die interaktive Dimension des Konzepts der emotionalen Energie steht nun in einem dialektischen Verhältnis zur symboltheoretischen Dimension, wobei anhand dieser *der situationstranszendierende Kontext* in Collins' Theorie thematisiert werden kann. Es muss an dieser Stelle davon abgesehen werden, dass Collins den Begriff des Symbols in semiotisch unreflektierter Weise verwendet, für ihn ist jedes Phänomen ein Symbol, wenn es Durkheims Prämisse gerecht wird, wonach »ein Kollektivgefühl [...] sich nur bewußt werden [kann], wenn es sich an ein materielles Objekt heftet« (Durkheim 1984 [1912], S. 323). Der Symbolbegriff bleibt dementsprechend völlig abstrakt und formal, so dass damit jedes »Phänomen des Reproduzierbar-Figurativen« (Dobrovolskij und Piirainen 1997, S. 448) bezeichnet werden kann, welches wahrgenommen, generiert und erinnert werden kann. Wie dem auch sei, Symbole »can carry the past into the future« (Collins 1975, S. 95), sie stellen die »Instanzen« dar, *in denen emotionale Energie gespeichert werden und über die aktuelle Situation hinaus wirksam bleiben kann*. Symbole werden

hermeneutisch vorgehen (vgl. etwa Luckmann 2009). Siehe auch Collins 2000 und 2004, S. 258 ff. für ein Konzept von »situational stratification«, das die inhaltliche Komponente mit der quantitativen »Energie«-Komponente verknüpft und ferner den Besitz von materieller Macht demjenigen situationaler Macht unterordnet.

»generated (or introduced to new individuals) in some interactional situation, and are loaded with the emotional significance corresponding to the degree of solidarity in that particular encounter. Once acquired as part of one's repertoire, they become means for negotiating further situations [...]. [They] are attractors or repulsers which move one toward or away from particular encounters.« (Collins 1998, S. 47)

Durch einen derartigen »materiellen Träger« des Symbols wird der trans-situationale Kontext als Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Situation operationalisiert, was sich ausdrücken lässt als »Dreischritt« *Potentialität – Aktualisierung (Ereignis) – modifizierte Potentialität*.²¹ Die situativen Akteure treten mit einem »store of charged symbols« (Collins 1992a [1989], S. 284) in die Situation ein; innerhalb der situativen Dynamik wird die »Energiebilanz« der relevanten und (wieder-)verwendeten Symbole neu justiert (auf der Skala zwischen Amplifikation und Entwertung), was in einem bestimmten quantitativen »Intensitäts«-Wert resultiert, der sich in die Symbole »einbrennt«. Auf diese Weise kann die Stärke der Tendenz bestimmt werden, mit der die post-situativen Subjekte eine symbolisch gleichartige Situation in zukünftigen Gegenwarten geneigt sind erneut aufzusuchen, was wiederum deren Verhalten in den direkt nachfolgenden Situationen konditioniert. Nun wird jede (im Sinne der Energiebilanz) erfolgreiche Situation dadurch bestimmt, sich durch einen »mutual focus of attention« und einen »shared mood« (Collins 2004, S. 48) auszuzeichnen, und der damit zusammenhängende situative Mechanismus lässt sich anhand der mit diesen korrespondierenden symbolischen Dynamiken operationalisieren. Auf diesem Weg kann dann die Dialektik beschrieben werden, durch die das Verhältnis zwischen Situation und Kontext bei Collins konzeptionalisiert wird:

1. Das »Gesamt« der für eine situative Konstellation erreichbaren Symbole (explizit oder als Bestandteil der »internal conversation« der beteiligten Akteure) markiert den perspektivischen Rahmen, bzw. »the local macro

²¹Diese Figur findet ihre perfekte Entsprechung in Margaret Archers berühmtem »Dreischritt« structural conditioning – social interaction – structural elaboration (vgl. Archer 1995, S. 82), nur dass die Variablen völlig andere sind. Während Archer mit »structural« auf klassische makrosoziologische Institutionen referiert, besteht die »konditionierende« Instanz bei Collins aus einem Geflecht von Symbolelementen, in denen »Aspekte« des Kontextes im wahrsten Wortsinne »reifziert« sind. Und während Archer bei der Konzeption der »social interaction« einem relativ traditionellen individualistischen Modell folgt, wird die »Agency« bei Collins durch die situative Dynamik von unbewusster »attraction« and »repulsion« bestimmt.

structure« (Collins 1988a, S. 402) der jeweiligen Situation. Dieser lokale Horizont ist einer permanenten Bewegung unterworfen, gemäß dem Leitprinzip, dass »social structure as something enacted from moment to moment« (Collins 1975, S. 111) beobachtet werden muss. Darüber hinaus stehen die verschiedenen Symbole nicht gleichrangig nebeneinander; zwischen ihnen besteht vielmehr eine gewisse *vertikale Hierarchie*, in der situational dominante Symbole die Foci der Aufmerksamkeit auf sich ziehen, wobei das »Vermögen« dazu aus der historisch entstandenen emotionalen »Aufgeladenheit« herrührt.

2. Die jeweils aktualisierten Symbole *geraten im Verlauf der Situation in eine dynamische Wechselwirkung*, die den »eigentlichen« situativen Mechanismus ausmacht. Der augenblickliche Effekt einer Situation äußert sich in der Entstehung eines bestimmten Energie- oder besser Intensitätslevels (besagte amorphe Quantität) und dieses Level verkörpert wiederum eine Funktion der »ritual density« (Collins 1988a, S. 201, 2004, S. 290) einer Situation. »[C]eremonial interactions within a group of unchanging characters« (Collins 1975, S. 65) – wie die oben anhand des Zitats von Durkheim beschriebene – weisen ein maximales Intensitätsniveau auf, wodurch eine starke »emotional reactivity« (Collins 1988b, S. 124), bzw. eine »resonance which is felt at any particular situation« (Collins 1988c, S. 249) produziert wird, die von den beteiligten situativen Akteuren als hohes Solidaritätsgefühl mit den anderen anwesenden Akteuren wahrgenommen wird.²² Von diesem Nullpunkt führt die damit zusammenhängende Skala hinsichtlich weniger zeremonieller Situationen abwärts; die rituelle Dichte und damit der Intensitäts- und Solidaritäts-Output gehen zurück. Im Gegensatz zu einseitig naturalistischen Deutungen von Collins' Konzeption, die sich vor allem auf die »körperliche Rhythmisierung« einer Situation (vgl. Staack 2015) fokussieren, geht der vorliegende Text davon aus, dass *die semiotische Dichte* eine mindestens gleichrangige Rolle bei der analytischen Definition von ritueller Dichte einnehmen muss. Semiotische Dichte kann abstrakt-formal durch das Kriterium der Passung bestimmt werden – auch Collins spricht bisweilen von »match-up« (Collins 1988a, S. 402) – und dieses Kriterium kann grob umschrieben werden als *semantische und dramaturgische Assoziativität der Symbole in einer situativen Konstellation*. Die Begriffe der semiotischen Dichte bzw.

²²Die damit verbundene empirische Hypothese wird prägnant formuliert in Draper (2014, S. 232): »ritual density > collective effervescence > social solidarity«.

Verdichtung²³ stellen jedoch für die Soziologie bislang ziemlich un- bzw. unterreflektiertes Terrain dar, das ob seiner Wichtigkeit für eine umfassende Beschreibung des situativen Mechanismus an dieser Stelle nicht reflektiert werden kann.²⁴ In jedem Fall scheint es möglich, die Situation als Wechselwirkung von symbolischen Elementen zu beschreiben, die miteinander in unterschiedlicher Stärke konsonant und/oder dissonant resonieren und auf diese Weise einen bestimmten Intensitäts- und damit Attraktionsgrad generieren.

3. Die im Zuge der situativen Wechselwirkung generierte emotionale Energie wird in den beteiligten Symbolen eingelagert, wobei sich die Symbole nach Abschluss der jeweiligen Situation wieder dekontextualisieren bzw. »verselbständigen«. Diese »Entindexikalisierungsprozeduren« (Loenhoff 2012, S. 22), diese *Kontraktionen der situativen Wechselwirkung in den Symbolen* versetzen jene Symbole wieder in den Modus der Potentialität als Träger von kollektiver emotionaler Energie: in diesem Modus »ruhen« die Symbole, bis sie in zukünftigen Situationen reaktiviert werden. Auf diese Weise sollten die Prämissen von Collins verstanden werden, wonach seine »theory provides an empirical mechanism for how and when symbols are created« und dass sie »provides a processual model for the construction of symbols« (Collins 2004,

²³Als Annäherung an diese Thematik eignet sich die semiotische Theorie von Christian Metz, die folgende formale Definition anbietet: »Die Verdichtung verankert um einen Knotenpunkt herum mehrere assoziative Ketten, die sonst getrennt sind: mehrere Kräfte-linien, aber auch mehrere symbolische Bahnen« (Metz 2000 [1977], S. 181). Für eine Diskussion des Verdichtungsbegriffs im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Diskursökonomie vgl. auch Winkler (2004, S. 110 ff.). Daneben dürften die Arbeiten von Mary Douglas, die sich mit den »verdichtete[n] Symbolen« (Douglas 2004 [1973], S. 20) beschäftigen, von hoher Relevanz sein. Schließlich sei noch verwiesen auf die Überlegungen von Pierre Maranda zu symbolischen »echo chambers« (vgl. Maranda 2011), sowie allgemein zu dem Zusammenhang von Semiotik und Sozialwissenschaften (vgl. Maranda 1981).

²⁴Das methodologisch-individualistische »Frame-Selektions-Modell«, das dem Namen nach eine solche Reflexion nahelegen würde, arbeitet vor dem Hintergrund einer schlichten »Abbildtheorie der Sprache« und differenziert überdies nicht zwischen abstrakter und Gebrauchsbedeutung. »Frames« werden schlicht als »mentale Modelle von Situationen« (Kroneberg 2005, S. 246) bezeichnet, die dazu benutzt werden, »möglichst zutreffend zu erfassen, welches Handeln [...] erwartet wird« (Kroneberg 2005, S. 246). Für eine prozessorientierte Symboltheorie ist ein derartiges Instrumentarium völlig ungeeignet; dieser Sachverhalt eröffnet jedoch immerhin einen weiteren Ausgangspunkt für einen produktiven kritischen Dialog mit besagter Denkschule.

S. 32): nicht die materiellen und auch nicht der referentiellen Aspekte des Symbols stehen im Vordergrund,²⁵ sondern das jeweilige Intensitätsniveau, das mit dem jeweiligen Symbol verbunden werden kann und das dessen *resonante Potentialität* determiniert. Die »deep connotations of pleasure« (Collins 2004, S. 66), die mit einem stark aufgeladenen Symbol verbunden werden, beziehen sich nach Ansicht des vorliegenden Textes nun nicht ausschließlich und nicht einmal vorrangig auf das (leibliche) Intensitätsempfinden, das sie in einem jeweiligen post-situativen Akteur in dessen Erinnerung auslösen. Darüber hinaus ist damit auch hier eine semiotische Dichte verknüpft, die sich im »Ruhezustand« des Symbols als *Dichte der assoziativen bzw. indexikalischen Potentialität* manifestiert. Die Variationen dieser indexikalischen Dichte und deren soziologische Auswirkungen zu ergründen stellte dann die Aufgabe der »sociology of circulation of symbols« (Collins 2004, S. 99) dar, von der bereits einleitend die Rede war und die als Modellierung des kollektivistischen Aspekts der emotionalen Energie charakterisiert werden kann, der den individualistischen Aspekt der »base-level emotion« ergänzt: emotionale Energie ist – sowohl als amorphe und »lustgenerierende«, als auch als semiotische und in diesem Sinne indexikalische »Kraft« in den Symbolen kristallisiert. Und da die Symbole während konkreter situativer Dynamiken *als Elemente der prozessualen Wechselwirkung* erscheinen, lässt sich sagen, dass der »makrosoziologische« Kontext über jede Situation hinausreicht, *während er zugleich die Form von Elementen eben jener Situation* als »an emergent property«²⁶ (Collins 2004, S. 5) annimmt.

²⁵ Collins merkt an, dass sein Ansatz »gives a sociological solution to philosophical puzzles about the distinction between sense and reference [...]. The reference of words is to something outside the conversation itself; the sense of words (and of sentences, of talk in general) is their symbolic connection to social solidarity – that is, to their histories in Interaction Ritual chains« (Collins 1992a [1989], S. 285 f.). Collins bezieht sich an dieser Stelle auf Michael Dummett, diese Figur der Unterscheidung zwischen – allgemein gesprochen – Sinn und Bedeutung ist jedoch viel älter und hat seit Gottlob Frege die verschiedensten Variationen angenommen. Eine zur aktuellen Thematik sehr passende Version ist diejenige von Lev Vygotskij: »Der Sinn eines Wortes ist [...] die Gesamtheit aller psychologischen Fakten, die das Wort in unserem Bewußtsein erzeugt [...]. Die Bedeutung ist dagegen unbeweglich und unveränderlich und bleibt bei allen Veränderungen des Wortsinns in verschiedenen Kontexten stabil.« (Vygotskij 1964 [1934], S. 343)

²⁶ Im Rahmen dieser Konzeption einer doppelten Dialektik zwischen einerseits Element und Situation und andererseits Situation und Kontext wird auch das jeweilige Emergenzverhältnis gegenseitig. Dies ist kompatibel mit Gert Alberts Prämisse, dass Emergenz als »Emergenz der Teile [...], nicht des Ganzen« definiert werden muss, wobei »[d]abei nicht zu vergessen [ist], dass das Ganze »nur« aus relational verbundenen Teilen besteht« (Albert

3.3.2 Das Individuum als symbolisch determiniertes Kollektiv

Es muss an dieser Stelle betont werden, dass ein Symbol nach Beendigung einer Situation²⁷ nur in einem analytischen Sinne einen »starrten Ruhezustand« annehmen kann. In den Intervallen zwischen den Situationen expliziter Artikulation zirkulieren die Zeichen nämlich im »Inneren« der Subjekte, im Zuge der Dynamik ihrer »internal conversation« als »fortress of resonance inside [...] [their] bod[ies]« (Collins 2019, S. 246). Der dementsprechend verstandene Denkprozess wird – wie bereits ausgeführt – als »inward continuation of the social structure« (Collins 1992c, S. 95) definiert und auch hier gelten die Prinzipien der Intensitätssteigerung, die für die externen Situationen zugrundegelegt werden. In diesem Sinne ist

»thinking [...] a kind of formation of symbol-coalitions inside one's mind, guided by the emotional energy loaded into these symbols by the thought-collectives they represent« (Collins 1992b [1989], S. 314).

2013, S. 212). Die »Teile« (also hier: die Symbole) ragen somit sowohl über das »Ganze« (hier: die Situation) hinaus, während sie zugleich Teile des Ganzen sind.

²⁷Ein grundsätzliches erkenntnistheoretisches Problem bezüglich der Analyse von Situationen kann hier nicht verschwiegen werden, dasjenige nämlich, das mit folgender Frage zusammenhängt: »Wie lang ist eine Situation?« (vgl. Bahrtdt 1996, S. 73 ff.). Hans P. Bahrtdt löst dieses Problem individualistisch, indem er konstatiert, dass »die Dauer Ergebnis einer besonderen Leistung des Ich« (Bahrtdt 1996, S. 77) und diesem Sinne einen essentiellen Bestandteil der subjektiven Situationsdefinition manifestiert. Die klassische Konversationsanalyse heftet die Abgrenzung von Situationen an bestimmte Sprachformen, die als »turn-allocation techniques« (vgl. Sacks et al. 1974, S. 716 ff.) bezeichnet werden, also »performative« Formeln wie Begrüßungen, Verabschiedungen, autoritätsindizierende Statements etc. Dieser Formalismus kann leicht über sprachliche Aussagen hinaus erweitert werden. Collins vernachlässigt dieses Problem völlig; ihm wird nachgesagt, das Problem »durch technische Vorgaben zu >lösen« (Knöbl 2019, S. 31): da Collins in seinen empirischen Studien oft auf Photo- und Videomaterial zurückgreift, ist, platt gesprochen, die Situation zu Ende, wenn das Video vorbei ist. Dies impliziert eine »Beobachterlösung«: die Situation wird von »außen« für eröffnet bzw. beendet erklärt und dies setzt sich leicht der Kritik von Willkür aus. Allerdings ist dieses Beobachter-Problem schlicht unauf lösbar: andere soziologische »Umfangs-Begriffe« wie Gesellschaft, Sozialsystem, Individuum, ja selbst der menschliche Körper (vgl. hierzu Löw 2001, S. 115 ff.) sind derartigen Antinomien der Grenzziehung gleichermaßen unterworfen. Daher nimmt sich der vorliegende Text das Recht heraus, dieses Problem »pragmatisch« zu behandeln.

Collins betrachtet folglich »the inside of the of the self as itself a community, having its own version, not only of interaction (the ‚internal conversation‘), but of solidarity and membership as well« (Wiley 1992 [1989], S. 307) und wie im Falle des Mechanismus externer Situationalität wird an der Prämisse der prinzipiellen kausalen Vorhersagbarkeit von konkreten Denksequenzen festgehalten. Collins geht gar so weit, selbst die kreative Produktion von neuen Ideen, die »are created as combinations or reframings of old ones« in der imaginären »conversation with imaginary audiences« (Collins 1998, S. 52) zumindest retrospektiv als sozial determiniert anzusehen; seiner Ansicht nach »[t]here is a social causation of creativity, even in its intimate core« (Collins 1998, S. 53). Diese Denkbewegung, die »tries to use the positivist style on problems that have been considered inaccessible to positivism« (Wiley 1990, S. 403), hat Collins bisweilen den Ruf verliehen, einen »curious historical determinism« (vgl. Misztal und Freundlieb 2003) zu vertreten, der insbesondere mit Bezug auf ideengeschichtliche Fragestellungen unhaltbar scheint und durch »hermeneutical issues involved in such investigations« (Misztal und Freundlieb 2003, S. 258) ergänzt oder gar ersetzt werden muss. Allerdings hat Collins eine derartige deterministische Herangehensweise und sein Ansinnen »to expanding the bounds of determinism« (Collins 1992b [1989], S. 313) seine gesamte Karriere hindurch vehement verteidigt, so dass deren Verwerfung wohl gleichbedeutend wäre mit der Verwerfung seines gesamten Ansatzes. Nach Ansicht des vorliegenden Textes liegt darin sogar die besondere Leistung der Sozialtheorie von Collins: eine Brücke zu schlagen zwischen einer eher interaktionistisch-kulturwissenschaftlichen Betrachtungsweise von sozialen Prozessen und der Forderung an die Soziologie »to think in generalized causal terms« (Collins 1975, S. 52). Bei aller Kritik an der konkreten Ausgestaltung dieses Vermittlungsversuchs ist der dahinterliegende Grundgedanke unbedingt zu würdigen – auch und vor allem vor dem Hintergrund der immer weiter aufklaffenden Lücke zwischen diesen beiden Perspektiven in der aktuellen deutschsprachigen Soziologie.²⁸

²⁸Dies ist die Stelle, an der auf die Debatten um die Gründung der »Akademie für Soziologie« verwiesen werden muss (vgl. stellvertretend Esser 2018; Hirschauer 2018). Michael Schmid hat bereits Jahre zuvor auf die Einseitigkeit der paradigmatischen Schließung »erklärender Soziologie« auf den methodologischen Individualismus hingewiesen (vgl. Schmid 2009).

3.4 Soziale Gruppen und symbolische Netzwerke

Die vorliegenden Überlegungen haben einen Aspekt in Collins' Theorie bislang völlig vernachlässigt, der für diese eine herausragende Rolle spielt, nämlich die Bindung deren Analyse situativer Dynamiken an Prozesse, die mit sozialen Gruppen in Verbindung stehen. In der Tat besteht ein vorrangiger Referenzgegenstand von Collins in »groups of people assembled in particular places who feel solidarity with each other through the effects of ritual participation and ritually charged symbolism« (Collins 2004, S. 41). Akteure in Situation, deren rituelle Dichte und damit deren emotionale Energie ein bestimmtes »Quantum« übersteigt, werden dementsprechend als Mitglieder sozialer Gruppen definiert und wenn sich diese Gruppen über eine begrenzte Anzahl an Situationen hinaus kontinuierlich, repräsentieren diese »pockets of solidarity« (Collins 2004, S. 41), die den Grundpfeiler für Collins' Konzeptionen von sozialer Schichtung und damit verbundenem sozialen Konflikt darstellen. Diese Gruppen werden nun in den rituellen Situationen »symbolically invoked« (Collins 1992a [1989], S. 287), wodurch deren kollektive Solidarität reaktualisiert wird, was im Zuge der Evokation der damit verbundenen emotionalen Energie auf den situativen Akteur »ausstrahlt«, der dadurch transsituativ als Gruppenmitglied »subjektiviert« wird. Die jeweiligen situativen Symbole stellen in dieser Sichtweise nur die »materiellen Mittel« dar, die derartige »self-reinforcing feedback loops« (Collins 2012, S. 11) ermöglichen. Collins wandelt hier auf Durkheims Spuren, wenn er »Kollektivbewusstsein« und »Effervescenz« im Rahmen der mechanischen Solidarität eng an konkrete Gruppen bindet und es stellt sich heraus, dass die symboltheoretische Komponente der Theorie der Interaktionsritual-Ketten hinter der anwesenheitstheoretischen Komponente zurückstehen muss. *Der gesamte Einsatz der vorliegenden Überlegungen besteht jedoch darin, dass diese Priorisierung umgekehrt werden kann, was bedeuten würde, den Solidaritätsbegriff nicht mehr an Gruppen, sondern an Situationen zu binden und in diesem Sinne »group membership« unter »situational membership« zu subsumieren.*²⁹ Ferner geht der vorliegende Text davon aus, dass Tendenzen für

²⁹Ulf Tranow stellt mit Bezug auf Collins das Postulat heraus, dass es sich »[bei kollektiven Symbolen [...] um Objekte [handelt], welche die Identität einer bestimmten Gruppe repräsentieren« (Tranow 2012, S. 226). In diesem Zusammenhang wird konstatiert, dass »kollektive Symbole als Stimuli fungieren, durch die bei einem Individuum das Handlungsziel einer Solidarnormbefolgung und die mit diesem Ziel verbundenen affektuellen Einstellungen aktualisiert werden« (Tranow 2012, S. 229); die Symbole konditionieren gewissermaßen den »Willen« des situativen Akteurs, sich etwaigen Gruppenimperativen zu

einen solchen Perspektivenwechsel in Collins Aussagen selbst zu finden sind; vor allem folgende Passage imaginiert ein Szenario, das *eine symboltheoretische Konzeption der gesellschaftlichen Wirklichkeit* sehr deutlich nahelegt:

»Perform a gestalt switch: instead of starting with the individual engaged in thinking, start with the overall distribution of symbols among a population of people. Visualize what the pattern would look like if you could see it from the air, through a time-lapse photography in which symbols were marked in colors, so that we could trace where they flow, and follow their EE [emotional energy] levels as intensities of brightness. We would see symbols circulating as streaks of light, from person to person, and then – our camera zooming in for a close-up – flowing in chains within a particular person’s mind.« (Collins 2004, S. 183)

Es scheint somit – in einem differenzierungstheoretischen Sinn – möglich, die soziale Wirklichkeit nicht in eine Struktur von verschiedenen Gruppen, sondern in eine Struktur von symbolischen Netzwerken zu zergliedern und die situationalen Mechanismen dementsprechend auch ohne den Gruppenbegriff zu konzipieren.³⁰ Die emotionale Energie, die in einem Symbol gespeichert ist,

fügen, mit dem Versprechen auf emotionale Intensitätsgewinne. Eine symboltheoretische Reorientierung von Collins’ Ansatz würde den von Tranow beschriebenen Mechanismus unverändert übernehmen, den Aspekt der Gruppenkonformität allerdings als fakultativ setzen: im Vordergrund stünde das »Begehren«, an der dementsprechenden Situation teilzunehmen und etwaige diese Situation » anbietende« Gruppen wären dann ihrerseits nur »Mittel zum Zweck« und in dieser Hinsicht austauschbar. Es wären also primär das Symbol und dessen semiotische Potentialität, auf das die »affektuellen Einstellungen« gerichtet sind und erst in zweiter Linie die Menschen, mit denen das Symbol verknüpft wird.

³⁰ Es erscheint hier eine Ähnlichkeit zu Niklas Luhmanns Strategie, die soziale Wirklichkeit als strukturiertes Arrangement von kommunikativen Ereignissen und den damit zusammenhängenden semantischen Selektionen zu betrachten. In der Tat eröffnet sich an dieser Stelle eine These, die durchaus einer genaueren Prüfung wert wäre, nämlich die prinzipielle Eignung von Collins’ Situationskonzeption, als »Mikrofundament« der Systemtheorie zu fungieren. Hierfür wäre eine Lesart von Nöten, die eine soziale Struktur vor allem im Sinne eines »Ereignisnetzwerk[s]« (Lehmann 2018 [2017], S. 191) in Augenschein nimmt, wobei Maren Lehmann diesen Sachverhalt folgendermaßen kommentiert: »Strukturen bestehen aus nichts als Ereignissen und haben daher eine um keine soziale Sekunde längere Lebensdauer als diese. Strukturen sind Zeitformen, die sich in Ereignissen aktualisieren und im Modus dieser Aktualisierung potentialisieren« (Lehmann 2018 [2017], S. 192). Analog hierzu sei die Proklamation von Collins zu vermerken, »to break down some artificial distinctions; in the preceding, to get over the notion that ›events‹ somehow exist in a different realm than ›structures‹« (Collins 1988b, S. 244).

würde sich dann vor allem auf situative symbolische Konstellationen und deren jeweilige rituelle Dichte beziehen und die Deckungsgleichheit der Kontinuität eines symbolischen Geflechts mit derjenigen einer bestimmten konkreten Gruppe müsste jeweils spezifisch bestimmt werden. Eine weitgehend vollständige Übereinstimmung (wie idealtypisch bei Durkheims »primitiven Gesellschaften«) stellte dann einen Sonderfall dar.

3.5 Die Dimensionen sozialer Struktur

3.5.1 Die lokale Makrostruktur: Autonomie und Bedingtheit von Situationen

Bezüglich der Konzeption der sozialen Makrorealität fällt die Zweideutigkeit auf, mit der Collins den Begriff der »Struktur« einsetzt. Zum einen wird mit diesem Begriff die bereits erwähnte »local macro structure« bezeichnet, die *als prekäres Netzwerk von symbolischen Elementen und deren Assoziationen* beschrieben werden kann, welche in einer situativen »Begegnung« in Wechselwirkung geraten. »Micro-situations are embedded in macro-patterns, which are just the ways that situations are linked to one another« (Collins 1998, S. 21), und diese »linkage« erstreckt sich nach Collins sowohl in der Zeit als auch im Raum – Collins betrachtet infolgedessen Zeit und Raum als nicht-reduzierbare »pure macro-variables« (Collins 1981a, S. 98). Hinsichtlich der zeitlichen Dimension spielt insbesondere die »power of memory« (Collins 1981b, S. 1003) der situativ involvierten Akteure eine zentrale Rolle, die sich in den situativ aktivierten und potentiell aktivierbaren Symbolen der jeweiligen »internal conversations« realisiert. Ferner kann in diesem Zusammenhang der Effekt gewisser »Objektivationen der Kultur« (Assmann 1988, S. 12) mitberücksichtigt werden, womit materielle Symbole – und gegebenenfalls (lebendige wie nicht-lebendige) Artefakte – bezeichnet sind, in denen die Geschichte situativ relevanter Ereignisse kristallisiert ist, die z. B. aus »emblems or other representations [...] that members feel are associated with themselves collectively« (Collins 2004, S. 49) bestehen und *als indexikalische Knotenpunkte symbolischer Netzwerke* fungieren können. Mit Bezug auf die räumliche Dimension stellt sich die Situation als ein *perspektivisches Zentrum* dar, das mit anderen zugleich stattfindenden Situationen in einem mehr oder weniger starken Verhältnis der potentiellen Beeinflussung steht, »nearby interactions may involve considerable propagation of feelings

and ideas; but farther away, contacts are usually weaker, less focussed, and less content is propagated across them« (Collins 1988c, S. 246).³¹

Auf eine solche Weise ist Collins dann in der Lage, den Sachverhalt der »Makrodetermination« konkreter Situationen zu formulieren: das »Makro« befindet sich nicht in einer abgehobenen Sphäre jenseits der Aktualität mikrosozialer Ereigniskonstellationen, »[t]he macro-level of society should be conceived not as a vertical layer above the micro« (Collins 1998, S. 21). Es formiert sich vielmehr als raum-zeitliches Geflecht von um- und zurückliegenden Ereigniskonstellationen, wobei jenes Geflecht *ein Ergebnis der »gesellschaftlichen Konstruktion« darstellt, die von der situativen Dynamik und der daraus resultierenden Perspektive selbst vorgenommen wird* und damit verbunden ist auch, dass sich jenes Geflecht im Zuge der Verschiebungen des situationalen Horizonts unablässig modifiziert. Gleichzeitig ist jedoch »any particular interaction ritual [...] dependent upon other interaction rituals, and hence the local micro situation is influenced by the macro structure, the layout of other micro situations around it« (Collins 1988a, S. 402), so dass bei Collins *das Verhältnis zwischen Autonomie und Bedingtheit von Situationen* als eine Art dialektische Oszillation beschrieben wird: während die Bestandteile und assoziativen Verbindungen, die sich in einer Situation »begegnen«, vollständig extern sind und einen permanenten konditionierenden Input ausüben, vollzieht sich gleichzeitig im Zuge des situativen Verlaufsmechanismus eine eigenständige »Intensitätsdynamik«, für die der Begriff des Interaktionsrituals steht. Ein Interaktionsritual vermag somit die verschiedenen Einflüsse zu »binden« und – zumindest partiell und zeitweilig – die Situation von deren struktureller Einbettung zu isolieren.

³¹Collins entwickelt seine Konzeption weitgehend unter Absehung zeitgenössischer Kommunikationstechnologien und den damit verbundenen »synthetischen Situationen« (vgl. Knorr-Cetina 2012 [2009]), in denen die »Echtzeitzusammenhänge« (Knorr-Cetina 2012 [2009], S. 91) sich weitgehend von räumlicher Proximität entkoppeln können. Daher muss nach Knorr-Cetina »[d]ie Annahme, dass die prototypische Einheit der Interaktionsordnung eine physische Umwelt ist und der physischen Kopräsenz der Teilnehmer bedarf« (Knorr-Cetina 2012 [2009], S. 83) zugunsten eines modifizierten Begriffs von Kopräsenz – und damit verbunden auch von assoziativer Verbundenheit – aufgegeben werden. Dieser Punkt ist nach wie vor umstritten, aber es scheint immerhin möglich, dass sich »the hypothesis of IR [Interacion Ritual] theory [...] that face-to-face communications will not disappear in the future« (Collins 2004, S. 63) als wahr erweist, während gleichzeitig die Stärke der Verbindung zwischen den interaktiven Zusammenkünften als von dem Kriterium der physischen Räumlichkeit weitgehend losgelöst beobachtet werden muss. Vgl. auch die Diskussion in Heintz (2015).

Dies ermöglicht die »aktive Gestaltung« der situativen Umwelt durch die Situation selbst und dadurch kann die Situation zum »Ort des Sozialen« (Reckwitz 2003, S. 486) werden, an dem sich die »Produktionsfunktion« der sozialen Wirklichkeit vollzieht, deren elementare Ingredienzien durch den strukturellen Makro-Kontext bereitgestellt sind, deren generative Dynamik jedoch von diesem Kontext abgelöst ist.³²

3.5.2 Typische Wiederholungen als sozialstrukturelle Ereignisformen

Der Strukturbegriff hat bei Collins jedoch noch eine weitere, von der gerade ausgeführten völlig verschiedene Bedeutung und mit dieser zweiten Bedeutung wechselt Collins sozusagen von der phänomenologischen auf die methodologische Ebene und von der Perspektive der situativen Bodennähe zu derjenigen eines »vantage point of an airplane« (Collins 1975, S. 56). Mit einer solchen Perspektive eröffnet sich die Möglichkeit einer – mit der klassischen Bezeichnung von Alfred Schütz – »Formenlehre der Sozialwelt« (Schütz 2016 [1932], S. 246) und auch hier »nimmt die Totalität der Symptomfülle [...] sukzessive ab, wobei nur einzelne Symptomgruppen in Leibhaftigkeit erhalten bleiben« (Schütz 2016 [1932], S. 246). Wo gerade eben mit dem Strukturbegriff noch ein im stetigen Wandel befindliches und unübersichtliches Netzwerk-Geflecht bezeichnet wurde, heißt es jetzt, dass »structure is recurring sorts of encounters« (Collins 1975, S. 56), bzw. dass »[r]epetitive microsituations are what we call social structure« (Collins 1983, S. 184 f.). Wo gerade noch der unmittelbare und qualitativ zu bestimmende (physische und semantische) Kontext einer Situation im Vordergrund stand, wird jetzt »Strukturanalyse« zu einem vornehmlich quantitativ betriebenen Unternehmen der Bestimmung der *für einen jeweiligen sozialen Raum typischen Situationen*, wobei die Charakterisierung einer Situation als »typisch« vorrangig aus der Häufigkeit deren bis zu einem gewissen Grad identischen Wiederholungen begründet werden kann:

³²Die damit zusammenhängende dialektische Figur kann formuliert werden als eine Umkehr der klassischen »Dialektik der Gesellschaft« von Berger und Luckmann: »Gesellschaft ist ein menschliches Produkt. Gesellschaft ist eine objektive Wirklichkeit. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Produkt« (Berger und Luckmann 1999 [1967], S. 63). Stattdessen kann die »Dialektik der Gesellschaft« für den vorliegenden Zugang in etwa wie folgt artikuliert werden: Situationen sind ein gesellschaftliches Produkt. Situationen stellen eine autonome Realität dar. Gesellschaft ist ein situatives Produkt.

»Structure is repetition; it is the pattern of the same kinds of events happening over and over again, involving many different people spread across different places. The social world is made up of events, surrounded temporally and spatially by other events. It is just that some of these ‚events‘ seem banal to us [...] so that we ignore that they have the same reality status as the more dramatic events on which we like to focus attention.« (Collins 1988c, S. 243)³³

An dieser Stelle lässt sich eine radikale Profanisierung des Ereignisbegriffes konstatieren: wo in anderen Denkschulen mit diesem Begriff vornehmlich diejenigen Vorkommnisse gekennzeichnet werden, die eine strukturell »nachhaltige« Veränderung initiieren,³⁴ werden diese »dramatic events« bei Collins theoretisch allen anderen situativen Vorkommnissen gleichgestellt. Durch *die Anwendung des Kriteriums der Häufigkeit bei der Selektion strukturell typischer Ereigniskonstellationen* lässt sich gar feststellen, dass eine Umkehr der Priorisierung vollzogen wird. Für die soziologische Beschreibung eines sozialen Raums – beispielsweise eines bestimmten kulturellen Horizonts bzw. eines »particularistic collective consciousness« (Collins 2004, S. 26) – sind vielmehr die »banalen«

³³Die erkenntnistheoretische Möglichkeit, selbstidentische Wiederholungen über Raum und Zeit hinweg konstatieren zu können, markiert einen essentiellen Aspekt in Collins' Konzept. Dadurch eröffnet sich ein interessanter Gegensatz zu poststrukturalistisch inspirierten Ansätzen, die auf einer »Logik [...], welche die Wiederholung mit der Andersheit verbindet« (Derrida 1999 [1971], S. 333) aufbauen und die davon ausgehen, dass »Wiederholung erleben [...] immer auch das Erfahren einer abermaligen Spaltung in der Wiederholung [bedeutet], ein Nichtübereinstimmen mit dem ursprünglichen Selbst, einer ständigen Metamorphose hin zu etwas Anderem« (Dolar 2010, S. 132). Der Import poststrukturalistischer Figuren in die Soziologie als empirischer Wissenschaft (oft begleitet durch die neuerliche Rezeption von Gabriel Tarde) nötigt diese radikale Einstellung jedoch zu einem Kompromiss, der etwa so aussehen kann, wonach »not only the origin but also the duration of (economic, cultural, political) macroscopic regularities should be sought in the infinitesimal repetition of a certain kind of activity – repetition that itself implies infinitesimal variations« (Tonkonoff 2017, S. 37). Nach Ansicht des vorliegenden Textes können poststrukturalistische Ansätze von einer Auseinandersetzung mit Collins' Theorie enorm profitieren, da auch diese die Ereignishaftigkeit des Sozialen in den Vordergrund stellt und Collins ferner explizit postuliert, dass seine Theorie »mediates between postmodernist and similar theories that posit ubiquitous situational flux of meanings and identities, and a culturalist view that fixed scripts or repertoires are repeatedly called upon« (Collins 2004, S. 43).

³⁴Der für die amerikanische Diskussion maßgebliche Vorschlag stammt von William H. Sewell: »A historical event, then, is, (1) a ramified sequence of occurrences that (2) is recognized as notable by contemporaries, and that (3) results in a durable transformation of structures.« (Sewell 1996, S. 844)

situativen Formen, die »little ceremonies of everyday interaction« (Collins 1988a, S. 198) maßgeblich, die unzählige Male an unzähligen Orten wiederholt werden und »added together in a mass, they shape the pattern of [...] stratification as it is acted out on the micro level« (Collins 1988a, S. 198). In einer solchen Perspektive steht nicht mehr der stets bewegliche und sich selbst stets aufs neue modifizierende situative Makro-Kontext im Vordergrund, sondern *die Beharrlichkeit der situativen Formen*, in denen sich der transsituative Makro-Kontext »einspeichert« und dadurch reproduziert. Dies steht im Einklang mit der oben erwähnten Dialektik zwischen Ereignis und Kontext, die besagt, *dass der Kontext sowohl als Element der Situation existiert, als auch über jegliche Situation hinausreicht*. Ein Blickwinkel, der sich nicht auf die generativen Mechanismen der sozialen Wirklichkeit fokussiert, sondern den Reproduktionsaspekt des Sozialen in Augenschein nimmt, kann in diesem Sinne davon ausgehen, *dass sich soziale Kontinuität in den stereotypen situativen Formen realisiert*, deren Gebrauch innerhalb eines sozialen Raums situativ »a certain routine level of satisfaction« (Collins 1981b, S. 992) garantiert und die daher als »idealtypische Marksteine« dieses sozialen Raums gelten können:

»[T]here is a lot of repetition, both in form and specific content. The same verbal formulas are repeated millions of times. This is not to say that many conversations are exactly identical, but there is enough commonality for a sociological theory to begin to move. Once we get the general principles, more idiosyncratic utterances will begin to fall into the proper slots.« (Collins 1975, S. 131)³⁵

³⁵ Eine klassische Version dieses Motivs findet sich in dem durch die Soziologie bislang völlig unbeachteten Text von Lev Jakubinskij zur »dialogischen Rede«, in welchem bereits vor einem Jahrhundert die Stereotypie des sozialen Alltags wie folgt auf den Punkt gebracht wurde: »Unser alltägliches Leben ist voll von Sich-Wiederholungen und Festgeprägtem; in der Gesamtheit unserer wechselseitigen Handlungen mit anderen Menschen gehört ein außerordentlich großer Teil zu den festgefügteten wechselseitigen Handlungen [...]. Das Sprechen in Verbindung mit bestimmten Mustern des Alltagslebens hat die Bildung ganzer festgeprägter Phrasen zur Folge, die gleichsam an den gegebenen Alltagssituationen und den festgeprägten Themen des Gesprächs festgemacht sind [...]. Diese Phrasen sind infolge ihrer ständigen Verwendung unter den jeweils selben Alltagsumständen gleichsam versteinert, verwandeln sich in eine Art komplexer syntaktischer Muster; die Gliederung einer Phrase ist in hohem Maße verwischt und der Sprecher zerlegt sie kaum in ihre Elemente.« (Jakubinskij 2004 [1923], S. 419 f.) Die Arbeiten von Jakubinskij und seiner »post-formalistischen« Schüler (vor allem Valentin Vološinov und Michail Bachtin) können durch ihre morphologischen Detailanalysen zu dem Problem von Dialogizität und Stereotypie eine wertvolle Ergänzung zu Collins' Theorie der situativen Formen liefern – sowie zu dem Problem der »Struktur« innerhalb des methodologischen Situationismus im Allgemeinen.

3.5.3 Forschungspraktische Konsequenzen

Methodologisch hat dies dann zur Folge, dass die Untersuchung der trans-situativen Makroebene über die Identifikation dieser stereotypen Situationsverläufe zu gehen hat und mit Hilfe dieses »microsampling« (vgl. Collins 1983, S. 193 ff.) lässt sich eine *repräsentative Auswahl von typischen Situationen* gewinnen, mit Hilfe derer eine empirisch fundierte Beschreibung eines jeweiligen Makrokompleses vollzogen werden kann: »[I]f one wishes to describe accurately the condition of class consciousness, ideology, or culture across a society, the proper way to do so would be to sample the typical conversations across the landscape« (Collins 1987, S. 201).³⁶ Auf diese Weise kann Collins' radikale Mikrosoziologie, die sämtliche Makrokomplesse sozialontologisch auf Mikrosituationen und deren Dynamiken zu reduzieren beabsichtigt, mit der Erörterung makrosoziologischer Erkenntnisziele vereinbart werden. Denn obwohl »[s]trictly speaking, there is no such thing as a ›state‹, an ›economy‹, a ›culture‹, a ›social class‹« (Collins 1981b, S. 988), können dennoch Informationen über diese synthetischen Komplexen gewonnen werden, deren Berücksichtigung sowohl für den (institutionellen) Alltag wie für die gesellschaftswissenschaftliche Analyse »als Abkürzungen für die Verteilung spezifischer Mikrosituationen in Zeit und Raum« (Rössel 2008, S. 294) unentbehrlich sind. Dafür wird eine Vorgehensweise nahegelegt, die an den Idealtypus von Weber erinnert, die jedoch das Attribut »typisch« nicht an die epochale »Kulturbedeutung« einer jeweiligen Erscheinung heftet, sondern zuallererst an deren schiere Häufigkeit im Horizont eines kulturellen »Querschnitts« und erst an zweiter Stelle an die Zentralität deren Stellung im jeweiligen symbolischen Kontinuum.

An dieser Stelle wird demnach *eine radikal empiristische Forschungspraxis mit einer objektivistischen Beobachterhaltung verknüpft*: zur Identifikation »typischer Situationen« ist ein detailliertes Eintauchen in das jeweilige »Feld« unabdingbar, das mit einer größtmöglichen Annäherung an die Teilnehmerinnenperspektive einhergeht. Jedoch muss zugleich davon abgesehen werden, die Selbstbeschreibungen der Teilnehmerinnen als valides Kriterium zu akzeptieren, um die Qualifikation einer Situation als typisch vorzunehmen, denn

³⁶Dieses Vorgehen weist Ähnlichkeiten auf mit der Strategie von Ann Swidler, bei der Beschreibung von sozialen Praxisfeldern eine »hierarchy of practices« (Swidler 2003, S. 90) zu erstellen und sogenannten »anchoring practices« besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wobei eine solche »Ankerpraktik« »encodes the dominant schema – encodes it as a pattern of action that people not only read but enact – a schema that is never explicitly formulated as a rule« (Swidler 2003, S. 92).

»[q]uestionnaire methods [...] sample artificial situations and arrive at officially constructed ›attitudes‹ brought out for precisely those situations« (Collins 1987, S. 201). Stattdessen scheint Collins hinsichtlich makrosoziologischer Fragestellungen eine distanzierte Perspektive zu präferieren, die den Beobachter möglichst außerhalb des Untersuchungskontextes hält. An dieser Stelle erweist sich Collins ein weiteres Mal als treuer Gefolgsmann Durkheims, denn »Struktur [...] läßt sich nach Durkheims Auffassung weder aus den Beobachtungen der Lebenswelt durch einen ›Fremden‹ noch etwa durch die authentischen Darstellungen von Beobachtungen der Lebenswelt ermitteln. Diese besitzen allenfalls einen literarischen Wert« (Gephart 1993, S. 345). Bei aller Sensibilität für die fast unmerklichen Mikro-Ereignisse, die in situativen Konstellationen zusammentreffen, beharrt Collins auf der anderen Seite auf der Position des »mehr-wissenden« Beobachters, der über seinem Untersuchungsgegenstand steht und die lebensweltlichen Selbstauffassungen der situativen Akteure als letztlich erkenntnisirrelevant ansieht.³⁷ Damit entfernt er sich auch im methodologischen Sinne von den Traditionen des »Interpretativen Paradigmas« (vgl. Keller 2012) – mit dem er in vielerlei Hinsicht große Schnittmengen aufweist – und er setzt sich somit dem Vorwurf einer »intrinsically

³⁷ Dies steht nur scheinbar im Widerspruch mit Collins' Bereitschaft, den subjektiven inneren Dialog als legitimen Untersuchungsgegenstand anzuerkennen und zu proklamieren, dass »there is no reason to rule out any particular kind of introspective data as invalid« (Collins 2004, S. 186). Diesbezüglich ist zunächst der Sachverhalt hervorzuheben, dass »questionnaire research on values and attitudes is just as subjective as interrogating other persons (or oneself) about one's internal dialogues« (Collins 2011, S. 166) und während erstere Methode höchstens etablierte »artificial constructs« zu Tage fördern kann, erlaubt es letztere zumindest potentiell, »the structured process of the human self« (Collins 2011, S. 166) zu ergründen. Dies kann jedoch nur dann erfolgreich geschehen, wenn die inneren Dialoge möglichst lückenlos, mit allen Unterbrechungen, Ablenkungen und Widersprüchen aufgezeichnet werden. Eine »ideale« Feldforschung würde in diesem Sinne darin bestehen, sich im ersten Schritt so »tief« in das Feld hineinzubegeben, dass dessen innere Dialoge »übernommen« werden können und sich im zweiten Schritt maximal von den overten Ordnungs- und Selbstbeschreibungsprinzipien dieses Feldes zu distanzieren, indem jene inneren Dialoge sukzessiv – und nicht »ideologisch« vorstrukturiert – dokumentiert werden. Die Entwicklung einer auf diesen Prämissen gründende interreliablen Methode erscheint unrealistisch, was Collins indes wie folgt kommentiert: »I am laying out a maximal program, an ideal for the sociology of rituals and symbolic life to aim at even if it may be largely unattainable for the present state of research. We might as well say that this is a sociology to dream about, and indeed, it encompasses a sociology of dreams« (Collins 2004, S. 99). Tatsächlich wird Collins' Ansatz bereits auf die Analyse von Traumritualen angewendet (vgl. Owczarski 2017).

authority-laden notion of truth production« (Martin 2011, S. 112) aus, der bereits an Durkheim gerichtet wurde. Hier wird in aller Deutlichkeit sichtbar, weshalb Collins' Ansatz mit Schwierigkeiten geplagt ist, Anschluss an die etablierten Denkschulen in der Soziologie zu finden und auf welche Weise dessen ungewöhnliche *Mélange* aus Standpunkten sich negativ auf dessen »Genießbarkeit« auswirken kann – auch und gerade seitens Schulen, mit denen ansonsten viele Gemeinsamkeiten bestehen. Wie bereits herausgestellt wurde, ist der vorliegende Text jedoch der Ansicht, dass gerade ein epistemologischer Objektivismus einen zentralen Baustein für einen methodologischen Situationismus liefern kann, insbesondere wenn dieser von einem individualistischen Reduktionismus maximal abrücken möchte. Collins distanziert sich denn auch nicht von dem Objektivismus und sozialen Determinismus Durkheims, sondern merkt dazu an: »Though this offends our humanistic sentiments, nevertheless I think it is an intellectual virtue, not a weakness [...]. Durkheimian sociologists – at least some of them – have not only tried but succeeded« (Collins 1988b, S. 109). *Das Festhalten an der Auffassung von Soziologie als einer »explanatory science« bei gleichzeitiger analytischer Fokussierung auf das alltägliche Mikrogesehen und dessen interaktiv-symbolische Komponente* stellt in jedem Fall eine originäre Leistung von Collins' theoretischem Ansatz dar und es lässt sich daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass dessen unorthodoxe Kombination von Denkfiguren sich nicht als Schwäche, sondern als Stärke des Ansatzes erweisen könnte. Wie der vorliegende Text nämlich versucht hat aufzuzeigen, beinhaltet jener ein vielfältiges Anschlusspotential für eine große Anzahl an unterschiedlichsten Denkschulen und er kann dadurch womöglich als Medium des Austausches und der gegenseitig verständlichen Kritik dienen, gerade weil er unter den etablierten Theoriegrenzen hinweg »durchtaucht«. Finaliter ist der vorliegende Text der Überzeugung, dass hinreichende Belege für die einführende These geliefert wurden, wonach Collins' methodologischer Situationismus in der Lage ist, ein »vollständiges« sozialtheoretisches Paradigma zu repräsentieren, das mit bereits etablierten Paradigmen auf Augenhöhe in Konkurrenz treten und darüber hinaus vielleicht einen »Anker« bereitstellen kann, um eine signifikante Menge von Denkschulen im aktuell zersplitterten Feld der soziologischen Theorie im Sinne einer Konvergenz aneinander anzunähern. Durch die Verlegung der Probleme des Situationsbegriffs in das Zentrum sozialtheoretischer Grundlagenforschung könnten – nicht für das gesamte soziologische Fach, aber für eine relevante Teilmenge desselben – die folgenden Worte von Collins' erstem Lehrer, Talcott Parsons, aufs neue konkrete Gestalt annehmen:

»[I]t has shown that [...] the differences are not so great as they appear at first sight. There is a substantial common basis of theory if we will but take the trouble to dig deep enough to find it [...]. Their agreement far outweighs the differences that occur on the more superficial levels. What has happened in the minds of these men is not the appearance of an unorganized mass of arbitrary subjective judgements. It is part of a great deep stream of the movement of scientific thought. It is a movement of major proportions extending far beyond the works of the few men here considered.« (Parsons 1949 [1937], S. 774 f.)

4 Abschließende allgemeine Gedanken und Zusammenfassung

Für die abschließende Bewertung des methodologischen Situationismus von Randall Collins scheinen zunächst drei allgemeine Gedankenreihen bemerkenswert, wobei sich die ersten beiden direkt aus der sozialtheoretischen Anlage von Collins ergeben, während die dritte mit der speziellen Interpretation zusammenhängt, die der vorliegende Text auf jene angewendet hat. Erstens kann hervorgehoben werden, dass die Ankündigung von Collins, einen »situational reductionism« (Collins 1981a, S. 95) für die Untersuchung der sozialen Wirklichkeit zu proklamieren, in einem strengen Wortsinne zu verstehen ist. Collins' Situationismus präsentiert sich in diesem Sinne als eine *eliminative Theorie*, die hinsichtlich sämtlicher »komplexer« Sozialgebilde eine »micro-translation« in situative Konstellationen vorsieht. Die Ebene situativer Dynamiken ist daher keine Zusatz-Dimension, die der Dimension des Individuellen und des Kollektiven gleichberechtigt beigeordnet wird, wie es in einigen anderen sozialtheoretischen Versuchen geschieht (vgl. z. B. Sawyer 2005, S. 189 ff.; Laux 2014, S. 158 ff.). Vielmehr wird hier – wie in allen eliminativen Theorien – *ein analytischer Kurzschluss zwischen Sozialontologie und Methodologie* vollzogen: da »we think of social life as taking place in a string of situations« (Collins 2004, S. 13), da diese situativen Ketten bestehen aus »people moving back and forth and talking to each other« (Collins 1975, S. 56), und da schließlich »[q]uite literally, this is all there is« (Collins 1975, S. 56), müssen soziologische Erklärungen finaliter stets die Form situationistischer Erklärungen annehmen. Synthetische Aggregatbegriffe, die auf etwaige Makroentitäten referieren – worunter, wie gesehen, sowohl sämtliche Kollektivphänomene, als auch das transsituative Individuum zählen – können folglich nurmehr Hilfsbegriffe bzw. Abkürzungen repräsentieren, denen jedoch lediglich die Position eines »vorläufigen Explanans« in einer Erklärung zugestanden werden kann. Dadurch vermeidet es Collins zu unterstellen, dass ein jedes »Aggregat über zusätzliche

Dispositionseigenschaften verfügen [muss], die es zu einem kausal wirksamen, eigenständigen Objekt machen« (Schnabel 2008, S. 88), so dass die Inkonsistenz eines jeden sogenannten »schwach-reduktionistischen« Ansatzes vermieden wird, welcher diejenigen Entitäten, die einer Reduktion unterworfen werden sollen, dennoch »als etwas quasi-Objekthaftes ansieht« (Schnabel 2008, S. 92). Damit ist wiederum verbunden, dass es zu einer extremen Nivellierung der soziologischen Untersuchungsgegenstände kommt: ob es sich um sehr kleine »Gebilde« wie Zweier-Partnerschaften und Familien oder um sehr umfassende Komplexe wie Organisationen, Staaten, Wertsysteme, Ideologien, Kulturen und »Gesellschaften« handelt; sie alle dürfen nach Collins' methodologischer Regel als nichts anderes denn *als Anhäufungen und Sukzessionen situationaler Mikrodynamiken angesehen und dementsprechend untersucht werden* und »everything outside its range becomes assimilated and is thus stripped off its own nature« (Münch 2005, S. 1532). Es ist nachvollziehbar, dass diese Strategie der radikalen Reduktion nicht auf ungeteilte Zustimmung treffen kann und es dürfte sich Widerspruch dagegen auch seitens der Ansätze regen, die prinzipiell einer situationistischen Zugangsweise positiv gegenüberstehen. Bereits Goffman wandte sich gegen eine solche Ansicht, wonach »all macrosociological features of society [...] are an intermittently existing composite of what can be traced back to the reality of encounters« (Goffman 1983, S. 8), indem er einwandte, dass dementsprechend vorgehende Ansätze »confuse the situational with the merely situated« (Goffman 1983, S. 9), so dass die Aufstellung relevanter Ursache-Wirkungsketten gewisse »structural significance[s]« (Goffman 1983, S. 9) in Rechnung stellen muss, deren Existenz jenseits der Situationsebene zu lokalisieren ist. Collins hat mit seiner Version des methodologischen Situationismus eine Extremposition konzipiert, anhand derer sich etwaige theoretische und auch forschungspragmatische Modifikationen abarbeiten können und dies macht Collins' Ansatz so umstritten wie wertvoll.

Zweitens wurde in den zurückliegenden Ausführungen mehrfach angedeutet, dass es Collins' Ansatz nicht daran gelegen ist, Situationen unter den Prämissen einer »verstehenden Soziologie« zu untersuchen. Ausgehend von dem Grundsatz, dass »[t]he human actor is not very knowledgeable« (Collins 1992c, S. 88) und der damit verbundenen Schlussfolgerung, dass »one copes with each situation as it comes, ignoring most of the information available, avoiding reflection upon one's tacit procedures, and typically satisfying oneself with reproducing the normal patterns of the past« (Collins 1992c, S. 89), wird der Fokus auf *die unbewussten Mechanismen situationaler Kausalität* gelegt, die dem Attraktions- und Bewegungsverhalten situativer Akteure zugrundeliegen. Subjektive Motive und »Situationsdefinitionen« spielen hier eine genauso nachrangige Rolle wie das

forschungspraktische Ansinnen, den »objektiven Sinn« situativer Konstellationen hermeneutisch zu erschließen. Collins' Ansatz kann dementsprechend als kompatibel mit einer ‚technizistischen‘ kybernetischen Sichtweise interpretiert werden, die davon ausgeht, dass »what remains is the continuous reproduction of communication, independent of the psychological contents of the participants« (Esposito 1996, S. 599). Und da diese Perspektive vor dem Hintergrund eines konsequenten Situationismus angewendet wird, der zudem nach kausalen Erklärungen Ausschau hält, lässt sich aus alledem die Implikation ableiten, dass die fundamentale Frage hinsichtlich konkreter Phänomene der sozialen Wirklichkeit nicht mehr lautet: »Was bedeutet das?«, sondern vielmehr: »Was folgt auf was?«. Die Prozesse der »situational causality« (Collins 2004, S. 9) die von Collins' Ansatz in das Zentrum des soziologischen Erkenntnisinteresses gestellt werden, sind vor allem *Prozesse der realen raum-zeitlichen Sukzession* und hermeneutische Verfahren jeglicher Art werden dementsprechend zu Hilfsverfahren, mit denen sich an jene Prozesse angenähert werden kann. Wie Collins schreibt, wird »one of the most attractive features of the situational paradigm« (Collins 1975, S. 114) durch folgenden Sachverhalt repräsentiert:

»[T]he time-bound quality of social motivation in which what happens at a given moment depends on what has gone just before. Life can be seen as a series of ongoing negotiations, and explanation is solidly rooted in the reality of little moments in time.« (Collins 1975, S. 114)

Hinsichtlich dieses Punkts dürfte es abermals zu kritischen Reaktionen kommen, die sich dagegen wehren sollten, die »kausale Potenz« individueller Motive und Entscheidungen schlechtweg zu suspendieren und *auf diesem Wege* die verstehende Soziologie zu einer Dienerin der erklärenden zu deklarieren. Immerhin wird dadurch eine Dialektik zwischen Akteur und Situation eingegeben, wonach »[d]as Bewußtsein [...] also frei mit Bezug auf eine Situation, aber [...] notwendig stets in Situationen [ist], und das Sein [...] in dem Maße und auf die Weise gegeben [ist], wie sie sich in Situationen dem Bewußtsein enthüllt« (Hitzler und Honer 1984, S. 65). Und ferner dürfte Collins' Versuch, »the two sides of Goffman – the Machiavellian and the Durkheimian« (Collins 2004, S. 21) einseitig zugunsten letzterer »Seite« aufzulösen, innerhalb der Traditionen situationistischer Theoriebildung kaum auf ungeteilte Zustimmung stoßen. Der radikale Determinismus von Collins' hermeneutik-skeptischem Ansatz, der letztlich davon ausgeht, dass »[t]he ethological method is the basis of all sociology, whether we realize it or not« (Collins 1983, S. 184), wirkt hier gleichermaßen als Extremposition, von der aus viel Raum besteht für Zwischenlösungen, welche

den stärkeren Einbezug der verstehenden Methoden begründen würden, ohne gleich in die gegenteilige Extremposition eines philosophischen Libertarismus zu verfallen.

Drittens sei noch auf eine Konsequenz der Entscheidung des vorliegenden Textes aufmerksam gemacht, im Rahmen von Collins' Ansatz die Denkfigur der »sociology of circulation of symbols« (Collins 2004, S. 99) besonders hervorzuheben und sämtliche anderen Gedankenreihen dieses Ansatzes jener Denkfigur konzeptionell unterzuordnen – im Bewusstsein der Möglichkeit alternativer Arrangements. Wie bereits vermerkt, läuft dies auf den Vorschlag hinaus, *symbolische Ereignisse an Stelle von subjektiven »Selbsten« als primäre Bestandteile von Situationen anzusehen* und dementsprechend die Grundbegriffe einer solchen Situationstheorie zu formulieren. Insbesondere die Konzeption des Bewusstseinsvollzugs als zeichenhafter »internal conversation« und die Möglichkeit, den Begriff der »emotionalen Energie« in unterschiedlichen Argumentationssträngen symboltheoretisch zu deuten, ebneten einen Weg, um den Zusammenhang zwischen Situation, Ereignis und Kontext als dialektisches Verhältnis zu konzipieren, das anhand des – wie auch immer genauer zu fassenden – Symbolbegriffs operationalisiert und anhand symbolischer Prozesse untersucht werden kann. Collins' Ansatz kann in einer solchen Lesart als logisch geschlossene situationistische Theorie interpretiert werden, die sowohl auf den Grundbegriff des Individuums als auch auf gängige makrosoziologische Kollektivbegriffe verzichtet. Aus alledem kann dann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass jener Ansatz unter das Banner einer *theoretischen Leitdifferenz Kontext – Situation* gestellt werden kann, beziehungsweise – wenn die »Doppelexistenz« des Symbols als ereignishafter Bestandteil und als sedimentierter Kontext von sozialen Situationen miteinbezogen wird – einer »zweidimensionalen« *Leitdifferenz Situation – Ereignis/Kontext*. Und diese Leitdifferenz ist es schließlich, mit der die allgemeinen Fragen: »*Wie ist Gesellschaft möglich?*«, und: »*Wie ist soziale Ordnung möglich?*« bearbeitet werden können. Dieser Sachverhalt illustriert eindrucksvoll die besondere Stellung, die ein konsequent gedachter methodologischer Situationismus im Geflecht der soziologischen Theorien verkörpert, denn damit kann der These widersprochen werden, wonach »System-Umwelt und Handelnder-Situation [...] die beiden Grundoptionen [sind]« (Schwinn 2015, S. 56), zwischen denen »ordnungstheoretische Konzeptionen« letztendlich exklusiv wählen müssen. Der methodologische Situationismus verortet sich im Spannungsfeld zwischen System- und Handlungstheorien an keinem der beiden Pole und er nimmt auch keine »vermittelnde« Position ein, welche etwa »die wechselseitige Konstitution von handelndem Zusammenwirken und sozialen Strukturen ins Zentrum der

Aufmerksamkeit rückt« (Schimank 2005, S. 23 f.). Stattdessen *kann mit der Leitdifferenz Situation-Ereignis/Kontext eine echte Alternative zu System-Umwelt und Handelnder-Situation angeboten werden*, wofür nach Ansicht des vorliegenden Textes eine avancierte symboltheoretische – oder semiotische – Konzeptionalisierung der sozialen Wirklichkeit sehr hilfreich, wenn nicht gar unentbehrlich ist.

Im Lichte dieser abschließenden generellen Erörterungen seien die allgemeinen Theoreme der situationistischen Sozialtheorie von Randall Collins noch einmal in summarischer Form aufgereiht:

I.: Subjekt

I.1.: An Stelle eines Konzepts des Subjekts als integrierter Entität, welche die situativen Handlungen letztlich steuert, ist eine Differenz zwischen situativem Akteur und transsituativem Individuum zugrunde zu legen, die sich in variablen Ausprägungen realisieren oder neutralisieren kann.

I.2.: Das transsituative Individuum muss soziologisch als Makrorealität angesehen werden, die ein Aggregat aus situationalen Episoden verkörpert und dementsprechend kann diese Makrorealität explanativ auf mikrosoziologische Situationsprozesse reduziert werden.

I.3.: Der situative Akteur ist als »situational dope« zu definieren, der von unbewussten situativen Mechanismen der »magnetischen« Anziehung und Abstoßung getrieben wird, so dass ein subjektives Ereignis stets ein Resultat sozialer Mikromechanismen repräsentiert.

I.4.: Das subjektive Innenleben kann als »internal conversation«, als innerer zeichenhafter Dialog bestimmt und auf diese Weise »materialistisch« beschrieben werden.

II.: Emotionale Energie/Quantum der Intensität

II.1.: Der individualistische Aspekt der »emotionalen Energie« wird durch ein amorphes Elementarlevel der Intensität manifestiert, das ein anthropologisch universales Zielobjekt menschlichen Antriebs darstellt.

II.2.: Der durkheimianische Begriff des »Kollektivbewusstseins« wird anwesenheitstheoretisch beschränkt, wobei sich in diesen situativen »Gesellschaften« eine Intensitätsdynamik vollzieht, die – ontologisch wie methodologisch – den interaktionistischen Aspekt der »emotionalen Energie« definiert und prinzipiell anhand einer quantitativen Skala »gemessen« werden kann.

II.3. Symbole repräsentieren die »emotionale Energie« als Kollektivgut, indem sie die »Materialitäten« verkörpern, in denen sich die situativen Intensitäten einspeichern können.

III.: Zusammenhang zwischen Situation, Ereignis und Kontext

III.1.: Die situationale Effektivität des Kontextes kann operationalisiert werden als Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Symbols, was einen erkenntnistheoretischen »Dreischnitt« zwischen realer Potentialität, Aktualität und virtueller Potentialität nahelegt.

III.2.: Die Stärke der situativen Intensität und der daraus resultierenden »Attraktivität« ist eine Funktion der rituellen Dichte einer situativen Konstellation, welche aus den analytischen Komponenten der interaktiv-leiblichen und der semiotischen Dichte besteht.

III.3.: Außersituativ besitzen die Symbole eine virtuelle Intensität, die als indexikalische Potentialität oder »Kraft« bezeichnet werden kann.

III.4.: Jedes Symbol besitzt eine Doppexistenz als situatives Ereignis und als kristallisierter transsituativer Kontext, was in einer Figur der wechselseitigen Emergenz mündet, da sowohl der Kontext gegenüber der Situation, als auch die Situation gegenüber ihren Ereignissen emergent ist.

IV.: Jeder situative Zustand – sowohl im interaktiven als auch im innerdialogischen Modus – kann prinzipiell kausal rekonstruiert werden, was einen Determinismus in Bezug auf die Prozess der sozialen Wirklichkeit impliziert.

V.: Es besteht eine Spannung zwischen den Ansätzen, die gesellschaftliche Wirklichkeit als stratifiziert/differenziert entweder in Gruppen oder in symbolische Netzwerke zu beobachten, wobei der Deckungsgrad dieser beiden »Dimensionen« empirisch als variables Kontinuum anzusehen ist.

VI.: Struktur

VI.1.: Jede Situation ist umgeben von einer okkasionellen »lokalen Makrostruktur«, die einerseits durch die Situation selbst als assoziatives Feld konstruiert wird und andererseits als externer Horizont jene situative Dynamik konditioniert, woraus sich die Gleichzeitigkeit von Autonomie und Bedingtheit der Situation ergibt.

VI.2.: Transsituative Struktur muss als Distribution und Zirkulation »kleiner Formen« beschrieben werden, die situationalen Umfang besitzen und sich unablässig stereotyp wiederholen.

VI.3.: Makrogebilde können über die Identifikation und Analyse der häufig wiederholten und in diesem Sinne »typischen« Situationsformen beschrieben werden, was unter dem Etikett des »microsampling« als Königsweg soziologischer Analyse proklamiert wird.

VI.4.: Sämtliche Makrobegriffe referieren auf letztlich irrealen »Komplexifikationen«, sie sind daher nur explanatorisch »bequeme« Abkürzungen.

VII.: Methode

VII.1.: Der methodologische Situationismus ist durch ein methodologisches Spannungsverhältnis zwischen radikalem Mikro-Empirismus und objektivistischer Beobachterhaltung charakterisiert.

VII.2.: Die Selbstbeschreibungen und operativen Kategorien der »Feld-Subjekte« stellen höchstens sekundär relevante Erkenntnismittel dar, so dass eine methodische Distanz zu den Untersuchungsgegenständen notwendig ist, die sich gegebenenfalls – im Medium der Introspektion – in einer radikalen Selbstobjektivierung niederschlagen muss.

Literatur

- Albert, G. (2005). Moderater methodologischer Holismus: eine weberianische Interpretation des Makro-Mikro-Makro-Modells. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(3), 387–413.
- Albert, G. (2013). Figuration und Emergenz. Zur Ontologie und Methodologie des Ansatzes von Norbert Elias. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 65(2), 193–222.
- Alkemeyer, T. (2014). Zur Einleitung: Warum die Praxistheorien ein Konzept der Subjektivierung benötigen. *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 39(1), 27–36.
- Anicker, F. (2017). Theorienvergleich als methodologischer Standard der soziologischen Theorie. *Zeitschrift für Soziologie* 46(2), 71–88.
- Archer, M. S. (1995). *Realist Social Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Archer, M. S. (2003). *Structure, Agency and the Internal Conversation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Assmann, J. (1988). Kulturelles Gedächtnis und kollektive Identität. In: J. Assmann/T. Hölscher (Hrsg.), *Kultur und Gedächtnis* (S. 9–19). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bahrdt, H. P. (1996). *Grundformen sozialer Situationen. Eine kleine Grammatik des Alltagslebens*. München: C.H. Beck.
- Barbalet, J. (2006). Emotional Payoffs of Ritual. *European Journal of Sociology* 47(3), 446–451.
- Berger, P. L./Luckmann, T. (1999 [1967]). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Bosančić, S. (2019). Die Forschungsperspektive der Interpretativen Subjektivierungsanalyse. In: A. Geimer/S. Amling/S. Bosančić (Hrsg.), *Subjekt und Subjektivierung. Empirische und theoretische Perspektiven auf Subjektivierungsprozesse* (S. 43–64). Wiesbaden: Springer VS.
- Clarke, A. E. (2012 [2005]). *Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn*. Wiesbaden: Springer VS.
- Collins, R. (1975). *Conflict Sociology. Toward an Explanatory Science*. New York: Academic Press.
- Collins, R. (1981a). Micro-Translation as a Theory-Building Strategy. In: K. D. Knorr-Cetina/A.V. Cicourel (Hrsg.), *Advances in Social Theory and Methodology* (S. 81–108). London u. New York: Routledge.

- Collins, R. (1981b). On the Microfoundations of Macrosociology. *American Journal of Sociology* 86(5), 984–1014.
- Collins, R. (1983). Micromethods as a Basis for Macrosociology. *Urban Life* 12(2), 184–202.
- Collins, R. (1986). *Weberian Sociological Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Collins, R. (1987). Interaction Ritual Chains, Power and Property: the Micro-Macro Connection as an Empirically Based Theoretical Problem. In: J. C. Alexander/B. Giesen/R. Münch/N.J. Smelser (Hrsg.), *The Micro-Macro Link* (S. 177–192). Berkeley: University of California Press.
- Collins, R. (1988a). *Theoretical Sociology*. San Diego: Harcourt Brace Jovanovich.
- Collins, R. (1988b). The Micro Contribution to Macro Sociology. *Sociological Theory* 6(2), 242–253.
- Collins, R. (1988c). The Durkheimian Tradition in Conflict Sociology. In: J. C. Alexander (Hrsg.), *Durkheimian Sociology: Cultural Studies* (S. 107–128). Cambridge: Cambridge University Press.
- Collins, R. (1988d). Theoretical Continuities in Goffman's Work. In: P. Drew/A. Wooton (Hrsg.), *Erving Goffman: Exploring the Interaction Order* (S. 41–63). Cambridge: Polity Press.
- Collins, R. (1992a [1989]). Toward a Neo-Meadian Sociology of Mind. In: P. Hamilton (Hrsg.), *George Herbert Mead: Critical Assessments, Volume IV* (S. 263–296). London u. New York: Routledge.
- Collins, R. (1992b [1989]). Response. In: P. Hamilton (Hrsg.), *George Herbert Mead: Critical Assessments, Volume IV* (S. 312–321). London u. New York: Routledge.
- Collins, R. (1992c). The Romanticism of Agency/Structure versus the Analysis of Micro/Macro. *Current Sociology* 40(1), 77–97.
- Collins, R. (1993). Emotional Energy as the Common Denominator of Rational Action. *Rationality and Society* 5(2), 203–230.
- Collins, R. (1994). *Four Sociological Traditions*. New York u. Oxford: Oxford University Press.
- Collins, R. (1996). Can Rational Action Theory Unify Future Social Science? In: J. Clark (Hrsg.), *James S. Coleman* (S. 329–342). London u. Washington D.C.: Falmer Press.
- Collins, R. (1998). *The Sociology of Philosophies*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Collins, R. (1999). *Macrohistory. Essays in Sociology of the Long Run*. Stanford: Stanford University Press.
- Collins, R. (2000). Situational stratification: a Micro-Macro Theory of Inequality. *Sociological Theory* 18(1), 17–43.
- Collins, R. (2004). *Interaction Ritual Chains*. Princeton u. Oxford: Princeton University Press.
- Collins, R. (2008). *Violence. A Micro-Sociological Theory*. Princeton u. Oxford: Princeton University Press.
- Collins, R. (2011). Wiley's Contribution to Symbolic Interactionist Theory. *The American sociologist* 42(2), 156–167.
- Collins, R. (2012). Entering and Leaving the Tunnel of Violence: Micro-Sociological Dynamics of Emotional Entrainment in Violent Interactions. *Current Sociology* 61(2), 1–20.

- Collins, R. (2019). What has Micro-Sociology Accomplished? In: E. B. Weinger/A. Lareau/O. Lizardo (Hrsg.), *Ritual, Emotion, Violence. Studies on the Micro-Sociology of Randall Collins* (S. 243–261). London u. New York: Routledge.
- Collins, R./Staack, M. (2015). Bodily Interactions in Interaction Ritual Theory and Violence: Randall Collins Interviewed by Michael Staack. In: R. Gugutzer/M. Staack (Hrsg.), *Körper und Ritual. Sozial- und kulturwissenschaftliche Zugänge und Analysen* (S. 245–259). Wiesbaden: Springer VS.
- Davidson, D. (1985 [1970]). Geistige Ereignisse. In: Ders., *Handlung und Ereignis* (S. 291–316). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Deacon, T. W. (1997). *The Symbolic Species. The Co-Evolution of Language and Human Brain*. London: Penguin Press.
- Deacon, T. W./Cashman, T. (2011). Eliminativism, Complexity, and Emergence. In: J. W. Haag/G. R. Peterson/M. L. Spezio (Hrsg.), *The Routledge Companion to Science and Religion* (S. 193–205). London u. New York: Routledge.
- Deleuze, G./Guattari, F. (1979 [1972]). *Anti-Ödipus. Kapitalismus und Schizophrenie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Dépelteau, F. (2015). Relational Sociology, Pragmatism, Transactions and Social Fields. *International Review of Sociology* 25(1), 45–64.
- Derrida, J. (1999 [1971]). Signatur, Ereignis, Kontext. In: Ders., *Randgänge der Philosophie* (S. 325–351). Wien: Passagen.
- Dobrovolskij, D. O./Piirainen, E. (1997). *Symbole in Sprache und Kultur: Studien zur Phraseologie aus kultursemiotischer Perspektive*. Bochum: Brockmeyer.
- Dolar, M. (2010). Automatismen der Wiederholung: Aristoteles, Kierkegaard und Lacan. In: H. Bublitz/R. Marek/C. L. Steinmann/H. Winkler (Hrsg.), *Automatismen* (S. 129–152). München: Wilhelm Fink.
- Douglas, M. (1982). The Effects of Modernization on Religious Change. *Daedalus: Journal of the American Academy of Arts and Sciences* 111(1), 1–20.
- Douglas, M. (2004 [1973]). *Ritual, Tabu und Körpersymbolik. Sozialanthropologische Studien in Industriegesellschaft und Stammeskultur*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Draper, S. (2014). Effervescence and Solidarity in Religious Organizations. *Journal for the scientific study of religion* 53(2), 229–248.
- Durkheim, E. (1984 [1912]). *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Eposito, E. (1996). Observing Interpretation: A Sociological View of Hermeneutics. *Modern Language Notes* 111(2), 593–619.
- Esser, H. (1996). Die Definition der Situation. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48(1), 1–34.
- Esser, H. (2018). Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust. *Zeitschrift für theoretische Soziologie* 7(1), 132–152.
- Foucault, M. (2015 [1966]). *Die Ordnung der Dinge: Eine Archäologie der Humanwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Gephart, W. (1993). *Gesellschaftstheorie und Recht. Das Recht im soziologischen Diskurs der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Girtler, R. (1995). *Randkulturen: Theorie der Unanständigkeit*. Wien: Böhlau.
- Goffman, E. (1964). The Neglected Situation. *American Anthropologist* 66(6), 133–136.
- Goffman, E. (1973 [1967]). *Interaktionsrituale: Über Verhalten in direkter Kommunikation*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Goffman, E. (1983). The Interaction Order. *American Sociological Review* 48(1), 1–17.
- Greve, J. (2012). Emotionen, Handlungen und Ordnungen: Überlegungen zu Randall Collins. In: A. Schnabel/R. Schützeichel (Hrsg.), *Emotionen, Sozialstruktur und Moderne* (S. 181–200). Wiesbaden: VS.
- Heintz, B. (2015). Die Unverzichtbarkeit von Anwesenheit. Zur weltgesellschaftlichen Bedeutung globaler Interaktionssysteme. In: B. Heintz/H. Tyrell (Hrsg.), *Interaktion – Organisation – Gesellschaft revisited* (S. 229–251). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Hirschauer, S. (2018). Der Quexit. *Zeitschrift für theoretische Soziologie* 7(1), 153–167.
- Hirschauer, S./Boll, T. (2017). Un/Doing Differences: Zur Theorie und Empirie eines Forschungsprogramms. In: S. Hirschauer (Hrsg.), *Praktiken der Humandifferenzierung* (S. 7–26). Weilerswist: Velbrück.
- Hitzler, R. (1999). Konsequenzen der Situationsdefinition. Auf dem Weg zu einer selbst-reflexiven Wissenssoziologie. In: Ders./J. Reichertz/N. Schröer (Hrsg.), *Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation* (S. 289–308). Konstanz: UVK.
- Hitzler, R./Honer, A. (1984). Lebenswelt – Milieu – Situation: terminologische Vorschläge zur theoretischen Verständigung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 36(1), 56–74.
- Jakubinskij, L. P. (2004 [1923]). Über die dialogische Rede. In: K. Ehlich/K. Meng (Hrsg.), *Die Aktualität des Verdrängten. Studien zur Geschichte der Sprachwissenschaften im 20. Jahrhundert* (S. 383–434). Heidelberg: Synchron.
- Joas, H. (1996 [1992]). *Die Kreativität des Handelns*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Keller, R. (2012). *Das Interpretative Paradigma. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- King, A. (2019). Emotion, Interaction and the Structure-Agency Problem: Building on the Sociology of Randall Collins. *Thesis Eleven* 154(1), 38–51.
- Knöbl, W. (2019). Collins im Kontext. Zur Vorgeschichte der jüngeren Gewaltsoziologie. *Mittelweg* 36 28(1–2), 15–39.
- Knorr-Cetina, K. D. (1981). The Micro-Sociological Challenge of Macro-Sociology: Towards a Reconstruction of Social Theory and Methodology. In: K. D. Knorr-Cetina/A. V. Cicourel, (Hrsg.), *Advances in social theory and methodology* (S. 1–47). London u. New York: Routledge.
- Knorr-Cetina, K. D. (2012 [2009]). Die synthetische Situation. In: R. Ayaß/C. Meyer (Hrsg.), *Sozialität in Slow Motion. Theoretische und empirische Perspektiven* (S. 81–109). Wiesbaden: VS.
- Kroneberg, C. (2005). Die Definition der Situation und die variable Rationalität der Akteure. Ein allgemeines Modell des Handelns. *Zeitschrift für Soziologie* 34(5), 344–363.
- Kroneberg, C. (2007). Wertrationalität und das Modell der Frame-Selektion. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 59(2), 215–239.
- Landweer, H. (2011). Der Sinn für Angemessenheit als Quelle von Normativität in Ethik und Ästhetik. In: K. Andermann/U. Eberlein (Hrsg.), *Gefühle als Atmosphären. Neue Phänomenologie und philosophische Emotionstheorie* (S. 57–78). Berlin: Akademie-Verlag.
- Laux, H. (2009). Bruno Latour meets Harrison C. White. Über das soziologische Potential der Netzwerkforschung. *Soziale Systeme* 15(2), 367–397.

- Laux, H. (2014). *Soziologie im Zeitalter der Komposition. Koordinaten einer integrativen Netzwerktheorie*. Weilerswist: Velbrück.
- Lehmann, M. (2018 [2017]). Was ist ein Ereignis? Versuch über die Sozialität einer Zeitform. In: *Zwei oder Drei: Kirche zwischen Organisation und Netzwerk* (S. 185–211). Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt.
- Lindemann, G. (2014). *Weltzugänge: die mehrdimensionale Ordnung des Sozialen*. Weilerswist: Velbrück.
- Lindemann, G. (2018). *Strukturnotwendige Kritik. Theorie der modernen Gesellschaft, Bd. 1*. Weilerswist: Velbrück.
- Loenhoff, J. (2012). Einleitung. In: Ders. (Hrsg.), *Implizites Wissen: Epistemologische und handlungstheoretische Perspektiven* (S. 7–30). Weilerswist: Velbrück.
- Löw, M. (2001). *Raumsoziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1976 [1964]). *Funktionen und Folgen formaler Organisation*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft, Bd. 2*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luckmann, T. (2009). Observations on the Structure and Function of Communicative Genres. *Semiotica* 173(4), 267–282.
- Maranda, P. (1981). Semiotik und Anthropologie. *Zeitschrift für Semiotik* 2(2–3), 227–249.
- Maranda, P. (2011). Echo Chambers and Rhetoric. Sketch of a Model of Resonance. In: C. Meyer/F. Girke (Hrsg.), *The Rhetorical Emergence of Culture* (S. 84–100). New York: Berghan.
- Marchart, O. (2013). *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Martin, J. L. (2011). *The Explanation of Social Action*. Oxford: Oxford University Press.
- Mead, G. H. (2002 [1932]). *The Philosophy of the Present*. New York: Prometheus.
- Metz, C. (2000 [1977]). *Der imaginäre Signifikant. Psychoanalyse und Kino*. Münster: Nodus.
- Misztal, B. A./Freundlieb, D. (2003). The Curious Historical Determinism of Randall Collins. *European Journal of Sociology* 44(2), 247–269.
- Münch, R. (2005). Review Interaction Ritual Chains by Randall Collins. *American Journal of Sociology* 110(5), 1531–1533.
- Münch, R. (2018). Soziologie in der Identitätskrise: Zwischen totaler Fragmentierung und Einparadigmenherrschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 47(1), 1–6.
- Owczarski, W. (2017). The Ritual of Dream Interpretation in the Auschwitz Concentration Camp. *Dreaming: Journal of the Association for the Study of Dreams* 27(4), 278–289.
- Parsons, T. (1949 [1937]). *The Structure of Social Action*. New York: The Free Press.
- Piironen, T. (2014). For Central Conflation: a Critique of Archerian Dualism. *Sociological Theory* 32(2), 79–99.
- Rawls, A. W. (1987). The Interaction Order sui generis: Goffman's Contribution to Social Theory. *Sociological Theory* 6(1), 136–149.
- Reckwitz, A. (2003). Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32(4), 282–301.
- Reckwitz, A. (2005). Warum die „Einheit“ der Soziologie unmöglich ist: Die Dynamik theoretischer Differenzproduktion und die Selbsttransformation der Moderne. In: U. Schimank/R. Greshoff (Hrsg.), *Was erklärt die Soziologie? Methodologien, Modelle, Perspektiven* (S. 65–77). Berlin: LIT-Verlag.

- Renn, J. (2016). Emergenz und aporetische Perspektivenübernahme: George Herbert Mead und die Aufgabe einer pragmatistischen Theorie der Subjekt-Genese. In: Ders., *Selbstentfaltung – Das Formen der Person und die Ausdifferenzierung des Subjektiven* (S. 63–86). Bielefeld: Transcript.
- Renn, J. (2018). Makrosoziologische Tiefenhermeneutik. Qualitative Sinnrekonstruktion als Gesellschaftsanalyse. In: S. Müller/J. Zimmermann (Hrsg.), *Milieu-Revisited* (S. 157–246). Wiesbaden: Springer VS.
- Rössel, J. (1999). Konflikttheorie und Interaktionsrituale. Randall Collins' Mikrofundierung der Konflikttheorie. *Zeitschrift für Soziologie* 28(1), 23–43.
- Rössel, J. (2008). Radikale Mikrosoziologie versus soziologische Erklärung: Der Makro-Mikro-Makro-Link in der Theorie des rationalen Handelns und in der Theorie der Interaktionsrituale. In: J. Greve/A. Schnabel/R. Schützeichel (Hrsg.), *Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung. Zur Ontologie, Methodologie und Metatheorie eines Forschungsprogramms* (S. 267–284). Wiesbaden: VS.
- Rosa, H. (2016). *Resonanz: Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Sacks, H./Schegloff, E. A./Jefferson, G. (1974). A Simplest Systematics for the Organization of Turn-Taking in Conversations. *Language* 50(4), 696–735.
- Sawyer, R. K. (2005). *Social Emergence. Societies as Complex Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Schatzki, T. R. (2016). Praxistheorie als flache Ontologie. In: H. Schäfer (Hrsg.), *Praxistheorie: Ein soziologisches Forschungsprogramm* (S. 29–44). Bielefeld: Transcript.
- Schimank, U. (2005). *Differenzierung und Integration der modernen Gesellschaft: Beiträge zur akteurzentrierten Differenzierungstheorie*, Bd. 1. Wiesbaden: VS.
- Schmid, M. (2008). Rationalität, Emotion und Solidarität. Bemerkungen zum Forschungsprogramm von Randall Collins. In: K. Junge/D. Šuber/G. Gerber (Hrsg.), *Erleben, Erleiden, Erfahren. Die Konstitution sozialen Sinns jenseits instrumenteller Vernunft* (S. 235–272). Bielefeld: Transcript.
- Schmid, M. (2009). Theoriebildung und Theoriepolitik in der Soziologie. *Soziale Welt* 60(2), 199–213.
- Schmitz, H. (1995). *Der unerschöpfliche Gegenstand. Grundzüge der Philosophie*. Bonn: Bouvier.
- Schnabel, A. (2008). Wo kämen wir hin, wenn wir Ideologien reduzierten? Ideologien in methodologisch-individualistischer Perspektive. In: J. Greve/A. Schnabel/R. Schützeichel (Hrsg.), *Das Mikro-Makro-Modell der soziologischen Erklärung. Zur Ontologie, Methodologie und Metatheorie eines Forschungsprogramms* (S. 79–107). Wiesbaden: VS.
- Schneider, W. L. (1996). Die Komplementarität von Sprechakttheorie und systemtheoretischer Kommunikationstheorie. Ein hermeneutischer Beitrag zur Methodologie von Theorievergleichen. *Zeitschrift für Soziologie* 25(4), 263–277.
- Schneider, W. L. (2008). Zur Struktur universalistischer Theorien. In: A. Balog/J. A. Schüle (Hrsg.), *Soziologie, eine multiparadigmatische Wissenschaft. Erkenntnisnotwendigkeit oder Übergangsstadium?* (S. 105–148). Wiesbaden: VS.
- Schütz, A. (2016 [1932]). *Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schwinn, T. (2015). Interaktion, Organisation, Gesellschaft. Eine Alternative zu Mikro-Makro? In: B. Heintz/H. Tyrell (Hrsg.), *Interaktion – Organisation – Gesellschaft revisited* (S. 43–65). Stuttgart: Lucius & Lucius.

- Sewell, W. H. Jr. (1996). Historical Events as Transformation of Structures: Inventing Revolution at the Bastille. *Theory and Society* 25(6), 841–881.
- Silver, D. (2011). The moodiness of action. *Sociological Theory* 29(3), 199–222.
- Sivan, E. (1995). The Enclave Culture. In: M. E. Marty/R. S. Appleby (Hrsg.), *Fundamentalisms Comprehended* (S. 11–68). Chicago: University of Chicago Press.
- Staack, M. (2015). Körperliche Rhythmisierung und rituelle Interaktion. Zu einer Soziologie des Rhythmus im Anschluss an Randall Collins' Theorie der „Interaction Ritual Chains“. In: R. Gugutzer/M. Staack (Hrsg.), *Körper und Ritual. Sozial- und kulturwissenschaftliche Zugänge und Analysen* (S. 191–218). Wiesbaden: Springer VS.
- Strack, F./Deutsch, R. (2004). Reflective and Impulsive Determinants of Social Behavior. *Personality and Social Psychological Review* 8(3), 220–247.
- Swidler, A. (2003). What Anchors Cultural Practices. In: K. D. Knorr-Cetina/T. R. Schatzki/E. von Savigny (Hrsg.), *The Practice Turn in Contemporary Theory* (S. 83–101). London u. New York: Routledge.
- Takla, T. N./Pope, W. (1985). The Force Imaginary in Durkheim: the Integration of Theory, Metatheory, and Method. *Sociological Theory* 3(1), 74–88.
- Tenbruck, F. H. (1961). Zur deutschen Rezeption der Rollentheorie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 13(1), 1–40.
- Tonkonoff, S. (2017). *From Tarde to Deleuze and Foucault: the Infinitesimal Revolution*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Tranow, U. (2012): *Das Konzept der Solidarität. Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs*. Wiesbaden: Springer VS.
- Turner, J. H. (2011). Randall Collins – a Smart and Influential Theorist. <https://www.asanet.org/randall-collins>. Zugriffen: 22.09.2020.
- Tyrell, H. (1985). Emile Durkheim – das Dilemma der organischen Solidarität. In: N. Luhmann (Hrsg.), *Soziale Differenzierung: Zur Geschichte einer Idee* (S. 181–250). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Vygotskij, L. S. (1964 [1934]). *Denken und Sprechen*. Berlin: Akademie-Verlag.
- Waldenfels, B. (2002). *Bruchlinien der Erfahrung. Phänomenologie, Psychoanalyse, Phänomenotechnik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Wiley, N. (1990). The History and Politics of Recent Sociological Theory. In: G. Ritzer (Hrsg.), *Frontiers in Social Theory. The New Synthesis* (S. 392–413). New York: Columbia University Press.
- Wiley, N. (1992 [1989]). The Complementarity of Durkheim and Mead. In: P. Hamilton (Hrsg.), *George Herbert Mead: Critical Assesments, Volume IV* (S. 77–79). London u. New York: Routledge.
- Wiley, N. (1994). *The Semiotic Self*. Cambridge: Polity Press.
- Wiley, N. (2016). *Inner Speech and the Dialogical Self*. Philadelphia: Temple University Press.
- Winkler, H. (2004). *Diskursökonomie. Versuch über die innere Ökonomie der Medien*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.



»Krisen der Wirklichkeit« und das Problem der Verständigung

Gertraude Mikl-Horke

In der Gegenwart ist die Wirklichkeit in einer tiefen Krise, was ein Problem der Erkenntnis, aber mehr noch eines der Verständigung ist, ohne die Gesellschaften nicht überleben, Entscheidungen nicht getroffen, Konflikte nicht beigelegt werden können und Demokratie nicht funktionieren kann. Auch in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts wurde eine *Krise der Wirklichkeit* konstatiert, die teilweise die Probleme vorbereitete, die wir mit der Wirklichkeit in der Gegenwart haben. Die Frage nach der Wirklichkeit hat darüber hinaus eine lange Vorgeschichte, denn die Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit und die Verständigung darüber stellen ein altes Problem der Menschheit dar, das zunächst in magisch-mythischen Deutungen bzw. in Überzeugungen von religiöser oder metaphysischer Evidenz, dann in Europa durch die Annahme einer objektiven, durch Vernunft bzw. Gesetze vollständig erfassbaren Realität zu lösen versucht wurde.¹ Das Problem der Wirklichkeitserkenntnis wurde schließlich durch Kants Verweis auf die Grenzen der Erkenntnis, die durch die Anschauung in Raum und Zeit und die Formen des Verstandes vorgegeben sind, relativiert. Da die *Dinge an sich* nicht erkannt werden können, wurde Wirklichkeit zur Leistung bzw. zum Produkt des erkennenden Subjekts, das Ordnung in die Welt zu bringen

¹Paul Jorion verweist auf die Erfindung der *Wahrheit* im 4. Jahrhundert v. Chr. und auf die Entdeckung der *Wirklichkeit* im 16. Jahrhundert (Jorion 2021).

G. Mikl-Horke (✉)
Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien,
Wien, Österreich
E-Mail: Gertraude.Mikl-Horke@wu.ac.at

sucht. Diese Sichtweise revolutionierte das Denken über Wirklichkeit, wurde in zahlreichen philosophischen Kommentaren interpretiert, resultierte in unterschiedlichen Auffassungen und Denkrichtungen. Aber die Wirklichkeit und ihre Deutung ist nicht nur ein Problem, das in philosophischen Diskursen erörtert wird, sondern eine Grundlage für das Überleben der menschlichen Gesellschaften. Wirklichkeit meint die Wahrnehmung von uns selbst, der anderen und der Welt. Die Auseinandersetzungen und die Verständigung über die Frage, was für wirklich gelten kann und soll, sind für unser Handeln, für die Bewältigung des Lebens und des Zusammenlebens von grundlegender Bedeutung.

1 Die Krise der Wirklichkeit im frühen 20. Jahrhundert

Im Gefolge der Erschütterungen des religiösen Weltbilds und der politisch-sozialen Umbrüche des ausgehenden 18. Jahrhunderts war es zu einer tiefen Verunsicherung gekommen, zu der im 19. Jahrhundert weitere Entwicklungen beitrugen. Im Zeitalter des Historismus und der nationalstaatlichen Identität wurde Wirklichkeit zu einem Problem der historischen Erkenntnis zwischen Relativismus und Positivismus und des historischen Selbstverständnisses der Nationalstaaten.

1.1 Historische und subjektive Wirklichkeit: Das Erbe des 19. Jahrhunderts

Das Denken über Wirklichkeit war in Deutschland in besonderem Maß an der Geschichte und der historischen Erkenntnis orientiert, was seit dem 19. Jahrhundert zu Diskursen über die Methode und die Art der Wissenschaftlichkeit der Historie und der darauf aufbauenden Geisteswissenschaften geführt hatte (vgl. Barrelmeyer 1997). In der Wissenschaft waren verschiedene Zugänge zur Wirklichkeit entstanden; sie wurde, wie Nicolai Hartmann feststellte, zum einen als logische Wirklichkeit, die in den Aussagen und ihrem Zusammenhang begründet ist, zum anderen im Sinn des Wahrnehmens und des Erlebens und schließlich als eine ideale Wesenswirklichkeit behandelt. Diesen stellte er die *reale Wirklichkeit* gegenüber, nach der die Menschen streben (Hartmann 1938).²

²Zur Frage von Wahrheit und Wirklichkeit in den Kulturwissenschaften der Gegenwart sei insbesondere verwiesen auf Acham (2016, S. 33 ff., S. 219 ff.).

Seit dem 19. Jahrhundert nahmen Geschichte und Kultur eine nationalstaatliche Bedeutung an und wurden dementsprechend unterschiedlich verstanden und gegeneinander abgegrenzt. Im Zuge des Kolonialismus wurde die Verschiedenheit der Völker der Erde, ihrer Kulturen und ihrer Denkweisen in die öffentliche Aufmerksamkeit gerückt und darauf Rechtfertigungsideologien für die Beherrschung und Ausbeutung außereuropäischer Völker begründet. Auch biologisch-physiologische Unterschiede der kognitiven und moralischen Eigenschaften und Fähigkeiten der Menschen wurden von den im 19. Jahrhundert aufkommenden Rassentheorien behauptet. Karl Marx stellte zudem die Abhängigkeit des Bewusstseins von der Klassenlage und die dadurch begründeten antagonistischen Gegensätze der Wirklichkeitswahrnehmung fest. In der Psychologie zeigte Sigmund Freud, wie sehr Erlebnisse vor allem in den frühen Phasen des menschlichen Lebens die Sicht der Wirklichkeit bzw. deren Verdrängung beeinflussen. Der Aufstieg der Psychologie richtete die Aufmerksamkeit in vielen Bereichen des Lebens und der Wissenschaft auf die individuellen Wahrnehmungs- und Bewusstseinsvorgänge; die Massenpsychologie wiederum betonte die Triebhaftigkeit und Irrationalität des kollektiven Subjekts, seine Beeinflussbarkeit und Unberechenbarkeit. Im Gefolge des historischen und kulturellen Relativismus und des Psychologismus wurde die Realität am Ende des 19. Jahrhunderts als vorläufige, subjektive Wirklichkeit in einem spezifischen Zeit-Raum-Kontext aufgefasst (Acham 1995, S. 21 ff.; Blumenberg 1964). Aber *subjektiv* bedeutete nun etwas Anderes als bei Kant, der allgemeine Verstandes- und Anschauungskategorien angenommen hatte, über die die subjektiven Wahrnehmungen objektiviert werden, wenn auch nur im Sinn eines Modus des Für-Wahr-Haltens. Nunmehr wurde *subjektiv* als eine individual- oder sozialpsychologische Kategorie verstanden.³ Damit war mit dem historischen, psychologischen und sozialen Relativismus der Boden für die Diskussionen über Wirklichkeit im 20. Jahrhundert bereitet. Michael Hänel stellt dazu fest: »Die Zahl der Literatur zum Thema ›Wirklichkeit‹ ist schon am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts außerordentlich groß und in ihrer Pluralität selbst ein Ausdruck genau der ›Krise‹, die in ihr diagnostiziert wird.« (Hänel 2007, S. 308 f.)

³ Kleinstück verweist darauf, dass es in der Folge zu einer Vermischung von objektiven und subjektiven Bezugnahmen im Gebrauch von Wörtern wie *wirklich*, *Wirklichkeit*, *real*, *Realität*, die in der Alltagssprache allgegenwärtig sind, gekommen ist (vgl. Kleinstück 1971, S. 61).

1.2 Die Wirklichkeit der Natur(wissenschaft) und die Ordnung der Gesellschaft

Großen Einfluss auf das Denken über die Wirklichkeit hatte die *neue Physik* mit ihrer revolutionären Sicht von Zeit, Raum und Beobachtung. »Immer dann, wenn an einer besonderen Stelle des geistigen Lebens eine grundlegende neue Erkenntnis in das Bewußtsein der Menschen tritt, muß die Frage, was denn eigentlich die Wirklichkeit sei, von neuem geprüft und beantwortet werden«, meinte Werner Heisenberg in einer damals unveröffentlichten Schrift (Heisenberg 2019, S. 31). Die Relativitätstheorie hatte in der Öffentlichkeit und unter den Intellektuellen der Zeit, gefördert durch die Popularität der Person von Albert Einstein (vgl. Fölsing 1995), große Aufmerksamkeit erregt. Wenngleich Einstein selbst an der objektiven Wirklichkeit der Natur festgehalten hatte, erschütterte die Theorie nachhaltig die Überzeugung, dass die Natur kausal und auf der Grundlage der Gesetze der klassischen Physik erklärt werden könne.

Der Politiker und Philosoph Kurt Riezler sah in dieser Revolution in der Naturwissenschaft eine *Krise der Wirklichkeit*, denn die neuen Erkenntnisse in der Physik der kleinsten Teilchen und der nur statistischen Wahrscheinlichkeit würden nicht mehr zulassen, eine eindeutige Ordnung der Wirklichkeit anzunehmen. Wir haben, so Riezler, jedenfalls keinen Grund vorauszusetzen, dass die absolute Wirklichkeit eine fertig geformte Ordnung besitzt, die physikalisch erkennbar ist; vielmehr müsse das Weltbild geändert werden, und zwar von einem statischen in ein dynamisches, denn die Welt kann nun nicht mehr als fertig, sondern muss als eine ständig werdende verstanden werden. Das bedeute, dass unsere Kenntnisse gerade nur ausreichen, »jeden bisherigen Glauben in Zweifel zu ziehen, nicht aber einen neuen zu begründen« (Riezler 1928, S. 708). Auch der Mikrobiologe und Erkenntnistheoretiker Ludwik Fleck meinte in seiner Entgegnung auf Riezler, dass sich die Wirklichkeit unaufhörlich verändere und sich immer dann von uns entferne, wenn wir glauben, sie erkennen zu können (Fleck 1929). Aber Erkennen sei, so Fleck, keine passive Kontemplation, sondern ein Umformen des Erkenntnisgegenstandes, eine Art künstlerische Schöpfung, die auch ein aktives Eingehen von Beziehungen und Wechselwirkungen bedinge. Er charakterisierte Wissenschaft als eine freie Kulturschöpfung, weshalb jede Erkenntnistheorie auf soziale und insbesondere auf kulturhistorische Perspektivierungen bezogen werden müsse. Die Denktraditionen, die Wissensgemeinschaften, die Ausbildungsstrukturen und die subjektiven Erkenntnisprozesse schlagen sich in der Wissenschaft nieder, und Fleck stellte fest, dass sie daher weder von der Zeit, dem Raum noch von der Person des Erkennenden zu trennen sei.

Werner Heisenberg beschäftigten die weit über die Naturwissenschaft hinausreichenden Folgen seiner Entdeckung der Unschärferelationen für die »Ordnung der Wirklichkeit« (Heisenberg 2019). Mit der Quantentheorie schließlich sei endgültig deutlich geworden, dass jede Beobachtung unmittelbar in die Wirklichkeit eingreift und dass die Erkenntnisse über die Natur von der Methode, der Messung und dem Beobachter abhängig sind. Diese Tatsache definiert das Objekt der Wissenschaft, weshalb Max Planck feststellte, dass Wirklichkeit in der Physik das sei, was gemessen werden könne. Dennoch sahen Planck und Heisenberg darin nicht eine Minderung der Funktion der wissenschaftlichen Erkenntnis für die Realität des Lebens, vielmehr bedeute Wahrheit nunmehr, »dass wir uns mit *der* Seite der Wirklichkeit auseinandersetzen müssen, bei deren Erkenntnis vom Erkenntnisprozeß nicht mehr abgesehen werden kann« (Heisenberg 2019, S. 175). Das hat, wie Heisenberg anmerkte, nicht nur Folgen für die Wissenschaft und Philosophie, sondern auch Auswirkungen auf die darstellende Kunst, die Literatur, die Architektur und alle anderen Bereiche, vor allem auf die Sozialwissenschaft. Er stellte einen Zusammenhang mit den realhistorischen Veränderungen der Zeit her, die »mit ihrer Unruhe und ihrem Unglück die Werte, die uns bisher gesichert schienen«, bedrohen (Heisenberg 2019, S. 171).

1.3 Die Wirklichkeit der Sozialwissenschaft und die Wissenssoziologie

Max Weber verband die Auffassung von der Möglichkeit einer objektiven Feststellung von kausalen Zusammenhängen mit der Überzeugung von der historischen Relativität des Wissens. Er hatte die Sozialwissenschaft als *Wirklichkeitswissenschaft* bezeichnet und diese als Programm für das »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik« vorgeschlagen (Weber 1988a).⁴ Weber ging es um die reale Wirklichkeit, deren Erforschung auf Tatsachen beruhen sollte, die aber immer mit Deutungen verbunden ist. Sie ist daher Kultur als »ein vom Standpunkt des Menschen mit Sinn und Bedeutung bedachter endlicher Ausschnitt aus der sinnlosen Unendlichkeit des Weltgeschehens« (Weber 1988a, S. 180). Seine Lösung des Wirklichkeitsproblems war pragmatisch, denn für ihn

⁴Wie Friedrich Tenbruck meinte, kann man den Begriff der Wirklichkeitswissenschaft als die systematische und methodologische Grundlage von Webers gesamtem Werk verstehen (Tenbruck 1999; vgl. auch Morikawa 2001, S. 177 ff.; Kruse 1999; Wagner und Zipprian 1987).

bedeutete Erkenntnis der Wirklichkeit »Erkenntnis derjenigen Bestandteile der Wirklichkeit, die für uns in ihrer individuellen *Eigenart* und um derenwillen die *wesentlichen* sind« (Weber 1988b, S. 5). Diese besitzen *Kulturbedeutung*, welche für Weber mit den Wertideen zusammenhing, die das Erkenntnisinteresse, in dem sich die *Wertbeziehungen* niederschlagen, begründen. Er nahm eine einheitliche Wirklichkeit an, die real ist im Sinne ihrer jeweiligen kulturellen Deutung, weshalb ihre Untersuchung sowohl kausales Erklären als auch Verstehen erfordere. Weber verband daher eine realistische Sicht auf Tatsachen mit der Annahme, dass Wirklichkeit immer gedeutet wird und abhängig ist von der realhistorischen Situation und von der Deutungshoheit der kulturell wirkenden Menschen. Geschichtsdeutung und Gegenwartsbestimmung sind wechselseitig aufeinander bezogen, denn jede Gegenwart ist in einen historischen Verlauf hineingestellt (vgl. Mikl-Horke 2011, S. 119 ff.). Weber ging es aber nicht um Geschichtsschreibung, sondern um die Wirklichkeit der Gegenwart, deren Kulturbedeutung sich daher ständig zusammen mit den realen sozialen, ökonomischen, politischen Bedingungen wandelt; sie bildet einen »synchronen und diachronen Zusammenhang der Wirklichkeit, der sich ständig verändert, ständig im Fluss« (Schwinn 2004, S. 532) ist.

Die Ideologiekritik von Karl Marx hatte die Stellung in den Produktionsverhältnissen zum Unterscheidungsmerkmal des wahren oder falschen Bewusstseins der Menschen gemacht und den geschichtlichen Wandel auf dieser Grundlage erklärt, wobei er der Arbeiterklasse die Rolle als Subjekt der Geschichte bei der Überwindung des Kapitalismus zuwies. Doch bald erwies sich auch der Marxismus wie alles Denken als sozial, situativ und historisch bedingt. Georg Lukács sah in ihm daher keine zeitunabhängige Wahrheit (Lukács 1976 [1924]). Wirklichkeit ist in einem ständigen Wandel und dem müsse auch ihre Erklärung entsprechen. Ähnlich sah Eduard Heimann die Wahrheit des Sozialismus als zeitgebunden, aber dennoch objektiv, sofern sie dem dynamischen Charakter der Wirklichkeit entspreche. Die Wahrheit werde hingegen zur Ideologie, »wenn sie festgehalten wird, während die Wirklichkeit weiterschreitet« (Heimann 1932, S. 6).

Karl Mannheim verwies auf die *Seinsverbundenheit* allen Denkens, denn es beruhe auf einem in den Beziehungen der Menschen und ihren Gruppen geformten Bewusstsein; es sei daher notwendig relational und ideologisch. Von dieser *totalen Ideologie* unterschied er aber die *partiellen Ideologien* der politischen Bewegungen. Mannheim bezog die Unterschiede des Denkens auf konkrete historische Situationen, in denen sich voneinander abgrenzbare Soziallagen identifizieren lassen. Das setze, so meinte er, eine Analyse von Struktur und Organisation der Gesellschaft voraus, denn auch das wissenschaftliche

Wissen sei relational; erst auf dieser Grundlage könne es zu einer Selbstreflexion des Geistigen, zu einer *Denk- bzw. Wissenssoziologie*, kommen (vgl. Mannheim 1964, 1969). In diesem Zusammenhang wies Mannheim in Anlehnung an Alfred Weber auf die *sozial freischwebende Intelligenz* in der historischen Situation im deutschen Kaiserreich hin, die konservative Klasseninteressen zu überhöhen und daraus *Ideen* zu schaffen suchte, die Wirkungen in der Realität hatten. Mannheim löste Ideen und Kultur nicht als einen isolierten Bereich des Geistigen von den realen Verhältnissen ab, betonte vielmehr, dass Denken auf die soziale Lage und die sozialen Beziehungen rekurrieren müsse, um seine Bedeutung und Funktion zu erkennen. Denken und Ideologien unterliegen dem Wandel und verbinden sich unmittelbar mit der sozialen und politischen Realität, weshalb Stoffel et al. (2021) in ihrer Behandlung der Wissenssoziologie Mannheims zu der Feststellung gelangen, dass dieser das Denken aus dem Zusammenhang wissenschaftlicher Wahrheit gelöst habe und es politisch relativ werden ließ. Das entsprach jedenfalls der realen Situation der Zeit, in der die politisch-ideologischen Gegensätze immer stärker hervortraten und sich in sozialen Unruhen bemerkbar machten.

1.4 Die Krise der Zeit, die Lebenswirklichkeit und die Metaphysik der geistigen Gemeinschaft

Das frühe 20. Jahrhundert war eine Zeit großer politisch-sozialer Umwälzungen und grundlegend neuer Einsichten und Erkenntnisse, die breite Auswirkungen hatten, welche die Vorstellung einer einheitlichen sinnhaften Wirklichkeit zunehmend problematisch erscheinen ließen. Während sich in Philosophie und Wissenschaft ein neues Denken über Wirklichkeit manifestierte, führte die Verunsicherung der Menschen zu Diskussionen in vielen Bereichen der Kultur und der Gesellschaft, was auch Folgen für die politischen und ideologischen Auseinandersetzungen hatte. Der Erste Weltkrieg hatte das Verschwinden tradierter Vorstellungen von der Ordnung der Welt, der »Welt von gestern«, zur Folge; die Revolution in Russland verlieh Ideen einer neuen sozialen Ordnung real(sozialistische) Bedeutung und schließlich veränderte die Wirtschaftskrise der Großen Depression die existentiellen Grundlagen breiter sozialer Schichten. Allgemein entstand das Gefühl einer Epochenwende, das zunächst bei vielen mit pessimistischen Konnotationen verbunden war (vgl. Spengler 1918; Pinthus 1920). Eine Vielzahl von Zeitdiagnosen beschäftigten sich mit der neuen Gegenwart, wie etwa Hans Freyers *Theorie des gegenwärtigen Zeitalters*, Alfred Müller-Armacks *Diagnose unserer Gegenwart*, Alexander Rüstows

Ortsbestimmung der Gegenwart oder Karl Mannheims *Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus*; sie belegen die Suche nach der neuen Wirklichkeit in Gesellschaft und Kultur in dieser Periode (vgl. Papcke 1991; Bogner 2015, S. 27 ff.).

Ernst Troeltsch machte den historischen Relativismus verantwortlich für das Problem der modernen Denkform, denn dieser begründete den Zweifel an allen ewigen Wahrheiten, was er als »Krisis des Historismus« charakterisierte (Troeltsch 2003; vgl. Oexle 2007). Das sei aber nicht nur ein Problem der Historie, sondern drücke sich im allgemeinen Lebensgefühl aus, was wiederum auf die Wissenschaft und auf die Historie zurückwirke. Troeltsch schrieb insbesondere Marx' Interpretation der Geschichte die Schuld für die Krise zu, denn durch diese erscheine die Wirklichkeit nicht nur als historisch relativ, sondern als abhängig von der Stellung in der Gesellschaft und den dadurch bedingten Interessen. In der Wiederanknüpfung der Historie an die idealistische Philosophie erblickte Troeltsch einen Ausweg aus der Krise des Historismus und der Krise der Zeit (Troeltsch 2003).

Als Reaktion auf die geistige Verunsicherung kam es in Philosophie und Sozialwissenschaft vielfach zu einer Rückkehr zu Auffassungen, die sich gegen den Relativismus, Positivismus und gegen die Rationalisierung des modernen Denkens wendeten. Max Scheler meinte, dass die soziale Bedingtheit des Wissens nichts über die Sachgültigkeit desselben aussagen würde, denn diese leite sich nicht aus Fakten ab, sondern aus dem *Geist*, der durch Wesensschau aus der Perspektive einer essentialistischen Werttheorie erfasst werden müsse (Scheler 1924). Edmund Husserl hatte eine von der (Natur-)Wissenschaft unabhängige *wissenschaftliche Philosophie*, die er Phänomenologie nannte, begründet. Leszek Kolakowski meint, dass Husserl diese nicht so sehr als eine Methode des Philosophierens, sondern als eine Möglichkeit gesehen hatte, um die europäische Kultur »vor dem Niedergang im Skeptizismus« zu retten (Kolakowski 1986, S. 11).

Metaphysische und idealistische Positionen, wie sie Troeltsch, Scheler oder insbesondere auch Martin Heidegger vertraten, zielten auf *Substanz- und Wesenwissen* ab. Auch Robert Reininger erkannte eine Tendenz zur *Metaphysik*, die er aber nur als berechtigt ansah, wenn sie kritisch gegen sich selbst verfare (Reininger 1931, S. 13). In seiner Deutung der Transzendentalphilosophie Kants verwies er auf die Erlebniswirklichkeit als Grundlage des Erkenntnisprozesses und plädierte in diesem Sinn für eine *Methode der Wirklichkeitsnähe* (Reininger 1949), deren Prinzip sein sollte, sich von der Ur Tatsache des Erlebens im Denkprozess nur so weit zu entfernen, wie dies unbedingt notwendig erscheine.

Der Begriff des Lebens begann eine große Rolle in den Diskussionen um die Wirklichkeit zu spielen. Das zeigte sich auch im Spätwerk Husserls, das eine Orientierung an der Lebenswelt und am Sinn des Lebens aufweist (vgl. Husserl 2012 [1936]). Auch in der Wissenschaft, so meinte Hans Vaihinger, gehe es primär um das Gestalten der *Lebenswirklichkeit* und nicht um die Erkenntnis einer Wahrheit im Sinne von Logik und Methode. Er wandte sich in seiner »Philosophie des Als Ob« (Vaihinger 1924) gegen die Selbstzweckhaftigkeit des Denkens und trat, darin Arthur Schopenhauer folgend, für die Unterordnung des Denkens unter den Willen ein. Er erkannte das Denken als eine nützliche Fiktion für die Lebenspraxis und betonte den Willen zur Tat und zur Gestaltung der Wirklichkeit.

Der Geist, das Wissen, das Erkennen dürfen nicht vom *natürlichen Leben* abgetrennt werden, meinte auch Arnold Gehlen, denn erst im Handeln in konkreten Situationen könne man sich selbst und seine Wirklichkeit erkennen lernen. Als bedeutsamste Tatsache seiner Zeit bezeichnete er die Zersplitterung des Geistes in subjektive Überzeugungen, die den »Verlust einer Sphäre objektiv verbindlicher, gemeinsamer Wahrheiten« zur Folge gehabt hätten (Gehlen 1978 [1931], S. 130). Er suchte eine *absolute Phänomenologie* zu entwickeln, die der Neigung zu Vorurteilen, Illusionen, Selbsttäuschungen, also der *Unwirklichkeit* des Geistes, entgegenwirken könne. Dies sollte durch Wiederverknüpfung zwischen Leben und Erkennen erfolgen, was die Aufhebung der Differenzierung in psychische und physische, subjektive und objektive Wirklichkeit zugunsten des Erlebens der Totalität der Situation, der phänomenalen Ganzheit des Moments, erfordere. Darin erblickte Gehlen den *wirklichen Geist*, der ein Zeitalter der geistigen Gemeinschaft und der *Tathandlung* einleiten sollte.

Die gesellschaftliche und politische Realität der Zeit drängte auf Gestaltung durch Handeln. Die *geistige Willensgemeinschaft* und das Tathandeln wurden der kalten Logik des rational-wissenschaftlichen Denkens entgegengesetzt. In diesem Sinn warf Eric Voegelin Weber trotz dessen Betonung des Handelns eine »Tatlähmung durch den Verstand« vor (Voegelin 1995, S. 40). Für Voegelin war Webers Auffassung von der historischen Relativität des Wissens falsch, denn sie mache die Wissenschaft zum Instrument der Politik. Hans Freyer meinte, in der Wirklichkeitswissenschaft der Gegenwart könne es für den, der »gesellschaftlich etwas will«, nicht um Wissenschaftlichkeit gehen, sondern um Entscheidungen über die Gestaltung der Lebenswirklichkeit (Freyer 1964 [1930], S. 169). Die Willensgemeinschaft wurde in Wissenschaft und Philosophie, aber auch in der Politik und der Öffentlichkeit als Akteur und Subjekt gesellschaftlicher Gestaltung beschworen. Die Betonung der geistigen Wesenseinheit drückte sich auch in der Gesellschafts- und Staatslehre Othmar Spann's aus, in der Gesellschaft

und Staat als quasi-mystische Gemeinschaften idealisiert wurden (vgl. Spann 1921, 1923).

Die Orientierung an Leben, Willen, geistiger Gemeinschaft hatte, wie Otto Gerhard Oexle feststellt, symptomatische Bedeutung für die weitere gesellschaftliche und politische Entwicklung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland (Oexle 2002). Die Krise der Wirklichkeit, die auch Chancen für ein neues Verständnis der Situation geboten hätte, wurde in der Folge überlagert von einer durch Gewalt und Propaganda oktroyierten Gleichschaltung des Denkens. Die Verunsicherung über die Wirklichkeit wirkte aber auch nach dem historischen Einschnitt durch Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg weiter, wurde teilweise verdrängt, nahm aber auch ganz neue Formen an.

2 Die Krise der Wirklichkeit in der Gegenwart

2.1 Soziale Wirklichkeit ohne Geschichte

Nach der harten Realität des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit beklagte schon Helmut Schelsky wieder das Vordringen von »abstrakten erfahrungsleeren Vorstellungen« und den Verlust der Wirklichkeit: »Wir erleben die Vorgänge einer modernen Mythenentstehung am eigenen Leibe, aber wir sind auch die Neuprimativen, die in dieser mythisch verstellten Welt als ihrer Wirklichkeit leben.« (Schelsky 1965, S. 395) Das Misstrauen gegen Ideen, die den gegenwärtigen Realitäten nicht angemessen seien und dazu benützt werden können, jedes Verhalten zu rechtfertigen, ließ ihn sich der empirischen Forschung zuwenden, wohl wissend, dass auch die reinen Fakten vieldeutig sind. Die unter dem Einfluss der amerikanischen Sozialwissenschaft nun geförderten Untersuchungen des Verhaltens der Menschen in der Gesellschaft gingen aber von einer weitgehend ahistorischen Sicht aus. Damit verbunden kam es in den Sozialwissenschaften im Zuge ihrer zunehmenden Professionalisierung zu einer starken Betonung von Methode und wissenschaftlichen Standards, die auch Kritik im Sinne der Verzerrung der Wirklichkeit hervorrief (vgl. Matthes 1985). Als Kontrast dazu entstand auch wieder ein Streben nach der *realen Wirklichkeit*, was sich in einem neuerlichen Boom an Zeit- und Gesellschaftsdiagnosen manifestierte (vgl. Bogner 2015; Dimbath 2016; Reese-Schäfer 1996; Osrecki 2011; Schimank und Volkmann 2007). Nunmehr suchten sie jedoch die Wirklichkeit der Gegenwart aus Erwartungen in Bezug auf die Zukunft zu deuten, was durch die rasche und revolutionäre technologische Entwicklung und den auf zukünftige Erwartungen gerichteten Finanzkapitalismus der Gegenwart, die

Ungewissheit zum Prinzip des Handelns machen, gefördert wurde (vgl. Beckert 2018). Die Vergangenheit verlor ihre Gegenwartsrelevanz und wurde in Form einer moralisierenden Erinnerungskultur selektiv konserviert (vgl. Oexle 1995). Begrifflichkeiten wie »postindustriell«, »postmodern«, »postkolonial«, »postfaktisch«⁵ drücken die Unsicherheit über die Beurteilung der Gegenwart durch den Verlust ihrer Geschichtlichkeit aus.

Zweifel und Verdacht gegen die Wirklichkeit, deren Anwachsen Gunter W. Remmling seit dem 19. Jahrhundert konstatierte (Remmling 1975), hatten im Verlauf des ausgehenden 20. Jahrhunderts eine Radikalisierung durch den Konstruktivismus, die postmoderne und postkoloniale Kritik an Geschichte, Moderne und rationaler Wissenschaft, die Politisierung der kollektiven Identitäten und insbesondere durch die Verbreitung und Wirkung der elektronischen Medien erfahren. Als Ergebnis wurde die Wirklichkeit nicht nur als vielfältig und subjektiv erkannt, sondern als Täuschung, Fiktion und Illusion. Zweifel und Verdacht wurden zur selbstverständlichen Annahme, sodass Verständigung in der Gegenwart angesichts der Unvereinbarkeit der Wirklichkeitsdeutungen in vielen Fällen kaum mehr möglich ist.

2.2 Die konstruktivistische Perspektive der Wirklichkeit

Die Erkenntnis der modernen Physik, dass Beobachter und Methode die Wirklichkeit, die erforscht werden soll, verändern, wurde zu einem erkenntnistheoretischen Konstruktivismus verallgemeinert, der weit über den Bereich von Philosophie und Wissenschaft hinaus Wirkung im Sinne eines allgemeinen Denkstils entfaltete. Der radikale Konstruktivismus stellt die Frage nach der Wirklichkeit überhaupt nicht mehr bzw. geht davon aus, dass es jedenfalls nur subjektive Wirklichkeiten gibt und die Aufgabe der Wissenschaft nicht primär in der Wahrheitsfindung, sondern im Problemlösen besteht (vgl. Glasersfeld 1985). Der Konstruktivismus hat aber zahlreiche unterschiedliche Spielarten entwickelt, so etwa untersucht der neurobiologische Konstruktivismus Wirklichkeit als virtuelles Konstrukt der neuronalen Prozesse im Gehirn (vgl. Roth 2000), in der Psychologie und Soziologie wurde die Abhängigkeit der Wahrnehmungen und

⁵ Die Bezeichnung *postfaktisch* wurde 2016 von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres gekürt. Wie kein anderer Begriff verweist er auf die spezifische Krise der Wirklichkeit in der Gegenwart.

Deutungen von den Situationsbedingungen und von den Interaktionsprozessen hervorgehoben (vgl. Watzlawick 1976; Jung und Müller-Doohm 1995).

In den Sozial- und Kulturwissenschaften gewannen symbolisch-interaktionistische, systemtheoretische, poststrukturalistische, sprach- und diskurstheoretische Konzeptionen großen Einfluss. Die Fähigkeit der Kommunikation, eine gemeinsame Wirklichkeit innerhalb einer Kommunikationsgemeinschaft, die diese auch gleichzeitig begründet, zu erzeugen, wurde schon von Alfred Schütz aufgezeigt (vgl. Schütz 1971 [1955]). In der sich auf ihn berufenden phänomenologischen Soziologie wird Wirklichkeit als Produkt und Produzentin einer Kommunikationsgemeinschaft gesehen (vgl. Berger und Luckmann 2016). Die Hervorhebung der sozialen, kommunikativen Konstruktion der Wirklichkeit machte, wie Thorsten Benkel feststellt, intersubjektivität zum »Konvergenzpunkt der sozialen Realität« (Benkel 2007, S. 39). Niklas Luhmann definierte Wirklichkeit als Produkt eines sinnkonstituierenden Systems, das auf der Differenz zur Umwelt beruht. Dabei muss Wirklichkeit als real unterstellt werden, obwohl sie erst geschaffen werden muss; sie ist daher in seiner Sicht zugleich kontingent und paradox, und Luhmann formulierte daher: »Die Realität ist das, was man nicht erkennt, wenn man sie erkennt.« (Luhmann 1990, S. 51) Die Verbindung von Systemtheorie, Konstruktivismus und interaktiver Symbolik bewirkte eine Fokussierung auf Systeme von Kommunikationen und Symbolen. »Kommunikationen bilden, wenn autopoietisch durch Rekursionen reproduziert, eine emergente Realität sui generis. Nicht der Mensch kann kommunizieren, nur die Kommunikation kann kommunizieren.« (Luhmann 1998, S. 105) Wirklichkeit wird zwar ständig in unzähligen Diskursen immer wieder neu interpretiert, nimmt einen fluiden Charakter an (vgl. Knoblauch 2007, 2017), wird aber gleichzeitig als Grundlage der sozialen Ordnung gesehen. Dadurch wird in den soziologischen Theorien eine quasi-harmonische Kommunikationsgemeinschaft bzw. ein einheitliches Sinnsystem angenommen, was nicht nur den realen Erfahrungen, sondern auch den Annahmen der Relativität und Subjektivität der Wirklichkeitsdeutungen widerspricht; zudem wird dadurch die Erkenntnis und Behandlung von Verständigungsproblemen und Konflikten behindert.

2.3 Moderne und postmoderne Wirklichkeit: Die performative Funktion von Sprache und Diskurs

Die Hervorhebung der Konstruktion von Wirklichkeit durch Sprache und Kommunikation verlieh den Sprachwissenschaften für die Erklärung der sozialen Wirklichkeit große Bedeutung, was sich im sogenannten *linguistic turn* in den

Geistes- und Sozialwissenschaften manifestierte. In sprachwissenschaftlicher und diskurstheoretischer Sicht stützt sich Wirklichkeit auf Zeichen und entsteht durch Benennung und Interpretation (vgl. Keller et al. 2018; Felder und Gardt 2018). Wie John R. Searle aufzeigt, bedingt die sich selbst identifizierende Eigenschaft der Sprache ihre konstruktive Fähigkeit in Bezug auf die soziale Wirklichkeit. Sie erzeugt, wie es Searle treffend formuliert, Wirklichkeit »by trying to change the world to match the content of the speech act«; sie resultiert in einem »world-to-word-fit« (Searle 2010, S. 11).⁶

Auch die poststrukturalistischen Philosophen in Frankreich wie Jacques Derrida oder Michel Foucault hatten diese aktiv konstruktive Fähigkeit der Sprache betont und Texte und Diskurse nicht als Produkte, sondern als Produzenten von Wirklichkeit gesehen; in diesem Sinn ist Wirklichkeit eine Erzählung (vgl. Rusch 1996). Foucault meinte, Diskurse seien Praktiken, die die Gegenstände bilden, von denen sie sprechen (Foucault 1973, S. 74). Diese bestehen daher nur so lang als die Menschen sich nicht dem Diskurs entziehen, sonst wird die jeweilig gemeinte Wirklichkeit bedeutungslos. Derrida sah Texte als schöpferisch an, allerdings in dem Sinn, dass sie Denken und Sprache im Sinn der Herrschenden verändern. Den Poststrukturalisten geht es daher vornehmlich um die Dekonstruktion der Narrative, die die moderne Sicht der historischen und sozialen Wirklichkeit bestimmt haben. Sie wollen die dahinterliegenden Strukturen aufzeigen, die das, was wir als Wirklichkeit zu wissen meinen, erzeugen.⁷ Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Geschichtsschreibung gelegt, die als eine *metanarrative* aufgefasst wird, die dekonstruiert werden müsse, um aufzuzeigen, was verschwiegen oder vorgetäuscht wird und welche Wirkungen dies hat. *Die Moderne* wird als eine diskursive und hegemoniale Konstruktion verstanden, gegen die sich das *postmoderne Wissen* wende und Kultur, Religion, Politik und Gesellschaft als performative Narrative enttarne (Lyotard 1986). Die Postmoderne⁸ kann man daher mit Lyotard als eine kulturelle

⁶Die Auffassung, wonach Sprache die Wirklichkeit erzeugt, manifestiert sich gegenwärtig auch in Forderungen nach *political correctness* der Ausdrucksweise in der Öffentlichkeit, in den Medien und in der Politik.

⁷Zur Bedeutung des Poststrukturalismus für die Sozialwissenschaften siehe Moebius und Reckwitz (2008).

⁸Der Begriff der Postmoderne selbst kam in den 1950er Jahren auf, das entsprechende Denken lässt sich aber bis in das 19. Jahrhundert zurückverfolgen (vgl. Vattimo 1990). Gegen Ende des 20. Jahrhunderts wurde *postmodern* zunehmend zu einer Formel mit diffuser Bedeutung.

Bewegung gegen die performative Zielstrebigkeit der Moderne sehen. Sie bedient sich eher ästhetischer Formen und verbindet sich mit Bewegungen in Kunst und Literatur im Sinn der Offenheit des Wissens, wie sie auch Paul Feyerabend vertrat. In diesem Sinn wurde Geschichtsschreibung als eine Art von Literatur aufgefasst, als »Fiktion des Faktischen« (vgl. White 1991).

Auch die moderne Wissenschaft wurde zum Angriffspunkt postmoderner Kritik, die sie als Konstrukt der Moderne, als Metanarrativ und Ausdruck sozialer und politischer Macht und Interessen, und als selbstbezüglichen Diskurs betrachtet. Wirklichkeit und Wahrheit werden demnach von ihr nicht entdeckt, sondern erfunden und erzeugt. Jean Baudrillard meinte, die Wissenschaft lasse die Wirklichkeit verschwinden, indem sie sie beschreibt und erforscht, weshalb es in der Moderne zu einer *Präzession der Simulakra* gekommen und die Unterscheidung zwischen dem Realen und dem Imaginären verschwunden sei. Operationale Erkenntnis, Modelle, Abstraktion und Simulation würden eine *Hyperrealität* erzeugen (Baudrillard 1978). Bruno Latour zeigte, dass Objekt und Subjekt im Forschungsprozess erst entstehen und die Objekt-Subjekt-Trennung »eines isolierten und vereinzelt Geistes-im-Gefäß, der auf eine Außenwelt schaut, von der er vollständig abgeschnitten ist, während er gleichzeitig Gewissheit aus dem fragilen Gewebe von Worten herauszuziehen versucht [...]«, eine Fiktion sei (Latour 2000, S. 363).⁹

Die postmoderne Kritik zeigte die Rolle auf, die Symbole, Zeichen, Diskurse und Texte für die Entstehung der Wirklichkeit, die wir als gegeben annehmen und in unserem Handeln umsetzen, haben. Doch die einseitige Betonung der Konstruktivität und Performativität lässt die Realität verschwinden, indem sie sie von ihrer substantiellen Grundlage löst, wie Jürgen Habermas kritisch feststellte (Habermas 1985). Oder man kann auch sagen, dass die Zeichen das Reale werden und die Realität zu einem *Reich der Zeichen* wird.¹⁰

⁹In den 1990er Jahren kam es zu als *science wars* bekannt gewordenen Auseinandersetzungen zwischen französischen Poststrukturalisten, unter ihnen auch Bruno Latour, und US-amerikanischen Wissenschaftlern und Philosophen wie Norman Levitt oder Alan Sokal, die die postmoderne Wissenschaftskritik als »Higher Superstition« bezeichneten (Gross und Levitt 1994). Sie wandten sich nicht nur gegen die postmoderne Kritik der Wissenschaft, sondern auch allgemein gegen den Konstruktivismus.

¹⁰Roland Barthes hat dies demonstriert, indem er es zur Beschreibung Japans einsetzte. Er suchte dabei dezidiert keine *Realitäten* darzustellen, sondern durch Aufnahme einer gewissen Anzahl von Elementen ein beliebiges System von Symbolen zu bilden (Barthes 1981).

2.4 Die postkolonialen Wirklichkeiten

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts herrschte bei vielen Politikern und Wissenschaftlern die Erwartung vor, dass die industriegesellschaftliche Entwicklung auch die Ausbreitung der westlichen Rationalität, der Prinzipien von Demokratie und Marktwirtschaft sowie ganz allgemein der westlichen Kultur in der Welt zur Folge haben würde. Gegen Ende des Jahrhunderts sprach man dann meist von Globalisierung und verband dies mit unterschiedlichen Vorstellungen, die von Handels- und Informationsnetzen bis hin zu Hoffnungen auf eine friedliche globale Zivilisation reichten. Viele Sozial- und Kulturwissenschaftler gelangten allerdings auch zur Einsicht, dass es viele Wege der Modernisierung gibt (vgl. Eisenstadt 2000, 2003; Schwinn 2006), und manche forderten ein globales oder kosmopolitisches Denken (vgl. Albrow 1996; Beck 2016). Seit dem Ende des Kolonialismus war auch ein Diskurs entstanden, in dem es um die Anerkennung der autonomen Sicht von Wirklichkeit der außerwestlichen Völker geht. Indigene, meist aber im Westen ausgebildete Intellektuelle, entwickelten eine kritische Sicht in Bezug auf die abendländische Geschichtsschreibung und die *westliche* Moderne, da sie Kulturen und Denkweisen der *anderen* ausgeblendet oder verfälscht hätten (vgl. Said 1978; Amin 1989). Die Sicht der westlichen Interpreten, so das Argument, enthalte nur jene Elemente der anderen Kulturen, die sie verstanden bzw. verstehen wollten, alles andere sei zu *invisible histories* geworden (Feierman 1999). Shalini Randeria wirft dem westlichen Denken ein selbstreferentielles Geschichtsbewusstsein vor; demgegenüber hätten sich die nicht-westlichen Wissenschaftler immer schon im Kontext globaler Bezüge gesehen, denn das Bewusstsein der eigenen Relationalität sei für das Selbstbild der post-kolonialen Gesellschaften konstitutiv gewesen (Randeria 1999). Post-koloniale Auffassungen zielen auf die Neubewertung der Weltgeschichte, in der die Kolonialisierungserfahrung aufgearbeitet werden soll. Gurminder Bhambra fordert eine »epistemological decolonization« durch »re-inscribing ›other‹ cultural traditions into narratives of modernity« (Bhambra 2014, S. 130, 2007), was allerdings nicht von westlichen Historikern und Wissenschaftlern erfolgen darf.

In den post-kolonialen Diskursen zeigt sich eine Nähe zu post-strukturalistischen und postmodernen Auffassungen, denn Geschichte, Wissenschaft, Staat und Demokratie werden als hegemoniale Narrative des als

einheitliche Zivilisation verstanden *Westens*¹¹ gesehen, die andere Wirklichkeiten verdrängt und überlagert hatten. Die Betonung der Menschenrechte, der Demokratie und des Liberalismus als *westliche* Werte, die dem Selbstverständnis und der Identität des Westens dienen, verbindet sich mit einem universalistischen Geltungsanspruch, der zunehmend auf Widerstand trifft. Gleichzeitig wird die jeweilige eigene soziale und kulturelle Identität hervorgehoben, die in Differenz zum *Westen* definiert wird, sodass die *Kultivierung* der indigenen Kultur mit der Konstruktion von Fremdheit einhergeht (vgl. Assmann und Assmann 1990; Lamont und Fournier 1992). Mitunter wird auch von einem nicht überwindbaren Gegensatz des Denkens und Fühlens ausgegangen (vgl. Dreher und Stegmaier 2007). Eine eigene Art von Wissenschaft, insbesondere von Kulturwissenschaft und Sozialwissenschaft, soll entstehen, etwa eine *African-centered sociology* oder eine *black sociology*, die auf der Grundlage einer »African cosmology, ontology, axiology and epistemology« (Ampofo 2019, S. 68) entwickelt werden soll (vgl. Carroll 2014).

In diesen Auffassungen bleiben die Wechselbeziehungen zwischen den Kulturen, die in langer zeitlicher Sicht vor sich gegangen sind, meist unberücksichtigt, sodass das vielfach gegebene Unverständnis des Westens für die Situation in anderen Teilen der Welt auf eine fundamentale Zurückweisung moderner westlicher Werte trifft, die sich in manchen Fällen auch der Mittel des Terrors bedient (vgl. Appadurai 2009; Mishra 2017).

2.5 Kollektive Identitäten und ihre Politisierung

In den postkolonialen Kritiken zeigt sich das Streben nach der Anerkennung der eigenen historischen, kulturellen, sozialen Identität der außerwestlichen Intellektuellen. Dabei bezieht sich der Begriff der Identität nicht mehr nur auf die individuelle, persönliche Eigenart, sondern wird im Sinn der Zugehörigkeit zu Gruppen, Klassen, Kulturen verstanden. Kwame Anthony Appiah setzt sich mit grundlegenden Identitäten von »Creed, Country, Colour, Class, Culture« (Appiah 2019) auseinander, die in einer langen Geschichte Traditionen, Vorstellungen und Benennungen entwickelt haben, und neben *Geschlecht* als der ältesten

¹¹ Unter dem »Westen« wird hier ein verallgemeinernder ideologischer Begriff ohne genaue räumliche Abgrenzung (so wird mitunter auch Japan zum Westen gezählt) verstanden, der seinen Ursprung in kritischen Kommentaren zur Modernisierung im Sinne der USA bzw. der europäischen Kolonialstaaten hat.

Form menschlicher Identität existieren. Die Bindung an eine Gruppe bedeutet Motivation, Zugehörigkeit, Selbstverständnis und Positionierung, sie ermöglicht gemeinsames Handeln, aber sie dient vor allem der Unterscheidung von anderen. »In sum, identities come, first, with labels and ideas about why and to whom they should be applied. Second, your identity shapes your thoughts about how you should behave; and third, it affects the way other people treat you.« (Appiah 2019, S. 12) Appiah charakterisiert sie als »lies that bind«, die immer wieder Dispute auslösen darüber, wer dazugehört, wie die einzelnen sich verhalten und behandelt werden sollen. Sie sind keine eindeutigen Gebilde, sondern vielschichtig und veränderbar.

Identitäten haben auch mit der Zuordnung von Status, Würde und Macht zu tun, und das habe, wie Francis Fukuyama (2019) aufzeigt, seit den 1960er Jahren zu einer Welle neuer sozialer Bewegungen geführt, die von der *weißen Elite* in US-amerikanischen Universitäten ausging. Die identitätspolitischen Agenden zielten zunächst auf Gleichberechtigung und Gleichbehandlung marginalisierter oder benachteiligter Gruppen, später allerdings wurde die Anerkennung der besonderen Identität gegenüber der Mainstream-Gesellschaft gefordert und auf alle Gruppen bezogen, deren Eigenwert in der Selbst- oder Fremdeinschätzung zu wenig anerkannt wird. Das bezieht sich etwa auf die feministische Bewegung, den Umgang mit behinderten Menschen, mit Menschen anderer Hautfarbe, anderer religiöser Zugehörigkeit, anderer sexueller Orientierung etc. Vielfach kommt es durch die Etikettierung erst zur Wahrnehmung einer eigenen Gruppe von Menschen, die dadurch als *anders* auf Grund eines bestimmten Merkmals identifiziert, gleichzeitig aber auch darauf reduziert werden.

Identitäten haben ein Janusgesicht von Bindung und Differenz, wodurch, wie Andreas Reckwitz meint, eine »Doppelstruktur von Singularisierung und Polarisierung« entsteht (Reckwitz 2019, S. 22). *Singularisierung* nennt Reckwitz die Hervorhebung des einzigartigen Merkmals bzw. der auszeichnenden Eigenschaften oder Leistungen, die von bestimmten Gruppen bzw. stellvertretend für diese eingefordert werden. Er sieht darin das größte Problem der Gegenwart, da identitätspolitische Diskurse sich häufig mit polarisierenden Attitüden verbinden, die von einer grundsätzlichen Unmöglichkeit, die Wirklichkeiten anderer Kulturen, Gruppen oder Minderheiten zu verstehen, geprägt sind (Reckwitz 2017). Der Gegensatz der Wirklichkeiten wird zur Selbstverständlichkeit, was Verständigung unmöglich erscheinen lässt. Identitätspolitische Forderungen bedienen sich häufig moralisierender Argumentationsweisen und emotionsgeladener Agitation, was zur Entstehung »aggressiver Identitäten« (Appadurai 2009, S. 67 ff.) führt. Durch die mediale Produktion und Verbreitung von Informationen und Meinungen werden die soziokulturellen Gegensätze und

Konflikte in der Gegenwart zu kaum zu überwindenden Spaltungen der Gesellschaften.

2.6 Die Technologie der Wirklichkeitserzeugung: Mediale, virtuelle, artifizielle Wirklichkeit

Die Zweifel an der Realität, die Vervielfältigung der Wirklichkeiten und die polarisierenden Diskurse werden durch die Wirkung der Medien stark gefördert. Die gewaltige Zunahme der Bedeutung der Sprache und der Bilder durch die Massenmedien führte zu einer Kritik der dadurch möglich gewordenen Manipulation und Täuschung; so etwa suchte Jean Baudrillard mit provokanten Formulierungen wie »Der Golfkrieg findet nicht statt« und »l'an 2000 ne passera pas« zu zeigen, wie die mediale Flut von Bildern und Zeichen eine eigene Realität erzeugt (vgl. Baudrillard 1990). Niklas Luhmann stellte fest: »Die Medien erzeugen eine Beschreibung der Realität, eine Weltkonstruktion, und das *ist* die Realität, an der die Gesellschaft sich orientiert« (Luhmann 1998, S. 1102). Auch Gianni Vattimo meinte, die *totale Medialisierung* unserer Erfahrung resultiere in einer *erleichterten* Wirklichkeit, weil die Trennung zwischen dem Realen und der Information, der Fiktion, aufgehoben werde (Vattimo 1998). Die Massenmedien erreichen mit ihren Sendungen eine Vielzahl von Menschen gleichzeitig, doch sie stellen gegenwärtig nur mehr einen Teil der medialen Welt dar.

Mit dem Internet und den sog. *Sozialen Medien*, hat sich auch die Art und Weise der medialen Wirkungen gewandelt. Die Informationstechnologie macht Eingriffs-, Gestaltungs- und Rückmeldeprozesse möglich, mit denen Wirklichkeiten erzeugt werden (vgl. Sutter 2008). Die Digitalisierung wird oft mit dem Begriff der virtuellen Wirklichkeit verbunden, was auf nicht-aktualisierte, nur latente Möglichkeiten und damit auf Kontingenz verweise, meint Elena Esposito (1998, 2014; vgl. auch Welsch 1998). Die Realität werde in alternative Wirklichkeiten transformiert, die aber nur dann *real* werden, wenn man sie sucht und produziert. Simulation und Realität gehen solcherart ineinander über, denn jede erzeugte Wirklichkeit suggeriert die Möglichkeit, dass alles auch anders sein könnte. Felix Stalder sieht die Entstehung einer *Kultur der Digitalität* (Stalder 2016), die er durch drei Merkmale charakterisiert: *Referentialität* im Sinn der fortlaufenden Erzeugung und Erneuerung von Bedeutung und Selbstkonstitution; *Gemeinschaftlichkeit* selbstbezogener Bedeutungswelten; *Algorithmizität*, die automatisierte Entscheidungsverfahren ermöglicht, die sich dynamisch und adaptiv selbst verändern und verbessern. Im Fall der Artificial Intelligence

ergeben sich daraus auch Fragen in Bezug auf Wahrnehmung und Denken nicht-menschlicher Aktanten und deren Wirklichkeit.

Die Wirklichkeit erzeugende Kapazität der *Social Media* ermöglicht, dass die Menschen an der Produktion der Wirklichkeit teilnehmen, indem sie zu Sendern werden. Darin sah man eine Demokratisierung des Wissens und den Beginn einer egalitären Kommunikation. Doch gewannen die Internetplattformen, die enorme Datenmengen sammeln und ihre Informationen personalisieren, große Macht und Einfluss auf das Denken und Verhalten der Menschen, was Kritiker als Eingriff in die individuelle Autonomie und Freiheit sehen und *Selbstermächtigung* fordern (vgl. Augstein 2017; Kemper et al. 2014). Ganz allgemein stellt Felix Stalder fest: »Die Kontrolle über Daten, welche die Welt detailliert und in Echtzeit beschreiben, ist ein wesentliches Element der zeitgenössischen Konstituierung von Macht.« (Stalder 2016, S. 269) Die Digitalisierung verändert auch die Art, wie Wissenschaft und Forschung betrieben werden, und sie hat große Bedeutung dafür, wie Entscheidungen in allen Bereichen der Berufe und des Alltags getroffen werden. Die globale Verbreitung der digitalen Medien hat zudem die Beziehungen zwischen den Gesellschaften, Kulturen und Staaten der Welt verändert, hat insbesondere jene der außerwestlichen Völker zum Westen beeinflusst (vgl. Schachtner 2015).

Die Kommunikation in den sozialen Medien führt aber immer wieder auch zu einer *information disorder*; denn in ihnen zirkulieren die unterschiedlichsten postings, die von jedermann über Facebook, Twitter, Instagram etc. in die Welt gesetzt werden können. Sie werden kaum auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft, was die Verbreitung von *fake news*¹² oder *alternativen Fakten* begünstigt. Es entstehen Meinungsgruppen, die wie Echokammern funktionieren, wobei es innerhalb der Gruppe zu einer gegenseitigen emotionalen Verstärkung, oft in einem negativ-polarisierenden Sinn, kommt (vgl. Kucklick 2014; Adolf 2021). In Konflikten verwenden die Gegner, seien dies Staaten, politische Parteien oder soziale Gruppen, die sich um bestimmte Themen formieren, die Medien, um alternative Wirklichkeiten zu präsentieren. In den Massenmedien werden etwa Bilder und Berichte aus Kriegsgebieten dazu benützt, die eigene Position zu legitimieren bzw. den Gegner zu schaden, in den sozialen Medien werden häufig bewusst falsche Fakten lanciert oder gegenteilige Meinungen diskreditiert. In der

¹²Als *fake news* kann man Nachrichten bezeichnen, die falsch oder irreführend sind und die von Menschen verbreitet werden, die eine Täuschungsabsicht verfolgen oder denen die Wahrheit gleichgültig ist (Jaster und Lanius 2019, S. 95; vgl. auch Eleftheriadi-Zacharaki et al. 2022).

Diskussion in den sozialen Medien dominieren moralisierend-emotionale und irrationale Elemente, während sachliche Argumente und die Analyse der Gesamtsituation oder ganz allgemein die Vernunft auf der Strecke bleiben (vgl. Flaig 2017). Emotionen, Spekulationen, Meinungen, Täuschung treten an die Stelle von Fakten, was zu der derzeit kursierenden Rede vom *postfaktischen Zeitalter* bzw. von *postfaktischer Politik* geführt hat (vgl. Vogelmann und Nonhoff 2021). Durch die Pluralität der Wirklichkeiten wird die Unsicherheit in Bezug auf die Realität endemisch, Zweifel und Verdacht zum Normalzustand; eine (scheinbare) Gewissheit kann das Individuum nur dadurch erlangen, dass es sich für eine der angebotenen *Wahrheiten* entscheidet und andere ausschließt.

Die Fragmentierung und Polarisierung der Wirklichkeit in den sozialen Medien schlägt sich auch in politischen Bruchlinien in der Gesellschaft nieder. Das zeigt sich in der Gegenwart etwa bei den Fragen der Migration, des Klimawandels und der Pandemiebekämpfung (vgl. Maul 2020). Die in den sozialen Medien kursierenden Meinungen, denen Politiker aus wahltaktischen Gründen allzu große Aufmerksamkeit schenken, erschweren die sachliche Beurteilung öffentlicher Themen; das verändert die politische Meinungsbildung und -äußerung, untergräbt aber auch die Demokratie (vgl. Stalder 2016, S. 203 ff.; Han 2021; Bogner et al. 2022).

3 Wie ist Verständigung über eine gemeinsame Wirklichkeit möglich?

Die Krise der Wirklichkeit ist in der Gegenwart nicht primär ein Erkenntnisproblem, sondern ein Problem der Verständigung über eine gemeinsame Realität. Verständigung erfordert zunächst eine Versachlichung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, was auch eine Aufgabe der Wissenschaft, einer *neuen Wirklichkeitswissenschaft*, sein sollte. Die gegenwärtigen Kulturprobleme unterscheiden sich von jenen in der Zeit Max Webers in vieler Hinsicht, aber sie benötigen für ihre Diagnose und als Voraussetzung für ihre Therapie jedenfalls ein Programm einer Wissenschaft, die auf einen gemeinsamen Wahrheitsanspruch abzielt. Das setzt auch voraus, die Methoden, Denkweisen und die Organisation des Wissenschaftsbetriebs zu überdenken. Dieser darf nicht durch die Fixierung auf Methoden und Standards, Zahlen und Zeichen zum Wirklichkeitsverlust bzw. zur Erzeugung von Fiktionen beitragen bzw. die Illusion von Gewissheit erzeugen (vgl. Esposito 2014; Bonß und Hartmann 1985; Fasching 2003, 2014).

Das erfordert, wie manche in Wissenschaft und Philosophie meinen, einen neuen Realismus.¹³

3.1 Wissenschaft, Wirklichkeit und neuer Realismus

Die postmodernen und poststrukturalistischen Ansätze einerseits und der radikale Konstruktivismus andererseits haben, wie Thorsten Benkel feststellt, dazu geführt, dass die Wirklichkeit als »das abgeschlagene Haupt einer realistischen Betrachtungsweise« erscheint (Benkel 2007, S. 9; vgl. Heisterhagen 2017). Hans Bude stellt fest, dass die Hervorhebung der Relativität und Diversität allen Wissens durch konstruktivistische und poststrukturalistische Sichtweisen zunächst einen Akt der Befreiung darstellte, der sich aber dann in eine Doktrin der Schließung verwandelte (Bude 2018). Er sieht die Gefahr des Wirklichkeitsverlustes ganz allgemein darin, dass die Theorie der Erkenntnis mit einer Theorie der Wirklichkeit verwechselt und nicht die Welt, sondern das Subjekt als erster Bezugspunkt des Erkennens betrachtet wird.

Einen *neuen Realismus* fordert Markus Gabriel, den er als notwendig erkennt, um den »postmodernen Vulgärnetzschanismus« und den Konstruktivismus zu überwinden (Gabriel 2018, S. 50; vgl. auch Gabriel 2014). Der Konstruktivismus setze zu allgemein auf Verdacht, dagegen müsse man sich wieder an Wahrheit im Sinn von Aussagen, die einen Sachverhalt so darstellen, wie er ist, orientieren. Das setze voraus, dass zwischen Wissen und Wissensansprüchen, zwischen Wahrheit und Für-Wahr-Halten, zwischen Tatsachen und Fiktionen unterschieden wird bzw. angenommen wird, dass zwischen diesen unterschieden werden kann.

Andere philosophische Ansätze eines neuen oder *kritischen* Realismus knüpfen an Nicolai Hartmann oder an Hans Albert an, andere orientieren sich an Traditionen, die auf George Santayana und andere zurückgehen. Hubert Dreyfus und Charles Taylor gehen bis auf René Descartes' Trennung von äußerer Realität und inneren Ideen zurück, die sie als neuzeitlichen Irrweg sehen, dem gegenüber sie für die Unmittelbarkeit der Erkenntnis der Realität eintreten (Dreyfus und Taylor 2016). Einen von vielen Einflüssen bestimmten kritischen Realismus mit transzendental-dialektischen Zügen entwickelte der britisch-indische Philosoph Roy Bhaskar (1989; vgl. auch Bhaskar und Hartwig 2010). Auch die evolutionäre Erkenntnistheorie wird als Grundlage herangezogen, so etwa von

¹³Allgemein zu Wissenschaft und Realismus siehe Sandkühler (1992).

Gerhard Vollmer, dessen *hypothetischer Realismus* die Erkennbarkeit der Realität durch die Fähigkeiten, die durch die Anpassung an die Umwelt entwickelt wurden, erklärt (vgl. Vollmer 2002).

Der neue Realismus soll, so die überwiegende Meinung, weder naiv sein noch von der Annahme einer objektiven und einheitlichen, durch Gesetze erfassbaren Realität ausgehen, sondern auf einem breiten kritischen Diskurs über Wirklichkeit, Fiktion, Simulation und virtueller Realität beruhen. Auch Täuschungen, Illusionen, Fiktionen sind insofern real, als sie Wirkungen hervorrufen. Sie ermöglichen aber auch Distanz zur Realität, indem sie alternative Realitäten darstellen, wodurch sie unser Verhältnis zur Realität verändern, meint Elena Esposito. Sie folgert daraus, dass man über Wirklichkeit nicht im Sinn dualer Begriffe von wahr und falsch sprechen könne, sondern von einer Verdopplung der Realität bzw. davon, dass jede Realität bereits ein Produkt von Realem und Fiktivem sei (Esposito 2014, S. 50 ff.).

Auch Kommunikationswissenschaftler und Sprachphilosophen suchen die Polarisierung von Realismus und Konstruktivismus zu überwinden. So etwa lehnt Günter Abel diesen Dualismus ab und vertritt ein *konstruktionales Wirklichkeitsverständnis*, das an der Erfahrungswirklichkeit ansetzt (Abel 2004, 2015). Wirklichkeit ist ihm zufolge ein vielfältiges, raumzeitlich lokalisiertes, individualisiertes Für-wirklich-Halten, das in ständiger Beziehung zu Irrtum, Täuschung, Illusion steht. Dabei spielen Zeichen- und Interpretationsprozesse eine fundamentale Rolle; sie dürfen aber, so meint Abel, den Zusammenhang mit den realen Tatsachen und Verhältnissen nicht verlieren. Für eine Übereinstimmung in der gemeinsamen Zeichen- und Interpretationspraxis spricht sich Siegfried J. Schmidt aus, um Verständigung und Kooperation zu ermöglichen. Diese entwickle sich im Sinn einer »allmählichen Verfertigung der Wirklichkeit im Leben« und das bedeute, dass Wirklichkeit ihre Objektivität erst dadurch gewinne, dass sie für eine Gemeinschaft sprach- und handlungsfähiger Subjekte als ein und dasselbe Objekt gilt und durch gemeinsames Handeln erfahren wird (Schmidt 2018, S. 102). Auch John Searle hebt hervor, dass Sprache auf Verständigung zielt und damit den Bezug auf eine externe Realität jenseits der Zeichen voraussetzt, damit Aussagen verstanden werden können (Searle 2005, S. 186 ff.).

Auch die Wissenschaft müsse verstanden werden, meinte der Philosoph Friedrich Wallner, weshalb es gelte, den Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen Konstrukten und deren Voraussetzungen sowie den Prozess der Forschung zu untersuchen, worin Wallner die Aufgabe eines *konstruktiven Realismus* erblickte (Wallner 1992). In vielen Versuchen, dem Realismus wieder zur Geltung zu verhelfen, werden die Faktoren, die auf den Wissens- und Wissenschaftsprozess

Einfluss nehmen, berücksichtigt (vgl. Ferraris 2014). Es geht aber auch um die Vermittlung der wissenschaftlichen Weise des Denkens und um das Wiedererlangen des Ansehens und der Geltung der Wissenschaft. Das veranlasste auch Bruno Latour, ehemals postmoderner Kritiker der Wissenschaft, zu fordern, die Warnungen der Wissenschaft vor dem Klimawandel ernst zu nehmen und ihren Realitätsanspruch anzuerkennen (Latour 2018).

Die Wissenschaft stellt immer wieder neue Fragen und kann keine abschließenden Antworten geben, was oft im Sinn ihres beschränkten Nutzens missverstanden wird. Für die Wissenschaft bedeutet Realismus die Offenheit für ständig neue Fakten und neue Problemstellungen, für andere Zugänge und Perspektiven, denn dies entspricht auch der Wirklichkeit in ihrer Vielfalt. Daher gibt es in der Wissenschaft immer auch unterschiedliche Zugänge, mitunter auch Dissens im Sinn heterodoxer Konzeptionen (vgl. Schetsche 2016). Grundsätzlich zeichnet sich Wissenschaft aber durch das Festhalten am Wahrheitsanspruch und damit auch an einer gemeinsamen Wirklichkeit aus. Sie teilt dies auch mit der Demokratie, in der sie ihre Unabhängigkeit bewahren kann, denn auch für die Demokratie ist die Idee der Wahrheit bzw. die Annahme einer gemeinsamen Wirklichkeit eine »notwendige Fiktion« (Bogner 2021, S. 52 ff.) Ohne diese kann es nicht zu einem »produktiven Dissens« im Streben nach der besseren Wahrheit kommen (Bogner 2021, S. 117).

3.2 Für eine multi- und transkulturelle Weltgeschichte und die Überwindung des Differenz/Identitätsdenkens

In den Auseinandersetzungen im Gefolge der Postkolonialismus-Debatten kam es zu Ansätzen, mit denen versucht wird, die unterschiedlichen kulturellen Wirklichkeiten der Welt in die Wissenschaft bzw. in das Denken zu integrieren. Viele Kommentatoren sind sich bewusst, dass die Spaltung in kulturelle Wirklichkeiten, die einander fremd und feindlich gegenüberstehen, über die Beschäftigung mit der langfristigen eigenen Geschichte, Kultur und Wissenschaft hinaus die Aufarbeitung der Entstehung und der Veränderungen der gegenseitigen Deutungen bedingt (vgl. Alatas 2006; Arkoun 1994; Santos 2014; Shimada 2000). Dafür müssen die Vorstellungen von der eigenen und von der fremden Kultur als undifferenzierte Einheiten aufgegeben werden, denn in jeder Kultur gibt es sehr unterschiedliche Elemente, und jede Gesellschaft ist das vorläufige Ergebnis einer Geschichte der Vermischung und Überlagerung. Im Zuge der Globalisierung, der

Migration und der weltweiten Verbreitung der elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten hat sich diese Durchmischung intensiviert, gleichzeitig wurden aber auch Unterschiede und Gegensätze bewusst, die wieder nationale, kulturelle, religiöse Abgrenzungen und Konflikte begünstigen.

Die Perspektive, die sich auf die in Geschichte und Gegenwart gegebenen kulturellen, sozialen, interpersonellen Austauschprozesse konzentriert, wird gegenwärtig oft mit dem Begriff der *Transkulturalität* charakterisiert (vgl. Langenohl et al. 2015). Wolfgang Welsch versteht darunter die im Sinn der langen Geschichte der Menschheit in den Individuen und Völkern angelegten *transkulturellen Elemente* (Welsch 2017). Der tunesische Philosoph Fathi Triki spricht von jener »transversalen Bewegung, die ontologisch und historisch die Kulturen miteinander verbindet« (Triki 2011, S. 194; vgl. auch Dhoubi 2012, 2018). Der indische Historiker Sanjay Subrahmanyam schlägt eine Perspektive der *connected histories* vor und weist darauf hin, dass auch der *Westen* verstehen müsse, dass er durch Einflüsse von außen zu dem wurde, was er ist (Subrahmanyam 1997, 2005). Aber auch im Westen wird zunehmend bewusst, dass die Geschichte der Welt eine Wirklichkeit der »verwobenen Moderne und der geteilten Geschichten« darstellt (Spohn 2008), was jedoch ebenso bedeutet, dass der Westen selbst nicht undifferenziert gesehen werden darf, sondern als eine »inter-zivilisatorische Konstellation« (vgl. Spohn 2010).

Um einerseits der Vielfalt der Wirklichkeiten gerecht zu werden, aber auch um die in Vergangenheit und Gegenwart aus unterschiedlichen Gründen erfolgten gegenseitigen Zuschreibungen und Verfremdungen zu erforschen, ist sachliches und realhistorisch fundiertes Wissen notwendig, aber auch eine andere Sicht auf die Weltgeschichte und die Geschichtsschreibung, wie Lynn Hunt feststellt: »History writing in the global era can only be a collaborative form of inquiry, whether between types of approaches or between scholars from different parts of the globe.« (Hunt 2015, S. 151).

Über die Übereinstimmung in Bezug auf sachliche Gegebenheiten, die erklärt werden können, hinaus kann es einen Dialog mit anderen Sichtweisen und Traditionen nur auf der Grundlage einer ständigen Überprüfung der eigenkulturellen Begriffe und eine diffizile und wechselseitige *Übersetzung* von Sinnzusammenhängen geben (vgl. Shimada 2007). Vielleicht kann man das, wie Ulrich Beck vorschlug, als eine »kosmopolitische Hermeneutik« bezeichnen (Beck 2007, S. 366). Ali Hassan Zaidi rekurriert hingegen auf Hans Georg Gadamer's Begriff des *gemeinsamen Horizonts*, von dem er erwartet, dass sowohl die westliche Tendenz zur Ideologiekritik als auch die islamische Absenz von Kritik überwunden werden können (Zaidi 2007, 2011).

Austausch und Dialog setzen ein »Gemeinsames des Intelligiblen« voraus, meint François Jullien (2018, S. 94). Das darf aber nicht zur Annahme verleiten, dass es keine Grenzen der Verständigung gäbe (vgl. Frank 1988; Ulrich 1998). Die gibt es ohne Zweifel, aber sie dürfen nicht zu konträren Wirklichkeiten führen, aus denen dann erst die Eigenart und das Selbstverständnis der eigenen Identität abgeleitet werden. Kollektive Identitäten sind für die Menschen und für die Ordnung in den menschlichen Gemeinschaften wichtig, aber das damit verbundene Differenzdenken muss überdacht werden. Jullien plädiert daher für ein neues Denken, das nicht statisch und isolierend auf Differenz und Identität als einander ausschließende Größen beruht, sondern dynamisch und offen auf *Abstand* und auf das *Zwischen* setzt (Jullien 2018, S. 35 ff.). Das entspricht auch der Auffassung von Kwame Anthony Appiah (2019), wonach Identität nicht ein für alle Mal fixiert ist, sondern sich ständig entwickelt und verändert. Dieses Verständnis ermöglicht es vielleicht, einen dynamischen *Zwischenraum* zu schaffen, in dem es zum Dialog kommen kann.

4 Zum Abschluss

Die Wirklichkeit scheint sich in der Gegenwart jeder sachlichen und objektiven Erfassung zu entziehen, doch das liegt nicht an ihr, sondern ist bedingt durch die Dominanz eines Denkens, das differenziert und polarisiert und sich dabei wenig auf realistische sachliche Befunde stützt, sondern diese ihrerseits grundsätzlich in Zweifel zieht und dem Verdacht aussetzt. Die gegenwärtige Krise der Wirklichkeit ist ein grundlegendes Kulturproblem der ganzen Welt und befeuert politische, soziale, kulturelle Probleme und Konflikte.

Philosophie und Wissenschaft haben aufgezeigt, dass Wirklichkeit von unserer Wahrnehmung und von den Mitteln und Methoden der Erkenntnis abhängt, sich mit der Frage oder Perspektive, die wir an bzw. auf sie richten, ändert. Sie haben auf die Subjektivität und Relativität, die Konstruktion durch Sprache und Diskurse, die Manipulation durch Interessen und Macht hingewiesen und die Anerkennung von Diversität und Identität gefördert. Sie müssen aber auch wieder zeigen, dass die Wirklichkeit dennoch eine gemeinsame ist, wenn auch nicht eine einheitliche im Sinne einer Harmonisierung oder Mythisierung von Gemeinschaft und auch nicht im Sinn eines auf dem eigenen Identitätsverständnis beruhenden Werteidealismus. Wirklichkeit ist Vielfalt und nicht frei von Widersprüchen; ihre Erkenntnis kann nicht Gewissheit bedeuten, und die Verständigung über das, was wirklich ist, erfordert vielmehr einen ständigen Kampf um Ansatzpunkte gemeinsamer Wirklichkeit im Wege eines sachlichen, offenen und freien Austauschs.

Literatur

- Abel, G. (2004). *Zeichen der Wirklichkeit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Abel, G. (2015). Interpretationswelten. Direkte und abgeleitete Wirklichkeiten. *Fenomenologia* 13, 69–87.
- Acham, K. (1995). *Geschichte und Sozialtheorie*. Freiburg u. München: Alber.
- Acham, K. (2016). *Vom Wahrheitsanspruch der Kulturwissenschaften*. Wien u. a.: Böhlau.
- Adolf, M. T. (2021). Die Erosion der Wirklichkeit. *Soziologie heute* 4, 6–10.
- Alatas, S. F. (2006). The autonomous, the universal and the future of sociology. *Current Sociology* 54(1), 7–23.
- Albrow, M. (1996). *The Global Age*. Cambridge, UK: Polity Press.
- Amin, S. (1989). *Eurocentrism*. London: Monthly Review Press.
- Ampofo, Akosua Adomako (2019). Me san aba: The Africa We Want and an African-centered Approach to Knowledge Production. In Markus Schulz (Hrsg.), *Global Sociology and the Struggles for a Better World* (S. 58–73). London: Sage.
- Appadurai, A. (2009). *Die Geographie des Zorns*. Frankfurt a. M.: edition suhrkamp.
- Appiah, K. A. (2019). *The Lies That Bind. Rethinking Identity*. London: Profile Books.
- Arkoun, M. (1994). *Rethinking Islam*. Boulder: Westview Press.
- Assmann, A./Assmann, J. (1990). Kultur und Konflikt. Aspekte einer Theorie des unkommunikativen Handelns. In: J. Assmann/D. Harth (Hrsg.), *Kultur und Konflikt* (S. 11–48). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Augstein, J. (Hrsg.) (2017). *Reclaim Autonomy. Selbstermächtigung in der digitalen Weltordnung*. Berlin: Suhrkamp.
- Barrelmeyer, U. (1997). *Geschichtliche Wirklichkeit als Problem. Untersuchungen zu geschichtstheoretischen Begründungen historischen Wissens bei Johann Gustav Droysen, Georg Simmel und Max Weber*. Münster: LIT-Verlag.
- Barthes, R. (1981). *Das Reich der Zeichen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Baudrillard, J. (1978). *Agonie des Realen*. Berlin: Merve Verlag.
- Baudrillard, J. (1990). *Das Jahr 2000 findet nicht statt*. Berlin: Merve Verlag.
- Beck, U. (2007). *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, U. (2016). *Die Metamorphose der Welt*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beckett, J. (2018). *Imaginierte Zukunft. Fiktionale Erwartungen und die Dynamik des Kapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Benkel, T. (2007). *Signaturen des Realen. Bausteine einer soziologischen Topographie der Wirklichkeit*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Berger, Peter L./Luckmann, T. (2016). *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Bhabra, G. K. (2007). *Rethinking Modernity: Postcolonialism and the Sociological Imagination*. New York: Palgrave.
- Bhabra, G. K. (2014). *Connected Sociologies*. London u. New York: Bloomsbury Academic.
- Bhaskar, R. (1989). *Reclaiming Reality*. London: Routledge.
- Bhaskar, R./Hartwig, M. (2010). *The Formation of Critical Realism*. London: Routledge.

- Blumenberg, H. (1964). Wirklichkeitsbegriff und Möglichkeit des Romans. In: H. R. Jauß (Hrsg.), *Nachahmung und Illusion* (S. 9–27). München: Fink.
- Bogner, A. (2015). *Gesellschaftsdiagnosen. Ein Überblick*, 2. Aufl. Weinheim u. Basel: Beltz Juventa.
- Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Stuttgart: Reclam.
- Bogner, A. et al. (2022). *Digitalisierung und die Zukunft der Demokratie*. Baden-Baden: Nomos.
- Bonß, W./Hartmann, H. (1985). Konstruierte Gesellschaft, rationale Deutung. Zum Wirklichkeitscharakter soziologischer Diskurse. In: Dies. (Hrsg.), *Entzauberte Wissenschaft* (S. 9–46). Göttingen: Schwartz.
- Bude, H. (2018). Realitäten in der Wirklichkeit. In: E. Felder/A. Gardt (Hrsg.), *Wirklichkeit oder Konstruktion? Sprachtheoretische und interdisziplinäre Aspekte einer brisanten Alternative* (S. 118–125). Berlin: de Gruyter Mouton.
- Carroll, Karanja Keita (2014). An Introduction to African-Centered Sociology: Worldview, Epistemology, and Social Theory. *Critical Sociology*, vol. 40 (2), 257–270.
- Dhouib, S. (2012). *Kultur, Identität und Menschenrechte. Transkulturelle Perspektiven*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Dhouib, S. (2018). *Toleranz in transkultureller Perspektive*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Dimbath, O. (2016). *Soziologische Zeitdiagnosen*. Konstanz u. München: Wilhelm Fink UTB.
- Dreher, J./Stegmaier, P. (Hrsg.) (2007). *Zur Unüberwindbarkeit kultureller Differenz. Grundlagentheoretische Reflexionen*. Bielefeld: transcript.
- Dreyfus, H./Taylor, C. (2016). *Die Wiedergewinnung des Realismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Eisenstadt, S. N. (2000). Multiple Modernities. *Daedalus* 129, 1–29.
- Eisenstadt, S. N. (2003). *Comparative Civilizations and Multiple Modernities*. Leiden: Brill.
- Eleftheriadi-Zacharaki, S. et al. (Hrsg.) (2022). *Vom Umgang mit Fake News, Lüge und Verschwörung*. Baden-Baden: Nomos.
- Esposito, E. (1998). Fiktion und Virtualität. In: S. Krämer (Hrsg.), *Medien, Computer, Realität* (S. 269–296). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Esposito, E. (2014). *Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität*, 3. Aufl. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fasching, G. (2003). *Illusion der Wirklichkeit*. Wien: Springer.
- Fasching, G. (2014). *Objektive Illusionen: ein Essay über das Wesen der naturwissenschaftlichen Wirklichkeit*. Bern u.a.: Peter Lang.
- Feierman, S. (1999). Colonizers, Scholars, and the Creation of Invisible Histories. In: V. E. Bonnell/L. Hunt (Hrsg.), *Beyond the Cultural Turn* (S. 182–216). Berkeley u. a.: University of California Press.
- Felder, E./Gardt, A. (Hrsg.) (2018). *Wirklichkeit oder Konstruktion? Sprachtheoretische und interdisziplinäre Aspekte einer brisanten Alternative*. Berlin: de Gruyter Mouton.
- Ferraris, M. (2014). *Manifesto del nuovo realismo*. Rom: Laterza.
- Flaig, E. (2017). *Die Niederlage der politischen Vernunft. Wie wir die Errungenschaften der Aufklärung verspielen*. Springe: Klampen Verlag.
- Fleck, L. (1929). Zur Krise der »Wirklichkeit«. *Die Naturwissenschaften* 17(23), 425–430.

- Fölsing, A. (1995). *Albert Einstein. Eine Biographie*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Freyer, H. (1964 [1930]). *Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft*. Stuttgart: Teubner.
- Foucault, M. (1973). *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Frank, M. (1988). *Die Grenzen der Verständigung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fukuyama, F. (2019). *Identity. Contemporary Identity Politics and the Struggle for Recognition*. London: Profile Books.
- Gabriel, M. (Hrsg.) (2014). *Der neue Realismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Gabriel, M. (2018). Der Neue Realismus zwischen Konstruktion und Wirklichkeit. In: E. Felder/A. Gardt (Hrsg.), *Wirklichkeit oder Konstruktion? Sprachtheoretische und interdisziplinäre Aspekte einer brisanten Alternative* (S. 45–65). Berlin: de Gruyter Mouton.
- Gehlen, A. (1978 [1931]). Wirklicher und unwirklicher Geist. In: Ders., *Gesamtausgabe. Philosophische Schriften I* (S. 113–382). Frankfurt a. M.: Vittorio Klostermann.
- Glaserfeld, E. v. (1985). Konstruktion der Wirklichkeit und des Begriffs der Objektivität. In: H. Gumin/H. Meier (Hrsg.), *Einführung in den Konstruktivismus* (S. 9–40). München: Piper.
- Gross, P. R./Levitt, N. (1994). *Higher Superstition. The Academic Left and Its Quarrels with Science*. Baltimore: Johns Hopkins UP.
- Habermas, J. (1985). *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Hänel, M. (2007). Begriff, Wissenschaft und Wirklichkeit: Ernst Cassirers »Begriffsreform« und die »Krise der Wirklichkeit«. In: O. G. Oexle (Hrsg.), *Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Wissenschaft, Kunst und Literatur 1880–1932* (S. 295–312). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Han, B.-C. (2021). *Infokratie: Digitalisierung und die Krise der Demokratie*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Hartmann, N. (1938). *Möglichkeit und Wirklichkeit*. Berlin: Walter de Gruyter.
- Heimann, E. (1932). *Sozialwissenschaft und Wirklichkeit*. Tübingen: Mohr.
- Heisenberg, W. (2019). *Ordnung der Wirklichkeit*, hrsg. v. K. Kleinknecht. Berlin: Springer.
- Heisterhagen, N. (2017). *Kritik der Postmoderne. Warum der Relativismus nicht das letzte Wort hat*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hunt, L. (2015). *Writing History in the Global Era*. New York: Norton.
- Husserl, E. (2012 [1936]). *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*. Hamburg: Felix Meiner.
- Jaster, R./Lanius, D. (2019). *Die Wahrheit schafft sich ab. Wie Fake News Politik machen*, 3. Aufl. Stuttgart: Reclam.
- Jorion, P. (2021). *Die Erfindung von Wahrheit und Wirklichkeit*. Wien u. Berlin: Turia + Kant.
- Jullien, F. (2018). *Es gibt keine kulturelle Identität*. Berlin: Suhrkamp.
- Jung, T./Müller-Doohm, S. (1995). »Wirklichkeit« im Deutungsprozeß. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Keller, Reiner et al. (Hrsg.) (2018). *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*. Köln: Herbert von Halem.
- Kemper, Peter et al. (Hrsg.) (2014). »Wir nennen es Wirklichkeit«. *Denkanstöße zur Netzkultur*. Stuttgart: Reclam

- Kleinstück, J. W. (1971). *Wirklichkeit und Realität: Kritik eines modernen Sprachgebrauchs*. Stuttgart: Klett.
- Knoblauch, H. (2007). Kultur, die soziale Konstruktion, das Fremde und das Andere. In: J. Dreher/P. Stegmaier (Hrsg.), *Zur Unüberwindbarkeit kultureller Differenz. Grundlagen-theoretische Reflexionen* (S. 21–42). Bielefeld: transcript.
- Knoblauch, H. (2017). *Die kommunikative Konstruktion der Wirklichkeit*. Wiesbaden: Springer.
- Kolakowski, L. (1986). *Die Suche nach der verlorenen Gewissheit*. München u. Zürich: Piper.
- Kruse, V. (1999). »Geschichts- und Sozialphilosophie« oder »Wirklichkeitswissenschaft«? *Die deutsche historische Soziologie und die logischen Kategorien René Königs und Max Webers*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kucklick, C. (2014). *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*. Berlin: Ullstein.
- Lamont, M./Fournier, M. (1992). *Cultivating Differences. Symbolic Boundaries and the Making of Inequality*. Chicago u. London: University of Chicago Press.
- Langenohl, A./Poole, R. J./Weinberg, M. (2015). *Transkulturalität. Klassische Texte*. Bielefeld: transcript.
- Latour, B. (2000). *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchungen zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Latour, B. (2018). *Das terrestrische Manifest*. Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1990). Das Erkenntnisprogramm des Konstruktivismus und die unbekannt bleibende Realität. In: Ders., *Soziologische Aufklärung 5* (S. 31–58). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, N. (1998). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lukacs, G. (1976 [1924]). *Geschichte und Klassenbewusstsein*. Neuwied u. Darmstadt: Luchterhand.
- Lyotard, J.-F. (1986). *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Graz u. Wien: Passagen.
- Mannheim, K. (1964). *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, hrsg. v. K. H. Wolff. Berlin u. Neuwied: Luchterhand.
- Mannheim, K. (1969). *Ideologie und Utopie*. Frankfurt a. M.: Schulte-Bulmke.
- Matthes, J. (1985). Die Soziologen und ihre Wirklichkeit. Anmerkungen zum Wirklichkeitsverhältnis der Soziologie. In: W. Bonß/H. Hartmann (Hrsg.), *Entzauberte Wissenschaft* (S. 49–64). Göttingen: Schwartz.
- Maul, T. (2020). *Über den Verlust der Wirklichkeit in der Corona-Krise*. <https://www.thomas-maul.de/2020/06/uber-den-verlust-wirklichkeit-in-der.html>. Zugegriffen: 07.06.2021.
- Mikl-Horke, G. (2011). *Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe*, 6. Aufl. München: Oldenbourg.
- Mishra, P. (2017). *Das Zeitalter des Zorns. Eine Geschichte der Gegenwart*. Frankfurt a. M.: S.Fischer.
- Moebius, S./Reckwitz, A. (2008). *Poststrukturalistische Sozialwissenschaften*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Morikawa, T. (2001). *Handeln, Welt und Wissenschaft: zur Logik, Erkenntniskritik und Wissenschaftstheorie für Kulturwissenschaften bei Friedrich Gottl und Max Weber*. Wiesbaden: Dt. Universitätsverlag.
- Oexle, O. G. (Hrsg.) (1995). *Memoria als Kultur*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Oexle, O. G. (2002). »Wirklichkeit« – »Krise der Wirklichkeit« – »Neue Wirklichkeit«. Deutungsmuster und Paradigmenkämpfe in der deutschen Wissenschaft vor und nach 1933. In: F.-R. Hausmann (Hrsg.), *Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945* (S. 1–20). München: R. Odenbourg.
- Oexle, O. G. (2007). Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Eine Problemgeschichte der Moderne. In: Ders. (Hrsg.), *Krise des Historismus – Krise der Wirklichkeit. Wissenschaft, Kunst und Literatur 1880–1932* (S. 11–116). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Osrlecki, F. (2011). *Die Diagnosegesellschaft. Zeitdiagnostik zwischen Soziologie und medialer Popularität*. Bielefeld: transkript.
- Papcke, S. (1991). *Gesellschaftsdiagnosen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Pinthus, K. (1920). *Menschheitsdämmerung*. Berlin: Rowohlt.
- Randeria, S. (1999). Jenseits von Soziologie und soziokultureller Anthropologie: Zur Ortsbestimmung der nichtwestlichen Welt in einer zukünftigen Sozialtheorie. *Soziale Welt* 50, 373–382.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Reckwitz, A. (2019). *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Reese-Schäfer, W. (1996). Zeitdiagnose als wissenschaftliche Aufgabe. *Berliner Journal für Soziologie* 6, 377–390.
- Reininger, R. (1931). *Metaphysik der Wirklichkeit*. Wien u. Leipzig: W. Braumüller.
- Reininger, R. (1949). *Philosophie der Wirklichkeitsnähe. Festschrift für Robert Reininger*. Wien: W. Braumüller.
- Remmling, G. W. (1975). *Der Weg in den Zweifel. Studien zur Krise des modernen Denkens*. Stuttgart: Enke.
- Riezler, K. (1928). Die Krise der Wirklichkeit. *Die Naturwissenschaften* 16 (37/38), 705–712.
- Roth, G. (2000). *Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rusch, G. (1996). Erzählen. Wie wir Welt erzeugen. Eine konstruktivistische Perspektive. In: H. J. Wimmer (Hrsg.), *Strukturen erzählen* (S. 326–361). Wien: Edition Praesens.
- Said, E. (1978). *Orientalism. Western Conceptions of the Orient*. London: Pantheon.
- Sandkühler, H. J. (Hrsg.) (1992). *Wirklichkeit und Wissen: Realismus, Antirealismus und Wirklichkeits-Konzeptionen in Philosophie und Wissenschaft*. Bern u.a.: Peter Lang.
- Santos, B. d. S. (2014). *Epistemologies of the South*. Boulder u. London: Paradigm.
- Schachtner, C. (2015). Transculturality in the Internet: Culture flows and virtual publics. *Current Sociology* 63(2), 228–243.
- Scheler, M. (1924). *Versuche zu einer Soziologie des Wissens*. München: Duncker & Humblot.
- Schelsky, H. (1965). Der Realitätsverlust der modernen Gesellschaft (1954). In: Ders., *Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze* (S. 391–404). Düsseldorf u. Köln: Eugen Diederichs.
- Schetsche, M. (2016). Krisen der Wirklichkeit – die soziologische Sicht. In: L. Hofmann/P. Heise (Hrsg.), *Spiritualität und spirituelle Krisen* (S. 458–470). Stuttgart: Schattauer.

- Schimank, U./Volkman, U. (Hrsg.) (2007). *Soziologische Gegenwartsdiagnosen*, Bd. 1, 2. Aufl. Wiesbaden: VS.
- Schmidt, S. J. (2018). Wie wirklich ist die Wirklichkeit? In: E. Felder/A. Gardt (Hrsg.), *Wirklichkeit oder Konstruktion? Sprachtheoretische und interdisziplinäre Aspekte einer brisanten Alternative* (S. 102–117). Berlin: de Gruyter Mouton.
- Schütz, A. (1971 [1955]). Symbol, Wirklichkeit und Gesellschaft. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze I: Das Problem der Wirklichkeit* (S. 331–411). Den Haag: Martinus Nijhoff.
- Schwinn, T. (2004). Von der historischen Entstehung zur Ausbreitung der Moderne. Max Webers Soziologie im 21. Jahrhundert. *Berliner Journal für Soziologie* 14(4), 527–544.
- Schwinn, T. (2006). *Die Vielfalt und Einheit der Moderne*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Searle, J. R. (2005). *Die Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Zur Ontologie sozialer Tatsachen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Searle, J. R. (2010). *Making the Social World. The Structure of Human Civilization*. New York: Oxford University Press.
- Shimada, S. (2000). *Die Erfindung Japans. Kulturelle Wechselwirkung und politische Identitätskonstruktion*. Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Shimada, S. (2007). Kulturelle Differenz und Probleme der Übersetzung. In: J. Dreher/P. Stegmaer (Hrsg.), *Zur Unüberwindbarkeit kultureller Differenz. Grundlagen-theoretische Reflexionen* (S. 113–128). Bielefeld: transcript.
- Spann, O. (1921). *Der wahre Staat*. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Spann, O. (1923). *Gesellschaftslehre*, 2. Aufl. Leipzig: Quelle & Meyer.
- Spengler, O. (1918). *Der Untergang des Abendlandes. Erster Band: Gestalt und Wirklichkeit*. München: C.H.Beck.
- Spohn, W. (2008). Globale, multiple und verwobene Modernen: Perspektiven der historisch-vergleichenden Soziologie. In: T. Schwinn (Hrsg.), *Die Vielfalt und Einheit der Moderne* (S. 101–128). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Spohn, W. (2010). Europäische Multiple Modernität als inter-zivilisatorische Konstellation. *Berliner Journal für Soziologie* 20, 5–22.
- Stalder, F. (2016). *Kultur der Digitalität*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Stoffel, P./Wessely, C./Engemann, C. (2021). Krise der Wirklichkeit. Karl Mannheim: Ideologie und Utopie (1929). In: F. Grütter et al., *Deregulation und Restauration* (S. 17–34). Berlin: Matthes & Seitz.
- Subrahmanyam, S. (1997). Connected histories: Notes towards a reconfiguration of early modern Eurasia. *Modern Asian Studies* 31(3), 735–762.
- Subrahmanyam, S. (2005). *Explorations in Connected History*, 2 vols. New Delhi: Oxford University Press.
- Sutter, T. (2008). »Interaktivität« neuer Medien – Illusion und Wirklichkeit aus der Sicht der soziologischen Kommunikationsanalyse. In: H. Willems (Hrsg.), *Weltweite Welten. Internet-Figurationen aus wissenssoziologischer Perspektive* (S. 57–74). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tenbruck, F. (1999). *Das Werk Max Webers: gesammelte Aufsätze zu Max Weber*, hrsg. v. H. Homann, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Triki, F. (2011). *Demokratische Ethik und Politik im Islam: Arabische Studien zur trans-kulturellen Philosophie des Zusammenlebens*. Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

- Troeltsch, E. (2003). Die Krisis des Historismus (1922). In: F. Voigt (Hrsg.), *Ernst Troeltsch Lesebuch* (S. 246–265). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Ulrich, H. G. (1998). An den Grenzen der Verständigung. Oder: Was heißt es, den anderen einzubeziehen? In: H. Steinmann/A. G. Scherer (Hrsg.), *Zwischen Universalismus und Relativismus* (S. 221–237). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Vaihinger, H. (1924). *Die Philosophie des Als Ob*, 2. Aufl., hrsg. v. R. Schmidt. Leipzig: Felix Meiner.
- Vattimo, G. (1990). *Das Ende der Moderne*. Stuttgart: Reclam.
- Vattimo, G. (1998). Die Grenzen der Wirklichkeitsauflösung. In: G. Vattimo/W. Welsch (Hrsg.), *Medien-Welten-Wirklichkeiten* (S. 15–26). München: Wilhelm Fink.
- Vogelin, E. (1995). *Die Größe Max Webers*, hrsg. v. P. J. Opitz. München: Fink.
- Vogelmann, F./Nonhoff, M. (Hrsg.) (2021). *Demokratie und Wahrheit*. Baden-Baden: Nomos.
- Vollmer, G. (2002). *Wieso können wir die Welt erkennen? Neue Beiträge zur Wissenschaftstheorie*. Stuttgart: S. Hirzel.
- Wagner, G./Ziprian, H. (1987). Tenbruck, Weber und die Wirklichkeit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39, 132–149.
- Wallner, F. (1992). *Konstruktion der Realität. Von Wittgenstein zum Konstruktiven Realismus*. Wien: WUV.
- Watzlawick, P. (1976). *Wie wirklich ist die Wirklichkeit? Wahn, Täuschung, Verstehen*. München: Piper.
- Weber, M. (1988a). Die »Objektivität« sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (S. 146–214). Tübingen: Mohr.
- Weber, M. (1988b). Roscher und Knies und die logischen Probleme der historischen Nationalökonomie. In: Ders., *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre* (S. 1–145). Tübingen: Mohr.
- Welsch, W. (1998). »Wirklich«. Bedeutungsvarianten – Modelle – Wirklichkeit und Virtualität. In: S. Krämer (Hrsg.), *Medien – Computer – Realität. Wirklichkeitsvorstellungen und neue Medien* (S. 169–212). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Welsch, W. (2017). *Transkulturalität. Realität – Geschichte – Aufgabe*. Wien: new academic press.
- White, H. (1991). *Auch Klio dichtet oder Die Fiktion des Faktischen. Studien zur Topologie des historischen Diskurses*. Stuttgart: Klett.
- Zaidi, A. H. (2007). A critical misunderstanding: Islam and dialogue in the human sciences. *International Sociology* 22(4), 411–434.
- Zaidi, A. H. (2011). *Islam, Modernity and the Human Sciences*. New York: Palgrave Macmillan.

Nachrichten aus der soziologiegeschichtlichen Forschung



Zur Schulbildung um Ferdinand Tönnies: Annäherungen an einen Personenzusammenhang

Sebastian Klauke und Alexander Wierzock

Soziologiegeschichte vermag verschiedenes: Sie kann als eine Klassiker-, Begriffs- oder Problemgeschichte betrieben oder subtil, contra den Meta-narrativen, als Geschichte von Episoden und Disparitäten akzentuiert werden.¹ Genauso lässt sich Soziologiegeschichte aber auch, um zur Makroebene zurückzukehren, als eine Geschichte der Schulen erörtern. Freilich ist jede Anfertigung einer Geschichte von Schulen komplex, denn es liegt auf der Hand, dass sie die Geschichten, die zuvorderst geschieden wurden, hochgradig in sich zu vereinen hat. So hat diese Analyseperspektive bei jenen besonders einflussreichen Begriffen, Theorien und Problemen anzusetzen, die »Schule« gemacht haben, und die von den bedeutenden Repräsentanten des Faches, den sogenannten Klassikern, nicht zu lösen sind. Eine Geschichte von Schulen erfordert aber auch die Erstarrungen, Dogmatisierungen, Fehl- und Holzwege einzelner Schulen

¹„Der hier vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag, der im Rahmen der 1. Tagung der Sektion Soziologiegeschichte der Deutschen Gesellschaft für Soziologie zu dem Thema „Die zweite Generation der bundesrepublikanischen Soziologie“ gehalten wurde. Siehe zu der oben erwähnten alternativen Soziologiegeschichtsschreibung exemplarisch den Themenschwerpunkt "Episodizität und Disparität. Diskontinuitätsgeschichte soziologischen Wissens" (Dörk und Wierzock 2022).

S. Klauke (✉)
Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft e. V., Kiel, Deutschland
E-Mail: klauke@ferdinand-toennies-gesellschaft.de

A. Wierzock
Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Essen, Deutschland
E-Mail: Alexander.Wierzock@kwi-nrw.de

nicht zu übersehen, genauswenig wie die Abgrenzungsgesten zwischen Schulen oder innerhalb von ihnen, um nur einige Desiderata zu erwähnen. Nicht zufällig hat Dirk Kaesler Soziologiegeschichte als Geschichte von Schulen als ein »Forschungsvorhaben ungeahnten Ausmaßes« klassifiziert, »das bis heute nicht ernsthaft angegangen wurde« (Kaesler 2015, S. 196).

Das von Kaesler angestimmte Lamento betrifft vor allem die frühen, bisher noch kaum kartierten Schulen der Soziologie des deutschsprachigen Raums, deren Ursprünge teils im späten Kaiserreich zu verorten sind und deren Ausstrahlung zuweilen bis weit in die bundesrepublikanische Soziologie reichte. Eine dieser Schulen ist mit dem Namen von Ferdinand Tönnies, einer der Gründungsfiguren der Soziologie, verbunden. Im akademischen Betrieb der 1920er Jahre war dieses Kollektiv eine Bezugsgröße. Wie selbstverständlich wurde etwa der Kommunikationswissenschaftler Hans Amandus Münster 1927 als »aus der Schule des Kieler Soziologen Tönnies hervorgegangen« (o. A. 1927, S. 107) beschrieben, oder 1919 der Bibliothekar Hermann Curth im Rahmen einer Stellenbesetzung als ein »Schüler von Tönnies«² vorgestellt. Die Wirkungsgeschichte der Tönnies-Schule ist aber kaum zu bemessen, da sich die Forschung bisher nur zögernd diesem Kollektiv gewidmet hat (s. neuerdings Wierzock 2021). Der Kenntnisstand ist, trotz mancher Betrachtungen über die »akademische Mikrokultur« der Universität Kiel und ihrer frühen Sozialwissenschaften, bei der auch die Tönnies-Schule peripher beachtet wurde (Siegfried 2004, S. 54–101, 2010), überaus gering. Es mangelt an grundsätzlichem Wissen: Welche Personen gehörten zu dieser Schule? Unter welchen strukturellen Voraussetzungen konnte sie entstehen? Welche Arten von Forschungsarbeiten wurden bei Tönnies verfasst? Wie agierte Tönnies als Schuloberhaupt? Diese Forschungslücken belegen zugleich einmal mehr, dass es generell an Untersuchungen zu Tönnies für die Endphase des Kaiserreichs bis zur Weimarer Republik mangelt, also ausgerechnet für die Zeitspanne, in der sein Einfluss auf die Soziologie auf dem Höhepunkt stand. Was die Schule um Tönnies betrifft, lässt sich nach wie vor Cay Baron von Brockdorff zitieren, gleichzeitig einer der frühesten Schüler des Soziologen, der bis 1946 als Extraordinarius für Philosophie an der Universität Kiel wirkte. Im Jahr 1936 bemerkte er in einer Festschrift für seinen Lehrer: »Tönnies ist Forscher und Lehrer. Den Forscher haben viele zu würdigen vermocht, den Lehrer in ihm noch keiner.« (Brockdorff 1936b, S. 363).

²Walter Hofmann an Robert von Erdberg, 14.08.1919 (Seitter 1996, S. 215).

Unser Text befasst sich mit eben dieser Seite von Ferdinand Tönnies, seiner Funktion als Lehrer und Schuloberhaupt, sowie der von ihm gebildeten Schule. Es geht daher primär um *top-down*-Effekte. Mehr als eine erste Annäherung kann dabei nicht geliefert werden. Zu diesem Zweck unterteilt sich der Aufsatz in vier Sinnabschnitte: Zuerst stehen die Entwicklungsphasen der Tönnies-Schule im Zentrum des Interesses, um in systematischer Absicht eine erste zeitliche Abfolge dieses Personenzusammenhanges zu skizzieren. Der zweite Teil stellt sodann strukturelle Sachfragen dieser Schule in den Vordergrund, denn damit Begriffe und Theorien im akademischen Raum überhaupt so etwas wie »Schule machen« können, müssen erst bestimmte institutionelle Vorbedingungen gegeben sein. Mit diesen gehen auch bestimmte sozio-epistemische Limitierungen einher, zu denen diese Schule in Abhängigkeit und Beziehung stand, wie der dritte Teil in aller Kürze erörtern wird. Zuletzt soll eine Liste vorgestellt werden (siehe Anhang), in der die bisher ermittelten Namen von Schülerinnen und Schülern erfasst sind.

1 Phasen der wissenschaftlichen Schule um Tönnies

Die Genese der Tönnies-Schule lässt sich in Phasen gliedern. Einer Einteilung Horst Reimanns folgend (Reimann et al. 1991, S. 73), der zu einem »Schulen-Zyklus« entlang der Kurve – »Entstehung, Zeiten größter Ausstrahlung und schwindende Bedeutung« – angeregt hat, könnte man chronologisch am Schluss beginnen: Eine solche Leserichtung würde bei der Spätphase dieser Schule beim Tod von Tönnies im April 1936 ansetzen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt zerfiel das regionale Zentrum dieser Schule, das sich in Kiel befand. Geradezu symbolisch steht dafür der Winter 1935, in dem Tönnies in seinem Haus im Niemannsweg 61 zum letzten Mal einen »erweiterten Kreis« um sich scharte, von dessen Gesprächsstoff von Brockdorff, einer der Anwesenden, in *Die letzten Unterredungen mit Tönnies* ein plastisches Bild beschreibt (Brockdorff 1936a). In diesem Kreis kompensierte Tönnies, der seit dem 26. September 1933 aufgrund seiner Mitgliedschaft in der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* und diversen republikanischen Organisation (Wierzock 2017a, S. 69 f.) aus dem Staats- bzw. Hochschuldienst entlassen war, seine »Neigung zum Dozieren« (Brockdorff 1936a, S. 11). Die »Ausführungen« des Winters 1935 kreisten dabei um eine »Einleitung in das Griechentum« als »Kulturproblem« (Brockdorff 1936a, S. 5, S. 11), wie sich Tönnies zu ebenjener Zeit überhaupt

viel in die Lektüre klassischer Texte wie Platons *Phaidon* vertiefte.³ Unter den weiteren Anwesenden, die Tönnies' Privatvorlesungen beiwohnten, dürfte sich Else Brenke aus Hannoversch-Münden befunden haben. Die Lehrerin reiste seit ihrer Pensionierung regelmäßig »für etwa 1/4 Jahr« zu Tönnies, dem seit der Entlassung 1933 ein offizieller Assistent oder Assistentin fehlte, um für ihn »zu schreiben u. [und] zu ordnen«, vor allem »Notizbücher« und dergleichen.⁴ So auch im Oktober 1935.⁵ Brenke repräsentiert also insofern eine Person, die bezüglich einer Schule um Tönnies als Anhängerin bezeichnet werden kann.

Das Gros der, um eine Selbstbeschreibung Brenkes aufzugreifen, »Tönnies-Gemeinde«, die sich im Winter 1935 um den Soziologen sammelte, bestand freilich aus ehemaligen Studierenden.⁶ Nur wenige Namen lassen sich rekonstruieren, klar ist aber, dass neben von Brockdorff auch Rudolf Heberle, der Schwiegersohn Tönnies', zu diesen zu zählen ist. Der als Privatdozent für Soziologie an der Universität Kiel tätige Heberle war sogar ein fester Bewohner des Hauses. Verheiratet mit Tönnies' ältester Tochter Franziska lebte er bei seinem Schwiegervater im Erdgeschoss des Niemannsweges 61, wobei man sich nicht vorstellen sollte, »daß Heberle und Tönnies ständig zusammengehockt hätten« (Waßner 1995, S. 53). Daneben dokumentiert ein von Tönnies im Jahr 1935 geführter Taschenkalender auch die Anwesenheit von drei weiteren Schülern: 1) Heinrich Striefler, ein später »Adlatus« (Fechner 1996, S. 147), der sich statistisch betätigte, 2) Hermann Curth, seinerzeit vermutlich als Bibliothekar

³Siehe hierzu diverse Hinweise im Taschenkalender 1935, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (SHLB), Tönnies-Nachlass (TN), Cb 54.11:30. Eintragungen v. 6.1. bis 09.01.1935.

⁴Das geht aus mehreren Briefen Else Brenkes an den Philosophen Herman Schmalenbach hervor. Die Zitate nach Else Brenke an Herman Schmalenbach, 09.02.1934, Universitätsbibliothek Basel (UB Basel), Nachlass Herman Schmalenbach (Nl. Schmalenbach), Aa 55,33.

⁵Dieses Datum belegt der folgende Brief: Marie Tönnies an Oskar Vogt, 11.4.1936, Universitätsbibliothek Düsseldorf (UB Düsseldorf). Cécile u. Oskar Vogt-Archiv (Vogt-Archiv), Bd. 124, Bild 116.

⁶Für das Zitat siehe Else Brenke an Herman Schmalenbach, 11.02.1930, UB Basel, Nl. Schmalenbach, Aa 55,33. Der Brief berichtet über Reinhard Weber, dem neuen Landrat von Hannoversch-Münden, den Brenke als »Fernschüler von Tönnies« vorstellte. Entzückt endet ihr Brief: »Also wächst hier die Tönnies-Gemeinde.« Zu Zeitpunkt des Berichts lehrte Schmalenbach noch an der Universität Göttingen, wo er seit 1930 unter anderem als »Leiter des Soziologischen Apparates« wirkte (Dörk und Wierzock 2019, S. 53). Brenke gehörte zu seinem Bekanntenkreis in der Region, was die Frage aufwirft inwiefern der Philosoph auch zu der von ihr beschworenen Tönnies-Gemeinde gehörte.

des Statistischen Reichamtes in Berlin tätig (Thorn 2018, S. 119), und 3) Ernst Jurkat, wie Striefler ein später Assistent des Soziologen (Carstens 2013). Im weitesten Sinne gehört auch noch ein weiterer Name zu den Schülern, die Tönnies zu ebenjener Zeit weiter unterstützten: Oskar Vogt. Schon im Sommersemester 1888 hatte er zu den Hörern eines von Tönnies angebotenen Schopenhauer-Kurses gehört.⁷ In der Folge stellte sich zwischen Tönnies und Vogt, der von der Psychologie allmählich zur Neurophysiologie fand, ein enges Vertrauensverhältnis her, so dass später Tönnies' zweitältester Sohn Jan-Friedrich zwischen 1929 bis 1935 als Oberbauleiter und Leiter der Abteilung Physikalische Technik in dem von Vogt geleiteten Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin arbeitete (Wunderlich 2010, S. 37). Im Juli 1935, als Tönnies seinen achtzigsten Geburtstag feierte, weilte auch Vogt mit seiner Frau Cécile in Kiel.⁸ Mit ihm war auch der Buchhändler und Herausgeber Hans Buske in die Fördestadt gekommen, der Tönnies als bedeutendem Autor seit 1935 eine »verlegerische Heimat« bei sich gab (Klaue 2020, S. 284). Unterstützt durch diese und weitere Personen konnte Tönnies im Laufe des Jahres Projekte wie die achte Neuauflage von *Gemeinschaft und Gesellschaft* (Tönnies 2019 [1935]) und den ersten Band des vierbändigen Alterswerk *Geist der Neuzeit* (Tönnies 1998 [1935]) realisieren – die alle beide von Buske veröffentlicht wurden.⁹ Daneben entstand auch ein von Franziska Heberle angefangenes und dann von Brenke fertiggestelltes Verzeichnis der Schriften von Tönnies (Brenke 1936): Es »wurde viel gearbeitet, in der Bibliothek, Schreibmaschinenhilfe war auch kräftig dabei«, berichtete Marie Tönnies, die Ehefrau des Soziologen, über den Winter 1935, später an Oskar Vogt. Diese geschäftige Zeit fand aber um Weihnachten des Jahres 1935 ihr Ende, als Tönnies plötzlich schwer erkrankte: Eine schwere Lungenentzündung hatte sich eingestellt. Am Gründonnerstag 1936 verstarb Tönnies in

⁷Eine frühe Korrespondenz datiert auf diese Semesterveranstaltung: Siehe Oskar Vogt an Ferdinand Tönnies, 24.05.1888, UB Düsseldorf, Vogt-Archiv, Bd. 643, Bild 27. Die Veranstaltung zu Schopenhauer stellte einen Lektürekurs dar. Er lautete: »Schopenhauer, die Welt als Wille und Vorstellung« (Holzhauser und Wierzock 2019, S. 232).

⁸Siehe Taschenkalender 1935, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek (SHLB), Tönnies-Nachlass (TN), Cb 54.11:30. Eintragungen v. 26.07.1935.

⁹Der *Geist der Neuzeit*, der sich insgesamt auf vier Bände erstrecken sollte, wurde zu Lebzeiten nie vollständig veröffentlicht. Das bis 1935 erstellte Manuskript dieser Teile ging in der Folge, bedingt durch die schwierigen Publikationsbedingungen im nationalsozialistischen Deutschland, der rassistisch-politischen Verfolgung einiger Schüler von Tönnies und die Wirren des Zweiten Weltkriegs, verloren. Das Manuskript wurde aber später in den Beständen des Bundesarchivs Abteilung Berlin-Lichterfelde wiedergefunden, so dass es veröffentlicht werden konnte (Tönnies 2016).

Kiel (Brockdorff 1936a, S. 12). Kurz zuvor konnte er noch die Festgabe anlässlich seines achtzigsten Geburtstags empfangen, in denen »ältere und jüngere Gelehrte« – darunter mehrere Vertreter seiner soziologischen Schule – seiner »wissenschaftlichen Persönlichkeit« ein Denkmal setzten (Reine und Angewandte Soziologie 1936, S. IV). Mit Tönnies' Tod fand der geistige und örtliche Fixpunkt seiner wissenschaftlichen Schule sein Ende. Als ein wesentlicher Einschnitt für die Schule hatte sich zuvor bereits die nationalsozialistische Verfolgung zahlreicher ihrer Mitglieder erwiesen. Die Folge war eine räumliche Zerstreung des Personenzusammenhanges, teils bis in die englisch- und spanischsprachige Welt hinein. Aber die Loyalitäten zur Tönnies'schen Schule und damit zu seiner Person an sich hörten mit dieser physischen Distanz nicht auf. Ein Indiz dafür sind Selbst- und Fremdzuschreibungen zu dieser Schule, die bis weit über den Zweiten Weltkrieg stattfanden und fortwirkten.

Der bei Tönnies habilitierte Max Graf zu Solms ist dafür ein gutes Beispiel. Kurz vor Weihnachten 1936 bedankte er sich bei Tönnies' Tochter Franziska für ihm zugegangene Devotionalien aus dem Besitz des Soziologen (darunter ein »Kantbild«) und versprach, »dass das Haus Tönnies/Heberle mein allerengster Freundeskreis ist und bleibt«. ¹⁰ Zehn Jahre erneuerte Solms auf seine Weise dieses Versprechen. Im September 1946 lehnte er auf dem 8. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am Main seinen Vortrag über »Gesellungslehre« an Tönnies' Eröffnungsansprache auf dem 1. Deutschen Soziologentag vor 36 Jahren an (Solms 1948). Das war nicht nur eine pietätvolle Geste. Mit ihr konnte Solms vielmehr, indem er Tönnies' bei Auguste Comte entlehnte Vision einer sich mittels soziologischen Wissens selbst erkennenden und regulierenden Menschheit beschwor, die Soziologie als neue alte Leitwissenschaft aufs Tapet heben. Indem Solms aber nicht nur auf diesen Punkt aus Tönnies' Eröffnungsrede positiv rekurrierte, sondern sich auch als »Angehörender« der Tönnies-Schule zu erkennen gab, approbierte er sich zugleich als legitimer Sprecher der Disziplin. In diesem Kontext ist zu berücksichtigen, dass Tönnies auch noch in den späten 1940er Jahren, wie schon zuvor in der Weimarer Republik, als Wegbereiter der Soziologie inszeniert wurde. Dabei hatten sich sogar viele pathetische Etikettierungen dieser Zeit erhalten. Selbst Leopold von Wiese, der seit 1946 wie einst Tönnies über die DGS präsierte, hielt es noch im ersten Jahrgang der *Kölner Zeitschrift für Soziologie* für geboten, den ehemaligen Kollegen als »den Meister unserer Wissenschaft« zu bezeichnen (von Wiese in Severus [d. i.

¹⁰Max Graf zu Solms an Franziska Heberle, 22.12.1936, SHLB, TN, Cb 54.56: 770.

Ernst Wolgast] 1948/49, S. 445, Fn. 1).¹¹ Solms rühmte sich insofern als Schüler einer zentralen Gründungsfigur des Faches. Seine Selbsteinordnung zur Tönnies-Schule bekam Solms aber auch vom akademischen Feld zurtückgespiegelt. Als Max Horkheimer 1952 eine *Survey of the Social Sciences in Western Germany* publizierte, vermerkte er bezüglich Solms wie selbstverständlich: »a friend and student of Tönnies« (Horkheimer 1952, S. 8).

Die Zugehörigkeit zur späten Tönnies-Schule war insofern legitimitätsstiftend, wegen dieser bemühten sich auch einige späte Schüler immer wieder, den Klassikerstatus von Tönnies weiter zu perpetuieren. An dieser Entwicklung waren die exilierten Tönnies-Schüler Werner Cahnman und Eduard Jacoby beteiligt, aber vor allem auch Rudolf Heberle, der 1938 in die USA ausgewandert 1940 eine Professur für Soziologie an der *Louisiana State University* in Baton Rouge erhalten hatte und zwischenzeitlich als Vizepräsident der *American Sociological Association* amtierte. Zu dritt veröffentlichten Cahnman, Jacoby und Heberle ab den 1950er Jahren dutzende Editionen, Anthologien und Monografien zu Tönnies (Jacoby 1975; Cahnman 1973; Cahnman und Heberle 1971; Jacoby 1971). Im Verlauf der 1970er Jahre fand dieses Wirken an die Universität Kiel, dem alten Zentrum der Tönnies-Schule, zurück. Eine solche Anknüpfung ergab sich über Lars Clausen, seit 1970 ordentlicher Professor für Soziologie in Kiel. »Ohne Tönniesianer zu sein«, so Elke M. Geenen über Clausen (Geenen 2013, S. 87), entstand durch diesen Soziologen als Vertreter der zweiten Generation der bundesrepublikanischen Soziologie seitdem eine deutsche »Ferdinand-Tönnies-Forschung«, die vor Ort in Kiel in den 1990er Jahren in ein Gesamtausgabe-projekt mündete.

Damit schloss sich insofern der Kreis zu Tönnies, welcher hundert Jahre zuvor, in den 1890er Jahren an der Universität Kiel, damals noch als Privatdozent für Philosophie, begonnen hatte, erste Schüler um sich zu sammeln. Eine im engeren Sinne erste Schülergeneration von Soziologen formierte sich damals aber noch nicht um ihn; dies lag einerseits an der fehlenden Professur, aber andererseits weitaus mehr noch an Tönnies selbst, dessen Selbstbewusstsein als Soziologe sich zu ebenjener Zeit erst ausprägte. Mit der Wende zum 20. Jahrhundert, als Tönnies längst zum Stichwortgeber der Soziologie als Einzelwissenschaft avanciert war und sich 1909 die DGS bildete, der Tönnies im Vorstand angehören sollte, bestand eine gänzlich andere Lage. Hinzu kam, dass Tönnies 1908 in Kiel ein Extraordinariat für Staatswissenschaften und Statistik erhielt, aus dem zeitnah

¹¹ Es handelt sich um eine redaktionelle Bemerkung von Wieses, die er als Herausgeber der *Kölner Zeitschrift für Soziologie* einer Veröffentlichung zu Tönnies vorangeschaltet hat.

über die Station der ordentlichen Honorarprofessur im Jahr 1913 ein Ordinariat wurde. In dieser Konstellation gelang es Tönnies mehr und mehr Schüler für sich und das Projekt einer eigenständigen Soziologie zu gewinnen. Infolge des Ersten Weltkriegs, während dessen Verlauf sich Tönnies 1916 vom Hochschuldienst entpflichten ließ und in dem mehrere seiner Schüler als Soldaten starben, erlebte der weitere Ausbau seiner Schule aber einen quantitativen Einbruch. Wie einschneidend der Krieg gewesen ist, dafür ist die 1917 publizierte Schrift *Weltkrieg und Völkerrecht* ein Beispiel, die Tönnies dem Andenken an sechs ehemalige Schüler widmete (Tönnies 2008).

Zu großer Ausstrahlung fand die Tönnies-Schule erst in der Weimarer Zeit, als Tönnies im Herbst 1921 an die Universität Kiel zurückkehrte, um einen speziellen Lehrauftrag für Soziologie auszufüllen. Dieser erweiterte Einfluss deckte sich mit dem Zeitpunkt höchster Geltung seiner Person und seines Hauptwerkes *Gemeinschaft und Gesellschaft* (Tönnies 2019 [1935]), welches zu ebenjener Zeit zum gesellschaftsanalytischen Standardwerk der Soziologie aufrückte. Diese Bedeutung für die Wissenschaft der Soziologie erstreckte sich auch auf das Ausland, was Tönnies vermehrt internationale Studenten einbrachte. Eine Freundin der Familie Tönnies, die Lehrerin Hedwig Bleicken, erinnerte sich später diesbezüglich: »Schüler kamen zu Tönnies aus aller Herren Länder. Ich lernte Japaner und Chinesen kennen« (Bleicken 1993, S. 11). Zu diesen Studenten aus Fernost gehörte beispielsweise der in Shanghai geborene Gee Mai King, der 1923 in Kiel promovierte (King 1924) und zurück in China am Aufbau der Kwang Hua Universität in Shanghai, einer zentralen Ausbildungsstätte der regierenden Kuomintang-Partei, beteiligt war, der er dann bis 1927 als Dekan vorsitzen sollte.

Diese und andere biographische Detailbetrachtungen inspirieren wiederholt vor allem zu einer Frage: Wer gehörte alles zur Schule um Tönnies? Nach unseren vorläufigen Recherchen umfasste diese Gruppe mindestens 94 Personen. Davon entfallen auf die Jahre 1908 bis 1933, welche im engeren Sinne eine soziologische Schulbildung dokumentieren, 77 Schüler und drei Schülerinnen. Die Zahlen dürften aber wohl noch höher liegen, vor allem wenn die ausländischen Gaststudenten von Tönnies weiterverfolgt würden. Der Briefnachlass dokumentiert etwa mehrere bisher noch nicht identifizierte Korrespondenten aus Japan, China und auch aus Indien. Hinzu kommen auch viele osteuropäische Namen (Zander 1980, S. 28–43). Zu den aus rein soziologischer Perspektive bekanntesten Schülern gehören sicherlich Ernst Manheim, der Cousin Karl Mannheims, sowie Alfred Meusel, und die bereits erwähnten Solms und Heberle, in gleichem Maße aber eben auch Hans Lorenz Stoltenberg und Fritz Pappenheim. Hierher gehört ebenso der früh verstorbene Kurt Albert Gerlach, der

1922 zum Direktor auserkoren für das *Institut für Sozialforschung* in Frankfurt am Main auserkoren war, kurz vor der Eröffnung aber verstarb (s. ausführlicher Siegfried 2010, S. 154–157). Aus dem Bereich der Philosophie, Nationalökonomie und der sich damals etablierenden Zeitungswissenschaft stechen zudem Namen wie Raymund Klibansky, Karlfried Graf von Dürkheim, Fritz Karl Mann, Hero Moeller, Hans Amandus Münster, Otto Neurath und der schon genannte Cay Baron von Brockdorff ins Auge. Mit Blick auf Berufspolitiker fallen einige weitere Namen auf: Darunter etwa Albert Südekum, preußischer Finanzminister der frühen Weimarer Republik, Lauritz Lauritzen, in der sozial-liberalen Koalition der 1970er Bundesverkehrsminister sowie der Politiker Heinrich Krone, eine Dekade zuvor für die *Christlich Demokratische Union* im Ludwig Erhard-Kabinett Bundesminister für besondere Aufgaben. Eine weitere Person, die in diesen Kontext gehört, ist der Diplomat Wilhelm Solf, der im Jahr 1918 als Staatssekretär im Auswärtigen Amt wirkte und danach lange als Botschafter in Tokyo tätig war.

2 Strukturelle Grundvoraussetzungen der Schule um Tönnies

Dass sich im frühen 20. Jahrhundert in Kiel eine Schule um Tönnies bilden konnte, hatte in erster Linie institutionelle Gründe: Da war zunächst der 1908 erlangte Professorenstatus, der für den bisher mitunter als »ewig« (selbst-)designierten Privatdozenten einer 180-Grad-Wende gleichkam (Tönnies 1924, S. 225). Als Professor für Staatswissenschaften und Statistik oblag es Tönnies fortan Vorlesungen zur Einführung in die theoretische und praktische Ökonomie zu geben – eine Lehrpraxis, die ihm mehr Studenten garantierte. Sein Einfluss auf die akademische Jugend weitete sich damit zusehends aus – auch im Hinblick auf die Soziologie. So spielten in Tönnies' nationalökonomischen Vorlesungen stets auch »Zusammenhänge mit Soziologie« (Tönnies 2000 [1911], S. 10) eine Rolle. Soziologisch ausgerichtet waren aber ebenso seine sozialempirischen Veranstaltungen zur Bevölkerungs-, Berufs- und Kriminalstatistik, die mit seiner Denomination als Statistiker einhergingen (Holzhauser und Wierzock 2019, S. 235–238). Es lässt sich wohl nicht bestreiten, dass die Professur für Tönnies einen erheblichen Statuszuwachs im wissenschaftlichen Feld mit sich brachte.

Im ähnlichen Maße wesentlich für das Entstehen der Tönnies-Schule war aber, dass an der Universität Kiel nach der Wende zum 20. Jahrhundert ein rasanter Aus- und Umbau der Staatswissenschaften vor sich ging. Dafür verantwortlich war Tönnies' jüngerer Kollege, der Ökonom Bernhard Harms.

Noch im Jahr 1908, als Harms nach Kiel kam, befand sich das hiesige Staatswissenschaftliche Seminar in einem desolaten Zustand. Mit dem Aufbau des 1914 gegründeten *Instituts für Weltwirtschaft*, dem Harms bis 1933 als Direktor vorstehen sollte, änderte sich dies grundlegend. Binnen kürzester Zeit setzte sich eine institutionelle Dynamik in Gang, durch die sich die Staatswissenschaften, dieser eigentümliche Fächerverbund des späten 19. Jahrhunderts, zur modernen Wirtschaftswissenschaft wandelten (Take 2019, S. 19–46). Dieser Ausdifferenzierungsprozess schuf gleichzeitig Freiräume für die Soziologie, die sich Tönnies vor allem dadurch eröffneten, dass Harms ihn zum Leiter der statistischen Abteilung des Instituts für Weltwirtschaft machte. In rascher Folge gelang es Harms, das Institut zu einer bedeutsamen deutschen Forschungseinrichtung mit einem stetig wachsenden Mitarbeiterstab zu machen, auf welchen Tönnies wiederum als Rekrutierungsbasis für Schüler zurückgreifen konnte.

Ein anderer wachsender akademischer Personenzusammenhang, der sich auf das Entstehen der Tönnies-Schule günstig auswirkte, war die *Deutsche Gesellschaft für Soziologie* (DGS). Dies war vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Anziehungskraft, die von Tönnies auf die jüngere Akademikergeneration ausging, auch damit zu tun hatte, dass er der DGS präsierte (s. Dörk et al. 2019; Dörk 2018; Dörk und Borggräfe 2015). Nachdem der Fachverband während des Ersten Weltkriegs zum Erliegen gekommen war, hatte ihn Tönnies 1922 mit Werner Sombart wiederbegründet und war dessen Präsident geworden. Das neue Amt garantierte Tönnies viel Einfluss auf die laufenden Geschäfte der DGS – eine Wirkungsmacht, die sich dadurch potenzierte, dass der Verein, anders als vor 1914, zur exklusiven Gelehrtenvereinigung transformiert worden war. Dies geschah durch eine Limitierung auf zunächst 100 Mitglieder. Potenziell beitreten konnte nur, wen ein Pate vorgeschlagen hatte. Die Zuwahl erfolgte anschließend durch den sechsköpfigen geschäftsführenden Ausschuss, dem auch Tönnies angehörte. Mittels dieses Mechanismus konnte Tönnies nachhaltig steuern, wer in die DGS aufgenommen wurde. Ein Vorgang, der nicht wenigen seiner Schüler zugutekam, allerdings keiner von seinen nun auch vorhandenen Schülerinnen. Als jungen Akademikern dürfte diesen eine Mitgliedschaft in der DGS ausgesprochen willkommen gewesen sein. So konnte die eng begrenzte Mitgliederzahl und die Tatsache, dass die DGS in der Weimarer Republik das Fach Soziologie quasi selbstständig nach außen repräsentierte, die wissenschaftliche Stellung eines neuen Mitglieds im wissenschaftlichen Feld enorm aufwerten. Auf diese personenbezogene Seite der Kooptationspolitik spielte auch Leopold von Wiese an, der seit 1922 als DGS-Sekretär die laufenden Geschäfte des Fachverbandes leitete. In einer Grußadresse der DGS zu Ehren von Tönnies 70. Geburtstag im Juli 1925 scherzte er, dass die DGS »eigentlich den Namen Gemeinschaft

Tönnies führen« (Kieler Neueste Nachrichten 1925, S. 2) müsste, und sprach damit die präsidiale Machtkonstellation innerhalb des Vereins an. Die DGS fungierte dabei außerdem als eine Art Jobbörse und Tönnies in seiner Funktion als DGS-Präsident als ein Ansprechpartner für Berufungsfragen. Als sich beispielsweise 1929 der preußische Landtag dafür aussprach, neue soziologische Lehrstühle zu errichten, wurde die DGS damit beauftragt, Kandidaten vorzuschlagen. Wie selbstverständlich befanden sich unter den Personen, die Tönnies in seiner repräsentativen Funktion als besonders geeignet empfahl, zu einem Viertel auch Schüler des Präsidenten (Wierzock 2017b, S. 327–329).

3 Sozio-epistemische Begrenzungen

Die institutionellen Verbindungsachsen der Schule von Tönnies, vor allem die Einbettung in das *Institut für Weltwirtschaft*, brachte für diesen Personenzusammenhang nicht nur Vorteile, sondern auch zahlreiche Abhängigkeiten mit sich. Das Problem bestand darin, dass Tönnies' Schüler nur bedingt genuin soziologischen Perspektiven nachgehen konnten. Sofern eine weitere Karriere am Institut angestrebt wurde, war es unbedingt vonnöten, das eigene ökonomische Profil zu stärken. Interessenschwerpunkte und Karriereplanungen hatten sich dem wissenschaftlichen Umfeld anzupassen oder anders gesagt: Sie hatten sich quasi zwischen Harms oder Tönnies zu entscheiden. Wissenschaftspolitisch betrachtet besaß Harms als Direktor eines modernen Universitätsinstituts weitaus größere distributive Ressourcen als Tönnies. Letzterer verfügte zwar über gute hochschulpolitische Beziehungen, konnte jedoch eben nur ein gewisses Maß an Karriereförderung gewähren. Letztendlich ist Tönnies in diesem Vergleich lediglich als ein Nebenakteur in dem von Harms aufgebauten Wissenschaftsimperium zu begreifen. Insofern taten Schüler von Tönnies gut darin, sich als Bindestrich-Soziologen zwischen Ökonomie und Soziologie zu bezeichnen und zu begreifen – was freilich ein generelles Phänomen der Zeit war.

Dieses komplizierte Spannungsfeld, in dem sich Tönnies' Schüler wiederfanden – angezogen vom neuen Wissensfeld soziologischer Gesellschaftsanalyse, aber zugleich der Nationalökonomie verpflichtet – dokumentiert sich am Fallbeispiel Carl Max Maedge. Von der Chemie herkommend hatte er in Kiel um 1911 zur Nationalökonomie und zur Soziologie gefunden; später, in der Weimarer Republik, wurde er an der Technischen Hochschule Aachen einer der ersten Lehrstuhlinhaber für Privatwirtschaftslehre (Pinn 1987, S. 30 f.). In einem Brief im August 1912 schildert er Tönnies wie sehr ihn beide Felder beschäftigten. Erst durch Tönnies habe er verstanden, dass »Soziologie nicht nur zum ursächlichen Verstehen der Geschichte die Schlüssel liefere, sondern auch der

Nationalökonomie erst den Standpunkt verschafft, von dem aus sie [...] eben erst Wissenschaft wird.«¹² Gleichzeitig zeigte er sich irritiert, wie wenig Harms diese Position teile. »Ist es möglich«, fragte er sich, »daß ein Professor der Nationalökonomie [wie Harms], ein Freund von Ihnen, der dazu meint Gemeinschaft und Gesellschaft nunmehr auswendig zu kennen [...] – ist es möglich, daß ein solcher einer wirklichen großen Sache [wie der Fundierung der Nationalökonomie durch Soziologie] garnichts abzugewinnen versteht –? Es ist nicht nur möglich – es ist de facto so.«¹³ Schließlich zog Maedge aus dieser Sachlage für sich den Schluss, sich vorerst stärker der Ökonomie zu widmen. »Zunächst heißt es ja nun für mich, aller Soziologie den Rücken kehren, um ihr dafür umso rascher zuzueilen«, rechtfertigte er diese Entscheidung.¹⁴ Der Fall Maedge veranschaulicht, warum primär soziologische Abschlussarbeiten der Schüler von Tönnies die Ausnahme bildeten – obwohl es diese durchaus gab. So fertigte der im Krieg gestorbene Kurt Marcard 1914 eine Darstellung über *Taines Milieutheorie unter Berücksichtigung erkenntnistheoretischer Probleme* an (Marcard 1910), der spätere CDU-Politiker Heinrich Krone erarbeitete 1924 eine *Theorie der Stadt* (Krone 1924) und Alfred Meusel, im Jahr 1922 Assistent von Tönnies, stellte *Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx* (Meusel 1922, 1925) an, die er 1921 bei Harms einreichte. Bei einigen weiteren Arbeiten dokumentiert sich bereits im Titel, dass ein Spagat zwischen Ökonomie und Soziologie versucht wurde; hierhin gehört etwa Ernst Jurkats 1931 bei Tönnies eingereichte Dissertation über *Die soziologische Fragestellung in der Werttheorie und die Theorie der sozialen Werte* (Jurkat 1931). Es bleibt jedoch nochmals festzuhalten, dass in der Masse eindeutig wirtschaftswissenschaftlich orientierte Arbeiten dominierten, die allerdings, was ebenso zu berücksichtigen ist, im frühen 20. Jahrhundert weitaus mehr als heute sozialempirisch ausgerichtet waren. Die Abgrenzung zu soziologischen Implikationen war hierbei alles andere als fundamental.

4 Schülerinnen und Schüler kartiert: Eine Übersicht

Eingangs unseres Aufsatzes haben wir auf die Möglichkeiten und komplexen Herausforderungen einer Soziologiegeschichte als Geschichte von Schulen hingewiesen. Dabei wurde ein zentrales Grundproblem nur *en passant* berührt. Noch

¹² Carl Max Maedge an Ferdinand Tönnies, 19.08.1912, SHLB, TN, Cb 54.56:495.

¹³ Carl Max Maedge an Ferdinand Tönnies, 19.08.1912, SHLB, TN, Cb 54.56:495.

¹⁴ Carl Max Maedge an Ferdinand Tönnies, 19.08.1912, SHLB, TN, Cb 54.56:495.

ehe ein Sozialverbund in Form einer wissenschaftlichen Schule näher analysiert und dieser über seine akkumulierten Wissensgüter, das heißt die von ihm produzierten Begriffe, Theorien, Probleme oder dergleichen, als »Denkkollektiv« (Fleck 2021 [1935], S. 54) näher rekonstruiert werden kann, muss ein derartiger Personen-zusammenhang identifiziert sein. Demnach lässt sich die folgende Frage formulieren: Ein Denkkollektiv verstanden als Praxisformen von Kooperativität besteht aus Menschen, aber wer gehört zu ihm? Bei dieser Herangehensweise muss demnach die Faustformel »Das Wer mit Wem steht vor dem Wie« gelten. Die Betrachtung beruht folglich auf Zuschreibungsvorgängen.

Die folgende Liste präsentiert 94 Personen (siehe Anhang), die sich zu Tönnies als akademischen Lehrer zugeordnet haben. Sie beinhaltet Erst- bzw. Zweitbetreuerverhältnisse in Form von Promotions- oder Habilitationsverfahren, die mit ihm an der Universität Kiel oder Marburg eingegangen wurden. Derart lassen sich bisher 15 Personen rubrizieren. Diese Reihe reicht, angefangen mit Kurt Marcard, der 1910 bei Tönnies promovierte, bis zu Max Graf zu Solms, der 1932 bei Tönnies im Fach Soziologie habilitierte. Annemarie Hermberg, geborene Gobbin, ist die einzige Frau dieser Gruppe. Rudolf Heberle (1929), Fritz Karl Mann (1913)¹⁵ und der soeben erwähnte Solms bilden die Habilitanden. Bei allen restlichen Personen der Liste (siehe Anhang) immerhin 79 Personen, handelt es sich um Frauen und Männer die von sich in Form eines geschriebenen Lebenslaufes, der seinerzeit einer Qualifizierungsschrift üblicherweise beigelegt wurde, angegeben haben, bei Tönnies studiert zu haben.¹⁶ Diese Gruppe findet sich in der Liste unter der dritten Rubrik: Schülerinnen und Schüler im weiteren Sinne. Tönnies als »akademischen Lehrer« aufzuführen markierte eine bewusst gewählte Zuordnung. In dieser Form geschah dies beispielsweise im Falle der 1933 eingereichten Qualifikationsschrift Walter Hornungs (Hornung 1933, S. 76). Auch Friedericke Braun, zählte in ihrer 1937 veröffentlichten Arbeit zu den sozialpolitischen Implikationen der Einkommensteuer »Tönnies« zu denjenigen, »denen ich allen zu großen Dank verpflichtet bin« (Braun 1937, S. 80).

¹⁵ In diesem Habilitationsverfahren fungierte Tönnies lediglich als Zweitgutachter.

¹⁶ Diese Lebensläufe sind Anlagen der jeweiligen Dissertationen. In der Liste wird darauf verzichtet diese einzeln zu belegen, da ohnehin in der Übersicht zu jeder Person auch der Titel der Qualifikationsschrift angeführt wird. Zusätzlich dazu wird der erreichte Doktorgrad unter Angabe der Universität, an der dies geschehen ist, aufgelistet. Aus Platzgründen wurde auf Geburts- und Sterbeort hier verzichtet, sie liegen aber in vielen Fällen vor.

Erich Rothacker indiziert dagegen ein Gegenbeispiel: Der bekannte Kulturphilosoph, welcher in seinen in der Bundesrepublik erschienenen Memoiren auch Tönnies als seinen Lehrer deklarierte (Rothacker 1963, S. 21), tat dies 1911, als er in diesem Jahr in Tübingen mit einer Arbeit zur Geschichtsschreibung Karl Lamprechts promovierte, ausdrücklich noch nicht (Rothacker 1912, o. S.). Zu beachten ist noch etwas Weiteres: Nicht alle der Personen, die folgend als Schülerinnen und Schüler erfasst sind, traten mit Tönnies längerfristig in ein kooperatives Verhältnis und wurden Teil seiner Schule. Inwiefern tatsächlich eine direkte Beziehung zu ihm bestand, lässt sich nur über einen zweiten Schritt und zwar mittels Publikationen, Korrespondenzen, Drittüberlieferungen, spätere autobiografische Texte oder anderweitige Quellen rekonstruieren.

Die hier vorgestellte Übersicht hat wie jedes gewählte Erfassungsschema quantitativer Daten seine *shortcomings*. So enthält die Liste etwa Personen wie den Zoologen Adolf Borgort, der 1891 an der Philosophischen Fakultät der Universität Kiel mit einer Arbeit über die Spezies der Dictyochiden promovierte, einer Unterart der Strahlentierchen, die als Plankton im Meer leben. Borgort gehörte also zu den Naturwissenschaftlern, die im damaligen Hochschulbetrieb noch der großen Philosophischen Fakultät zugeordnet waren. Reine naturwissenschaftliche Fakultäten existierten noch nicht und so hatten diejenigen jungen Männer (das Frauenstudium wurde in Preußen erst 1908 durchgesetzt), die sich für ein naturwissenschaftliches Studium entschieden, je nach Promotionsordnung auch genuin philosophische Veranstaltungen zu belegen. Ein Faktum, das Tönnies schon 1889 dazu brachte, abfällig zu bemerken, dass er keinen »Reiz« darin fände, »jungen Chemikern die Straße zum Doktor der Philosophie zu bauen«.¹⁷ Weitere Schwierigkeiten in der Zusammenstellung der Daten waren folgende: In einigen Fällen mussten zusätzliche Quellen herangezogen werden, um eine Zuordnung zu Tönnies zu rechtfertigen. Das betrifft etwa den bekannten Philosophen Raymond Klibansky für den kein entsprechender Lebenslauf vorlag. In seinem Fall existiert aber einerseits eine spätere autobiografische Zuordnung zu Tönnies (Klibansky 2001, S. 40), wie auch andererseits ein Empfehlungsschreiben von Tönnies an Max Moritz Warburg. In diesem Dokument setzte sich

¹⁷Tönnies an Paulsen, 15.03.1889 (Tönnies und Paulsen 1961, S. 264).

Tönnies 1926 bei Aby Warburgs Bruder dafür ein, dass sein ehemaliger Student, »ein junger Mann von außergewöhnlicher Begabung und leider auch großer Hilfsbedürftigkeit« unterstützt werden sollte.¹⁸ Weitergehend ist festzuhalten, dass die Liste gemäß ihrer Orientierung an akademischen Abschlüssen natürlich nur Personen erfasst, die einen solchen erworben haben. Aus diesem Grund fehlen einige Namen: Darunter fallen etwa diejenigen Studenten Tönnies', die im Ersten Weltkrieg als Soldaten gestorben sind. Auch der schon erwähnte Adlatus Heinrich Striefler ist in diesem Kontext zu nennen. Obgleich sich Striefler früh in sozialstatistische Diskussionen einschaltete, indem er etwa Tönnies' Rangkorrelationsmethoden optimierte (Striefler 1931) und auch sonst von seinem akademischen Lehrer vielfach protegiert wurde, konnte er aus bisher nicht zu klärenden Gründen sein Studium an der Universität Kiel nie beenden.¹⁹ Stattdessen wechselte Striefler 1934 in das Pressegeschäft und wurde Redakteur der *Industrie- und Handelszeitung* (Stamm 2011, S. 438, Fn. 59). Zuletzt bleibt zu bemerken, dass die vorliegende Liste der Schülerinnen und Schüler von Tönnies nicht als abgeschlossen zu betrachten ist. Weitere Funde sind zu erwarten.

¹⁸ Ferdinand Tönnies an Max Moritz Warburg, 18.07.1926, Deutsches Literaturarchiv Marbach, Nachlass Raymond Klubansky. Ähnlich komplex gestaltete sich die Zuordnung von Wilhelm Solf zu Ferdinand Tönnies. Erst anhand des Promotionsvorgangs Solf in den Akten des Universitätsarchivs der Universität Halle-Wittenberg konnte ermittelt werden, dass der spätere Diplomat „bei Herrn Privatdocenten Dr. Tönnies [sic]“ im Sommersemester 1883 „Philosophische Uebungen über Spinoza's Ethik“ belegt hatte. Siehe Promotionsvorgang Wilhelm Solf, UAHW, Rep. 21, Nr. 572. Wir bedanken uns bei der Archivmitarbeiterin Annika Bechmann für Recherchen in diesem Zusammenhang.

¹⁹ Als Max Graf zu Solms beispielsweise im September 1930 für eigene sozioempirische Studien eine »agrar- oder verfassungshistorische geschulte Hilfe« suchte, empfahl ihm Tönnies sogleich Striefler. (Solms an Tönnies, 18.09.1930; Solms 1982, S. 214 und Tönnies an Solms, 02.02.1931; Solms 1982, S. 215). Der junge Student reiste daraufhin zu Solms, der sich wiederum im Februar 1931 für das »Herkommen« Strieflers bei Tönnies bedankte. Der Student sei ihm »ein kluger, praktischer, intensiv teilnehmender Mitarbeiter« gewesen. (Solms an Tönnies, 13.02.1931; Solms 1982, S. 216).

SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VON FERDINAND TÖNNIES						
HABILITIERTE						
Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Mann	Fritz Karl	1883	1979	1913	Staatswiss.	Kiel
<i>Der Marschall Vauban und die Volkswirtschaftslehre des Absolutismus. Eine Kritik des Merkantilismus</i>						
Heberle	Rudolf	1896	1991	1929	Soziologie	Kiel
<i>Über die Mobilität der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten</i>						
Solms	Max Graf zu	1893	1968	1932	Soziologie	Marburg
<i>Führerbestellung. Bau und Gliederung der Menschengruppen</i>						
PROMOVIERTE						
Marcard	Kurt	1887	1914	1910	Dr. phil.	Kiel
<i>Taines Milieutheorie im Zusammenhang mit ihren erkenntnistheoretischen</i>						
Gerlach	Kurt Albert	1886	1922	1911	Dr. phil.	Kiel
<i>Dänemarks Stellung in der Weltwirtschaft: unter besonderer Berücksichtigung der Handelsbeziehungen zu Deutschland, England und Skandinavien</i>						
Weber	Paul	1872	unbek.	1912	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung</i>						
Barfels	Friedrich	1885	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Wirkungen der Invalidenversicherung in Schleswig-Holstein</i>						
Hermberg	Paul	1888	1969	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Bevölkerung des Kirchspiels Münsterdorf. Eine Darstellung ihrer Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der Geburten</i>						
Maedge	Carl Max	1884	1969	1914	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Über den Ursprung der ersten Metalle, der See- und Sumpferzverhüttung, der Bergwerksindustrie und ihrer ältesten Organisation in Schweden. Eine prähistorisch und historisch-ökonomische Abhandlung</i>						
Hedrich	Otto	1888	unbek.	1915	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Die Entwicklung des schleswig-holsteinischen Eisenbahnwesens</i>						
Hummel	Tonn	1887	unbek.	1923	Dr. jur.	Kiel
<i>Versuch einer historisch-dogmatischen Grundlegung des Gerechtigkeitsbegriffs unter der besonderen Berücksichtigung der Aristotelischen Unterscheidung zwischen austeilender und ausgleichender Gerechtigkeit</i>						
Hermberg	Annemarie	1898	1990	1924	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Die Ideologie der christlichen Gewerkschaften. Eine soziologische Untersuchung mit besonderer Berücksichtigung von Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Krone	Heinrich	1895	1989	1924	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Theorie der Stadt</i>						
Münster	Hans Amandus	1901	1963	1924	Dr. phil.	Kiel
<i>Die öffentliche Meinung in Josef Görres' politischer Publizistik</i>						
Solms	Max	1893	1968	1927	Dr. phil.	Kiel
<i>Gestalt und Gerüst der Menschenwelt (Kapitel I und II eines ersten, grundlegenden Textes einer gruppensoziologischen Untersuchung)</i>						
Jurkat	Ernst	1905	1994	1931	Dr. phil.	Kiel
<i>Die soziologische Fragestellung in der Werttheorie und die Theorie der sozialen Werte</i>						
SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER IM WEITEREN SINNE						
Solf	Wilhelm	1862	1936	1886	Dr. phil.	Halle
<i>Die Kaçmîr-Recension der Pancâçikâ</i>						
Beheim-Schwarzbach	Felix	1866	unbek.	1890	Dr. phil.	Kiel
<i>Libellus peri hermeneias qui Demetrii nomine inscriptus est quo tempore compositus sit</i>						
Borgert	Adolf	1868	1954	1891	Dr. phil.	Kiel
<i>Über die Dctyochiden insbesondere über Distephanus Speculum sowie Studien an Phaeodarien</i>						
Grentzenberg	Max Theodor	1865	1908	1891	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Spongienfauna der Ostsee</i>						
Grothjahn	Albert	1869	1931	1894	Dr. med.	Kiel
<i>Beitrag zur Lehre von der Purpura</i>						
Südekum	Albert	1871	1844	1894	Dr. phil.	Berlin
<i>Über das Malthus'sche Gesetz und das Bevölkerungsproblem der kommunistischen Gesellschaft</i>						
Luppe	Willy	1874	1945	1896	Dr. phil.	Kiel
<i>Totschlagsrechts Lübecks im Mittelalter</i>						
Brockdorff	Cay Baron v.	1874	1946	1898	Dr. phil.	Kiel
<i>Kants Theologie</i>						
Neumann	Kurt	1874	unbek.	1906	Dr. phil.	Kiel
<i>Experimentelle Beiträge zur Lehre von der Ökonomie und Technik des Lernens</i>						
Neurath	Otto	1882	1945	1906	Dr. phil.	Berlin
<i>Zur Anschauung der Antike über Handel, Gewerbe und Landwirtschaft</i>						
Hoffmann	Ernst	1884	unbek.	1907	Dr. phil.	Kiel
<i>Ostdeutsche Stadtlagen</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Hoffmann	Friedrich	1880	1963	1907	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Geldwerttheorien der Anhänger und der Gegner des Currencyprinzips</i>						
Bramstedt	Paul	1884	1960	1908	Dr. phil.	Kiel
<i>Das Problem der Beschaffung von Arbeit durch Staat und Gemeinde. Ein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit</i>						
Dohm	Paul	1883	unbek.	1908	Dr. phil.	Kiel
<i>Holsteinische Ortsnamen, die ältesten urkundlichen Belege gesammelt und erklärt</i>						
Matthiesen	Johannes	1877	unbek.	1908	Dr. phil.	Kiel
<i>T. R. Malthus' Hauptlehren der politischen Ökonomie</i>						
Schupp	Johannes	1883	1947	1908	Dr. phil.	Kiel
<i>Die sozialen Verhältnisse im Hamburger Hafen</i>						
Loy	George	1885	unbek.	1909	Dr. phil.	Kiel
<i>Der kirchliche Zehnt im Bistum Lübeck von den ersten Anfängen bis zum Jahr 1340</i>						
Ritter	Ludwig	1877	unbek.	1909	Dr. phil.	Kiel
<i>Die deutschen Krankenkassen unter besonderer Berücksichtigung ihrer Weiterentwicklung</i>						
Scheer	Hans Albert	1886	unbek.	1909	Dr. phil.	Kiel
<i>Die anthropogeographische Bedeutung der wichtigsten Sumpflandschaften in Nordwestdeutschland</i>						
Scholz	William	unbek.	unbek.	1910	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Stellung der Segelschiffahrt zur Weltwirtschaft und Technik</i>						
Schweizer	Albert	1883	unbek.	1910	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Milchwirtschaft im landwirtschaftlichen Kleinbetriebe unter besonderer Berücksichtigung des Amtsbezirkes und der Stadt Konstanz</i>						
Fleck	Anton Arndt	1884	1969	1911	Dr. phil.	Kiel
<i>Kanada. Volkswirtschaftliche Grundlagen und weltwirtschaftliche Beziehungen</i>						
Rosenbaum	Eduard	1887	1979	1911	Dr. phil.	Kiel
<i>Ferdinand Lassalle. Studien über historischen und systematischen Zusammenhang seiner Lehre</i>						
Sehmer	Theodor	1885	unbek.	1911	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Eisenerzversorgung Europas</i>						
Bock	August	1881	unbek.	1912	Dr. phil.	Kiel
<i>Der "Produit Net" der Physiokraten (unter besonderer Berücksichtigung von Quesnay) und sein Gegensatz zum Grundrenten-Begriff von Adam Smith und Ricardo</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Dahlmann	Ernst	1887	unbek.	1912	Dr. jur.	Kiel
<i>Der freiwillige Rücktritt vom Versuch</i>						
Henningsen	Adolf	1887	1915	1912	Dr. phil.	Kiel
<i>Die gleitende Zollskala in England</i>						
Krziža	Alfons	1886	unbek.	1912	Dr. phil.	Kiel
<i>Emden und der Dortmund-Ems-Kanal unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für Import und Export im niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet</i>						
Reyman	Theodor	1868	unbek.	1912	Dr. phil.	Kiel
<i>Die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Zahnheilkunde</i>						
Sonnenkalb	Hans	1888	unbek.	1912	Dr. phil.	Heidelberg
<i>Die Entwicklung des Abrechnungswesens in Leipzig</i>						
Westermann	Erich	1887	unbek.	1912	Dr. phil.	Jena
<i>Grundlinien der Welt- und Lebensanschauung Rudolf Hildebrands</i>						
Baumann	Friedrich	1885	1969	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Anstellung und Besoldung im Konsulardienst Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands</i>						
Herner	Heinrich	1870	1958	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Hafenabgaben und Schiffsvermessung. Ein kritischer Beitrag zur Würdigung ihrer technischen, wirtschaftlichen und statistischen Bedeutung</i>						
Jalkowski	Curt	1886	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Kohlenversorgung Italiens mit besonderer Berücksichtigung Deutschlands</i>						
Keiler	Hans	1886	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Amerikanische Schifffahrtspolitik. Geschichte und Gründe des Aufstiegs und Niedergangs der amerikanischen Handelsschifffahrt</i>						
Kries	Wilhelm v.	1886	1943	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Seezollverwaltung und Handelsstatistik in China</i>						
Langloff	Felix	1889	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Untersuchung über Küstenkonfiguration, Wind und Erdrotation als Ursachen der Meeresströmungen in der Kieler Bucht und im Fehmarnbelt</i>						
Linnenkohl	Ernst	1890	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Dahlmann und der Konstitutionalismus</i>						
Nielsen	Jakob	1890	1959	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Kurvennetze auf Flächen</i>						
Schander	Carl	1885	unbek.	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Eisenbahnpolitik Frankreichs in Nordafrika nebst einem Überblick über das Problem der Transsaharabahn</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Züblin	Robert	1888	1928	1913	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Handelsbeziehungen Italiens vornehmlich zu den Mittelmeerländern. Dargestellt auf wirtschaftsgeographisch-politischer Grundlage</i>						
Bosse	Ewald	1880	1956	1914	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Norwegens Stellung im internationalen Wirtschaftsleben vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart</i>						
Curth	Hermann	1889	1965	1914	Dr. phil.	Kiel
<i>Über die Reduktion des Acetylacetonharnstoffs</i>						
Grävell	Walter	1891	unbek.	1914	Dr. phil.	Göttingen
<i>Die Säuglingssterblichkeit Preußens in ihrer Beziehung zu sozialen und ökonomischen Verhältnissen</i>						
Oberfohren	Ernst	1881	1933	1914	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Jean Bodin und seine Schule. Untersuchungen über die Frühzeit der Universalökonomik</i>						
Stoltenberg	Hans Lorenz	1888	1963	1914	Dr. phil.	Marburg
<i>Soziopsychologie</i>						
Baumann	Egbert	1885	1969	1915	Dr. phil.	Kiel
<i>Anstellung und Besoldung im Konsulardienst Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns und Deutschlands</i>						
Behn	Herman Behn	1892	1970	1915	Dr. jur.	Kiel
<i>Zur Lehre von der geistigen Minderwertigkeit im Strafrecht</i>						
Repenning	Otto	1885	unbek.	1915	Dr. jur.	Kiel
<i>Das überseeische Remboursgeschäft der deutschen Banken</i>						
Wolgast	Ernst	1888	1959	1917	Dr. iur. utr.	Kiel
<i>Die rechtliche Stellung des schleswig-holsteinischen Konsistoriums. Ein Beitrag zur Beurteilung des Verhältnisses der Landeskirche zum Staate</i>						
Moeller	Hero	1892	1974	1920	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Zur Frage der Objektivität des wirtschaftlichen Prinzips</i>						
Garnich	Marga	1894	unbek.	1922	Dr. rer. pol.	Würzburg
<i>Die Zwangs- oder Fürsorgeerziehung in Deutschland</i>						
Meusel	Alfred	1896	1960	1922	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx</i>						
Meyer	Emil	1895	unbek.	1922	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Die Industrie der Stadt Flensburg seit 1864. Eine Standortuntersuchung</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Dürckheim	Karlfried Graf v.	1896	1988	1923	Dr. phil.	Kiel
<i>Erlebnisformen – Ansätze zu einer analytischen Situationspsychologie. Ein Beitrag zur Psychologie des affektiven Erlebens</i>						
Heberle	Rudolf	1896	1991	1923	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Schweden (mit besonderer Berücksichtigung ihres Ideengehalts)</i>						
King	Gee-Mai	1891	1932	1923	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Das Geldwesen in China</i>						
Timm	Heinrich	1894	unbek.	1923	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Die Herkunft des Objektivitätsproblems in der deutschen Sozialökonomie</i>						
Krause-Wichmann	Georg	1901	1969	1924	Dr. phil.	Gießen
<i>Arbeiterverhältnisse im Saarland vor und nach dem Krieg</i>						
Savelsberg	Gertrud	1899	1984	1924	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Der internationale Frauenschutz und das Problem der Frauenarbeit</i>						
Weber	Reinhard	1892	1945	1924	Dr. rer. pol.	Tübingen
<i>Konsumgenossenschaften und Klassenkampf. Das Neutralitätsprinzip des Konsumgenossenschaftswesens</i>						
Bohnstedt	Werner	1899	1971	1926	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Der Weltmarkt. Untersuchungen über die Marktbildung in der Weltwirtschaft</i>						
Schmidt	Friedrich	1898	unbek.	1926	Dr. rer. pol.	Greifswald
<i>Die Konkursstatistik in Deutschland seit 1914</i>						
Süssengut	Otto	1898	1962	1927	Dr. rer. pol.	Halle
<i>Die Angestellten als Stand und Klasse: Ein Beitrag zur Soziologie des wirtschaftlich-sozialen Kampfes in Deutschland</i>						
Gross	Hermann	1903	unbek.	1928	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Deutsch-rumänische Wirtschaftsbeziehungen: Mit einer volkswirtschaftlichen Bibliographie über Rumänien</i>						
Pappenheim	Fritz	1902	1964	1928	Dr. rer. pol.	Köln
<i>Aufriss einer Sozialgeschichte der Geldentwertungen in Frankreich bis John Law. Untersuchungen über die Einwirkung des Geldwertschwundes auf das Staatsgefühl</i>						
Beyersdorff	Hans	1883	unbek.	1929	Dr. jur.	Kiel
<i>Die Staatstheorien in der verfassungsgebenden deutschen Nationalversammlung von 1919</i>						
Klibansky	Raymond	1905	2005	1929	Dr. phil.	Heidelberg
<i>Ein Proklos-Fund und seine Bedeutung</i>						

Nachname	Vorname	Geb.	Gest.	Prom. / Hab.	Dr.-Grad/ Hab.-Fach	Univ.
Manheim	Ernest	1900	2002	1929	Dr. phil.	Leipzig
<i>Zur Logik des konkreten Begriffs</i>						
Netta	Xenofon	1901	unbek.	1929	Dr. phil..	Leipzig
<i>Die rumänische Nationalbank: Vorgeschichte, Entstehung, Organisation, Tätigkeit, Kredit- und Währungspolitik</i>						
Jacoby	Eduard G.	1904	1978	1930	Dr. jur.	Kiel
<i>Der Finanzausgleich. Eine begriffliche Untersuchung</i>						
Hobbing	Reimar	1900	unbek.	1931	Dr. phil.	Leipzig
<i>Bergbau und aufgelagerte Industrien des Wirtschaftsbezirkes Bitterfeld in ihren Wechselbeziehungen zur Verwaltung des Kreises und der Gemeinden</i>						
Junghans	Hans-Martin	1903	1992	1931	Dr. phil.	Greifswald
<i>Studien zum Meistersinger Jörg Schiller</i>						
Keller	Leo	1900	unbek.	1932	Dr. phil.	Kiel
<i>Die Entwicklung der Berufsethik in der deutschen Literatur von Lessing bis G. Freytag</i>						
Braun	Frederieke	1898	unbek.	1933	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Das sozialpolitische Moment in der Einkommensteuer</i>						
Hoppenstedt	Friedrich v.	1896	unbek.	1933	Dr. phil.	Kiel
<i>Franz Brentanos Kantkritik</i>						
Hornung	Walter	1901	unbek.	1933	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Untersuchungen zur Frage der Standortsorientierung der Spielwarenindustrie</i>						
Rödel	Albert	1900	unbek.	1934	Dr. rer. pol.	Kiel
<i>Genossenschaftliche Sozialordnung in dreierlei Gestalt dargetan an Marlo, v. Strauß u. Torney, Planck</i>						
Lauritzen	Lauritz	1910	1980	1936	Dr. jur.	Halle
<i>Die Sicherungsübereignung von Warenlagern in der Entwicklung durch die Rechtsprechung</i>						
Pfaff	Alfons	1902	unbek.	1936	Dr. rer. pol.	Basel
<i>Die Ziegeleiindustrie in der Schweiz. Eine volkswirtschaftlich-statistische Untersuchung</i>						

Literatur

- Bleicken, H. (1993). Meine Erinnerungen an das Haus Tönnies. *Tönnies-Forum* 1(3), 3–16.
- Braun, F. (1937). *Das sozialpolitische Moment in der Einkommensteuer*. Kiel: Rößler.
- Brenke E. (1936). Verzeichnis der Schriften von Ferdinand Tönnies aus den Jahren 1875 bis 1935. In: *Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstage am 26. Juli 1935* (S. 382–403). Leipzig: Hans Buske.
- Brockdorff, C. v. (1936a). *Die letzten Unterredungen mit Ferdinand Tönnies*. Kiel: Karl J. Rößler.
- Brockdorff, C. v. (1936b): Persönliches von Ferdinand Tönnies. In: *Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstage am 26. Juli 1935* (S. 363–376). Leipzig: Hans Buske.
- Cahnman, W. J. (Hrsg.) (1973). *Ferdinand Toennies: A New Evaluation*. Leiden: Brill.
- Cahnman, W. J./Heberle, R. (Hrsg.) (1971). *Ferdinand Toennies on Sociology: Pure, Applied and Empirical*. Chicago: University of Chicago Press.
- Carstens, U. (2013). Ernst Jurkat. *Tönnies-Forum* 22(2), 31–48.
- Dörk, U. (2018): Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) in der Zwischenkriegszeit (1918–1933). Akademische Etablierung unter dem Zeichen elitär-demokratischer Kreisbildung. In: S. Moebius/A. Ploder (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Bd. 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum* (S. 829–848). Wiesbaden: VS Verlag.
- Dörk, U./Borggräfe, H. (2015). Wissen und Organisation: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und der Historikerverband. Comparativ. *Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung* 25(1), 19–35.
- Dörk, U./Wierzock, A. (2019). Verhinderte Soziologie in Göttingen? Zur Fachgenese (1890–1951). In: O. Römer/I. Alber-Armenat (Hrsg.), *Erkundungen im Historischen: Soziologie in Göttingen. Geschichte, Entwicklungen, Perspektiven* (S. 25–60). Wiesbaden: VS Verlag.
- Dörk, U./Wierzock, A. (2022). Themenschwerpunkt Episodizität und Disparität. Diskontinuitätsgeschichten soziologischen Wissens. In: *Zyklus 6. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden: VS Springer, S. 5–204.
- Dörk, U./Schnitzler, S./Wierzock, A. (2019). Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. *Soziologie* 48(3), 309–316.
- Fechner, R. (1996). Es hat sich ergeben, »daß wir uns auch da verstanden, wo wir nicht einig waren ...«. Eine epistolographische Collage zum Verhältnis zwischen Ferdinand Tönnies und Max Graf zu Solms. In: Ders./H. Claas (Hrsg.), *Verschüttete Soziologie. Zum Beispiel: Max Graf zu Solms* (S. 137–152). Berlin: Duncker & Humblot.
- Fleck, L. (2021 [1935]). *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Geenen, E. (2013). Laudatio zur Verleihung des Preises für ein herausragendes wissenschaftliches Lebenswerk an Lars Clausen. In: *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*, hrsg. in deren Auftrag von H.-G. Soeffner (S. 85–91). Wiesbaden: VS Verlag.

- Holzhauser, N./Wierzock, A. (2019). Zwischen Philosophie, Staatswissenschaften und Soziologie: Ferdinand Tönnies' Lehrveranstaltungen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. *Zyklus. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie* 5, 209–245.
- Horkheimer, M. (1952). *Survey of the Social Sciences in Western Germany. A Report on recent Developments*. Washington: Library of Congress.
- Hornung, W. (1933). *Untersuchungen zur Frage der Standortsorientierung der Spielwarenindustrie*. Münster: Althoff.
- Jacoby, E. G. (1971). *Die moderne Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Denken von Ferdinand Tönnies*. Stuttgart: Enke.
- Jacoby, E. G. (1975). *Ferdinand Tönnies. Studien zur Philosophie und Gesellschaftslehre im 17. Jahrhundert*. Stuttgart u. Bad Cannstatt: Frommann-Holzboog.
- Jurkat, E. (1931). *Die soziologische Fragestellung in der Werttheorie und die Theorie der sozialen Werte*. Kiel: Schmidt & Klaunig.
- Kaesler, D. (2015). Wozu braucht es eine Geschichte der Klassiker der Soziologie? In: C. Dayé/M. Moebius (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele* (S. 192–208). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Klibansky, R. (2001). *Erinnerungen an ein Jahrhundert. Gespräche mit Georges Leroux*. Frankfurt a. M.: Insel Verlag.
- Kieler Neueste Nachrichten (1925). *Ehrungen für Geheimrat Tönnies*, Dienstag, 25.7.1925.
- King, G. M. (1924). *Das Geldwesen in China*. Kiel: o. V.
- Klauke, S. (2020). Hans Buske – der letzte Verleger von Ferdinand Tönnies. *Jahrbuch für Soziologiegeschichte* 2020, 283–294.
- Krone, H. (1924). *Die Theorie der Stadt*. Gräfenhainichen: Schulze.
- Marcard, K. (1910). *Taines Milieutheorie im Zusammenhang mit ihren erkenntnistheoretischen Grundlagen*. Kiel: o. V.
- Meusel, A. (1922). *Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx*. Kiel: o. V.
- Meusel, A. (1925). *Untersuchungen über das Erkenntnisobjekt bei Marx*. Jena. G. Fischer.
- o. A. (1927). Rez. zu Hans A. Münster: Die öffentliche Meinung in Johann Josef Görres' politischer Publizistik. Berlin: 1926. In: M. Buchner (Hrsg.), *Joseph Görres in Vergangenheit und Gegenwart. Beiträge zum Görres-Jubiläum. Von Mitarbeitern der Gelben Hefte* (S. 107). München: Gelbe Hefte.
- Pinn, I. (1987). Soziologie an der Technischen Hochschule Aachen in den zwanziger und dreißiger Jahren. Anmerkungen zur Institutionalisierungsgeschichte des Faches. In: *Gesellschaft Technik Kultur. 25 Jahre Institut für Soziologie der RWTH Aachen 1962–1978* (S. 19–70). Aachen: Alano.
- Reimann, H. et al. (1991). *Basale Soziologie: Theoretische Modelle*, 4., neubearbeitete und erweiterte Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstag am 26. Juli 1935* (1936). Leipzig: Hans Buske.
- Rothacker, E. (1912). *Über die Möglichkeit und den Ertrag einer genetischen Geschichtsschreibung im Sinne Karl Lamprechts*. Leipzig: R. Voigtländer's Verlag.
- Rothacker, E. (1963). *Heitere Erinnerungen*. Frankfurt a. M. u. Bonn: Athenäum Verlag.
- Seitter W. (Hrsg.) (1996). *Walter Hoffmann und Robert von Erdberg. Die neue Richtung im Spiegel autobiografischer Zeugnisse ihrer beiden Hauptrepräsentanten*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

- Severus, C. [d. i. Wolgast, E.] (1948/49). Ferdinand Tönnies 1856–1936. Ein Briefwechsel und eine Abhandlung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 1(4), 445–463.
- Siegfried, D. (2004). *Das radikale Milieu. Kieler Novemberrevolution, Sozialwissenschaft und Linksradikalismus 1917–1922*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Siegfried, D. (2010). Revolution und Sozialforschung – linke Sozialwissenschaftler am Kieler Institut für Weltwirtschaft. In: Gallus A. (Hrsg.), *Die vergessene Revolution von 1918/19*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 140–159.
- Solms, M. Graf z. (1948). Gesellungslehre. In: *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt am Main* (S. 57–91). Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Solms, M. Graf z. (1982). *Ein Lebensgang. Briefe, Selbstzeugnisse, Berichte*, hrsg. v. F. Gräfin z. Solms u. M. v. I. Foerster. Marburg: N. G. Elwert Verlag.
- Stamm, C. (Hrsg.) (2011). *Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bd. 3: 1950 bis 1952*. Bonn: Dietz.
- Striefler, H. (1931). Zur Methode der Rangkorrelation nach Tönnies. *Deutsches Statistisches Zentralblatt* 23, 129–136 u. 161–168.
- Take, G. (2019). *Forschen für den Wirtschaftskrieg. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft im Nationalsozialismus*. Berlin u. Boston: Walter de Gruyter.
- Thorn, C. (2018). *Erst königlich, dann weltbekannt. Entwicklungsetappen der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft*. Kiel: Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.
- Tönnies F. (1924). Ferdinand Tönnies. In: R. Schmidt (Hrsg.), *Die Philosophie der Gegenwart in Selbstdarstellungen* (S. 202–242). Leipzig: Felix Meiner.
- Tönnies, F. (1998 [1935]). Geist der Neuzeit. In: F. Tönnies, *Gesamtausgabe. Bd. 22: 1932–1936*, hrsg. v. L. Clausen (S. 3–224). Berlin u. New York: Walter de Gruyter.
- Tönnies, F. (2000 [1911]). Leitfaden einer Vorlesung über theoretische Nationalökonomie. In: F. Tönnies, *Gesamtausgabe. Bd. 9: 1911–1915*, hrsg. von A. Mohr i. Z. m. R. Fechner (S. 3–10). Berlin u. New York: Walter de Gruyter.
- Tönnies, F. (2008). Weltkrieg und Völkerrecht. In: F. Tönnies, *Gesamtausgabe. Bd. 15: 1916–1918*, hrsg. von A. Mohr u. R. Fechner (S. 285–332). Berlin u. New York: Walter de Gruyter.
- Tönnies, F. (2016). *Gesamtausgabe. Bd. 22. Tl.-Bd. 2: 1932–1936. Geist der Neuzeit Tl. II, III u. IV*, hrsg. v. B. Carstens u. U. Carstens. Berlin u. Boston: Walter de Gruyter.
- Tönnies, F. (2019 [1935]). *Gesamtausgabe. Bd. 2: Gemeinschaft und Gesellschaft. 1880–1935*, hrsg. von B. Clausen u. D. Haselbach. Berlin u. New York: Walter de Gruyter.
- Tönnies, F./Paulsen, F. (1961). *Briefwechsel 1876–1908*, hrsg. v. O. Klose, E. G. Jacoby u. I. Fischer. Kiel: Ferdinand Hirt.
- Waßner, R. (1995). *Rudolf Heberle. Soziologie in Deutschland zwischen den Weltkriegen*. Hamburg: Rolf Fechner Verlag.
- Wierzock, A. (2021). *Die Tönnies-Schule. Voraussetzungen und Besonderheiten einer frühen soziologischen Schule. Soziopolis. Dossier: Der unbekannte Klassiker. Zu Werk, Wirkung und Wiederentdeckung von Ferdinand Tönnies*, URL: <https://www.sociopolis.de/die-toennies-schule.html>. Zugegriffen: 3.10.2021.
- Wierzock, A. (2017a). Die Ambivalenzen eines Republikaners. Ferdinand Tönnies und die Weimarer Republik. In: A. Braune/M. Dreyer (Hrsg.), *Republikanischer Alltag. Die Weimarer Demokratie und die Suche nach Normalität* (S. 69–86). Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

- Wierzock, A. (2017b). Ferdinand Tönnies über den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Soziologie. Eine Denkschrift aus der Zeit der Weimarer Republik. *Zyklus. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie* 3, 313–339.
- Wunderlich, V. (2010). Jan Friedrich Tönnies am Rockefeller-Institut in New York. *Tönnies-Forum* 19(1), 36–50.
- Zander, J. (1980). *Ferdinand Tönnies (1855–1936). Nachlass, Bibliothek, Biographie*. Kiel: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek.



Warum »Status und contractus« kein Text von Tönnies ist

Sebastian Klauke

Im Jahr 1892 erschien in der von Maximilian Harden herausgegebenen Zeitschrift *Die Zukunft* der Artikel »Status und contractus. Eine sozialpolitische Betrachtung« (o. A. 1892). Obwohl nicht namentlich gekennzeichnet, wird dieser in der einschlägigen Literatur bislang dem Werk von Ferdinand Tönnies zugeordnet.¹ Ein entsprechender Eintrag findet sich im Werkverzeichnis von Rolf Fechner (1992, S. 18).² Und in der Textsammlung *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*, herausgegeben von Klaus Lichtblau im Jahr 2012, findet sich der

¹Klaus Lichtblau erwähnt den Text in seinen Werken mehrmals. Auch in der Sammlung *Ferdinand Tönnies. Soziologische Schriften 1891–1905* (Tönnies 2008), wird in der Editorischen Auslese des Herausgebers auf dem Text verwiesen (Tönnies 2008, S. 332). Auch ein türkischsprachiger Sammelband zu Tönnies, der im Frühjahr 2022 erschien, druckt den Text (Tönnies 2022).

²Hier wird allerdings auch nicht darauf hingewiesen, dass der Artikel ohne Autorennennung erschienen ist.

Mein Dank gilt Frau Prof. Dr. Bettina Clausen, die mich auf das vorliegende Problem überhaupt aufmerksam gemacht hat. Ihr überraschender Tod 2018 schmerzt noch immer. Vielen Dank auch an Frau Anne Meurer, die den ersten zitierten Brief transkribiert hat. Die erste, wesentlich kürzere Fassung des Beitrages erschien 2018 (Klauke 2018). Tatjana Trautmann danke ich für die Transkription des Tönnies-Briefes an die Redaktion der Frankfurter Zeitung und ihre hilfreiche Kritik, die den Text besser gemacht hat.

S. Klauke (✉)
Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft e. V., Kiel, Deutschland
E-Mail: klauke@ferdinand-toennies-gesellschaft.de

gesamte Artikel abgedruckt (Tönnies 2012, S. 71–78). In der klassischen Übersicht zu den Schriften von Ferdinand Tönnies von 1936, die seine langjährige Sekretärin Else Brenke zusammengestellt hat (Brenke 1936), fehlt wiederum ein Hinweis auf die Veröffentlichung. Wie aber gelangte man dann zwischenzeitlich überhaupt an die Information, dass es diesen Text gibt und auf welchem Wege wurde die vermeintliche Autorenschaft von Tönnies ins Spiel gebracht? Die Antwort hierauf findet sich im Tönnies Nachlass in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek. In der Signaturgruppe Cb 54.91:01–11 findet sich unter 91:04 ein Dokument von Eduard Georg Jacoby,³ in dem er die erwähnte Auflistung von Else Brenke korrigiert und ergänzt – und »Status und contractus« wird von ihm explizit der Übersicht hinzugefügt und damit Tönnies als Autor benannt.⁴ In seiner Monografie ist er etwas vorsichtiger und schreibt, der Text werde Tönnies »zuschrieben [...]« (Jacoby 1971, S. 302, Endnote 12). Diese Zuordnung ist aber aus vier Gründen, die im Folgenden näher betrachtet werden sollen, nicht korrekt.

1. Der erste Einwand beginnt bereits mit dem Titel selbst. Status und contractus sind die lateinischen Formen der Begriffe. Tönnies selbst verwendet aber stets die Schreibweise Status und Contract – denn er orientiert sich an den englischsprachigen Begriffsbildungen durch Sir Henry Maine in dessen Buch *Acient Law* (Maine 1870). An keiner Stelle in den acht Auflagen und den Manuskripten von *Gemeinschaft und Gesellschaft* findet sich dementsprechend die Schreibweise contractus. Darüber hinaus wird in dem Text »Status und contractus« an keiner Stelle die Intention von Tönnies deutlich, die er selbst in *Gemeinschaft und Gesellschaft* im Zusammenhang mit seinen Überlegungen zu Status und Contract verfolgt.

³Eduard Georg Jacoby (1904–1978) gehörte zu dem Kreis der Tönnies-Schüler, stand mit ihm in einem engen Briefkontakt und hat Tönnies auch mehrfach bei verschiedenen Monographien unterstützt. Er hat sich in verschiedenen Veröffentlichungen über Tönnies geäußert und seine Rolle für die Soziologie betont. 1971 veröffentlichte er die Monographie *Die moderne Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Denken von Ferdinand Tönnies. Eine biographische Einführung* über Tönnies. Dies geschah auch als Reaktion auf René Königs Verabschiedung von Tönnies aus dem Kanon der Soziologie.

⁴Es handelt sich neben einem Anschreiben um eine zwölfseitige Liste mit Ergänzungen und Korrekturen, zu finden unter der Signatur Cb 54.91:04, datiert auf Dezember 1969. Der Eintrag von Status und Contractus (sic!) findet sich auf Seite 1 und wird von Jacoby korrekt mit anonym veröffentlicht angegeben. Hintergrund dieser Ergänzungen ist der Versuch, eine Übersicht zu allen Veröffentlichungen aus Tönnies' Hand zu erlangen und so die Textsammlung im Nachlass zu ordnen, zu vervollständigen und eben zu korrigieren.

2. Im Tönnies-Nachlass in der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek (SHLB) findet sich ein vierseitiger Brief von Tönnies an Harden,⁵ datiert auf den 22. Mai 1902. Er antwortet auf einen Brief von Harden vom 17. April des gleichen Jahres. Bei Tönnies findet sich die folgende aufschlussreiche Passage:

»Davon abgesehen, verhehle ich Ihnen nicht, daß ich nach wie vor starke Bedenken trage, den Mitarbeitern der ›Zukunft‹ mich anzuschließen Die Zeitschrift empfängt ihren Charakter durch die Ihnen eigentümliche Kritik des öffentlichen Lebens, und durch nichts anderes. Mein eigenes Verhältniß zu den Dingen trifft der Materie nach, wie mir scheint – denn ich habe die Zukunft nur hin und wieder gelesen – nicht selten mit dem Ihrigen zusammen, ist aber der Form nach so grundverschieden, daß ich zu den großen Mißverständnissen, denen man ohnehin fortwährend preisgegeben ist, ein sehr großes hinzuzufügen, besorgen müßte, wenn ich jemals als Schriftsteller unter Ihrer Fahne marschiren würde.«⁶

Tönnies' Worte geben keinerlei Anlass für die Annahme, dass Tönnies jemals zuvor für die Zeitschrift von Harden einen Artikel verfasst hat – ganz im Gegenteil wird seine Abneigung vor einem solchem Unterfangen deutlich. Gerade mit diesen Äußerungen dürfte die Autorschaft von Tönnies für den Artikel »Status und contractus. Eine sozialpolitische Betrachtung« widerlegt sein.

3. sei erwähnt, dass 1909 dann doch noch ein namentlich gekennzeichnetes Stück von Ferdinand Tönnies in *Der Zukunft* erschien (Tönnies 1909a), und zwar eine Passage aus dem Werk *Die Sitte* (Tönnies 1909b).⁷ Diese Veröffentlichung wurde nicht durch Tönnies veranlasst und ist auch nicht mit seiner Zustimmung geschehen. Ganz im Gegenteil: Dies wird deutlich in einem Brief von Martin Buber an Tönnies vom 6. Dezember 1909.⁸ Buber war Herausgeber der Buchreihe »Gesellschaft«, in der Tönnies Monografie erschienen war. Er nimmt hier die »Schuld« für den Abdruck des Textausschnittes auf sich. Buber erklärt, er habe »stets die Aushängebögen der in der ›Gesellschaft‹ erscheinenden Bände an die ›Zukunft‹ geschickt«, ohne sich zu fragen, ob denn Tönnies mit einer möglichen Veröffentlichung einverstanden sein würde, denn er gibt an, ihm sei gar nicht in den Sinn gekommen, es könne Autoren geben, die sich gegen einen Abdruck entscheiden würden. Im Grunde kommt ihm die Aufregung von Tönnies unangemessen vor. Am Ende drückt Buber sein Bedauern darüber aus,

⁵Die Signatur lautet Cb 54.51:5a.

⁶Cb 54.51:5a, S. 2–4.

⁷Der Ausschnitt findet sich mit kleineren Abweichungen in Tönnies (1909b, S. 36–49).

⁸Tönnies-Nachlass in der SHLB, Cb 54.56:158,07. Hier auch die folgenden Zitate.

dass Tönnies nun eine »so empfindliche Unannehmlichkeit erwachsen« sei. Aus dem ersten Satz von Buber in dem Brief wird deutlich, dass Tönnies einen Brief an den Verlag Rütten & Loening geschrieben hatte,⁹ der wiederum Buber den Inhalt mitteilte. Dieser Hergang bestätigt sich auch durch eine Karte des Verlags an Tönnies vom 7. Dezember 1909.¹⁰ Der Verlag bedauert den gesamten Vorgang und teilt ferner mit: »Unseres Wissens zahlt Harden für derartige Abdrucke mit Quellenangabe kein Honorar.« Es gibt keine weitere diese Angelegenheit betreffende Korrespondenz zwischen Tönnies, Buber oder dem Verlag. Während von Buber keine weiteren an Tönnies gerichtete Briefe vorliegen, reicht die verlagsseitige Korrespondenz noch bis ins Jahr 1924, betrifft aber nur noch die Frage von Besprechungen und dem Absatz des Buches.

Dass Tönnies äußerst ungehalten war, geht deutlich hervor aus einem Brief,¹¹ den er am 18. Dezember 1909 an die Frankfurter Zeitung verschickte. Er berichtet zunächst, er sei vor kurzem angesprochen worden, dass ein Artikel von ihm in der *Zukunft* erschienen ist. »Ich leugnete die Tatsache«, denn: »Ich habe nie eine Zeile für die Z [gemeint ist *Die Zukunft*] geschrieben.« Er berichtet, dass er zuvor zwei Mal persönlich gegenüber Harden die Mitarbeit ausgeschlagen habe. Dann folgt eine Kritik der Methoden Hardens als Herausgeber der Zeitschrift, denn durch einen Vergleich stellt Tönnies diverse Abweichungen des abgedruckten Artikels von seinem Original fest. Sowohl von Buber wie auch dem Verlag habe er die oben erwähnte Entschuldigung erhalten: »Ob und wie fern ich diese Entschuldigungen acceptire, ist eine Sache.« Tönnies sieht aber »Herr[n] Harden [...] dadurch in keiner Weise entlastet.« Jetzt wird die Absicht seines Briefes an die Redaktion der Frankfurter Zeitung deutlich: »Ich gebe ihn [Harden] dem öffentlichen Urteile preis: als einem Mann, der 1) Abschnitte aus neuerschienenen Büchern, ohne Erlaubniß des Verfassers, nachdruckt 2) auf dem Umschlag seiner ›Zukunft‹ den Schein erweckt, als sei dieser Verfasser sein Mitarbeiter 3) sich herausnimmt, den nachgedruckten Text nach seinem Bedünken und seiner Unwissenheit zu ›verbessern‹.« Tönnies bittet um Abdruck seiner Zeilen, möchte aber zuvor noch in der Fahne Korrektur lesen. Tönnies hatte mit seinem Anliegen allerdings höchstwahrscheinlich keinen Erfolg, denn es konnte bislang kein Erscheinen des Briefes nachgewiesen werden.

⁹Dieser Brief wurde bisher nicht gefunden. Laut Cb 54.56:686,01 stammt er vom 4.12.1909.

¹⁰Tönnies-Nachlass, Cb 54.56:686,01. Hier das folgende Zitat.

¹¹Tönnies-Nachlass, Cb 54.52:2,02 Hier die folgenden Zitate.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sowohl sprachlich-begriffliche Aspekte als auch die Korrespondenz Tönnies' eindeutig dafür sprechen, dass Tönnies nie für Harden und seine Zeitschrift als Autor tätig war und somit »Status und contractus. Eine sozialpolitische Betrachtung« kein Text aus der Feder des Soziologen ist.

Ein für alle Mal wird der Fall aber 4. dadurch geklärt, dass Lujo Brentano in seiner 1931 erschienen Autobiographie die Autorenschaft in Anspruch nimmt (Brentano 1931, S. 156).¹² Bisher wurde diese Aussage in der Tönnies-Forschung nicht zur Kenntnis genommen, wengleich sie in der Literatur nicht vollkommen unbekannt ist.

Literatur

- Brenke, E. (1936). Schriften von Ferdinand Tönnies aus den Jahren 1875–1935. Chronologisch zusammengestellt von Else Brenke. In: *Reine und angewandte Soziologie. Eine Festgabe für Ferdinand Tönnies zu seinem achtzigsten Geburtstage*, dargebracht von Albrecht et al. (S. 383–403). Leipzig: Hans Buske.
- Brentano, L. (1931). *Mein Leben im Kampf um die soziale Entwicklung Deutschland*. Jena: E. Diederichs.
- Fechner, R. (1992). *Ferdinand Tönnies Werkverzeichnis*. Berlin u. New York: De Gruyter.
- Jacoby, E. G. (1971). *Die moderne Gesellschaft im sozialwissenschaftlichen Denken von Ferdinand Tönnies. Eine biographische Einführung*. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Klauke, S. (2018). Warum Status und contractus kein Text von Tönnies ist. *Tönnies-Forum* 27 (2), 35 f.
- Maine, H. (1870). *Ancient Law: Its Connection with the Early History of Society, and its Relation to Modern Ideas*, Fourth Edition. London: John Murray.
- o. A. (1892). Status und contractus. Eine sozialpolitische Betrachtung. *Die Zukunft* Erster Band (1–14), 250–257.
- Ratz, U. (1997). *Arbeiteremanzipation zwischen Karl Marx und Lujo Brentano. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der Bürgerlichen Sozialreform in Deutschland*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Tönnies, F. (1909a). Sitte und Sittlichkeit. *Die Zukunft* 18 (9), 290–296.
- Tönnies, F. (1909b). *Die Sitte*. Frankfurt a. M.: Rütten & Loening.
- Tönnies, F. (2008). *Ferdinand Tönnies. Soziologische Schriften 1891–1905*, hrsg. von R. Fechner. München u. Wien: Profil.
- Tönnies, F. (2012). *Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft*, hrsg. v. K. Lichtblau. Wiesbaden: Springer VS.
- Tönnies, F. (2022). *Siyaset, Ahlak ve Töre*. Istanbul: Yayinlari.

¹²Einen Hinweis hierauf findet sich bei Ursula Ratz (1997, S. 263, Fußnote 115).

Rezensionen



Westlicher Marxismus? – ein Besprechungssessay

Lothar Peter

1 Was heißt »westlicher Marxismus«?

Vor jetzt 45 Jahren veröffentlichte der britische Marxist und Herausgeber der Zeitschrift »New Left Review« Perry Anderson ein viel beachtetes Buch mit dem programmatischen Titel *Über den westlichen Marxismus*. Den Anlass für dieses Buch sah Anderson in der Tatsache, dass es in Westeuropa nicht wie in Russland gelungen war, erfolgreich eine proletarische Revolution durchzuführen (vgl. im Folgenden Anderson 1978, S. 135 ff.). Nach dem Ende der II. (sozialdemokratischen) Internationale sowie den Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung im Westen während der Periode nach dem Ersten Weltkrieg sei eine Spaltung zwischen Theorie und Praxis entstanden, die zusätzlich durch Bürokratisierungstendenzen im vom Imperialismus isolierten Sowjetrussland vertieft worden sei. Diese Situation habe eine Neuorientierung des Marxismus hervorgerufen, die zwar weiterhin die kommunistische Bewegung als Repräsentantin des Proletariats anerkannte, aber sich doch in einer wachsenden intellektuellen und politischen Distanz zu ihr entwickelte. Gleichzeitig habe die Neuorientierung zu einer Annäherung an idealistische Denkformen geführt. Das Ergebnis dieses

Domenico Losurdo: *Der westliche Marxismus. Wie er entstand, verschied und auferstehen könnte*. Köln: PapyRossa 2021.

L. Peter (✉)
Bremen, Deutschland
E-Mail: lpeter@uni-bremen.de

© Der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2023
M. Endreß und S. Moebius (Hrsg.), *Zyklus 7*, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, https://doi.org/10.1007/978-3-658-40858-9_17

483

Prozesses spiegele sich in drei wesentlichen Merkmalen wider: Erstens in einem Rückgang ökonomischer und politischer Analysen zugunsten methodologischer und erkenntnistheoretischer Überlegungen, zweitens durch eine Priorisierung von Problemen des »kulturellen« Überbaus und drittens in einer durchgängigen Neigung zum Pessimismus als Reaktion auf die Enttäuschung revolutionärer Hoffnungen. Heute würde man bei dem, was Anderson als »westlichen Marxismus« konzipierte, vielleicht von einem »cultural turn« in der marxistischen Theoriebildung nach dem Ende der II. Internationale sprechen.

In den seit 1968 in Westeuropa aufkommenden Kämpfen und Bewegungen wie dem Mai 1968 in Frankreich, dem »heißen Herbst« in Italien 1969 und den massiven Streiks der englischen Arbeiter Anfang der 1970er Jahre glaubte Anderson nach einer fünfzigjährigen Phase der Stagnation Anzeichen für eine Wiedervereinigung von revolutionärer Theorie und Praxis zu entdecken.

Wer sind nun für Anderson die wichtigsten Vertreter des »westlichen Marxismus«. Er nennt folgende Namen, deren Beiträge er interpretiert und in die jeweiligen politischen und intellektuellen Zusammenhänge einzuordnen versucht:

- Georg Lukács (1885–1971)
- Karl Korsch (1886–1961)
- Antonio Gramsci (1891–1937)
- Walter Benjamin (1892–1940)
- Max Horkheimer (1895–1973)
- Galvano Della Volpe (1895–1968)
- Herbert Marcuse (1898–1979)
- Henri Lefebvre (1901–1991)
- Theodor W. Adorno (1903–1969)
- Jean-Paul Sartre (1905–1980)
- Lucien Goldmann (1913–1970)
- Louis Althusser (1918–1990)
- Lucio Colletti (1924–2001)

Die mit dem Konzept des westlichen Marxismus aufgeworfenen Probleme bieten den Ansatzpunkt für eine weit ausgreifende und massive Kritik des marxistischen italienischen Philosophen Domenico Losurdo (vgl. im Folgenden Losurdo 2021).¹

¹Domenico Losurdo (1941–2018) war Professor für Philosophie an der Universität Urbino. Seit 1960 Mitglied der Kommunistischen Partei Italien (PCI) vertrat er in seinen jüngeren Jahren vorübergehend maoistische Auffassungen. Nach der Entwicklung des PCI zu einer sozialdemokratischen Partei engagierte er sich für die Rifondazione Comunista und zuletzt für eine kleine kommunistische Partei, die sich wieder PCI nennt. Losurdo ist mit

Auf zwei Punkte, vor allem aber auf den letzteren, richtet sich seine Aufmerksamkeit. Erstens sieht er bei Anderson eine Unterschätzung der schöpferischen Leistungen bestimmter »westlicher Marxisten« wie Antonio Gramscis die nationalen Besonderheiten Italiens berücksichtigenden Ideen über den Weg zum Sozialismus und zweitens – und dieser Aspekt hat ein ungleich größeres Gewicht – konstatiert er im »westlichen Marxismus« eine strukturelle Delegitimation und Abwertung der Bedeutung der »östlichen« revolutionären Entwicklungen sowie der nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt.

Begrifflich Andersons Unterscheidung übernehmend, sieht Losurdo aber teilweise andere Ursachen als Anderson für die jeweilige Entstehung der beiden differenten marxistischen Strömungen.² So misst er der Erfahrung des Ersten Weltkrieges mit seinen grauenhaften Materialschlachten und seinem Massensterben einen ungleich größeren Stellenwert für die ersten Ansätze des »westlichen Marxismus« zu als Anderson, während er umgekehrt den von Anderson in seiner Komplexität überhaupt nicht beachteten »östlichen Marxismus«, namentlich in Asien, aus einem allmählichen politischen Lernprozess erklärt, der vom Antikolonialismus und Nationalismus hin zum Marxismus verlaufen sei. Dabei beruft sich Losurdo auf politische Führer wie Sun Yat-sen, Mao Zedong und Ho Chi Minh (Losurdo 2021, S. 20 ff.), der noch wenige Jahre vor seinem Tod hervorgehoben habe, dass sein Glaube an die Kommunistischen Internationale ursprünglich aus seinem Patriotismus hervorgegangen sei (Losurdo 2021, S. 28).

zahlreichen Publikationen, darunter über Fichte, Kant und Hegel, hervorgetreten. Einen besonderen Namen machte er sich mit seinem Buch *Nietzsche, ein aristokratischer Rebell* (Berlin 2009). Mehrere seiner späten Veröffentlichungen sind in deutscher Übersetzung im PapyRossa Verlag in Köln erschienen.

²In einer ausführlichen Besprechung der italienischen Erstausgabe des Buches von Losurdo, die andere Akzente setzt als die hier von mir vorgelegte Rezension, zeichnet David Broder unter anderem den politischen und intellektuellen Kontext der italienischen Situation nach, aus der heraus Losurdos Position erklärt wird. Einer der Haupteinwände Broders richtet sich dagegen, dass Losurdo nicht erkenne, dass der Marxismus im Westen mit der Existenz der »kapitalistischen Demokratie« und ihren kulturellen Vermittlungen konfrontiert war (Broder 2017).

2 Erster Weltkrieg und »westlicher Marxismus«

Der Erste Weltkrieg im Westen, die Revolution 1917 in Russland und das Schicksal der kolonialisierten Völker in Asien lösten, wie Losurdo schreibt, unterschiedliche Erwartungen aus und stellten die Akteure vor unterschiedliche Anforderungen. Während der deutsche Philosoph Ernst Bloch das Ökonomische, namentlich die »Geldwirtschaft«, durch eine »erstrebenswerte Autonomie des neuen Menschen« (Bloch in *Geist der Utopie*, zitiert nach Losurdo 2021, S. 29) zu überwinden hoffte, waren es gerade ökonomische Probleme, die sowohl im revolutionären Russland als auch für die chinesischen Kommunisten in den von ihnen kontrollierten Regionen Ende der 1920er Jahre in den Vordergrund traten. Sah sich Sowjetrußland zum Kurs des auch unter russischen Kommunisten umstrittenen Kurs der »Neuen Ökonomischen Politik« (NEP) gezwungen, der privatwirtschaftliche Elemente zuließ, so zwang der chinesische Bürgerkrieg den Kommunisten die Steigerung der Produktion als erstrangige Aufgabe des Klassenkampfes auf.

Andere konträre Sichtweisen macht Losurdo auch in der Deutung von Wissenschaft und Technik aus. Feierte der »östliche Marxismus« Wissenschaft und Technik als geradezu emanzipatorische Potenz der gesellschaftlichen Entwicklung (Losurdo 2021, S. 33 ff.), so war das kritische Denken im Westen schon seit der Vorkriegszeit von einem tief reichenden Fortschrittspessimismus durchdrungen. Er kam ebenso in Walter Benjamins Umkehrung der Geschichte von einer Fortschrittserzählung in eine Apokalypse des Untergangs wie in der Taylorismuskritik von Georg Lukács oder der Infragestellung der Philosophie der Aufklärung mit ihrer Verabsolutierung der instrumentellen Vernunft durch Horkheimer und Adorno zum Ausdruck (Losurdo 2021, S. 35 f.).

Dem Bruch mit dem technologischen Optimismus im frühen »westlichen Marxismus« entsprach nach Losurdo gleichzeitig ein Aufschwung messianischer Endzeiterwartung, wie er mit Hinweisen auf den jungen Lukács, auf Bloch und Benjamin zu belegen versucht. Besonders im Denken Blochs scheint der utopisch-messianische Überschuss spürbar zu werden, der den »Geist der Utopie« noch ganz mit dem Pathos des Expressionismus erfüllt. Von einer Nähe zum Marxismus, geschweige denn einer Identifikation mit ihm, kann also damals bei Bloch noch gar keine Rede sein, obwohl am Ende messianische und sozialistische Motive ineinander übergehen.

Autoren des späteren und heutigen »westlichen Marxismus« wie Herbert Marcuse, Mario Tronti,³ Michael Hardt und Antonio Negri und andere, auf die noch später eingegangen werden soll, verortet Losurdo in der Tradition jener linken Neigung zum Messianismus, deren Beginn er auf die Zeit des Ersten Weltkrieges datiert.

Trotz der von ihm betonten unterschiedlichen Prioritätensetzungen im »westlichen« und »östlichen Marxismus« nimmt für Losurdo deren Entkoppelung und Polarisierung allerdings erst mit der Phase der Stabilisierung Sowjetrusslands, aber gleichzeitig auch mit dem Ausbleiben eines weltweiten revolutionären Prozesses schärfere Konturen an: »Über die nationale (und koloniale) Frage begann sich in der Epoche des Imperialismus eine spürbare Unterscheidung zwischen westlichem und östlichem Marxismus abzuzeichnen.« (Losurdo 2021, S. 59) Nach Losurdos Auffassung erlangten die nationalen und antikolonialen Befreiungsbewegungen damit gleichzeitig jenes Gewicht, ohne dessen Anerkennung der Marxismus seinem Anspruch auf eine totalisierende globale Analyse gesellschaftlicher Prozesse und Widersprüche nicht gerecht zu werden vermag.

Vor dem gegenwärtigen Horizont westlicher intellektueller Diskurse, in die auch sich selbst als links verstehende Theorien, Standpunkte und Tendenzen wie die eines »progressiven Neoliberalismus« (Fraser 2017, S. 1–9), also der individualistischen Selbstreferenz und kulturellen Distinktion verstrickt sind,⁴

³Mario Tronti (geb. 1931) war einer der führenden Theoretiker des sogenannten »Operaismus«, einer linksradikalen Strömung vor allem in Italien während der 1960er und 1970er Jahre. Der »Operaismus« (»operaismo«) ging davon aus, dass die industrielle Arbeiterklasse als gesellschaftliches Subjekt die Entwicklung des Kapitalismus bestimmt (und nicht umgekehrt). Den wesentlichen Akteur des antikapitalistischen Kampfes sah der »Operaismus« in den »Massenarbeitern« der fordistischen Fabrikproduktion. Er lehnte die traditionellen Arbeiterparteien und Gewerkschaften ab, war antiparlamentarisch und legalitätsfeindlich. Später weitete der »Operaismus« sein Aktionsfeld über die Betriebe hinaus unter dem Schlagwort »autonomia« auf die Lebensbereiche jenseits der Fabriken aus. Nach seinem Wiedereintritt in die Kommunistische Partei Italiens (PCI) vollzog Tronti deren Wandel zu einer Mitte-Links-Partei, dem Partito Democratico (PD), nach, für die er 2013 in den Senat, die zweite Kammer des italienischen Parlaments, gewählt wurde.

⁴Gegen den angeblich »progressiven Neoliberalismus« wendet Nancy Fraser vor allem auf die USA bezogen ein: »Diese linksliberal-individualistischen Fortschrittsvorstellungen treten nach und nach an die Stelle der weiterreichenden, antihierarchischen, egalitären, klassenbewussten und antikapitalistischen Auffassungen von Emanzipation, die in den 1960er und 1970er Jahren floriert hatten. Mit der Schwächung der Neuen Linken verschwand deren Grundsatzkritik an der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und die landestypische liberal-individualistische Geisteshaltung setzte sich erneut durch. Damit schrumpften die Ansprüche »progressiver« Kreise und selbst deklariert »Linker« unmerklich zusammen.« (Fraser 2017, S. 4)

gewinnt Losurdos Kritik am eurozentristischen Bias des »westlichen Marxismus« eine spezifische Legitimität; denn auch heute geht es in linken Diskussionen, Organisationen und Bewegungen oft nicht mehr wesentlich um Fragen der materiellen sozialen Gleichheit, der Arbeits- und Lohnbedingungen, Wohnverhältnisse, Gesundheit und Altersvorsorge, sondern primär um Spannungen zwischen kulturellen, ethnischen und sexuellen Identitäten sowie um moralische Ausschlusskriterien einer »cancel culture« und »Lifestyle-Linken« (vgl. dazu neuerdings Wagenknecht 2021). Die realen ökonomischen, sozialen und politischen Lebenserfordernisse der Bevölkerungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern treten so unvermeidlich in den Hintergrund.

3 Heterogenität des »westlichen Marxismus«

Gleichzeitig fordert Losurdos kenntnisreiche, scharfsinnige und in vielen Punkten plausible Untersuchung jedoch auch Widerspruch heraus, der zunächst methodologische und systematische Aspekte seiner Darstellung betrifft.

Hier beginnt das Problem mit dem Umstand, dass Losurdo trotz gegensätzlicher inhaltlicher Positionen zu Perry Anderson dessen Kategorie des »westlichen« (und »östlichen«) Marxismus als gegeben übernimmt, auch wenn das in der Anderson entgegen gesetzten Absicht geschieht, den »westlichen Marxismus« einer umfassenden Kritik zu unterziehen.

Aber stellt der »westliche Marxismus« überhaupt eine, wenn auch differenzierte und möglicherweise kritikbedürftige Einheit dar? Bedeutet die Reduktion des Begriffs des »westlichen Marxismus« ausschließlich auf Aktivitäten von akademisch gebildeten Intellektuellen, ja sogar fast ausschließlich von Philosophen nicht die Verengung des Marxismus auf ein begrenztes intellektuelles Segment? Gibt es, selbst wenn man sich auf das Dispositiv von Anderson und Losurdo einlässt, zwischen den vermeintlichen Repräsentanten dieses schmalen Segments einen kohärenten Zusammenhang, der es rechtfertigen würde, sie in einer gemeinsamen Kategorie zusammen zu fassen? Sind diese Repräsentanten entsprechend ihrer Biographien und Generationszugehörigkeit sowie ihrer spezifischen Positionen und Funktionen auf den Feldern des Politischen und der intellektuellen Diskurse eigentlich sinnvoll vergleichbar?

Am ehesten gilt das vielleicht noch für Georg Lukács und Karl Korsch. Beide waren etwa gleich alt, akademisch gebildete Intellektuelle, verfügten über sehr gute Kenntnisse marxistischer Theorie und nahmen konkrete politische Funktionen in der kommunistischen Bewegung wahr.

Schon bei Antonio Gramsci stellte sich eine andere Situation dar als bei Lukács und Korsch. Sie ergab sich nicht nur durch seine Funktion als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), sondern besonders auch durch seine langjährige Inhaftierung, die ihm besondere, gleichsam verschlüsselte Formen beim Schreiben seiner Texte (»Gefängnishefte«) und eine extrem eingeschränkte Kommunikation aufzwang. Dass für ihn die Situation Italiens unter der faschistischen Diktatur Mussolinis und somit die Frage, wie dieses Regime (und nicht primär der Kapitalismus weltweit) überwunden werden könne, im Mittelpunkt stand, liegt auf der Hand (vgl. Deppe 2003, S. 207–276).⁵

Im Unterschied zu den bisher Genannten hatten Max Horkheimer und Theodor W. Adorno überhaupt keine Verbindung zur organisierten Arbeiterbewegung, geschweige zur Kommunistischen Partei, sieht man einmal davon ab, dass mehrere Mitarbeiter des »Instituts für Sozialforschung« Mitglieder der KPD waren (vgl. Wiggershaus 1988, S. 25). Während der (groß-)bürgerliche Habitus von Lukács und Korsch durch ihr Engagement in der kommunistischen Bewegung einen biographisch folgenreichen Wandel erfuhr, blieben die bürgerlichen Denkformen Horkheimers und Adornos von lebensgeschichtlichen und politischen Einflüssen der europäischen (und nordamerikanischen) Arbeiterbewegung und ihrer Kämpfe weitgehend unberührt. Unabhängig von der Qualität und Originalität ihrer jeweiligen intellektuellen Produktionen stellt sich bei Horkheimer, Adorno und Marcuse und mehr noch bei Bloch und Benjamin ganz prinzipiell die Frage, ob sie unter den Gesichtspunkten der theoretischen Begründung, des methodischen Vorgehens und der Begrifflichkeit als Vertreter des Marxismus zu bezeichnen sind. Sporadische, unsystematische und selektive Bezüge auf Marx (und Engels) reichen ja nicht schon an sich aus, um sie »dem Marxismus« im Allgemeinen oder dem »westlichen Marxismus« im Besonderen zurechnen zu können, wie immer man ihre Leistungen sonst bewerten mag. Damit soll also nicht behauptet werden, dass relevante gesellschaftskritische Erkenntnisse ein Monopol des Marxismus sind, sondern lediglich darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine Attribuierung als »marxistisch« sich nicht in Beliebigkeit verlieren darf, will man an der wissenschaftlichen Notwendigkeit begrifflicher Klarheit und systematischer Stringenz festhalten.

⁵Deppe weist darauf hin, dass Gramsci durch seine lange Haft von den internationalen Entwicklungen des Kommunismus isoliert war, aber auch von Parteimitgliedern in Italien kritisiert worden sei (Deppe 2003, S. 212 f.).

4 Verachtung des Ostens sowie des Kolonialismusproblems?

Wieder anders als bei den oben erwähnten deutschen Philosophen liegen die Dinge bei Sartre. Er begann erst ziemlich spät, dann aber intensiv, sich mit marxistischer Theorie auseinander zu setzen und verstand sich, ohne ihr jemals beizutreten, einige Jahre als enger kämpferischer intellektueller Weggefährte (»compagnon de route«) der Französischen Kommunistischen Partei (PCF), um dann im Alter seine Hoffnungen auf den militanten französischen Maoismus der »Gauche Prolétarienne« zu setzen (vgl. Cohen-Solal 1988). Weil es ihm gelang, eine eindrucksvolle Synthese von Marxismus und Existenzialismus zu entwickeln, er aber wesentliche Aspekte seines früheren Existenzialismus nicht aufgab,⁶ bleibt auch hier die von Anderson ebenso wie Losurdo vorgenommene Zuordnung Sartres zum »westlichen Marxismus« fraglich. Das ist bei Louis Althusser, seit 1948 Mitglied des PCF, zweifellos weniger schwierig, stützte er sich doch auf ein intensives, geradezu scholastisch erscheinendes Studium der Marxschen Theorie und versuchte sie unter Einbeziehung des zeitgenössischen marxistischen Diskurses auf die von ihm fokussierten Probleme anzuwenden und an bestimmten Punkten – etwa mit seinem Konzept der »ideologischen Staatsapparate« – weiter zu entwickeln (Althusser 2010). Galvano Della Volpe wiederum, wie Althusser Universitätslehrer und Mitglied der Kommunistischen Partei Italiens (PCI), bemühte sich, seine Ideen, insbesondere die von ihm unterstellte Kompatibilität von Sozialismus und Liberalismus mit denen des PCI in Übereinstimmung zu bringen (Graf 1995, S. 523). Auch wenn es zwischen Althusser und Della Volpe zum Austausch über das Verhältnis von Marxismus und Humanismus und damit über einen »epistemologischen Bruch« zwischen diesen beiden Momenten kam, basierte ihre jeweilige Auffassung von Marxismus auf ganz unterschiedlichen Prämissen. Ähnlich wie in diesem Punkt gegen Gramsci, von dem er sich allerdings hinsichtlich einer nicht-revolutionären Konstellation der Klassenauseinandersetzungen (»Stellungskrieg«) beeinflussen ließ, erhob Althusser gegen Della Volpe, Colletti und andere italienische

⁶In der in deutscher Übersetzung gesondert erschienenen Einleitung zur *Kritik der dialektischen Vernunft* schreibt Sartre: »Der Marxismus besitzt theoretische Grundlagen, er umfasst alle menschlichen Gestaltungshinsichten (die gesamte menschliche Aktivität), aber er ist kein *Wissen* mehr: seine Begriffe sind Diktate [...] Angesichts dieser doppelten Unwissenheit hat der Existenzialismus wiedererstehen und sich behaupten können, weil er die Wirklichkeit des Menschen wieder zur Geltung brachte.« (Sartre 1964, S. 26.)

Marxisten den Vorwurf des Historizismus (Althusser und Balibar 1972, S. 171 ff.), obwohl Della Volpe sich selbst nicht als Historizist, sondern vielmehr als dessen Antipode verstand (Graf 1995, S. 524).

Sollte man nicht – anders als Losurdo – einerseits zwischen solchen Beiträgen des »westlichen Marxismus« unterscheiden, deren Gegenstände sich ausschließlich auf die Situation in Europa oder allgemeine theoretische Themen beziehen, und andererseits jenen, die, implizit oder explizit, Aussagen über Probleme des Ostens und des Kolonialismus machen? Denn eine Untersuchung, die sich marxistischer Theorie und Methode verpflichtet fühlt, kann nicht allein schon deshalb verworfen werden, weil sie sich inhaltlich nicht mit Problemen der Nation, des Rassismus und Kolonialismus beschäftigt.

Was an Georg Lukács' »Geschichte und Klassenbewusstsein« Kritik herausfordert, ergibt sich aus Widersprüchen und Defiziten dieser Westeuropa in den Blick nehmenden Studien und hat mit ihrem Verhältnis zum »östlichen Marxismus« zunächst einmal gar nichts zu tun (Lukács 1967a [1922]). Hypostasierung des reinen revolutionären Bewusstseins, nicht hinterfragte Übernahme von Kategorien bürgerlicher Autoren wie Max Weber, Empirierferne und Abstraktion von realen ökonomischen Prozessen kennzeichnen einige der Schwächen dieses Werks, so brillant es auch war.⁷

Nichtsdestoweniger hat derselbe Lukács zwei Jahre später eine Studie über Lenin verfasst, in der er nicht nur ausdrücklich, was die Frage der Organisation einer revolutionären Partei betrifft, die Position Lenins in der Abgrenzung von Karl Kautsky einerseits und Rosa Luxemburg andererseits unterstützt, sondern er ist auch, was in Anbetracht der Kritik Losurdos am »westlichen Marxismus« hier noch wichtiger erscheint, ausführlich auf den Zusammenhang von »Imperialismus als Monopolkapitalismus« (Lukács 1967b [1924], S. 41) und Kolonialismus eingegangen, aber auch auf die Notwendigkeit, unter bestimmten historischen Bedingungen Funktionen und Institutionen des Staates in einer nach-

⁷Die Schwächen von *Geschichte und Klassenbewusstsein* hat Jörg Kammler zutreffend beschrieben: »Wie Lukács den Effekt der ›kapitalistischen Verdinglichung‹ auf die Klasse des Proletariats nicht aus einer konkreten Analyse des historisch vorfindlichen und auf *spezifische* Widersprüche in der Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses zurückweisenden politisch-gesellschaftlichen Bewusstseins, sondern trotz aller methodologischen Reflexion des Problems abstrakt aus dem Anspruch der Theorie ableitet und nur vordergründig mit dem empirisch-historischen Prozeß der Klassenbewegung verbindet, so bleibt bei ihm auch die Überwindung der Verdinglichung der Tendenz nach ein im Marxschen Sinn ›aparter‹ Prozeß neben und über dem konkreten Klassenkampf.« (Kammler 1974, S. 182)

revolutionären Periode aufrecht zu erhalten (Lukács 1967b [1924], S. 57 ff.). Losurdo erkennt das bei Lukács an, sieht sich aber dennoch nicht veranlasst, deshalb den eine gewisse Homogenität suggerierenden Begriff des »westlichen Marxismus«, wie er ihn sieht, zu hinterfragen.

5 »Regression« und Wissenschaftsbegriff: Louis Althusser

Ihm ordnet Losurdo (ebenso wie Perry Anderson) auch Louis Althusser zu, aber während Anderson dessen Auffassungen eher referierte und nur gelegentlich behutsam kommentierte (wie bei den anderen behandelten Autoren auch), geht Losurdo den französischen Philosophen massiv an, indem er bei ihm eine »idealistische und eurozentristische Regression« (Losurdo 2021, S. 96) diagnostiziert.

Zunächst hält er ihm jedoch zugute, die »Vorstellung von einer klassenunabhängigen Wissenschaft« abzulehnen und »proletarische« und »bürgerliche Wissenschaft« als unversöhnlich gegenüber zu stellen, was Losurdo offensichtlich begrüßt (Losurdo 2021, S. 97). Damit bezieht er sich auf die bekannte Formel des »Klassenkampfes in der Theorie« bei Althusser, der so die wissenschaftliche Tätigkeit mit politischer Praxis auf die gleiche Ebene stellte (Althusser 1968, S. 210, 1993, S. 195). Aber ist diese rigide Polarisierung von »bürgerlicher« und »proletarischer« Wissenschaft berechtigt? Ruft sie nicht den falschen Eindruck hervor, dass marxistische Theorie weder in der Vergangenheit jemals »bürgerliche« wissenschaftliche Erkenntnisse in sich aufgenommen und verarbeitet hätte (wie beispielsweise wichtige Elemente der klassischen Nationalökonomie) noch dass sie sich gegenwärtig und zukünftig bestimmte Resultate nicht-marxistischer wissenschaftlicher Arbeit produktiv aneignen könne? So lässt sich, um nur ein Beispiel zu nennen, das von dem nicht als Marxist zu bezeichnenden Pierre Bourdieu entwickelte Konzept des Habitus auch in einer marxistischen Analyse der Sozialstruktur heutiger kapitalistischer Gesellschaften produktiv anwenden.

Wenn man Losurdo hier nicht zustimmen kann, so verhält es sich mit seinem Hauptvorwurf gegen Althusser dagegen anders. Worin besteht er? Bekanntlich resultierte Althusser's intellektuelle Reputation als radikaler Marxist unter anderem aus dem, was er den »epistemologischen Bruch« in der Marxschen Theorie nannte, also die Ablösung einer humanistischen Ideologie in dessen

Frühwerk und ihre Ersetzung durch eine streng anti-historizistische wissenschaftliche Analyse, wie Marx sie exemplarisch im Kapital durchgeführt habe.⁸ Die mit dem von Althusser konstruierten Gegensatz hervorgerufenen Probleme sind oft diskutiert worden, so zum Beispiel in der Auseinandersetzung des britischen marxistischen Historikers E.P. Thompson mit Althusser, in der er Althusser vorhält, niemals auch nur einen Schritt auf der »dangerous ›humanist‹ road« gewagt zu haben (Thompson 1978, S. 97). Losurdo seinerseits greift Althusser vor allem deshalb an, weil dieser den Begriff des Humanismus als ein mit dem Marxismus als strenge wissenschaftliche Theorie unvereinbares ideologisches Konstrukt perhorreszierte. Humanismus sei, so Losurdo, das Ergebnis Jahrhunderte langer sozialer und politischer Kämpfe um die Anerkennung der Gleichheit, Freiheit und persönlichen Würde aller Menschen, das heißt auch aller Frauen, der Angehörigen aller ausgebeuteten Klassen und aller Individuen unabhängig von ihrer Hautfarbe und ethnischen Herkunft. Es gebe, wie aus Losurdos Bemerkungen über Althusser hervorgeht, nicht nur keinen Grund, Humanismus und Marxismus als Wissenschaft gegen einander auszuspielen, sondern die Theorie von Marx und Engels gewinne ihre Dignität gerade durch den nicht suspendierbaren Zusammenhang von Kapitalismusanalyse, antikapitalistischem Kampf und Universalismus (Losurdo 2021, S. 100). Selbst der späte Marx des »Kapital«, so lässt sich zur Unterstützung Losurdos anführen, stellt immer wieder Zusammenhänge zwischen kapitalistischer Ökonomie und dem Elend des Proletariats her, die auf die universalistische und humanitäre Dimension der Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung verweisen.

⁸ Althusser's Kritik an einer angeblichen Hybridisierung von (humanistischer) Ideologie und Wissenschaft im marxistischen Diskurs seiner Zeit, namentlich in der kommunistischen Partei, bedeutet allerdings nicht, dass er die politische Funktion dieser Ideologie pauschal negierte. Letztere erkannte er vielmehr eine gewisse Berechtigung zu. Wogegen er sich wandte, war die von ihm unterstellte Vermischung von Ideologie und wissenschaftlicher Theorie, von der er eine Verwässerung des Marxismus befürchtete: »Ich wollte nichts anderes sagen, indem ich zeigte, dass der reale oder sozialistische Humanismus der Gegenstand einer Anerkennung oder eines Missverständnisses ist, je nach dem Status, den man ihm im Hinblick auf die Theorie zuspricht: dass er als *praktische, ideologische* Lösung dienen kann, in dem Maß, in dem er genau seiner Funktion angepasst und nicht mit einer anderen Funktion verwechselt wird; dass er auf keinen Fall für sich die Attribute eines *theoretischen* Begriffs geltend machen kann.« (Althusser 1968, S. 201)

6 Antikolonialistische Parteilichkeit: Jean-Paul Sartre

Bei einem anderen der dem »westlichen Marxismus« zugerechneten Autoren, nämlich bei Jean-Paul Sartre, fordern Losurdos Einwände ebenfalls Widerspruch heraus. Einerseits interpretiert er, nachdem er ein paar lobende, aber folgenlos bleibende Worte über Sartre verloren hat, dessen *Kritik der dialektischen Vernunft* (Sartre 1967) als allgemeine Absage an die Möglichkeit eines zukunfts-fähigen revolutionären Handelns und andererseits leitet er daraus eine bei Sartre feststellbare Reduktion antikolonialer Bewegungen auf unmittelbaren Aktionismus ab. Was »Die Kritik der dialektischen Vernunft« angeht, muss man den dort von Sartre entwickelten Gedanken des möglichen Erstarrens revolutionärer Praxis im Zustand des »pratico-inert« und der »Serialität«, also des Verharrens in der objektiven Bedingtheit des Handelns und des Zerfalls in individualisierte Beziehungen der revolutionären Akteure, durchaus nicht, wie Losurdo es tut, als Widerruf jeglicher revolutionären Zukunftsperspektive verstehen. Stattdessen sollte man diesen Gedanken Sartres vielmehr als Aufforderung lesen, dem der revolutionären Gruppe (»fusionierende Gruppe«) immer drohenden Rückfall in Situationen der Verdinglichung, Entfremdung und Entsolidarisierung bewusst Widerstand entgegen zu setzen. Wie anders ließe sich sonst Sartres jahrelanges, sogar den eigenen Tod riskierendes Engagement für den Antikolonialismus und die ihn in ihrer Praxis bekämpfenden Akteure erklären? Nicht nur gehörten Kolonialismus und Antikolonialismus zu zentralen Themen seiner publizistischen Produktion (Algerien, der Kongo, China, Kuba, Vietnam u. a.), er trat auch immer wieder öffentlich *praktisch-politisch* für die Befreiung der kolonialisierten Völker ein. Wenn Losurdo Sartre außerdem vorhält, er habe in seinem berühmten Vorwort zu Frantz Fanons *Die Verdammten dieser Erde* nicht die ökonomischen Erfordernisse des nachrevolutionären Aufbaus (in Algerien) berücksichtigt (Losurdo 2021, S. 134), so verkennt er die offenkundige Funktion dieses Vorworts, dem es darum ging, die französische Öffentlichkeit in einer Situation politisch-moralisch wach zu rütteln (Sartre 1966), als der Krieg noch gar nicht beendet war.

7 Positionen der Frankfurter Schule

Während Losurdos Ausführungen etwa zu Lukács und Sartre unter dem Aspekt von Defiziten des »westlichen Marxismus« im Blick auf die Bedeutung von Antikolonialismus und Antiimperialismus nicht überzeugen können, erweisen

sie sich hinsichtlich anderer seiner Protagonisten als durchaus begründet. Das betrifft sowohl die Vorstellungen von Max Horkheimer über den gesellschaftlich-politischen Charakter der Sowjetunion als negatives Beispiel für den »östlichen Marxismus« als auch dessen Haltung und diejenige Adornos zu Bewegungen und Ereignissen des Antikolonialismus. Im sowjetischen System der Planung und Organisation der Produktion sah Horkheimer eine »konsequente« Fortsetzung des faschistischen »Staatskapitalismus«, nicht dessen antagonistische Alternative (Horkheimer 1968, S. 51). Der »integrale Etatismus« (der Sowjetunion) sei nur die gesteigerte Form des »autoritären Staates«, unter den sowohl Faschismus als auch Staatssozialismus gleichermaßen zu subsumieren seien. Mit dieser quasi totalitarismustheoretischen Parallelisierung beraubte sich Horkheimer auch später der Möglichkeit, die strukturellen sozialökonomischen und politischen Antagonismen zwischen Faschismus und Sozialismus adäquat zu erfassen. Wenn Losurdo Horkheimer zu Recht darin widerspricht, keinen grundlegenden Unterschied zwischen Faschismus und dem Sozialismus der Sowjetunion erkennen zu wollen, so auch darin, sich die Überwindung des Hungers in der Dritten Welt nur als Ergebnis bürokratischer Herrschaft, als »verwaltete Welt« vorstellen zu können und damit die Legitimität anticolonialer Kämpfe von vorn herein anzuzweifeln. Dasselbe Denkmuster der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus reproduziert sich nach Losurdo in der Befürchtung Adornos, dass der faschistische Nationalismus mit dem Nationalismus der »sogenannten unterentwickelten Länder« verschmelze (Losurdo 2021, S. 116; Adorno 1963, S. 137 f.). Mit seiner Rechtfertigung des US-Krieges in Vietnam als Akt zivilisatorischer Selbsterhaltung des Westens trieb Horkheimer die Entfremdung seines Denkens von der emanzipatorischen Dimension anticolonialer Bewegungen auf die Spitze (Horkheimer 1988, S. 360 f., 1996, S. 646 f.). Dem, was Losurdo dazu schreibt, ist nichts hinzu zu fügen.

8 Sind Hannah Arendt, Michel Foucault, Giorgio Agamben und andere »westliche Marxisten«?

Keine Zustimmung verdient dagegen Losurdos Einbeziehung weiterer Autoren ins Spektrum des »westlichen Marxismus« sowie die im Einzelnen an ihnen geübten Kritik. Wie kommt es, dass er sich mit Hannah Arendt, Michel Foucault, Emmanuel Lévinas und Giorgio Agamben, Michel Hardt, Antonio Negri und Slavoj Žižek unter dem gemeinsamen Vorzeichen des »Triumph(es) und Tod(es) des westlichen Marxismus« (Losurdo 2021, S. 144–192) auseinandersetzt? Waren denn Arendt und die meisten anderen dieser Aufzählung Marxisten? Verstanden

sie sich nicht selbst vielmehr als Nicht- oder sogar dezidierte Antimarxisten? Davon mag man Hardt/Negri und Žižek insofern ausnehmen, als sie Elemente marxistischen Denkens für ihre eigenen Positionen in Anspruch nehmen, aber schon für Arendt kann man das kaum geltend machen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: es geht hier nicht primär darum, ob Arendt, Foucault und Andere überzeugende Analysen, Diagnosen und Deutungen dieses oder jenes Aspekts gesellschaftlicher, politischer und geistiger Herrschaft moderner Gesellschaften geliefert haben, sondern darum, ob und inwieweit sie als Repräsentanten des »westlichen Marxismus« betrachtet werden können, der ja das wesentliche Objekt der Einlassungen Losurdos darstellt. Oder will Losurdo an ihrem Beispiel lediglich demonstrieren, wie wenig der »westliche Marxismus« gerade ihnen entgegen zu setzen hat? Dann hätte er aber nachweisen müssen, ob, wann, wo und wie Arendt, Foucault und Agamben westliche marxistische Autoren beeinflusst haben. Das jedoch geschieht nicht.

9 Slavoj Žižek: ein »libertärer Kommunist«?

Die Beantwortung der eben gestellten Frage wird dadurch kompliziert, dass sich weitere Autoren, die Losurdo in diesem Zusammenhang heftig attackiert, zumindest selbst wiederum als Marxisten begreifen oder die Marxsche Theorie als eine wesentliche Referenz ihres Denkens reklamieren.

In seinen jungen Jahren während der 68er-Bewegung Maoist und Schüler Louis Althusers tritt Alain Badiou noch heute für einen radikalen Kommunismus ein, der sich durch »Wahrheit« als den »wirklichen Prozess der Treue zu einem Ereignis« (Badiou 2003, S. 63) auszeichnet und dessen Denken und Handeln unvermittelt in die erstarrte, verdinglichte Struktur des »Politischen«, also der gegebenen Herrschaftsverhältnisse des demokratischen »Kapitalo-Parlamentarismus« einbricht (vgl. Marchart 2010, S. 156). Befreundet mit Alain Badiou und nachhaltig von ihm beeinflusst postuliert der Slowene Slavoj Žižek eine gegen alle historische Wahrscheinlichkeit zu jedem Zeitpunkt mögliche Revolution. Žižek stützt sich dabei auf Lenin, der, obwohl die objektiven Umstände dagegen sprachen, im Oktober 1917 in einer Situation der Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit dennoch zum revolutionären Aufstand aufgerufen habe, weil es nie, so Žižek, einen »richtigen teleologischen Augenblick« (Žižek 2002, S. 15) und eine durch objektive Bedingungen legitimierte Garantie für das Gelingen einer Revolution geben könne. Losurdo geht aber nicht in erster Linie auf die von Badiou und Žižek aufgeworfenen Probleme von Revolution, Kapitalismus, Demokratie und Politik in heutigen westlichen Gesellschaften ein,

Probleme, deren Deutung und Beurteilung durch die beiden Autoren diskutabile Erkenntnisse beinhalten, aber auch voluntaristische Postulate, methodische Brüche und Tendenzen eines fundamentalistischen postmodernen Linksradikalismus aufweisen (vgl. Peter 2012). Statt dessen legt Losurdo auch hier den Schwerpunkt auf seine These, dass der »westliche Marxismus« in Gestalt von Badiou und Žižek ebenso wie andere seiner prominenten Verfechter die Dimension des Kolonialismus, des Rassismus in den kolonialisierten Ländern und deren extrem schwierige Bedingungen revolutionärer Emanzipation sowie ihrer eigenständigen gesellschaftlichen Entwicklung verdrängten, ja herabsetzten und sich so nicht mehr vom »Selbstverständnis der herrschenden Klassen Europa und der USA« unterschieden (Losurdo 2021, S. 202).

Losurdos Kritik, dass Žižek, gegen den er sich besonders richtet, die Völker der Dritten Welt ebenso verachte, wie das die herrschenden westlichen Eliten ihrerseits demonstrierten, lässt sich nicht halten. Wenn Losurdo Žižek vorhält, er habe das Regime von Chavez und Maduro in Venezuela als »autoritär« etikettiert und daraus folgert, für Žižek sei Venezuela »autoritärer« als der Imperialismus der USA, so ist das nicht nachvollziehbar (Losurdo 2021, S. 203). Dafür, dass man das Regime in Venezuela als »autoritär« bezeichnet, kann man Gründe geltend machen, die weder den sozialistischen Charakter Venezuelas und seine Leistungen in Zweifel ziehen noch die imperialistische Politik der USA gegenüber dem Land bestreiten oder verharmlosen müssen. Letzteres aber tut Žižek auch gar nicht. Im Gegenteil, er verteidigt nicht nur beiläufig, sondern ausdrücklich den politischen Kurs von Chavez und dessen »Mobilisierung neuer politischer Formen« (Žižek 2009, S. 263) wie die Bildung von Basiskomitees in den Slums.

Slavoj Žižek dennoch kategorisch zu unterstellen, er begegne der »Dritten Welt« mit Hochmut, Desinteresse und westlichem Herrschaftsgestus, geht an dessen tatsächlicher Haltung vorbei.

Wie wenige andere bekannte radikale linke zeitgenössische Intellektuelle, ob Marxisten oder nicht, hat Žižek den Zusammenhang zwischen Kapitalismus, Kolonialismus, Rassismus, Ausbeutung und dem (möglichen bzw. notwendigen) Widerstand gegen sie häufig thematisiert (vgl. Žižek 2016).⁹

⁹So betrachtet er die gegenwärtige weltweite Migration als neue und dieses Mal vom Kapitalismus zu verantwortende Sklaverei, deren Konsequenzen sich nicht nur in weiter Ferne, sondern auch in Europa selbst, also gleichsam vor der Haustür, abspielen, wie er am Beispiel italienischer Textilfabriken zeigt: »Wir müssen also, wenn wir nach dem miserablen Leben der neuen Sklaven fragen, gar nicht so weit entfernt von uns suchen [...]

Nicht dass er sich in eurozentristischer Arroganz über Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung in der Dritten Welt und deren Perspektiven der Befreiung vom Kolonialismus und Neokolonialismus hinwegsetzt, ist also, wie Losurdo meint, Žižek vorzuhalten, sondern vielmehr wie er die notwendige Überwindung der »neuen Sklaverei« begründet und welche Schlüsse er daraus zieht.

So setzt Žižek seine Hoffnungen auf revolutionäre Veränderungen der Welt nicht mehr auf die Arbeiterklasse oder abhängige soziale Schichten und sozialen Bewegungen des kapitalistischen Westens. Wenn überhaupt, dann könne eine globale Umwälzung nur von denen ausgehen, die vollständig aus dem Kapitalismus ausgeschlossen seien. Sie findet er in der millionenfachen Bevölkerung der Slums in Megastädten wie Manila, Mexiko-City oder dem nigerianischen Lagos. Diese Massen treten für Žižek als globale »Gegenklasse« an die Stelle des traditionellen Proletariats (des Westens), das trotz seiner Ausbeutung als kollektiver Mehrwertproduzent objektiv in das System des Kapitalismus eingebunden geblieben sei (Žižek 2009, S. 260), wohingegen die sozial ausgeschlossenen Massen in den gigantischen Slums Asiens, Afrikas und Lateinamerikas außerhalb jedes Raumes kapitalistischer Kontrolle und Integration stünden und deshalb eine neue »Gegenklasse«, den, wie Žižek, einen Ausdruck von Jacques Rancière aufgreifend sagt, »Anteil der Anteillosen« konstituieren (Žižek 2009, S. 261). Zwar könne man bei dieser »Gegenklasse«, die durchaus dem entspreche, was Giorgio Agamben in einem anderen Zusammenhang mit dem Synonym des »Homo sacer« (Agamben 2002) für den total rechtlosen, dem Terror absolut wehrlos ausgelieferten Menschen bezeichnet habe, noch nicht von einem neuen revolutionären Subjekt sprechen, aber aus den »neuen Formen eines aus den Slumkollektiven heraus entstehenden Bewusstseins« würden die »Keime der Zukunft« wachsen (Žižek 2009, S. 261). Seine Erwartung verknüpft Žižek mit der »Aufgabe des 20. Jahrhunderts«, »die ›destrukturierten Massen‹ der Slumbewohner zu politisieren – zu organisieren und zu disziplinieren« (Žižek 2009, S. 262 f.).

Wer diese Aufgabe übernehmen könne, darüber schweigt Žižek sich allerdings aus. Aber nicht nur das: seine Überlegungen sind in vielen Punkten brüchig. Um nur die folgenden drei zu nennen: erstens handelt es sich ähnlich wie in der sogenannten »Randgruppentheorie« von Herbert Marcuse bei Žižeks Behauptung

und wir brauchen China nicht heuchlerisch zu kritisieren. Nein, die neue Sklaverei kann direkt vor unserer Nase stattfinden, in unserem Haus. Wir sehen sie bloß nicht (oder tun so, als sähen wir sie nicht).« (Žižek 2016, S. 46)

eines radikalen Bruchs zwischen dem »Anteil der Anteillosen« einerseits und der Wirkungs- und Integrationsmacht des globalen Kapitalismus andererseits um eine empirisch nicht haltbare Fiktion, wie schon allein die Komplizenschaft zwischen korrupten Politikern, Militärs, Polizisten, Drogenkartellen und bestimmten Bewohnergruppen in den Slums drastisch vor Augen führt. Zweitens ist es unwahrscheinlich, dass es ohne Allianzen zwischen kollektiven Akteuren in den westlichen Metropolen und denen anderer Kontinente zu progressiven globalen Veränderungen kommen kann. Drittens droht, um es zurückhaltend zu formulieren, Žižeks ziemlich sorgloser Umgang mit Gewalt als politischem Mittel revolutionärer Befreiung die damit unvermeidlich aufgeworfenen Probleme zu vereinfachen und zu verschleiern.

10 Alain Badiou: »Gerechtigkeit« oder »Freiheit«?

Obwohl Losurdo einem weiteren Vertreter des »libertären Kommunismus«, nämlich Alain Badiou, einerseits konzidiert, sowohl den Untergang der Sowjetunion als historischen Rückschritt, als »zweite Restauration« beklagt als auch einen »verdienstvollen Kampf gegen den Neoliberalismus« geführt zu haben, wirft er ihm andererseits vor, den Begriff der Freiheit der Definitionsmacht des Liberalismus zu überlassen. Indem Badiou »Gerechtigkeit« als wichtiger als »Freiheit« (Losurdo 2021, S. 211) betrachte, konstruiere er eine falsche Alternative; denn er negiere, dass das wesentliche Ziel der revolutionären Jakobiner die Freiheit gewesen sei und es den »schwarzen Jakobinern« von Santo Domingo am Ende des 18. Jahrhunderts als Vorkämpfern gegen die Sklaverei ebenso wie denjenigen in Frankreich vor allem um Freiheit ging. Gegen das Freiheitsverständnis, das Losurdo hier artikuliert, hätte Badiou sicherlich nichts einzuwenden; denn er will ja gerade den apologetischen, von den materiellen Lebensbedingungen entkoppelten Freiheitsbegriff des Liberalismus zurückweisen. Deshalb ist es nicht einleuchtend, warum Losurdo trotzdem Badiou's Standpunkt mit einer radikalen liberalen Freiheitsphilosophie, nämlich der Philosophie der »negativen Freiheit« von Isaiah Berlin (1989), gleichsetzt, obwohl er im selben Atemzug einräumt, dass Badiou und Berlin zu »unterschiedlichen und gegensätzlichen Werturteilen« kommen. Der Interpretation Losurdos widerspricht aber die tatsächliche Einstellung Badiou's eklatant, wie sich an zwei relevanten Punkten beispielhaft nachweisen lässt.

Ausgehend von seinem Theorem des »Ereignisses« und der sich in ihm manifestierenden »Wahrheitsprozedur« identifiziert Badiou die chinesische Kulturrevolution während des Jahrzehnts von 1966 bis 1976 als ein solches

»Ereignis« und sieht in ihr neben der Pariser Kommune 1870/71 und der russischen Oktoberrevolution 1917 »eine große Lektion über Geschichte und Politik, über die Geschichte, die ausgehend von der Politik (und nicht andersherum) gedacht wird« (Badiou 2011, S. 73) und die er als »revolutionäre Entdeckung« in dem Sinn würdigt, dass sie die Mechanismen der versteinerte Ordnung des Politischen und der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Badiou 1985) unterbrochen habe. In einem weiteren Punkt widerlegt Badiou die ihm von Losurdo unterstellte Distanz zu Kolonialismus und Neokolonialismus. Badiou stellt fest, dass sich die auf Ausbeutung der kolonialisierten Völker basierende traditionelle »imperialistische Weltordnung« des 19. Jahrhunderts heute keineswegs aufgelöst habe und von »einem Ende imperialer Interventionen« nicht gesprochen werden könne, solange das kapitalistische Interesse an Uran, Erdöl, seltenen Erden, Gold, Kohle, Aluminium usw. weiter bestehe (Badiou 2016, S. 26). In diesem Zusammenhang greift Badiou im Gegensatz zur oft wiederholten These Losurdos, der moderne »westliche Marxismus« leugne die Notwendigkeit eigenständiger staatlicher Organisierung ehemaliger Kolonien, den »globalisierten Kapitalismus« vielmehr gerade wegen seiner Strategie der Entstaatlichung und Herbeiführung von »failed states« heftig an, die heute über die der Korruption dominiere (Badiou 2016, S. 27).¹⁰ Wenn man nach Defiziten und Widersprüchen bei Badiou fragt, wird man sie eher sowohl in seinen philosophischen Prämissen, einem Amalgam aus Platonismus, Heideggerschem Existenzialismus und Marxismus, als auch in Studien finden, die sich konkreten politisch-geschichtlichen Erscheinungen und Ereignissen des Westens widmen. So gehört Badiou zur großen Gruppe jener linken Intellektuellen, die in den studentischen Protesten und massiven Arbeiterstreiks in Frankreich 1968 eine revolutionäre Situation entdeckt haben wollen und die Kommunistische Partei und die Gewerkschaft CGT des Verrats an der damals angeblich revolutionären Bewegung bezichtigen (Badiou 2011, S. 61). Analysen, die, statt sich von utopischen Impulsen der damaligen Bewegung treiben zu lassen, von empirischen Realitäten ausgehen, kommen zu einem anderen Schluss als Badiou (vgl. Peter 2018).

¹⁰»Wir fassen zusammen: Erstens, die Struktur der heutigen Welt wird bestimmt durch den Triumph des globalisierten Kapitalismus. Zweitens, eine strategische Schwächung der Staaten, mehr noch, ihr durch den Kapitalismus angeregtes Siechtum, ist im Gang. Und drittens, die neuen imperialen Praktiken tolerieren und ermutigen sogar unter bestimmten Umständen die Zerstückelung, ja Vernichtung der Staaten.« (Badiou 2016, S. 28)

11 Michael Hardt und Antonio Negri: »Empire« als Perspektive?

Während der Vorwurf Losurdos, Žižek und Badiou missachteten trotz ihres radikalen Habitus in Wirklichkeit den Kampf gegen den (Neo-) Kolonialismus und um nationale Unabhängigkeit, entweder falsch ist oder nicht plausibel erscheint, legt seine Kritik an Michael Hardt und Antonio Negri die apoletische Funktion ihres international ein erstaunliches Echo findenden Konzepts des »Empire« offen (Hardt und Negri 2002). Hardt und Negri suggerieren unter dem Vorzeichen des »Empire« eine »neue Weltordnung«, die nicht mehr durch ein wie immer geartetes »Außen« und nicht mehr durch Machtzentren bzw. die Macht von Nationalstaaten determiniert sei, sondern durch globale Biopolitisierung, also die Hervorbringung produktiver Subjektivität in allen gesellschaftlichen Bereichen, sowie durch die weltweite Verallgemeinerung des »general intellect« (ein von Marx entlehnter Begriff) und der »immateriellen Arbeit« das Tor zur emanzipatorischen Transformation des »Empire« aufstoße. Gegen die Fiktion, dass das »Empire« keine hegemonialen Nationalstaaten und keine »Machtzentren« mehr kenne, stellt Losurdo lakonisch fest: »Die Polemik von Hardt und Negri gegen das Prinzip der staatlichen Souveränität verschont gerade dasjenige Land, das sich selbst eine monströs ausgeweitete Souveränität zuspricht, die es berechtigt, selbstherrlich in jedem Winkel der Welt zu intervenieren [...]« (Losurdo 2021, S. 196 f.) Ergänzend zu Losurdo lässt sich hinzufügen, dass das Konzept des »Empire« eine gewisse Parallele zur These des »Ultraimperialismus« bei Karl Kautsky, dem führenden Theoretiker der II. Internationale, aufweist. Kautsky hielt es für möglich, dass der Imperialismus, vermittelt durch die Entwicklung kontraktueller Arrangements zwischen international tätigen kapitalistischen Kartellen sich seines aggressiv-militärischen Charakters entledigen und deshalb im ureigenen Interesse friedliche Lösungen von Konflikten ermöglichen könne (vgl. Kautsky 1914).

Kautskys ultraimperialistisches Szenario, das Lenin 1917 als für die Arbeiterbewegung fatale Illusion bezeichnet hatte (Lenin 1965, besonders S. 859–868), ist schon unmittelbar nach ihrer Entstehung durch die geschichtliche Wirklichkeit schrecklich falsifiziert worden.

12 Auferstehung des »westlichen Marxismus«?

Am Ende seines Buches fragt Losurdo nach den Bedingungen, unter denen der Marxismus im Westen »wiedererstehen« könne. Losurdo geht dabei von der These aus, die von Marx und Engels angenommene »vollständige politische Emanzipation« durch die »innere Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft« sei nicht eingetreten: »Es soll gleich festgehalten werden, dass sich die Dinge völlig anders entwickelt haben, als Marx und Engels vorhergesehen haben. Im Westen ist die ›vollendete politische Emanzipation‹ keinesfalls das Resultat einer spontanen inneren Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft gewesen.« (Losurdo 2021, S. 235).

Schon bald nach der »Judenfrage«¹¹ von Marx, die noch im Zusammenhang mit den von den Junghegelianern vor allem um die Rolle der Religion geführten Diskussionen stand und der Phase der »Frühschriften« entstammt, haben sich Marx und Engels aber dem politischen Kampf um die Durchsetzung einer Gesellschaft gewidmet, die sich nicht in der Herstellung formaler Rechtsgleichheit der Individuen erschöpft, sondern diejenigen materiellen ökonomischen und politischen Bedingungen schafft, ohne die das Ideal der Rechtsgleichheit eine ideologische Abstraktion bleiben muss. Das steht der Behauptung Losurdos entgegen, der frühe Marx (und Engels) hätten an eine sich innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gleichsam im Selbstlauf vollendende politische Emanzipation geglaubt. Hier greift der Einwand Losurdos also ganz offensichtlich zu kurz. Was die Emanzipation der Frauen betrifft, so stellt sie aber in der Tat weitgehend einen weißen Fleck im Denken von Marx und Engels dar, sieht man von dem späten Werk Engels' über den »Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates« (1968 [1884]) einmal ab, wo Engels die Befreiung der

¹¹In dem Beitrag »Zur Judenfrage« (Marx 1964), der 1843/44 in den »Deutsch-Französischen Jahrbüchern« erschien, setzte sich Marx, kritisch anknüpfend an »Die Judenfrage« von Bruno Bauer, einem Linkshegelianer, mit der Frage der Emanzipation der Juden auseinander. Marx vertrat hier die Auffassung, dass eine wirkliche Emanzipation der Juden sich nicht auf die religiöse Sphäre beschränken dürfe, sondern die ökonomischen Voraussetzungen der Juden als Akteure der Geldwirtschaft (»Schacher«) aufheben müsse: »Eine Organisation der Gesellschaft, welche die Voraussetzungen des Schachers, also die Möglichkeit des Schachers aufhobe, hätte den Juden unmöglich gemacht. Sein religiöses Bewusstsein würde wie ein fader Dunst in der wirklichen Lebensluft der Gesellschaft sich auflösen. Andererseits: wenn der Jude dies sein *praktisches* Wesen als nichtig erkennt und an seiner Aufhebung arbeitet, arbeitet er aus seiner bisherigen Entwicklung heraus, an der *menschlichen Emanzipation* schlechthin und kehrt sich gegen den *höchsten praktischen* Ausdruck der menschlichen Selbstentfremdung.« (Marx 1964, S. 201 f.)

Frauen von der Abschaffung des Kapitalismus abhängig macht. Dass jedoch die Unterdrückung der Frauen weder mit Kapitalismus identisch ist noch ihre Emanzipation sich mit der politisch-ökonomischen Umwälzung des Kapitalismus gleichsam automatisch erledigt, haben Marx und selbst Engels nicht erkannt, aber auch Losurdo scheint das nicht zu sehen; denn weder Marx und Engels noch er erkennen die fundamentale patriarchale Dimension der Unterdrückung der Frauen, die sich nicht in anderen ökonomischen und politischen Herrschaftsformen auflöst, sondern eine Dimension der Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung *sui generis* konstituiert (vgl. Peter 2009). Sie überschneidet sich mit anderen Formen der Herrschaft, aber ist weder mit ihnen vollständig deckungsgleich noch lässt sie sich aus ihnen ableiten. Patriarchale Herrschaft, die schon seit mehreren Jahrtausenden und folglich längst vor dem Kapitalismus existierte, bedeutet materielle und symbolische Herrschaft über alle Frauen als Geschlechtswesen, also weil sie Frauen sind. Daran haben auch empirische Modifikationen und Differenzierungen sowie partielle Fortschritte im Geschichtsverlauf bis heute nicht grundsätzlich etwas geändert. Die »zweite große Diskriminierung«, also nach Losurdo die der Frauen, wird deshalb weder »mit der Ausübung der politischen Rechte« noch mit »dem Zugang zu den freien Berufen« (Losurdo 2021, S. 235) ein Ende finden, wie Losurdo hofft, so unabdingbar beides für eine verbesserte Lage der Frauen ist.

Das größte Gewicht misst Losurdo, will sich der »westliche Marxismus« erneuern, aber der (Wieder-)Anerkennung des anticolonialen Kampfes sowohl historisch als auch gegenwärtig da zu, wo er zur Verteidigung der errungenen nationalen Unabhängigkeit und im Widerstand gegen neokoloniale Ausplünderung, Unterwerfung und Abhängigkeit in vielen Regionen der Welt noch immer geführt werden muss. Wie stellt sich Losurdo eine »Wiedererstehung« des westlichen Marxismus vor?

Um diese Frage am Schluss seines Buches zu beantworten, geht er von der von Marx getroffenen Unterscheidung zwischen einer ersten und einer zweiten Phase des Kommunismus aus (vgl. Losurdo 2021, S. 247), denen nach Marx als Zwischenstufe zwischen bürgerlich-kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft eine »revolutionäre Diktatur des Proletariats« (Marx 1968, S. 24) vorausgeht. Während die erste Phase noch durch ungleiche Verteilung und entsprechende Rechtsverhältnisse geprägt ist, hebt die zweite Phase die Spaltung der Gesellschaft in Klassen endgültig auf, wie Marx in seiner »Kritik des Gothaer Programms« der frühen deutschen Sozialdemokratie prognostiziert. Aus den Überlegungen von Marx und Engels leitet Losurdo die Idee von »zwei unterschiedlichen Zeitlichkeiten« ab, die er im Blick auf die heutige Differenz zwischen westlichem und östlichem Marxismus konkretisiert, indem er dem

ersteren eine utopische Zukunftsorientierung und dem letzteren die Orientierung auf die realen Probleme des Kampfes um Befreiung vom (Neo-) Kolonialismus und des antiimperialistischen Widerstandes zuschreibt. Aber die Spaltung zwischen den beiden »Zeitlichkeiten« sowie die zwischen westlichem und östlichem Marxismus sei nicht für alle Ewigkeit fest geschrieben, sondern könne überwunden werden. Die wesentliche Voraussetzung dafür sieht Losurdo darin, dass der gegenwärtige Marxismus seine oft abstrakte, überhebliche und realitätsfremde Haltung gegenüber der »antikolonialen Revolution in ihrem zweiten Stadium« (Losurdo 2021, S. 260) aufgibt. Damit würden zwar die Unterschiede zwischen Ost und West weiter bestehen, denn im Osten gehe es vor allem um die »Vollendung der antikolonialen Revolution« und im Westen um den anti-kapitalistischen Kampf gegen soziale Polarisierung und aggressive militärische Tendenzen, aber diese Differenzierung müsse sich nicht zu einem feindlichen Gegensatz verfestigen.

13 Fazit

Das wesentliche Verdienst von Losurdo besteht darin, wieder nachdrücklich ins Bewusstsein zu rufen, dass Analysen, Theorien, Modelle und andere intellektuelle Aktivitäten, die sich dem Fortschritt der Lebensbedingungen insbesondere der abhängigen und unterdrückten Massen auf allen Kontinenten verpflichtet fühlen, ohne adäquate Würdigung der tatsächlichen Situation der postkolonialen Länder entweder abstrakt bleiben oder sogar in Affirmation der globalen Ungleichheits- und Herrschaftsverhältnisse umschlagen können. An zahlreichen Beispielen weist Losurdo nach, dass seine Mahnung an linke Diskurse, die Schwierigkeiten der noch immer um ihre Unabhängigkeit von westlicher Hegemonie kämpfenden Kräfte und Länder weder zu übergehen noch zu bagatellisieren, zu verschleiern oder sogar zu verachten, keineswegs unbegründet ist. Warum er das aber am Beispiel des so genannten »westlichen Marxismus« demonstriert, ist nicht selbst-evident; denn die Gruppe der unter diesem Begriff subsumierten Intellektuellen ist heterogen und in sich widersprüchlich. Das galt schon für Perry Anderson und gilt erst recht für Losurdo, der ihr Namen hinzufügt, die teilweise eher für dezidierte Gegenpositionen zum Marxismus als für eine Nähe zu ihm stehen. Und wo bleiben bei Losurdo andererseits die marxistischen Intellektuellen in den USA und in Westeuropa, die sich nicht nur des Zusammenhangs der anti-kapitalistischen, antikolonialen und antiimperialistischen Bewegungen und Kämpfe bewusst sind, sondern sich auch für sie politisch engagieren? Sind sie nicht auch »westliche Marxisten«? Wo würde Losurdo, um nur auf Deutschland

hinzuweisen, profilierte Marxisten wie Wolfgang Abendroth und Josef Schleifstein verorten?

Führt Losurdo also eher eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, ihrem eigenen Anspruch nach kritischen Diskursen in den westlichen Ländern als mit einer spezifischen Tendenz des Marxismus? Was er tatsächlich analysiert, verweist auf das Erstere, der Titel seines Buches legt jedoch das Letztere nahe, ohne dass der Autor allerdings klärt, ob der von Perry Anderson übernommene Begriff des »westlichen Marxismus« einer gründlichen Prüfung standhält, wie immer man ihn bewertet. Schließlich bleibt die Frage offen, was heute unter »östlichem Marxismus« zu verstehen ist und ob dieser seinerseits eine kohärente, widerspruchsfreie oder doch jedenfalls sinnvolle Einheit bildet.

Diese Einwände ändern aber nichts an der Relevanz der von Losurdo aufgeworfenen Fragen. Es sind oft gerade die nicht gefälligen, einseitig erscheinenden und argumentativ schroffen Interventionen, die eingeschliffene Deutungsmuster durchkreuzen und neuen Ideen Spielraum verschaffen.

Literatur

- Adorno, T. W. (1963). *Eingriffe*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Agamben, G. (2002). *Homo sacer. Die Macht und das nackte Leben*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Althusser, L. (1968). *Für Marx*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp (frz.1965).
- Althusser, L. (1993). *Die Zukunft hat Zeit. Die Tatsachen. Zwei autobiographische Texte*, hrsg. und eingeleitet von O. Corper u. Y.-M. Boutang. Frankfurt a. M.: S. Fischer. (frz. 1992).
- Althusser, L. (2010). *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, 1. Halbband, hrsg. von F. O. Wolf. Hamburg: VSA.
- Althusser, L./Balibar, E. (1972). *Das Kapital lesen I*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (frz.1968).
- Anderson, P. (1978). *Über den westlichen Marxismus*. Frankfurt a. M.: Syndikat (engl.1967).
- Badiou, A. (1985). *Peut-on penser la politique?* Paris: Éditions du seuil.
- Badiou, A. (2003). *Ethik. Versuch über das Bewusstsein des Bösen*. Wien: Turia+Kant.
- Badiou, A. (2011). *Die kommunistische Hypothese*. Berlin: Merve.
- Badiou, A. (2016). *Wider den globalen Kapitalismus. Für ein neues Denken in der Politik. Nach den Morden in Paris*. Berlin: Ullstein.
- Berlin, I. (1989). *Four Essays on Liberty*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- Broder, D. (2017). Eastern light on western Marxism. *New Left Review* 107 (sept.–oct.), 131–146.
- Cohen-Solal, A. (1988). *Sartre 1905–1980*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (frz. 1985).

- Deppe, F. (2003). *Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Band 2: Politisches Denken zwischen den Weltkriegen*. Hamburg: VSA.
- Engels, F. (1968). Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (zuerst 1884). In: K. Marx/F. Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Band II (S. 155–301). Berlin (DDR): Dietz.
- Fraser, N. (2017). Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2, 71–76. (hier zitiert nach <https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-o...> S. 4).
- Graf, R. (1995). Della Volpe-Schule. In: W. F. Haug (Hrsg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, 2 (S. 522–527). Hamburg: Argument Verlag.
- Hardt, M./Negri, A. (2002). *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a. M. u. New York: Campus (engl. 2000).
- Horkheimer, M. (1968). Autoritärer Staat. In: Ders., *Die Juden und Europa, Autoritärer Staat, Vernunft und Selbsterhaltung (1939–1941)* (S. 40–80). Amsterdam: De Munter.
- Horkheimer, M. (1988). *Gesammelte Schriften*, Bd. 14. Nachgelassene Schriften. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Horkheimer, M. (1996). *Gesammelte Schriften*, Bd. 18, Vortrag im Amerikahaus Frankfurt am 07.05. 1967. Frankfurt a. M.: S. Fischer.
- Kammler, J. (1974). *Politische Theorie von Georg Lukács. Struktur und historischer Praxisbezug bis 1929*. Darmstadt u. Neuwied: Luchterhand.
- Kautsky, K. (1914). Der Imperialismus. *Die Neue Zeit* 32-II (21), 908–922.
- Lenin, W. I. (1965). Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriß. In: Ders., *Ausgewählte Werke*, Bd. 1 (S. 767–873). Berlin (DDR): Dietz.
- Losurdo, D. (2009). Nietzsche ein aristokratischer Rebell – Intellektuelle Biographie und kritische Bilanz, 2 Bde., Berlin: Argument/Inkrit.
- Losurdo, D. (2021). *Der westliche Marxismus. Wie er entstand, verschied und wieder auf-erstehen könnte*. Köln: PapyRossa (ital. 2017).
- Lukács, G. (1967a [1922]). *Geschichte und Klassenbewusstsein. Studien über marxistische Dialektik*. Amsterdam: Thomas de Munter.
- Lukács, G. (1967b [1924]). *Lenin: Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken*. Neuwied u. Darmstadt: Luchterhand.
- Marchart, O. (2010). *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Marx, K. (1964). Zur Judenfrage. In: Ders., *Die Frühschriften*, hrsg. von S. Landshut. (S. 171–207). Stuttgart: Kröner.
- Marx, K. (1968). Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: K. Marx/F. Engels, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II (S. 2–28). Berlin (DDR): Dietz.
- Peter, L. (2009). »Das andere Geschlecht« und der Historische Materialismus. In: E. Böhlke (Hrsg.), *Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. Beauvoir und die Befreiung der Frauen von männlicher Herrschaft* (S. 99–116). Berlin: Karl Dietz.
- Peter, L. (2012). Postmoderner Linksradikalismus – Aufbruch zu neuen Ufern? *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 23 (91), 156–169.
- Peter, L. (2018). Frankreich 1968. Mythen und Realitäten – ein Rückblick. *Marxistische Blätter* 5, 85–94.

- Sartre, J.-P. (1964). *Marxismus und Existentialismus. Versuch einer Methodik*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Sartre, J.-P. (1966). Vorwort zu Frantz Fanon. In: F. Fanon, *Die Verdammten dieser Erde* (S. 7–25). Frankfurt a. M.: Suhrkamp (frz. 1961).
- Sartre, J.-P. (1967). *Kritik der dialektischen Vernunft*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (frz. 1960).
- Thompson, E. P. (1978). *The Poverty of Theory or an Orrery of Errors*. London: Monthly Review Press.
- Wagenknecht, S. (2021). *Die Selbstgerechten*. Frankfurt a. M. u. New York: Campus.
- Wiggershaus, R. (1988). *Die Frankfurter Schule. Geschichte -Theoretische Entwicklung – Politische Bedeutung*. München: dtv.
- Žižek, S. (2002). *Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Žižek, S. (2009). *Auf verlorenem Posten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Žižek, S. (2016). *Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror*, 3. Aufl. Berlin: Ullstein.

Autorinnen und Autoren

Pascal Berger, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forum Internationale Wissenschaft der Universität Bonn. Seine aktuellen Arbeitsschwerpunkte liegen in der Wissenschaftsforschung sowie der soziologischen Theorie. Aktuellere Veröffentlichungen u. a.: „Zwei Wochen im März: zum Zusammenspiel von Medien, Wissenschaft und Politik während der SARS-CoV-2 Pandemie“, in: *Zeitschrift für Theoretische Soziologie* Jg. 10 (1) 2021, 34–47; „Georg Simmels Beitrag zu einer Theorie der Kollektivität in der Gesellschaft der Singularitäten“, in: *Zeitschrift für Kultur- und Kollektivwissenschaft* Jg. 6 (1) 2020, 45–77; „Georg Simmel’s contribution towards a sociological theory of socialism“, in: *Journal of Ekonomi* Jg. 1 (1) 2019, S. 43–48; *Religion und Wirtschaft bei Georg Simmel*, Bielefeld: transcript Verlag 2019.

E-Mail: pberger1@uni-bonn.de

Eberhard Demm, Dr. phil., Dr. ès sciences humaines, Professor emeritus für Civilisation allemande der Université Lyon III, Mitglied des Forschungszentrums CERAAC, Université Grenoble Alpes. Arbeitsschwerpunkte: Alfred Weber, Erster Weltkrieg.

Einschlägige Veröffentlichungen: Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Die Referate des ersten Alfred Weber-Kongresses in Heidelberg (Hg.), Franz Steiner-Verlag Stuttgart 1986; Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920. Schriften des Bundesarchivs Bd. 38, Boldt-Verlag Boppard 1990; Alfred Weber-Gesamtausgabe, Bd. 1–10 (hg. mit Richard Bräu, Hans Nutzinger, Walter Witzenmann Metropolis-Verlag Marburg 1997–2003; Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Der politische Weg Alfred Webers von 1920 bis 1958. Schriften des Bundesarchivs Bd. 51, Droste-Verlag Düsseldorf 1999; Geist und Politik im 20. Jahrhundert. Gesammelte Aufsätze zu Alfred

Weber, Peter Lang-Verlag Frankfurt a. M. 2000; Alfred Weber zum Gedächtnis. Selbstzeugnisse und Erinnerungen von Zeitgenossen (Hg.), Peter Lang-Verlag Frankfurt a. M. 2000; Soziologie, Politik und Kultur. Von Alfred Weber zur Frankfurter Schule (Hg.), Peter Lang-Verlag Frankfurt a. M. 2003; Geist und Politik. Der Heidelberger Gelehrtenpolitiker Alfred Weber (1868–1958). Katalog zur Ausstellung im Universitätsmuseum Heidelberg 18. November 2003–31. März 2004, Verlag Regionalkultur Heidelberg u. a. 2003; Else Jaffé-von Richthofen. Erfülltes Leben zwischen Max und Alfred Weber. Schriften des Bundesarchivs Band 74, Droste-Verlag Düsseldorf 2014; Censorship and Propaganda in World War I – a Comprehensive History, Bloomsbury, London 2019.

E-Mail: edemm@gmx.net

Martin Endreß seit 2010 Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier. Forschungsschwerpunkte: Soziologische Theorie, Politische Soziologie, Wissenssoziologie, Soziologien des Vertrauens und der Resilienz. Seit 2019 fungiert er als Sprecher der DFG-Forschungsgruppe 2539 „Resilienz: Gesellschaftliche Umbruchphasen im Dialog zwischen Mediävistik und Soziologie“ an der Universität Trier sowie seit 2021 als Koordinator und Sprecher von „INSIDER“, der Polizeistudie für das Land Rheinland-Pfalz.

Er ist Editor-in-Chief der Fachzeitschrift „Human Studies. A Journal for Philosophy and the Social Sciences“ sowie als Mitherausgeber von „Zyklus. Jahrbuch für Geschichte und Theorie der Soziologie“ und der Buchreihe „Studies of Valuation and Evaluation“. Ausgewählte Buchveröffentlichungen: Vertrauen (2002), Alfred Schütz (2006), Herausforderungen der Modernität (Mithrsg. 2012); Wissen und soziale Ungleichheit (Mithrsg. 2013), Resilienz im Sozialen (Mithrsg. 2015), Soziologische Theorien kompakt (2018), (Be)Werten. Beiträge zu sozialen Konstruktion von Wertigkeit (Mithrsg. 2019), Social Resilience in Social, Cultural and Political Spheres (Mithrsg. 2019), Lebenswelttheorie und Gesellschaftsanalyse (Mithrsg. 2019), Karl Marx im 21. Jahrhundert (Mithrsg. 2020), Resilienz als Prozess (Mithrsg., i.E.).

E-Mail: endress@uni-trier.de

Lutz Hieber, Prof. Dr. habil. Dipl-Phys., Institut für Soziologie, Leibniz Universität Hannover. Arbeitsschwerpunkte: Kulturosoziologie, Mediensoziologie, Kunstsoziologie, Politische Soziologie, soziologische Theorie. Letzte Tätigkeiten als Kurator und Sammler vor der Corona-Pandemie: Ausstellung »San Francisco 1967« im Museum Folkwang Essen, 09.06.–03.09.2017; Ausstellung »Wege zum Smartphone: Zur Kultur- und Technikgeschichte der Kommunikationsmedien« im Historischen Museum Hannover, 27.09.2017–08.04.2018.

Ausstellung »Learning from Albers: Psychedelische Plakate von Victor Moscoso«, Neues Museum Nürnberg, November 2018 – Mai 2019.

Letzte Bücher:

Lutz Hieber/Rainer Winter (Hg.): *Film als Kunst der Gesellschaft: Ästhetische Innovationen und gesellschaftliche Verhältnisse*. Wiesbaden 2020: Springer VS.

Lutz Hieber/Wielant Machleidt: *Zwischen den Kulturen: Integrationschancen für Migrantinnen und Migranten*. Gießen 2020: PsychosozialVerlag.

Hieber, Lutz, Hrsg. 2018. *Gesellschaftsepochen und ihre Kunstwelten*. Wiesbaden: Springer VS.

Hieber, Lutz. 2015. *Politisierung der Kunst: Avantgarde und US-Kunst*. Wiesbaden: Springer VS.

E-Mail: hieber@ish.uni-hannover.de

Homepage: www.lutzhieber.de

Andreas Höntsche, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Dresden. Arbeitsschwerpunkte: Soziologische Theorie, Theoriegeschichte, Kulturosoziologie. Ausgewählte Veröffentlichungen: *Die institutionelle Bestimmtheit sozialer Systeme. Niklas Luhmanns Systemtheorie und die Soziologie der »Leipziger Schule«* (Berlin: Duncker & Humblot 2018); »Der Staat zwischen Gleichheitsanspruch und Wohlstandsversprechen. Arnold Gehlens Blick auf die Bundesrepublik«, in: Chr. Magerski (Hg.), *Die Macht der Institution. Zum Staatsverständnis Arnold Gehlens* (Baden-Baden: Nomos 2021); »Zwischen politischem Humanismus und politischer Ökologie. Politische Anthropologie bei Helmuth Plessner und Bruno Latour«, in: *Internationales Jahrbuch für philosophische Anthropologie*, Berlin: De Gruyter (2021, i.E.)

E-Mail: andreas.hoentsch@tu-dresden.de

Sebastian Klauke, Soziologe und Politikwissenschaftler, wissenschaftlicher Referent der Ferdinand-Tönnies-Gesellschaft in Kiel. Forschungsschwerpunkte: Ideen- und Theoriengeschichte, Staats- und Krisentheorie. Letzte Veröffentlichungen: Zur linken Rezeptionsgeschichte von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ bis 1936. Eine Spurensuche (15.09.2021, <https://www.sozio.polis.de/zur-linken-rezeptionsgeschichte-von-gemeinschaft-und-gesellschaft-bis-1936/>), Hans Buske – der letzte Verleger von Ferdinand Tönnies, *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 2020* (hrsg. von Peter-Ulrich Merz-Benz und Carsten Klingemann), S. 283–294, Multiple Krise, in: *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte* (hrsg. v. Jan Brunner, Anna Dobelmann, Sarah Kirst, Louisa Prause), Bielefeld 2019, S. 252–258.

E-Mail: klauke@ferdinand-tonnies-gesellschaft.de

Gertraude Mikl-Horke, Dr. rer. comm., Universitätsprofessorin i.R. für allgemeine Soziologie und Wirtschaftssoziologie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Sozialwissenschaften, Wirtschaftssoziologie, Sozioökonomie, Arbeitssoziologie. Aktuelle Veröffentlichungen u. a.: Soziologie. Historischer Kontext und soziologische Theorie-Entwürfe, München: Oldenbourg, 6. Aufl. 2011; Historische Soziologie – Wirtschaftssoziologie – Sozioökonomie, Wiesbaden: VS Verlag 2011; Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft (Hrsg.in), Marburg: Metropolis 2011; Macht, Ungleichheit und Preise: Friedrich Wieser und die Wirtschaftssoziologie. In: Dieter Bögenhold (Hg.): Soziologie des Wirtschaftlichen, Wiesbaden: Springer VS, 2014; Wirtschaftssoziologie (zs. mit A. Maurer): Baden-Baden: Nomos, 2015; Zur Aktualität der Finanzsoziologie Rudolf Goldscheids. In: Max Haller (Hg.): Aktuelle Probleme der Finanzsoziologie, Wien-Münster: LIT-Verlag, 2018; mehrere Beiträge in: Die Soziologie und ihre Nachbardisziplinen im Habsburgerreich. Ein Kompendium internationaler Forschungen zu den Kulturwissenschaften in Zentraleuropa, hrsg von Karl Acham, Wien-Köln-Weimar: Böhlau, 2020; Austrian and German Classics as a Foundation? In: Economic Sociology for the 21st Century, hrsg. von Andrea Maurer, Berlin-New York: Springer Nature, 2021.

E-Mail: Gertraude.Mikl-Horke@wu.ac.at

Oliver Neun Dr., Privatdozent für Soziologie der Universität Kassel. Forschungsleiter des DFG-Projektes „Karl Mannheim in Großbritannien“. Arbeitsschwerpunkte: öffentliche Soziologie, soziologische Theorie, Soziologiegeschichte, Wissenssoziologie. Aktuelle Veröffentlichungen: *Zum Verschwinden der deutschen öffentlichen Soziologie. Die Geschichte des Verhältnisses von Öffentlichkeit und Soziologie nach 1945 bis zur Gegenwart*, Baden-Baden: Nomos 2018; *Zur Aktualität von C. Wright Mills. Einführung in sein Werk*, Wiesbaden: Springer VS 2019, *Öffentliche Soziologie*, Baden-Baden: Nomos 2019; *Karl Mannheim: Schriften zur Soziologie*, Wiesbaden: Springer VS 2019 (Hrsg.); *Karl Mannheim: Soziologie der Intellektuellen*, Berlin: Suhrkamp 2022 (Hrsg.) (im Erscheinen).

E-Mail: oliver.neun@uni-kassel.de

Michael Nguyen Dr. phil., freier Soziologe, assoziiertes Mitglied am Forschungszentrum »Social Theory« der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck. Arbeitsschwerpunkte: Theorien des soziologischen Subjekts, Situations-theorien, Konzepte gesellschaftlicher Differenzierung, Konvergenzen zwischen sozial- und kulturwissenschaftlichen Paradigmen. Veröffentlichungen: *Emergenz*,

Subjekt und Situation. Eine Studie zum Aspekt der Diskontinuität in einer Theorie der autonomen Reproduktion von Gesellschaft (Dissertation TU Darmstadt, 2013; online veröffentlicht unter <http://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/3625>); Gesellschaftliche Differenzierung und Dynamiken der Versöhnung am Beispiel des nord-albanischen Gewohnheitsrechts, in: T. Morikawa (Hrsg.) *Verzeihen, Versöhnen, Vergessen. Soziologische Perspektiven*, Bielefeld: Transcript 2018, S. 129–152; Der verdoppelte Kontext sozialer Formen: Systemrealität und Situationsrealität, in: O. Dimbath/M. Pfadenhauer (Hrsg.): *Gewissheit*, Weinheim: Beltz Juventa 2021, S. 747–758.

E-Mail: nguyen_mic@web.de

Lothar Peter Dr.phil. bis 2005 Professor für Soziologie an der Universität Bremen. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Soziologie, soziologische Theorie, Soziologie in Frankreich, Arbeitssoziologie. Ausgewählte Veröffentlichungen seit 2014: *Marx an die Uni. Die Marburger Schule: Geschichte, Probleme, Akteure*, Köln: PapyRossa 2014 (engl.: *Marx on Campus* 2018 und 2020); „Warum und wie betreibt man Soziologiegeschichte?“, in: C. Dayé/S. Moebius (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele* (S. 112–146), Berlin: Suhrkamp 2015; *Georg Lukács. Kultur, Kunst und politisches Engagement*, Wiesbaden: Springer VS 2016; *Umstrittene Moderne. Soziologische Diskurse und Gesellschaftskritik*, Wiesbaden: Springer VS 2016; „Eribons ‚Rückkehr nach Reims‘ und die Arbeiterklasse“, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung* 28(109) 2017, S. 142–152.

E-Mail: lpeter@uni-bremen.de

Michaela Pfadenhauer, Dr. phil., Professorin für Soziologie (Arbeitsbereich Wissen und Kultur) an der Universität Wien und Vizedekanin für Forschung, Infrastruktur und Nachhaltigkeit an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, Mitglied des Konzils der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Arbeitsschwerpunkte: Expertiseforschung, Wissenschaftsskepsis, Kommunikative KI, Interpretative Sozialforschung. Aktuelle Veröffentlichungen u. a.: *The Politics of Crisis: Threatening and Defining Journalistic Expertise – A Processual Account*. In: *Symbolic Interaction* 2022 (gemeinsam mit Alexander Antony und Silke Steets); *Erforderliche Expertise oder Herrschaft der grauen Herren? Eine professionssoziologische Perspektive auf Expertenwissen zu Beginn der Coronapandemie*. In: *Leviathan*, 49. Jg., Sonderband 38 (S. 433–447). Baden-Baden: Nomos; *Gewissheit. Beiträge und Debatten zum 3. Sektionskongress der Wissenssoziologie*. Weinheim: Beltz Juventa 2021 (hrsg. mit Oliver Dimbath); *Kommunikative Wissenskulturen. Theoretische und empirische Erkundungen in*

Gegenwart und Geschichte. Weinheim: Beltz Juventa 2020 [hrsg. mit Tilo Grenz und Christopher Schlembach, *Interpretative Sozial- und Organisationsforschung. Methodologie und Methoden, Ansätze und Anwendung* in Wien. Weinheim: Beltz Juventa 2020 (hrsg. mit Elisabeth Scheibelhofer)

E-Mail: michaela.pfadenhauer@univie.ac.at

Karl-Siegbert Rehberg, geb. 1943 in Aachen; Studium der Soziologie und Politischen Wissenschaft in Aachen und Köln, 1973 Promotion, seit 1976 Herausgeber der Arnold-Gehlen-Gesamtausgabe; 1986 Hochschullehrer an der RWTH Aachen; 1992 Habilitation und Gründungsprofessor für Soziologie und Inhaber des Lehrstuhls für Soziologische Theorie, Theoriegeschichte und Kulturosoziologie an der Technischen Universität Dresden, seit 2009 Seniorprofessor für Forschung; 2003–2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; Auszeichnungen: 2011 Wissenschaftspreis der Aby-Warburg-Stiftung in Hamburg sowie „Chevalier dans l’Ordre des Palmes Académiques“; 2013 Ehrenmitgliedschaft der Sektion „Kulturosoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 2022 Preis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie für herausragende Leistungen auf dem Gebiet der öffentlichen Wirksamkeit der Soziologie.

Arbeitsschwerpunkte: Geschichte der Soziologie, Philosophische Anthropologie und Soziologie, Kulturosoziologie, Soziologie der Künste, Gesellschaftstheorie, Klassengesellschaftlichkeit, postsocialistische Transformationsprozesse.

Publikation u. a.: Hg. mit Franziska Kunz und Tino Schlinzig: PEGIDA. Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und „Wende“-Enttäuschung? Bielefeld: transcript 2016; Theodor W. Adorno and Arnold Gehlen: Conflict and Consensus in Aesthetics and Cultural Criticism. In: Samir Gandesha / Johan Hartle / Stefano Marino (eds.): The „Aging“ of Adorno’s Aesthetic Theory „Fifty Years Later“. Sesto San Giovanni: Mimesis International 2021, S. 239–262; Spatial Occupation – Destruction – Virtualization. Types, Categories and Processes of a Crucial Factor in Social Life. In: Spatial Transformations. Perspectives on the Refiguration of Spaces. Edited by Angela Million / Christian Haid / Ignacio Castillo Ulloa / Nina Baur. London: Routledge 2022, S. 28–45; Lebensimpulse und Todeswege. Experimentelle Zentren der Lebensreform und Sehnsüchte nach Wahrheit auf dem Monte Verità, in Schwabing und in Hellerau als Ort auch des Traums von einem vereinten Europa. In: Hellerau. Ort der Moderne. Kontinuitäten und kontroverse Wechselwirkungen. Dresden: Sandstein 2022, S. 100–125.

E-Mail: karl-siegbert.rehberg@tu-dresden.de

Gerhard Schäfer, Jg. 1949, arbeitet zur Soziologiegeschichte, zur Leipziger Schule (Schwerpunkt: H.Schelsky) und zur Soziologie der Intellektuellen. Publikationen, u. a. zu P. Bourdieu, K. Mannheim und R. Dahrendorf. Arbeitet als freischaffender Sozialwissenschaftler in Bremen. Zuletzt: Soziologie ohne Marx. Helmut Schelsky als »Starsoziologe« und Intellektueller im Hamburg der 1950er Jahre, Hamburg: VSA 2015.

E-Mail: GerhardSchaefer@web.de

Nikolai Wehrs, Zeithistoriker und Akademischer Rat a.Z. am FB Geschichte/Soziologie an der Universität Konstanz. Forschungsschwerpunkte: Deutsche Zeitgeschichte, insb. die Geschichte der Weimarer Republik und der Bundesrepublik; Geschichte Großbritanniens seit 1945; Politischer Kulturgeschichte (inkl. Neuere Verwaltungsgeschichte); Ideengeschichte und Intellectual History; Wissenschaftsgeschichte und Universitätsgeschichte. Veröffentlichungen u. a.: *Auf der Suche nach einem »Pronunciamento«. Helmut Schelsky im Hegemonialkampf der »Reflexionseliten« in den 1970er Jahren*, in: Alexander Gallus (Hg.), Helmut Schelsky – der politische Anti-Soziologe. Eine Neurezeption, Göttingen 2013; *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren* (Göttingen 2014); *Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922)* (=Ernst Troeltsch, *Kritische Gesamtausgabe*, Bd. 14) (hg. zusammen mit Gangolf Hübinger, Berlin/Boston 2015); *Elitenherrschaft im Zeitalter der »Massendemokratie«. Der Civil Service und die politische Kultur Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, Archiv für Sozialgeschichte 61 (2021).

E-Mail: nikolai.wehrs@uni-konstanz.de

Alexander Wierzock, M. A., Doktorand am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin, am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen Mitarbeiter im DFG-Projekt „Ferdinand Tönnies-Briefe: Eine digitale Edition“ und Band-Editor der Ferdinand Tönnies-Gesamtausgabe. Arbeitsschwerpunkte: Historische Biografik, Wissenschaftsgeschichte und Editionswissenschaften. Aktuelle Veröffentlichungen u. a.: Die Tönnies-Schule. Voraussetzungen und Besonderheiten einer frühen soziologischen Schule. In: *Soziopolis. Dossier: Der unbekannte Klassiker. Zu Werk, Wirkung und Wiederentdeckung von Ferdinand Tönnies* (15.09.2021), URL: <https://www.sozio.polis.de/die-toennies-schule.html>; Ein Appell an die Brüderlichkeit. Ferdinand Tönnies und die Ideen von 1917, in: Meike G. Werner (Hrsg.): *Ein Gipfel für Morgen 1917/18 um die Neuordnung Deutschlands auf Burg Lauenstein*. Göttingen:

Wallstein 2021, S. 121–124; Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vor 110 Jahren, in: *Soziologie*, 48 (3) 2019, S. 309–316 (mit Uwe Dörk u. Sonja Schnitzler).

E-Mail: Alexander.Wierzock@kwi-nrw.de

Dr. Jochen Dreher ist Geschäftsführer des Sozialwissenschaftlichen Archivs Konstanz und lehrt Soziologie an den Universitäten Konstanz und St. Gallen. Er ist Chair des *International Alfred Schutz Circle for Phenomenology and Interpretive Social Science* und Co-Chair der *Society for Phenomenology and the Human Sciences* (SPHS). Forschungsschwerpunkte: Wissenssoziologie, Phänomenologie, Soziologische Theorie, Soziologiegeschichte, Machttheorie, Interpretative Sozialforschung. Einschlägige Publikationen: (2023) (Hg.): mit Alexis Gros und Hartmut Rosa, *Phänomenologie und Kritische Theorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp; (2021) (Hg.): *Mathesis universalis – Die aktuelle Relevanz der „Strukturen der Lebenswelt“*, Wiesbaden: Springer; (2019): „Oblivion of Power? *The Social Construction of Reality* and the (Counter-) Critique of Pierre Bourdieu“, in: *Social Constructivism as Paradigm? The Legacy of The Social Construction of Reality*, hg. v. Michaela Pfadenhauer und Hubert Knoblauch, S. 235–250; (2016): „The Social Construction of Power. Reflections Beyond Berger/Luckmann and Bourdieu“, in: *Cultural Sociology* 10(1), S. 53–68. Email: Jochen.Dreher@uni-konstanz.de

Stephan Moebius, Dr. phil., Universitätsprofessor für Soziologische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Graz und Wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW). Sprecher der Sektion »Geschichte der Soziologie« der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS), Vize-Sprecher der Sektion »Soziologiegeschichte« der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Arbeitsschwerpunkte: Soziologiegeschichte, Soziologische Theorie, Kultur-, Religions- und Intellektuellensoziologie. Aktuelle Veröffentlichungen u.a.: *Sociology in Germany. A History*, Cham: Palgrave 2021; *Soziologie der Zwischenkriegszeit. Band 2*, Wiesbaden: VS (hrsg. mit K. Acham) 2022; *Georg Simmel's political thought: Socialism and Nietzschean aristocratism. Journal of Classical Sociology* 23/1, 2023; *Die „wilden Siebziger“ und ihre „gegnerischen Soziologen“: Historisch-soziologische Rekonstruktion einer Konstellation westdeutscher Soziologiegeschichte* (mit O. Römer) Zeitschrift für Soziologie.

Mail: stephan.moebius@uni.-graz.at

Hinweis für die Einreichung von Manuskripten

Das Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie, *ZYKLOS*, lädt alle Interessierten dazu ein, deutschsprachige Beiträge, die bisher noch nicht veröffentlicht worden sind und die dem Zuschnitt des Jahrbuches entsprechen, an die Herausgeber zu senden. Erbeten sind Beiträge, die sich in theoretisch-systematischer oder soziologiegeschichtlicher Perspektive mit Fragen und Problemstellungen soziologischer Forschung befassen sowie Einreichungen zu den anderen Rubriken des Jahrbuches wie Berichte über Editionen, Archivarbeiten und -projekte sowie Vorschläge zur Publikation von Inedita.

Da *ZYKLOS* jährlich jeweils Anfang Oktober erscheint, ist für eine Berücksichtigung von Beiträgen die Einsendung von Manuskripten im doc-, docx- oder rtf-Format bis Ende Februar des jeweiligen Jahres erforderlich. Abbildungen ebenso wie Tabellen bitte in gesonderten Dateien einreichen. Bitte senden Sie Ihre Manuskripte stets zugleich an die beiden folgenden Email-Adressen der Herausgeber:

endress@uni-trier.de

stephan.moebius@uni-graz.at